

MICHAEL MEYEN

Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik



Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Presseentwicklung

Michael Meyen
Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik

Michael Meyen

Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik

Wechselbeziehungen
zwischen gesellschaftlichem Wandel
und Zeitungsentwicklung

Rosa-Luxemburg-Verein 1996

Hochschulschriften des Rosa-Luxemburg-Vereins

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Meyen, Michael:

Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik :
Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel
und Zeitungsentwicklung / Michael Meyen. Rosa-Luxemburg-Verein.

– Schkeuditz : GNN-Verl. Sachsen : Leipzig : Rosa-Luxemburg-Verein. 1996
(Hochschulschriften des Rosa-Luxemburg-Vereins)

Zugl.: Leipzig. Univ., Diss., 1995

ISBN 3-929994-58-5

ISBN 3-929994-58-5

© Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig 1996
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	9
I. Einführung	11
1. Theoretische Grundlagen	11
1.1 Der Ansatz »Presseentwicklung und sozialer Wandel in Leipzig und Berlin«	11
1.2 Zusammenhang von Medien- und Gesellschafts- entwicklung in der Kommunikationstheorie	13
1.3 Theoretischer Anspruch und Möglichkeiten des Historikers	20
2. Problemstellung	22
2.1 Die Leipziger Presselandschaft in der Weimarer Republik	22
2.2 Fragestellung	24
3. Quellen	30
3.1 Presseentwicklung	30
3.2 Politisch-soziales Umfeld	31
4. Methoden	35
4.1 Inhaltsanalyse	35
4.2 Qualitative Analyse (Hermeneutik)	38
4.3 Quantitative Analyse	41
5. Aufbau der Arbeit	46
II. Im Schatten der »Leipziger Neuesten Nachrichten«	47
1. Die kleinen bürgerlichen Blätter	48
1.1 »Leipziger Allgemeine Zeitung«	48
1.2 »Leipziger Abendzeitung«/»Leipziger Zeitung«	61
1.3 »Leipziger Tageblatt«	74
2. Die Leipziger Verlagsdruckerei	85
2.1 Gründung als Ullstein-Tochter	85
2.2 Ein neuer Eigentümer	91
2.3 Alle Macht an Hermann Ullstein	99

III.	Der Herfurth-Verlag	103
1.	»Leipziger Neueste Nachrichten« Gründung und Aufstieg	103
2.	Die »Leipziger Abendpost«	106
3.	Der Verlag nach 1933	109
IV.	»Leipziger Neueste Nachrichten« und »Neue Leipziger Zeitung« - ein Vergleich	113
1.	Auflage, Verbreitungsgebiet und Leserkreis	113
2.	Weltanschauung	117
2.1	»Leipziger Neueste Nachrichten«: Inseratenplantage oder Weltblatt?	117
2.2	»Neue Leipziger Zeitung«: Marxistischer als die Marxisten?	128
3.	Struktur des Zeitungsinhalts	134
3.1	Umfang und Anzeigen	134
3.2	Der Zug der Zeit: Vieles bringen und damit jedem etwas	136
3.3	Der Aufbau - ein Inhaltsverzeichnis	140
3.4	Lokalinformationen	142
4.	Politische Haltung	145
4.1	»Leipziger Neueste Nachrichten«: An der Seite des Bürgertums - wir oder sie?	145
4.2	»Neue Leipziger Zeitung«: Republikaner aus Überzeugung	188
4.3	Zwei Beispiele: Zeigner und Goerdeler	226
4.4	Die Ausnahme: Zeitungskrieg um Marktanteile	252
V.	Kommunikationsraum Leipzig	265
1.	Kampf um den Leser - Chancen einer Neugründung	265
2.	Das »Geheimnis« der »Leipziger Neuesten Nachrichten«: Den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden	267
2.1	Sozialbewußtsein in Leipzig	267
2.2	In der Tendenz richtig	278
3.	Das Ende der kleinen bürgerlichen Blätter	283
3.1	Der Leipziger Amtsblattstreit	283
3.2	Was wäre, wenn...?	293

VI. Anhang	297
1. Tabellen	297
2. Quellen- und Literaturverzeichnis	308
3. Abkürzungsverzeichnis	317
4. Personenverzeichnis	318
5. Ortsverzeichnis	321
6. Sachverzeichnis	323

VORWORT

Diese Arbeit stand unter keinem guten Stern. Eigentlich sollte sie längst geschrieben sein, aber genau wie andere Dissertationsvorhaben zur Geschichte der Presse in der Weimarer Republik wurde sie zunächst ein Opfer der Abwicklung: Im Dezember 1990 beschloß die sächsische Regierung, die Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität aufzulösen. Diese Entscheidung wurde zwar nach Studentenprotesten zurückgenommen, zahlreiche Professoren und Assistenten verließen aber aus den unterschiedlichsten Gründen das Haus (oder hatten es schon verlassen). Naturgemäß konnte diese Lücke nicht von heute auf morgen geschlossen werden. Über Gastdozenten lief zwar der Studien-, nicht aber der Forschungsbetrieb weiter. Viele Promovenden waren der Unsicherheit leid und gingen in die Praxis.¹

Problematisch war nicht nur die Lage an der Universität, sondern auch die Zusammenarbeit mit dem Leipziger Stadtarchiv. Große Teile der – nur hier vollständig überlieferten – Zeitungsbestände waren 1992 monatelang zur Verfilmung (und sind es teilweise noch) und folglich nicht einsehbar. Als sich endlich normale Arbeitsbedingungen abzeichneten, kündigte das Archiv im August 1993 an, daß im Oktober (!) der Umzug beginne und das Haus zehn Monate (!) geschlossen bleibe – ein Unding angesichts mehrjähriger Antragsfristen für Forschungsprojekte.

Daß die Arbeit dennoch entstehen konnte, ist zunächst dem Gründungsdekan des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Karl Friedrich Reimers, zu verdanken, der in einer Zeit, als der Geschichtslehrstuhl verwaist war, das Projekt und die Förderanträge befürwortete. Mein Dank gilt weiter der Hans-Böckler-Stiftung, die mich in die Promotionsförderung aufnahm und mir materiell wie ideell half, Arnulf Kutsch, der den Leipziger Lehrstuhl übernahm und sich bereit erklärte, die Arbeit zu betreuen,

1 Die Arbeit über die Leipziger bürgerliche Presse sollte von Steffen Reichert geschrieben werden, der 1989 eine Diplomarbeit zum Thema verteidigt hatte (»Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik«).

und nicht zuletzt dem Rosa-Luxemburg-Verein in Leipzig, der mich beim Druck dieses Buches unterstützte.

Für zahlreiche Anregungen und kritische Einwände sei außerdem Jürgen Schlimper Dank gesagt. Ohne ihn würde es diese Arbeit nicht geben.

I. EINFÜHRUNG

1. Theoretische Grundlagen

1.1 Der Ansatz »Presseentwicklung und sozialer Wandel in Leipzig und Berlin«

Der Untersuchungsgegenstand mag auf den ersten Blick verwundern. Eine Arbeit über die bürgerliche Presse in der Weimarer Republik, beschränkt ausgerechnet auf Leipzig? Längst schon war die Messestadt nicht mehr das »Hauptquartier des Journalismus«, von dem Robert Prutz mit Blick auf das 18. Jahrhundert sprechen konnte, längst nicht mehr »die große Zeitungsfabrik, von wo aus das ganze gelehrte Deutschland versorgt wurde«¹. Die führenden Blätter der Weimarer Zeit erschienen in der Reichshauptstadt, in Frankfurt am Main oder in Köln. Historiker nennen, sofern sie diese Liste vervollständigen, vielleicht noch Hamburg oder München, von den Leipziger Blättern aber ist bestenfalls das »Tageblatt« (LT) bekannt, das wiederum in dieser Schrift nur eine untergeordnete Rolle spielen kann: Die Traditionszeitung wurde Ende 1925 eingestellt und hatte auch in den Jahren davor eigentlich nur noch vom Ruhm vergangener Tage gelebt. Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN) wiederum haben in den 20er Jahren zwar behauptet, die größte Tageszeitung außerhalb Berlins zu sein, aber dieses Attribut brachte dem Blatt selbst seitens der damaligen Zeitungskundler keine besondere Beachtung ein. Warum also jetzt? Ein paar Seiten mehr, eine neue Fuhre für den pressehistorischen »Datenberg« (Koszyk)?

Arbeiten zur Geschichte des Journalismus sind im deutschsprachigen Raum zu verschiedenen Aspekten vorgelegt worden. Besonders zahlreich sind jene Schriften, die sich mit den Zeitschriften des 18. Jahrhunderts, der Entstehung der Massenpresse im 19. Jahrhundert und dem Journalismus im faschistischen Deutschland be-

1 Robert Prutz: Geschichte des deutschen Journalismus. Leipzig 1845. S. 355.

fassen. Untersucht wurden dabei vor allem politische Entwicklungen sowie juristische und literaturgeschichtliche Fragen. Arbeiten, die sich mit dem Zusammenhang von Journalismusentwicklung und sozialem Umfeld befassen, sind dagegen selbst bei diesen Untersuchungszeiträumen selten.

Kurt Koszyk hat gefordert, daß die historische »Faktenhuberei« über Massenmedien aufhört, die Ergebnisse vielmehr im sozialen Kontext gesehen werden.² Ohne sich direkt auf Koszyk zu beziehen, wurde in Leipzig in den letzten Jahren versucht, anhand der Presseentwicklung in Leipzig und Berlin diesem Zusammenhang für den Zeitraum bis 1914 nachzugehen. Die Dissertationen von Andreas Müller, Thomas Enke, Thomas Kittan und Uwe Winkler lassen – aus der Primärquelle Zeitung geschrieben – einen Überblick über längere Entwicklungsetappen der Leipziger und Berliner Presse zu. Eine vergleichbare Aufarbeitung der Zeitungsgeschichte einzelner Orte gibt es im gesamten deutschsprachigen Raum nicht.³ Hieran will die vorliegende Schrift zur Entwicklung der bürgerlichen Zeitungspressen Leipzigs in der Weimarer Republik anknüpfen.

Dieser Zeitraum ist bisher – nicht nur in Leipzig – vergleichsweise weniger gut aufgearbeitet worden. Nach dem von Koszyk vorgelegten Abriss zur deutschen Pressegeschichte zwischen 1914 und 1945⁴ wurden lediglich Arbeiten veröffentlicht, die sich mit Einzelfragen befaßt haben, nicht aber mit der Entwicklung der Zeitungen in einer Stadt.

Man mag die Beschränkung auf verhältnismäßig kleine Räume bedauern und eine gesellschaftliche Betrachtung vorziehen, den Vorteil des Leipziger Zugriffs aber wird niemand leugnen können: Er ermöglicht eine Untersuchung im Detail. »Gesellschaftsanalyse am Anwendungsbeispiel eines bestimmten Raumes« nannte Ursula Maier-Rabler ihre Arbeit über die Kommunikation in einem Salz-

2 Kurt Koszyk: Kommunikationsgeschichte als Sozialgeschichte. In: Massenkommunikation. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30. Hrsg. von Max Kaase und Winfried Schulz. Opladen 1989. S. 46ff.

3 Siehe hierzu auch die Diplomarbeiten von Steffen Reichert, Ires Pollatschek, Jörg Simon, Torsten Kleditzsch und Michael Meyen.

4 Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972.

burger Stadtteil und bezog sich dabei ausdrücklich auf die Jürgen-Friedrichs-These: »Stadtdanalysen sind Gesellschaftsanalysen, Gesellschaftsanalysen sind Stadtdanalysen.«⁵ So könnte auch die Überschrift des Leipziger Ansatzes lauten.

1.2 Zusammenhang von Medien- und Gesellschaftsentwicklung in der Kommunikationstheorie

Nicht erst Kurt Koszyk hat auf den Zusammenhang von Medienentwicklung und sozio-kulturellem Wandel hingewiesen. Koszyk selbst zitierte Elisabeth Noelle-Neumann, die von dem »starken sozialen Wurzelwerk des menschlichen Denkens« gesprochen hatte, welches dem Einfluß der Kommunikationsmittel Grenzen setze.⁶ Damit griff sie, sicherlich unbewußt, einen Gedanken auf, den der Journalist Paul Harms⁷ bereits 1927 formuliert hatte. Harms sah die

5 Ursula Maier-Rabler: Raumbezogene Kommunikationsforschung als Grundlage kommunikationspolitischen Handelns. In: Wege zur Kommunikationsgeschichte. Hrsg. von Manfred Bobrowsky und Wolfgang R. Langenbucher. München 1987. S. 593ff.

6 Kurt Koszyk: Kommunikationsgeschichte als Sozialgeschichte. In: Massenkommunikation. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30. Hrsg. von Max Kaase und Winfried Schulz. Opladen 1989. S. 51.

7 Paul Harms (6.12.1866–?) stammte aus einer gutbürgerlichen Familie in Elberfeld. Seine Vorfahren waren Pastoren, Ärzte und Kaufleute. Harms studierte zunächst Naturwissenschaften, wandte sich dann aber der Philologie (deutsch und englisch) und der Philosophie zu (Bonn, Berlin, Marburg). Nach seiner Promotion 1891 wurde er Journalist, arbeitete unter anderem in Tilsit, Mannheim, Wien und Berlin, schrieb nebenbei Bücher (u. a. eine »Geschichte der Nationalliberalen Partei«) und kam schließlich 1916 zu den »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN), wo er die Nachfolge des verstorbenen Leitartiklers Paul Liman antrat. 1927 verlegte Harms Wohnsitz und Büro nach Berlin. Auch als LNN-Leitartikler beschränkte er sich nicht auf die Zeitungsrbeit. Neben politischen und philosophischen Büchern (»Vier Jahrzehnte Reichspolitik«, »Die Tragik im Leben Bismarcks«, »Unter den Auserwählten«, »Das Ich und der Staat«) veröffentlichte er einen Zeitungskundeband (»Die Zeitung«, 1927), in den all seine praktischen Erfahrungen einfließen. Diese Bücher wie seine Kommentare in den LNN weisen Harms als begnadeten Stilisten und scharfsinnigen Beobachter des politischen Geschehens aus. In der Laudatio zu seinem 60. Geburtstag be-

Zeitung als »Denkorgan der Masse«⁸. Der Massenwille verfolge allerdings nicht die Wahrheit, sondern, letztlich sozial bedingte, Interessen.⁹ Wer der Stimmung, »die er bei der Lesermasse als vorherrschend voraussetzen muß«, nicht Rechnung trage, bleibe folglich ohne Wirkung.¹⁰ Auch Otto Groth hat von den Journalisten die Erfassung des »genius loci« verlangt.¹¹ Von größter Bedeutung für die Einflußmöglichkeiten der Presse seien Struktur und Disposition des Publikums.¹²

In einer Zeit, in der der Praktiker Harms bereits davon sprach, daß öffentliche Meinung in der Wechselwirkung von Publikum und Zeitung (deshalb »Denkorgan der Masse«) entsteht, versuchten die Theoretiker, Massenkommunikationsvorgänge mit normativen Modellen zu erklären. Urbain de Volder schrieb noch 1959 von den »fast unbegrenzten Möglichkeiten der Zeitung«, das Publikum zu beeinflussen. Einzige Bedingung: Geschickt müßten sie sein, die Publizisten. Aber natürlich gäbe es schlechte Redakteure, nachlässige Verleger...¹³

scheinigten ihm die LNN einen »leidenschaftlichen Willen, seinem Vaterlande mit der Feder zu dienen«. Harms sei aber kein Dogmatiker, sondern stehe vielmehr fest auf dem Boden einer liberalen Weltanschauung. Dies deckt sich mit dem Urteil des Verbandsorgans »Deutsche Presse« zum 65. Geburtstag. In einer Beurteilung der Gestapo hieß es 1937, Harms habe vor 1933 die Gedankengänge der Deutschen Volkspartei vertreten. Seine Artikel hätten in nationalsozialistischen Kreisen wiederholt Mißfallen hervorgerufen, außerdem habe er sich nach der Machtergreifung ziemlich passiv verhalten und sei deshalb nur bedingt zuverlässig. – Siehe Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 1. Berlin 1931. S. 661; N. N.: Paul Harms 60 Jahre alt. In: LNN 34(1926). Nr. 337 vom 6. Dezember; Nachricht in: DP 21(1931)50; Schreiben der Gestapo-Stelle Dresden vom 19. 8. 1937. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 699. Bl. 38f.

8 Paul Harms: Die Zeitung von heute. Leipzig 1927. S. 7.

9 Ebenda. S. 21ff.

10 Ebenda. S. 50f.

11 Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 121.

12 Ebenda. S. 115.

13 Urbain de Volder: Soziologie der Zeitung. Stuttgart 1959. S. 147f.

Die funktionale Publizistik Henk Prakkes

Erst der Niederländer Henk Prakke löste sich mit seiner »funktionalen Publizistik« von solchen Vorstellungen.¹⁴ Publizistischer Wandel war für Prakke nur ein Ausschnitt aus einem größeren Wandlungsprozeß, den er als »Kulturwandel« bezeichnete. In dieser Kategorie sei alles enthalten, was die Publizistik einer Epoche bestimme. Deshalb forderte er, den publizistischen Prozeß in seiner sozialen Bedingtheit zu untersuchen.¹⁵ Publizistik selbst definierte Prakke als »gesellschaftliches Zwiegespräch«. Diese Begegnung stellte er als Funktion dar, »deren Faktoren der Kommunikator (Publizist), die Kommunikation (Aussage) und der Rezipient (Publikum) sind. Die Qualität des einen Faktors wird durch die Qualität aller übrigen Faktoren bestimmt.«¹⁶ Kommunikation ergebe sich, wenn Ziele des Kommunikators mit Erwartungen des Rezipienten übereinstimmen. Aus dem Publikumsanspruch entwickelte Prakke drei Kriterien für die kommunikative Kategorie Inhalt: Information, Kommentierung und Unterhaltung.¹⁷ Er räumte aber ein, daß diese drei Funktionen lediglich theoretisch voneinander zu trennen sind.

Kurt Koszyk hat bedauert, daß mit Prakkes Ansatz, nach den massenkommunikativen Faktoren des sozio-kulturellen Wandels zu fragen, seitens der Historiker kaum Ernst gemacht wurde.¹⁸ Immerhin, Hans-Wolfgang Wolter hat versucht, die Entstehung der »Generalanzeiger« Ende des 19. Jahrhunderts mit Hilfe einzelner Variablen eines möglichen Soziogramms (Bevölkerung, Wirtschaft, Politik, Kultur und Bildungswesen) zu erklären.¹⁹ Der Autor stützte

14 Henk Prakke u. a.: Kommunikation der Gesellschaft. Einführung in die funktionale Publizistik. Münster 1968.

15 Ebenda. S. 29ff.

16 Ebenda. S. 58.

17 Ebenda. S. 60ff.

18 Kurt Koszyk: Kommunikationsgeschichte als Sozialgeschichte. In: Massenkommunikation. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30. Hrsg. von Max Kaase und Winfried Schulz. Opladen 1989. S. 49f.

19 Hans-Wolfgang Wolter: Generalanzeiger – Das pragmatische Prinzip. Zur Entwicklungsgeschichte und Typologie des Pressewesens im späten 19. Jahrhundert. Bochum 1981.

sich dabei auf eine These von Rolf Sülzer, die deutlich auf Praxen hinweist: »Kommunikator, Medium und Rezipient als Hauptelemente aller Kommunikationssysteme sind in ihrer Funktion [...] nicht von ihrem sozialen Kontext zu trennen.«²⁰ Wolter hat festgestellt, daß die örtlichen Besonderheiten der Sozialschichtung für die Gründung von Generalanzeigern weniger wichtig waren, für deren individuelle Ausprägung aber sehr wohl Bedeutung hatten.²¹

Lokale Medien – Ansatz Kommunikationsraumanalyse

Franz Ronneberger nannte es eine »Alltagserfahrung«, daß Entstehung, Ablauf und Erfolg von Kommunikation von räumlichen Gegebenheiten abhängen. Damit seien aber nicht nur Räume der Erdoberfläche gemeint, vielmehr unterscheide sich Kommunikation auch durch soziale Merkmale wie Alter, Beruf, Geschlecht oder Religion. »Im übertragenen Sinne könnte man von Menschen, die nach solchen Merkmalen kommunizieren, sagen, sie befinden sich in einem gemeinsamen Kommunikationsraum.«²²

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Wer wissen will, wie Kommunikation in einem bestimmten Gebiet abläuft und warum gerade so, kann an den Raumstrukturen nicht vorbeigehen.

In den 70er Jahren wurde dieser Ansatz zunächst genutzt, um sich dem Problem der Pressekonzentration (Ein-Zeitungs-Kreise) zu nähern.²³ Später verlagerten sich die Aktivitäten auf die Gebiete Rundfunk und »Neue Medien«: Wo bestehen Kommunikationsdefizite und damit Chancen für die Einführung von Regionalsendun-

20 Rolf Sülzer: Sozialgeschichte als Aspekt der Medientheorie. In: Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Hrsg. von Jörg Aufermann. Bd. 1. Frankfurt am Main 1973.

21 Hans-Wolfgang Wolter: Generalanzeiger – Das pragmatische Prinzip. Zur Entwicklungsgeschichte und Typologie des Pressewesens im späten 19. Jahrhundert. Bochum 1981. S. 40.

22 Franz Ronneberger: Entstehung und Bedeutung von Kommunikationsräumen. In: Kommunikationspolitik. Bd. 2. Mainz 1980. S. 153ff.

23 Siehe Heinz-Werner Stüber: Kommunikationsräume der lokal informierenden Tagespresse. Nürnberg 1975.

gen? Von wo aus und mit welcher Reichweite muß ich also ein neues Regionalprogramm ausstrahlen? Das öffentliche Interesse an diesen Fragen ermöglichte in den 80er Jahren das Entstehen sogenannter Kommunikations- und Medienatlanten.²⁴

Eine Übernahme des Ansatzes für historische Arbeiten erschweren aber zwei von den Kommunikationsraum-Theoretikern aufgestellte Hürden. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Aufsätze zum Thema die Forderung, die nicht-mediale Kommunikation bei der Raumuntersuchung mindestens genauso zu berücksichtigen wie die medial vermittelte. Dieses Ziel ist nicht einmal bei den aktuellen Bestandsaufnahmen erreicht worden. Nachbarschaftsbeziehungen, Verkehrskreise, Versammlungsatmosphäre – all das ist für den Historiker, der auf Befragungen verzichten muß, bestenfalls bruchstückhaft zu erschließen.

Das zweite Problem ist weniger eine Quellen- als eine theoretische Frage: In der Literatur wird viel Platz dafür verwendet, Kommunikationsräume voneinander abzugrenzen, deren zeitliche Bedingtheit zu beweisen, Überschneidungen zu definieren. Ronneberger hat hier von einem »Zirkel« gesprochen: Der Forscher »soll ein Objekt untersuchen, das er erst identifizieren kann, wenn er es untersucht hat«²⁵. Hier liegt denn auch eine Schwäche vieler Versuche, den Ansatz Kommunikationsraum praktisch umzusetzen. Die genannten Atlanten beispielsweise basieren jeweils auf einem Verwaltungsgebiet, erfassen etwa die Medien eines Bundeslandes oder eines Landkreises, obwohl doch in jedem theoretischen Aufsatz betont wird, daß sich Kommunikationsraumgrenzen keineswegs nach Länder- und Kreisgrenzen richten.

Natürlich, wer Argumente für ein städtisches Hörfunkprogramm sammelt, kann das Grenzproblem nicht ignorieren. Für den Historiker jedoch muß sich die Grenzfrage keineswegs stellen, es sei

24 Literaturangaben dazu bei Ottfried Jarren: Kommunikationsraumanalyse – Ein Beitrag zur empirischen Kommunikationsforschung? In: Wege zur Kommunikationsgeschichte. Hrsg. von Manfred Bobrowsky und Wolfgang R. Langenbacher. München 1987. S. 560ff.

25 Franz Ronneberger: Entstehung und Bedeutung von Kommunikationsräumen. In: Kommunikationspolitik. Bd. 2. Mainz 1980. S. 155.

denn, er wollte ermitteln, welche Kommunikationsräume es beispielsweise im Sachsen der 20er Jahre gab. Wem es aber um den möglichen Zusammenhang von Raumstrukturen und Presseentwicklung geht, für den kommt es zunächst darauf an, die Faktoren zu kennen, die diese Entwicklung beeinflusst haben könnten, und einen Raum zu bestimmen, für den die Ausprägung dieser Faktoren einschließlich möglicher Veränderungen untersucht werden soll.

Franz Ronneberger hat folgende Determinanten für die Entstehung und Abgrenzung von Kommunikationsräumen, also Faktoren, die auf die Medienentwicklung Einfluß haben können, genannt:

1. Sozialbewußtsein als »Resultante aus Einstellungen, die sich auf die Interpretation von sozialen Lagen beziehen« (Ronneberger nennt dieses Kriterium erst an vierter Stelle – inkonsequenterweise, denn schließlich hatte er seinen Beitrag damit eingeleitet, daß sich Kommunikation vor allem durch soziale Merkmale unterscheidet. Daß ich diesem Kriterium besondere Aufmerksamkeit zuwende, hat außerdem technische Gründe: Hier ist statistisches Material [Berufs- und Bevölkerungszählungen] verwertbar.)
2. Verkehr (wichtig vor allem für Zeitungen, Stichworte Zustellung und Nutzungsmöglichkeiten für Boulevardblätter)
3. Tradition (»jene Vorstellungen [...], die sich auf Werte wie Heimat, Sitten und Gebräuche, Ordnung, Beständigkeit beziehen«, sowie, damit sicher eng verbunden, die Mentalität)
4. Verwaltung (»Ausdruck für Zuständigkeiten, Berechtigungen, Verpflichtungen«)
5. Organisationen (Wirtschaft, Parteien, Interessenverbände)
6. Massenmedien (finden laut Ronneberger »ihren Platz teils neben den vorgenannten Determinanten, teils sind sie es, die ihnen allen überhaupt erst zur Wirkung verhelfen«)
7. Sprache (nicht nur Nationalsprachen, sondern auch Dialekte und Soziolekte)
8. Lesefähigkeit (relevant in Verbindung mit dem Bildungsstand und vor allem in mehrsprachigen Gebieten).²⁶

26 Ebenda. S. 158ff.

Mit der Untersuchung des Umfeldes ist die Aufgabe allerdings noch nicht gelöst. Es muß an dieser Stelle nicht extra betont werden, daß sich aus bestimmten Raumgegebenheiten nicht automatisch eine bestimmte Presselandschaft entwickelt. Egal ob man die Beziehungen zwischen Parteien, einzelnen Politikern oder Honoratioren zu Verlagsbesitzern betrachtet oder das soziale Umfeld, die Herkunft eines einzelnen Journalisten untersucht, immer hat man es mit Menschen zu tun, die versuchen, innerhalb eines gegebenen Handlungsspielraumes ihre Interessen durchzusetzen, so selbst prägend auf ihr Umfeld einwirken.

Franz Ronneberger ist davon ausgegangen, daß die Mitwirkung der Massenkommunikation an der Erfüllung der gesellschaftlichen Hauptfunktionen die originäre journalistische Aufgabe sei.²⁷ Die von ihm abgeleiteten Funktionen der Lokalpresse lassen sich in zwei Gruppen teilen: in speziell auf eine Gemeinde bezogene und in solche allgemeiner Natur. Zur ersten Gruppe gehören *erstens* Herstellung lokaler Öffentlichkeit²⁸; *zweitens* Soziale Orientierung (Umweltdaten: soziales Koordinatensystem, Gemeindegeschehen, Geschäftsleben) und *drittens* Integration (Vermitteln sekundärer Erfahrungen über die gesellschaftlichen und politischen Organisationen in der Gemeinde, Identifizierung mit der jeweiligen Gemeinschaft: Vereinsberichterstattung, Heimatpflege usw). Die Funktionen allgemeiner Natur sind *viertens* Sozialisation (Verhaltensmuster, Handlungsentwürfe); *fünftens* Soziale Kontrolle (Setzen von Normen, Leitlinien) und *sechstens* Politische Bildung.

27 Ebenda. S. 176ff.

28 Der Streit um den Begriff »Öffentlichkeit« soll hier nicht ausgewalzt werden; was Ronneberger meint, läßt sich vielleicht am besten in eine Frage fassen: Welche Interessen, welche sozialen Schichten und Gruppen kommen zu Wort? Ebenda. S. 176f.

1.3 Theoretischer Anspruch und Möglichkeiten des Historikers

Das Problem, das bereits bei der Frage der non-medialen Kommunikation angedeutet wurde, stellt sich angesichts dieser Kriterienkataloge noch schärfer: Im Grunde ist Prakkes Forderung, den publizistischen Prozeß in seiner sozialen Bedingtheit zu untersuchen, für den Kommunikationshistoriker nicht erfüllbar. Eine auf seine Bedürfnisse zugeschnittene Sozialgeschichte dürfte er vergeblich suchen. Von einem Einzelforscher, und das ist der Kommunikationshistoriker in der Regel, läßt sich diese Lücke schon wegen des nötigen Zeitaufwands kaum schließen, möglicherweise scheitert dies aber auch an der fehlenden soziologischen Ausbildung, die beispielsweise bei einem Kriterium wie »Sozialbewußtsein« unerlässlich ist.²⁹

Doch auch auf seinem ureigenen Feld muß der Kommunikationshistoriker viele Flächen brach liegen lassen. Wie soll ohne Kenntnis der Plakatsäulen, des Ablaufs von Versammlungen, der Themen, die an den Stammtischen diskutiert wurden, geklärt werden, wie eine Zeitung an der Herstellung lokaler Öffentlichkeit beteiligt war? Wie kann ohne Befragungen die Integrationsleistung eines Blattes oder sein Beitrag zur politischen Bildung – alles laut Ronneberger Funktionen der Lokalpresse – gemessen werden? Schon bei einer historisch gesehen relativ kurz zurückliegenden Zeit wie der Weimarer Republik läßt sich die Aufgabe Wirkungsforschung nicht mehr lösen.

Selbst die Struktur des Leserkreises einzelner Zeitungen ist überall da, wo keine Verlagsarchivalien überliefert sind, entweder nur ungenau (aus Sekundärquellen) oder aber mit großem Aufwand (über die in Leipzig entwickelte Methode der Anzeigenanalyse³⁰) zu

29 Siehe hierzu auch S. 31ff.

30 Die in Leipzig entwickelte Methode der Anzeigenanalyse geht von zwei Überlegungen aus. *Erstens*: Eine Anzeige steht nicht um ihrer selbst willen in der Zeitung, sie wendet sich an einen bestimmten Leser. *Zweitens*: Wer sich für »seine« Zeitung entschieden hat, wird seine Kleinanzeige nur in Ausnahmefällen beim Konkurrenzblatt aufgeben. Folglich sind Qualität und Herkunftsort der Anzeigen Indizien für die soziale Zusammensetzung des Leserkreises und für das jeweilige

ermitteln. Ähnlich sieht es im Bereich Kommunikator aus: Wie sollen ohne Verlagsangaben beispielsweise Entscheidungsabläufe im Betrieb nachvollzogen oder dessen wirtschaftliche Lage beurteilt werden?

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Ist also Kommunikationsgeschichte sinnlos, weil ohnehin nicht mehr rekonstruierbar? Erstens wird es auch bei Analysen aktueller Kommunikationsabläufe nicht gelingen, ein Bild zu zeichnen, das alle denkbaren Farbtupfer enthält, und außerdem verfügt der Pressehistoriker über einen Schatz, der noch viel zu wenig genutzt wird: die Zeitungen selbst. Wenn die Qualität eines Faktors des Kommunikationsprozesses die Qualität der übrigen Faktoren bestimmt (Prakke), heißt das, daß mit Hilfe überlieferter Zeitungen nicht nur der Bereich Aussage zu erschließen ist, sondern auch Erkenntnisse über Publizisten und Publikum zu gewinnen sind. Daß dies nur indirekt geschehen kann, versteht sich von selbst, aber die vorliegenden Arbeiten zur Geschichte der Leipziger Presse bis 1914 lassen erwarten, daß mit Hilfe der Primärquelle Zeitung, der zugänglichen Archivalien und der vorliegenden Daten zur Sozialgeschichte der Stadt³¹ auch für die Jahre der Weimarer Republik ein Ergebnis zu erzielen ist. Den Arbeiten von Thomas Kittan, Uwe Winkler und Andreas Müller liegt – ohne das die Autoren dies benannt haben – das Kommunikationsverständnis Prakkes zugrunde. Auch der Begriff Kommunikationsraum fällt in den genannten Schriften nicht, und dennoch wurde

Verbreitungsgebiet. Daß die Methode nicht unumstritten ist, hat u. a. die Diskussion meines Vortrages zum Thema während der 2. Leipziger Medientage gezeigt. (Der Vortrag ist nachzulesen in: *Forschen – Lehren – Weiterbilden für Medienberufe in Europa. Leipziger Universitätsbeiträge zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Band 2. Leipzig 1993. S. 279ff.*) Für den skizzierten Analyseweg spricht aber, daß die erzielten Ergebnisse sich in etwa mit Beobachtungen zeitgenössischer Autoren decken. – Siehe u. a. folgende Leipziger Diplomarbeiten: Michael Meyen: *Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925*. 1992. S. 12ff.; Ires Pollatschek: *Die Berliner Morgenpost in den Jahren 1919 bis 1922*. 1991; Udo Lindner: *Das Inseratewesen in der bürgerlichen Presse 1914–1933, untersucht am »Chemnitzer Tageblatt«, den »Chemnitzer Neuesten Nachrichten« und der »Allgemeinen Zeitung«*. 1991.

31 Siehe hierzu auch Abschnitt I.3.

das untersucht, was Ronneberger mit seinen Kategorien beschreibt, vielleicht mit der Einschränkung, daß bei der Betrachtung des Zeitungsinhalts die allgemeine Wertorientierung (Politikteil) stärker betont wurde als die Lokalberichterstattung.³²

2. Problemstellung

2.1 Die Leipziger Presselandschaft in der Weimarer Republik

Leipzig erlebte nach dem Ersten Weltkrieg eine Verarmung des Zeitungsangebots, für die es in Deutschland – zumindest in einer Stadt vom Range Leipzigs – keine Parallele gibt.

Ende 1918 existierten in der Stadt fünf bürgerliche Blätter. Dem Auflagenriesen »Leipziger Neueste Nachrichten« (LNN) standen vier Zeitungen mit kleiner bis sehr kleiner Auflage gegenüber, die sich teilweise auch untereinander politisch bekämpften. Keines dieser vier kleinen Blätter überlebte den folgenden Konzentrationsprozeß. Bis Anfang 1926 wurden sie unter Beteiligung des Berliner Ullstein-Verlages zur »Neuen Leipziger Zeitung« (NLZ) verschmolzen.³³ Der NLZ gelang es jedoch nicht, die LNN von ihrer führenden Stellung auf dem Leipziger Pressemarkt zu verdrängen. Das muß nicht nur angesichts des finanzkräftigen Betreibers der Neugründung (Ullstein) verwundern, sondern auch eingedenk der politi-

32 Thomas Kittan: Grundlegende Entwicklungstendenzen der nichtproletarischen deutschen Presse zwischen 1830 und 1848/49 – untersucht an der Leipziger Presse. Diss. A. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1989; Uwe Winkler: Grundlegende Entwicklungstendenzen der Leipziger Zeitungspresse zwischen 1850 und Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts. Diss. A. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1991; Andreas Müller: Die nichtproletarische Presse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis 1914. Diss. A. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1988.

33 Siehe Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1989 und Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. Universität Leipzig. FB KMW 1992.

schen Haltung beider Blätter. Während die »Neue Leipziger« demokratisch-republikanische Positionen verfocht, traten die LNN, die fast bis zum letzten Weltkriegstag Durchhalteparolen verbreitet, sich stets an Kaisers Seite gewöhnt und dann schnell auf den »Boden der (von der Revolution geschaffenen) Tatsachen«³⁴ gestellt hatten, zunehmend gegen Republik und Verfassung auf. Anfang der 30er Jahre unterstützten die »Neuesten Nachrichten« offen die NSDAP.³⁵ Und diese Zeitung beherrschte den Pressemarkt im »roten Leipzig«, der Stadt, in der mit der »Leipziger Volkszeitung« (LVZ)³⁶ eines der Sprachrohre der USP und später des linken SPD-Flügels erschien³⁷, der einzigen Großstadt, in der die Sozialdemokraten bei der Juliwahl 1932 mehr Stimmen bekamen als die Nationalsozialisten!³⁸ Dabei lag die Auflage der LNN sogar stets höher als die aller anderen Leipziger Blätter einschließlich der Zeitungen der Arbeiterparteien³⁹ zusammengenommen.⁴⁰ Außerdem waren die

-
- 34 N. N.: Zur Steuer der Wahrheit. In: LNN 26(1918). Nr. 344 vom 12. Dezember.
- 35 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. DA. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1989. S. 111.
- 36 Die LVZ erschien seit 1. Oktober 1894. Zur Geschichte des Blattes siehe vor allem Jürgen Schlimper: Ein sozialistisches Gegenstück zu den Generalanzeigen. In: 100 Jahre Leipziger Volkszeitung. LVZ-Sonderbeilage vom 1. Oktober 1994. S. 6f.; Frank Stader: Ein eigener Druckbetrieb oder nicht? Ebenda. S. 8f.; J. S. (Jürgen Schlimper): Aktiengesellschaft, die den Arbeitern gehörte. Ebenda. S. 8; F. S. (Frank Stader): Zweimal LVZ vor 1894. Ebenda; Jürgen Schlimper: Widerstand war auf vielerlei Art möglich. Ebenda. S. 9.
- 37 Siehe Jürgen Schlimper: Thesen zur Entwicklung der LVZ vor 1945 (unveröffentlichtes Manuskript). Leipzig 25. Oktober 1994. – Jürgen Schlimper arbeitet derzeit an einer Habilitationsschrift zur LVZ-Geschichte.
- 38 Siehe H. N. (Hans Natonek): Eine Forderung aus dem Leipziger Wahlergebnis. NLZ 12(1932). Nr. 215 vom 2. August. – Wenn überhaupt, waren die meisten Zeitungsbeiträge bestenfalls mit einem Kürzel des Autors versehen. In all den Fällen, wo daraus eindeutig der Name hervorging (Impressum, Redaktions-Informationen im Verbandsorgan »Deutsche Presse«), habe ich ihn in Klammern eingefügt. Wenn beispielsweise ein LNN-Kommentar mit »Hs.« gezeichnet war, konnte dieser nur vom Leitartikler Paul Harms kommen.
- 39 Neben der LVZ erschien in Leipzig noch das KPD-Blatt »Sächsische Arbeiterzeitung« (ab 1. Dezember 1921, mit dem »Roten Kurier« gab es ab 16. Juni 1921 bereits einen Vorläufer). In der Zeit der Spaltung der SPD gaben die Mehr-

»Neuesten Nachrichten« das einzige bürgerliche Blatt der Stadt, das in nennenswertem Umfang überregional verbreitet wurde.⁴¹

2.2 Fragestellung

Aus dieser Entwicklung der Leipziger Presselandschaft in der Weimarer Republik leite ich folgende Fragestellung ab: Warum gelang es den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, ihre führende Stellung zu behaupten?

Um dies zu beantworten, genügt es natürlich nicht, nur die LNN zu betrachten. Auch ein Vergleich mit der »Neuen Leipziger Zeitung« reicht noch nicht aus, da ja gerade deren Entstehen – durch das Zusammengehen der kleineren, politisch teilweise verfeindeten Blätter – zunächst nicht nachvollziehbar ist. Gegenstand sollen deshalb alle bürgerlichen Blätter Leipzigs sein. Die Untersuchung beginnt im September 1918 und endet mit dem Reichstagsbrand. Die Arbeit auf die wenigen Jahre des Konzentrationsprozesses im Leipziger Zeitungswesen (1921 bis 1925) zu beschränken, verbietet sich schon deshalb, weil ein Blatt ebensowenig aus heite-

heitssozialisten außerdem die »Freie Presse« (1. Juli 1917 bis September 1922) heraus. Siehe: Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden 1914 bis 1918/19. Leipzig 1990. S. 30; Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden 1919 bis 1933. Leipzig 1990. S. 27.

- 40 Über die Auflagenhöhe der Leipziger Blätter sind keine hundertprozentig verlässlichen Angaben mehr zu erhalten. Die hier getroffene Aussage wurde von den LNN wiederholt in Eigenwerbungen verwendet und dabei von der Konkurrenz weder dementiert noch als Grundlage für ein Gerichtsverfahren um unlauteren Wettbewerb verwendet, was sonst bei viel nichtigeren Anlässen an der Tagesordnung war. Siehe S. 252ff.
- 41 Torsten Kleditzsch hat neben dem Verbreitungsschwerpunkt Leipzig den Thüringer Raum, den Umkreis der Städte Halle und Magdeburg sowie den Leipziger Raum genannt. Außerhalb Leipzigs seien die LNN in der Regel als Zweitzeitung genutzt worden. Siehe Torsten Kleditzsch: Die Leipziger Neuesten Nachrichten unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 15ff. – Siehe auch Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. DA. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 12ff.

rem Himmel einget wie eine Neugründung von heute auf morgen einen Markt erobern kann. Erst über die Betrachtung längerer Zeiträume sind hier Erkenntnisse zu gewinnen. Bei allen damit verbundenen Problemen (Materialfülle!) rechtfertigt dies die Wahl der längstmöglichen Zeitspanne (Längstmöglich deshalb, weil die Situation der Presse sowohl in der Weltkriegs- als auch in der NS-Zeit eine ganz andere war als in der Republik: Zensur und Papiermangel standen auf der einen Seite, Presselenkung auf der anderen. Eine seriöse Betrachtung dieser Zeiträume erfordert demzufolge umfangreiche Zusatz-Recherchen⁴²).

Die Leipziger Zeitungen der Arbeiterparteien habe ich nicht einbezogen. Jüngste Forschungen belegen, daß die »Leipziger Volkszeitung« von innerparteilichen Auseinandersetzungen geprägt wurde.⁴³ Der Kreis der LVZ-Bezieher dürfte also nur wenig über den der Parteimitglieder hinausgegangen sein, das Blatt war folglich kein direkter Konkurrent der LNN. Das gleiche gilt für die »Sächsische Arbeiterzeitung« (KPD)⁴⁴, die zudem noch in weitaus geringerer Auflage als die LVZ erschien. Auch auf eine Untersuchung der »Leipziger Tageszeitung« (NSDAP) habe ich verzichtet. Das Blatt wurde erst im April 1932, also fast am Ende des Untersuchungszeitraums, gegründet. Da die Auflage der »Leipziger Tageszeitung« vor Hitlers Machtübernahme nicht über 10.000 Exemplare hinausging, dürfte auch dieses Blatt vor allem von Parteimitgliedern bezogen worden sein.⁴⁵

42 Jürgen Schlimper hat allerdings in den überlieferten Beständen des für Leipzig zuständigen XIX. Armeekorps keine Zensurakten gefunden, die die »Neuesten Nachrichten« betreffen.

43 Siehe Jürgen Schlimper: Thesen zur Entwicklung der LVZ vor 1945 (unveröffentlichtes Manuskript). Leipzig 25.10.1994.

44 Zur »Sächsischen Arbeiterzeitung« siehe Fußnote 39.

45 Die Angaben zur Auflage der »Leipziger Tageszeitung« (LTZ) verdanke ich Jürgen Schlimper, der diese im Bundesarchiv Koblenz (Akte NS 26. Nr. 1045 ohne Blattzählung) fand. Danach kletterte die LTZ-Auflage im August 1932 erstmals über 8.000 Exemplare (9.100). Im November erreichte sie 10.300 Exemplare, sank aber im Dezember wieder auf 9.800. Aus der Akte geht nicht hervor, ob sich die Zahlen auf die Druckauflage oder auf verkaufte Exemplare beziehen.

Andreas Müller hat für die Zeit vor 1914 festgestellt, daß die Zeitungslandschaft der Stadt von außen kaum beeinflußt wurde, sich die Leipziger nicht für auswärtige Zeitungen interessierten.⁴⁶ Da ich bei ersten Untersuchungen keine Anzeichen für eine Änderung dieses Zustands gefunden habe (beispielsweise im Konkurrenzverhalten), konnte auf eine Untersuchung auswärtiger Blätter verzichtet werden.

Wenn ich im folgenden die Schwerpunkte benenne, deren Untersuchung mir entsprechend dem im ersten Abschnitt gesteckten theoretischen Rahmen notwendig erscheint, verzichte ich darauf, den Fragekatalog auf die bereits diskutierten eingeschränkten Möglichkeiten des Historikers zuzuschneiden. Hierauf wird noch einmal kurz im Abschnitt »Quellen« zurückzukommen sein. Die folgenden Erkenntnisziele tragen also »idealen« Charakter.

Wie entwickelte sich der Faktor Kommunikator?

Henk Prakke hat den Begriff »Kommunikator« mit »Publizist« übersetzt.⁴⁷ Doch eine Untersuchung auf die schreibende Zunft zu beschränken, hieße, deren Rolle im Zeitungsbetrieb zu überschätzen. Auch wenn der Stuttgarter Verleger Karl Esser an seine Kollegen appellierte, »ohne jede Rücksicht auf Nutzen oder Schaden unerschütterlich fest bei der gewonnenen Überzeugung zu bleiben«⁴⁸: Die Zeitung nimmt nicht nur öffentliche Interessen wahr oder überbringt politische Botschaften, sondern ist auch Wirtschaftsunternehmen. In einer ähnlich ambivalenten Lage befinden sich die Redakteure. Sie arbeiten möglicherweise für eine politische Idee, müssen aber zugleich ihren Lebensunterhalt bestreiten. Schon des-

46 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. Diss. A. KMU Leipzig, Sektion Journalismik 1987. S. 4. – Müller bezog sich hier auf Angaben von Hans Burkhardt: Die politische Tagespresse des Königreichs Sachsen. Heidelberg 1914.

47 Henk Prakke u. a.: Kommunikation der Gesellschaft. Einführung in die funktionale Publizistik. Münster 1968. S. 58.

48 Der Zeitungsverleger. Sein Werden und Wirken. Stuttgart 1930. S. 9f.

halb ist nicht von vornherein vorauszusetzen, daß sie die gleichen Interessen verfolgen wie ihre Verleger, auch wenn Karl Esser geradezu beschwor, daß die Ansichten beider Seiten »fein zusammenstimmen« müßten.⁴⁹

Folglich gilt es, bei der Untersuchung des Faktors Kommunikator zunächst doppelt zu trennen: zum einen Verleger und Redakteure, zum anderen jeweils wirtschaftliche Lage und Rollenverständnis. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Wie entwickelten sich die Besitzverhältnisse in den Leipziger Zeitungsverlagen, wie die wirtschaftliche Lage der einzelnen Unternehmen?
- Welche Ziele – wirtschaftlich und publizistisch – verfolgten die Verleger?
- Wer arbeitete unter welchen Bedingungen (Gehalt, soziale Absicherung, Redaktionshierarchie) für die Zeitungen?
- Welche publizistischen Ziele verfolgten die Journalisten?
- In welchem Verhältnis standen Verlagsbesitzer und Redaktionen?

Die Antworten darauf können den Faktor Kommunikator noch nicht vollständig beschreiben. Verleger und Redakteure arbeiten nicht im luftleeren Raum. Da dies mit Ronnebergers Kommunikationsraumdeterminanten nicht meßbar ist, muß hier, im Bereich Kommunikator, ebenfalls gefragt werden:

- Welchen direkten und indirekten Einfluß hatten Politiker, Unternehmer oder Honoratioren, aber auch Behörden und Parteien auf Personen im Zeitungsbetrieb?

Wie entwickelte sich der Faktor Kommunikation (Aussage)?

Die bürgerlichen Zeitungen Leipzigs fanden – ungeachtet aller weitergehenden Ambitionen – das Gros ihrer Leser in der Stadt selbst. Daher ist es gerechtfertigt, die von Ronneberger genannten Funktionen der Lokalpresse⁵⁰ als Untersuchungsgrundlage zu wählen. Die

49 Ebenda. S. 15.

50 Siehe S. 19.

genannten sechs Funktionen lassen sich jedoch nicht eindeutig voneinander abgrenzen. So wäre es sicher nicht schwierig, den Bericht über eine Stadtverordnetensitzung als Beitrag sowohl zur Herstellung lokaler Öffentlichkeit als auch zur sozialen Orientierung und Kontrolle, zur Sozialisation und Integration und natürlich zur politischen Bildung zu deuten. Deshalb scheint es sinnvoll, hier übergreifende Fragen zu formulieren:

- Welche Lokalinformationen fanden die Leipziger in welchem Umfang in »ihrer« Zeitung (soziale Orientierung, Integration, politische Bildung)?
- Welche Rolle spielten die Blätter beim Meinungsbildungsprozeß in der Stadt (lokale Öffentlichkeit, Sozialisation, soziale Kontrolle)?
- Wessen Interessen wurden in den Zeitungen vertreten (lokale Öffentlichkeit, soziale Orientierung, Integration)?
- Wie entwickelte sich die politische Haltung der Blätter (Sozialisation, soziale Kontrolle, politische Bildung)?

Nicht zu erfassen sind mit Ronnebergers Kategorien das äußere Erscheinungsbild der Zeitungen und die formale Struktur des Lesestoffs. Wenn gefragt wird, warum die Leipziger ein bestimmtes Blatt bevorzugten, können diese Punkte aber nicht vernachlässigt werden. Gerade in der Weimarer Zeit veränderten sich Aufmachung (Satzbild, verstärkter Einsatz von Fotos und Zeichnungen, Überschriften) und Lesestoff (allein schon durch die Bedeutung, die Bereiche wie Sport oder Kino in der Gesellschaft bekamen). Deshalb ist ebenfalls zu untersuchen:

- Wie entwickelten sich die formale Struktur des Lesestoffs und das äußere Erscheinungsbild der Zeitungen?

Wie entwickelte sich der Faktor Rezipient (Publikum)?

Kommunikation kommt laut Praxke zustande, wenn Ziele des Kommunikators und Erwartungen des Rezipienten übereinstimmen.⁵¹ Um diese Erwartungshaltung einzugrenzen, läßt sich die Analyse des Faktors Publikum meines Erachtens auf drei Bereiche beschränken:

- Soziale Struktur (sozialer Status, Berufs- und Bildungsstruktur)
- Lokale Verteilung (Verbreitungsgebiet der Zeitungen)
- Rezeptionsbedingungen (Es ist ein Unterschied, ob die Zeitung daheim im Sessel oder auf dem Weg zur Arbeit gelesen wird).

Wie entwickelte sich der Kommunikationsraum Leipzig?

Oben wurde bereits festgestellt, daß die Leipziger Blätter in erster Linie Lokalzeitungen waren, Zeitungen, die ihren Platz in der Stadt hatten. Deshalb scheint es gerechtfertigt, Leipzig in den Grenzen vom 16. Juni 1925 (Tag der Volkszählung)⁵² als zu untersuchenden Kommunikationsraum zu definieren. Grundlage der Betrachtung sind dabei die von Ronneberger hergeleiteten Determinanten⁵³ mit Ausnahme der Kriterien »Sprache« und »Lesefähigkeit«. Diese mögen für andere Regionen und bestimmte Zeiträume ihre Berechtigung haben, zumal bei Einbeziehung der non-medialen Kommunikation (Dialekte). »Sächsisch« war dagegen im Leipzig der 20er Jahre keine Zeitungssprache, die Zahl der Ausländer in der Stadt war klein, die Volksschule (Alphabetisierung!) gab es ein halbes Jahrhundert. Aus diesen Gründen wurden beide Determinanten vernachlässigt.

51 Henk Praxke u. a.: Kommunikation der Gesellschaft. Einführung in die funktionale Publizistik. Münster 1968. S. 66.

52 Das Datum festzulegen, ist schon deshalb nötig, weil sich das Stadtgebiet durch Eingemeindungen veränderte. Die meisten vorliegenden Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Leipzig basieren auf der Zählung vom 16. Juni 1925.

53 Siehe S. 18.

3. Quellen

3.1 *Presseentwicklung*

Hauptquelle dieser Arbeit sind die Zeitungen selbst. Befragungen des Publikums und der Publizisten sind aus verständlichen Gründen nicht mehr möglich. Verlags- und Redaktionsunterlagen haben die Zeiten nicht überlebt. Überliefert sind lediglich wenige Bücher von noch weniger Redakteuren, Aufsätze in Fachzeitschriften sowie einige Reden von Verlegern (nicht von allen), die sich noch nicht einmal alle mit dem Thema Leipziger Presse befassen. Natürlich sind auch in Schriften Leipziger Zeitgenossen – egal ob Reiseführer, Lebenserinnerung oder einfach nur Zeitgeistwerk – hin und wieder Bemerkungen über die örtliche Presse eingeflossen. All dies genügt aber nicht den Anforderungen einer wissenschaftlichen Untersuchung.

Die überlieferten Presseakten des Polizeipräsidiums befassen sich bis auf wenige Ausnahmen (aus den ersten Jahren der NS-Diktatur) lediglich mit Zensurangelegenheiten im Weltkrieg. Das Handelsregister gibt selbst über die Besitzverhältnisse nur bedingt Aufschluß. Die Unterlagen der Leipziger Stadtverwaltung wiederum beziehen sich nur auf das Kapitel »Amtsblatt«, das heißt auf die Veröffentlichung der Bekanntmachungen in der Presse. Natürlich spielten diese Anzeigen in den Kalkulationen der Verlage eine gewisse Rolle, außerdem waren die Informationen für die Bevölkerung nicht unwichtig. Aber darüber, wie die Leipziger bürgerlichen Zeitungen ihre Funktion als Lokalblätter erfüllten, kann ihr Verhältnis zum Rat der Stadt nur bedingt Aufschluß geben. Hierfür bleiben als Hauptquelle die Zeitungen selbst.

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN), die »Neue Leipziger Zeitung« (NLZ) sowie deren Vorläufer »Leipziger Zeitung« (LZ) und »Leipziger Allgemeine Zeitung« (LAll) sind für den Untersuchungszeitraum vollständig überliefert. Das gleiche gilt vermutlich auch für das »Leipziger Tageblatt« (Ende 1925 mit der NLZ verschmolzen), allerdings sind die Jahrgänge 1921 bis 1923 sowie Einzelbände der übrigen Jahrgänge wegen des schlechten Zustandes der Originale im Leipziger Stadtarchiv derzeit nicht benutzbar. Bes-

serung ist hier erst nach der vollständigen Verfilmung der Bestände zu erwarten. LNN und NLZ haben unterschiedliche Ausgaben für Bezieher in der Stadt und auswärtige Abonnenten herausgegeben. Für den Postvertrieb war einfach ein früherer Redaktionsschluß nötig. Ich habe für die Untersuchung die im Stadtarchiv Leipzig überlieferte Stadtausgabe genutzt. Ein Vergleich mit der Postausgabe wäre zumindest bei den LNN möglich, da die Dresdner Landesbibliothek entsprechende Bestände aus den 30er Jahren besitzt. Der dafür nötige Aufwand steht allerdings in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen – schließlich geht es mir ja um den Kommunikationsraum Leipzig –, so daß ich auf einen solchen Vergleich verzichtet habe.

Um trotz fehlender Materialien über Verleger und Journalisten dennoch Aufschluß über das damalige Berufsverständnis zu bekommen, habe ich die Fachzeitschriften »Deutsche Presse« (Journalistenverband) und »Zeitungs-Verlag« (Verband der Zeitungsverleger) genutzt. Aus dem gleichen Grund wurden neben der aktuellen kommunikationswissenschaftlichen Literatur auch die mir zugänglichen Schriften aus den 20er und 30er Jahren verwendet.

3.2 Politisch-soziales Umfeld

Eine empirisch gesicherte Sozialgeschichte Leipzigs in der Weimarer Zeit liegt nicht vor. Dieter Rink und Robert Grahl haben immerhin versucht, in ihre Arbeit zur Entwicklung der Region nach 1945 auch Daten der Vorkriegszeit einfließen zu lassen.⁵⁴ Aber einerseits haben sich bei ihnen dort, wo sie sich lediglich auf Sekundärliteratur stützen, Fehler eingeschlichen (beispielsweise im Bereich Kommunalpolitik, S. 63ff.), andererseits läßt sich das Schema, mit dem sie die Berufsstatistik von 1925 strukturieren, nicht mit Ronnebergers Begriff »Sozialbewußtsein« vereinbaren.

54 Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993.

Soziale Schichtung

Norbert Elias hat geschrieben, daß Berufs- und Klassenzugehörigkeit bei der Beschäftigung mit der sozialen Schichtung zwar unentbehrlich seien, aber weder das eine noch das andere genüge, um die beobachtbare Zuordnung zu einer Schicht zu erfassen. Entscheidend sei vielmehr das Erleben der Schichtung durch die Beteiligten. Wer sich beispielsweise für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lediglich auf die Kriterien Einkommen und Stellung zu den Produktionsmitteln stütze, lasse außer acht, daß Beamte und Militärs einen weit höheren gesellschaftlichen Rang hatten als reiche Kaufleute.⁵⁵ Ähnlich hat dies Hans Leo Krämer gesehen. Er definierte »Schichtung« als vertikale soziale Gliederung einer Gesellschaft. Sozial relevante Merkmale allein würden jedoch noch keine Schicht bilden, mit ihnen müßten sich erst Wertungen verbinden.⁵⁶ Nur die Berufe heranzuziehen, hat Krämer deshalb wie Elias abgelehnt. Erstens verwische ein solches Herangehen Unterschiede, und außerdem würden die Arbeitsumstände vernachlässigt. Er räumte aber ein, daß bei der Vielzahl nebeneinander bestehender Hierarchien jede Abgrenzung willkürlich sei. Krämer machte noch auf eine weitere Schwierigkeit aufmerksam: Gesellschaft sei kein statisches Gebilde, allein schon durch demographische Vorgänge ändere sich soziale Schichtung ununterbrochen.⁵⁷ Krämer hat verschiedene Methoden genannt, um moralische Wertungen in die Untersuchung ökonomischer, sozialer und politischer Faktoren einzubeziehen: eine Schichtungs­pyramide, in der Beruf, Einkommen, Bildung und Vermögen mit einem bestimmten sozialen Prestige versehen werden,⁵⁸ oder ein Modell, in dem gesellschaftliches Ansehen und sozialer Handlungsspielraum als eigenständige Dimensionen neben Einkom-

55 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Hrsg. von Michael Schröter. Frankfurt am Main 1989. S. 61f.

56 Hans Leo Krämer: Soziale Schichtung. Frankfurt am Main, Berlin, München 1983. S. 5ff.

57 Ebenda. S. 14ff.

58 Ebenda. S. 34. – Krämer bezieht sich dabei auf Bernhard Schäfers: Sozialstruktur und Wandel der BRD. Stuttgart 1976.

men und Bildung erscheinen und über ein Punktsystem bewertet werden.⁵⁹ Er hat auch auf eine Arbeit von Franz Urban Pappi verwiesen, der in der Kleinstadt Jülich Freundschaftsbeziehungen untersucht hatte, um die Schichtung festzustellen. Ausgangspunkt war dabei, daß Freundschaft im eigenen Berufskreis ein typisches Gesellschaftsmerkmal sei.⁶⁰

Um einen dieser Ansätze zu übernehmen, müßten die damaligen Akteure befragt werden können. Da diese Quelle verschlossen ist und soziologische Untersuchungen nicht vorliegen, muß ich mich auf die amtlichen Statistiken, also Berufs-, Bevölkerungs- und Wohnungszählungen stützen. Krämer meinte zwar, daß diese Erhebungen wenig über die gesellschaftliche Situation aussagen würden,⁶¹ aber der einzige mir bekannte Ansatz, über solche Statistiken dem Sozialbewußtsein näherzukommen, ist mit vielen Fragezeichen versehen und außerdem für eine Untersuchung, die sich in erster Linie mit der Entwicklung der Presse beschäftigt, zu aufwendig.⁶²

59 Hans Leo Krämer: Soziale Schichtung. Frankfurt am Main, Berlin, München 1983. S. 98.

60 Ebenda. S. 103ff. – Siehe auch Franz Urban Pappi: Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Bd. 25. 1973.

61 Hans Leo Krämer: Soziale Schichtung. Frankfurt am Main, Berlin, München 1983. S. 101.

62 Theodor Geiger hat Anfang der 30er Jahre versucht, mit Hilfe der Berufs- und Bevölkerungsdaten von 1925 ein Schichtungsbild zu erarbeiten, in dem sowohl die ökonomische Lage als auch das Sozialbewußtsein berücksichtigt werden. Geiger ging davon aus, daß sich die öffentliche Meinung und mit ihr die sozialen Schichten – für ihn Resonanzboden und Substrat der öffentlichen Meinung – zu jeder Frage anders differenzieren. Weder Schichten noch Klassen seien deshalb »rechenbar«. In eine statistische Analyse könnten jedoch nur wahrnehmbare Merkmale einfließen. Die ökonomische Lage aber determiniere nicht zwingend das Bewußtsein. Als Beispiel nannte Geiger hier die Angestellten: Mit gleichem, oft sogar geringerem Lohn ausgestattet als Facharbeiter, würden sie ein eigenes Standesbewußtsein entwickeln. Deshalb suchte Geiger neben einer »Rohgliederung« (Kapitalisten, Mittelstand, Arbeiter) eine »Tiefengliederung«, indem er den Mittelstand in Besitzer und Entlohnte teilte und hier außerdem jeweils eine untere und eine obere Lage unterschied. Dabei hat er nicht jede Berufsgruppe in Bausch und Bogen einer Kategorie zugeschlagen, sondern bemühte sich, sozusagen auf »kleinste Elemente« zurückzugehen. Aus Gewerkschaftsangaben er-

Um dennoch nicht bei der Berufszugehörigkeit stehenzubleiben – zumal selbst hier auf die amtlichen Statistiken nur bedingt Verlaß ist (Welchen Beruf trägt zum Beispiel ein Student in die entsprechende Fragebogenspalte ein, der vor dem Uni-Besuch bei einem Kaufmann gelernt hat und nebenbei auf dem Bau arbeitet?) –, habe ich soziologische Arbeiten zur Entwicklung einzelner Bevölkerungsschichten einbezogen und so versucht, mich dem Faktor Sozialbewußtsein wenigstens zu nähern.

Alle anderen Umfeldvariablen Ronnebergers waren – eingedenk des Fehlens einer Leipziger Sozialgeschichte – lediglich über Sekundärliteratur zu erschließen, wobei neben zeitgenössischen Arbeiten wie der Denkschrift »Leipzig und Mitteldeutschland«⁶³ vor allem die Presse selbst als Quelle in Frage kam (nicht nur wegen des Faktors »Massenmedien«).⁶⁴

errechnete er beispielsweise, daß 20 Prozent der kaufmännischen Büroangestellten lediglich eine untergeordnete Tätigkeit ausübten, für die Reichsbahnbeamten setzte er nicht automatisch eine Mittellage voraus, berief sich vielmehr bei seiner Einteilung – alle Lokführer und 90 Prozent der technischen Angestellten mittlere Lage, Schaffner, Heizer und der Angestellten-Rest dagegen proletarisch – auf Vergleiche von Reichs- und Privatbahnen und nicht zuletzt auf seine eigenen Erfahrungen. An diesen Beispielen dürfte bereits die Grenze des Verfahrens deutlich werden: Verlegenheitszuordnungen sind nicht immer zu vermeiden. Außerdem wäre mit Geigers Einteilung nur die Situation im Jahre 1925 zu ermitteln. Vergleiche mit den Berufs- und Bevölkerungszählungen von 1907 und 1933 sind zumindest mit der Tiefengliederung Geigers nicht möglich, da den amtlichen Erhebungen verschiedene Bögen zugrunde liegen. Selbst um das Bild für 1925 zu zeichnen, wäre der Aufwand riesig. Geiger hat seine Umrechnungsfaktoren stets für die Situation in ganz Deutschland ermittelt. Wollte man diesen Reichsdurchschnitt auf eine Großstadt wie Leipzig anwenden, würde das die Ergebnisse verzerren. Es wäre also nötig, den Weg, den Geiger für das Reich ging, für Leipzig noch einmal zu beschreiten – eine Aufgabe für Soziologen, aber nicht für Pressehistoriker. – Siehe Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1967. Nachdruck von Stuttgart 1932.

63 Leipzig und Mitteldeutschland. Denkschrift für Rat und Stadtverordnete zu Leipzig. Hrsg. von Walter Leiske. Leipzig 1928.

64 Ein solches Herangehen hat auch Frank Stader empfohlen: »eine spezifische und von uns bisher kaum genutzte Möglichkeit des Journalismushistorikers zur Sammlung sozialhistorischen Materials [liegt] in der zielgerichteten Auswertung seiner Hauptquelle, nämlich der Presse«. – Siehe Zur sozialen Determination der Arbeiterpresse im 19. Jahrhundert (I). In: TuP 17(1989)5. S. 304.

4. Methoden

4.1 Inhaltsanalyse

Hauptquelle der Arbeit sind die überlieferten Zeitungen. Deshalb will ich mich an dieser Stelle auf die Methode der Inhaltsanalyse beschränken. Das Thema Kommunikationsraum wurde bereits im Abschnitt »Quellen« behandelt. Die Ermittlung von sozialer und lokaler Struktur des Leserkreises mit Hilfe des Anzeigenteils habe ich im Abschnitt »Theoretische Grundlagen« kurz beschrieben. Hierauf ausführlicher einzugehen, lohnt sich schon deshalb nicht, weil ich die entsprechenden Analysen bereits in einer früheren Arbeit vorgenommen habe.⁶⁵

Der Begriff

Weitgehende Einigkeit herrscht darüber, daß jede Form der Inhaltsanalyse nur auf ein Element des Kommunikationsprozesses gerichtet ist – auf die Aussage selbst. Nur hierfür seien gültige Ergebnisse zu erzielen, schrieb eine Leipziger Forschungsgruppe in ihrem Abschlußbericht. Wirkungen seien nur hypothetisch zu erforschen.⁶⁶ Ähnlich sah dies Jürgen Friedrichs: Schlüsse vom Material auf Elemente außerhalb des Materials seien bestenfalls plausibel und überhaupt erst belegbar durch zusätzliche Daten über Sender, Medium und Empfänger.⁶⁷

Weniger einig ist man sich über den Begriff Inhaltsanalyse selbst. Die klassische Berelson-Formel »content analysis«, die dieser als objektive, systematische und quantitative Beschreibung des manifesten Inhalts von Kommunikation verstanden wissen wollte, hat Hansjörg Bessler beispielsweise mit »Aussagenanalyse« übersetzt.

65 Siehe S. 20f.

66 Zur Methodik der Inhaltsanalyse journalistischer Produkte. Abschlußbericht der Forschungsgruppe Inhaltsanalyse zum ZF-Thema 771 – 01/a. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1977. S. 8f.

67 Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek 1973. S. 325.

Diese Bezeichnung biete sich förmlich an, da ja auch von Aussagen der Massenmedien gesprochen werde; wenn man »Aussagenanalyse« gewissermaßen als Oberbegriff verwende, wäre eine Unterscheidung in Inhalts- und Formanalyse möglich.⁶⁸

Quantitativ oder qualitativ?

Schwieriger zu schlichten als der Streit um den Begriff scheint der Glaubenskrieg zwischen positivistisch orientierten und geisteswissenschaftlich ausgerichteten Sozialforschern. Um nur die beiden Extreme zu benennen: Harold D. Lasswell und mit ihm laut Bessler »fast alle Massenkommunikationsforscher« schließen »reading between the lines« aus.⁶⁹ Dagegen war Siegfried Kracauer gegen umständliche Quantifizierungen, da dabei fast völlig auf die Einsicht des Analysierenden verzichtet werde. Vielmehr könne der Forscher oft durch die Interpretation eines einzigen Wortes den Inhalt einer Aussage besser beschreiben als durch lange Zahlenkolonnen.⁷⁰

Bessler meinte, daß nicht nur diese Diskussion unfruchtbar, sondern auch die Unterscheidung in quantitative und qualitative Untersuchungen unzweckmäßig sei. Quantitative Methoden sollten angewandt werden, um den Aussageinhalt weitgehend frei von zufälligen und systematischen Fehlern beschreiben zu können, qualitative dagegen, um Kommunikatoreinstellungen und -absichten zu messen. Besslers Hauptargument für die Zahlenkolonnen lautet: Sie seien kontrollierbar, von anderen Forschern nachvollziehbar.⁷¹

Philipp Mayring hingegen ist davon ausgegangen, daß sprachliches Material interpretationsbedürftig sei, in numerischen Reihen also nur bedingt wiedergegeben werden könne, um sich dann dem

68 Hansjörg Bessler: *Aussagenanalyse*. Bielefeld 1970. S. 29ff.

69 Ebenda. S. 39.

70 Siegfried Kracauer: *The Challenge of Qualitative Content Analysis*. In: *Public Opinion Quarterly*. Bd. 16. 1952. S. 631ff.

71 Hansjörg Bessler: *Aussagenanalyse*. Bielefeld 1970. S. 61ff.

Problem der Überprüfbarkeit zuzuwenden.⁷² Dabei hat er vier Anforderungen an eine qualitative Analyse herausgearbeitet: ein Kategorienschema, systematisches Vorgehen, Einordnung in ein Kommunikationsmodell und Überprüfung an den Gütekriterien, also Zuverlässigkeit und Gültigkeit.⁷³ Anzuwenden sei die qualitative Methode neben Einzelfall- vor allem bei Prozeßanalysen. Der individuell sehr verschiedene Ablauf spreche hier gegen Quantifizierungen, da dort die Analysezeitpunkte bereits im voraus festgelegt werden müßten.⁷⁴

Bessler hat empfohlen, im Text vorhandene Einstellungen über eine »symbol analysis« oder eine »evaluative assertion analysis« zu messen.⁷⁵ Beide Methoden beruhen auf dem gleichen Prinzip. Es müssen Schlüsselkategorien definiert werden, im Bereich Kommunalpolitik zum Beispiel Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Wirtschaftspartei und SPD, denen dann im Text vorhandene Einstellungen zugeordnet werden. Dies passiert entweder über eine Positiv-Negativ-Reihe, mit Abstufungen beispielsweise von plus drei bis minus drei, oder aber über eine Intensitätsskala von »sehr oft« bis »sehr wenig«. Schon diese Skaleneinteilungen lassen die Schwierigkeiten für die Kodierer ahnen: Ist »Die SPD hat versagt!« das gleiche wie »Die Wähler sind von der SPD enttäuscht«, ist das eine minus drei, das andere minus zwei? Zudem gilt der zitierte Einwand Mayrings auch hier: Wer die Berichterstattung einer Zeitung durch die Zeitläufte verfolgt, wird feststellen, daß sich diese kaum nach logischen Gesichtspunkten erklären läßt. Um beim Beispiel zu bleiben: Der Grundsatzartikel über die SPD ist keineswegs immer am Vorabend der Wahl erschienen, genausogut konnte ihn irgendein für den Außenstehenden nichtiger Anlaß bereits ein halbes Jahr zuvor inspiriert haben, oder ein Redakteur war ausgeschieden und mit ihm über Nacht eine bestimmte politische Meinung verschwunden. Weder über eine begründete Stichprobe noch über eine Wahrscheinlichkeitsauswahl läßt sich meiner Ansicht nach deshalb die

72 Philipp Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim, Basel 1983. S. 8ff.

73 Ebenda. S. 25.

74 Ebenda. S. 19f.

75 Hansjörg Bessler: *Aussagenanalyse*. Bielefeld 1970. S. 84ff.

Entwicklung von Zeitungen über einen so langen Zeitraum wie die Weimarer Republik mit hinreichender Genauigkeit verfolgen. Der Pressehistoriker kann auf Hermeneutik nicht verzichten. Deshalb habe ich mich entschieden, wie folgt vorzugehen.

Erstens: Um die Fragen nach den im Text vorhandenen Einstellungen (Rolle im Meinungsbildungsprozeß, Interessenvertretung, politische Haltung) zu beantworten, habe ich das gesamte vorliegende Material qualitativ untersucht und dabei – wie von Kracauer vorgeschlagen – auf die Einsicht des Analysierenden gesetzt. Der Begriff »qualitative Inhaltsanalyse« ist im folgenden also nicht im Sinne Besslers oder Lasswells zu verstehen, die wie gesagt »reading between the lines« ausschließen. *Zweitens:* Quantitative Methoden habe ich dagegen angewandt, um die Struktur des angebotenen Leseoffs (Lokalinformationen, gesamter Zeitungsinhalt) beschreiben zu können.

4.2 Qualitative Analyse (Hermeneutik)

Das Problem des gerade angedeuteten Vorgehens liegt auf der Hand: Wie bei allen hermeneutischen Verfahren sind die Ergebnisse von anderen Wissenschaftlern nur schwer zu überprüfen, schon wegen des unterschiedlichen Kenntnisstandes, der ja bei der »Kunst der Deutung« eine entscheidende Rolle spielt. Damit wären aber Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Untersuchung in Frage gestellt. Soll also der Kommunikationshistoriker auf solche Verfahren verzichten? Das hieße jedoch, Zeitungsinhalte ausschließlich mit Hilfe von Zahlenkolonnen zu beschreiben, und würde, weiter zugespitzt, auch vom Allgemeinhistoriker verlangen, sich Akten oder Briefen nur noch mit Kategorienschema und Rechenschieber zu nähern.

Die von Mayring genannten Forderungen für die Überprüfung qualitativer Analysen (Fragenschema, systematisches Vorgehen, Einordnung in ein Kommunikationsmodell, Gütekriterien) können das angedeutete Problem zwar nicht lösen, bieten aber eine gewisse Orientierung. Da das der Untersuchung zugrunde liegende Kommunikationsmodell bereits erläutert wurde und das systematische Vorgehen schon dadurch gesichert ist, daß der gesamte Stoff analy-

siert wird, soll hier nur auf das Frageschema sowie auf Möglichkeiten, Zuverlässigkeit und Gültigkeit zu überprüfen, eingegangen werden.

Frageschema

Mein Herangehen richtet sich nach den Fragen an die kommunikative Kategorie Inhalt, die über Ronnebergers Funktionen der Lokalpresse im Abschnitt »Problemstellung« herausgearbeitet wurden.⁷⁶ Um das Verständnis zu erleichtern, stelle ich diese Fragen jeweils der Betrachtung voran.

Erstens: Welche Rolle spielten die Blätter beim Meinungsbildungsprozess in der Stadt? Hier waren für mich alle Probleme von Interesse, die in der Stadt selbst entschieden werden konnten. Das betrifft zunächst die Themen, die in den Aufgabenbereich von Stadtverwaltung und/oder Stadtparlament fielen, dazu aber auch Wahlen für beide Gremien und andere Fragen von öffentlichem Interesse wie zum Beispiel das Kulturleben (Spielpläne u. ä.): Wer kam zu welchem Thema zu Wort? Wie spiegelten sich kommunale Wahlkämpfe in den Zeitungen wider? Beschäftigten sich die Blätter mit der Besetzung städtischer Ämter, versuchten sie diese zu beeinflussen, und wenn ja, wie?

Zweitens: Wessen Interessen wurden in den Zeitungen vertreten? Hierzu habe ich mir vor allem die »Finanzpolitik« der Blätter angesehen. In Sonntagsartikeln fiel es jeder Redaktion leicht, ihren Ansichten einen sozialen Anstrich zu geben. Wenn es dagegen konkret wurde, wenn Gelder verteilt werden mußten, hieß es, Farbe zu bekennen: Wie wurden Haushaltsentwürfe verarbeitet? Brachten die Zeitungen eigene Vorstellungen in die Diskussion ein? Welche Positionen wurden in Debatten um Steuern, kommunale Tarife und städtische Bauprojekte eingenommen? Wie standen die Blätter zur Kommunalwirtschaft?

76 Siehe S. 27f.

Drittens: Wie entwickelte sich die politische Haltung der Blätter? Der Begriff »politische Haltung« ist weit auslegbar, er kann von der Berichterstattung über Reparationsverhandlungen bis hin zum Leitartikel, der die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fordert, nahezu alles erfassen. Da die Frage jedoch in erster Linie darauf zielt, welche Normen und Werte die Zeitungen vermittelten, welche Verhaltensmuster sie lieferten (soziale Kontrolle und Sozialisation), scheint es gerechtfertigt, die Untersuchung an dieser Stelle auf folgende Schwerpunkte zu beschränken:

- Haltung zum Parlamentarismus
- Sicht auf das politische Spektrum der Weimarer Republik (Welches Bild vermittelten die Blätter von den einzelnen Parteien? Wer wurde wie bei Wahlen unterstützt? Wie setzte man sich mit politischen Gegnern auseinander?)
- Erziehungsbild.⁷⁷

Bei allen drei Untersuchungsbereichen – städtische Öffentlichkeit, Interessenvertretung, politische Haltung – habe ich außerdem auf Erkenntnisse über den Faktor »Kommunikator« gehofft. Wenn nach Formen politischer Auseinandersetzung, nach Interessengruppen, die im Blatt zu Wort kamen (möglicherweise sogar verschiedene?), gefragt wird, geht es immer auch um das Journalismusverständnis der »Macher«. Das Bild, das sich aus den Zeitungen selbst ergab, habe ich mit den überlieferten Aussagen der Akteure konfrontiert, um auf diese Weise wenigstens indirekt Einblick in den Bereich »Kommunikator« zu erhalten.

⁷⁷ Die Frage des Erziehungsbildes scheint mir deshalb wichtig, weil die Diskussion um das Schulsystem in der gesellschaftlichen Debatte der Weimarer Zeit eine große Rolle spielte, hier deutlich Polarisierungen zu Tage traten. Untersuchungsgegenstand war dabei nicht nur das Feuilleton, sondern auch der Lokalteil (Elternratswahlen, Geldverteilung beispielsweise für Baumaßnahmen) und die Leitartikel, die sich häufig Bildungsfragen zuwandten.

Gültigkeit und Zuverlässigkeit

Bessler hat gefordert, Zuverlässigkeit und Gültigkeit einer jeden Untersuchung zu diskutieren. Er selbst bevorzugte zur Prüfung der Reliabilität (»Stabilität und Genauigkeit der Messung sowie Konstanz der Meßbedingungen« – Friedrichs, S. 103), die Analyse zu wiederholen.⁷⁸ Mayring hat zwei weitere Möglichkeiten genannt: Parallel-Untersuchung und Konsistenzanalyse (Materialteilung und Vergleich der Ergebnisse).⁷⁹ Mayring selbst kritisierte jedoch auch alle Verfahren. Sprachliches Material sei nur sehr selten mit zwei verschiedenen Instrumenten zu untersuchen, der Vergleich zweier Teile besage noch gar nichts, da in dem einen zentrale Erkenntnisse enthalten sein könnten, in dem anderen aber nicht, verschiedene Kodierer würden lediglich bei einfachen Analysen Übereinstimmung erzielen.⁸⁰ Neben rein wirtschaftlichen Überlegungen (Woher sollen Zeit und Geld für eine zweite Analyse kommen?) hat mich diese Argumentation von einer Wiederholung abgehalten. Außerdem gab es mit den vorliegenden Schriften zur Leipziger Presse (neben den bereits genannten Dissertationen und Diplomarbeiten weitere studentische Arbeiten zu verschiedenen Einzelaspekten) genügend Vergleichsmöglichkeiten, um zumindest grobe Fehler auszuschließen. Diese Arbeiten habe ich auch genutzt, um die Validität der Untersuchung (»Wird das gemessen, was gemessen werden soll?« – Friedrichs, S. 100) zu prüfen.

4.3 *Quantitative Analyse*

Ziel dieser Untersuchung ist es, die formale Struktur des angebotenen Lesestoffs zu beschreiben. Grundlage ist die aus Ronnebergers Funktionen der Lokalpresse abgeleitete Frage: Welche Lokalinfor-

78 Hansjörg Bessler: *Aussagenanalyse*. Bielefeld 1970. S. 44ff.

79 Philipp Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim, Basel 1983. S. 93ff.

80 Ebenda. S. 94.

mationen fanden die Leipziger in welchem Umfang in »ihrer« Zeitung?⁸¹

Alein Otto Groth hat drei verschiedene Gliederungen des Lokalteils verwendet.⁸² Die ausführlichste enthält 17 Positionen: vom Stimmungsbild bis zum Verkehr, vom Geschäftsleben bis zu den »kleinen Tagesereignissen« wie Selbstmord und Wohnungsbrand. Der bisher in Leipzig verwendete Analysebogen kam mit zwölf Kriterien aus, unterschied aber zwischen Beiträgen im Lokalteil und Meldungen mit örtlichem Bezug, die in anderen Ressorts auftauchen. Diese Unterteilung für meine Untersuchung beizubehalten, war nicht möglich. Groth hat zwar Ende der 20er Jahre behauptet, daß sich in allen Großstadtblättern eigenständige Lokalteile etabliert hätten,⁸³ erste Untersuchungen von LT und NLZ aber bewiesen das Gegenteil. Ihre Rubrik »Leipziger Neuigkeiten« enthielt lediglich die Polizeistatistik, kommunale Beiträge erschienen unregelmäßig und an wechselnder Stelle.⁸⁴ Zudem hat Groths Mammut-Einteilung gezeigt, daß sich eine Analyse kaum auf den nominellen Lokalteil beschränken läßt. Musik- und Theaterereignisse gehörten für ihn ebenso zum örtlichen Stoff wie die Anzeigen der Kleinhändler.

Kategorien

Das folgende Untersuchungsraaster habe ich an Ronnebergers Funktionen »soziale Orientierung« und »Integration« ausgerichtet. Hier geht es um Lokaldaten, um Informationen, die der Leser braucht,

81 Siehe S. 28. – Proportionsanalysen, in denen alle Beiträge nach Ressort und Bezugsregion erfaßt wurden, die also Aufschluß über die Struktur des gesamten Lesestoffs geben, habe ich bereits in einer früheren Arbeit vorgenommen. Auf deren Ergebnisse kann ich hier zurückgreifen (Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 10ff. und 47ff.). Ausführliche Ergebnisübersichten finden sich im Anhang der genannten Arbeit.

82 Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 591, 761, 927f.

83 Ebenda. S. 926.

84 Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 43.

um durchzukommen, sich in die Gesellschaft einordnen zu können.

Unter Kommunalpolitik fallen alle Beiträge, die Rat, Stadtverordnete und/oder deren Entscheidungen betreffen. Die Spanne reicht dabei vom Wahlkampf über Parlamentsbericht und »Ratsbeschlüsse« bis hin zum Artikel über die Schulsituation der Stadt oder eine Theater-Spielplandiskussion, in der die entsprechenden städtischen Gremien eine Rolle spielen. Um die Darstellung hier nicht zu überfrachten, mag bei den übrigen Kriterien der Begriff gewissermaßen als Definition stehen, wo mir Erläuterungen notwendig erscheinen, folgen sie in Klammern: Personalien, Polizeibericht/Gericht, Vereinsleben, Kultur, Sport, Unpolitisches (Wetter, Plaudereien, Dienstleistungen, Kirchentermine), Ortsgeschichte, Wirtschaft (allesamt mit Bezug auf die Stadt Leipzig), Nachrichten aus dem Umland (Amtshauptmannschaft Leipzig).

Erfaßt wurden dem oben erläuterten Ansatz gemäß alle Beiträge mit lokalem Bezug. Doppeleinordnungen waren nicht erlaubt, im Zweifelsfall gab der überwiegende Bezug den Ausschlag. Die Analyse verlief ohne Probleme.

Groth und Ronneberger haben übereinstimmend festgestellt, daß die Geschäftsanzeigen wichtige Informationen für die Verbraucher darstellen, ein Band des Gemeinwesens sind. Deshalb habe ich auch die örtlichen Anzeigen erfaßt, hier aber im Gegensatz zu den Textbeiträgen nicht Anzahl und Fläche, sondern nur die Fläche gemessen: Amtliche Bekanntmachungen, Anzeigen städtischer Geschäfte, private Kleinanzeigen, Veranstaltungen.

Gegenstand

Die Struktur des Informationsangebots habe ich nur für LNN und NLZ ermittelt. Hierfür gab es mehrere Gründe. Zum einen ist das Anliegen dieses Untersuchungsteils auf die beiden Blätter zugeschnitten: Warum gelang es der »Neuen Leipziger Zeitung« trotz großen Aufwandes nicht, die Vorherrschaft der »Leipziger Neuesten Nachrichten« zu brechen? Voruntersuchungen ließen vermuten, daß die LNN gerade in der kommunalen Berichterstattung ihrer

Gegnerin den Rang abliefen.⁸⁵ Ein Vergleich der beiden Zeitungen mit dem »Leipziger Tageblatt« scheiterte leider am schlechten Überlieferungszustand des Blattes. Weniger lohnend schien dagegen an dieser Stelle die Einbeziehung der NLZ-Vorgänger »Leipziger Zeitung« und »Leipziger Allgemeine Zeitung«. Möglich wäre ohnehin nur ein Vergleich mit den LNN, einem Blatt, dem die »Kleinen« aber schon von Anlage und Umfang her nicht das Wasser reichen konnten. Zudem waren die Jahre 1919 bis 1921, in denen beide noch erschienen, für das Zeitungswesen keine normalen Jahre, als Stichworte mögen Papiermangel, Rohstoffpreise und Anzeigenbeschränkungen genügen. Wenn nach Gründen gefragt wird, warum die kleinen Blätter Ullstein zufallen konnten, ist deshalb im wirtschaftlichen Bereich zu suchen.

Stichprobe

In Leipzig ist bisher stets die erste vollständige Oktoberwoche eines Jahrgangs analysiert worden. Dieses Herangehen wurde mit der Vergleichbarkeit aller Untersuchungen begründet. Für den Oktoberanfang sprach dabei, daß dieser Zeitraum kaum saisonbedingten Einflüssen unterliegt (im Anzeigengeschäft beispielsweise weder Weihnachtsboom noch Sommer- oder Januarflaute). Otto Groth dagegen hat verlangt, mindestens einen kompletten Jahrgang zu untersuchen. Der Zeitungsinhalt sei ein so empfindliches Barometer der Tagesereignisse, daß von Woche zu Woche die größten Schwankungen auftreten könnten; wer sich folglich nur sieben Tage ansehe, dürfe daraus keine Schlüsse auf die Stoffverteilung überhaupt ziehen.⁸⁶ Mag die Forderung nach einer Jahrgangsanalyse auch durch den begrenzten Nutzen einer quantitativen Inhaltsbestimmung nicht gerechtfertigt sein und zudem etwas an den Realitäten des heutigen Wissenschaftsbetriebs vorbeigehen (Kommunikationshistoriker arbeiten in der Regel als Einzelforscher und dürften kaum ge-

85 Ebenda. S. 47ff.

86 Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 755.

nügend Zeit – und Geld! – für diesen Nebenschauplatz haben), in der Begründung trifft sich Groth mit dem Gros der Sozialforscher. Jürgen Friedrichs hat deshalb die Wahrscheinlichkeitsauswahl als »Ideal wissenschaftlicher Untersuchungen« bezeichnet. Die Chance, in die Auswahl zu kommen, müsse dabei für jedes Element angebbbar sein.⁸⁷

Um dies zu erreichen, habe ich »künstliche Wochen« gebildet.⁸⁸ Für jeden der sieben Wochentage wurde eine Wochenummer ausgelost und die entsprechende Ausgabe untersucht. Bei »Durchläufern« (wenn der ausgeloste Montag beispielsweise auf Pfingsten fiel) wurde noch einmal gezogen. Für jede Nummer des Jahrgangs bestand also die gleiche Chance, in die Auswahl zu kommen. Von den Jahrgängen 1922 bis 1932 – nur diese kommen für den Vergleich von LNN und NLZ in Frage – habe ich vier ebenfalls per Los bestimmt. Um zu verhindern, daß beispielsweise nur die ersten vier Jahrgänge untersucht werden, habe ich vier »Lostöpfe« gebildet: 1922–1924, 1925–1927, 1928–1930, 1931/1932. Während für jede Nummer der Jahrgänge 1922 bis 1930 die gleiche Wahrscheinlichkeit bestand, in die Auswahl zu kommen, lag diese bei den letzten beiden Jahren etwas höher. Dieser Umstand dürfte allerdings das Ergebnis nicht entscheidend beeinflussen.

Die Untersuchung selbst lieferte aber wieder Argumente für das bisherige Leipziger Herangehen. In einem Jahrgang fielen die beiden Wochentage, an denen gewöhnlich ausführlich über die Kommunalpolitik berichtet wurde (Sonntag: Vorschau auf die Stadtverordnetenversammlung, Donnerstag: Versammlungsbericht), in die Parlamentsferien. Ein Vergleich mit den anderen Jahren war dadurch nur bedingt möglich.

87 Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek 1973. S. 135.

88 Siehe den entsprechenden Vorschlag Besslers: Aussagenanalyse. Bielefeld 1970. S. 54.

5. Aufbau der Arbeit

Aus Fragestellung und Quellenlage ergibt sich, daß die Zeitungen selbst im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Wenn die Entwicklung mehrerer Blätter betrachtet und zugleich mit Hilfe des sozialen und politischen Umfelds erklärt werden soll, bringt das für die Darstellung Probleme mit sich: Ist es besser, die Zeitungen nacheinander abzuhandeln oder sie direkt – beispielsweise in thematischen Kapiteln – zu vergleichen? Wo fließen die Umfelddaten ein, stellt man sie voran oder an den Schluß (um sich nicht wiederholen zu müssen), oder bevorzugt man eine »gemischte« Darstellung?

Der Aufbau dieser Arbeit orientiert sich sowohl an der Entwicklung der Leipziger Presselandschaft als auch am Untersuchungsziel. Zunächst werden die kleinen Blätter, der Konzentrationsprozeß hin zur »Neuen Leipziger Zeitung« und der dadurch entstandene Verlag (Besitzverhältnisse) betrachtet (»Im Schatten der LNN«). Nach einem Kapitel über den Betrieb der »Leipziger Neuesten Nachrichten« (»Der Herfurth-Verlag«) folgt ein Vergleich der beiden »großen« Zeitungen. Im Schlußabschnitt schließlich wird versucht, die Entwicklung der bürgerlichen Zeitungspressen Leipzigs mit Hilfe des sozialen Kontextes zu erklären.

Um die Darstellung nicht zu überfrachten, stehen biographische Angaben zu den Akteuren in der Regel in den Fußnoten, und zwar immer dort, wo der Betreffende das erste Mal erwähnt wird (Register im Tabellenanhang). Nicht in jedem Fall ist es mir gelungen, alle Daten herauszufinden, dies erklärt Lücken (beispielsweise Todestage) und auch, warum manches Journalisten-Porträt fehlt.

II. IM SCHATTEN DER »LEIPZIGER NEUESTEN NACHRICHTEN«

Ein Vierteljahrhundert hatte sich im bürgerlichen Pressewesen Leipzigs so gut wie nichts getan. Ende 1918 wurden an den Kiosken noch die gleichen Tageszeitungen angeboten wie vor der Jahrhundertwende. Natürlich, die »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN) waren inzwischen zum ungefährdeten Marktführer aufgestiegen, beim »Leipziger Tageblatt« (LT) hatte in der Vorkriegszeit mehrfach der Besitzer gewechselt, der einstige »Dorfanzeiger« hieß nun »Leipziger Allgemeine« (LAll) und der »Generalanzeiger« »Leipziger Abendzeitung« (LAb)¹, aber diese Veränderungen halten keinen Vergleich mit dem stand, was zwischen 1918 und 1925 passierte.

Innerhalb weniger Jahre verschwanden die kleinen Konkurrenten der »Neuesten Nachrichten«. Die amtliche »Leipziger Zeitung«, neben der »Sächsischen Staatszeitung« zweites Bekanntmachungsblatt der Landesregierung, wurde Ende 1918 auf Beschluß der Revolutionsorgane eingestellt.² Titel- und Verlagsrecht gingen an die

1 Siehe Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. Diss. A. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1987.

2 Roland Schmidt hat festgestellt, daß die »Leipziger Zeitung« bereits mit der Reichsgründung überflüssig geworden war. Nach der Märzrevolution hatte das Blatt die sächsischen Belange nach außen verteidigt, das »Dresdner Journal« dagegen vertrat als offizielles Organ die Interessen der Regierung im eigenen Land. Nach 1871 wurde diese Arbeitsteilung hinfällig. Amtliche Verlautbarungen erschienen nach wie vor im »Dresdner Journal« (ab 1914: »Sächsische Staatszeitung«), und für die offiziöse Fühlungnahme bevorzugten die Regierenden nun die unabhängige Presse. Da es der »Leipziger Zeitung« nicht gelang, in Leipzig selbst Fuß zu fassen, sank die Auflage von knapp 6.000 Exemplaren (1875) auf nicht einmal 2.000 (1917). Nachdem die II. Kammer des Landtages im Frühjahr 1918 den Etat des Blattes abgelehnt hatte, verpflichtete sich die Regierung, die »Leipziger Zeitung« zu verpachten. Dazu kam es jedoch nicht. Titel- und Verlagsrecht wurden auf Beschluß der Revolutionsorgane zum 1. Januar 1919 an die »Leipziger Abendzeitung« verkauft. – Siehe Roland Schmidt: Geschichte der Leipziger Zeitung 1854–1918. Dresden 1934; Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 2. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 186; Nachrichten in: LNN 26(1918). Nr. 135 vom 16. Mai und LVZ 24(1918). Nr. 85 vom 20. April.

»Leipziger Abendzeitung«. Diese wurde im September 1921 mit der »Leipziger Allgemeinen« zur »Neuen Leipziger Zeitung« (NLZ) vereinigt. Ende 1925 ging auch das »Leipziger Tageblatt« in der NLZ auf.

Von einem Zusammengehen der drei Zeitungen konnte dabei 1918 noch keine Rede sein. Politische Richtung und Presseverständnis unterschieden sich. LAll, LT und LAB kämpften einander nicht nur, sie wandten sich auch jeweils an andere Zielgruppen.

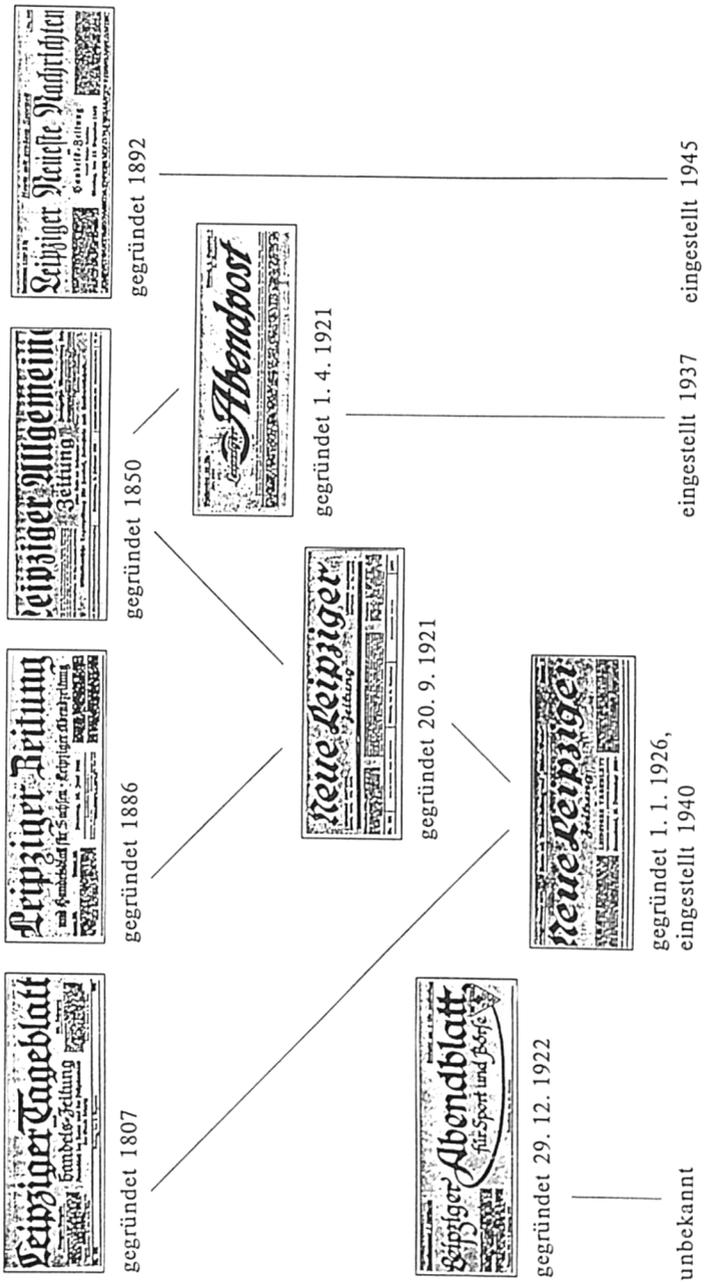
1. Die kleinen bürgerlichen Blätter

1.1 *Leipziger Allgemeine Zeitung*

Die »Leipziger Allgemeine Zeitung« (LAll) war im Februar 1910 aus dem »Stadt- und Dorfanzeiger« hervorgegangen. Der neue Name dokumentierte den Aufstieg des Blattes: Der einstige Dorfanzeiger, 1850 als Wochenzeitung für die ländliche Bevölkerung gegründet und bis 1889 schrittweise zu einer Tageszeitung ausgebaut, wurde längst nicht mehr nur im Leipziger Umland gelesen. Etwa die Hälfte der Bezieher lebte nun in Leipzig, die Auflage stieg bis zum Ersten Weltkrieg auf rund 60.000 Exemplare. Nach der Novemberrevolution dürfte diese Zahl allerdings nicht mehr erreicht worden sein.³ Die »Leipziger Allgemeine« erschien bis November

3 Zur Vorkriegsauflage siehe Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 39; N. N.: Der Werdegang unserer Zeitung. In: LAll 68(1918). Nr. 205 vom 2. September. – Für die Nachkriegszeit gibt es keine Zahlen. Allerdings sprechen alle Indizien dafür, daß der alte Stand bei weitem nicht mehr erreicht wurde. Die Bezieherzahl, einst täglich stolz im Zeitungskopf verkündet, wurde nicht mehr angegeben. Anfang 1921 freute sich die LAll-Redaktion, als das »Leipziger Tageblatt« in einer Polemik schrieb, seine Auflage sei der der LAll nahegerückt: »Also gibt das Blatt doch endlich zu, daß es keine 30.000 Abonnenten hat.« (N. N.: Hauswirtsfreuden. In: LAll 71(1921). Nr. 52 vom 22. Februar.) In einem Brief an die Stadtverwaltung anlässlich der Vereinigung von »Leipziger Allgemeiner« und »Leipziger Zeitung« bezifferte der Verlag im September 1921 die LAll-Auflage auf 25.000 (Stadtarchiv. Kap. 74. Nr. 58. Bl. 1f.).

Der Konzentrationsprozess in der Leipziger bürgerlichen Presse 1921-1926



1919 nachmittags, dann morgens.⁴ Ihr Abonnentenkreis verteilte sich zwar auf das gesamte Spektrum der sozialen Schichtung, die Zeitung wurde also sowohl von Arbeitern als auch in wohlhabenden Kreisen bezogen, das Gros ihrer Leser aber fand sie in der Landwirtschaft.⁵ Auf diesen Kreis war die LAll in der Vorkriegszeit zugeschnitten: Lückenhafter und unaktueller Politikberichterstattung stand ein großer Ratgeberteil (Anbauregeln, neue Maschinen, Nahrungsmittelpreise) gegenüber, der Sport wurde vernachlässigt und dafür dem Fortsetzungsroman doppelt soviel Platz eingeräumt wie in anderen Zeitungen.⁶ Dies änderte sich erst während des Krieges und in der Nachkriegskrise. Nun dominierten auch in der LAll politische Nachrichten.⁷

Doch all das reicht nicht, um die »Leipziger Allgemeine Zeitung« zu beschreiben. Als die Redaktion 1917 die Entwicklung des Blattes Revue passieren ließ, stand auf der Haben-Seite ein Wort: Amtsblatt.⁸ Andreas Müller hat festgestellt, daß es gerade diese Eigenschaft war, die die LAll aus der Vielzahl der Leipziger Vorort- und Umlandblätter heraushob und ihren Aufstieg zur zweitgrößten Zeitung der Region ermöglichte. In der »Leipziger Allgemeinen« erschienen nicht nur die Bekanntmachungen der königlichen Behörden, sondern auch die Mitteilungen der Stadtverwaltung und

4 Die Angabe bei Steffen Reichert, der die LAll ganz allgemein als »Morgenzeitung« beschrieben hat, stimmt nicht. – Siehe LAll 69(1919), Nr. 320 vom 1. Dezember; Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). KMU Leipzig 1989. S. 11.

5 Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW. S. 14f.

6 Ebenda. S. 16f.; Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus. Leipzig 1988. S. 43.

7 Diese Angabe beruht auf einem Vergleich der Themengewichtung von 1913 und 1920. Untersucht wurden dabei jeweils die Ausgaben der ersten Oktoberwoche. Während 1913 nur 11,51% der Zeitungsfläche Politiknachrichten gewidmet war, nahm dieser Teil der Berichterstattung 1920 37,14% in der LAll ein (Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. S. 76 I).

8 N. N.: 60 Jahre Amtsblatt. In: LAll 67(1917), Nr. 243 vom 17. Oktober.

von rund 100 Gemeinderäten.⁹ Deshalb verwundert es nicht, daß der amtliche Status das Presseverständnis der Redaktion bestimmte. Müller zufolge verhielt sich die LAll gegenüber Regierung und Behörden loyal, was in Sachsen nichts anderes hieß, als die Konservativen zu unterstützen.¹⁰ Der Leser dagegen wurde »auf dem Laufenden« gehalten über das, was die »Bevölkerung zu tun und zu lassen hat.«¹¹

Antisemitisches Kampfblatt der DNVP

Während die »Leipziger Allgemeine« nach der Novemberrevolution ihre Haltung gegenüber den städtischen Behörden nicht veränderte, verzichtete sie nur bis zu den ersten Wahlen darauf, das neue »System« im allgemeinen und die jeweilige Regierung im besonderen zu kritisieren. Als die »bolschewistische Gefahr«¹² mit dem 19. Januar 1919 abgewendet war, profilierte sich die Zeitung als Parteigängerin der Deutschnationalen. In der Praxis hieß das: Festhalten am monarchistischen Gedanken, schärfste Opposition gegen die Weimarer Koalition und übelster Antisemitismus.

Erst am 7. November 1918 sah die LAll ein, daß der Krieg verloren war.¹³ Zwar hatte die Redaktion in den Wochen zuvor einige Male anklingen lassen, daß ein deutscher Sieg in weite Ferne gerückt war (vor allem nach dem Abfall Bulgariens)¹⁴, ansonsten aber fand der Leser Durchhalte-Parolen. Die innen- und außenpolitischen Bemühungen der Regierung des Prinzen Max von Baden verfolgte die LAll mit unverhohlenem Mißtrauen: Diese »Menschheitsverehrer« würden die »Deutschgesinnten« kaltstellen und das

9 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. Diss. A. KMU Leipzig 1988. S. 40f.

10 Ebenda.

11 N. N.: 60 Jahre Amtsblatt. In: LAll 67(1917). Nr. 243 vom 17. Oktober.

12 Siehe u. a. Ht. (Günther Herricht): Vom Leipziger Bürgerausschuß. In: LAll 68(1918). Nr. 286 vom 22. November.

13 N. N.: Die Antwort Wilsons. In: LAll 68(1918). Nr. 271 vom 7. November.

14 Ht. (Günther Herricht): Wehe den Besiegten. In: LAll 68(1918). Nr. 239 vom 6. Oktober.

Land um Jahrzehnte zurückwerfen¹⁵, wer die Kaisermacht beseitigen und stattdessen den Parlamentarismus einführen wolle, der arbeite am Niedergang des Staates¹⁶.

Während der Revolution verlor das Blatt zunächst für drei Tage die Sprache (Der Thronverzicht des Kaisers wurde zwar gemeldet, aber nicht kommentiert, vom Leser, dem die Zeitung doch »Führerin« sein wollte¹⁷, verlangte die Redaktion, Disziplin zu wahren¹⁸), um sich dann – nach der bisherigen Haltung etwas überraschend – »auf den Boden der Tatsachen« zu stellen: »Die Republik ist [...] zum Sinnbild des Gesunden [...] und des Notwendigen geworden.«¹⁹

Dieses Bekenntnis, das die »Allgemeine« wenig später noch einmal unterstrich (»Die alten Gewalten sind gestürzt. [...] Sie haben es nicht besser verdient.«²⁰), dürfte aber kaum Resultat eines Meinungsumschwungs innerhalb der Redaktion gewesen sein. Vielmehr spricht alles für eine reine Zweckmäßigkeitentscheidung. Es dauerte nicht einmal zwei Wochen, bis sich die LAll auch nach außen wieder im Lager der Monarchisten befand.²¹ In der Zwischenzeit bemühte sich das Blatt, das Leipziger Bürgertum an einen Tisch zu bringen. Die Redaktion war davon überzeugt, daß nur ein geeinigtes Bürgertum bei den Wahlen gegen die Arbeiterparteien bestehen konnte. Diesem Ziel wurde alles untergeordnet. Da die führenden Köpfe des Leipziger Bürgerausschusses das Bekenntnis zur Republik für jede Mitarbeit voraussetzten, legte die LAll eine Maske an, um die Einigung nicht zu gefährden. Erst als gesichert war, daß alle wichtigen Interessenverbände Leipzigs im Bürgerausschuß dabei wa-

15 Ht. (Günther Herricht): Vaterland, Parteien, Vaterlandspartei. In: LAll 68(1918). Nr. 244 vom 11. Oktober.

16 N. N.: Vom deutschen Kaisertum. Betrachtungen zur Kanzlerrede. In: LAll 68(1918). Nr. 256 vom 23. Oktober.

17 N. N.: Volk und Freiheit. In: LAll 68(1918). Nr. 279 vom 15. November.

18 Siehe LAll 68(1918). Nr. 272, 273 und 274 vom 9. bis 11. November.

19 Ht. (Günther Herricht): Was ist und was wird? In: LAll 68(1918). Nr. 276 vom 12. November.

20 N. N.: Volk und Freiheit. In: LAll 68(1918). Nr. 279 vom 15. November.

21 M.: In alter Treue! In: LAll 68(1918). Nr. 289 vom 25. November.

ren, und sich im Reich die Gründung der DNVP abzeichnete, zeigte das Blatt wieder sein wahres Gesicht.²²

In der Folgezeit profilierte sich die »Leipziger Allgemeine Zeitung« als Organ der Deutschnationalen. Hauptschriftleiter Günther Herricht war bei der Parteigründung in Leipzig die treibende Kraft.²³ Er vertrat die DNVP nicht nur im Bürgerausschuß, sondern war auch gefragter Wahlkampfredner.²⁴ LAll-Verleger Paul Kürsten²⁵ ge-

-
- 22 Zur Haltung des Bürgerausschusses und den Bemühungen der LAll, alle politischen und wirtschaftlichen Verbände der Stadt unter diesem Dach zu vereinen, siehe: Mitarbeit des Bürgertums. Aufruf an die Leipziger Bürger. In: LAll 68(1918). Nr. 278 vom 14. November; Ht. (Günther Herricht): Ein einiges Bürgertum. Ebenda. Nr. 281 vom 17. November; Ht. (Günther Herricht): Der Bürgerausschuß. Ebenda. Nr. 282 vom 18. November; N. N.: Vom Tage und N. N.: Der Leipziger Bürgerausschuß. Ebenda. Nr. 283 vom 19. November; Ht. (Günther Herricht): Der Berliner Bürgerrat. Ebenda. Nr. 285 vom 21. November; Ht. (Günther Herricht): Vom Leipziger Bürgerausschuß. Ebenda. Nr. 286 vom 22. November. – Zur Parteibildung im rechten politischen Spektrum siehe N. N.: Zusammenschluß der Rechtsstehenden. Ebenda; N. N.: Nationale Volkspartei. Ebenda. Nr. 288 vom 24. November.
- 23 Auf der Jahresversammlung der Leipziger DNVP-Ortsgruppe Anfang 1920 sagte deren Vorsitzender, Reichsgerichtsrat Gündel, daß man die Organisation der Partei im Dezember 1918 in erster Linie Herricht zu verdanken gehabt hätte. Der Journalist habe sich unter Aufgabe seiner eigenen Interessen der Partei gewidmet (N. N.: Jahresversammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Leipzig. In: LAll 70(1920). Nr. 52 vom 21. Februar).
- 24 Siehe u. a. N. N.: Versammlung des Bürgerausschusses. In: LAll 68(1918). Nr. 296 vom 2. Dezember; N. N.: Politische Vortragsreihe für Frauen. Ebenda. Nr. 306 vom 12. Dezember.
- 25 Paul Kürsten (30.4.1856–18.9.1930) hatte den »Stadt- und Dorfanzeiger« bereits in jungen Jahren von seinem Vater übernommen. Ab 1881 war er Alleinhaber der Firma. Mit seinem Namen ist der Aufstieg des kleinen Landblättchens zur zweitgrößten Zeitung Leipzigs verbunden. In die Pressegeschichte ging Kürsten ein, als er 1890 als erster deutscher Verleger die unentgeltliche Unfallversicherung für Abonnenten einführte. Paul Kürsten war mit der Norwegerin Henriette Mohr, Tochter des deutschen Generalkonsuls in Bergen, verheiratet. Daher verwundert es nicht, daß er mehr als 20 Jahre das norwegische Konsulat in Leipzig führte. Sicherlich hatte es Paul Kürsten zu einem guten Teil seinen besonderen Verbindungen nach Norwegen zu verdanken, daß er Wilhelm II. mehrfach bei dessen Erholungsreisen nach Balestrand begleiten konnte. – Siehe Nachrichten in: NLZ 10(1930). Nr. 263 vom 20. September; LNN 38(1930).

hörte zu den ersten Mitgliedern der neuen Partei.²⁶ Im Blatt kamen die deutschnationalen Spitzenpolitiker zu Wort, Parteiveranstaltungen wurden angekündigt und ausführlich ausgewertet. Wie diese Aufzählung schon zeigt, war die LAll Sprachrohr der DNVP nach *außen*, verbreitete den Parteistandpunkt und befriedigte das Informationsbedürfnis der Mitglieder. Dagegen habe ich keine Anzeichen dafür gefunden, daß in der Zeitung *innerparteiliche* Diskussionen stattfanden.

Während die »Leipziger Allgemeine« vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 darauf verzichtete, die anderen bürgerlichen Parteien zu bekämpfen (»vereint gegen den Bolschewismus«), erweiterte die Zeitung danach ihr Feindbild um die bürgerlichen Linksparteien: »Der Feind steht links! Möge er sich demokratisch oder kommunistisch nennen.« Die Deutsche Volkspartei wurde dagegen als Partner der Deutschnationalen angesehen.²⁷

Die Redaktion griff die Regierung, das »System« überhaupt an. Argumente wurden dabei oft durch antisemitische Hetze ersetzt. Das Judentum, »dem das russische, das deutsche und das österreichische Kaiserreich Franz Ferdinands nicht mehr in den Kram paßten«, hätte den Krieg angezettelt²⁸, der Parlamentarismus sei nichts weiter als eine jüdische Fremdherrschaft²⁹, die DDP »die Partei des internationalen Judentums«³⁰, und die DDP-Zeitungen der »jüdische Blätterwald«³¹. Als es das »Leipziger Tageblatt« wagte, zwei

Nr. 263 vom 20. September; ZV 31(1930)39; Todesanzeige in: NLZ 10(1930). Nr. 263 vom 20. September.

- 26 Siehe Anzeige der Leipziger Ortsgruppe in: LAll 68(1918). Nr. 315 vom 21. Dezember.
- 27 L. (Adolf Lindemann): Der Feind steht links. In: LAll 70(1920). Nr. 107 vom 21. April.
- 28 Friedrich Oertel: Weltpolitische Zusammenhänge? In: LAll 70(1920). Nr. 44 vom 13. Februar.
- 29 Friedrich Oertel: Reaktion. In: LAll 70(1920). Nr. 21 vom 21. Januar.
- 30 L. (Adolf Lindemann): Der Feind steht links. In: LAll 70(1920). Nr. 107 vom 21. April.
- 31 Freiherr von Friesen: Berliner Würdelosigkeit. In: LAll 70(1920). Nr. 74 vom 14. März.

DNVP-Stadtverordnete anzugreifen, sprach die »Leipziger Allgemeine« folgerichtig von einer »echt jüdischen Unverschämtheit«³².

Die Restaurationsbemühungen der Rechten verfolgte die LAll mit Sympathie.³³ Nach dem Attentat auf Finanzminister Erzberger Ende Januar 1920 schrieb das Blatt von einem »Dummerjungenstreich«, von der Tat eines »jugendlichen Heißsporns« und leugnete den politischen Charakter des Anschlags sowie jede Verantwortung der Rechtsparteien. Die nationale Presse würde nicht hetzen, sondern nur sachlich kritisieren.³⁴ In den Tagen vor dem Kapp-Putsch steigerte die »Leipziger Allgemeine Zeitung« diese »sachliche Kritik« an Erzberger und der Regierung auf die Begriffe »Diktatur« und »Hochverrat« (weil die Koalition der Forderung nach Neuwahlen nicht nachkam)³⁵, um am 13. März zu rufen: »Herunter vom Bock, Ihr Pfuscher und Dilettanten!«³⁶ Am nächsten Tag begrüßte die LAll das Vorgehen Kapps³⁷ und veröffentlichte den Erlaß des Reichspräsidenten unter der Überschrift »Verzweiflungsschreie der Regierung Ebert«.³⁸ Erst als der Umsturz gescheitert war, rückte das Blatt von Kapp ab, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß die »wirkli-

32 N. N.: Eine schamlose demokratische Verdächtigung. In: LAll 70(1920). Nr. 152 vom 6. Juni.

33 Ich dokumentiere hier die Argumentation der LAll etwas ausführlicher, weil sie für die Entscheidung der sächsischen Regierung in der Amtsblattfrage maßgebend war. – Siehe S. 283ff.

34 Siehe F. H. (Friedrich Hoyer): Die Hetze gegen die Deutschnationalen. In: LAll 70(1920). Nr. 28 vom 28. Januar; N. N.: Der Attentäter Erzbergers verurteilt. Ebenda. Nr. 53 vom 22. Februar.

35 Siehe N. N.: Die verfassungswidrige Regierung. In: LAll 70(1920). Nr. 60 vom 29. Februar; N. N.: Die gefährdete Regierung. Ebenda. Nr. 61 vom 1. März; N. N.: Herunter mit der Regierung! Ebenda. Nr. 68 vom 8. März.

36 L. (Adolf Lindemann): Verfolgungswahn. In: LAll 70(1920). Nr. 73 vom 13. März.

37 »Eine solche Regierung der Geschäftspolitik, der Verlogenheit und der Unanständigkeit war reif. Das Volk [...] sehnt sich wieder nach dem alten, gesitteten, reinlichen, makellosen Deutschland [...]. Wir wollen hoffen und wünschen, [...] daß sich die Umwälzung in Ordnung und ohne daß Bürgerblut fließt, vollzieht.« Siehe L. (Adolf Lindemann): Die Umwälzung von rechts. In: LAll 70(1920). Nr. 74 vom 14. März.

38 Ebenda.

che Gefahr« von links gekommen sei.³⁹ Im Rückblick überwog die Sympathie für die Putschisten: Sie wären zwar ein wenig zu hitzig vorgegangen, aber während die »Novemberlinge« rücksichtslos das deutsche Wirtschaftsleben kaputtgestreikt und so den Kommunisten den Boden bereitet hätten, wäre es den Kapp-Leuten nie und nimmer um schnöde Parteiinteressen gegangen.⁴⁰

»Den Leser auf dem Laufenden halten«

Im Gegensatz zur Reichspolitik kommentierte die »Leipziger Allgemeine« kommunale Fragen so gut wie nicht. Hier lebte das Amtsblatt-Verständnis der Vorkriegszeit fort. Der Leser wurde lediglich – das allerdings gründlich – informiert. Im Blatt standen die Ratsvorlagen und -beschlüsse, dem Sitzungsprotokoll der Stadtverordneten wurde meist eine ganze Seite eingeräumt.

Diese Ausführlichkeit war dem Presseverständnis der LAll – »den Leser auf dem Laufenden halten« – geschuldet: Auch in der »großen« Politik dokumentierte das Blatt Parlamentssitzungen und bedeutende Reden großzügig (gemessen am Platz, der zur Verfügung stand). Dazu gehörte, daß die LAll in kulturpolitischen Fragen (Bildung) manchmal konträre Ansichten brachte und ihre Bezieher so über den Stand der gesellschaftlichen Diskussion unterrichtete.⁴¹ Kommunalpolitische Kommentare kamen – wenn

39 Adolf Lindemann schrieb am 16. März: »Der Putsch von rechts ist verwerflich, aber der Putsch von links ist und bleibt gefährlich!« (Die Putsche von rechts und links. In: LAll 70(1920). Nr. 75/76 vom 16. März). Ähnlich argumentierte die LAll auch in den nächsten Tagen. Siehe L. (Adolf Lindemann): Irrungen und Wirrungen. Ebenda. Nr. 78 vom 22. März; N. N.: Der Sündenbock. Ebenda. Nr. 79 vom 23. März.

40 L. (Adolf Lindemann): Wo sind die Schuldigen? In: LAll 70(1920). Nr. 82 vom 26. März; Friedrich Oertel: Die Deutschnationalen und Kapp. Ebenda. Nr. 85 vom 29. März.

41 Um ein Beispiel anzuführen: Nachdem die LAll in dem Leitartikel »Zum christlichen Haus die christliche Schule« (Nr. 356 vom 28. Dezember) ihre Position dargelegt hatte, folgte wenig später eine polemische Antwort von K. Gerlach. Siehe: Zur Reform der Volksschule. In: LAll 71(1921). Nr. 38 vom 8. Februar.

überhaupt – lediglich aus der Feder von deutschnationalen Abgeordneten.⁴² Die Redaktion verzichtete auf jede Kritik an Rat und Verwaltung. Als die Stadt 1920 beispielsweise ihren Etat trotz eines 51-Millionen-Mark-Defizits verabschiedet hatte, es also für eine Zeitung, die ernst genommen werden wollte, nicht möglich war, einfach an der Entscheidung vorüberzugehen, schimpfte die LAll auf die »sozialdemokratische Finanzwirtschaft« im Reich und den Acht-Stunden-Tag, nicht aber auf die städtischen Gremien.⁴³ Wenn es in Leipzig zu politischen Konflikten kam (beispielsweise bei Streiks in städtischen Betrieben oder in Sachen Kommunalisierung), veröffentlichte die »Allgemeine« die Meinungen der beteiligten Parteien, enthielt sich selbst aber der Stimme. Fast schon komisch wirkte diese Haltung beim Straßenbahnerstreik im September 1920. Die LAll brachte eine Erklärung der Direktion mit dem Hinweis, daß ja schon am Vortag das Flugblatt der Streikenden gedruckt worden war: »Wir können hier nicht entscheiden, welche Angaben die richtigen sind.«⁴⁴ Lediglich zweimal durchbrach die Redaktion ihr Prinzip der Nichteinmischung. Bei Streiks der Transport- und Gemeindearbeiter 1920 machte das Blatt jeweils die USP als Anstifter aus und schimpfte auf den fehlenden »Gemeinsinn« der organisierten Arbeiter und den »Terror einer skrupellosen Minderheit«.⁴⁵

42 Siehe u. a. die Beiträge von Robert Börner in: LAll 70(1920). Nr. 1 vom 1. Januar; Nr. 34 vom 3. Februar; Nr. 56 vom 25. Februar; Nr. 159 vom 13. Juni; Nr. 243 vom 5. September; Nr. 351 vom 22. Dezember; LAll 71(1921). Nr. 3 vom 4. Januar; Nr. 28 vom 29. Januar; Nr. 43 vom 19. Februar sowie von Georg Hartmann Schmidt in: LAll 71(1921). Nr. 25 vom 26. Januar.

43 L. (Adolf Lindemann): Leipzigs Finanzmisere. In: LAll 70(1920). Nr. 116 vom 30. April.

44 F. H. (Friedrich Hoyer): Der Streik der Straßenbahner. In: LAll 70(1920). Nr. 242 vom 4. September.

45 L. (Adolf Lindemann): Der saure Apfel. In: LAll 70(1920). Nr. 238 vom 31. August; L. (Adolf Lindemann): Der Streik der Gemeindearbeiter. Ebenda. Nr. 282 vom 14. Oktober.

Von den Deutschnationalen zu den Demokraten

Anfang 1921 verkaufte Paul Kürsten die »Leipziger Allgemeine Zeitung« an den jüdischen Großverlag Ullstein.⁴⁶ Am 20. März wurde Adolf Lindemann⁴⁷ von Georg Marguth⁴⁸ als Hauptschriftleiter ab-

-
- 46 Aus den verfügbaren Akten (Handelsregister) geht das genaue Kaufdatum nicht hervor. Hier wird der Name Ullstein erstmals in einem Schreiben der Leipziger Verlagsdruckerei GmbH vom 27. Oktober 1921 erwähnt (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Amtsgericht Leipzig, HR Nr. 19877, Bl. 20). Die GmbH war von Kürsten am 26. Februar 1921 gegründet worden (Ebenda, Grundblatt). Gegenstand der Firma sollte laut Gesellschaftervertrag nicht nur die Herausgabe der LAll, sondern auch der Erwerb »ähnlicher Unternehmen« sein – ein deutlicher Hinweis darauf, daß schon zu diesem Zeitpunkt die folgende Entwicklung (Kauf von LT und LZ) geplant war, Ullstein also bereits im Hintergrund agierte (Ebenda, Bl. 3f.). Indirekt bestätigt wird diese Vermutung durch den »Zeitungsverlag«. Dieser meldete Anfang März, daß die LAll in die Hände eines Konsortiums übergegangen sei. Zwar dementierte das Verlegerorgan noch eine Beteiligung Ullsteins, aber das Gerücht wird nicht ohne Grund umgegangen sein (Nachricht in: ZV 22(1921)10, S. 302). Die »Deutsche Presse« wiederum nannte als Kauftermin Mitte März 1921. Siehe Nachricht in: DP 9(1921)18, S. 8.
- 47 Adolf Lindemann (18.11.1879–17.12.1954) war seit Februar 1920 Hauptschriftleiter der »Leipziger Allgemeinen Zeitung«. Zuvor hatte er den gleichen Posten beim »Westfälischen Anzeiger« inne. Laut Angaben des »Zeitungsverlages« arbeitete er 1919 zwischenzeitlich »für das Deutschtum in der Nordmark«. Ab 1. April 1921 leitete Lindemann die neugegründete »Leipziger Abendpost« des Herfurth-Verlages. Später machte er sich als Schriftsteller einen Namen (»An der Schwelle des Jenseits«, »Die Wikinger«). – Siehe Kürschners Deutscher Literatur-Kalender, Nekrolog 1936–1970, Berlin, New York 1973, S. 409; Nachricht in: ZV 21(1920)6.
- 48 Georg Marguth (31.8.1886–?) stammte aus einer alten Hugenottenfamilie. Nachdem er in Zwickau das Gymnasium besucht hatte, studierte er unter anderem Rechts- und Staatswissenschaften sowie Geschichte in Marburg, Leipzig, München und Gießen. Nach der Promotion arbeitete Marguth zunächst als freier Journalist, wurde 1916 dann Politik-Redakteur des »Stuttgarter Neuen Tageblatts« und kam zwei Jahre später als Politik-Chef zum »Leipziger Tageblatt«. 1920 folgte ein Gastspiel bei der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Parlamentsredakteur). 1921 übernahm Marguth die Leitung der »Neuen Leipziger Zeitung«, 1925 wurde er Verlagsdirektor. Diese Funktion behielt Marguth auch nach seiner Ablösung als Chefredakteur im Jahre 1932. – Siehe Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 2, Berlin 1931, S. 1194.

gelöst (laut Impressum).⁴⁹ Lindemann wechselte – das sei an dieser Stelle vorweggenommen – zum Verlag der »Leipziger Neuesten Nachrichten« und übernahm dort die neugegründete »Leipziger Abendpost«.⁵⁰

Der Abschiedstag von Lindemann, dieser 20. März 1921, war zugleich der Todestag der »alten« »Allgemeinen«. Der politische Richtungswechsel von einem deutschnationalen zu einem demokratischen Blatt vollzog sich jedoch »sanft« und wurde von vielen Veränderungen begleitet, die auf ein verbessertes Leseangebot abzielten und vermutlich die Abonnenten bei der Stange halten sollten. Die Bezieher selbst wurden allerdings über den Wandel nicht aufgeklärt.

In ihren Leitartikeln vermied die »neue« »Allgemeine« zunächst jede politische Färbung. Die deutschnationalen Veranstaltungsberichte verschwanden zwar sofort aus dem Blatt, es verging aber über ein Monat, bis die Zeitung ausführlicher über DDP-Aktivitäten berichtete, ihre Parlamentsnachrichten auf demokratische Auftritte zuschnitt und Parteiprominenz zu Wort kommen ließ.⁵¹ Selbst zu diesem Zeitpunkt reagierte die Redaktion allerdings beispielsweise auf antisemitische Ausfälle des DNVP-Landtagsabgeordneten Rainer Börner – bis zum Verlagswechsel immerhin ständiger LAll-Autor – neutral: »Die Ausführungen [...] erfuhren natürlich im Lager der Linken lebhaftes Zurückweisung.«⁵² Erst im Juni griff die

49 Steffen Reichert hat geschrieben, daß die gesamte Redaktion ausgewechselt worden sei (Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). Diplomarbeit. KMU Leipzig 1989. S. 12). Dies läßt sich anhand des Impressums nicht nachvollziehen. Emil Dörfel (Lokales) und Otto Lantzsich (Handel) blieben auch nach dem Verlagswechsel Ressortchefs. Dörfel wechselte dann zwischenzeitlich zwar das Arbeitsgebiet (ab Mai war er für Sport und Allgemeines zuständig), schrieb aber sogar noch in der NS-Zeit für den Nachfolger der LAll, die »Neue Leipziger Zeitung«.

50 Siehe S. 106ff.

51 N. N.: Erkelenz über die politische Lage. In: LAll 71(1921). Nr. 115 vom 27. April; N. N.: Unliebsame Ausweisungen. Ebenda. Nr. 116 vom 28. April; Dr. R. (Peter Reinhold): Sächsische Wasserstraßenpolitik. Ebenda. Nr. 118 vom 30. April.

52 N. N.: Unliebsame Ausweisungen. In: LAll 71(1920). Nr. 116 vom 28. April.

»Leipziger Allgemeine« die »Rechtspresse« etwas schärfer an⁵³, und es bedurfte des Mordes an Erzberger, damit das Blatt deutlich Stellung bezog: »ein politischer Mord, [...] geboren aus der Hetze der Rechtsradikalen«⁵⁴.

Die neue politische Richtung wirkte sich bis in das Feuilleton aus. Hatte die LAll beispielsweise noch einen Tag vor dem Wechsel auf dem Chefsessel das Hans-Reimann-Kabarett⁵⁵ »Die Retorte« total verrissen, lobte das Blatt die Künstler nun in den höchsten Tönen.⁵⁶

Neben der politischen Haltung veränderten die neuen Besitzer auch das äußere Bild der »Allgemeinen« sowie das Leseangebot. Anstelle der ausführlichen Parlamentsdokumentationen erschienen nun kurze Stimmungsberichte. Der Sportteil, bisher Stiefkind der Redaktion, wurde dagegen deutlich ausgebaut,⁵⁷ der Zeitung lagen nun täglich eine Unterhaltungsseite und wöchentlich Modeschnitte bei.⁵⁸ Kino-Rezensionen und Leserbriefspalten, vorher die Ausnah-

53 Der »vaterländische Sinn [...] scheint gewissen Kreisen [...] völlig abzugehen. Ihre Wortführer haben nur das eine Bestreben, die republikanische Regierung im Ansehen des Volkes und der Welt herabzusetzen« (A. B.: Vaterlandsliebe und Opposition. In: LAll 71(1921). Nr. 155 vom 7. Juni).

54 N. N.: Die Hetze. In: LAll 71(1921). Nr. 236 vom 27. August. – Siehe auch M. (Georg Marguth): Ihr seid gewarnt! Ebenda. Nr. 241 vom 1. September.

55 Die Laufbahn des Schriftstellers Hans Reimann (18.11.1889–13.6.1969) begann in dessen Geburtsstadt Leipzig. Hier gründete er nach dem Weltkrieg die Satirezeitschrift »Der Drache« und das Kabarett »Die Retorte«. Später ging Reimann nach Berlin und gab unter anderem »Das Stachelschwein« heraus (1924–1929).

56 N. N.: Literarisches Kabarett »Die Retorte«. In: LAll 71(1921). Nr. 77 vom 19. März; Ernst Goldfreund: Retorte. Ebenda. Nr. 96 vom 8. April; N. N.: Die Retorte. Ebenda. Nr. 129 vom 11. Mai.

57 In der ersten Oktoberwoche 1920 (4.10.–10.10.) hatte die LAll deutlich weniger Sportnachrichten als LT und LZ gebracht und dem Thema nur etwa halb soviel Platz zur Verfügung gestellt wie die beiden Konkurrenten (LAll: 49 Meldungen auf 2.960 cm², LZ: 83 Meldungen auf 5.400 cm², LT: 111 Meldungen auf 5.935 cm². – Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 76 H ff.) Nach dem Verlagswechsel trug die Montagsnummer den Untertitel »Sport-Berichte vom Sonntag« (sonst: »Mitteldeutsche Tageszeitung für Handel, Industrie und Landwirtschaft«), eine Seite und mehr Sport pro Ausgabe waren nun keine Seltenheit mehr.

58 Die Unterhaltungsbeilage »Der Türmer« konnte aus der Zeitung herausgenom-

me, wurden genauso zur Regel wie die »Auskunftei«. Die Lokalnachrichten-»Bleiwüste« wurde durch Plaudereien und größere Überschriften aufgelockert. Ab April 1921 hatten die Textseiten nicht mehr drei, sondern wieder vier Spalten.⁵⁹

Dieser »neuen« LAll war nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Am 20. September 1921, genau ein halbes Jahr nachdem Marguth Chefredakteur geworden war, wurde das Blatt mit der »Leipziger Zeitung« zur »Neuen Leipziger Zeitung« vereinigt.

1.2 »Leipziger Abendzeitung«/»Leipziger Zeitung«

Die »Leipziger Abendzeitung« (LAb) löste am 16. Dezember 1904 den »Generalanzeiger für Leipzig und Umgebung« ab. Diesen hatte Wilhelm Girardet⁶⁰ am 7. Oktober 1886 mit einer Startauflage von 31.000 Exemplaren auf den Markt gebracht und damit das Zeitalter des Massenjournalismus auch in Leipzig eingeleitet. Seit 1906 gehörte die »Abendzeitung« zum Huck-Presskonzern.⁶¹ Die Leipziger

men und so beispielsweise von der daheimbleibenden Ehefrau gelesen werden, während ihr Mann das Hauptblatt vielleicht mit zur Arbeit nahm. Die Frauenbeilage mit den Ullsteinschnittmustern erschien erstmals am 14. Mai 1921.

- 59 Die LAll war erst ab 1. April 1920 mit dreispaltigem Seitenumbruch erschienen.
- 60 Der gelernte Buchbinder Wilhelm Girardet (14.6.1838–4.5.1918) baute seinen Betrieb in Essen zu einem Verlag aus. Die erste Fachzeitschrift (»Anzeiger für das Berg-, Hütten- und Maschinenwesen«, 1879) wurde zu einem Erfolg, und aus dem Hause Girardet kam in der Folgezeit eine Neugründung nach der anderen: »Leipziger Generalanzeiger«, »Generalanzeiger für Elberfeld und Barmen«, »Generalanzeiger für Hamburg und Umgebung«, »Chemnitzer Neueste Nachrichten«, »Düsseldorfer Nachrichten«, »Tagesanzeiger für Stadt und Kanton Zürich«. Für all diese Blätter ließ Girardet moderne Druckereien bauen, um eine möglichst große Auflage herausbringen zu können. Girardet selbst, der die Firma bis 1906 leitete, blieb in Essen, wo er lange Stadtverordneter war. – Siehe Neue Deutsche Biographie. Bd. 6. Berlin 1964. S. 408f.
- 61 Wolfgang Huck (13.9.1889–22.1.1967) studierte in Heidelberg, Frankfurt am Main und München (Geschichte, Volkswirtschaft und Staatsrecht), ließ sich aber zugleich im Zeitungswesen ausbilden. Im 1. Weltkrieg war er Pressesachverständiger im Auswärtigen Amt. Nach dem Tod seines Vaters August (24.2.1842–14.7.1911) übernahm Wolfgang den Familienbetrieb, zu dem unter anderem »Dresdener Neueste Nachrichten«, »Breslauer Nachrichten«, »Mün-

Filiale wurde von Gottlob Krauß⁶² geleitet.⁶³ Vor dem Ersten Weltkrieg sind täglich knapp 50.000 LAb-Exemplare verkauft worden. Bis zur Verschmelzung mit der »Leipziger Allgemeinen« sank diese Zahl vermutlich auf 25.000.⁶⁴

chener Zeitung«, »Hallische Nachrichten«, »Stettiner Abendpost« und »Kasseler Neueste Nachrichten« gehörten. Huck wurde 1935 teilweise enteignet, der Rest der Firma dann im Krieg geschlossen. Nach 1945 war Huck Geschäftsführer des Münchener Zeitungsverlages. – Siehe Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Hrsg. von Karl von Klimesch. A–K. Augsburg 1953. S. 506.

- 62 Gottlob Krauß (um 1883–21.11.1919), gebürtiger Bayer, war seit 1913 im LAb-Verlag tätig. Im April 1918 trat er als Gesellschafter in die Firma ein und erhielt das Alleinvertretungsrecht. Zuvor war er als einfacher Kannonier in den Krieg gezogen, jedoch bald verwundet zurückgekehrt. An den Langzeitfolgen der Verletzung starb er im Alter von nur 36 Jahren. Krauß tanzte nach der Novemberrevolution auf mehreren Hochzeiten. Für die DDP kandidierte er als Stadtverordneter und vertrat die Partei im Leipziger Bürgerausschuß. Außerdem war er 2. Vorsitzender des Vereins Sächsischer Zeitungsverleger und in dieser Eigenschaft Mitglied des Pressebeirats bei der Staatskanzlei. Seinen Kollegen galt er deshalb als Arbeiter vor dem Herrn, aber auch als Utopist, der von einer neuen, demokratischen Welt träumte, in der nicht Macht, sondern Menschlichkeit regieren würde. – Siehe Hans Natonek: Der Tod des Utopisten. In: LZ 270(1919). Nr. 302 vom 22./23. November; N. N.: G. Krauß gestorben. Ebenda. Nr. 303 vom 24. November; Nachrichten in: ZV 20(1919)3, 48; Schreiben des Verlages in: Stadtarchiv Leipzig. Kap 74. Nr. 44.
- 63 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 47ff.
- 64 Andreas Müller bezifferte die Vorkriegs-Auflage der LAb auf 50.000 bis 70.000 Exemplare (Ebenda. S. 53). Daß dieser Rahmen etwas zu weit gesteckt sein dürfte, geht schon daraus hervor, daß die »Leipziger Allgemeine Zeitung« sich im Zeitungskopf – von der Konkurrenz unwidersprochen – als zweitgrößte Leipziger Zeitung bezeichnen konnte, ihre Auflage aber nur mit 63.575 angab. In Schreiben an den Rat der Stadt bezifferte der LAb-Verlag die Auflage des Blattes zudem nur auf 40.000 (13.5.1908) bzw. 45.000 (8.12.1913, 23.4.1914). Da es der Abendzeitung in diesen Briefen um Anzeigenaufträge ging, folglich die Wirkung des Blattes unterstrichen werden mußte, sind diese Zahlen wohl eher nach unten zu korrigieren (Siehe Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 44. Bl. 15, 36, 63). Ende 1918 nannte die LZ in einem Schreiben an den Rat eine Auflage von 50.000 (Ebenda. Bl. 224). Als das Blatt 1921 mit der LAll vereinigt wurde, kündigte der Verlag an, daß die »Neue Leipziger Zeitung« mit der vierfachen Auflage eingeführt werde. Die NLZ-Startauflage lag bei 100.000, folglich wurden von LAb/LZ und LAll zuvor höchstens jeweils noch 25.000 Exemplare verkauft (Ebenda. Nr. 58. Bl. 2).

Die »Abendzeitung« erschien in der Woche nachmittags, nur sonntags früh. Sie konnte sowohl abonniert als auch beim Straßenhändler gekauft werden. Das Blatt wurde in Leipzig und Umgebung gelesen und war vor allem in weniger bemittelten Schichten zu Hause. Zum Leserkreis gehörten kleine Gewerbetreibende und Beamte, Handwerker und Arbeiter. Dagegen wurde die LAB in Landwirtschaftskreisen kaum bezogen.⁶⁵

Die »Abendzeitung« bot ihren Lesern in der Vorkriegszeit die wichtigsten Tagesereignisse im Stenogrammstil sowie einen Leitartikel, vor allem aber sehr viel »Unpolitisches«: einen ausgedehnten Kultur- und Unterhaltungsteil, Sportberichte und Ratgeberbeiträge. Der Angestellte, der nach der Arbeit zur »Abendzeitung« griff, fand viel gegen seine Kopfschmerzen.⁶⁶

Andreas Müller hat die LAB als »linksliberal« bezeichnet. Das Blatt sei antijunkerlich gewesen und habe die Daseinsberechtigung der SPD anerkannt.⁶⁷ Lange vor der Novemberrevolution setzte sich die »Abendzeitung« für eine Parlamentarisierung ein. In der Kriegszieldebatte forderte sie einen Verständigungsfrieden. Gemäß ihrem Demokratie-Verständnis sah sich die Redaktion als kritische Begleiterin nicht nur der Regierung, sondern auch der Leipziger Verwaltung. In der LAB wurden dabei Entscheidungen von Rat und Stadtverordneten nicht nur auf ihren Nutzen für die Bürgerschaft untersucht. Die Redaktion versuchte bereits im Vorfeld, Einfluß zu nehmen, veröffentlichte eigene Vorschläge.⁶⁸

65 Siehe Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 53; Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 15f.

66 Die Angaben zum Themenangebot der LAB beruhen auf einer Untersuchung der Ausgaben vom 6. bis 12. Oktober 1913 (Ebenda. S. 17, 76 H).

67 Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 54ff.

68 Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 25ff.

Neuer Name und doch kein Glück

Ab 1. Januar 1919 erschien die »Abendzeitung« als »Leipziger Zeitung« (LZ). Der Kauf des neuen Titels war wohl vor allem symbolischer Natur: Nun konnte das Blatt bereits im Namen die Nähe zu seinem Vorbild »Frankfurter Zeitung« signalisieren.⁶⁹ »Großes Organ des demokratischen Bürgertums« sollte diese »Leipziger Zeitung« werden, was im Verständnis der Redaktion hieß, »zum Nachdenken anzuregen, Probleme aufzurollen, Kritik zu fordern und zu üben, positive Ziele zu zeigen«.⁷⁰ Dem neuen Namen zum Trotz blieb das Blatt aber seinem Ruf treu, ein »Taubenschlag«⁷¹ zu sein. In den knapp drei Jahren bis zur Vereinigung mit der »Leipziger Allgemeinen« versuchten vier Hauptschriftleiter ihr Glück, und fast ebenso oft wie der Chef wechselten Presseauffassung und Aufmachung des Blattes. Einzige Konstanten waren dabei das Bekenntnis zur Republik und die Nähe zur DDP. Gerade daran aber, wie

69 Sicher könnte die Umbenennung auch mit Namen und Tradition der »Leipziger Zeitung« begründet werden, immerhin erschien das Blatt 1919 im 270. Jahrgang. Gegen eine solche Argumentation spricht aber, daß sich die alte LZ zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem halben Jahrhundert auf Talfahrt befand, zuletzt nicht einmal mehr 2.000 Bezieher hatte. Darauf zu hoffen, mit dem Namen der »Leipziger Zeitung« deren Amtsblattstatus übernehmen zu können, wäre blauäugig gewesen, denn schließlich wurde das Blatt eingestellt, weil es als Regierungsorgan nicht mehr benötigt wurde (Siehe S. 47). Dagegen finden sich mehrere Hinweise auf das Vorbild »Frankfurter Zeitung«. Kein anderes Blatt wurde nach der Umbenennung so oft zitiert. Als sich die LZ beispielsweise in ihrem ersten Leitartikel zu den Versailler Bedingungen um eine klare Stellungnahme drückte (N. N.: Unterschreiben wir? In: LZ 270(1919). Nr. 114 vom 8. Mai), stand darunter der Beitrag »Unannehmbar. Was die Frankfurter Zeitung sagt« (Ebenda). Als das Blatt am Main seine Meinung änderte, schloß sich die LZ an (Erwin Jäger: Zur Entscheidung. Ebenda. Nr. 157 vom 21. Juni; N. N.: Die Notregierung. Ebenda. Nr. 158 vom 22. Juni). Auch vor dem DDP-Parteitag Mitte 1919 zitierte die LZ längere Passagen des Frankfurter Blattes und unterstützte dessen programmatische Erklärungen (N. N.: Zum demokratischen Parteitag. Ebenda. Nr. 183 vom 17. Juli; Nachricht. Ebenda. Nr. 184 vom 18. Juli).

70 N. N.: Die Aufgaben der neuen Zeit. In: LZ 270(1919). Nr. 1 vom 1. Januar.

71 Diesen Begriff hat Hans Georg Müller-Heim wegen der ständigen Wechsel in der Redaktion verwendet: Leipzig und die Leipziger. Leute. Dinge. Sitten. Winke. Leipzig 1906. S. 52f.

sich das Verhältnis zu dieser Partei entwickelte, lassen sich die Veränderungen der »Leipziger Zeitung« am besten nachvollziehen. Aus der kritischen, die DDP nach links drängenden Mahnerin wurde ein Verlautbarungsorgan im Dienste des Landtagsabgeordneten und Finanzministers Peter Reinhold.⁷²

(Sozial-)Demokratische Bürgerzeitung

Zunächst knüpfte die »Leipziger Zeitung« an die Traditionen der »Abendzeitung« an. Das Blatt versuchte, den Leipziger Bürger zum

72 Der gebürtige Sachse Peter Reinhold (1.12.1887–1.4.1955) studierte Nationalökonomie, Geschichte, Ethnologie und Kunstgeschichte (Rom, Genf, Berlin, Freiburg, Leipzig) und promovierte 1909 in Leipzig zum Dr. phil. Ab 1913 zeichnete er für das »Leipziger Tageblatt« verantwortlich. Zunächst war Reinhold Aufsichtsratsmitglied und Geschäftsführer, ab 1. April 1915 trug der Tageblatt-Verlag dann seinen Namen. Die knapp zehn Jahre im Zeitungswesen bezeichnete er später als die schönsten seines Lebens. Da Reinhold die Druckerschwärze neben Pulver und Gold für den Machtfaktor Nummer drei hielt, verwundert es nicht, daß er versuchte, das LT für seine politische Karriere zu nutzen. Nach der Novemberrevolution wechselte er wie die meisten sächsischen Nationalliberalen zur DDP, vertrat die Partei zunächst als Landtagsabgeordneter (1919–1924) und wurde dann sächsischer Finanzminister (1920, 1924–1926). Fast ein Jahr leitete er das gleiche Ressort im Reich (20.1.–12.5.1926, Kabinett Luther; 16.5.–17.12.1926, Kabinett Marx). Reinhold galt zu dieser Zeit als Vertreter des rechten Parteiflügels und als Vertrauensmann der sächsischen Industrie. Seine Steuerpolitik (Senkung der Umsatzsteuern) wurde vor allem von den Arbeitnehmern und Angestellten in der DDP heftig kritisiert. 1928 und 1930 wurde Reinhold im Wahlkreis Hessen-Nassau in den Reichstag gewählt. Im Gegensatz zu einigen Führern der Partei lehnte er jedes Zusammengehen mit den Nationalsozialisten ab, rief vielmehr die Republikaner auf, gegen Hitler zu kämpfen. Nach 1933 ging er in die Papierindustrie. Reinhold starb 1955 auf Capri. – Siehe M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von Martin Schumacher. Düsseldorf 1991. S. 455f.; Degeners Wer ist's? 10. Ausgabe. Berlin 1935. S. 1282; Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 601f., 609; Peter Reinhold: Finanzpolitik und Presse. In: DP 16(1926)21; Rede Peter Reinholds auf dem Pressetag in Dresden 1924. Auszüge in: NLZ 4(1924). Nr. 13 vom 13. Januar.

citoyen zu erziehen, forderte den Leser auf, selbst zu denken, sich einzumischen, die Chancen der Demokratie zu nutzen.⁷³ Die LZ lebte diese Haltung vor, erfüllte dabei den eigenen Anspruch, »demokratische Bürgerzeitung« zu sein.⁷⁴

Hauptschriftleiter Franz Huber⁷⁵ und vermutlich auch Verleger Gottlob Krauß waren Anhänger der Ideen Friedrich Naumanns.⁷⁶ Huber setzte sich in seinen Leitartikeln für ein weitgehendes Arbeiterrecht ein. Er forderte, die gesamte Wirtschaft genossenschaftlich zu organisieren. Die Arbeiter könnten Aktien erwerben, die Aufsichtsräte besetzen und so der Wirtschaft ihren unmoralischen Charakter nehmen. Sinn jeder Produktion sei schließlich das »höchste Massenglück«. Die Genossenschaften sah Huber als Station auf dem Weg zu einer »höheren Form der Gemeinwirtschaft«, ein Ziel, für das die Zeit aber noch nicht reif sei.⁷⁷ Eine großzügige Sozialpo-

73 H. (Franz Huber): Die neue Verfassung. In: LZ 270(1919). Nr. 197 vom 31. Juli.

74 N. N.: Die Aufgaben der neuen Zeit. In: LZ 270(1919). Nr. 1 vom 1. Januar.

75 Franz Huber war von 1913 bis 1917 Chefredakteur der »Augsburger Neuesten Nachrichten«. Ende 1917 kam er nach Leipzig und übernahm die Leitung der LZ. Im August 1919 kehrte Huber zunächst an seine alte Wirkungsstätte zurück, wurde aber wenig später Syndikus des Kartells selbständiger Handwerker Karlsruhe. – Siehe Nachrichten in: ZV 20(1919)36; 21(1920)48; DP 5(1917)21.

76 Friedrich Naumann (25.3.1860–24.8.1919), ab 1907 Reichstagsabgeordneter, gehörte 1918 zu den Gründern der DDP. Er vertrat die Partei bis zu seinem Tode in der Nationalversammlung. Naumann setzte sich bereits in der Kaiserzeit für die Gemeinschaft von Bürgern und Arbeitern ein, wollte die Arbeiter für ein soziales Kaisertum gewinnen. In diesem Sinne hatte er auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei 1912 ein »wirkliches Arbeiterrecht« gefordert. Die Übereinstimmung der LZ mit den Idealen Naumanns, der auch selbst im Blatt zu Wort kam (Bismarcks Ende. In: LZ 270(1919). Nr. 46 vom 17. Februar), ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Umbenennung der »Leipziger Abendzeitung« in »Leipziger Zeitung« Anfang 1919 mit dem Vorbild »Frankfurter Zeitung«, die als Anhängerin des Politikers galt, zusammenhing. – Siehe Franz Huber: Friedrich Naumann tot. Ebenda. Nr. 222 vom 25. August; Dr. M. (Richard Mammoth): Wochenrückblick. Ebenda. Nr. 228 vom 31. August.

77 Franz Huber: Der Arbeiter als Kapitalist. In: LZ 270(1919). Nr. 63 vom 17. März. – Siehe auch Franz Huber: Der Geist der sozialen Demokratie. Ebenda. Nr. 69 vom 23. März; Franz Huber: Der ratlose Finanzminister. Ebenda. Nr. 129 vom 23. Mai; Franz Huber: Das Betriebsrätegesetz. Ebenda. Nr. 208 vom 11. August; Franz Huber: Friedrich Naumann tot. Ebenda. Nr. 222 vom

litik – erklärtermaßen Programm der »Leipziger Zeitung« – setze allerdings voraus, daß das sozialistische Prinzip über den Liberalismus siege.⁷⁸

War die »Leipziger Zeitung« also ein sozialdemokratisches Blatt? Die Frage ist durchaus berechtigt, zumal Franz Huber das Wort »sozial« betonte, wenn er den »Geist der sozialen Demokratie« beschwor.⁷⁹ Die LZ lehnte jedoch »sozialdemokratische Klassenpolitik« ebenso ab wie »bürgerliche Kastenpolitik«⁸⁰ und sah sich eher als Vermittlerin im Streit der Interessen. Wer etwas zu sagen hatte, kam im Blatt zu Wort – auch wenn er anders dachte als die Redaktion.⁸¹ Maßstab für die Haltung der Zeitung selbst aber war die Idee des sozialen Ausgleichs, der gerechten Verteilung der Lasten, egal ob es um Reichs-, Partei- oder Kommunalpolitik ging.

Die »Leipziger Zeitung« forderte folgerichtig eine Koalition des fortschrittlichen Bürgertums mit der gemäßigten Sozialdemokra-

25. August. – Daß sich Gottlob Krauß in ähnlichen Gedankengängen bewegte, geht zumindest indirekt aus dem Nachruf hervor, den ihm die Redaktion widmete: Krauß hätte gefühlt, »daß er nicht leben könne im Besitz von Ideen, an deren Erfüllung die Welt vorbeigehtaumelt war. [...] Am vermeintlichen Ziel sah er sich elend enttäuscht [...]«. Die Menschen seien nicht so, wie sie der Sterbende erwünscht und erstrebt habe. Siehe Hans Natonek: Der Tod des Utopisten. In: LZ 270(1919). Nr. 302 vom 22./23. November.

78 N. N.: Kommunal-Sozialismus. Ein Gesetzentwurf für die Reichsregierung. In: LZ 270(1919). Nr. 66 vom 20. März.

79 Der Geist der sozialen Demokratie. In: LZ 270(1919). Nr. 69 vom 23. März.

80 H. (Franz Huber): Die Wahl der Stadtverordneten. In: LZ 270(1919). Nr. 23 vom 25. Januar.

81 »Politik ist Entwicklung. Wir hören jeden, der Wertvolles zu sagen hat, ob Freund oder Gegner« (N. N.: Die Aufgaben der neuen Zeit. In: LZ 270(1919). Nr. 1 vom 1. Januar). Daß die LZ diesen Anspruch einzulösen versuchte, sollen einige Beispiele belegen: Der sozialdemokratische Minister Harnisch verteidigte im Blatt seine Justizreform (Sächsische Justizreformen. LZ 270(1919). Nr. 39 vom 10. Februar). Ende April 1919 veröffentlichte die LZ, obwohl wie die Mehrheit der Volksschullehrer für die Gemeinschaftsschule, eine Streitschrift »Gegen die Thesen des Leipziger Lehrervereins« mit dem Zusatz, daß jede Meinung einmal Gelegenheit haben müsse, in der Öffentlichkeit gehört zu werden (Ebenda. Nr. 103 vom 27. April). Ähnlich verfuhr die Redaktion in Sachen Unitarismus und Betriebsratsgesetz (N. N.: Der Einheitsstaat. Ebenda. Nr. 79 vom 2. April; Adolf Löwe: Die Betriebsräte. Ebenda. Nr. 80 vom 3. April).

tie.⁸² Es steht dazu durchaus nicht im Widerspruch, daß das Blatt in den Wahlkämpfen Anfang 1919 die Sozialdemokraten teilweise scharf angriff (besonders vor den Stadtverordnetenwahlen).⁸³ Ein Sieg der Linken – der in Leipzig dann ja auch eintrat⁸⁴ – hätte die von der LZ angestrebte Zusammenarbeit von vornherein unmöglich gemacht. Außerdem galt die Koalitionsidee lediglich der MSP, die Parteien links davon – und gerade die waren in Leipzig in der Mehrheit – wurden von der LZ abgelehnt und bekämpft.⁸⁵

Im bürgerlichen Lager setzte das Blatt dagegen auf die Formel »Einigung«. Die Redaktion gab sich überzeugt, daß diese unter dem

82 Siehe u. a. H. (Franz Huber): Der dritte Gang. In: LZ 270(1919). Nr. 30 vom 1. Februar; N. N.: Leipzigs Zukunft. Ebenda. Nr. 34 vom 5. Februar, H. (Franz Huber): Der ratlose Finanzminister. Ebenda. Nr. 129 vom 23. Mai; H. (Franz Huber): Sachsens Regierungskrise. Ebenda. Nr. 137 vom 31. Mai; Franz Huber: Friedrich Naumann tot. Ebenda. Nr. 222 vom 25. August.

83 Die LZ rief das Bürgertum auf, sich zur Wehr zu setzen, sonst werde die sozialdemokratische »Gewaltpolitik der letzten Wochen fortgesetzt« (N. N.: Lohnt es sich zu wählen? In: LZ 270(1919). Nr. 20 vom 22. Januar). Kurz vor der Wahl malte Hugo Efferoth – später pikanterweiser SPD-Funktionär in Sachsen – für den Fall eines sozialdemokratischen Wahlsieges sogar die Gespenster »Sozialisierung der Familie« und »freie Liebe« an die Wand. All das sei im Erfurter Programm nur aus taktischen Gründen verschwiegen worden (ef. (Hugo Efferoth): Soziale Grundfragen. In: LZ 270(1919). Nr. 24 vom 26. Januar). – Siehe außerdem N. N.: Was trennt uns, was eint uns? In: LZ 270(1919), Nr. 24 vom 26. Januar.

84 Die Wahlergebnisse stehen im Tabellenanhang.

85 Wiederholt griff die LZ die Leipziger USP an. Das Blatt kritisierte das Vorgehen der Unabhängigen in Stadtparlament und Arbeiter- und Soldatenrat. So warf Hauptschriftleiter Franz Huber der »Leipziger Volkszeitung« im März 1919 vor, die Sozialdemokraten der Stadt zu 75 Prozent demokratischen Anschauungen entrückt und dafür gesorgt zu haben, daß die USP in Leipzig kommunistisch sei (Franz Huber: Ein Kampf um Ideen. In: LZ 270(1919). Nr. 57 vom 11. März). Nach dem Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Mordprozeß lobte die LZ die Angeklagten: »Sie hatten mitgeholfen, das Vaterland von seinen Peinigern zu befreien, hatten, wenn vielleicht auch nicht auf einwandfreiem Weg, um das gequälte, aus tausend Wunden blutende Vaterland sich verdient gemacht. [...] Die intellektuellen Urheber sitzen auf den Bänken der Unabhängigen und Kommunisten. Sie hetzten unser Volk in diesen Bürgerkrieg hinein und ließen die Ärmsten schuldig werden.« (Richard Bahr: Das Urteil von Moabit. In: LZ 270(1919). Nr. 121 vom 15. Mai.)

Banner der DDP erfolgen würde.⁸⁶ Die »Leipziger Zeitung« sah sich allerdings keineswegs als Organ der Demokratischen Partei. Auf entsprechende Angriffe antwortete die Redaktion, es sei reiner Zufall, daß die DDP sich in den gleichen Bahnen bewege wie die LZ, schließlich sei die »Abendzeitung« diesen Weg schon gegangen, als an eine DDP noch nicht zu denken war.⁸⁷ Zwar unterstützte die LZ die Partei in Wahlkämpfen, aber immer dann, wenn sich Fraktionen und Parteigremien vom Ideal des sozialen Ausgleichs entfernten, wurden sie – mitunter heftig – kritisiert. Die »Leipziger Zeitung« forderte die DDP auf, sich eindeutig zu Betriebsratsgesetz, Sozialisierung und Sozialpolitik zu bekennen. Die berühmte mittlere Linie sei ein Krebschaden.⁸⁸

Das Kriterium der gerechten Lastenverteilung war auch Maßstab der kommunalen Berichterstattung. Anders als beispielsweise die »Leipziger Allgemeine Zeitung«, die alles, was aus dem Rathaus

86 H. (Franz Huber): Die Wahl der Stadtverordneten. In: LZ 270(1919). Nr. 23 vom 25. Januar; N. N.: Leipzigs Zukunft. Ebenda. Nr. 34 vom 5. Februar.

87 N. N.: Politisches Pharisäertum. Ein Schlußwort. In: LZ 270(1919). Nr. 24 vom 26. Januar.

88 Im März 1919 gab die LZ der demokratischen Landtagsfraktion die Schuld, daß in Sachsen keine Koalition von SPD und DDP zustande gekommen war. Als Beweis führt das Blatt einen Beitrag von Robert Nitzschke aus dem »Leipziger Tageblatt« an, in dem der Abgeordnete Betriebsräte abgelehnt hatte, weil sie den Wirtschaftsertrag mindern würden: »Hat man sich nicht selbst ausgeschaltet? [...] Es [ist] höchste Zeit, in den sozialen Fragen den Standpunkt klar einzunehmen, der die Ruhe uns sichert« (N. N.: Wie kam es so? In: LZ 270(1919). Nr. 64 vom 18. März). Ähnlich argumentierte Franz Huber Ende Mai, als erneut eine Regierungsbeteiligung der sächsischen Demokraten diskutiert wurde: »Wir können nicht glauben, daß die demokratische Fraktion Vertrauensmänner in die Regierung entsenden könnte, die aus diesen Revolutionserfahrungen nichts gelernt hätten« (Sachsens Regierungskrise. Ebenda. Nr. 137 vom 31. Mai). Von der Reichstagsfraktion forderte das Blatt, sich an die Spitze der sozialen Revolution zu stellen. Das Zentrum mache hier der SPD weit weniger Schwierigkeiten (N. N.: Aufgabe der Demokratie. Ebenda. Nr. 87 vom 10. April). In Sachen 1. Mai forderte die LZ – im Gegensatz zur DDP – das Bürgertum auf, mitzufeiern (N. N.: Der 1. Mai. Was machen die Demokraten? Ebenda. Nr. 88 vom 11. April). Ihren Höhepunkt erreichte die Kritik schließlich vor dem Parteitag im Juli, als die LZ gegen die »mittlere Linie« Stellung bezog (N. N.: Zum demokratischen Parteitag. Ebenda. Nr. 182 vom 16. Juli).

kam, kommentarlos veröffentlichte,⁸⁹ besprach die »Leipziger Zeitung« städtische Angelegenheiten eigenständig, ohne auf Verwaltung oder Parteien Rücksicht zu nehmen, und arbeitete mit eigenen Vorschlägen.⁹⁰ In der Berichterstattung standen soziale Fragen (Wohnung, Arbeit, Verkehr – beispielsweise Straßenbahntarife) im Vordergrund. Ausführlich wurden die Aktivitäten des Leipziger Bürgerrausschusses begleitet – kein Wunder, gehörte doch Verlagschef Gottlob Krauß zum Vorstand.⁹¹

Das Ende der Utopisten

Krauß starb – gerade 36jährig – im Herbst 1919 an den Langzeitfolgen einer Kriegsverletzung. Vermutlich hatte er bereits Wochen vorher die Redaktionsgeschäfte nicht mehr beeinflussen können.⁹² Bereits Ende August 1919 war Hauptschriftleiter Franz Huber von Richard Mamroth⁹³ abgelöst worden.⁹⁴ Nach dem Verlust ihrer bei-

89 Siehe S. 56f.

90 Siehe u. a. N. N.: Leipzigs Verkehrs- und Notstandsarbeiten. In: LZ 270(1919). Nr. 37 vom 8. Februar; N. N.: Die Verstadtlung der Straßenbahn. Ebenda. Nr. 76 vom 30. März; Hans Natonek: Die Neuordnung der Städtischen Bühnen. Ebenda. Nr. 90 vom 13. April; E. W. (Emil Wasser): Was in Leipzig noch fehlt. Die Ringbahn. Ebenda. Nr. 193 vom 27. Juli.

91 Siehe Nachricht in: LZ 270(1919). Nr. 161 vom 25. Juni.

92 Dem Nachruf der Redaktion zufolge hatte sich Krauß bereits längere Zeit in seiner Heimat Bayern aufgehalten – möglicherweise schon seit dem Tod seiner einzigen Schwester Ende Mai. Da die beiden Brüder des Verlegers noch in Kriegsgefangenschaft waren, ist es nicht abwegig zu vermuten, daß die familiäre Tragödie die Arbeitskraft des Gottlob Krauß bereits zu diesem Zeitpunkt – ein halbes Jahr vor seinem Tod – gelähmt hatte. – Siehe Hans Natonek: Der Tod des Utopisten. In: LZ 270(1919). Nr. 302 vom 22./23. November; Todesanzeige Walburga Krauß. Ebenda. Nr. 129 vom 23. Mai.

93 Richard Mamroth war vor der Novemberrevolution Chefredakteur der »Nieder-rheinischen Nachrichten« (Duisburg), übernahm dann Anfang 1919 die Leitung des »Casseler Tageblatts« und wechselte im August 1919 zur LZ. Auch hier blieb er nur wenige Monate. Mamroth ging den LZ-Schritt vom Huck-Verlag zu Peter Reinhold nicht mit, sondern übernahm bei Huck die Fachblatt-Redaktion. Ab 1925 arbeitete er in der Nachrichtenagentur Dammert (Berlin). – Siehe Nachrichten in: ZV 20(1919)36; 21(1920)11, 14; DP 7(1919)3; 13(1925)24.

den führenden Köpfe blieb die »Leipziger Zeitung« zwar DDP-nah, aus dem Blatt verschwand aber nicht nur jede Kritik an der Partei⁹⁵, sondern auch die Idee der Sozialisierung.

Am deutlichsten wird der Wandel vielleicht beim Vergleich zweier Naumann-Nachrufe. Hatte Huber – gewissermaßen als letzte Amtshandlung – eine Eloge verfaßt, korrigierte Mamroth dieses Bild sechs Tage später: »Nicht etwa, daß mit Naumann ein Politiker und Staatsmann von überragenden Fähigkeiten dahingegangen wäre. Politischer Instinkt war von jeher seine schwächste Seite.«⁹⁶

Das gleiche Blatt, das vorher für die soziale Aussöhnung gekämpft hatte, redete nun einem Recht des Stärkeren das Wort. Eine Arbeitslosenversicherung beispielsweise lehnte die »neue« LZ ab. Diese sei ungerecht, da der Starke für den Schwachen zahlen müsse. Schließlich hänge es nur vom eigenen Können ab, ob jemand arbeitslos werde.⁹⁷ Mamroth selbst schürte den Sozialneid. So beschrieb er zwei »verwahrloste Fabrikarbeiterinnen«, die sich in der Straßenbahn über ihre neuen Sonnenschirme unterhalten hätten, und fragte dann, welcher Kaufmann oder Beamte seiner Frau schon so einen Schirm kaufen könne.⁹⁸

Vorbei war die Zeit der »demokratischen Bürgerzeitung«. Die Presse hatte nach Ansicht Mamroths nur »getreues Spiegelbild der

94 Im Impressum wurde Mamroth am 25. August 1919 (Nr. 222) erstmals als Hauptschriftleiter genannt. Bereits in den Wochen davor hatte es in der Redaktion erhebliche Veränderungen gegeben. Emil Wasser war seit dem 1. Juli Lokalredakteur. Anfang August hatte Julius Witte Hugo Efferoth als Außenpolitiker des Blattes und Karl Heim Bruno Abendroth im Bereich Handel abgelöst.

95 Tagungen der Partei wurden nun mit Lobgesang begleitet. – Siehe N. N.: Demokratische Politik. Zum sächsischen Landesparteitag. In: LZ 270(1919). Nr. 248 vom 20. September; Nachricht in: Ebenda. Nr. 249 vom 21. September; J. W. (Julius Witte): Tagung der Deutschen Demokratischen Partei. Ebenda. Nr. 319 vom 12. Dezember; Dr. K.: Parteitag der Demokraten. Ebenda. Nr. 320 vom 13./14. Dezember, J. W. (Julius Witte): Demokratischer Parteitag. Ebenda. Nr. 324 vom 18. Dezember.

96 Franz Huber: Friedrich Naumann tot. In: LZ 270(1919). Nr. 222 vom 25. August; Dr. M. (Richard Mamroth): Wochenrückblick. Ebenda. Nr. 228 vom 31. August.

97 F. K.: Arbeitslosenversicherung. In: LZ 271(1920). Nr. 13 vom 16. Januar.

98 Dr. M. (Richard Mamroth): Entwicklungen. Ebenda. Nr. 3 vom 3./4. Januar.

Volksmeinung« zu sein.⁹⁹ Die »Leipziger Zeitung« verzichtete fortan auf alle reichs- und parteipolitischen Ambitionen. Die Leitartikel kamen jetzt oft von »Persönlichkeiten« der demokratischen Partei, davon abweichende Ansichten, gar Diskussionen gelangten nicht mehr ins Blatt. »Volksmeinung« übersetzte Mamroth im Falle der LZ also offenbar mit »DDP-Meinung«.

Eine Ausnahme war in dieser Zeit die Leipzig-Berichterstattung. Der neue Lokalredakteur Emil Wasser¹⁰⁰, der später in den »Leipziger Neuesten Nachrichten« jene »bürgerliche Kastenpolitik« verfocht, die von Franz Huber abgelehnt worden war,¹⁰¹ hatte zwar bereits in den letzten Arbeitswochen Hubers vor »planloser« Kommunalisierung gewarnt¹⁰² und sich auch danach gegen alle Soziali-

99 Dr. M. (Richard Mamroth): Presse und Würde. In: LZ 270(1919). Nr. 231 vom 3. September.

100 Emil Otto Wasser (um 1885–7.11.1930) ist für den Pressehistoriker sicher eine der interessantesten Persönlichkeiten im Leipzig der Weimarer Republik. Wasser brauchte nicht einmal drei Jahre, um bei vier verschiedenen Zeitungen den Lokalteil zu leiten, was allein schon deshalb erstaunlich ist, weil er dabei das gesamte politische Spektrum von demokratisch bis deutschnational durchlief. Im September 1920 wechselte Wasser von der LZ zum LT, 1921 dann zu Edgar Herfurths »Leipziger Abendpost«, um schließlich im gleichen Verlag Kommunalpolitiker der LNN zu werden. Dies blieb er dann bis zu seinem frühen Tod. Wo Wasser auch arbeitete – seine kenntnisreichen, interessanten, mitunter bissigen Beiträge prägten nicht nur den Lokalteil des Blattes. Die »Deutsche Presse« beschrieb Wasser als einen gewissenhaften Journalisten, dem Zurückhaltung und Objektivität die Anerkennung weiter Kreise der Stadt gesichert hätten. Emil Wasser saß viele Jahre im Leipziger Bezirksvorstand des Landesverbandes der sächsischen Presse. Seine stille Liebe galt Bühne und Musik. Er schrieb das Lustspiel »Der Außenseiter« und die Operette »Die Königin vom Naschmarkt«. Seiner künstlerischen Ader verdankten die LNN-Neujahrsausgaben humorvolle Jahresrückblicke in Reimform (unterzeichnet mit »aqua«). – Siehe Nachrichten in: DP 20(1930)46; ZV 31(1930)46; N. N.: Trauerfeier für Emil Wasser. In: LNN 38(1930). Nr. 315 vom 11. November; Todesanzeige. Ebenda. Nr. 312 vom 8. November; Beileidsschreiben von Oberbürgermeister Goerdeler an die LNN vom 10.11.1930. Stadtarchiv Leipzig, Kap. 74. Nr. 33. Bd. 2/2. Bl. 134.

101 Siehe S. 161ff.

102 E. W. (Emil Wasser): Kommunale Wirtschaft. Das Reichsrahmengesetz über die Kommunalisierung. In: LZ 270(1919). Nr. 209 vom 12. August. – Huber hatte gerade einen Tag zuvor seine Auffassung von wirtschaftlicher Demokratie im Blatt bekräftigt: Das Betriebsrätegesetz. Ebenda. Nr. 208 vom 11. August.

sierungsvorhaben ausgesprochen.¹⁰³ Auf der anderen Seite aber stand Wasser ganz in der Tradition von »Leipziger Abendzeitung« und »alter« LZ: Städtische Probleme und Beschlüßvorlagen für das Stadtparlament wurden von ihm kenntnisreich analysiert und kommentiert, egal ob es sich um die Alltagsorgen der Leipziger (Sauberekeit in der Stadt, Verkehr) oder die Steuerpolitik des Rates handelte.¹⁰⁴

Wechsel in den Tageblatt-Verlag

Am 1. März 1920 wechselte erneut der Hauptschriftleiter: Julius Witte¹⁰⁵, bisher Politikredakteur, löste Richard Mammoth ab. Die »Leipziger Zeitung« (LZ) erschien nun im Verlag Peter Reinholds, der bereits das »Leipziger Tageblatt« (LT) herausgab. Die Redaktion der »Leipziger Zeitung« zog in das LT-Gebäude um, und nicht nur das äußere Bild des Blattes paßte sich dem Tageblatt an (statt bisher vierspaltigem Seitenumbruch nun drei Spalten). Bei allen Ge-

103 Siehe W. (Emil Wasser): Die Verstädtlichung der Straßenbahn. In: LZ 270(1919). Nr. 281 vom 27. Oktober; N. N.: Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes. Ebenda. Nr. 226 vom 29. August.

104 Neben den schon genannten Beiträgen und den Kommentaren zu den Stadtparlamentstagen (donnerstags) siehe u. a. E. W. (Emil Wasser): Die neue Gemeindeverfassung. In: LZ 270(1919). Nr. 197 vom 31. Juli; E. W. (Emil Wasser): Hausbesitz und Presse. Ebenda. Nr. 296 vom 14. November; W. (Emil Wasser): Wichtige Vorlagen im Stadtparlament. Ebenda. Nr. 305 vom 26. November; W. (Emil Wasser): Die neuen Steuern. In: LZ 271(1920). Nr. 27 vom 2. Februar; W. (Emil Wasser): Der neue Straßenbahntarif. Ebenda. Nr. 47 vom 26. Februar.

105 Julius Witte war zunächst Politik-Redakteur der »Leipziger Zeitung« und übernahm dann im März 1920 die Leitung des Blattes. Ein halbes Jahr später wurde er Hauptschriftleiter des »Leipziger Tageblatts«. 1924 bis 1928 leitete er – auf Vorschlag Edgar Herfurths – die Vortragsabteilung der Mitteldeutschen Rundfunk AG, danach arbeitete er als freier Journalist auch für die »Leipziger Neuesten Nachrichten«. 1933 wurde Witte NSDAP-Mitglied. – Siehe Nachrichten in: ZV 21(1920)11, 38; DP 8(1920)34; Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Gestapoamt Dresden vom 30.10.1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig P Nr. 647. Bl. 34; Martin Kunath: Die literarische Programmarbeit beim Mitteldeutschen Rundfunk. In: Literatur und Rundfunk 1923–1933. Hrsg. von Gerhard Hay. Hildesheim 1975. S. 69ff.

meinsamkeiten aber blieben Unterschiede zwischen LT und LZ – bis hinein in die Kommentierung – erhalten. Um beide Blätter vergleichen zu können, sei zunächst ein Blick auf das »Leipziger Tageblatt« gestattet.

1.3 »Leipziger Tageblatt«

Das »Leipziger Tageblatt« (LT), gegründet 1807, war in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts zur führenden bürgerlichen Zeitung der Stadt aufgestiegen. Die Bezieherzahl dürfte in dieser Zeit zwischen 15.000 und 20.000 gelegen haben.¹⁰⁶ Die folgende Entwicklung zum Massenjournalismus aber ging am LT vorbei. Sowohl der »Generalanzeiger für Leipzig und Umgebung« (1886 gegründet) als auch die »Leipziger Neuesten Nachrichten« (1892) übertrafen die Tageblatt-Auflage bald deutlich.¹⁰⁷ Der langjährige LT-Redakteur Julius Heiland¹⁰⁸ hat dies später mit der mangelnden Flexibilität der Verlagsleitung begründet. Das Tageblatt habe viel zu spät auf die Vorzüge der neuen Konkurrenten – niedriger Preis und schnelle Berichterstattung – reagiert. Leser, die sich vorher ein Tageblatt-Ab

106 Andreas Müller hat drei Zahlen genannt (Die nichtproletarische Zeitungspreise Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 5f.): 16.000 (1880), 19.500 (1894) und 20.000 (1914). Julius Heiland wiederum schrieb 1931, sechs Jahre nach dem Ende des LT, daß das Tageblatt selbst in seiner Glanzzeit (um 1885) eine Auflage von »höchstens 20.000 Exemplaren« gehabt habe: 40 Jahre Journalismus in Leipzig (I). In: Leipziger Vorschau 8(1931)10.

107 Siehe S. 63, 105ff.

108 Der in Berlin geborene Julius Heiland (23.9.1853–?) kam 1880 nach Leipzig. Er arbeitete zunächst für die »Freisinnige Leipziger Bürgerzeitung«, dann für die »Leipziger Gerichtszeitung« und ab 1884 schließlich für das LT. 35 Jahre berichtete Heiland hier über die Entwicklung des städtischen Gemeinwesens, war lange Jahre Leiter des Lokalteils. Heiland ging am 1. Juli 1919 in den Ruhestand, blieb jedoch dem LT und später der NLZ als freier Mitarbeiter erhalten. 1920 erschien sein Buch »Leipzig als Großstadt«, ein Rückblick auf die Entwicklung der Stadt seit 1890. Heiland war Mitbegründer des Bezirksvereins Leipzig im Landesverband der sächsischen Presse (1910). – Siehe Nachrichten in: ZV 20(1919)4; 29(1928)41; DP 16(1928)42.

mit anderen teilen mußten, hätten nun die »Leipziger Neuesten Nachrichten« für das gleiche Geld alleine bezogen.¹⁰⁹ Andreas Müller hat dagegen die Bindung des LT an die nationalliberale Partei als Hauptgrund angeführt. Dadurch sei die Gewinnung neuer Leser erschwert worden.¹¹⁰

Nachdem nach der Jahrhundertwende mehrfach der Besitzer gewechselt hatte – unter anderem gehörte die Zeitung fast zwei Jahre (1. April 1911 bis 31. Dezember 1912) dem Verleger der konservativen »Leipziger Allgemeinen«, Paul Kürsten¹¹¹ –, erschien das »Leipziger Tageblatt« ab 1913 in einer GmbH, in der führende sächsische Nationalliberale entscheidenden Einfluß hatten.¹¹² Ab 1. April 1915 wurde das Blatt von der Kommanditgesellschaft »Dr. Reinhold & Co.« herausgegeben. Neben Peter Reinhold (persönlich haftender Gesellschafter) waren Robert Nitzschke (Geschäftsführer) und Johannes Junck¹¹³ (Kommanditist) an der Gründung beteiligt.¹¹⁴ Im Gesellschaftsvertrag schrieben sie fest, das »Leipziger Tageblatt« im »nationalen und liberalen Sinne« weiterzuführen.¹¹⁵

Das LT war eine Elitezeitung. Den Leserstamm bildeten Mittel- und Kleinunternehmer sowie Begüterte. Das Blatt wurde im wesentlichen im Gebiet der alten Stadt Leipzig gelesen. Zumindest bis zum Weltkrieg gelang es dem LT nicht, in den eingemeindeten Vororten ähnlich stark Fuß zu fassen wie im Stadtzentrum. Für eine

109 Julius Heiland: 40 Jahre Journalismus in Leipzig (I). In: Leipziger Vorschau 8(1931)10.

110 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 7.

111 Ebenda. S. 9ff. – Zur LAll siehe auch S. 48ff.

112 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 23ff.

113 Johannes Junck, geboren am 8. Oktober 1861, hatte sein Jurastudium in Leipzig 1884 mit einer Promotion abgeschlossen. Junck war Mitglied der Nationalliberalen Partei. 1899 wurde er Stadtverordnetenvorsteher und 1907 im Wahlkreis Leipzig in den Reichstag gewählt.

114 Siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 16308. Bl. 1.

115 Ebenda. Bl. 6.

nennenswerte Verbreitung außerhalb Leipzigs gibt es keine Indizien.¹¹⁶

Bis Ende 1921 erschien das LT zweimal täglich (früh und nachmittags), danach nur noch morgens.¹¹⁷ Das Blatt war in der Vorkriegszeit von den Informationsbedürfnissen seiner Leser geprägt: Ausführlich wurde über Politik, Wirtschaft und Börse berichtet.¹¹⁸

In den Diensten Peter Reinholds

Nach der Novemberrevolution wechselte das »Leipziger Tageblatt« – wie Reinhold, Nitzschke und Junck – von den Nationalliberalen zur Demokratischen Partei.¹¹⁹ LT-Verleger Peter Reinhold war aller-

116 Diese Angaben beruhen auf einer Analyse des Anzeigenteils vom 6.–12.10.1913 (Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 12f., 76 C). Daß die Ergebnisse durchaus zuverlässig sind, zeigt ein Vergleich mit anderen Autoren. Andreas Müller nannte als Leserkreis die »bourgeoise Hautevolee« (Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 101). Dem Blatt sei es bis 1914 nicht gelungen, in die Massen vorzudringen (S. 5). Steffen Reichert vermutete, daß das LT vor allem von »Wirtschaftskreisen« bezogen wurde (Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). a. a. O. S. 14, 110). Das LT selbst bezeichnete sich 1920 als »alteingesessenes Familienblatt der vornehmen Kreise« (S. 110).

117 Während morgens die Seitenzahl zwischen 8 und 16 schwankte, hatte das Abendblatt in der Regel vier Seiten: Bis zum Strich auf Seite 2 fand der Leser Politik-Informationen, darunter das Feuilleton. Auf Seite 3 standen über dem Roman vermischte Nachrichten (Lokales, Sport, Sachsen). Die letzte Seite war dem Handelsteil gewidmet.

118 In der von mir untersuchten Oktoberwoche 1913 (6.–12.10.) beanspruchten Wirtschafts- und Politikinformationen 46,8% des LT-Textteils. Die Vergleichszahlen für LAll (24,3%) und LAb (28,19%) täuschen noch über die tatsächlichen Verhältnisse, da die LT-Leser mehr als doppelt soviel Papier erhielten wie die Abonnenten der anderen beiden Blätter. 1920 (4.–10.10.) betrug der Wirtschaft/Politik-Anteil beim LT 58,05%. Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 17, 76 H, I, J.

119 In Sachsen traten viele Organisationen der Nationalliberalen zunächst fast geschlossen der DDP bei. Im Reich dagegen blieben diese Gruppen in der Minder-

dings eher Politiker als Zeitungsmann und ehrgeizig noch dazu. Er vertrat die DDP in der ersten sächsischen Volkskammer, wurde später Finanzminister auf Landes- und (allerdings erst nach seiner Zeit beim LT) Reichsebene. Als die DDP Anfang 1927 die Koalition im Reich verlassen hatte, hielt es die »Neue Leipziger Zeitung« immerhin für nötig, Reinhold zu ermahnen, den Schritt der Partei mitzugehen und nicht am Ministersessel zu kleben: »Wir kennen die Befähigung dieses Politikers genau, kennen aber auch seinen persönlichen Ehrgeiz.«¹²⁰

Welchen Anteil das »Leipziger Tageblatt« an der Karriere Reinholds hatte, läßt sich heute nicht mehr nachvollziehen. Der Verleger konnte allerdings im Gegensatz zu Konkurrenten jederzeit seine Meinung veröffentlichen (eine Möglichkeit, die er weidlich nutzte), das LT unterstützte ihn im Wahlkampf und druckte seine Volkskammer- und Parteiversammlungsreden – Vorteile, die nicht zu unterschätzen sind. Die Öffentlichkeit jedenfalls sah in der Meinung des Tageblatts die Meinung Reinholds, so daß der Verleger – um nicht dauernd entsprechende Angriffe abwehren zu müssen – sich nach seinem Eintritt in die sächsische Regierung zu erklären gezwungen sah, in seiner Amtszeit die Redaktion nicht zu beeinflussen.¹²¹ Für die These, daß Reinhold den Zeitungsverlag als Sprungbrett für eine Minister-Laufbahn verstand, spricht auch, daß er sich aus den Geschäften zurückzog, als er sich in der Politik etabliert hatte.¹²² Das Journalismusverständnis Reinholds haben wohl zwei seiner Hauptschriftleiter am treffendsten formuliert. »Die demokratische Presse hat in erster Linie Politik zu treiben«, sagte im Frühjahr 1920 Julius Witte, damals erster Mann der »Leipziger Zeitung« und ab September dann Tageblatt-Chef, auf einer Parteiversamm-

heit. Das Gros der Partei – vor allem der rechte Flügel – wechselte mit Stresemann in die DVP. Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 578.

120 G. M. (Georg Marguth): Das Nein der Demokraten. In: NLZ 6(1927). Nr. 27 vom 28. Januar.

121 N. N.: Finanzminister Reinhold und die Stellungnahme des Leipziger Tageblatts. In: LT 113(1920). Nr. 185 vom 23. April (M).

122 Siehe S. 65, 90f.

lung in Leipzig.¹²³ Und Wittes Vorgänger beim Tageblatt, Erich Everth¹²⁴, schrieb, daß die Presse öffentliche Meinung nicht nur widerspiegele, sondern zum guten Teil auch schaffe.¹²⁵

Politik treiben, öffentliche Meinung widerspiegeln und schaffen – für den Leser des Tageblatts mag das mitunter harte Arbeit gewesen sein, zumal die Redaktion (der Verleger?) die Bedeutung der Zeitung wohl überschätzte.

Politik treiben hieß für die LT-Redaktion: Was in den Kommentaren stand, bestimmte nicht in erster Linie der Blick auf die

123 Witte antwortete dabei auf Vorwürfe, die beiden demokratischen Blätter (LT und LZ) seien während des Kapp-Putsches nicht scharf genug nach rechts aufgetreten. – Siehe N. N.: Hauptversammlung der Demokratischen Partei Leipzigs. In: LT 113(1920). Nr. 167 vom 13. April (M).

124 Erich Everth (3.7.1878–22.6.1934) schloß sein Philosophie-Studium (Berlin, Leipzig) 1909 mit einer Promotion ab. Danach arbeitete er als Journalist (Korrespondent in London und Wien, Rheinisch-Westfälische Zeitung, Magdeburger Zeitung). 1911/12 war Everth Generalsekretär der Konservativen Partei. Der 1. Weltkrieg sah ihn zunächst an der Ostfront, später dann als Referenten in der Presseabteilung Warschau. Gewissermaßen nebenbei veröffentlichte Everth wissenschaftliche Arbeiten (vor allem auf dem Gebiet der Philosophie; 1915 erschien von ihm eine Kaiser- und Kriegsverherrlichungsschrift: »Von der Seele des Soldaten im Felde«; außerdem widmete er sich der Sprachpflege: »Conrad Ferdinand Meyer. Dichter und Persönlichkeit«). Nach dem Krieg war Everth zunächst Chefredakteur der Telegraphen-Union, arbeitete danach beim LT (Stellvertreter des Chefredakteurs, Berlin-Korrespondent) und bei der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«. Am 1. November 1926 wurde Everth Professor für Zeitungskunde in Leipzig und Direktor des gleichnamigen Instituts. Trotz eines Protestes des Dekans der Philosophischen Fakultät beharrte das sächsische Volksbildungsministerium darauf, dem Praktiker Everth die Nachfolge Karl Büchers anzutragen. Thomas Steingen hat geschrieben, daß Everth, als Publizist eher konservativer Untertan, an der Universität zu einem leidenschaftlichen Kämpfer für die Pressefreiheit geworden sei. Dies brachte ihm 1933 die vorfristige Emeritierung: Auf einem Kongreß bezeichnete er die Pressefreiheit als eine »eminent nationale Angelegenheit«, schließlich beuge das freie Wort – gewissermaßen als Ventil für die volkstümliche Erregung – Explosionen eher vor als das es diese herbeiführe. – Siehe Thomas Steingen: Auffassungen von Prof. Dr. Erich Everth zur gesellschaftlichen Rolle der Presse. Diplomarbeit. Universität Leipzig 1991; Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 1. Berlin 1931. S. 408.

125 E. E. (Erich Everth): Auch eine Warnung. In: LT 113(1920). Nr. 31 vom 20. Januar (M).

Abonnenten, die doch Klein- oder Mittelunternehmer in Leipzig waren und nicht einflußreiche Größen im Reich, sondern die Wirkung nach außen – auf die eigene Partei, deren Gegner und sogar das Ausland (!). So begründete die Redaktion ihre Zurückhaltung in der Frage der Kaiserauslieferung später damit, daß Ratschläge an die Adresse Hollands im Haag nur für Verstimmung gesorgt hätten.¹²⁶

Wenn der Leser aus diesem Grunde oft auch keine journalistische Wertung fand – informiert wurde er über die Ereignisse im Reich und in der Stadt gründlich. Ausführlich dokumentierte das Tageblatt Parlamentssitzungen, Reden von Ministern und Kommunalpolitikern sowie Verhandlungen mit dem Ausland. Das Meinungsspektrum wurde dabei keineswegs einseitig widergegeben. Im LT erschienen häufig – vor allem bei kommunalen Streitfragen wie Streiks oder Sozialisierungsplänen – Stellungnahmen aller beteiligten Seiten.

Die Ansichten der politischen Gegner der DDP entnahm die Redaktion jeweils der parteinahen Presse – bezeichnend für das Journalismusverständnis der Tageblatt-Macher. Im Gegenzug hieß das: Im LT stand nur, was sozusagen DDP-offiziell war, das Blatt war Verlautbarungsorgan der Partei. Leitartikel kamen meist von demokratischen Spitzenpolitikern und Abgeordneten (»Meinung schaffen«), innerparteiliche Diskussionen dagegen oder gar Kritik an den eigenen Leuten gelangten nicht in die Spalten der Zeitung. Das führte sogar soweit, daß die Leipziger Parteimitglieder 1920 zunächst nur in den »Leipziger Neuesten Nachrichten« lesen konnten, daß ihr Ortsvorsitzender aus Ärger über seinen Listenplatz für die Reichstagswahlen die Partei nicht nur verlassen, sondern ihr auch offen den Krieg erklärt hatte. Erst nach den Wahlen wurde der »Fall« dann auch im »Leipziger Tageblatt« erörtert.¹²⁷

126 N. N.: Holland verweigert die Auslieferung des Kaisers. In: LT 113(1920). Nr. 39 vom 24. Januar (M).

127 Am 25. Mai 1920, zwei Tage, nachdem Karl Georg Zöphel in den LNN seinen Rücktritt begründet hatte, veröffentlichte das LT kommentarlos zwei kurze Erklärungen (DDP Leipzig, Zöphel), aus denen lediglich der Anlaß hervorging: ein Streit um die Reichstagsliste (Nr. 236 vom 25. Mai (M)). Zöphel rief dann in den

Auf Stimmenverluste der DDP reagierte das LT mit Trotz. Schuld sei das uneinsichtige Volk, dem demokratischen Gedanken aber werde das nichts anhaben können, schrieb Erich Everth nach den Reichstagswahlen 1920.¹²⁸ Die Tageblatt-Redakteure glaubten, die »bessere« Einsicht zu besitzen, und versuchten folgerichtig, einen »neuen Menschen« zu erziehen.¹²⁹ Im Feuilleton beispielsweise wurde allen Ernstes vorgeschlagen, in »Amüsiertempeln« wie Operette oder Kino doppelt soviel Eintritt zu verlangen wie in »Kunsttempeln« (Oper, klassisches Schauspiel). Schließlich habe ein Kulturstaat die Aufgabe, die »wahre Kunst« zu fördern.¹³⁰

Nicht nur hier sprach das »Leipziger Tageblatt« nicht die Sprache der Massen. Im Blatt schrieben Fachleute, Professoren und Politiker, aber nur selten Journalisten. Eine für den Leipziger sicher ohnehin schon abwegige Frage wie die Ausbildung von Waldarbeitern beispielsweise wurde eben nicht von einem Redakteur – auf das Wissen der Leser zugeschnitten – erörtert, sondern von einem Oberförster.¹³¹ Der akademische Ton erschwerte die Verständlich-

LNN (6. Juni) dazu auf, nicht DDP zu wählen, das LT aber klärte seine Leser erst vier Tage nach der Wahl über die Hintergründe auf. In den Vormonaten seien einige Aufsätze Zöphels – bisher ständiger LT-Autor – nicht gedruckt worden, weil er »die Politik der eigenen Partei in einer ungewöhnlich absprechenden und überheblichen Form zu kritisieren suchte«. Da Zöphel so die Wahrheit erschwert habe, sei er nicht auf den ersten Listenplatz gekommen. Die verspätete Aufklärung entschuldigte Erich Everth damit, daß man der Parteileitung versprochen habe zu schweigen. (E. E. (Erich Everth): Der Partherpfeil. In: LT 113(1920). Nr. 264 vom 10. Juni (M)). Pikant – und für das Presseverständnis der LT-Verantwortlichen kennzeichnend – ist dabei, daß in der »Frankfurter Zeitung«, weit weg also, wo der Streit um die Leipziger Liste das Ergebnis nicht beeinflussen konnte, bereits eine Woche vor den Wahlen der »Fall Zöphel« ausführlich beleuchtet worden war – von einem LT-Redakteur! Siehe N. N.: Herr Dr. Zöphel. In: LT 113(1920). Nr. 272 vom 15. Juni (M)).

128 E. E. (Erich Everth): Die Sphinx. In: LT 113(1920). Nr. 261 vom 8. Juni. – Die DDP hatte bei den Wahlen Mitte 1920 im Wahlkreis Leipzig nur noch 50.500 Stimmen erhalten und zwei Drittel ihrer Wähler von 1919 (177.447) verloren.

129 Den Begriff »neuer Mensch« verwendete Erich Everth in seinem Leitartikel »Neujahr 1920«. Siehe LT 113(1920). Nr. 1 vom 1. Januar (M).

130 Hans Georg Richter: Das teure Theater. In: LT 113(1920). Nr. 120 vom 12. März (M).

131 Dr. Schröter: Universität oder Technische Hochschule für Forstleute. In:

keit und war neben der engen Bindung an die Demokratische Partei das Haupthindernis, um neue Leser zu gewinnen.

Zwei Blätter in einem Verlag:

»Leipziger Tageblatt« und »Leipziger Zeitung«

Ab 1. März 1920 gab der Tageblatt-Verlag auch die »Leipziger Zeitung« heraus. Beide Redaktionen vertraten zwar die gleiche politische Richtung (Unterstützung der DDP und vor allem Peter Reinholds, Zusammenarbeit des verfassungstreuen Bürgertums mit der gemäßigten Sozialdemokratie) und arbeiteten außerdem Hand in Hand (viele Meldungen und Anzeigen erschienen gleichzeitig in beiden Blättern, wenn auch manchmal mit anderer Überschrift und an anderer Stelle, beide hatten mit Hans Natonek¹³² sogar den glei-

LT 113(1920). Nr. 69 vom 11. Februar (M).

132 Hans Natonek (28.10.1892–23.10.1963) wuchs in einem jüdischen Elternhaus in Prag auf. Er studierte dann Philosophie (in Wien und Berlin). Schon vor dem Weltkrieg begann Natonek, für Zeitungen zu schreiben (u. a. »Die Aktion«). Von 1916 bis 1918 erschien in der »Weltbühne« Siegfried Jacobsohns sein »Tagebuch der Verzweiflung« – eine schreiende Anklage gegen den Krieg. Ein Drittel des Manuskripts soll dabei bereits der Vorzensur zum Opfer gefallen sein. Das, was veröffentlicht wurde, brachte Natonek eine Verwarnung des Leipziger Polizeipräsidiums ein. Nach dem Krieg leitete er zunächst das Feuilleton der »Leipziger Zeitung« und übernahm im Oktober 1920 zusätzlich die gleiche Funktion beim »Leipziger Tageblatt«. Nach der Vereinigung von »Leipziger Zeitung« und »Leipziger Allgemeiner« zur »Neuen Leipziger Zeitung« blieb Natonek zunächst beim Tageblatt, wechselte dann aber als Feuilleton-Chef zur NLZ. In dieser Position förderte er unter anderem Bruno Apitz, Erich Kästner (den er sogar zeitweise in die Redaktion holte) und Lene Voigt. Natonek sah sich aber keineswegs nur als Feuilletonist, Kritiker und Literaturförderer, sondern auch als Schriftsteller. So veröffentlichte er mehrere Romane (u. a. Geld regiert die Welt oder die Abenteuer des Gewissens. Berlin 1930; Der Schlehmil. Amsterdam 1932) und Dramen (Der Harlekin; Der gute Mensch). Bei diesem Pensum verwundert es nicht, daß ein Kritiker ihm vorwarf, nicht immer der Gefahr des »Nebel-Fuilletons« – zu deutsch: der nichtssagenden Vielschreiberei – entgangen zu sein. Sein Freund Joseph Roth schalt ihn sogar einen Besserwisser. Natonek deute und erkläre zuviel und versalze so die Suppe (Schütte. S. 365). Dennoch war Hans Natonek ohne Zweifel einer der herausragenden Leipziger Journalisten der Weimarer

chen Feuilleton-Redakteur), aber dennoch waren LT und LZ jeweils auf die Bedürfnisse ihrer Leser zugeschnitten. Das »Leipziger Tageblatt« wandte sich dabei an eine gewisse Elite, die »Leipziger Zeitung« eher an den »kleinen Mann«. Die unterschiedlichen Leseerwartungen wirkten sich vor allem auf Themenauswahl und -gewichtung, in Einzelfällen aber auch auf die Wertungen aus.

Der Tageblatt-Sportteil war eine zurechtgestutzte Variante der ausführlichen Berichterstattung in der »Leipziger Zeitung« (obwohl das Impressum jeweils einen eigenen Sportredakteur auswies¹³³). Dafür vernachlässigte die LZ den Handelsteil. Kleine Lokalnachrichten wie die Polizeistatistik, Unglücksfälle und Jubiläen standen gleichlautend in beiden Zeitungen. Dagegen unterschied sich der Politikteil beträchtlich. LZ und LT brachten eigene Leitartikel, und auch die meisten Nachrichten unterschieden sich. Wo das Tageblatt ausführlich dokumentierte, brachte die »Leipziger Zeitung« oft nur eine Zusammenfassung. Einer Etat-Rede Reinholds im Juni 1920 beispielsweise widmete das LT die ganze Seite 2, in der LZ erschien der Redebericht erst auf Seite 6, zusammengestrichen auf eine Spalte.¹³⁴

Zeit. Wortgewaltig verteidigte er die demokratischen Grundrechte, vor allem die Freiheit der Kunst. Hervorzuheben sind dabei seine Theaterkritiken, die sich noch heute mit Gewinn lesen lassen. 1931 wurde er mit dem Goethe-Preis der Stadt Leipzig ausgezeichnet. Am 1. April 1933 mußte der Jude Natonek seinen Schreibtisch räumen – ohne daß seine langjährigen Mitarbeiter (und Mitkämpfer!) protestierten. Natonek emigrierte nach Prag und arbeitete unter anderem für die Baseler »National-Zeitung« und die »Neue Züricher Zeitung«. 1938 ging er zunächst nach Frankreich (Beiträge für das »Prager Tageblatt« und die »Prager Presse«), 1941 dann in die USA, wo er bis zu seinem Tod blieb. – Siehe Hans Natonek: *Straße des Verrats*. Hrsg. von Wolfgang U. Schütte. Berlin 1982; Hans Reimann: *Mein blaues Wunder*. München 1959. S. 166ff.; Herbert A. Strauss, Werner Röder: *International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933–1945. The Arts, Sciences and Literature. Volume II. Part 2. L–Z*. Munich, New York, London, Paris 1983. S. 847; Nachrichten in: ZV 20(1919)3; DP 21(1931)15.

133 LT: Ernst Schober, LZ: Karl Borth.

134 Dr. Reinholds Rede zum Etat. In: LT 113(1920). Nr. 284 vom 22. Juni (M); N. N.: Die sächsische Regierung führt die Geschäfte bis zu den Neuwahlen. In: LZ 271(1920). Nr. 142 vom 22. Juni. – Ein ähnliches Beispiel sei noch angeführt: Das LT berichtete im August 1920 über Äußerungen Reinholds zur Leipzi-

Noch deutlicher wird der Bezug zum jeweiligen Leserkreis vielleicht bei einem anderen Beispiel. Als 1920 die Leipziger Herbstmesse in zwei Etappen ausgetragen wurde (Technische und Mustermesse), fand der Tageblatt-Leser – ja von Hause aus Wirtschaftsfachmann – eine ausführliche Diskussion über Vor- und Nachteile dieser Regelung. Interessenverbände kamen zu Wort, die Redaktion kritisierte sowohl in Leitartikeln als auch im Handelsteil die Verantwortlichen.¹³⁵ Die »Leipziger Zeitung« dagegen, deren Bezieher (kleine Angestellte und Beamte, Arbeiter) die Messe wohl eher aus der Position des Neugierigen verfolgten, berichtete über den Streit wesentlich weniger und nur an untergeordneter Stelle. Die Redaktion nahm dabei nicht selbst Stellung, sondern gab nur die Meinungen von Meßamt und Ausstellern wieder. Ein kritischer Messerückblick erschien zwar, aber zwei Tage später als im Tageblatt.¹³⁶ Dagegen berichtete die »Leipziger Zeitung« ausführlich über das Verkehrschaos während der Messe und den Reklame-Umzug – Themen, die erstens ihre Leser interessiert und zweitens den Eindruck der auswärtigen Besucher, von deren Kommen die Existenz vieler Leipziger abhing, mitbestimmt haben dürften.¹³⁷

ger Messe groß auf Seite 1, die LZ dagegen druckte eine gekürzte Variante auf Seite 6. Siehe N. N.: Der sächsische Finanzminister über die Leipziger Messe. In: LT 113(1920). Nr. 382 vom 18. August (M); N. N.: Finanzminister Reinhold über die Technische Messe. In: LZ 271(1920). Nr. 191 vom 18. August.

- 135 Siehe u. a. Dr. Fl. (Paul Flatau): Die Technische Messe – eine Enttäuschung. In: LT 113(1920). Nr. 385 vom 19. August (A); N. N.: Gegen die Zweiteilung der Messe. Ebenda. Nr. 386 vom 20. August (M); N. N.: Technische Messe. Ebenda; N. N.: Die Zweiteilung der Messe. Ebenda. Nr. 388 vom 21. August (M); W. S. (Walther Schindler): Betrachtungen zur Technischen Messe. Ebenda. Nr. 389 vom 22. August (S); N. N.: Gegen die Zersplitterung der Messe. Ebenda. Nr. 406 vom 1. September (M); N. N.: Ausstellerprotest und Meßamt. Ebenda. Nr. 410 vom 3. September (M); N. N.: Ausstellerprotest und Meßamt. Ebenda. Nr. 412 vom 4. September (M); N. N.: Ausstellerprotest und Meßamt. Ebenda. Nr. 414 vom 6. September (M).
- 136 N. N.: Gegen die Trennung der Messe. In: LZ 271(1920). Nr. 193 vom 20. August; R. Helbing: Rückblick auf die Technische Messe. Ebenda. Nr. 194 vom 21./22. August; N. N.: Meßaussteller gegen Meßamt. Ebenda. Nr. 205 vom 3. September.
- 137 E. W. (Emil Wasser): Leipziger Glossen. In: LZ 271(1920). Nr. 194 vom 21./22. August; N. N.: Was die Messebesucher sagen. Ebenda. Nr. 197 vom

Der Blick auf den jeweiligen Leserkreis konnte sogar dazu führen, daß LT und LZ unterschiedliche, ja entgegengesetzte Positionen vertraten, obwohl beide doch im gleichen Verlag erschienen und erklärtermaßen der demokratischen Sache dienten. Dies soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden. Das »Leipziger Tageblatt« lehnte es ab, den 1. Mai zum Feiertag zu erklären. Da dieser Tag nur von einem Teil des Volkes begangen werde, könne er unmöglich Nationalfeiertag sein.¹³⁸ Abgesehen von der Übereinstimmung mit der DDP dürfte das Tageblatt damit auch auf einer Linie mit den Leipziger Klein- und Mittelunternehmern gelegen haben, denen ein weiterer Feiertag Verluste gebracht hätte. Die »Leipziger Zeitung« dagegen, die auch in Arbeiterkreisen gelesen wurde, war anderer Meinung: »Die meisten Forderungen, die dem Tag eine besondere Weihe geben, sind sittliche, die durchaus nicht Eigentum des Sozialismus sind.«¹³⁹

Daß dies nicht einfach als normale Meinungsverschiedenheit abgetan werden kann, zeigt das zweite Beispiel. Kurz nach Beginn des Straßenbahnerstreiks im September 1920 wurden im Reinhold-Verlag die Stühle gerückt: Lokalredakteur Emil Wasser und Hauptschriftleiter Witte wechselten von der »Leipziger Zeitung« zum »Leipziger Tageblatt«, dessen Kommunalpolitiker Hans Walther Gerlach wiederum übernahm die Leitung der »Leipziger Zeitung«.¹⁴⁰ Während Wasser in der »Leipziger Zeitung« die Forderungen der Straßenbahner unterstützt und vermutet hatte, daß die Leipziger den Streik billigen würden¹⁴¹, drängte er nach seinem Wechsel im Tageblatt nicht nur sofort auf ein Ende des Ausstands,¹⁴² sondern veröffentlichte auch Zuschriften, in denen die

25. August.

138 N. N.: Zur Maifeier. In: LT 113(1920). Nr. 196 vom 29. April (A).

139 W. (Julius Witte): Um den 1. Mai. In: LZ 271(1920). Nr. 99/100 vom 30. April/2. Mai.

140 LT-Hauptschriftleiter Erich Everth übernahm die Leitung der Berliner LT-Redaktion. Siehe N. N.: An unsere Leser. In: LZ 271(1920). Nr. 207 vom 6. September; LT 113(1920). Nr. 415 vom 6. September (A).

141 E. W. (Emil Wasser): Streik der Straßenbahner. In: LZ 271(1920). Nr. 205 vom 3. September.

142 Siehe u. a. E. W. (Emil Wasser): Zum Streik der Straßenbahner. In:

Streikenden beleidigt wurden.¹⁴³ Gerlach hingegen, gerade noch beim Tageblatt, in dem der Streik abgelehnt wurde, entdeckte nun als Chef der »Leipziger Zeitung« seine Sympathie für die Straßenbahner.¹⁴⁴ Die »Leipziger Allgemeine«, Konkurrentin der beiden demokratischen Blätter, sprach daraufhin von einem Jongleurkunststück Gerlachs. Die »Leipziger Zeitung« denke aber ohnehin nur ans Geschäft, kein Wunder also, daß sie den Streik nicht verurteile, schließlich habe sie in Straßenbahnerkreisen einige Abonnenten.¹⁴⁵

2. Die Leipziger Verlagsdruckerei

2.1 Gründung als Ullstein-Tochter

Am 5. Mai 1921 gingen die beiden Reinhold-Zeitungen in den Besitz der Leipziger Verlagsdruckerei GmbH (LVD) über. »Leipziger Tageblatt«, »Leipziger Zeitung« und »Leipziger Allgemeine« erschienen nun im gleichen Verlag. Daß dies bereits bei der Gründung der Leipziger Verlagsdruckerei geplant war, zeigt ein Blick in den Gesellschaftsvertrag vom 21. Februar 1921. Gegenstand der Firma sollte nicht nur die Weiterführung der »Leipziger Allgemeinen«, sondern auch der »pacht- oder kaufweise Erwerb ähnlicher Unternehmen« sein.¹⁴⁶

LT 113(1920). Nr. 416 vom 7. September (M); N. N.: Der Straßenbahnerstreik. Ebenda. Nr. 427 vom 13. September (A).

143 In einem Leserbrief wurde behauptet, daß eine Urabstimmung unkorrekt verlaufen sei. Die Streikleitung hätte so gegen den Willen der Mehrheit die Fortsetzung des Streiks durchgedrückt. Siehe N. N.: Zum Straßenbahnerstreik. Die Abstimmung über die Fortsetzung des Streiks. In: LT 113(1920). Nr. 428 vom 14. September (M). – Darüber noch hinausgehende Vorwürfe erhob die Direktion der Straßenbahn in einer Zuschrift an das LT. Siehe N. N.: Zum Straßenbahnerstreik. Ebenda. Nr. 430 vom 15. September (M).

144 Hans Walther Gerlach: Sitzung der Stadtverordneten. In: LZ 271(1920). Nr. 210 vom 9. September.

145 N. N.: Geschäftspolitik. LAll 70(1920). Nr. 248 vom 10. September.

146 Gesellschaftsvertrag der LVD vom 21.2.1921. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 4.

Das Gros der Anteile hielt die Ullstein AG, die beiden Verleger Peter Reinhold (»Leipziger Tageblatt«, »Leipziger Zeitung«) und Paul Kürsten (»Leipziger Allgemeine«) wurden Teilhaber. Während aber Reinhold 15 Prozent des Stammkapitals gehörten, und er sich außerdem das Recht sicherte, bei jeder Erhöhung auf diesen Prozentsatz mitzugehen, lag der Anteil Kürstens nur bei knapp anderthalb Prozent.¹⁴⁷

Trotz der Minderheitsanteile von Reinhold und Kürsten war die Leipziger Verlagsdruckerei (LVD) in dieser Phase kein eigenständiges Unternehmen, sondern ein Glied des Ullstein-Konzerns. Laut LVD-Satzung regelten Vorstand und Aufsichtsrat der Ullstein AG all das, was sonst die Gesellschafterversammlung einer GmbH zu entscheiden hat. Außerdem wurde in Berlin der Geschäftsführer bestellt, der wiederum für das Personal zuständig war.¹⁴⁸

Das Ullstein-Modell: Massenblatt und Qualitätszeitung

Über die Ziele Ullsteins in Leipzig hatte die »Freie Presse«¹⁴⁹ bereits im Mai 1921 spekuliert: Ausbau der »Leipziger Allgemeinen« im Stil der »Berliner Morgenpost«, das traditionsreiche Tageblatt dagegen sozusagen als »Vossische Zeitung für Mitteldeutschland«.¹⁵⁰ Ullstein übertraf die Erwartungen des sozialdemokratischen Blattes noch. Die »Allgemeine« wurde nicht einfach ausgebaut, sondern am 20. September 1921 mit der »Leipziger Zei-

147 In den Satzungen, die am 27. Oktober 1921 auf der Gesellschafterversammlung beschlossen wurden, wird das Stammkapital auf 3 Millionen Mark beziffert. Die Ullstein AG hielt 2,51 Millionen, Reinhold 450.000 und Kürsten 40.000 Mark (§ 3). Reinholds Recht auf die 15 Prozent ist in § 13 verankert. Siehe Protokoll der Gesellschafterversammlung. Ebenda. Bl. 22ff.

148 Siehe Satzung der LVD vom 27.10.1921. §§ 4, 5, 7c, 10. Ebenda.

149 Die »Freie Presse« war am 1. Juli 1917 nach der Spaltung der SPD gegründet worden. Sie vertrat die Interessen der Leipziger Mehrheitssozialdemokraten. Da in der Stadt die unabhängige Richtung stärker war, wurde das Blatt nach der Wiedervereinigung im September 1922 eingestellt. Siehe Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden 1914 bis 1918/19. Leipzig 1990. S. 30.

150 Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Bd. 43. Bl 2 enthält einen entsprechenden Ausschnitt aus der »Freien Presse« vom 14. Mai 1921.

tung« zur »Neuen Leipziger Zeitung« vereinigt. Die Startauflage des neuen Blattes lag mit 100.000 Exemplaren doppelt so hoch wie die Auflage von LZ und LAll zusammengenommen.¹⁵¹

Ein Massenblatt (»Neue Leipziger«) und eine Qualitätszeitung (Tageblatt) – dies lief auf eine Kopie des Berliner Ullstein-Modells hinaus. In der Hauptstadt gab der Verlag mit der Morgenpost und der »Berliner Allgemeinen« zwei Zeitungen heraus, die durch hohe Auflage und ausgedehnten Anzeigenmarkt einen Großteil des Verlagsgewinns erwirtschafteten. Bei der »Vossischen Zeitung« hingegen traten die geschäftlichen Interessen hinter das politische Ziel zurück.¹⁵² Das Blatt verfügte über einen umfangreichen Nachrichtenteil, einen Stab erstklassiger – und sicher gut bezahlter – Mitarbeiter, die Auflage erreichte jedoch nie mehr als 75.000 Exemplare. Hermann Ullstein¹⁵³ zufolge machte das Flaggschiff des Verlages

151 Siehe Schreiben von LAll und LZ an den Rat der Stadt jeweils vom 17.9.1921. In: Stadtarchiv Leipzig, Kap. 74, Nr. 58, Blatt 1f.

152 Fünfzig Jahre Ullstein. Berlin 1927. S. 265.

153 Hermann Ullstein (6.7.1875–23.11.1943) war der jüngste der fünf Söhne des legendären Verlagsgründers Leopold Ullstein. Eine Verlagslaufbahn war damit zwar vorgezeichnet, aber bevor Hermann 1902 als Teilhaber in das inzwischen von seinem ältesten Bruder Franz geleitete Geschäft einstieg, lernte er in einem Getreidewelthaus und vertiefte seine kaufmännischen Kenntnisse bei ausgedehnten Praktikumsreisen nach Rußland. Im Verlag widmete er sich zunächst der »Berliner Illustrierten Zeitung«, später dann dem gesamten Zeitschriftenbereich. Auf seine Anregungen hin entstanden »Dame«, »Uhu« und die weltberühmten Ullstein-Schnittmuster. Hermann Ullstein war aber keineswegs ein unpolitischer Kopf – im Gegenteil. Nach dem Weltkrieg hatte er sich an der Gründung der demokratischen Partei beteiligt. So verwundert es nicht, daß er mit seiner Rolle im Verlag (ab 1921: stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes) nicht zufrieden war. Dort kam es auch bald zu Unstimmigkeiten. Gestritten wurde nicht nur über die nachrückende dritte Generation, sondern auch über die politische Ausrichtung der Druckerzeugnisse. Als Hermanns Forderungen nach einem betont antifaschistischen Kurs keinen Widerhall fanden, ging er nach Leipzig, um mit der »Neuen Leipziger Zeitung« gegen Hitler kämpfen und endlich seiner Leidenschaft, der Politik, frönen zu können. Hermann Ullstein versuchte, eine publizistische Front gegen den drohenden Faschismus zu schaffen, hatte deswegen unter anderem längere Zeit Kontakt mit dem »Generalanzeiger-König« Wolfgang Huck. Doch alle Bemühungen verliefen letztlich im Sand, da die Verleger, mit denen er verhandelte (wie bereits die führenden Köpfe der Ullstein AG), davor

zwischen 1914 und 1933 Verluste von 30 Millionen Goldmark,¹⁵⁴ eine Summe, die in den anderen Bereichen erarbeitet werden mußte.

Ullstein gibt auf

Obwohl die Ullstein AG in Leipzig keineswegs mit Geld sparte, scheiterte der Verlag hier. Weder auf dem Anzeigenmarkt noch hinsichtlich der Auflage gelang es der »Neuen Leipziger Zeitung« (NLZ), die »Leipziger Neuesten Nachrichten« zu erreichen, und der Versuch, das »Leipziger Tageblatt« zum demokratischen Meinungsführer Mitteldeutschlands auszubauen, endete spätestens 1925, als die Zeitung – zumindest nominell – in der NLZ aufging. Ullstein hatte sich bereits im Frühjahr 1922 teilweise aus Leipzig zurückgezogen und im Januar 1923 seine letzten Anteile an der Leipziger Verlagsdruckerei abgegeben.

Über seinen Leipziger Fehlschlag hüllte der Berliner Verlag den Mantel des Schweigens. In der Jubiläumsschrift »50 Jahre Ullstein« – herausgegeben 1927, also nur sechs Jahre nach dem Kauf von LAll, LZ und LT – wurden die Leipziger Blätter mit keinem Wort erwähnt. Im Gegenteil, folgt man dieser Publikation, dann hatte sich das Unternehmen nach dem Weltkrieg im Bereich Zeitungen ausschließlich darauf konzentriert, einen eigenen Nachrichtendienst aufzubauen.¹⁵⁵ Das Thema »Ullstein in Leipzig« spielte auch in an-

zurückschreckten, breite Leserschichten (Hitler-Wähler!) zu verprellen und damit möglicherweise die Existenz ihrer Blätter zu gefährden. Hermann Ullstein emigrierte 1939 in die USA, wo er im November 1943 starb. Siehe Hermann Ullstein: *The rise and fall of the house of Ullstein*. London o. J.; *Fünzig Jahre Ullstein*. Berlin 1927; *Hundert Jahre Ullstein 1877–1977*. Bd. 1. Frankfurt am Main, Berlin 1977; Herbert A. Strauss, Werner Röder: *International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933–1945*. The Arts, Sciences and Literature. Volume II. Part 2. L–Z. Munich, New York, London, Paris 1983. S. 775; *Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft*. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 2. Berlin 1931. S. 1932.

154 *The rise and fall of the house of Ullstein*. London o. J. S. 107.

155 *Fünzig Jahre Ullstein*. Berlin 1927. S. 122ff.

deren Veröffentlichungen des Verlages keine Rolle,¹⁵⁶ entgegen dem erklärten Grundsatz des Hauses, daß es »in Unternehmen, die selbst der Publizität dienen, nichts zu verbergen gibt und nichts zu verbergen geben darf«¹⁵⁷. Erst im zweiten großen Erinnerungswerk zum hundertsten Ullstein-Geburtstag finden sich wenige Zeilen über die Versuche, zu Beginn der 20er Jahre auch außerhalb Berlins Fuß zu fassen. Aus Verlagsbeteiligungen in Halle, Leipzig, Prag und Danzig habe man sich jedoch bald wieder zurückgezogen.¹⁵⁸

Etwas mehr als einen Nebensatz scheint dieses Kapitel aber wert zu sein. Glaubt man den Leipziger sozialdemokratischen Blättern, hatte Ullstein allein für die beiden Reinhold-Zeitungen (LZ und LT) und die dazugehörenden Immobilien acht Millionen Mark bezahlt¹⁵⁹ – exakt die gleiche Summe, die der Verlag 1913 für die »Vossische Zeitung« ausgegeben haben soll.¹⁶⁰ Nun konnte man natürlich Anfang 1921 mit acht Millionen Mark nicht mehr soviel anfangen wie noch 1913. Wenn aber Hermann Ullstein schrieb, daß der Verlag mit dem Kauf der »Tante Voß« ein existentielles Risiko eingegangen war, so hatte er sicher auch die Leipziger Blätter nicht aus der Portokasse bezahlen können, zumal sich der genannte Preis ja nur auf LT und LZ bezog. Mit dem Erwerb der Blätter war es zudem nicht getan. Ullstein startete eine aufwendige – und damit teure – Einführungskampagne. Wochen bevor »Leipziger Allgemeine« und »Leipziger Zeitung« vereinigt wurden, warben in der Stadt Aufsteller: »Die Kleine kommt« – die billige Kleinanzeige in der »Neuen Leipziger«. Das neue Blatt wurde nicht nur mit großer Startauflage auf den Markt gebracht, es unterbot auch Anzeigen- und Abopreise seiner Vorgänger.¹⁶¹ In der Branche übliche Preisab-

156 Ullstein-Berichte; Der Verlag Ullstein zum Weltreklamekongreß. Berlin 1929; Ullstein-Dienst. – Selbst Hermann Ullstein erwähnt die Expansionsbemühungen des Verlages Anfang der 20er Jahre nicht: *The rise and fall of the house of Ullstein*. London o. J.

157 Der Verlag Ullstein zum Weltreklamekongreß. Berlin 1929. Vorwort.

158 Hundert Jahre Ullstein 1877–1977. Frankfurt/Main, Berlin 1977. Bd. 1. S. 154.

159 Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 43. Bd. 2. Bl. 2 enthält entsprechende Meldungen aus LVZ und »Freier Presse« jeweils vom 13. Mai 1921.

160 Hermann Ullstein: *The rise and fall of the house of Ullstein*. London o. J. S. 102.

161 Die NLZ kostete zunächst 4,30 Mark im Monat. Die LZ- und LAll-Abonnenten

sprachen wurden umgangen. In einer Zeit, in der das deutsche Zeitungswesen mit den hohen Rohstoffpreisen (Papier!) und der geringen Kaufkraft¹⁶² zu kämpfen hatte, verteilte die Leipziger Verlagsdruckerei Freixemplare von LT und NLZ. Das Organ des Zeitungs-Verlegerverbandes bedauerte dieses Vorgehen immerhin als »das gesamte Zeitungswesen schwer schädigendes Konkurrenzverhalten«.¹⁶³

Der Ullstein-Verlag gab jedoch in Leipzig bald wieder auf. Am 17. Mai 1922 wurden Minderheits-Anteile der Filiale an den Verlag Heinrich Mercy Sohn in Prag¹⁶⁴ verkauft, der dort unter anderem das »Prager Tageblatt« herausgab.¹⁶⁵ Kurz darauf – im September 1922 – trat Peter Reinhold seine Anteile ab.¹⁶⁶ Die Ullstein AG

hatten noch sechs Mark bezahlt. Der Anzeigenpreis wurde nun nach der Wortzahl berechnet. Während die LAll für eine 32mm-Kleinschriftzeile (höchstens drei Worte) zwei Mark verlangt hatte (LZ: 1,75), zahlte der NLZ-Kunde 50 Pf pro Wort, wobei die weit höhere NLZ-Auflage nicht zu vergessen ist. Die LNN-Preise zum Vergleich: Monatsabo acht Mark, Anzeigenzeile 2,50 Mark.

- 162 Franz Sielemann hat die verringerte Kaufkraft des bürgerlichen Mittelstandes als Verhängnis für die Lokalzeitungen bezeichnet. Die Kaufmannschaft habe häufig auf ein lokales Zweitblatt verzichtet, da sie eher auf die Wirtschaftsinformationen der großen Blätter angewiesen gewesen sei. Sielemann bezifferte den Rückgang der Abonnentenzahl auf 25 Prozent, den Annoncenverlust sogar auf 50 Prozent im Vergleich zu 1914: Konzentrationsbewegungen im Zeitungsgewerbe. Münster 1927. S. 62f.
- 163 N. N.: Die Bezugs- und Anzeigenpreise. In: ZV 22(1921)48.
- 164 Der Buchhändler Heinrich Mercy (26.9.1826–26.8.1912) kam 1852 nach Prag, gründete schon zwei Jahre später ein erstes Blatt (den »Mercyschen Anzeiger«) und baute in der Folgezeit seinen Betrieb immer weiter aus. Ab 1877 gab Mercy, der mehrmals in den böhmischen Landtag gewählt wurde, das »Prager Tageblatt« heraus. Den Aufstieg zur führenden deutschsprachigen Zeitung der Region verdankte das Blatt aber in erster Linie dem Sohn des Gründers. Wilhelm Mercy (um 1866–6.9.1914), zunächst Musikkritiker des »Prager Tageblatts«, übernahm 1897 den väterlichen Betrieb und modernisierte die Zeitung. Siehe Elisabeth Lebensanft: Heinrich Mercy. In: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950. 28. Lieferung. Wien 1974. S. 227.
- 165 Nachricht in: NLZ 2(1922). Nr. 136 vom 18. Mai.
- 166 Protokoll der LVD-Gesellschafterversammlung vom 22.1.1923. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 54f.

hielt nun 1,705 Millionen, Mercy 1,255 Millionen und Paul Kürsten 40.000 Mark.¹⁶⁷

2.2 Ein neuer Eigentümer

Der gesamte Ullstein-Anteil ging Ende 1922 an den Berliner Rechtsanwalt Richard Otto Frankfurter.¹⁶⁸ Frankfurter¹⁶⁹ wurde neben Kurt Jahn¹⁷⁰ und Richard Katz¹⁷¹ Geschäftsführer der Leipziger Ver-

167 Notar-Schreiben vom 12.10.1922. Ebenda. Bl. 39.

168 Protokoll der LVD-Gesellschafterversammlung vom 22.1.1923. Ebenda. Bl. 54f. Siehe auch Schreiben der LVD an das Amtsgericht vom 9.2.1923 und 14.2.1923. Ebenda. Bl. 49, 51.

169 Richard Otto Frankfurter (12.12.1873–2.2.1953) war einer der gesuchtesten Berliner Anwälte, daneben Theaterkritiker und belletristischer Schriftsteller. Frankfurter gehörte 1918 zu den Mitbegründern der DDP. Er war im geschäftsführenden provisorischen Ausschuß vertreten und wurde auf dem 1. Parteitag 3. Stellvertreter des Vorsitzenden. Später leitete Frankfurter den Organisationsausschuß der Partei, verlor aber 1929 diese Funktion. Von Februar bis Mai 1928 vertrat er die DDP im Reichstag. Richard Frankfurter zählte zum linken Parteiflügel. Er trat für die bürgerlichen Grundrechte sowie für eine soziale und demokratische Gesellschaft ein. Ab Ende 1922 bis zur Machtergreifung durch die Nazis gehörten ihm – zumindest formell – die Mehrheitsanteile der LVD. Nachdem ihm von den Nazis das Notariat entzogen worden war (Frankfurter war Jude), gab er Ende 1933 seine Anwaltspraxis auf und emigrierte über Paris in die Schweiz. 1939 ging er dann nach Südamerika, 1941 nahm er die Staatsbürgerschaft Uruguays an. In Buenos Aires erschien 1949 sein Buch »Der Eid des Hippokrates«. Frankfurter starb 1953 in Montevideo. – Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 579, 588ff.; M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von Martin Schumacher. Düsseldorf 1991. S. 223; Werner Röder, Herbert A. Strauss: Biografisches Handbuch zur deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. I. München, New York, London, Paris 1980. S. 190.

170 Die Geschichte der »Neuen Leipziger Zeitung« ist eng mit dem Namen Kurt Jahn verknüpft. Mit dem Ausscheiden Ullsteins übernahm er die Leitung der Verlagsgeschäfte und behielt diese bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Ein Gestapo-Bericht vermutete 1934, daß Jahn in der Weimarer Zeit »linksdemokratisch« gewesen sei, dies ergebe sich schon aus der Haltung der NLZ. Der berufliche

lagsdruckerei, war aber im Gegensatz zu den beiden anderen alleinvertretungsberechtigt.

Richard Otto Frankfurter blieb nur bis 1924 Geschäftsführer, stand aber bis zur Auflösung der Leipziger Verlagsdruckerei GmbH im Januar 1933 als Hauptanteilseigner im Handelsregister.¹⁷² Vieles

Werdegang des Verlagsdirektors läßt einen solchen Schluß aber bezweifeln. Jahn begann seine Laufbahn als Angestellter bei der deutschnationalen (und antisemitischen) »Leipziger Allgemeinen Zeitung«. Er blieb, als dieses Blatt an den jüdischen Ullstein-Verlag ging, blieb auch, als die antifaschistische »Neue Leipziger Zeitung« nach 1933 gleichgeschaltet wurde, und beantragte schließlich nach 1945 – Leipzig gehörte zur sowjetischen Besatzungszone! – ein neues Blatt herausgeben zu können (Diese Information verdanke ich Christiane Deuse, die ein entsprechendes Schreiben Jahns bei ihren Recherchen zur »Leipziger Zeitung« fand. Die Leitung des Leipziger Stadtarchivs war leider der Meinung, daß die betreffende Akte nichts mit meinem Untersuchungszeitraum zu tun habe, und verweigerte mir die Einsichtnahme. Deshalb muß ich den bibliographischen Verweis schuldig bleiben.) Es dürfte daher wahrscheinlicher sein, daß Jahn der Mann für das Geschäftliche war, auf die Redaktion aber keinen Einfluß hatte. – Siehe Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. S. 24f. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig P Nr. 647. Bl. 41f.; Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. B 70 (2 Bände), B 786 (3 Bände); Nachricht in: ZV 22(1921)1.

- 171 Der gebürtige Prager Richard Katz (21.10.1888–8.11.1968) war nur kurze Zeit LVD-Geschäftsführer. Am 26.8.1922 wurde ihm Prokura erteilt. Zwei Jahre später, im Oktober 1924, schied er jedoch wieder aus der Firma aus. Katz stand in der Weimarer Zeit in den Diensten des Ullstein-Verlages. Bevor er nach Leipzig kam, war Katz Prager Mitarbeiter des Ullstein-Nachrichtendienstes. Von 1927 bis 1933 leitete er dann das Sonntagsblatt »Die grüne Post«. Nach der Machtergreifung emigrierte Katz zunächst nach Prag und arbeitete dort in der Redaktion des »Prager Tageblatts« (Mercy-Verlag). 1939 ging er nach Südamerika, kehrte aber noch während des Krieges nach Europa zurück. Katz lebte nun in der Schweiz, wo er 1968 starb. – Siehe Herbert A. Strauss, Werner Röder: International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933–1945. The Arts, Sciences and Literature. Volume II. Part 1. A–K. Munich, New York, London, Paris 1983. S. 602; Fünfzig Jahre Ullstein. Berlin 1927. S. 132; Schreiben der LVD an das Leipziger Amtsgericht vom 26.8.1922 und 20.10.1924. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 29, 77.
- 172 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. – Die GmbH wurde am 26.1.1933 aufgelöst (Ebenda. Bl. 126f.). Das

spricht jedoch dafür, daß der Berliner Rechtsanwalt lediglich als Strohmann diente. Das Unternehmen dürfte bis Anfang der 30er Jahre (abgesehen von den knapp anderthalb Prozent Kürsten-Anteil) dem Hause Mercy gehört haben.

Die Ehe Ullstein-Mercy

Der Prager Verlag war eng mit Ullstein verbunden. Das »Prager Tageblatt«, führende Zeitung der deutschen Minderheit in Böhmen, hatte bereits während des Ersten Weltkriegs Nachrichten und Frontberichte aus Berlin gekauft. Was der deutsche Zeitungskonzern zunächst eher als »Liebesdienst« ansah, erwies sich später als Grundstein für den Ullstein-Nachrichtendienst. In der Inflationszeit wurde es für alle Verleger nahezu unmöglich, Auslandskorrespondenten zu halten. Löhne, Büromieten und Telefonrechnungen mußten in Valuta bezahlt werden, der Zeitungsverkauf hingegen brachte nur wertlose deutsche Pfennige. Ullsteins Ziel, von den Nachrichtenagenturen unabhängig zu werden, schien unerreichbar. Jetzt trug die Verbindung nach Prag Früchte. Mercy bezahlte die Nachrichten mit tschechischen Kronen, Ullstein wiederum konnte diese Valuta für seine Auslandsreporter gebrauchen.¹⁷³

Ullstein in Not

Dennoch – die Inflation bedrohte den Zeitungskonzern in seiner Existenz. Zu den bereits angedeuteten Sorgen aller Verleger kamen bei Ullstein weitere, in der Struktur der Firma wurzelnde Probleme. Buch- und Zeitschriftenbereich wurden zu einem gewaltigen Ver-

Kapital war schon am 24.3.1931 in die neugegründete Leipziger Verlagsdruckerei AG eingebracht worden (Ebenda. Handelsregister B 786. Bd. I. Bl. 2ff.).

173 1927 wurde der Nachrichtendienst von zehn Zeitungen im Ausland genutzt, wobei für ein Land jeweils nur ein Blatt in Frage kam, da Ullstein den Nutzern in ihrem Verbreitungsgebiet ein Monopol einräumte. Das gleiche galt für Deutschland, was die eher niedrige Zahl von 15 Beziehern (1927) erklärt. Siehe Fünfzig Jahre Ullstein. Berlin 1927. S. 128f.

lustgeschäft, die Bürokratie des Großbetriebes aber mußte trotzdem bezahlt werden. Bücher gingen so gut wie nicht mehr über die Ladentische.¹⁷⁴ Die Auflage der »Berliner Illustrierten« soll von zwei Millionen auf 300.000 Exemplare gesunken sein. Das Blatt wurde montags gedruckt, ging aber erst am Donnerstag in den Verkauf. Was dies in Zeiten täglicher Lohnzahlung und ständiger Geldentwertung bedeutete, muß nicht erklärt werden. Hermann Ullstein schrieb rückblickend: »We anxiously began to wonder how we should be able to keep our business going at all.«¹⁷⁵

Um zu überleben, brauchte der Verlag Valuta.¹⁷⁶ Dabei halfen Ullstein eigene Ideen (»Vermietung« des Nachrichtendienstes, Erfindung der Schnittmuster, die in zwölf Sprachen gedruckt und in die ganze Welt verkauft wurden¹⁷⁷) und der Staat: Die Reichsbank bezahlte Banknoten-Druckaufträge zunächst teilweise auf Vorschuß (ein Segen in dieser Zeit) und dann sehr früh in Goldmark.¹⁷⁸

Dennoch beschrieb der Verlag die Inflationszeit rückblickend als die »allerschwierigste seit Firmenbestehen«.¹⁷⁹ In dieser Phase mußte die gerade ins Leben gerufene Tochter Leipziger Verlagsdruckerei ein Klotz am Bein sein. Das investierte Kapital konnte sich – angesichts der gerade für das Zeitungswesen ungünstigen Umstände – noch gar nicht rentiert haben.¹⁸⁰ Ullstein reagierte. Was konnte dem Verlag besseres einfallen als das Geschäft mit Mercy? »Neue Leipziger Zeitung« und »Leipziger Tageblatt« blieben in einem befreundeten Verlag, also gewissermaßen in der Familie, Ullsteins wertlose Papiermark-Anteile aber wurden mit Valuta aufgewogen. Außerdem verbesserte sich – mit dem Prager Kapital im Rücken

174 Ebenda. S. 114.

175 »Wir begannen uns besorgt zu fragen, wie es uns gelingen könnte, unsere Firma am Leben zu erhalten.« (The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 154.)

176 Fünfzig Jahre Ullstein. Berlin 1927. S. 155.

177 Ebenda. S. 156.

178 Ebenda. S. 103.

179 Ebenda.

180 Meine Argumentation wird durch die Tatsache gestützt, daß die Ullstein AG Anfang 1922 auch ihre Anteile an der »Danziger Zeitung« (Kosemann GmbH) verkaufte. Siehe Nachricht in: ZV 23(1922)10.

(Rohstoffbeschaffung!) – die Konkurrenzfähigkeit der Leipziger Blätter. Ullsteins Einfluß blieb schon dadurch gesichert, daß die Leipziger den Nachrichtendienst des Verlages bezogen.

Ein Strohmann?

Und Richard Frankfurter? Nachdem Ullstein im Frühjahr 1922 Minderheitsanteile an Mercy verkauft hatte, entfachten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« im deutschen Blätterwald einen Sturm der Entrüstung: Zwei Leipziger Zeitungen im Entente-Sold, das Ausland greift nach der öffentlichen Meinung Deutschlands!¹⁸¹ Der Verband der mitteldeutschen Zeitungsverleger sah sich daraufhin genötigt, die Beteiligung des Prager Verlages an der Leipziger Verlagsdruckerei zu rügen.¹⁸² Als Ullstein bei fortschreitender Inflation seine restlichen Anteile abgeben wollte, brauchte der Verlag folglich einen Mittelsmann, um die Öffentlichkeit nicht zu brüskieren. Frankfurter war führendes Mitglied der DDP, der die Ullsteins zu neigten, und Rechtsanwalt, also der geeignete Mann. Außerdem hatte er früher für Ullstein gearbeitet.¹⁸³

Diese letzten Sätze zu Frankfurter bleiben natürlich begründete Vermutung. Aus den überlieferten Akten geht nicht hervor, für wen der Anwalt die Anteile hielt. Daß sie ihm selbst gehörten, darf nicht nur deshalb als ausgeschlossen gelten, weil er in Berlin wohnte und

181 Siehe u. a. Nachrichten in: LNN 30(1922). Nr. 177 vom 29. Juni und Nr. 180 vom 2. Juli. – Mit der Beteiligung Mercys an der LVD im Mai 1922 und der dadurch für den bisher unangefochtenen Marktführer LNN plötzlich verschärferten Konkurrenzsituation (tschechische Krone!) begann in Leipzig eine Art »Zeitungskrieg«, der in der gesamten Weimarer Zeit seinesgleichen suchte. Ging es zunächst nur um die Frage, wie deutsch Mercy und das »Prager Tageblatt« seien (die LNN sprachen wie gesagt von Entente-Kapital), begannen die Redaktionen sehr bald, sich in aller Öffentlichkeit zu beleidigen. Es folgten mehrere Gerichtsverfahren, deren Ergebnisse wiederum jede Seite zu ihren Gunsten auslegte. Die Wogen glätteten sich erst nach dem Ende der Inflation. Siehe S. 252ff.

182 Erklärung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland. In: LNN 31(1923). Nr. 34 vom 4. Februar.

183 Im Jubiläumswerk »Fünfzig Jahre Ullstein« wurde Frankfurter als Erfinder der aphoristischen Kritik in der »BZ am Mittag« gewürdigt. Berlin 1927. S. 196.

bei Notarterminen und Gesellschafterversammlungen nur über Entscheidungsvollmachten anwesend war.¹⁸⁴ Ein Politiker wie Frankfurter konnte in einer Zeit, in der selbst ein Großverlag wie Ullstein ins Schlingern kam, nicht in der Lage sein, die Leipziger Verlagsdruckerei über Wasser zu halten. Blieben noch zwei Möglichkeiten: Die Anteile gehörten weiter Ullstein, oder die DDP war über Frankfurter am Verlag beteiligt. Für die erste Variante gibt es kein Argument, wenn man davon absieht, daß Hermann Ullstein Anfang der 30er Jahre als Autor und dann vermutlich auch Mitbesitzer der »Neuen Leipziger Zeitung« gegen Hitler kämpfte. Aber erstens handelte der jüngste der Ullstein-Brüder hier auf eigene Faust, und zweitens war die Verbindung zwischen Berlin und Prag ja nie abgerissen. Die DDP wiederum war eine vergleichsweise »arme« Partei, die von Bankiers- und Industriellen-Spenden lebte. Daher ist nicht anzunehmen, daß die Partei Geld in ein Verlustunternehmen wie die Leipziger Verlagsdruckerei stecken konnte¹⁸⁵, vielmehr lief die DDP-Pressearbeit so, daß parteinahe Verleger wie Ullstein und Mercy ihre Blätter entsprechend ausrichteten.¹⁸⁶

Daß sich die Leipziger Verlagsdruckerei tatsächlich als einziger großer deutscher Verlag der Weimarer Zeit in Auslandsbesitz befand, scheint auch ein Bericht der Leipziger Polizeidirektion über die »Neue Leipziger Zeitung« von 1934 zu bestätigen. Danach gehörten 1931 über 98 Prozent der Anteile Mercy.¹⁸⁷

184 Siehe die jeweiligen Protokolle in: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877.

185 Die Gesellschafterversammlung vom 29.7.1924 bilanzierte für das Geschäftsjahr 1923 einen Verlust. Ebenda. Bl. 71.

186 Zu Finanzsituation und Pressearbeit der DDP siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 575f., 584f.

187 Der Mercy-Anteil wurde hier auf 296.000 Mark beziffert. Kürsten gehörten 4.000 Mark. Das Stammkapital war bereits durch die Goldmark-Umstellung 1924 von drei Millionen auf 300.000 Mark gesunken (Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. S. 23. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig P Nr. 647. Bl. 40).

Zwei neue Zeitungen

Nachdem Mercy Ende 1922 die letzten Ullstein-Anteile übernommen hatte, startete die Leipziger Verlagsdruckerei zwei neue Zeitungsprojekte. Neben NLZ und LT erschien ab 29. Dezember 1922 das »Leipziger Abendblatt«. Da keine Exemplare der Zeitung überliefert sind, kann hier nur wiedergegeben werden, was der Verlag in Anzeigen über sie sagte. Danach erschien das Abendblatt (Untertitel: für Sport und Börse) wochentags 16 Uhr. Die Zeitung wurde vor allem von Händlern des Verlages und an Kiosken verkauft, konnte aber auch abonniert werden. Der Leser fand die aktuellen Kurszettel aus Berlin und Leipzig, daneben einen ausführlichen Sportteil und kurze Meldungen aus Reich und Stadt.¹⁸⁸

Im Oktober 1923 – auf dem Höhepunkt der Inflation! – eröffnete die Leipziger Verlagsdruckerei in Halle eine Niederlassung¹⁸⁹ und gab dort den »Mitteldeutschen Kurier« heraus – eine Reaktion auf den Kurswechsel der »Saale-Zeitung«, die bisher der DDP nahegestanden hatte, nun aber im Verlag der deutschnationalen »Allgemeinen Zeitung« in Halle erschien. Der Leipziger Verlag steckte sich das Ziel, der »demokratischen Bevölkerung Halles ein Blatt seiner Gesinnung zu geben«.¹⁹⁰ Wie vom »Leipziger Abendblatt« sind auch vom »Mitteldeutschen Kurier« keine Exemplare überliefert. Entsprechende Nachrichten in der »Neuen Leipziger« lassen aber vermuten, daß die Zeitung als Kopfblatt des Tageblatts erschien, ergänzt um Lokalnachrichten aus Halle.¹⁹¹

Beide Projekte sind ein weiteres Indiz dafür, daß die Leipziger Verlagsdruckerei dem Prager Mercy-Verlag gehörte. Kein deutsches Zeitungsunternehmen hätte es sich wohl leisten können, 1923 zwei neue Blätter zu starten. Beiden war jedoch kein Erfolg beschieden.

188 Anzeige in: NLZ 2(1922). Nr. 357 vom 30. Dezember.

189 Amtsgericht Halle. Handelsregister. Abt. B Nr. 725. Abschrift vom 10.4.1924 in: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 68.

190 N. N.: Ein neues demokratisches Blatt in Halle. NLZ 3(1923). Nr. 266 vom 26. September.

191 Ebenda. – Siehe auch N. N.: Die »Abendpost« als Putschisten-Organ. Ebenda. Nr. 328 vom 27. November.

»Leipziger Abendblatt« und »Mitteldeutscher Kurier« wurden bald wieder eingestellt.¹⁹² Möglicherweise hatte sich der Verlag übernommen, das Geschäftsjahr 1923 jedenfalls schloß er mit Verlust ab.¹⁹³

Das Ende des Tageblatts

Am 1. Januar 1926 ging das »Leipziger Tageblatt« (LT) in der »Neuen Leipziger Zeitung« (NLZ) auf. Alle Indizien sprechen dafür, daß das Traditionsblatt vor allem aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt wurde. Während sich die NLZ (wie noch zu zeigen sein wird) als »republikanisch-demokratisches« Organ verstand, ohne sich dabei an eine Partei zu binden, und außerdem vielfach dem Massengeschmack Rechnung trug,¹⁹⁴ war das LT bis zum Schluß eine DDP-treue Elitezeitung geblieben.¹⁹⁵ Die demokratische Partei war jedoch ein Auslaufmodell. Bereits bei den Reichtagswahlen 1920 hatte sie in Leipzig über zwei Drittel ihrer Wähler von 1919 verloren.¹⁹⁶ So verwundert es nicht, daß der langjährige LT-Lokalredakteur Julius Heiland rückblickend den Niedergang seines Blattes mit der engen Parteibindung begründete: »Als [...] die Zustände sich festigten und viele den Schutzschild des Liberalismus beiseite stellten, verringerte sich die Leserschaft.«¹⁹⁷ Mit den Beziehern ging auch das Anzeigenaufkommen zurück.¹⁹⁸ Lange vor der endgültigen Ver-

192 Genaue Daten ließen sich nicht ermitteln, beide Blätter sind wie gesagt nicht einsehbar. Die Zweigniederlassung in Halle wurde am 22.4.1925 geschlossen (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Grundblatt). Die letzte Anzeige, in der die LVD für das Abendblatt warb, habe ich im »Zeitungs-Verlag« von 1925 gefunden: ZV 26(1925)17.

193 Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 29.7.1924. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 71.

194 Siehe S. 135f., 198, 265ff.

195 Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 23ff., 41f.

196 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

197 Julius Heiland: 40 Jahre Journalismus in Leipzig (III). In: Leipziger Vorschau 8(1931)12.

198 In der ersten Oktoberwoche 1925 betrug der Anzeigenanteil nur noch 16,96% (NLZ: 39,02%, LT 1913: 33,49%, 1920: 27,74%). Siehe Michael Meyen: Ent-

einigung beider Blätter (spätestens ab Oktober 1924)¹⁹⁹ arbeiteten die Redaktionen von LT und NLZ eng zusammen. Offenbar um Kosten zu sparen, erschienen viele Nachrichten aus allen Bereichen »doppelt«. Julius Heiland schrieb in seinem »Grabgesang« für das Tageblatt denn auch von einer »verlegerischen Notwendigkeit«, beide Blätter zusammenzulegen. Nur so könne sich die »Neue Leipziger Zeitung« voll entfalten.²⁰⁰ Mit anderen Worten: Das »Leipziger Tageblatt« war dem Verlag zu teuer.²⁰¹

2.3 *Alle Macht an Hermann Ullstein*

Am 24. März 1931 wurde die Leipziger Verlagsdruckerei GmbH in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dieser handelstechnische Vorgang wäre eigentlich für den Pressehistoriker nicht unbedingt von Interesse, zumal es vordergründig darum ging, mit Hilfe der Aktien den Anteil des 1930 verstorbenen Paul Kürsten an die Erben verteilen zu können.²⁰² Mit der Umgründung aber änderte sich auch der Status der NLZ-Redaktion. Hatte sie vorher stets behauptet, unabhängig von den Besitzverhältnissen selbständig arbeiten zu können,²⁰³ lagen nun alle redaktionellen Entscheidungen definitiv beim Aufsichtsrat. Dieser berief nicht nur Chefredakteure und Angestell-

wicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 24, 76 J, 76 K.

199 Der Archivierungszustand läßt Forschungsarbeiten am LT im Moment nur eingeschränkt zu. Da die Jahrgänge 1921–1923 sowie einige Bände von 1924 nicht einsehbar sind, ist hier keine genauere Angabe möglich. Julius Heiland zufolge begann die Zusammenarbeit Mitte 1924 (Zum Abschied und zur Auferstehung. In: LT 118(1925). Nr. 361 vom 31. Dezember).

200 Ebenda.

201 Siehe auch Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 23ff.

202 Prüfungsbericht über den Gründungshergang vom 13.6.1931, erstellt von der IHK Leipzig. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister B 786. Bd. I. Bl. 166.

203 Siehe u. a. N. N.: Die Mitschuldigen. Ein Ablenkungsversuch der Leipziger Neuesten Nachrichten. In: NLZ 2(1922). Nr. 179 vom 1. Juli. – Allerdings habe ich in den Handelsregisterakten keine entsprechende Vereinbarung gefunden.

te mit mehr als 5.000 Mark Jahresgehalt, sondern bestimmte auch, welche politische Richtung das Blatt zu vertreten hatte, ja sogar, welche ständigen Rubriken und Beilagen erschienen. Und mehr noch: Eigentlich mußten zwar drei der fünf Aufsichtsratsmitglieder für entsprechende Beschlüsse anwesend sein, der Vorsitzende aber hatte das Recht, auch allein zu entscheiden.²⁰⁴ Diesen Posten übernahm Hermann Ullstein.²⁰⁵ Der Mercy-Verlag bekam drei Plätze im Aufsichtsrat.²⁰⁶

Die vertraglich festgeschriebene Allgewalt Hermann Ullsteins läßt vermuten, daß er sich nicht nur mit seiner Person für die »Neue Leipziger Zeitung« einsetzte. In seinen Erinnerungen schrieb er, daß ihm das Blatt gehört habe und er außerdem für die Kommentare verantwortlich gewesen sei.²⁰⁷ Das Handelsregister gibt allerdings keinen Aufschluß über die Besitzverhältnisse nach der Umgründung. Zahlen habe ich lediglich im bereits erwähnten Polizeibericht von 1934 gefunden, der sich auf das Protokoll der Generalversammlung vom 19. Mai 1933 beruft. Danach hätten Hermann Ullstein 26 Prozent und dem Mercy-Schwiegersohn Graf Nostiz 72 Prozent der Aktien gehört.²⁰⁸ Der Rest war vermutlich im Besitz

204 Gründungsprotokoll vom 24.3.1931. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister B 786. Bl. 5f. – Die IHK-Revisoren hielten in ihrem Prüfbericht die Allgewalt des Aufsichtsratschefs immerhin als »Merkwürdigkeit« fest. Ebenda. Bl. 152.

205 Gründungsprotokoll. Ebenda. Bl. 8.

206 Die Prager wurden durch Graf Franz Anton Nostiz, Max Benies und Egon Fuchs vertreten. Fuchs war Prokurist bei Mercy, Benies Generaldirektor und außerdem verheiratet mit Mathilde Mercy, die alleinvertretungsberechtigte Mercy-Gesellschafterin war. Nostiz wiederum war der Gatte von Mathildes Schwester Elisabeth, ebenfalls alleinvertretungsberechtigte Mercy-Gesellschafterin. Später gehörten dann auch Henriette Kürsten (Witwe Paul Kürstens) und Peter Reinhold zum Aufsichtsrat der AG (Handelsregisterauszug der offenen Handelsgesellschaft Mercy, Prag, vom 6.8.1927. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister Nr. 19877. Bl. 95; Handelsregisterauszug der offenen Handelsgesellschaft Mercy, Prag, vom 13.3.1931. Ebenda. Handelsregister B 786. Bd. I. Bl. 10; Protokoll der Generalversammlung vom 12.5.1932. Ebenda. Bl. 188).

207 The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 176–205.

208 Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934, S. 23. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizei-

der Paul-Kürsten-Witwe Henriette, von Kurt Jahn oder Richard Frankfurter.²⁰⁹

Der Verlag nach 1933

Anfang 1940 wurde die AG wieder in eine GmbH umgewandelt. Über 90 Prozent der Aktien gehörten inzwischen der Vera Verlagsanstalt GmbH, Minderheitsanteile hielt der »Deutsche Verlag« (Ullstein-Nachfolger).²¹⁰ Die »Neue Leipziger Zeitung« wurde am 1. Januar 1941 mit dem NS-Parteiblatt »Leipziger Tageszeitung« zur »Neuen Leipziger Tageszeitung« vereinigt,²¹¹ die bis zum Kriegsende erschien.²¹²

präsidium Leipzig P Nr. 647. Bl. 40.

- 209 Im Notarbericht über die Generalversammlung vom 19. Mai 1933 wurde der Kürsten-Anteil auf ein Prozent beziffert (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister B 786. Bd. I. Bl. 208f.). Kurt Jahn wiederum hatte sich an der AG-Gründung mit einer Bareinlage von 1.000 Mark beteiligt (0,1 Prozent). Daher ist nicht auszuschließen, daß ihm oder Richard Frankfurter (damals ebenfalls mit 1.000 Mark beteiligt) die in der Rechnung fehlenden 0,9 Prozent (9.000 Mark) oder zumindest Teile davon gehörten. Siehe Gründungsprotokoll vom 24.3.1931. Ebenda. Bl. 5f.
- 210 Protokoll der außerordentlichen Hauptversammlung der Leipziger Verlagsdruckerei AG am 8.1.1940. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister B 768. Bd. 2. Bl. 3f. – Der Ullstein-Verlag war 1934 enteignet und 1937 in die Kommanditgesellschaft »Deutscher Verlag« umgewandelt worden.
- 211 Siehe NLZ 20(1940). Nr. 365 vom 31. Dezember.
- 212 Im Leipziger Stadtarchiv sind »Neue Leipziger Tageszeitung« und »Leipziger Neueste Nachrichten« bis zum 17. April 1945 überliefert.

III. DER HERFURTH-VERLAG

1. »Leipziger Neueste Nachrichten« Gründung und Aufstieg

Im Juli 1892 kaufte Edgar Herfurth¹, Sohn eines sächsischen Textilfabrikanten, die »Leipziger Nachrichten«, ein bis dahin unbedeutendes Blättchen, das 1860 von Guido Reusche gegründet worden war und Anfang der 90er Jahre mit einer Auflage von rund 4.000

1 Die Laufbahn des Julius Edgar Herfurth (21.10.1865–21.5.1950) schien vorgezeichnet. Doch während die drei Brüder Herfurths das väterliche Erbe antraten und Textilfabriken in Sachsen und Thüringen übernahmen, lernte Edgar in Berlin und Heidelberg in den Bereichen Buchhandel und Presse. Es folgten ausgedehnte Reisen nach Übersee, wo er das amerikanische Pressewesen studierte. Diese Erfahrungen (technische Ausstattung, Aufmachung) nutzte er bei Gründung der LNN 1892. Herfurth führte 1898 als erster Zeitungsverleger die Linotype-Setzmaschine ein, 1909 folgte die erste 64-Seiten-Zwillingsrotationsmaschine in Europa. In Leipzig machte er sich daneben um die Ausbildung des Nachwuchses verdient. So unterstützte Herfurth Karl Bücher bei der Gründung des Instituts für Zeitungskunde an der Universität. An der Handels-Hochschule wurde 1929 auf seine Initiative die Studienabteilung für Wirtschaftsjournalismus und Zeitungsbetriebslehre gegründet. Hier erhielt er 1932 den Ehrendokortitel. Herfurth war einer der reichsten Männer Leipzigs. Die LVZ schrieb 1926, der Verleger habe ein Jahreseinkommen von über zwei Millionen Mark zu versteuern. Neben den LNN besaß Herfurth auch das Hotel Continental, eine Reihe weiterer Grundstücke in bester Stadtlage sowie das Landgut Pröbel. Diese »Sommerresidenz« befand sich in direkter Nachbarschaft zum Landsitz seines Schwagers Christian Ferdinand Frege (1841–1930), der 1876 Herfurths Schwester Alice geheiratet hatte. Damit war schon verwandtschaftlich der Umgang mit den »besten Kreisen« Leipzigs gesichert, denn das Bankhaus Frege und Co. war unter den Leipziger Privatbanken die erste Adresse. Edgar Herfurth war mit Luise Gabriele Becker verheiratet (Hochzeit am 28. Mai 1910). Nach 1933 unterstützte Herfurth wiederholt verschiedene NS-Organisationen mit (teilweise hohen) Geldspenden, trat jedoch nicht in die Partei ein. In einem Polizeibericht (1934) hieß es aber, daß aus Verhalten und Äußerungen Herfurths zu entnehmen sei, »daß er ein aufrichtiger Verehrer des Führers ist.« Die neuen Machthaber standen dem Verleger trotzdem mit Skepsis gegenüber. So hielt es der Leipziger Oberbürgermeister Freyburg immerhin zweimal für nötig, seinen Gauleiter zu fragen, ob er Herfurth zu Jubiläen gratulieren dürfe (75. Geburtstag, 50 Jahre LNN-Verlag). Nach dem Weltkrieg wurde Edgar Herfurth per Volksent-

Exemplaren vor sich hin dümpelte. Herfurths Bruder Paul Emil² beteiligte sich zwar als Kommanditist am Unternehmen, Edgar aber trug als persönlich haftender Gesellschafter die wirtschaftliche und verlegerische Verantwortung.³

-
- scheid (30.6.1946) enteignet. Er verließ Leipzig und starb 1950 in Marktredwitz. – Siehe Hans Drexler: Ein Leben für die deutsche Presse. In: LNN–MR 12(1965)20; Adalbert Brauer: Julius Edgar Herfurth. In: Neue Deutsche Biographie. Bd. 8. Berlin 1969. S. 607f. (dort ist – fälschlicherweise – 1868 als Geburtsjahr Edgar Herfurths angegeben); Herbert Helbig: Die Vertrauten 1680–1980. Eine Vereinigung Leipziger Kaufleute. Stuttgart 1980. S. 68ff., 75ff., 80f.; Albert Wybranietz: Das Zeitungswesen im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der heute noch bestehenden Zeitungen. In: Die deutsche Zeitung. Sonderausgabe des ZV zur Eröffnung der Internationalen Presse-Ausstellung. Köln 12.5.1928. S. 71f.; Edgar Herfurth: Ansprache am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933; Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 20; Schreiben von Oberbürgermeister Freyburg an Gauleiter Mutschmann vom 15.10.1940 und 3.8.1942. In: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 88. Bl. 175, 184; N. N.: »Wohltun« bringt Zinsen. In: LVZ 32(1926). Nr. 331 vom 30. November.
- 2 Paul Emil Herfurth (3.6.1855–1.1.1937) war Kommanditist des Verlages Edgar Herfurth & Co. Paul trat in der Öffentlichkeit zwar wiederholt als Verleger und Mitbesitzer in Erscheinung (beispielsweise bei Berufsjubiläen), das Sagen im Verlag hatte aber der jüngere Bruder. So konnte Albert Wybranietz die LNN-Geschichte kurzerhand als »Geschichte eines starken Willens« zusammenfassen. Die LNN-Laudatio zum 75. Geburtstag Paul Emil Herfurths beginnt folgerichtig mit dessen Tätigkeit als Industrieller. Er saß jahrelang im Vorstand der Deutschen Textilberufsgenossenschaft, war ein Vierteljahrhundert als Handelsrichter tätig und vertrat die Nationalliberalen in der II. Sächsischen Kammer. Nach der Novemberrevolution wurde er Mitglied der DNVP. Sein Sohn Paul Heinz (1898–?) stieg am 1. Juli 1927 als persönlich haftender Gesellschafter in den Herfurth-Verlag ein. – Siehe N. N.: Paul Herfurth 75 Jahre. In: LNN 38(1930). Nr. 154 vom 3. Juni; Albert Wybranietz: Das Zeitungswesen im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der heute noch bestehenden Zeitungen. a. a. O. S. 71f.; Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 20.
- 3 In einer Kommanditgesellschaft haften die Kommanditisten nur in Höhe ihrer Einlage – im Gegensatz zum Gesellschafter, der mit seinem Vermögen einsteht. Paul beteiligte sich zunächst mit 50.000 Mark. Seine Einlage wurde bis 1935

In kurzer Zeit gelang es dem Verleger, »Generalanzeiger für Leipzig und Umgebung«⁴, »Leipziger Stadt- und Dorfanzeiger«⁵ und »Leipziger Tageblatt«⁶ zu überflügeln, und seine Zeitung, die sich nun »Leipziger Neueste Nachrichten« (LNN) nannte, zum führenden Blatt der Stadt zu machen. Zur Jahrhundertwende lag die LNN-Auflage bereits bei über 62.000, 1908 wurden erstmals mehr als 100.000 Exemplare verkauft. Die Auflage stieg bis zum Weltkrieg auf fast 150.000 und soll in den ersten Kriegstagen sogar weit über 200.000 betragen haben.⁷

Herfurth habe erkannt, daß Schnelligkeit die Seele einer Zeitung sei, erklärte Julius Heiland, beim »Leipziger Tageblatt« für das Lokale zuständig, den Aufstieg des Konkurrenten. Dazu sei der niedrige Preis gekommen. Während sich vorher oft drei oder mehr Leser das Tageblatt teilen mußten, hätten sich die Leute ein LNN-Abo ganz allein leisten können.⁸

Andreas Müller hat weitere Gründe für den Erfolg des Herfurth-Blattes herausgearbeitet. Seine politische Haltung habe mit der nationalistischen Grundstimmung in der Leipziger Bürgerschaft korrespondiert. Die Gallionsfigur der »Neuesten Nachrichten«, Bismarck, sei nichts Abstraktes gewesen, vielmehr hätten Herfurth und führende Journalisten des Blattes persönliche Beziehungen zum Altkanzler gehabt. Dazu seien ein reichhaltiges Themenangebot und ein guter Leserservice gekommen, so daß die LNN den Bedürfnissen weiter Kreise gerecht werden konnten.⁹

schrittweise auf 2,2 Millionen Mark erhöht. Siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Amtsgericht Leipzig, Handelsregister Nr. 8234. A 2468. Bd. 2.

4 Siehe S. 61ff.

5 Siehe S. 48ff.

6 Siehe S. 74ff.

7 Siehe Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 63; N. N.: Blick in den Betrieb einer modernen Tageszeitung. Leipzig o. J. (um 1912); Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). a. a. O. S. 7; Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 251f.

8 40 Jahre Journalismus in Leipzig (II). In: Leipziger Vorschau 8(1931)11.

9 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang

2. Die »Leipziger Abendpost«

Am 1. April 1921 wurde die Nachmittagsausgabe der »Leipziger Neuesten Nachrichten« – das Blatt war bis dahin zweimal am Tag erschienen – in eine selbständige Zeitung unter dem Titel »Leipziger Abendpost« (LAP) umgewandelt.¹⁰ Die LAP gab es täglich außer sonntags. Sie war zunächst ab 15 Uhr, später dann schon ab 13 Uhr am Kiosk und beim Straßenhändler zu haben, konnte aber auch abonniert werden.¹¹ Ihre Auflage dürfte 30.000 Exemplare kaum überschritten haben.¹²

Leider sind nur wenige Nummern des Blattes und eine Handvoll Ausschnitte (in den Akten des Polizeipräsidiums) überliefert, so daß eine wissenschaftliche Untersuchung nicht möglich ist. Alle Indizien sprechen aber dafür, daß die »Leipziger Abendpost« keineswegs nur als kleine Schwester der »Neuesten Nachrichten« (ergänzt etwa um aktuelle Börsenmeldungen und ein paar Sensationen, um im Straßenverkauf bestehen zu können) anzusehen ist, sondern vielmehr die Lücke füllte (füllen sollte?), die mit dem Verkauf der deutschnationalen »Leipziger Allgemeinen« (LAll) an den Ullstein-Verlag entstanden war.

Ullstein hatte am 20. März 1921 den Chefredakteur der »Leipziger Allgemeinen«, Adolf Lindemann, abgelöst. Das Blatt schwenkte vom deutschnationalen ins demokratische Lager und wurde dann im September 1921 mit der »Leipziger Zeitung« zur »Neuen Leipziger Zeitung« vereinigt.¹³ Lindemann aber, in der LAll konsequenter Parteigänger der DNVP, ging in den Herfurth-Verlag und übernahm dort die Leitung der Abendpost, die nicht einmal zwei Wochen (!) nach dem politischen Richtungswechsel der »Leipziger Allgemei-

zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 81ff.

10 Verlag Edgar Herfurth & Co.: Leipziger Abendpost. Maschinenschriftliche Ankündigung. Leipzig 1. April 1921.

11 Siehe Anzeigen in: LNN 30(1922). Nr. 355 vom 28. Dezember; LNN 38(1930). Nr. 266 vom 22. September.

12 Angaben aus Zeitungskatalogen: 30.000 (Handbuch der deutschen Tagespresse. 4. Auflage. Berlin 1932. S. 323f.) und 24.000 (Albarcharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Berlin 1929. Bd. 1. S. 101).

13 Siehe S. 86f.

nen« gegründet worden war. In einer Nummer aus dem Jahre 1923 stand auf der ersten Seite eine »Erklärung der Deutschnationalen«, der Leitartikel kam vom DNVP-Landtagsabgeordneten Rainer Börner, der bis 1921 regelmäßig für die »Allgemeine« geschrieben hatte.¹⁴ In einem Bericht stellte das Leipziger Polizeipräsidium 1934 fest, daß die »Leipziger Abendpost« bis zur Machtergreifung »vornehmlich deutschnationalen Interessen« gedient habe.¹⁵

Neben der politischen Richtung hatte die LAP weitere Gemeinsamkeiten mit der »alten« LAll. Die Abendpost bot ihren Abonnenten im Gegensatz zu den LNN eine kostenlose Unfallversicherung,¹⁶ der Textteil wurde wie bei der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« in vier Spalten geteilt,¹⁷ was schon deshalb bemerkenswert ist, weil die »Leipziger Neuesten Nachrichten« bei ihrem dreispaltigen Umbruch blieben, Beiträge also nicht ohne Satzveränderung übernommen werden konnten. Die »Leipziger Abendpost« erschien nachmittags – wie es die Leser der »Leipziger Allgemeinen« eigentlich gewohnt waren (die LAll war erst im September 1919 eine Morgenzeitung geworden). Die LAP wandte sich offenbar auch an die gleichen Zielgruppen wie die LAll. Zeitungskatalogen zufolge wurde die Abendpost keineswegs nur in der Stadt, sondern auch im Leipziger Umland bezogen, von Kleinbauern, Handwerkern, Beamten und Arbeitern gelesen.¹⁸

14 LAP 3(1923). Nr. 252 vom 27. Oktober. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 4.

15 Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 35.

16 LAll-Verleger Paul Kürsten hatte als erster in Deutschland 1890 die kostenlose Unfallversicherung für Abonnenten eingeführt, die schon wegen dieses besonderen Begleitumstands Teil des Selbstverständnisses der »Leipziger Allgemeinen« war. Die LNN führten die Unfallversicherung erst zum 1. Januar 1931 ein.

17 Siehe LAP 3(1923). Nr. 238 vom 11. Oktober, Nr. 243 vom 17.1 Oktober, Nr. 252 vom 27. Oktober; LAP 11(1931). Nr. 204 vom 2. September. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 1f., 4, 15.

18 Handbuch der deutschen Tagespresse. 4. Auflage. Berlin 1932. S. 323f.; Altbacharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Berlin 1929. Bd. 1. S. 101.

Das alles heißt nun aber nicht, daß »Leipziger Abendpost« und »Leipziger Neueste Nachrichten« nicht eng zusammenarbeiteten. Die Schriftleitungen des Verlages in Berlin, Dresden und Weimar dienten beiden Zeitungen, häufig wechselten Redakteure von einem Blatt zum anderen.¹⁹ Anzeigenkunden erhielten erheblichen Rabatt, wenn sie neben den LNN auch die LAP nutzten.²⁰ Ob außer den Inseraten auch Beiträge »doppelt« erschienen (wie in Tageblatt und »Leipziger Zeitung« und später in Tageblatt und »Neuer Leipziger Zeitung«), ließ sich bei den wenigen überlieferten LAP-Exemplaren nicht feststellen.

Neben politischen und verlegerischen Gründen (Nachfolge für die LAll) dürften auch wirtschaftliche Überlegungen die Gründung der »Leipziger Abendpost« begünstigt haben. Am 1. April 1921 – dem »Geburtstag« der LAP – wurde die Papierzwangswirtschaft der Kriegszeit aufgehoben.²¹ Der LNN-Leitartikler beklagte einen

-
- 19 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). a. a. O. S. 9 – Emil Wasser beispielsweise arbeitete zunächst für die LAP, dann für die LNN.
- 20 Dieser Rabatt war Gegenstand mehrerer Gerichtsverfahren. Ordnungsgemäß bezahlte LNN-Anzeigen erschienen zunächst für zehn Prozent des Preises auch in der LAP, ohne daß im Zeitungskopf auf diese Ermäßigung hingewiesen wurde. Die Leipziger Verlagsdruckerei klagte daraufhin wegen unlauteren Wettbewerbs mit der Begründung, daß der Herfurth-Verlag den Eindruck entstehen lassen wolle, die Abendpost sei ein gesuchtes Anzeigenblatt. Herfurth solle entweder unzweideutig auf die Übernahme hinweisen oder aber diese ganz unterlassen. Daraufhin erschien im LAP-Kopf zwar sofort ein entsprechender Hinweis (»Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in den LNN erschienen sind, besondere Ermäßigung«), aber Herfurth beantragte, die Klage abzuweisen. Das Verfahren ging durch alle Instanzen. Das Landgericht wies die Klage – wie von Herfurth gewünscht – zurück, das Oberlandesgericht und schließlich das Reichsgericht gaben aber der Leipziger Verlagsdruckerei recht (Entscheidung des Reichsgerichts vom 11.7.1924. Markenschutz und Wettbewerb 24,42. – Siehe auch N. N.: Abdruck von Anzeigen gegen eine geringere als die im Kopf der Zeitung angegebene Gebühr. In: ZV 25(1924)52; N. N.: Unlauterer Wettbewerb? In: LNN 31(1923). Nr. 38 vom 8. Februar; N. N.: Im Namen des Volkes. In: NLZ 3(1923). Nr. 34 vom 4. Februar).
- 21 Die Papierzwangswirtschaft wurde am 21.5.1922 in veränderter Form als »Gesetz zur Linderung der Notlage der Presse« wieder eingeführt. Siehe Franz Sie-

Tag später die nun unausweichliche Preiserhöhung für Zeitungspapier und forderte von der Regierung einen festen Tarif. Andernfalls würde die Presse ihre Unabhängigkeit verlieren und die Qualität der Berichterstattung sinken.²² Auskunft über die Befürchtungen der Verleger gibt auch ein Protest der sächsischen Standesorganisation gegen die Preispolitik der Papierfabrikanten im Verbandsorgan »Der Zeitungsverlag«.²³ Die Gründung der Abendpost war so ein doppelt kluger Schachzug. Erstens sparte Herfurth durch die Umwandlung der LNN-Nachmittagsausgabe Rohstoffkosten (wegen des riesigen Auflagenunterschieds), ohne daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, der Verlag habe wirtschaftliche Probleme (es gab ja nach wie vor ein Nachmittagsblatt). Jene Kunden, die die letzten Börsennachrichten brauchten, behielt er trotzdem (über den Umweg Abendpost), ja mehr noch, er gewann (möglicherweise) die Leser der »alten« »Allgemeinen« dazu.

3. Der Verlag nach 1933

Endgültige Klarheit über die Eigentumsverhältnisse in der Nazizeit kann diese Arbeit nicht bringen. Eine Akte des Polizeipräsidiums ließe den Schluß zu, daß der Herfurth-Verlag 1937 zunächst teilweise, dann ganz in den Besitz der Vera Verlagsanstalt GmbH in Berlin überging (in den Verlagen Vera und Phönix faßten die Nationalsozialisten all jene Blätter zusammen, die zwar von ihnen kontrolliert wurden, aber der Partei nicht als offizielle Organe dienten): Wurde in einem Schreiben der Presse-Reichsleitung an die Leipziger Gestapo vom Juni 1937 noch davon gesprochen, daß der Herfurth-Verlag in den »maßgeblichen Besitz« der Vera Verlagsanstalt GmbH über-

lemann: Konzentrationsbewegungen im Zeitungsgewerbe. Münster 1927. S. 63.

22 N. N.: Der geistige Brotkorb wird höher gehängt. In: LNN 29(1921). Nr. 90 vom 2. April.

23 »[...] Es ist keine Möglichkeit vorhanden, diese neue Mehrbelastung auszugleichen, da Bezugs- und Inseratenpreise bereits auf dem höchsten Punkt angekommen sind. [...] In vielen Fällen [wird] der Zusammenbruch erfolgen.« (Kundgebung des Vereins sächsischer Zeitungsverleger. In: ZV 22(1921)13.)

gegangen sei, fiel in einem zweiten Schreiben vom November 1937 die Einschränkung »maßgeblich« weg.²⁴ In diese Zeit fiel auch das einzige sichtbare Zeichen für mögliche Veränderungen im Hause Herfurth: Die »Leipziger Abendpost« wurde am 30. September 1937 eingestellt.²⁵

Andere Indizien sprechen jedoch gegen eine vollständige Übernahme durch die Vera. Als der Verlag 1945 beantragte, eine antifaschistisch-demokratische Zeitung herausgeben zu können, war von einem Wechsel in den Besitzverhältnissen keine Rede, was schon deshalb verwundert, weil der Leipziger Oberbürgermeister seine Ablehnung vor allem mit der Haltung des Blattes in der Zeit des Faschismus begründete.²⁶ Wäre der Verlag also tatsächlich enteignet worden, hätte man dies dann nicht zur Entschuldigung angeführt? Torsten Kleditzsch wiederum hat geschrieben, daß Christian Herfurth, einer der Nachfahren, ihm versichert habe, daß 50 Prozent des Verlages an die Vera verkauft werden mußten.²⁷

Die neuen Besitzer erschienen allerdings nicht im Handelsregister. Den Akten zufolge blieb der Verlag in Familienbesitz. Edgar Herfurth und sein Neffe Paul-Heinz Herfurth (am 1. Juli 1927 in das Geschäft eingetreten) wurden als Inhaber geführt, die Angehörigen von Paul Emil (am 1. Januar 1937 verstorben) und Edgar Herfurth als Kommanditisten.²⁸ Hier sind also weitere Untersuchungen nötig.

-
- 24 In beiden Briefen wurde die Leipziger Dienststelle gebeten, Beurteilungen über alle Mitarbeiter des Verlages zu erstellen, damit diese auf ihre Eignung als Schriftleiter der parteinahen Presse überprüft werden konnten (Schreiben der Reichsleitung für die Presse an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Leipzig, vom ? (eingegangen: 9.6.1937) und vom 5.11.1937. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 699. Bl. 26, 70).
- 25 LAP 17(1937). Nr. 225 vom 30. September. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 64.
- 26 Siehe Ein Briefwechsel. In: PDS-Archiv Leipzig. Signatur II/2/14.
- 27 Torsten Kleditzsch: Die Leipziger Neuesten Nachrichten unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 44. – Siehe auch Toralf Staud: Hintertür zum Nazi-Geld. In: Neues Deutschland 47(1992). Nr. 247 vom 22. Oktober.
- 28 Bereits am 1. Juli 1936 waren die sechs nächsten Familienangehörigen mit einer Einlage von je 20.000 Mark in den Verlag eingetreten. Zum gleichen Zeitpunkt

Das Verlagsgebäude (Petersteinweg 19) wurde bei dem britischen Bombenangriff auf Leipzig am 4. Dezember 1943 zerstört. Zwei Tage später erschienen die »Neuesten Nachrichten« jedoch wieder.²⁹ Beim Volksentscheid am 30. April 1946 wurde der Verlag Edgar Herfurth & Co. zugunsten des Landes Sachsen enteignet.³⁰

wurde die Kommanditeinlage von Paul Emil Herfurth von bisher 2,2 Millionen auf 1,13 Millionen Mark herabgesetzt. Die gesamte Kommanditeinlage ging folglich auf 1,25 Millionen Mark zurück. Ob hier allerdings bereits ein Zusammenhang mit der Übernahme durch die Vera Verlagsanstalt GmbH besteht, ist ebenso unklar wie bei der zweiten Einlageminderung am 20. August 1937. Die Anteile von Ehefrau und Tochter des inzwischen verstorbenen Paul Emil Herfurth wurden erhöht, die Gesamteinlage ging aber auf 830.000 Mark zurück. Die Liste der Kommanditisten sah dann bis Kriegsschluß so aus: Else Herfurth (Witwe von Paul Emil) 450.000 Mark, Annemarie von Uslar-Gleichen (Tochter Paul Emils) 300.000 Mark, Sabine Herfurth (Ehefrau von Paul-Heinz) 20.000 Mark, Gabriele Herfurth (Ehefrau Edgars) 20.000 Mark, Rolf Edgar und Klaus Edgar Herfurth (Söhne Edgars) je 20.000 Mark. Siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Amtsgericht Leipzig, Handelsregister A 2468. Bd. 2. Grundblatt.

29 Siehe Schreiben des Verlages an Oberbürgermeister Zeigner vom 8.8.1945. In: Ein Briefwechsel. PDS-Archiv Leipzig. Signatur II/2/14.

30 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Amtsgericht Leipzig, Handelsregister A 2468. Bd. 2. Grundblatt.

IV. »LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN« UND »NEUE LEIPZIGER ZEITUNG« EIN VERGLEICH

1. Auflage, Verbreitungsgebiet und Leserkreis

Mit den »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN) und der »Neuen Leipziger Zeitung« (NLZ) erschienen in Leipzig zwei der größten Provinzzeitungen der Weimarer Zeit. Während die LNN mit einer Auflage zwischen 150.000 (während der Inflation vielleicht auch etwas darunter) und 190.000 Exemplaren im Südosten des Reiches unangefochten die Nummer eins waren, gab die NLZ ihre Auflage mit »über 100.000« an.¹ Beide Blätter wurden auf jedem größeren

1 Verlässliche Auflagen-Zahlen gibt es nicht, da keine Verlagsarchivalien überliefert sind. Otto Groth hat festgestellt, daß entsprechende Angaben in den Zeitungskatalogen das Bild schönen würden. Die Auflagenziffer sei ein entscheidender Faktor im Wettbewerb, weshalb die Verleger genaue Auskünfte ablehnen würden (Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928–1930. S. 238). Max Bestler hat Groths Argumentation später untermauert und für den »unklaren und dehnbaren« Begriff Auflage fünf mögliche Entsprechungen genannt: Druckauflage, Erscheinungsaufgabe, bezahlte Auflage, Absatzaufgabe und Leseaufgabe (1 Exemplar = 3 Leser). Die entsprechenden Angaben der Verleger seien folglich willkürlich und an möglichen Werbeaufträgen orientiert (Max Bestler: Das Absinken parteipolitischer Führungsfähigkeit deutscher Tageszeitungen in den Jahren 1919 bis 1932. o. O. 1941. S. 19ff.). Eine interne Verwaltungsanweisung des Leipziger Rates bezifferte die LNN-Auflage Ende 1920 auf 183.000 (davon allein 135.000 in Leipzig: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 33. Bd. 2/2. Bl. 4). Als sich die Stadtväter zehn Jahre später über den Amtsblatt-Status der LNN stritten und vom Verlag Aufschluß über die Auflage forderten, bestätigte ein Notar für 1929 eine Zahl von 190.000 (Stadtauflage 152.000, davon 102.000 im Stadtgebiet: Ebenda. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 232f., 238). Das entspricht in etwa den Angaben in Zeitungskatalogen: 180.000 (Handbuch der deutschen Tagespresse. 4. Auflage. Berlin 1932. S. 323f.) und 170.000 (Albacharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Berlin 1929. Bd. 1. S. 101). Die LNN selbst nannten in Eigenwerbungen ebenfalls immer Zahlen in dieser Größenordnung. Während der Inflation verzichtete der Verlag allerdings darauf, mit der Auflage zu werben. Ende Dezember 1923 berichteten die LNN in einer Anzeige, daß von der letzten Sonntagsnummer weit mehr als 100.000 Exemplare bezahlt worden seien (LNN 32(1923). Nr. 347 vom 18. Dezember), Anfang

Bahnhof im Land und in allen gut geführten Buchhandlungen verkauft, der Reisende fand LNN und NLZ nicht nur in deutschen Hotels und Pensionen, sondern auch in den Haupturlaubsgebieten des Auslands.²

Der Leipziger Rat schrieb 1928, daß LNN und NLZ alle Konkurrenten in Dresden und Erfurt, Halle und Magdeburg eindeutig in den Schatten stellen würden. Nur die beiden Leipziger Zeitungen seien im »gesamten mitteldeutschen Raum« verbreitet.³ Die Stadtväter, denen es in der zitierten Denkschrift vor allem darum ging, Leipzigs Eignung als Verwaltungszentrum nachzuweisen, haben hier aber – vor allem in Sachen »Neue Leipziger Zeitung« – ein wenig zu dick aufgetragen. LNN und NLZ waren in erster Linie Leipziger Zeitungen im Wortsinne. Die meisten ihrer Bezieher

1924 wurde von 53.000 neuen Beziehern seit Einführung des Goldmark-Abos gesprochen (LNN 33(1924). Nr. 36 vom 5. Februar). Die Auflage war 1923 also möglicherweise sogar unter die von mir angegebene Marke von 150.000 gerutscht. Die NLZ verzichtete dagegen darauf, in der Öffentlichkeit konkrete Zahlen zu nennen (Weil die Auflage des Konkurrenten höher war?). Bei dem gerade erwähnten Amtsblattstreit wies der Verlag lediglich darauf hin, daß der Begriff »Verbreitung« unterschiedlich ausgelegt werden könne. Der Streit um die höchste Auflage sei folglich unsinnig, und der Rat sollte deshalb allen Zeitungen die Bekanntmachungen geben (Schreiben vom 15. April 1930. Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 235). Die Angaben in Zeitungskatalogen schwankten zwischen 100.000 (Handbuch der deutschen Tagespresse. Berlin 1932. S. 323f.) und 118.000 (Albacharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Bd. 1. Berlin 1929. S. 101).

- 2 LNN-Verleger Edgar Herfurth sprach 1932 in einer Festrede von 12.000 Orten, in die das Blatt per Post oder Bahn geliefert werde (Ansprache von Geheimrat Dr. h. c. Edgar Herfurth am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933. S. 7). In der Inventurbilanz der Leipziger Verlagsdruckerei GmbH (NLZ) vom 31. Dezember 1929 finden sich in den Schuldnerlisten nicht nur Zeitungshandlungen aus dem ganzen Reich, sondern auch Hotels aus allen deutschen Urlaubsgebieten sowie den (aus Sicht der Deutschen) wichtigsten Reiseländern Europas: Österreich (Tirol!), Tschechoslowakei, Schweiz, Jugoslawien, Italien und Dänemark. Siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Amtsgericht Leipzig. Handelsregister B 786. Bd. II. Bl. 33ff. und 47.
- 3 Leipzig und Mitteldeutschland. Denkschrift für Rat und Stadtverordnete. Hrsg. von Walter Leiske. Leipzig 1928. S. 229.

wohnten in der Stadt.⁴ Während die »Neue Leipziger« wahrscheinlich im Leipziger Umland mehr Leser hatte als die »Neuesten Nachrichten«,⁵ gelang es ihr nicht, die gleiche überregionale Verbreitung zu erlangen wie das Herfurth-Blatt.⁶ Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« gingen an Abonnenten in ganz Mitteldeutschland. Torsten Kleditzsch hat ermittelt, daß sich dabei ihr Verbreitungsgebiet nach Süden und Westen (Thüringen, Westsachsen) stärker ausdehnte als in Richtung Norden (hier vor allem die Städte Halle, Magdeburg und Dessau einschließlich ihres Umlandes) und Osten (Torgau, Oschatz, auch Dresden, aber kaum darüber hinaus). Außerhalb Leipzigs seien die LNN in der Regel als Zweitzeitung genutzt worden. Vor allem in Angestellten- und Beamtenkreisen sowie im gehö-

4 Siehe Fußnote 1.

5 Die NLZ war 1922 mit der Begründung Amtsblatt der Leipziger Amtshauptmannschaft geworden, daß sie in den ländlichen Gebieten stärker verbreitet sei als die LNN (N. N.: Die N. L. Z. Organ der Amtshauptmannschaft Leipzig. In: NLZ 2(1922). Nr. 239 vom 30. August). Dem läßt sich zwar entgegenhalten, daß Amtsblattentscheidungen in jener Zeit immer auch politische Entscheidungen waren, und es folglich bei der Linksmehrheit in der Behörde (der Amtshauptmann war Sozialdemokrat) nicht verwundern muß, wenn neben dem SPD-Blatt LVZ mit der NLZ ein linksbürgerliches Organ einem rechtsbürgerlichen (LNN) vorgezogen wurde, aber erstens war die NLZ direkter Nachfolger der »Leipziger Allgemeinen Zeitung«, die als einstiger »Dorfanzeiger« in den ländlichen Gebieten genauso viele Bezieher hatte wie in der Stadt (Siehe S. 48), und zweitens ergab auch die Anzeigen-Analyse (zur Methode siehe Kapitel I dieser Arbeit: S. 20f., Fußnote 30) Indizien, die für eine stärkere Verbreitung der »Neue Leipziger« im Umland sprechen. Zwischen dem 5. und dem 11. Oktober 1925 kamen in der NLZ aus dem Umland 14,8% der Privatanzeigen (LNN: 3,5%) und 3,35% der Geschäftsanzeigen (LNN: 2,1%). Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 76 D, F.

6 Weder in den Ausgaben vom 5.–11. Oktober 1925 noch vom 1.–8. Oktober 1928 habe ich in der NLZ eine Familien- oder Kleinanzeige (An- und Verkauf) gefunden, die nicht aus Leipzig oder dem Umland kam. In den LNN standen dagegen allein in der ersten Oktoberwoche 1925 71 Klein- und 11 Familienanzeigen von »außerhalb«. Selbst eingedenk aller Einschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft der Anzeigenanalyse sind dies eindeutige Indizien dafür, daß es der NLZ im Gegensatz zu den LNN nicht gelang, außerhalb des Leipziger Raumes Fuß zu fassen. Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 20, 47f., 76 D, E, F.

benen Bürgertum habe das Blatt als Statussymbol gegolten.⁷ Einige Indizien sprechen außerdem dafür, daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« auch im Ausland (zumindest bei den zuständigen Behörden) Beachtung fanden. 1923 wurde das Blatt im besetzten Rheinland verboten⁸, 1931 wies die tschechoslowakische Regierung den Prager LNN-Vertreter wegen seiner Berichterstattung aus⁹, und im Januar 1933 wurde die Zeitung in Kattowitz beschlagnahmt¹⁰.

LNN und NLZ waren in fast allen sozialen Schichten zu Hause (Ausnahme LNN: in der Landwirtschaft Beschäftigte). Beide zählten zwar sowohl Arbeiter als auch Bankiers zu ihren Lesern, Hauptzielgruppen waren jedoch Handwerker und Gewerbetreibende, Angestellte und Beamte. Während aber der Anteil der LNN-Bezieher an der jeweiligen Bevölkerungsschicht mit steigendem Einkommen zunahm, ergab die Anzeigenanalyse für die NLZ das umgekehrte Bild: Die »Neue Leipziger Zeitung« wurde eher von den weniger gut Betuchten als von den sozialen Oberschichten gelesen.¹¹

-
- 7 Torsten Kleditzsch: Die Leipziger Neuesten Nachrichten unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. DA. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 15ff. – Siehe auch Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 47.
 - 8 Siehe LNN 31(1923). Nr. 39 vom 9. Februar. – Die LNN hatten eine Zeichnung aus dem Pariser »Journal« nachgedruckt, auf der die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung dargestellt war (Nr. 38 vom 8. Februar 1923).
 - 9 Siehe N. N.: Willkürakt des tschechoslowakischen Innenministers. In: LNN 39(1931). Nr. 69 vom 10. März.
 - 10 Siehe N. N.: Beschlagnahme der LNN in Kattowitz. In: LNN 41(1933). Nr. 8 vom 8. Januar. – Das Blatt hatte zuvor die Einführung militärischer Standgerichte in Warschau kritisiert (Nr. 5 vom 5. Januar 1933).
 - 11 Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 48f., S. 76 F (LNN), 21f., 76 D, E (NLZ). – Die Angaben zum Leserkreis der LNN decken sich mit entsprechenden Vermutungen von Andreas Müller (Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 64) und Steffen Reichert (Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen. a. a. O. S. 8f.). Bei der NLZ hat Reichert dagegen ein Fragezeichen gesetzt und lediglich aus der politischen Richtung des Blattes geschlossen, daß die Zeitung vom liberal-demokratischen Bürgertum bezogen wurde (S. 16). Die Ergebnisse der Anzeigenanalyse lassen sich aber schon des-

Beide Zeitungen konnten sowohl abonniert als auch am Kiosk oder beim Straßenhändler gekauft werden. Die Verlage verfügten jeweils über einen eigenen Botendienst (Fuhrpark, Zeitungsträgerinnen). Die Abonnenten bezahlten direkt bei »ihrer« Zustellerin. Wer nicht im Einzugsbereich des Filialnetzes wohnte, erhielt seine Zeitung per Post.

Beide Blätter waren nicht nur als Werbeträger ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Leipziger Raum, sondern auch als Arbeitgeber. Die Leipziger Verlagsdruckerei (NLZ) beschäftigte fast 500 Leute (ohne Trägerpersonal).¹² LNN-Verleger Edgar Herfurth bezifferte die Zahl seiner Angestellten sogar auf 2.000 (einschließlich Trägerinnen).¹³

2. Weltanschauung

2.1 »Leipziger Neueste Nachrichten«: Inseratenplantage oder Weltblatt?

»Dieses Blatt ist dem inneren Wert nach gar nichts«, schimpfte Arno Voigt Mitte 1920 über die LNN.¹⁴ »Der Gang der Politik hat auf den redaktionellen Teil viel weniger Einfluß als die Wünsche derer, die das Blatt rentabel machen.«¹⁵ Um den Gewinn nicht zu gefährden, scheute die Zeitung jedes deutliche Bekenntnis: »Weder deutschnational noch deutsche Volkspartei noch demokratisch ist die Losung. Man schwimmt mit dem Strom.«¹⁶ An anderer Stelle wurde Voigt noch deutlicher: Die LNN seien eine »vorzügliche Ab-

halb nicht einfach von der Hand weisen, weil die ermittelten Angaben zu Leserkreis und Verbreitungsgebiet weitgehend den Daten der NLZ-Vorgänger entsprechen (LZ: Leserkreis, LAll: Verbreitungsgebiet. Siehe Kapitel II dieser Arbeit).

12 Nachricht in: NLZ 10(1930). Nr. 273 vom 30. September.

13 Ansprache von Geheimrat Dr. h. c. Edgar Herfurth am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933.

14 Die Leipziger Neuesten Nachrichten. In: Der Drache 1(1920)36. S. 3.

15 Ebenda. S. 9.

16 Ebenda. S. 15.

horcheinrichtung. Was dem Leser gemäß ist, erscheint [...]: Jeder mitteldeutsche Durchschnittsbürger ist Mitredakteur. [...] Sinnfälliges, Triviales, Gedankenloses« ermögliche eine Massenaufgabe mit Masseninseraten.¹⁷ Manche Kritiker haben das Blatt dementsprechend »Inseratenplantage«¹⁸ genannt. All diese Angriffe mündeten in dem Vorwurf: »Die LNN stellen ihre Geschäftspolitik über Gesinnung und Grundsätzlichkeit«.¹⁹

Andere Betrachter haben demgegenüber sehr wohl eine ausgeprägte Grundhaltung des Blattes festgestellt. Andreas Müller sah den Nationalismus als Lebensnerv des Blattes²⁰, Steffen Reichert hat von einem nationalistisch-chauvinistischen Kurs gesprochen²¹. Hans Drexler wiederum beschrieb die LNN als Blatt mit betont national-*liberaler* Tendenz, das in der christlichen und bürgerlichen Tradition gestanden habe. Diese Ausrichtung hätte der Zeitung eine Sonderstellung gesichert.²² Verlag und Schriftleitung selbst definierten diesen besonderen Platz gern mit Formeln wie »größtes Blatt außerhalb Berlins«²³ oder »führend in Mitteldeutschland«²⁴. Adalbert Brauer und Albert Wybranietz erhoben die LNN gar in den Rang eines »überall gelesenen Weltblattes«.²⁵

17 Die Leipziger Neuesten Nachrichten. In: Die Weltbühne 18(1922)35. S. 227.

18 N. N.: Der Schmock vom Petersteinweg. In: LVZ 24(1918). Nr. 262 vom 13. November.

19 N. N.: Der Zweck heiligt die Mittel. In: NLZ 2(1922). Nr. 187 vom 9. Juli.

20 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 63.

21 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 92.

22 Hans Drexler: Ein Leben für die deutsche Presse. Geheimrat Dr. Edgar Herfurth und seine Zeitung. In: LNN – MR 12(1965)20.

23 Kurt Koszyk hat allerdings den Dortmunder »General-Anzeiger« mit einer Auflage von »zeitweise 200.000 Exemplaren« als größte deutsche Provinzzeitung jener Jahre ausgemacht (Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972. S. 357).

24 Siehe u. a. Verlag und Schriftleitung der LNN: An unsere Leser. In: LNN 30(1922). Nr. 3 vom 3. Januar.

25 Adalbert Brauer: Julius Edgar Herfurth. In: Neue Deutsche Biographie. Bd. 8. Berlin 1969. S. 607f. – Für Albert Wybranietz waren die LNN eine der »ersten und einflussreichsten Zeitungen des Reiches«, ein Blatt »mit Weltgeltung« (Das

Wie weit die Ansichten über den von Arno Voigt in Frage gestellten »Wert« der LNN auseinandergingen, spiegelte sich schon in einer einzigen Zeitung. Die »Leipziger Volkszeitung« (LVZ) warf den »Neuesten Nachrichten« einerseits Profitgier, andererseits aber ihren großen – und nach Meinung der LVZ verderblichen – Einfluß vor. So wurde die Konkurrentin als »schwarzweißrote Fahne über einem Kassenschrank«²⁶ und als Kriecherin vor den Anzeigenkunden angegriffen: »Das Inserat über alles. Es hat Millionen über Millionen eingebracht, und die Soldschreiber sind Tag für Tag, die Feder gezückt, emsig drauf und dran, damit das Inseratengeschäft nicht verdorben wird.«²⁷ An anderer Stelle hieß es dagegen: »Richard Breiting«²⁸, der Chefredakteur der Nachrichten, [...] das ist der

Zeitungswesen im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der heute noch bestehenden Zeitungen. In: Die deutsche Zeitung. Ihr Werden, Wesen und Wirken. Sonderausgabe des Zeitungsverlags zur Eröffnung der Internationalen Presse-Ausstellung. Köln 12. Mai 1928, S. 71f.).

- 26 N. N.: Eine Charakteristik der Leipziger Neuesten Nachrichten. In: LVZ 28(1922), Nr. 175 vom 26. Juli.
- 27 N. N.: Das Inserat über alles. In: LVZ 36(1930), Nr. 109 vom 12. Mai.
- 28 Richard Breiting (24.11.1882–26.4.1937) war ein »Sproß aus altem Bauernblut«. Seinem Vater gehörte ein Gut bei Dittmarsdorf. Breiting stieß 1903 zur LNN-Redaktion, leitete dann viele Jahre die »Stadt-Zeitung« des Blattes und stieg nach der Novemberrevolution zunächst zum stellvertretenden Hauptschriftleiter und dann zum Hauptschriftleiter (ab August 1922) auf. Diesen Posten behielt er – zumindest formal – bis zu seinem Tode 1937. Edouard Calic hat geschrieben, daß Breiting nach der Machtübernahme durch die NSDAP nur durch gute Beziehungen vor beruflichem und privatem Absturz bewahrt worden sei. Die Nazis hätten Breiting übelgenommen, daß er stenographische Aufzeichnungen von zwei Geheimgesprächen mit Hitler im Jahre 1931 an führende rechtskonservative Politiker weitergegeben hätte. Aus dem gleichen Grund sei sein Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft abgelehnt worden. (In einem internen Polizeibericht von 1934 hieß es dazu, Breiting habe sich nur »aus Konjunkturrücksichten« in der Partei angemeldet, außerdem neige er »jüdischen Kreisen« zu.) In der Weimarer Zeit war Breiting DVP-Mitglied. Zu seinem engeren Freundeskreis gehörten Carl-Friedrich Goerdeler, Wilhelm Bünger und Ernst Oberfohren. Wie viele Journalisten seiner Zeit trat Breiting auch als Buchautor hervor (»Quer durch Rumänien«, »Von Wolkenkratzern, Kettenarbeitern und trockenen Städten. Eindrücke und Beobachtungen über God's own country«). – Siehe Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968; Degeners Wer ist's? 10. Ausgabe. Berlin 1935. S. 193; Schreiben des Leipziger

unbekannte Diktator mit seiner Allmacht über die bürgerlichen Parteien Leipzigs«. ²⁹

Geschäftspresse oder Meinungsführer, Generalanzeiger oder Weltblatt? Was war das für eine Zeitung, die diese Attribute auf sich vereinen konnte?

»Auf dem Boden der Tatsachen«

»Die Reichhaltigkeit ihres Anzeigenteils und die Ausführlichkeit der Handelsbeilage [...] führen ihnen zweifellos zahlreiche Bezieher zu. Sie verfügen über eine hervorragende technische Aufmachung«, begründete die Leipziger Polizei im Oktober 1934 die führende Stellung der LNN in Leipzig. »Hervorzuheben ist, daß sie stets dem Marxismus gegenüber tatkräftig für die Interessen des liberalen Bürgertums eingetreten sind.« Ansonsten habe die politische Haltung der Zeitung allerdings geschwankt: »Sie war zunächst demokratisch. Dann, und zwar besonders in der Zeit, als Stresemann Reichskanzler war, stand die Zeitung der deutschen Volkspartei nahe. Die etwas unsichere Stellung der Leipziger Neuesten Nachrichten hat ihnen im Volksmund die Bezeichnung »das Hin- und Herfurth-Blatt« eingebracht.« ³⁰

Über weitere Schwenks ist dieser Bericht großzügig hinweggegangen. So lief im November 1918 durch Leipzig das Gerücht, die Redaktion habe dem Arbeiter- und Soldatenrat angeboten, die LNN in den Dienst der Revolution zu stellen – das gleiche Blatt, das bis zum letzten Kriegstag Durchhalteparolen verbreitet hatte und sich

Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30. Oktober 1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 21; Schreiben der LNN an das Nachrichtenamt der Stadt Leipzig vom 8. Januar 1938. In: Stadtarchiv. Kap. 74. Nr. 88. Bl. 128; Zeitungsausschnitt aus der LAP vom 27. April 1937. Ebenda. Bl. 118.

29 Dieses Zitat wird der LVZ von Edouard Calic zugeschrieben (Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968. S. 11).

30 Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30. Oktober 1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 19.

auch sonst ganz an Kaisers Seite wähte! Der Volkskommissar Karl Kuhn beeedete später, daß LNN-Politikchef Arno Günther³¹ schon am Morgen des 9. November um eine Unterredung gebeten hatte.

-
- 31 Die Laufbahn des Arno Günther (12.7.1879–6.9.1933) war vorgezeichnet. Seinem Vater gehörte die »Pegauer Zeitung«, und so verwundert es nicht, wenn Günther rückblickend schrieb, daß er bereits als Gymnasiast auf der Fürstenschule Grimma »deutlich und hell« das Ziel vor Augen gehabt habe, Tagesschriftsteller zu werden: »Die Beschäftigung mit der Tagespolitik übte einen zwingenden Reiz auf mich aus.« (DP 19(1929)23.) Günther sah sich dabei vor allem als Wissensvermittler. Aufgabe des Journalisten sei es, schwierig faßbare Dinge dem Verständnis weiter Kreise nahezubringen. Die Bildungsfunktion der Zeitung erstreckte sich für ihn deshalb – mit der Verständlichkeit eng verbunden – auch auf die Sprache (Ebenda). Arno Günther erschloß sich während seines Studiums in Tübingen und Leipzig gezielt die dafür nötigen Wissensgebiete: Geschichte, Volkswirtschaft (bei Karl Bücher) und Germanistik. Er promovierte über die schwedische Invasion in Sachsen zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Von 1903 bis 1907 war Arno Günther Politikredakteur der »Neuen Vogtländischen Zeitung« in Plauen, wurde dann für kurze Zeit Parteisekretär der Nationalliberalen in Chemnitz und wechselte schließlich 1908 zum »Leipziger Tageblatt«. Nachdem das LT an den Besitzer der konservativen »Leipziger Allgemeinen Zeitung«, Paul Kürsten, verkauft worden war, verließ Günther das Blatt am 31. Oktober 1911 (er war Reichstagskandidat der Nationalliberalen für die Wahlen 1912), kehrte jedoch nach dem erneuten Richtungswechsel 1913 (Siehe S. 75) zurück. Drei Jahre später ging er dann zu den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, wo er bis zu seinem Tod das Politikressort leitete. Seine Spezialgebiete waren dabei Innen-, Kultur- und Bildungspolitik. Arno Günther war ohne Zweifel einer der herausragenden Leipziger Journalisten der Weimarer Zeit, und das nicht nur, weil sein Wechsel von der DDP zur DVP (1920) Schlagzeilen machte oder weil er als verantwortlicher Schriftleiter der LNN mehrfach vor Gericht den Kopf hinhalten mußte (Günther wurde u. a. wegen Beleidigung des sächsischen Innenministers Lipinski (1922) und des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner (1932) zu Geldstrafen verurteilt). Günther galt unter den Leipziger Journalisten als Vorkämpfer des Berufsstandes. Er war Mitbegründer und dann viele Jahre Leiter des Bezirksvereins Leipzig im Journalistenverband, wurde mehrfach in den Landes- und Reichsvorstand gewählt. Das Verbandsorgan »Deutsche Presse« schrieb in seinem Nachruf, Günther habe wesentlichen Anteil an der Gründung der Versorgungsanstalt der deutschen Presse gehabt (er wurde Mitglied des Verwaltungsrates). Arno Günther widmete sich jedoch nicht nur in Not geratenen Kollegen, sondern auch dem Nachwuchs: Er leitete Übungsstunden am Leipziger Institut für Zeitungskunde. Günther starb – erst 54jährig – im September 1933. – Siehe Wie wir Journalisten wurden? Dr. Arno Günther (Leipziger Neueste Nachrichten). In: DP 19(1929)23; Arno Günther:

Günther und sein Begleiter (der damalige Lokalredakteur Richard Breiting) seien dann außerordentlich devot gewesen, sie hätten ungefähr so geredet wie Hoflakaien mit ihrer Majestät. Man habe sich darauf geeinigt, daß die LNN einen vom Arbeiter- und Soldatenrat ernannten Redakteur einstellen (und bezahlen!), der die politische Haltung des Blattes überwacht. Dazu kam es allerdings nicht, weil der Rat völlige Pressefreiheit beschloß. Breiting und Günther bestritten nicht, daß sie bei Kuhn waren, der genannte Vorschlag jedoch wäre vom Volkskommissar und nicht von ihnen gekommen.³²

War das Blatt 1918 bereit, mit den Sozialdemokraten (den vermeintlichen neuen Machthabern) zusammenzuarbeiten, bewegten sich die LNN danach in der Parteienlandschaft immer weiter nach rechts: DDP, DVP und nach den Septemberwahlen 1930 schließlich mehr und mehr NSDAP. Aber auch diese Bindung hielt nicht lange. 1932 reihten sich die LNN, wenn auch mit einigen Verbeugungen in Richtung Hitler, in die Hindenburg-Front ein. Hatte also Arno Voigt recht, als er schrieb, die LNN würden immer mit dem Strom schwimmen, um ihre Auflage – und damit den Profit – nicht zu gefährden?

Sicher wird das Gewinnstreben einen Teil dazu beigetragen haben, daß sich die LNN (fast) immer im Lager der gerade stärksten bürgerlichen Partei befanden. Bei den Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat dürfte das Ziel, den Verlag zu retten, sogar oberstes Gebot gewesen sein. Aber trotzdem läßt sich das Blatt nicht einfach in die Ecke »Geschäftspresse« schieben. Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« hatten sich im November 1918 »auf den Boden der Tatsachen« gestellt. »Tatsache« war für die Redaktion, daß ein Zeitalter begonnen hatte, in dem zwei große Gruppen um

Staatsbürgerliche Erziehung. In: Cornelia. Veröffentlichungen des Allgemeinen deutschen Elternbundes für Schulreform 50(1914)1; Andreas Müller: Die nicht-proletarische Zeitungspressen Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 19; Hermann Degener: Unsere Zeitgenossen. Wer ist's? VIII. Ausgabe. Leipzig 1922. S. 538; Nachrichten in: DP 5(1917)12, 24(1933)17; ZV 22(1921)51; Zeitungsausschnitte in: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 88. Bl. 32.

32 N. N.: »Wie Hoflakaien mit Majestät...« In: NLZ 3(1923). Nr. 241 vom 1. September.

die Macht im Staate (und die Verteilung der Gelder) kämpfen würden: die Anhänger der Privatwirtschaft (Bürgertum) und die Vertreter des sozialistischen Wirtschaftsprinzips (Arbeiterbewegung). Zwischen diesen beiden Seiten des Grabens gab es für die LNN keine Brücke, hier fiel die Entscheidung über die Zukunft des Landes, alles andere waren Nebenschauplätze. In diesem Ringen die Interessen des Bürgertums zu vertreten (das hieß in erster Linie: die Interessen des Leipziger Bürgertums), wurde zum Leitgedanken des Blattes. Ein Sieg über den »Marxismus« war dabei nach Meinung der Redaktion nur möglich, wenn das bürgerliche Lager auf alle Parteikämpfe verzichtete und geschlossen in die Schlacht ging. »Sammlung« hieß deshalb die Parole, Sammlung um die Ideen »Nation« und »Persönlichkeit«³³. Dabei wurde in der Regel die Partei unterstützt, die dem Verschmelzungsgedanken am ehesten gerecht wurde, also die meisten »nichtmarxistischen Stimmen« auf sich vereinte. Die Agitation der NSDAP gegen die Arbeiterparteien machte es den LNN folgerichtig leicht, die Entwicklung der Hitler-Partei zunächst wohlwollend zu betrachten, alle anderen – der Privatwirtschaft keineswegs förderlichen – Elemente des faschistischen Gedankenguts würden sich schon abschleifen lassen. Als sich die Redaktion über die Pläne Hitlers im klaren sein mußte, verhinderte der Blick auf das Geschäft – die Massen der NS-Wähler hätten verprellt werden können – eine klare Stellungnahme.

Zu den »Tatsachen« gehörte für die LNN auch der Staat von Weimar. Steffen Reichert hat festgestellt, daß das Blatt vom ersten Tage an Verfassung und parlamentarisches System bekämpft habe und während der ganzen Zeit ein scharfer Gegner der Koalitionspolitik mit der SPD gewesen sei.³⁴ Dies kann so nicht unwiderspro-

33 Auf der gleichen Grundlage baute Alfred Hugenberg sein Presseimperium auf. Er war der Meinung, daß eine Zeitung ihren Kristallisationspunkt nicht in der Interessenvertretung, sondern nur in allgemeinen Ideen finden könne. Bei Hugenberg waren dies der »nationale Gedanke« und die »Wiederdurchsetzung des Persönlichkeitsgedankens in Kultur und Wirtschaft« (Ludwig Bernhard: Der »Hugenberg-Konzern«. Berlin 1928. S. 59).

34 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 74, 82, 92.

chen bleiben. Die Frage Monarchie oder Demokratie stand für das Blatt überhaupt nicht. Weimar war der Rahmen, in dem sich Bürgertum und Arbeiterbewegung gegenüberstanden, daran gab es nichts zu rütteln. Vielmehr ging es den LNN gemäß dem oben erläuterten Verständnis darum, ihrer Klientel Einfluß (was immer auch hieß: den Zugriff auf Steuergelder) zu sichern. Die Grundidee der ersten deutschen Republik – Zusammenarbeit von (gemäßigter) Sozialdemokratie und (verfassungstreuem) Bürgertum – lehnte die Zeitung demzufolge ab, wenn aber eine rein bürgerliche Regierung nicht möglich oder gar eine Arbeiterregierung im Amt war (wie Anfang der 20er Jahre in Sachsen), traten die LNN für das »kleinere Übel«, die Koalition mit der SPD, ein. Alle Reformvorschläge für die Verfassung liefen darauf hinaus, die Wahrscheinlichkeit zu verringern, daß eines Tages doch die Arbeiterparteien die Oberhand gewinnen konnten (Ständeparlament, Abschaffung des Verhältniswahlrechts).

Diese politische Botschaft wurde den LNN-Lesern verständlich und einprägsam übermittelt. Die Redaktion verknappte dabei häufig ihre ganze Argumentation auf Schlagworte (»Sowjet-Sachsen«, »vaterlandslose« Sozialdemokraten), die dann ständig wiederholt wurden. Dazu kam – vor allem in kommunalen Fragen – Populismus (Ablehnen von Tarifierhöhungen, Schimpfen auf das »System«). Nicht von ungefähr verlangte Verleger Edgar Herfurth von seinen Schriftleitern, die »Regungen des Massenwillens« belauschen und richtig deuten zu können.³⁵ Die führenden Köpfe der LNN waren allesamt hoch gebildet und außerdem hervorragende Stilisten.³⁶ Ihre Analysen des politischen Geschehens – obwohl für den Tag geschrieben – dürften noch heute nicht nur Journalisten beim Lesen Vergnügen bereiten.

35 Ansprache von Geheimrat Dr. h. c. Edgar Herfurth am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933. S. 8.

36 Bildung, Berufserfahrung und guter Stil waren stets die Anforderungen, die in Stellenanzeigen der LNN gestellt wurden. So hieß es bei der Suche nach einem Redakteur für die Berliner Vertretung: »Es kommt nur eine repräsentative Persönlichkeit in Betracht, die in der Lage ist, die täglichen politischen Vorgänge in klarer, dabei fesselnder Form darzustellen. Große Gewandtheit im Verkehr mit Behörden und Politikern [...] ist Voraussetzung« (ZV 21(1920)28). Von einem

Sonntags-Nummer 30 Pfg.

Heute mit „Welt im Bild“

Fr. 257

Leipziger Neueste Nachrichten

Handels-Zeitung

vormals Leipziger Nachrichten
Sonntag, den 14. September 1930

Die Leipziger Neueste Nachrichten sind eine der größten Zeitungen Deutschlands. Sie werden in Leipzig und in allen Provinzen Deutschlands und in den Auslandsländern vertrieben. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben.

Die Leipziger Neueste Nachrichten sind eine der größten Zeitungen Deutschlands. Sie werden in Leipzig und in allen Provinzen Deutschlands und in den Auslandsländern vertrieben. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben.



Staatsbürger! Heute oder nie haft Du Gelegenheit durch Deinen Stimmzettel die trübe Lage zu verbessern, wenn Du reichstreu wählst! Die Hindenburgfront muß siegen!

Enttarnungen französischer Spionagenetzwerke Frankreich bezahlte den Dolchstoß...

Deutsche Sozialdemokraten führten ihn durch

Die Berliner Zeitung „Die Welt“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 11. und 12. Mai 1930 unter dem Titel „Die Enttarnung eines französischen Spionagenetzes“ die Geschichte der Enttarnung eines französischen Spionagenetzes, das von 1918 bis 1929 in Deutschland tätig war. Die Enttarnung wurde durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten ermöglicht, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten.

Die Berliner Zeitung und die Berliner Sozialdemokraten sind die ersten, die die Enttarnung dieses französischen Spionagenetzes bekannt gemacht haben. Die Enttarnung wurde durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten ermöglicht, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten.

Im Hofstrasse von Kinnernern

Einmalige Enttarnung eines französischen Spionagenetzes, das von 1918 bis 1929 in Deutschland tätig war. Die Enttarnung wurde durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten ermöglicht, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten.

Die Enttarnung dieses französischen Spionagenetzes ist ein Beweis für die Fähigkeit der deutschen Sozialdemokraten, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten. Die Enttarnung wurde durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten ermöglicht, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten.

Die Enttarnung dieses französischen Spionagenetzes ist ein Beweis für die Fähigkeit der deutschen Sozialdemokraten, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten. Die Enttarnung wurde durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten ermöglicht, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst die Spionagenetze enttarnen konnten.

Woh wählen, Bürger!

Die Berliner Zeitung hat für Sie die Wahl, die Sie heute wählen sollen, in der parlamentarischen Form dargestellt. Die Berliner Zeitung hat für Sie die Wahl, die Sie heute wählen sollen, in der parlamentarischen Form dargestellt. Die Berliner Zeitung hat für Sie die Wahl, die Sie heute wählen sollen, in der parlamentarischen Form dargestellt.

Geh frühzeitig wählen!

Wahlzeit von 8-17 Uhr

Verantwortung Seite 2

Einzelnummer 20 Pfg.

Nr. 209

Leipziger Neueste Nachrichten

Handels-Zeitung

vermehrt Leipziger Nachrichten

Freitag, den 20. September 1930

Die Leipziger Nachrichten sind eine der ältesten und bedeutendsten Zeitungen Deutschlands. Sie sind für die Leipziger Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit, da sie alle Nachrichten aus der Stadt und Umgebung sowie die wichtigsten Nachrichten aus dem In- und Ausland enthält. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend erschienen und enthält eine große Anzahl von Artikeln, die die Interessen der Leipziger Bevölkerung betreffen. Die Zeitung ist in der Regel für 20 Pfennige zu haben.

Die Leipziger Nachrichten sind eine der ältesten und bedeutendsten Zeitungen Deutschlands. Sie sind für die Leipziger Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit, da sie alle Nachrichten aus der Stadt und Umgebung sowie die wichtigsten Nachrichten aus dem In- und Ausland enthält. Die Zeitung ist in der Regel am Freitagabend erschienen und enthält eine große Anzahl von Artikeln, die die Interessen der Leipziger Bevölkerung betreffen. Die Zeitung ist in der Regel für 20 Pfennige zu haben.

Hitler als Zeuge vorm Reichsgericht

Beispiellos schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen in Prag

Reichsanwalt Dr. Brüning reist nicht nach Dresden — Das österreichische Kabinett prüft gestern — Schwere Zwischenfälle im Weisepreßbezirk — Klammiger Protest der Leipziger Stadtverordneten gegen die Pläne der Reichsregierung

Der dritte Verhandlungstag

Die kaiserliche Regierung hat Adolf Hitler als Zeuge beim Reichsgericht in Leipzig vorgeladen. Der Reichsanwalt Dr. Brüning reist nicht nach Dresden, sondern nach Prag, um die dortigen Ausschreitungen gegen die Deutschen zu untersuchen. Das österreichische Kabinett hat gestern eine Sitzung abgehalten, um die Lage in Prag zu besprechen. In Leipzig haben die Stadtverordneten einen klammigen Protest gegen die Pläne der Reichsregierung abgegeben.

Was mit Adolf Hitler die Frage angeht, so wird seine Aussage im Reichsgericht von großer Wichtigkeit sein. Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen.

Nur auf legalen Wegen...

Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen.



Hitler (C) vor dem Reichsgericht.

Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen.

Adolf Hitler sagt aus:

Adolf Hitler hat in der Reichsregierung seine Aussagen gemacht. Er hat die Ereignisse in Prag beschrieben und seine eigene Rolle dabei erklärt. Er hat auch seine Ansichten über die deutsche Politik und die Rolle der Reichsregierung geäußert. Seine Aussagen sind von großer Wichtigkeit für die deutsche Bevölkerung.

Adolf Hitler hat in der Reichsregierung seine Aussagen gemacht. Er hat die Ereignisse in Prag beschrieben und seine eigene Rolle dabei erklärt. Er hat auch seine Ansichten über die deutsche Politik und die Rolle der Reichsregierung geäußert. Seine Aussagen sind von großer Wichtigkeit für die deutsche Bevölkerung.

Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen.

Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat die Pläne, Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht zu stellen, durchgesetzt. Die Leipziger Stadtverordneten haben sich dagegen ausgesprochen.

2.2 »Neue Leipziger Zeitung«: Marxistischer als die Marxisten?

Wenn man die »Neue Leipziger Zeitung« (NLZ) in das gerade skizzierte »Graben-Bild« der LNN einzeichnen will, dann versuchte die NLZ das zu erreichen, was es im Verständnis der »Neuesten Nachrichten« gar nicht geben konnte: eine Brücke zu schlagen zwischen Bürgertum und Arbeiterparteien, zwischen den Gruppen, die dem Graben jeweils am nächsten standen.

Im schon zitierten Polizeibericht von 1934 wird die »Tendenz der Neuen Leipziger Zeitung« in der Weimarer Zeit als »linksdemokratisch, bisweilen sogar marxistisch« beschrieben: »Ihre Artikel gegen die nationalen Parteien, insbesondere gegen den Nationalsozialismus, übertrafen häufig an Schärfe und Gehässigkeit noch die marxistische Presse. Diese Richtung verschärfte sich in auffallender Weise kurz vor der nationalen Erhebung.«³⁷

Diese Einschätzung trifft allerdings – die Wortwahl einmal beiseite lassend – nur auf die Schlußphase der Weimarer Republik zu. Mit jedem Wechsel in den Besitzverhältnissen änderte sich auch das Journalismusverständnis der »Neuen Leipziger Zeitung«. Die Übergänge vollzogen sich dabei fließend. Einzige Konstante blieb das Bekenntnis zu Republik und Demokratie.

Vom unpolitischen Heimatblatt zur Kampfzeitung für die Republik

Der Ullstein-Verlag (bis Ende 1922 im Besitz der Mehrheitsanteile) versuchte, die NLZ nach dem Vorbild der »Berliner Morgenpost« zu einem Blatt für die Massen auszubauen. Das hieß: weitgehender Verzicht auf eine eigene Meinung in Parteien- und Wahlkämpfen, dafür mehr Sport und mehr Unpolitisches (Lokalthemen, Plauderei-

künftigen Politikredakteur wurden »abgeschlossene akademische Ausbildung und mehrjährige Praxis« (ZV 20(1919)46.) oder auch »umfangreiches Wissen und fesselnder Stil« (ZV 22(1921)26.) verlangt.

37 Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30. Oktober 1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 647. Bl. 41.

en), überhaupt mehr »Volkstümlichkeit« (anstatt beispielsweise Börsenvorgänge zu kommentieren, führte die NLZ die Serie »Börsenleben und Börsentypen« ein³⁸) und eine verstärkte Hinwendung zum Leser (Umfragen, Preisausschreiben; Leserbriefe erschienen nun an hervorragender Stelle, oft auf Seite 3). Dazu kamen niedrige Preise (Abonnement, Anzeigen) und Identifikationsfiguren. In der »Neuen Leipziger Zeitung« warben »Kieselang und Klotsche«, bei denen Pat und Patachon Pate gestanden haben könnten, für die billige Kleinanzeige und sonstige Vorzüge des Blattes – wie der Rentner Mudiche in der »Berliner Morgenpost«³⁹.

Nach der Übernahme der NLZ durch den Prager Mercy-Verlag wurde aus der unpolitischen Heimatzeitung ein Kampfblatt für Republik und Demokratie. Die »Neue Leipziger Zeitung« deckte nicht nur Verstöße gegen Geist und Buchstaben der Verfassung auf. Der Sinn des Staates von Weimar bestand für die Redaktion in der »gerechten Verteilung der Lasten«. Dieses Ziel bestimmte ihre Haltung. Die NLZ war Wächter der Republik (als Hauptgefahr wurden die Angriffe von rechts gesehen) und Anwalt der sozial Schwachen. Der Idee des Interessenausgleichs entsprach auf Regierungsebene die Große Koalition (SPD, Zentrum, DDP, DVP). Wer von diesen Grundgedanken abwich, wurde von der NLZ angegriffen. Dies galt auch für die Demokratische Partei, der sich das Blatt besonders nahe fühlte. Obwohl die NLZ in der DDP nahezu ohne Einfluß blieb (das Blatt versuchte mehrmals erfolglos, verschiedene Parteigremien nach »links«, zu einer Politik der »sozialen Demokratie« zu drängen) und auch dem Übergang zur Staatspartei ablehnend gegenüberstand, blieb die Zeitung der Partei bis zu den Novemberwahlen 1932 treu. Den Schritt in das SPD-Lager, eigentlich logische Konsequenz (schon 1924 hatte das Blatt die Sozialdemokraten als »Verteidiger der Republik« bezeichnet⁴⁰), vollzog die NLZ selbst danach nicht oder nur halbherzig.

38 Siehe u. a. NLZ 1(1921). Nr. 283 vom 13. Oktober.

39 Siehe Jörg Simon: Konservative Presse und sozialer Wandel. Diplomarbeit. Universität Leipzig. FB KMW 1992. S. 50.

40 N. N.: Der Innenkurs. In: NLZ 4(1924). Nr. 22 vom 22. Januar.

Das hier gezeichnete Bild bedarf allerdings einiger Korrekturen für die Zeit, bevor Hermann Ullstein als Aufsichtsrats-Vorsitzender das Sagen im Verlag hatte und sich die NLZ als Bollwerk gegen den Faschismus verstand (ab 1930).⁴¹ Die Entwicklung zum republikanischen Kampfblatt ging in den 20er Jahren einher mit dem – schon vom Ullstein-Verlag begonnenen – Ausbau des Sportteils und der Berichterstattung über nichtpolitische Themen (vor allem Unglücksfälle und Verbrechen aller Art). In der ersten Oktoberwoche 1928 nahmen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft nicht einmal ein Drittel der Zeitungsfläche ein, Sport, Sensationen und Unterhaltungsbeiträge dagegen weit über die Hälfte.⁴² Das Konkurrenzblatt »Leipziger Neueste Nachrichten« bot seinen Lesern wesentlich mehr »geistige Nahrung«.⁴³ Die Zahlen zur Themengewichtung entsprechen dem äußeren Bild der »Neuen Leipziger Zeitung«. Häufig wurden spektakuläre Ereignisse wie Gerichtsverfahren, Verbrechen, technische oder Naturkatastrophen zum »Thema des Tages« erhoben und auf den ersten Seiten »ausgewalzt«. Montags war das Blatt fast eine reine Sportzeitung (in der Regel sechs von zwölf oder vierzehn Seiten).

41 Siehe S. 211ff.

42 Themenangebot der NLZ vom 1. bis 8. Oktober 1928 (in Prozent), Politik: 13,55, Wirtschaft: 18,01, Nichtpolitisches: 19,21, Sport: 17,84, Kultur/Unterhaltung: 18,45. Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 23, 76 L.

43 Dieser Aussage liegt ein Vergleich des Themenangebots beider Blätter in der ersten Oktoberwoche 1925 (NLZ auch 1921 und 1928) zugrunde. Erfasst wurden dabei sowohl die Zahl der Beiträge als auch die von ihnen eingenommene Fläche. Der Analysebogen enthielt folgende Rubriken: Politik, kommunale Angelegenheiten (davon Leipziger Umgebung, Stadtparlament), Wirtschaft, Kultur/Unterhaltung (davon Rezensionen, Roman), Nichtpolitisches (davon Sensationen), Sport, Dienstleistung, Inserate. Für 1925 (5.–11.10.) ergab sich folgendes Bild (Zeitungsfläche in Prozent, vor der Klammer LNN). Politik/Wirtschaft: 45,34 (34,89), Nichtpolitisches/Sport/Kultur: 40,95 (53,11). Noch deutlicher wird der Unterschied beim Vergleich der absoluten Zahlen (in cm², vor der Klammer LNN). Politik: 27.770 (19.216), Wirtschaft: 27.620 (15.848), Kultur: 25.065 (19.451), kommunale Angelegenheiten: 12.740 (9.802), Nichtpolitisches: 15.420 (16.961). Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 22f., 49f., 76 K, L, M.

Heute mit der „Zeitung“ und „Hochschule für Alle“

Neue Leipziger Zeitung

LEIPZIGER ZEITUNG / LEIPZIGER TAGEBLATT
Erstmalig durch den Reichsdruckrat als „Zeitung“ anerkannt. Seit dem 1. April 1932 ist die Zeitung als „Leipziger Zeitung“ eingetragen. Die Zeitung ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien.

Sonntag, 6. November 1932

LEIPZIGER ALTERNATIVE ZEITUNG
Die Leipziger Alternative Zeitung ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung und der demokratischen Parteien.

1000 Mark Unfallversicherung laut Bedingungen für jeden Abonnenten und Ehegatten beim „Deutschen Lloyd“

Wählt Linke oder Mitte!

Wählt nur verfassungstreue Parteien!

Zum zweiten Male in diesem Jahre wird das deutsche Volk aufgerufen, einen neuen Reichstag zu wählen. Welcher Partei die Stimme geben? Die Wahl ist diesmal nicht schwer. Denn es handelt sich nicht darum, aus den zwei Dutzend Parteien, die sich zur Wahl gestellt haben, die Partei auszuwählen, deren Programm der eigenen Überzeugung am nächsten kommt. Das sind Sorgen, die wir besseren Jelten überlassen können. Jetzt aber ist unsere Not, unsere Illanzelle, unsere gelähmte, unsere politische Not so groß, daß nur zwei Grundfragen beachtet werden müssen: Es darf keine Aulastle geben, wie sie Hitler verlangt und wie sie Deppen durch Einjahreslangente herbeiführen wird. Dann Aulastle bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit, vermehrte Not. Wir aber wollen nicht vermehrte Not, sondern Befreiung der Arbeitslosigkeit!

Es darf ferner keine Verfassungs-„reform“ geben, die nicht eine Verbesserung der Weimarer Verfassung ist, sondern das deutsche Volk in Herr und Knecht, in eine kleine herrschende Kaste und in eine große Masse von beherrschten Unterworfenen scheiden will. Wir wollen — nach außen und nach innen — ein freies Volk sein, das seine Geschichte selbst bestimmt. Deshalb muß jeder wählen!

Wir müssen den Boden wiederbergsinnien, von dem aus das deutsche Volk seinen Wiederaufstieg beginnen kann. Wählt also nur verfassungstreue Parteien. Kämpft mit dem Stimmzettel für eure Rechte. Rättelt die Wahlmänner an, wenn sie mit zur Hine. Niemand darf fehlen. Wer nicht wählt, unterstützt keine Wegner. Daher schließt die Reihen. Schützt die Verfassung. Wählt!

Wahlzeit von 9 bis 18 Uhr

Schließt die Reihen! Schützt die Verfassung!



Diese Entwicklung (Zugeständnis an den vermeintlichen Lesergeschmack?) endete erst Anfang der 30er Jahre. Nun bestimmte der Kampf um die Verfassung und gegen die Gefahr von rechts die Titelseiten. Die NLZ war dabei bereit, die Demokratie notfalls mit diktatorischen Mitteln zu verteidigen. Nur zweimal, nach den Preußen-Wahlen im April und den Reichstagswahlen Ende Juli 1932, verzweifelte die Redaktion für kurze Zeit am scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Hitlers. Dem Ja zu einer möglichen Beteiligung der NSDAP an der Regierung folgte jedoch wenig später jeweils ein deutliches Nein, das die NLZ bis zum 5. März 1933 durchhielt, wenn auch die letzten drei Wochen vor der Wahl mit (verständlichen) Abstrichen.

3. Struktur des Zeitungsinhaltes

3.1 Umfang und Anzeigen

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« waren etwas teurer als die »Neue Leipziger Zeitung«⁴⁴, dafür bekam der LNN-Abonnent aber auch mehr Papier. Das Blatt erreichte jedoch in der Weimarer Republik nie den Umfang der Vorkriegszeit. Waren 1913 an einem normalen Wochentag noch 36 bis 38, montags 20 und sonntags bis zu 80 Seiten die Regel, erhielten die Leser nach dem Krieg selbst in wirtschaftlich guten Jahren außer sonntags nur selten Ausgaben mit mehr als 30 Seiten.

Dennoch blieben die »Neuesten Nachrichten« zumindest bis Anfang der 30er Jahre das mit Abstand umfangreichste Blatt der Stadt. Die »Neue Leipziger Zeitung« bot ihren Lesern zwar fast genausoviel Lesestoff, das Herfurth-Blatt hatte aber einen weit größeren Anzeigenteil. Dies änderte sich allerdings nach 1930. Der Anzeigenvorsprung der LNN (in der von mir untersuchten »künstli-

44 Das LNN-Abo kostete nach der Inflation drei Mark im Monat und war damit 50 Pfennige teurer als das der NLZ. Zum 1. Januar 1932 senkten beide die Preise, die LNN auf 2,70 Mark, die NLZ auf 2,30 Mark.

chen Woche« 1930 noch 50 Seiten) verringerte sich 1931 deutlich (5 Seiten), die NLZ erreichte nun fast den gleichen Umfang.⁴⁵

Geht man davon aus, daß das Anzeigenaufkommen nicht allein ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Zeitungsunternehmens ist, sondern auch Aufschluß darüber gibt, welchen Wertbewert die Wirtschaft einem Blatt beimißt, so ist dieses veränderte Kräfteverhältnis ein Indiz dafür, daß die Vormachtstellung der LNN auf dem Leipziger Pressemarkt Anfang der 30er Jahre möglicherweise zu bröckeln begann. Da in der Stadt bereits 1930 gemunkelt wurde, daß die NLZ die LNN-Auflage zumindest erreicht hätte⁴⁶, habe ich entgegen dem ursprünglichen Plan auch sieben Ausgaben des Jahres 1932 untersucht.⁴⁷ Die LNN waren hier mit 79 Anzeigenseiten die Nummer eins (NLZ: 54), der alte Abstand (1924: 66, 1927: 52, 1930: 50 Seiten) wurde allerdings bei weitem nicht mehr erreicht.

Gegen das erwähnte Gerücht spricht auch, daß die Herausgeber der »Neuen Leipziger Zeitung« den Stadtverordneten 1930 im Gegensatz zum Herfurth-Verlag jede Auskunft über die Auflage verweigerten⁴⁸, obwohl sie die Chance hatten, bei annäherndem

45 In den von mir untersuchten »künstlichen Wochen« ergab sich folgendes Bild (vor der Klammer LNN), 1913: 276 Seiten insgesamt/davon 149,5 Seiten Anzeigen, 1924: 194/112 (NLZ: 126/46), 1927: 206/103 (NLZ: 148/52), 1930: 236/126 (NLZ: 180/76), 1931: 164/62 (NLZ: 150/57), 1932: 176/79 (NLZ: 136/54). Die LNN boten demzufolge an Lesestoff 1924: 82 Seiten (NLZ: 80), 1927: 103 (NLZ: 96), 1930: 110 (NLZ: 104), 1931: 102 (NLZ: 93), 1932: 97 (NLZ: 82). Da das Anzeigenaufkommen im Gegensatz zum Umfang des Textteils starken Veränderungen unterworfen war, läßt sich anhand dieser Zahlen keine verallgemeinernde Aussage über das Verhältnis von Text und Anzeigen treffen. 1924 waren fast 58 Prozent der LNN-Fläche mit Inseraten gefüllt, 1931 »nur« rund 38 Prozent. In der NLZ lag der Anzeigenanteil zwischen knapp 35 (1927) und etwas über 42 Prozent (1930). Siehe auch die Ergebnistabellen im Tabellenanhang.

46 N. N.: Dürfen die LNN Amtsblatt bleiben? In: LVZ 36(1930). Nr. 63 vom 15. März; Sitzung des Verfassungsausschusses vom 31.3.1930. Protokollauszug in: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 229.

47 Aus dem »Topf« 1931/1932 habe ich das Los »1931« gezogen. Siehe Methodenbeschreibung. S. 44f.

48 Siehe Schreiben der Leipziger Verlagsdruckerei an den Rat vom 15.4.1930. In:

Gleichstand die »Neuesten Nachrichten« als Leipziger Amtsblatt abzulösen⁴⁹ und sich damit einen alten Traum zu erfüllen⁵⁰.

3.2 *Der Zug der Zeit: Vieles bringen und damit jedem etwas*

»Vieles bringen und damit jedem mindestens etwas«, beschrieben die »Leipziger Neuesten Nachrichten« Anfang 1930 ihr Ziel.⁵¹ Das Blatt brachte damit eine Entwicklung in der bürgerlichen Presse Leipzigs auf den Punkt, die sich schon vor 1914 angedeutet und nach 1923 – unterbrochen durch Krieg, Nachkriegskrise und Inflation – beschleunigt fortgesetzt hatte. Die Zeitungen drangen in alle Bereiche des Lebens vor, wurden zu *Massenmedien* im doppelten Sinn (Auflage und Themenbreite), oder, wie es Karl Bücher formuliert hat, sie zogen alles an sich, für das sich irgendwie Interesse erwecken ließ.⁵² Das hieß für LNN und NLZ: (viel) mehr Sport,⁵³

Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 235; Schreiben der LNN an den Rat vom 16.4.1930. Ebenda. Bl. 232f.; Notarielles Gutachten über die LNN-Auflage. Ebenda. Bl. 238; Schreiben des Nachrichtenamtes an den Stadtverordnetenvorsteher vom 8.5.1930. Ebenda. Bl. 239.

- 49 Die SPD-Mitglieder im städtischen Verfassungsausschuß hatten die erwähnte LVZ-Meldung zum Anlaß genommen, eine Anfrage an beide Verlage zu richten. Die Stadtväter waren durchaus geneigt, den LNN die Bekanntmachungen zu entziehen, weil das Blatt die Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl vorzeitig veröffentlicht und damit nach Meinung vieler Abgeordneter einen Vertrauensbruch begangen hatte (Sitzung des Verfassungsausschusses vom 31.3.1930. Protokollauszug in: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 229; Schreiben des Rates an LNN und NLZ vom 11.4.1930. Ebenda. Bl. 231). Zum Kapitel Amtsblatt siehe auch S. 283ff.
- 50 Der Verlag der NLZ forderte regelmäßig vom Leipziger Rat, Bekanntmachungen als bezahlte Anzeigen zu erhalten und modifizierte dabei ständig seine Rabatt-Angebote. Siehe Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 58.
- 51 N. N.: Messeumzug des LNN-Wagenparks. In: LNN 38(1930). Nr. 62 vom 3. März. – Das Zitat geht auf Karl Bücher zurück: Die Grundlagen des Zeitungswesens. In: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926. S. 21.
- 52 Ebenda. S. 57.
- 53 Die Montagsblätter widmeten sich nun fast ausschließlich dem Sportgeschehen vom Wochenende, eine Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit, die mit der

mehr Unterhaltung, neue populärwissenschaftliche und Ratgeberbeilagen, sonntags eine Illustrierte für die ganze Familie, jede Woche eine Frauen-Seite und eine Kinder-Zeitung, regelmäßig Beilagen für Akademiker, Literaturfreunde und Hobbygärtner,⁵⁴ dazu täglich das Rundfunkprogramm. Die Zeitung stellte nicht mehr nur die Verbindung mit der weiten Welt und zum Geschehen in der eigenen Stadt her, sie wurde unentbehrlich für die Freizeit und zugleich eine Art Lagerfeuer für die Familie – jeder fand etwas, woran er sich wärmen konnte. Zugleich änderte sich die Gestaltung der Blätter. Die Überschriften wurden größer, graphische Elemente wie Linien und Kästen, mehrspaltige Beiträge, Zeichnungen sowie mehr und mehr auch Fotos lockerten die »Bleiwüste« auf.

Es wäre jedoch falsch, aus dem eben Gesagten zu schlußfolgern, daß ein Blatt aussah wie das andere und beide ihren Lesern die gleichen Themen anboten. Bei der geschilderten Entwicklung ging die »Neue Leipziger Zeitung« voran, sie war gewissermaßen das »moderne Element« im bürgerlichen Zeitungswesen Leipzigs, die »Leipziger Neuesten Nachrichten« dagegen veränderten sich nur langsam, für Neuerungen bedurfte es hier oft eines Anstoßes durch die Konkurrenz.

Noch Anfang der 20er Jahre glich das äußere Bild der »Neuesten Nachrichten« weitgehend dem der Vorkriegszeit: fortlaufender Text, kleine Überschriften (oft nur halbfette »Spitzmarken«), kaum Bilder oder Zeichnungen. Lediglich der Leitartikel befand sich nicht mehr am alten Platz. Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hatte am 9. November 1918 angewiesen, seine Bekanntmachungen jeweils an die Spitze der Zeitungen zu stellen.⁵⁵ Der LNN-Leitartikel wan-

gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung der Wettkämpfe zu erklären ist.

54 Die Beilagen erschienen entweder jede Woche oder alle 14 Tage, manchmal betrug der Abstand zwischen zwei Ausgaben auch vier Wochen. Da der Erscheinungsrhythmus häufig wechselte, sich auch Name und Aufmachung der Beilagen veränderten, würde es den Rahmen dieser Darstellung sprengen, eine Beilagen-Chronologie zu erstellen.

55 Beschlüsse des provisorischen engeren Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig. In: LNN 26(1918). Nr. 312 vom 10. November. – Die LNN hielten sich erst ab 12. November an die genannte Anordnung. Siehe LNN 26(1918). Nr. 313 und

derte folglich von der linken Spalte der ersten Seite auf die rechte, und dort blieb er dann.

Als die Ullstein AG im Frühjahr 1921 die kleinen Konkurrenzblätter LZ, LT und LAll übernahm,⁵⁶ reagierten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« mit verbessertem Leserservice. In der »Stadt-Zeitung« wurde der Text übersichtlicher gegliedert (mehr Überschriften, auch Zwischentitel, Einführung von Zweispaltern).⁵⁷ Wenig später veränderte die Redaktion auch die Börsenberichterstattung. Die Berliner und Leipziger Kurse wurden nicht mehr in Fraktur, sondern in Antiqua gedruckt, außerdem fand der Leser – wie in den Ullstein-Zeitungen bereits üblich – nun zum Vergleich den Vortagskurs.⁵⁸ Daß diese Verbesserungen tatsächlich als Reaktion auf die veränderte Konkurrenzsituation zu verstehen sind, zeigt vielleicht am besten die Mitte Mai 1921 eingeführte LNN-Modenbeilage, einer Nachahmung der Ullstein-Schnitte.⁵⁹

Ähnlich antwortete der Herfurth-Verlag auf die Gründung der »Neuen Leipziger Zeitung« Ende September 1921.⁶⁰ Die LNN übernahmen vom neuen Konkurrenten die Rubriken »Aus der Welt des Films« und »Allerlei vom Tage« (Kurznachrichten auf Seite eins, die später wieder verschwanden), bauten wie die NLZ den Sportteil aus und veröffentlichten erstmals auf der Titelseite eine Graphik.⁶¹ Noch zwei weitere Beispiele für dieses Herangehen seien angeführt: Am 19. März 1922 erschien in der NLZ die neue Beilage »Reisen

314 vom 11. und 12. November.

56 Siehe S. 85f.

57 Diese Veränderungen »gipfelten« darin, daß ab Ende Juli 1921 Barometer und Thermometer mit den aktuellen Werten an der Spitze der »Stadt-Zeitung« erschienen. Siehe LNN 29(1921). Nr. 203 vom 24. Juli.

58 Die neue Form der Börsenberichterstattung wurde am 12. Mai 1921 eingeführt. Siehe LNN 29(1921). Nr. 129 und 130 vom 11. und 12. Mai.

59 Siehe LNN 29(1921). Nr. 139 vom 22. Mai.

60 Zur NLZ-Gründung siehe S. 86f.

61 Siehe LNN 29(1921). Nr. 272 vom 2. Oktober (»Aus der Welt des Films«), Nr. 273 vom 3. Oktober (mehr als zwei Seiten Sport in dieser Montagsnummer, vorher war es im Höchstfall eine Seite), Nr. 276 vom 6. Oktober (»Allerlei vom Tage«), Nr. 285 vom 15. Oktober (erste Graphik). Ihr erstes Foto hatten die LNN am 21. Juli 1921 veröffentlicht (Nr. 199).

und Wandern«,⁶² zwei Wochen darauf führten die LNN ihre »Reise- und Bäderzeitung« wieder ein.⁶³ Auch bei der illustrierten Sonntagsbeilage ging die NLZ voran.⁶⁴ Zeitgleich brachten beide Blätter dagegen jeweils eine Messe-Beilage auf den Markt.⁶⁵

Der Konkurrenzkampf hatte jedoch auch Auswirkungen auf die »Neue Leipziger Zeitung«. So erschienen dort die Tagungsberichte aus dem Stadtparlament ab März 1922 in der gleichen Form wie in den »Neuesten Nachrichten«: Einem zusammenfassenden Kommentar folgte das Sitzungsprotokoll. Zuvor hatte die NLZ entweder nur einen kurzen »Stimmungsbericht« gegeben oder ausgewählte Reden unkommentiert gedruckt.

Der Unterschied in der Gestaltung beider Blätter zeigt sich am deutlichsten an ihrem Verhältnis zum Foto. Während die »Neue Leipziger« ab Anfang 1924 (Ende der Inflation, Einführung des Goldmark-Abos) verstärkt Bilder einsetzte (auch auf der Titelseite), blieben Fotos in den »Neuesten Nachrichten« bis Ende der 20er Jahre die Ausnahme. Noch 1930 veröffentlichte die Redaktion in der Regel nur ein Bild pro Ausgabe, erst 1932 wurde dann eine Rubrik »Bilder vom Tage« eingeführt, eine halbe Seite mit fünf oder sechs aktuellen Fotos, die ab November dann sogar täglich erschien. Auf der Titelseite fand der LNN-Leser auch Anfang der 30er Jahre nur zu außergewöhnlichen Anlässen ein Bild (beispielsweise bei Hitlers Auftritt vor dem Reichsgericht im September 1930⁶⁶).

62 NLZ 2(1922). Nr. 78 vom 19. März.

63 LNN 30(1922). Nr. 92 vom 2. April.

64 Hier hatte die NLZ eine Woche Vorsprung. Siehe NLZ 3(1923). Nr. 340 vom 9. Dezember; LNN 31(1923). Nr. 345 vom 16. Dezember.

65 LNN: Leipziger Weltmesse (LNN 30(1922). Nr. 62 vom 3. März), NLZ: Leipziger Messe-Umschau (NLZ 2(1922). Nr. 62 vom 3. März).

66 Siehe LNN 38(1930). Nr. 269 vom 26. September.

3.3 *Der Aufbau – ein Inhaltsverzeichnis*

Was fand der Leser, wenn er die LNN zur Hand nahm? Die Seite 1 widmete sich jeweils *dem* Thema des Tages (oder *den* Themen). Das waren zumeist politische Probleme, genausogut konnte an dieser Stelle aber auch über Ereignisse in Leipzig (Wahl des Oberbürgermeisters, Schüsse bei Demonstrationen) sowie in Kultur und Sport (Schmeling Weltmeister, Nikisch tot), Jubiläen (Hindenburg-Geburtstag) oder Sensationen (spektakuläre Prozesse, Erdbeben) berichtet werden. Die fette, zum Ausrufen geeignete Schlagzeile über alle drei Spalten wurde meist durch mehrere Unterzeilen ergänzt, die das Tagesgeschehen auf allen Gebieten zusammenfaßten. Die rechte Spalte war dem Leitartikel vorbehalten, der nur dann wegfiel, wenn die gesamte erste Seite für eine Betrachtung zur Verfügung stand (beispielsweise am 18. Januar 1931, dem 60. Jahrestag der Reichsgründung⁶⁷).

Der Leitartikel lief auf Seite 2 um. Hier und auf der nächsten Seite wurde die Politik-Berichterstattung fortgesetzt, weitere Meldungen und Berichte fanden sich im Innenteil. Seite 2 und oft auch ein oder zwei Spalten von Seite 3 waren durch »den Strich« geteilt. Im unteren Drittel hatte das Feuilleton seinen Stamplatz.

Für Lokales, Wirtschafts- und Sportmeldungen gab es jeweils eine »Zeitung in der Zeitung«: Stadt-Zeitung, Handels- und Industrie-Zeitung (mit großem Börsenteil) und Sport-Zeitung. Dazu kamen der Fortsetzungsroman, verschiedene Unterhaltungs- und Ratgeberbeilagen und natürlich Anzeigen. Das Schimpfwort »Inseratenplantage« verdankte das Blatt wohl vor allem seinen vielen Kleinanzeigen. Diese füllten an einem normalen Wochentag mindestens zwei, meist aber drei bis sechs und sonntags sogar bis zu 20 Seiten.⁶⁸

Namentlich gezeichnet wurden nur die Beiträge im Feuilleton und im Unterhaltungsteil. Der Bericht über die Stadtverordneten-sitzung schloß mit dem »Zeichen« des jeweiligen Reporters, mit

67 Siehe LNN 39(1931). Nr. 18 vom 18. Januar.

68 Zu Zeitungsumfang und Verhältnis von Text und Anzeigen siehe die Ausführungen weiter oben.

dem aber wohl nur Eingeweihte etwas anfangen konnten (Emil Wasser »unterschrieb« beispielsweise mit zwei Wellenlinien). Unter die Leitartikel durfte lediglich Paul Harms sein »Hs.« setzen.⁶⁹ Ausnahmen gab es nur bei Gastautoren.

Da die »Neue Leipziger Zeitung« im Prinzip genauso aufgebaut war, soll hier nur auf die Unterschiede eingegangen werden. Dem Trend »Weg von der Politikberichterstattung, hin zu Nichtpolitischem«⁷⁰ entsprechend, machte die NLZ viel häufiger als die LNN »bunte« Meldungen zum »Thema des Tages«. Auch die Gestaltung des Titelblattes variierten die NLZ-Redakteure – im Gegensatz zu ihren LNN-Kollegen – häufig: manchmal eine Schlagzeile über die ganze Seite, oft aber nur kleine Überschriften zu den einzelnen Beiträgen, mal ein einziges Thema, dann wieder fünf oder sechs Meldungen, der Leitartikel zwar meist in der rechten Spalte, hin und wieder aber auch links und manchmal überhaupt nicht. Da es keine Seltenheit war, daß die »Neue Leipziger« für Unglücksfälle oder technische Höchstleistungen gleich die ersten zwei oder drei Seiten verwendete, wanderten die anderen Rubriken entsprechend nach hinten. Der Lokalteil beispielsweise hatte weder einen festen Platz noch eine ständige Überschrift, es gab auch Tage, an denen er gar nicht erschien (Der LNN-Leser fand »seine« Stadt-Zeitung dagegen immer auf Seite 13.).

Dies änderte sich erst Anfang der 30er Jahre, als Hermann Ullstein in den Verlag kam.⁷¹ Der Kampf um Republik und Demokratie bestimmte nun auch die Titelseiten der »Neuen Leipziger Zeitung«. Der Leser mußte Lokal- und Kulturteil nicht mehr su-

69 Dieses Herangehen entspricht dem Presseverständnis, das Harms in seinem Buch »Die Zeitung von heute« beschrieben hat. Danach habe ein guter Leitartikel »vorweggenommenes Massener Urteil« zu sein. Deshalb sei es egal, wer diesen Aufsatz schreibe. Dem gehe ohnehin eine Beratung der maßgebenden Männer der Zeitung voraus, und einer müsse es schließlich übernehmen, dem Ergebnis dieses Meinungs-austausches eine druckreife Form zu geben. Die Persönlichkeit des Schreibers habe dabei um der Sache willen zurückzutreten. – Siehe Die Zeitung von heute. Leipzig 1927. S. 50ff.

70 Siehe S. 134f.

71 Siehe S. 99f.

chen, beide erhielten zunächst eine »ständige« Seite, die ab 1932 dann auch an der Überschrift zu erkennen war (»Rund um Leipzig«, »Kultur und Kunst«). Den Leitartikel – bereits vorher immer wenigstens mit einem Kürzel versehen – unterschrieb der Autor nun mit vollem Namen.

Dem Betrachter fällt ein weiterer Unterschied auf: Beide Blätter teilten ihre Textseiten unterschiedlich, die LNN in drei, die NLZ dagegen in vier Spalten. Hier soll nicht darüber gestritten werden, was leserfreundlicher ist, sicher gehen die Meinungen darüber auseinander. Zwei Anmerkungen seien dennoch gestattet. Hermann Ullstein schrieb in seinen Lebenserinnerungen, daß die deutsche Schrift im Gegensatz zur lateinischen breite Spalten benötige, ansonsten werde das Auge überanstrengt.⁷² Den Leipziger Zeitungslesern blieb die Frakturschrift im wesentlichen bis zum Ende der Weimarer Republik erhalten.⁷³ In Antiqua gesetzt wurden lediglich einige Überschriften (vor allem im nichtpolitischen Teil, verstärkt ab Ende der 20er Jahre, wobei die NLZ auch hier Vorreiterin war), die Wirtschaftsseiten (in der NLZ ab Ende 1931, in den LNN bereits ab 1925, das Blatt ging hier im November 1931 zum vierspaltigen Satz über) sowie nach 1930 einige wenige Rubriken in der NLZ (Leserbriefe, Pressestimmen beispielsweise). Neben dem Argument Ullsteins spricht auch die Möglichkeit, das Blatt besser gestalten zu können, für den dreispaltigen Satz der LNN (zweispaltige Beiträge lassen sich hier stärker hervorheben).

3.4 Lokalinformationen⁷⁴

»Leipziger Neueste Nachrichten« und »Neue Leipziger Zeitung« haben Lokalinformationen etwa gleich viel Platz zur Verfügung gestellt. Lag der Anteil der Meldungen mit Leipzig-Bezug in den LNN

72 The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 207.

73 Als der »Völkische Beobachter« Anfang Juni 1941 von der Fraktur- zur Antiquaschrift übergang, begründete er dies damit, daß die gotische eine »Juden-schrift« sei.

74 Die folgenden Angaben beruhen auf einer Untersuchung der Jahrgänge 1924,

vor dem Weltkrieg (1913) noch unter 20 Prozent, stieg diese Zahl bis Anfang der 30er Jahre auf über 27 Prozent.⁷⁵ Die Untersuchung der NLZ ergab Werte zwischen 26 und 29 Prozent.⁷⁶

Aber auch für den Lokalteil gilt, was schon ganz allgemein gesagt wurde: Die »Neue Leipziger Zeitung« war das moderne Element im Pressewesen der Stadt, war das Blatt, das auf dem Weg zu mehr Sport und mehr Sensationen voranging. Zu Beginn der 30er Jahre – mit der Berufung Hermann Ullsteins zum Aufsichtsratschef des Verlages – änderte sich jedoch dieses Journalismuskonzept.

Wer an Sportnachrichten aus Leipzig interessiert war, wurde 1924 von der »Neuen Leipziger Zeitung« weit ausführlicher unterrichtet als von den »Leipziger Neuesten Nachrichten«. Während die LNN diesem Thema in der untersuchten »künstlichen Woche« nicht einmal zweieinhalb Seiten widmeten, brachte die NLZ fast sechs Seiten. Zwar war der Lokalsportteil der »Neuen Leipziger« auch 1927 und 1930 größer, die »Neuesten Nachrichten« hatten aber den Rückstand erheblich verkürzt (9:8 bzw. 10:9 Seiten). 1931 kehrte sich das Verhältnis dann um: Nun brachten die LNN zwei Seiten mehr über den Leipziger Sport als die Konkurrentin.⁷⁷

Ähnlich verlief die Entwicklung in den Bereichen Kriminalität und Nichtpolitisches. Auf sechs »unpolitische« Lokalseiten in der NLZ kamen 1924 dreieinhalb in den LNN. Drei Jahre später hatten die »Neuesten Nachrichten« ein paar Meldungen mehr, die Unterschiede waren nur noch minimal.⁷⁸ 1924 veröffentlichte die »Neue

1927, 1930 und 1931 (NLZ und LNN) sowie 1913 (LNN). Vorgegangen wurde wie beschrieben (Einleitung, S. 41ff.). Die Ergebnistabellen sind im Tabellenanhang.

75 LNN. Anteil der Lokalinformationen am Gesamttext (in Prozent), 1913: 18,83, 1924: 21,25, 1927: 24,27, 1930: 25,71, 1931: 27,34.

76 NLZ. Anteil der Lokalinformationen am Gesamttext (in Prozent), 1924: 26,04, 1927: 28,17, 1930: 26,41, 1931: 26,8.

77 LNN. Lokalsport (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 2.578 (6.228), 1927: 9.085 (10.481), 1930: 10.300 (11.811), 1931: 9.800 (7.592); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 45 (78), 1927: 96 (154), 1930: 115 (147), 1931: 94 (92).

78 LNN. Nichtpolitische Lokalmeldungen (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 3.860 (6.208), 1927: 4.891 (4.534), 1930: 3.792 (4.098), 1931: 3.175 (4.551); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 79 (84), 1927: 76 (73), 1930: 105 (66), 1931: 49 (55).

Leipziger Zeitung« mehr als doppelt so viele Polizei- und Gerichtsnachrichten wie die »Leipziger Neuesten Nachrichten«, 1927 dagegen nahmen sich beide Blätter hier fast nichts. Im Gegensatz zu Sport und Nichtpolitischem aber brachte die NLZ in jedem der vier Vergleichsjahrgänge mehr Polizeinachrichten als die LNN.⁷⁹

Umgekehrt war dagegen das Verhältnis im Bereich Kommunalpolitik. Hier fand der Leser der »Leipziger Neuesten Nachrichten« mehr Meldungen, 1924 und 1930 sogar deutlich mehr, zu einem Zeitpunkt also – dieser Vorgriff läßt sich hier leider nicht vermeiden –, als die von den LNN unterstützten bürgerlichen Gruppen die stärkste Fraktion im Stadtparlament stellten und das Blatt versuchte, eine »antimarxistische Front« zu schaffen.⁸⁰ Daß der Vorsprung des Herfurth-Blattes in der kommunalpolitischen Berichterstattung 1927 nur knapp ausfiel und in der untersuchten Woche zudem viel weniger Nachrichten erschienen als in den anderen Jahren, dürfte aber nicht nur daran gelegen haben, daß aus den Wahlen Ende 1926 eine »rote Mehrheit« (LNN) hervorgegangen war. Drei der ausgelosten Daten fielen in die Parlamentsferien, darunter der Donnerstag und der Sonntag, zwei Tage, an denen gewöhnlich Versammlungsbericht und Vorschau erschienen.⁸¹

Zumindest bis 1930 widmeten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« auch dem Vereinsleben in der Stadt sowie »Personalien« deutlich mehr Platz als die »Neue Leipziger Zeitung«. Erst 1931 berichtete das Mercy-Ullstein-Blatt ähnlich ausführlich über Jubiläen, Beförderungen und Todesfälle wie die LNN und hatte für Vereinsnachrichten sogar ein paar Quadratzentimeter mehr übrig.⁸²

79 LNN. Lokale Polizei- und Gerichtsnachrichten (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 1.248 (2.638), 1927: 2.714 (2.713), 1930: 2.078 (3.753), 1931: 2.971 (3.326); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 29 (63), 1927: 63 (71), 1930: 53 (65), 1931: 52 (75).

80 Siehe S. 161ff.

81 LNN. Kommunalpolitische Nachrichten (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 2.828 (1.892), 1927: 1.020 (1.011), 1930: 5.039 (2.553), 1931: 1.931 (1.502); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 31 (16), 1927: 9 (7), 1930: 33 (10), 1931: 18 (9).

82 LNN. Leipzig-Personalien (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 717 (153), 1927: 538 (77), 1930: 509 (107), 1931: 794 (590); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 36

Den größten Unterschied zwischen beiden Blättern aber gab es im Annoncenteil. Auch wenn die »Leipziger Neuesten Nachrichten« in den 20er Jahren längst nicht mehr das Inserateaufkommen der Vorkriegszeit erreichten, füllten sie pro Woche 30 Seiten mit Kleinanzeigen aus der Stadt (1913: 50!). Die »Neue Leipziger Zeitung« kam nicht einmal auf zehn. Selbst 1931, als sich der Annoncenvorsprung der LNN deutlich verringert hatte⁸³, brachte das Blatt fast doppelt so viele Leipziger Kleinanzeigen wie die Konkurrentin. Allerdings fällt auf, daß das Herfurth-Blatt auf diesem Markt gegenüber 1930 rund 50 Prozent einbüßte, während die NLZ sich sogar leicht verbessern konnte.⁸⁴

4. Politische Haltung

4.1 »Leipziger Neueste Nachrichten«:

An der Seite des Bürgertums – wir oder sie?

Die Waffenstillstandsbedingungen »müssen angenommen werden«, forderten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« am 11. November 1918. »Unseren Lesern brauchen wir nicht zu sagen, daß es uns nicht leicht wird, diese Überzeugung auszusprechen. Wir sind nicht erst seit heute der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Widerstandes untunlich ist, aber es wäre uns, bei der Aufmerksamkeit, mit der die Presse der Entente uns beobachtet, als zweckwidrig erschienen, wenn wir diese Ansicht früher hätten aussprechen wollen.«⁸⁵ Einen Monat später wurde die Redaktion noch deutlicher: »Weil wir auf einen deutschen Sieg hofften und weil wir der Meinung waren, daß

(11), 1927: 25 (4), 1930: 23 (11), 1931: 24 (24).

LNN. Vereinsnachrichten (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1924: 1531 (851), 1927: 2979 (1617), 1930: 2414 (1854), 1931: 1480 (1608); *Anzahl der Beiträge*, 1924: 80 (65), 1927: 130 (107), 1930: 130 (120), 1931: 73 (99.)

83 Siehe S. 135.

84 LNN. Private Kleinanzeigen aus Leipzig (in Klammern NLZ). *Fläche in cm²*, 1913: 56.305, 1924: 34.740 (12.445), 1927: 35.845 (10.065), 1930: 38.105 (10.580), 1931: 18.260 (10.950).

85 N. N.: Die Bedingungen. In: LNN 26(1918). Nr. 313 vom 11. November.

dieser Sieg von unseren trefflichen Truppen nur zu erringen war, wenn die Heimat alle Unbequemlichkeiten dem einen Zweck unterordnete, das Feldheer leistungsfähig zu erhalten, haben wir die frühere Regierung und besonders die Heeresleitung nach allen Kräften gestützt. Kritik zu üben, auch da, wo sie angebracht gewesen wäre, ist bekanntlich uns ebenso sehr wie anderen durch die Zensur verwehrt worden.«⁸⁶

Ob die Leser diese Entschuldigungen angenommen haben, sei dahingestellt. Als andere in aller Öffentlichkeit längst die deutsche Niederlage eingestanden hatten, verbreiteten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« noch Durchhalteparolen und riefen fast täglich dazu auf, die innere Front zu stärken.⁸⁷ Den Sozialdemokraten wurde wegen ihrer Forderung nach einem Verzichtfrieden »Vaterlandsverrat« vorgeworfen⁸⁸, die Parlamentarisierung und vor allem die Bestrebungen in Richtung gleiches Wahlrecht verfolgte das Blatt mit Mißtrauen (naturgemäß sei vielmehr ein berufsständisches Wahlrecht; jedem Bürger eine Stimme zu geben, widerspreche schon der Verschiedenartigkeit der Menschen), auch wenn die Redaktion einer »gesunden Evolution« das Wort redete, die einer möglichen Revolution vorbeugen könne.⁸⁹ Und der Streit um die Rolle des Kaisers war für die LNN am 4. November 1918, fünf Tage, bevor Wilhelm II. abdankte, lediglich »unerquickliches Gezänk«. Schließlich sei der Monarch immer noch Träger der Staatsgewalt, und au-

86 N. N.: Der Kampf um die Preßfreiheit. In: LNN 26(1918). Nr. 345 vom 13. Dezember.

87 Siehe u. a. N. N.: Der sozialdemokratische Wunschzettel. In: LNN 26(1918). Nr. 266 vom 25. September; Dr. Wildhagen: Unsere Pflicht. Offener Brief an Herrn Geheimen Hofrat Professor Dr. Walter Goetz. Ebenda. Nr. 283 vom 12. Oktober; N. N.: Die neue Verfassung. Ebenda. Nr. 301 vom 30. Oktober; N. N.: Die Wollust der Erniedrigung. Ebenda. Nr. 307 vom 5. November.

88 N. N.: Scheidemanns Ultimatum. In: LNN 26(1918). Nr. 270 vom 29. September.

89 N. N.: Scheidemanns Ultimatum, In: LNN 26(1918). Nr. 270 vom 29. September; N. N.: Die »neue Aera« im Reiche. Ebenda. Nr. 277 vom 6. Oktober; N. N.: Der neue Geist. Ebenda. Nr. 283 vom 12. Oktober; N. N.: Die Neuordnung in Sachsen. Ebenda. Nr. 293 vom 24. Oktober; N. N.: Beschleunigung der Leipziger Wahlrechtsreform. Ebenda. Nr. 300 vom 29. Oktober.

ßerdem solle man nicht vergessen, was die alte Staatsform vor und während des Krieges geleistet habe.⁹⁰

Am 9. November 1918 konnten die LNN auf Anordnung des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates nicht erscheinen.⁹¹ Die leitenden Redakteure wandten sich daraufhin – wie bereits beschrieben – an Volkskommissar Kuhn.⁹² Das Verbot verdankten sie wohl auch einem Hetzartikel gegen die aufständischen Matrosen vom Vortag. Die LNN hatten dort von einem »Verbrechen« an Kaiser und Reich gesprochen: Das Unkraut des Bolschewismus müsse nun mühevoll ausgejätet werden, und daß Blut geflossen ist, sei zwar schmerzlich, aber schade nur wegen der Offiziere, die in »Verteidigung der Flagge ihres Schiffes« gefallen sind. Den Soldatenräten eine Sonderrolle zuzubilligen, lehnten die LNN rundweg ab.⁹³

Mit dem 10. November 1918 begann jedoch für die LNN ein neues Zeitalter. Anders als die »Leipziger Allgemeine Zeitung«, die noch 1920 von einem neuen Kaiser träumte,⁹⁴ fanden sich die »Leipziger Neuesten Nachrichten« mit dem Sturz Wilhelms sofort ab.⁹⁵ Nicht die Frage Monarchie oder Republik, sondern der Kampf gegen die »Gefahr des Bolschewismus« wurde zum Leitgedanken des Blattes – und blieb es bis zum Ende der Weimarer Republik. Die Fronten verliefen dabei für die Redaktion eindeutig. Auf der einen Seite die Anhänger der Privatwirtschaft, das Bürgertum, auf der anderen dagegen das Gespenst der Gemeinwirtschaft: »Beschlagnahme des gesamten Grund und Bodens, [...] Monopolisierung der Bodenschätze und daran anschließend der ganzen Schwerindustrie und später auch der verarbeitenden Industrie, das ist das Ziel, das die Verfechter der sozialistischen Republik erreichen wollen.«⁹⁶ Dies

90 N. N.: Der Kaiser und die neue Verfassung. In: LNN 26(1918). Nr. 300 vom 4. November.

91 Nachricht in: LNN 26(1918). Nr. 312 vom 10. November.

92 Siehe S. 120ff.

93 N. N.: Unruhen und Unruhestifter. In: LNN 26(1918). Nr. 310 vom 8. November.

94 Siehe S. 51ff.

95 N. N.: Der Thronverzicht des Kaisers. In: LNN 26(1918). Nr. 312 vom 10. November.

96 N. N.: Sozialismus und Bolschewismus. Ebenda. Nr. 317 vom 15. November.

zu verhindern und den Einfluß der Arbeiterparteien auf allen Gebieten zurückzudrängen, machten sich die LNN zur Aufgabe. Einstweilen hätten die Sozialdemokraten lediglich einen Überraschungssieg errungen, hieß es am 15. November.⁹⁷ Diesen rückgängig zu machen und eine Wiederholung für alle Zeit zu verhindern, sei jedoch nur möglich, wenn das Bürgertum geschlossen gegen die Gefahr angehe: »Auch wer die neue Ordnung nicht gewollt und nicht mitgeschaffen hat, hat das Recht und die *Pflicht*, auf ihren Boden zu treten und in ihrem Rahmen mitzuwirken am Neubau unserer Zukunft.«⁹⁸ Die LNN verstanden sich dabei als »Sprachrohr des bürgerlichen Gewissens«,⁹⁹ als Interessenvertreter des Bürgertums, und hier vor allem der Leipziger Handwerker und Händler, Beamten und Angestellten.

Dazu kam jedoch noch ein anderes Moment. Mit Kriegsende war Deutschland zu einer zweitrangigen Macht geworden. In der Folgezeit lief das Reich mehrmals Gefahr, auseinanderzubrechen. Die LNN standen dagegen seit ihrer Gründung für den Traum von einem starken Deutschland. Im Sommer 1892 auf dem Höhepunkt der Bismarck-Begeisterung¹⁰⁰ gegründet, hatte die Zeitung den »Eisernen Kanzler« zu ihrer Gallionsfigur gemacht und war nicht zuletzt durch ihren Nationalismus zum führenden Leipziger Blatt aufgestiegen.¹⁰¹ Kampf für »Größe, Einheit und Freiheit des deutschen Volkes«, beschrieb die Redaktion zum 25. LNN-Geburtstag im Jahre 1917 ihr Hauptziel.¹⁰² Und Verleger Edgar Herfurth be-

97 Ebenda.

98 N. N.: Reichstag und Umwälzung. Ebenda. Nr. 315 vom 13. November.

99 N. N.: Das Gewissen der Revolution. Ebenda. Nr. 321 vom 19. November.

100 Bismarck war im Sommer 1892 nach Wien gefahren, um der Hochzeit seines Sohnes Herbert beizuwohnen. Nicht nur bei seinem Einzug in die Habsburg-Metropole wurde der abgesetzte Kanzler von begeisterten Menschen gefeiert, sondern auch auf der Hin- und Rückreise quer durch Deutschland, so in Dresden (Fackelzug zu Ehren Bismarcks), München und Jena. Siehe Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas. Berlin 1990. S. 580ff.

101 Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. a. a. O. S. 66.

102 N. N.: Leipziger Neueste Nachrichten 1892–1917. In: LNN 25(1917). Nr. 270 vom 1. Oktober.

kräftigte dies 1932: Mit heißem Herzen erstrebe das Blatt »die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zu alter Größe und altem Ansehen«¹⁰³. Deutschland wieder einen Platz im Konzert der Mächte zu sichern, wurde nach der Novemberrevolution und dem Vertrag von Versailles zum außenpolitischen Ziel der LNN.

»Einen Daseinskampf der Selbstbehauptung« fechte das Bürgertum gegen die sozialistischen Parteien aus, hieß es im LNN-Leitartikel vom 18. Januar 1919, einen Tag vor den ersten Wahlen. Von den Unabhängigen, die die Nationalversammlung nicht gewollt hätten und denen die Sozialisierung wichtiger sei als alles andere, trenne das Bürgertum eine Welt. Dagegen hoffe es, »mit den Mehrheitssozialisten, bei aller Verschiedenartigkeit der politischen Endziele, zum Heil des Deutschen Reiches zusammenarbeiten zu können.«¹⁰⁴

Mit diesen wenigen Worten nahmen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« all das vorweg, was in den nächsten knapp anderthalb Jahrzehnten ihre Spalten prägen sollte. Die Formel »Daseinskampf« schloß ein, daß selbst Probleme wie die Besetzung von Stadtratsposten oder die Wahlen der Elternbeiräte in den Volksschulen, wie die Aufführung einer Brecht-Weill-Oper in Leipzig oder die Gründung der Leipziger Volkshochschule von den LNN mit der Frage »Wir oder sie?« verknüpft wurden, wobei der Zweck (Erfolg über den politischen Gegner) die Mittel (von der Falschmeldung bis zur Verleumdung) heiligte. Das hieß aber keineswegs, daß das Blatt jede Zusammenarbeit ablehnte. Eine Bedingung für die Große Koalition stand im Leitartikel vom 18. Januar: Sie mußte dem Wohl des Vaterlandes, sprich außenpolitischen Interessen, dienen. Ein Zusammengehen mit den gemäßigten Sozialdemokraten befürworteten die LNN aber auch dann, wenn eine rein bürgerliche Regierung nicht möglich war. Eine Koalition erschien dem Blatt als kleineres Übel gegenüber jeder Minderheits- oder gar einer Arbeiterregierung.

103 Ansprache am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933. S. 15.

104 N. N.: Bürger, wehre Dich Deiner Haut! In: LNN 27(1919). Nr. 17 vom 18. Januar.

Neueste Nachrichten und Weimar

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« haben jede klare Stellungnahme zur Weimarer Verfassung und zur ersten deutschen Republik vermieden. Solcherart Glaubensbekenntnisse seien »doktrinäre Kinkerlitzchen«, schrieb das Blatt im Februar 1921. Die Frage der Staatsform wurde zu einer zweitrangigen erklärt, wichtiger sei es schließlich, daß der Staat selbst bestehen bleibe.¹⁰⁵ Diese Haltung erleichterte es den LNN, an ihrem Hauptziel zu arbeiten: unabhängig vom Regierungssystem mitwirken am Wiederaufbau, dem Bürgertum dabei den Platz sichern, den es »nach seiner Bedeutung für den Volkskörper verdient«.¹⁰⁶

Als die Deutsche Volkspartei sich im Juli 1922 zu Weimar bekannte, standen die LNN an ihrer Seite. Dieser Schritt fördere die »Erfüllung der gewaltigen Aufgabe, die vom Schicksal (!) für jeden aufrichtigen Deutschen gestellt ist: Wiederaufbau Deutschlands auf dem Boden der republikanischen Verfassung«. Zum wiederholten Male wurden die Deutschnationalen aufgefordert, sich nicht länger auf die Monarchie zu versteifen und so jede Mitarbeit zu blockieren.¹⁰⁷ Die Verfassung sahen die LNN zwar als Grundlage des Staatslebens, die aber keineswegs ein für allemal festgelegt, sondern »auf verfassungsmäßigen Wegen« durchaus zu ändern war.¹⁰⁸

Am »Schicksal« Republik an sich rüttelten die LNN nicht, wohl aber an zwei tragenden Säulen von Weimar. Das Blatt lehnte

105 N. N.: Wahlausfall und Regierungsbildung. In: LNN 29(1921). Nr. 52 vom 22. Februar. – Diese Argumentation blieb keineswegs auf die ersten Weimarer Jahre beschränkt. Zum 60. Jahrestag der Reichsgründung hieß es in den LNN: »Reichspräsident von Hindenburg hat [...] dem deutschen Volke den Wahlpruch vorgelebt, demzufolge das höchste Gut des Mannes sein Volk und das höchste Gut des Volkes sein Staat ist. Sein Staat – und nicht die Staatsform.« Siehe Hs. (Paul Harms): Sechzig Jahre Deutsches Reich. In: LNN 39(1931). Nr. 18 vom 18. Januar.

106 N. N.: Schließt die Reihen! In: LNN 26(1918). Nr. 324 vom 22. November.

107 N. N.: Staatswohl oder Parteiinteresse. In: LNN 30(1922). Nr. 189 vom 11. Juli. Zur DNVP siehe auch N. N.: Die »große Rechte«. In: LNN 29(1921). Nr. 247 vom 7. September.

108 Hs. (Paul Harms). Der bayrische Fehdehandschuh. In: LNN 31(1923). Nr. 289 vom 21. Oktober.

Parteien-Parlamentarismus und Verhältniswahlrecht von Anfang an ab. Schon im November 1918 forderten die LNN, die Wirtschaftsverbände bei der Kandidatenaufstellung mitreden zu lassen.¹⁰⁹ Mehrfach versuchte die Redaktion, die Liste der Leipziger DDP in diesem Sinne zu beeinflussen.¹¹⁰ Am 18. Januar 1919 schließlich hieß es: »Wen soll ich wählen? Wen – schon die Frage stimmt nicht mehr. [...] Wir wählen eine Liste, so wie sie aufgestellt worden ist von einer Partei, ohne die geringste Möglichkeit, [...] irgend etwas zu ändern.«¹¹¹ Den Parteien selbst gestanden die LNN dabei durchaus ein Daseinsrecht zu, sammelten sich hier doch nach Meinung der Redaktion »politische Ideen und Willensströmungen breiter Volkskreise«, die man weder verfolgen noch verbieten könne, warnendes Beispiel sei schließlich das Sozialistengesetz (für die LNN Bismarcks größter Fehler), das die Sozialdemokratie erst habe groß werden lassen.¹¹² Die Redaktion hielt es aber für möglich, den Einfluß der Parteien zu begrenzen, und zwar erstens durch »Persönlichkeiten« und außerdem durch eine zweite Parlamentskammer, die dem Reichstag mindestens gleichberechtigt sein mußte, aber nicht wie dieser aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sondern von den Berufsständen beschickt werden sollte. In der ersten Verfassungsdebatte forderten die LNN ein Vetorecht des Reichspräsidenten.¹¹³ Gut ein Jahrzehnt danach unterstützte das Blatt folgerichtig die Entwicklung in Richtung Präsidialkabinetts.¹¹⁴

109 N. N.: Ausblicke auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen. In: LNN 26(1918). Nr. 332 vom 30. November.

110 N. N.: Der Aufmarsch zu den Wahlen. In: LNN 26(1918). Nr. 334 vom 22. Dezember; N. N.: Die Leipziger Kandidaten. In: LNN 27(1919). Nr. 2 vom 2. Januar; N. N.: Der Schnitt ins eigene Fleisch. Ebenda. Nr. 9 vom 10. Januar.

111 N. N.: Bürger, wehre Dich Deiner Haut! Ebenda. Nr. 17 vom 18. Januar.

112 N. N.: Das Verbot der Deutschvölkischen. In: LNN 31(1923). Nr. 124 vom 7. Mai. – Zum Sozialistengesetz siehe Hs. (Paul Harms): Bayrisches Helldunkel. Ebenda. Nr. 310 vom 11. November und zur Parteiauffassung N. N.: Vor dem Versuch mit der großen Koalition. In: LNN 32(1924). Nr. 5 vom 5. Januar; N. N.: Zentrum und NSDAP. In: LNN 39(1931). Nr. 231 vom 19. August.

113 N. N.: Die erste Aufgabe der Nationalversammlung. In: LNN 27(1919). Nr. 18 vom 20. Januar.

114 Siehe u. a. N. N.: Wann kommt die Reichsreform? In: LNN 39(1931). Nr. 69 vom 10. März; Hs. (Paul Harms): Soll man die Verfassung feiern? Ebenda.

Sollte auf Reichsebene der Präsident das Gegengewicht zum Parlament sein, waren dies in den Städten nach Meinung der LNN Beamte, Bürgermeister und Stadträte. Diese hätten kraft ihres Studiums und ihrer langjährigen Praxis Erfahrungen, »die die ältesten Stadtverordneten schlechthin nicht haben können«¹¹⁵.

Schon 1922 riefen die LNN nach »wirklichem Führergeist«, nach Leuten, die aus den »dürren Parteiformeln« ausbrechen. Friedrich der Große, Bismarck, Luther, Goethe und Fichte, sie alle hätten selbstverständlich bestimmte Überzeugungen gehabt, aber das sei doch etwas völlig anderes als die Prinzipienreiterei, die man täglich am »neudeutschen Parlamentarismus« studieren könne.¹¹⁶ Ein Jahr später gipfelte diese Argumentation in der Feststellung, daß sich die Deutschen erlöst einem Führer unterordnen würden, »bei dem sie Kraft, Stetigkeit [...] und Ruhe in allen Gefahren und Widerwärtigkeiten spürten. [...] Und es wäre ihnen völlig gleichgültig, ob der Mann von rechts käme oder von links, ob er Arbeiter, Bürger, Junker oder was auch sonst wäre«¹¹⁷. In den Folgejahren forderten die LNN immer wieder, den »palavernden Parlamentarismus« wenigstens zeitweise auszuschalten, und stattdessen »Männer« und »Köpfe« ans Ruder zu lassen¹¹⁸. Schon aus den wenigen zitierten Passagen geht hervor, daß das Blatt den »Ruf nach Führung« mit einem ständigen Gezeter gegen die parlamentarischen Einrichtungen untermalte.

Die LNN beließen es aber nicht beim Schimpfen. In der gesamten Weimarer Zeit setzte sich das Blatt für einen Stände-Parlamente

Nr. 223 vom 11. August.

115 N. N.: Die sächsische Gemeindereform. In: LNN 30(1922). Nr. 227 vom 18. August. – Siehe auch N. N.: Kommunalpolitik und Persönlichkeit. In: LNN 35(1927). Nr. 30 vom 30. Januar; N. N.: Beamtenwahl oder Berufsbeamte? In: LNN 38(1930). Nr. 55 vom 24. Februar.

116 N. N.: Der Ruf nach Führung. In: LNN 30(1922). Nr. 339 vom 10. Dezember.

117 N. N.: Der Führer. In: LNN 31(1923). Nr. 346 vom 17. Dezember.

118 Siehe u. a. N. N.: Los von den Parteien. In: LNN 31(1923). Nr. 301 vom 2. November; N. N.: Der Führer. Ebenda. Nr. 346 vom 17. Dezember; N. N.: Wo stehen wir? In: LNN 35(1927). Nr. 1/2 vom 1./2. Januar; Hs. (Paul Harms): Nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten. In: LNN 40(1932). Nr. 225 vom 12. August.

tarismus ein. Schon Ende 1919 griff der Leitartikler einen Gedanken Wilhelm Wundts auf, der angeregt hatte, der Volksvertretung ein »Ständehaus« der Berufe und Landschaften gleichberechtigt gegenüberzustellen.¹¹⁹ Später sprachen die LNN wiederholt von »einer Art Senat«, der als zweiter »verlässlicher Träger der Staatsgewalt« (neben dem Reichspräsidenten) das Parteitreiben eindämmen müsse.¹²⁰ 1931 bekam der Gießener Professor Hornesser Platz, um seine Theorie vom »berufsständigen Staat« darzulegen. Hornesser forderte, eine »starke Vertretung der Privatwirtschaft« an die Spitze des Reiches zu stellen. »Demokratie als Massenherrschaft bedeutet den Untergang. [...] Im Volksstaat gebührt die Führung dem Bürgertum, das Verantwortung zu tragen durch seinen Beruf erzogen ist.«¹²¹

Bürgerliche Parteien

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« lassen sich nicht in eine Parteischublade stecken, auch wenn es sicher nicht falsch ist, das Blatt (ab Anfang der 20er Jahre) in die Nähe der (sächsischen) Volkspartei zu rücken. Richard Breiting, im August 1922 zum Chefredakteur aufgestiegen, war DVP-Mitglied und ging bei den Spitzenleuten der Partei ein und aus.¹²²

Im Grunde aber lehnten die LNN jede Zersplitterung im bürgerlichen Lager ab. Während der gesamten Weimarer Zeit rief das Blatt nach einer einheitlichen »Bürgerpartei«.¹²³ Solch ein Schmelztiegel widersprach eigentlich der Parteiauffassung der Redaktion (die Parteien als Spiegel politischer Ideen und Willensströmungen), denn wer wollte schon behaupten, daß alle »Bürger«, also Bankbe-

119 N. N.: Wundt als Lehrmeister der Deutschen. In: LNN 27(1919). Nr. 313 vom 24. November.

120 Siehe u. a. N. N.: Wo stehen wir? In: LNN 35(1927). Nr. 1/2 vom 1./2. Januar.

121 Hornesser: Der berufsständige Staat. In: LNN 39(1931). Nr. 245 vom 2. September.

122 Siehe S. 119f.

123 Siehe u. a. N. N.: Schließt die Reihen! In: LNN 26(1918). Nr. 324 vom 22. November; N. N.: Das Gesicht der Nationalversammlung. In: LNN 27(1919). Nr. 21 vom 23. Januar.

sitzer und Tischlermeister, Rathausangestellte und Reichsgerichtsbeamte, die gleichen Interessen hätten? Einigendes Band waren nach Meinung der LNN aber der gemeinsame Gegner (der »Bolschewismus« oder der »Marxismus«, überhaupt die »Gefahr von links«) und das gemeinsame Ziel (Wiederaufstieg Deutschlands). Im Reich und in Sachsen unterstützte das Blatt jeweils die Partei oder die Parteien, die gerade am stärksten waren, dem Sammlungsgedanken also am nächsten kamen.

1918/19 war dies in Leipzig die Demokratische Partei. Kurz nach der Novemberrevolution hatten die LNN alle »Liberalen« aufgerufen, die »Reihen zu schließen«: »Jetzt oder nie ist die Stunde, [...] ein parteipolitisches Gebilde zu schaffen, das [...] als Sachwalter des demokratischen Bürgertums dienen kann.« Die Leipziger DDP, entstanden durch Vereinigung des nationalliberalen und des fortschrittlichen Ortsvereins, entsprach nach Ansicht der LNN dieser Forderung – im Unterschied zu der gleichnamigen Parteigründung in der Reichshauptstadt, die »unter der Schutzherrschaft des Berliner Tageblatts« stehe und von den LNN als »Zersplitterungsbestrebung« eingestuft wurde.¹²⁴ Das Auftreten der Deutschen Volkspartei bedauerte das Blatt als »Sonderbündelei«.¹²⁵ Mit dem Argument, das Bürgertum müsse zusammenhalten, wiesen die LNN auch Angriffe anderer Blätter wegen besagter Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat am Revolutionstag zurück.¹²⁶

Doch das Herfurth-Blatt bemühte sich vergeblich, die Leipziger DDP in die gewünschte Richtung zu drängen. Die von der Zeitung geforderte Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien wurde von

124 N. N.: Schließt die Reihen! In: LNN 26(1918). Nr. 324 vom 22. November. – In Leipzig waren die Nationalliberalen anders als im Reich, wo der größere rechte Parteiflügel die DVP gründete, zunächst fast geschlossen zur DDP übergetreten. Das führte dazu, daß die Volkspartei bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Leipziger Wahlkreis noch gar nicht antrat. Siehe auch Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 578.

125 N. N.: Die Sonderbündelei im liberalen Bürgertum. In: LNN 26(1918). Nr. 349 vom 17. Dezember.

126 N. N.: Ein Presse-Skandal in Leipzig. In: LNN 26(1918). Nr. 324 vom 22. November.

den Demokraten abgelehnt¹²⁷, und auch die Liste selbst gefiel den LNN nicht: Die DDP bezwecke offenbar, »die Vertreter ihres rechten Flügels von vornherein auf verlorene Posten zu stellen«¹²⁸. Die demokratischen Führer verbatene sich jedoch alle Einmischungsversuche der LNN.¹²⁹ Daraufhin sagte das Herfurth-Blatt der Partei drei Tage vor den Wahlen ein baldiges Ende voraus, »wenn sie damit fortfährt, ihre Listen ohne Befragung der Wählerschaft aufzustellen, und in so wichtigen Fragen wie der Listenverbindung die bürgerlichen Interessen zu schädigen«¹³⁰. Für die letzte Wahlversammlung der Deutschnationalen hatten die LNN 32 Zeilen übrig, für die der DDP nur 16.¹³¹

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung – die Demokraten waren in Leipzig mit Abstand stärkste bürgerliche Kraft geworden¹³² – bedauerte das Blatt noch einmal die »einseitige Richtung« der DDP und forderte alle Liberalen auf, eine »Bürgerpartei« zu gründen.¹³³ Vor den Wahlen zum Stadtparlament eine Woche später

127 N. N.: Der Aufmarsch zu den Wahlen. In: LNN 26(1918). Nr. 334 vom 22. Dezember; N. N.: Der Schnitt ins eigene Fleisch. In: LNN 27(1919). Nr. 9 vom 10. Januar.

128 N. N.: Die Leipziger Kandidaten. In: LNN 27(1919). Nr. 2 vom 2. Januar.

129 Im LT vom 15. Januar 1919 hatte der demokratische Spitzenkandidat Zöphel die LNN-Forderung nach einer Listenverbindung abgelehnt. Da das LT zur Zeit nicht einsehbar ist, siehe Erich Brandenburg: Nochmals die Listenverbindung. In: LNN 27(1919). Nr. 15 vom 16. Januar. – Nachlesbar sind dagegen die Polemiken der demokratischen LZ gegen die LNN (N. N.: Der Schmerz der L. N. N. In: LZ 270(1919). Nr. 2 vom 2. Januar; N. N.: Ei! Ei! Keine Lehrmeisterin der Demokratie. Ebenda. Nr. 21 vom 23. Januar).

130 Erich Brandenburg: Nochmals die Listenverbindung. In: LNN 27(1919). Nr. 15 vom 16. Januar.

131 N. N.: Wählerversammlungen in Leipzig. In: LNN 27(1919). Nr. 17 vom 18. Januar.

132 Die Demokraten bekamen im Stadtgebiet 107.000 Stimmen, die Deutschnationalen 24.000 und die Christlich-Demokratische Volkspartei 2.500 (USP: 142.000, MSP: 57.000). Siehe Wahlergebnisse in Leipzig. In: LNN 27(1919). Nr. 18 vom 20. Januar. Die dort angegebenen Zahlen habe ich gerundet, weil das Blatt so kurz nach der Wahl ohnehin nur ein vorläufiges Ergebnis melden konnte. Die Prozentzahlen finden sich Tabellenanhang.

133 N. N.: Das Gesicht der Nationalversammlung. In: LNN 27(1919). Nr. 21 vom 23. Januar.

empfahlen die LNN ihren Lesern zwar, »bürgerlich« zu wählen, entfachten aber zugleich ein Kesseltreiben gegen Gottlob Krauß, Verleger der demokratischen »Leipziger Zeitung«¹³⁴ und zugleich DDP-Kandidat. Krauß wurde vorgeworfen, Flugblätter der Spartakus-Gruppe hergestellt zu haben und außerdem nicht abgeneigt gewesen zu sein, die »Rote Fahne« in seinem Betrieb zu drucken. Nicht politische Bedenken, sondern technische Probleme hätten dies letztlich verhindert. Der Demokratenführer Krauß »paktiert mit der Revolution«¹³⁵ – ganz klar, worauf dies kurz vor der Wahl abzielte. Die DDP zog aber als stärkste bürgerliche Kraft ins Rathaus ein,¹³⁶ und die LNN unterließen weitere Angriffe, beschworen lediglich die gemeinsamen Interessen, die die 33 Bürgerlichen im Stadtparlament gegenüber den 39 Sozialdemokraten zu vertreten hätten.¹³⁷

Noch einmal, vor dem Leipziger Parteitag im Dezember 1919, hofften die LNN, daß sich in der DDP ein »Reinigungsprozeß« in Richtung eines »gesunden Nationalismus« vollzieht, obwohl die Partei für die Redaktion inzwischen zu den »November-Kompromittierten« (Versailles!) gehörte und längst nicht mehr als Keimzelle für die »große Mittelpartei« gesehen wurde: »Auf der einen Seite die pazifistischen, doktrinären Elemente vom Schlage der Gothein, Schücking, Quidde, [...] auf der anderen Seite die Männer von der Art der Petersen, Nitzschke, Külz [...]. Gelingt es der besonnenen Richtung, die November-Kompromittierten vom Schlage des »Berliner Tageblatts« matt zu setzen, dann kann die Demokratische Partei die Krisis, von der sie zur Zeit durchschauert wird, glücklich überwinden.«¹³⁸

134 Siehe S. 61ff.

135 N. N.: Politisches Pharisäertum. In: LNN 27(1919). Nr. 22 vom 24. Januar; N. N.: Herr Gottlob Krauß bestätigt... Ebenda. Nr. 23 vom 25. Januar.

136 Nach den Stadtverordnetenwahlen vom 26. Januar 1919 verteilten sich die Sitze im Parlament so: USP 33, MSP 6, DDP 17, Wirtschaftlicher Bürgerwahlauschuß 7, DNVP 5, Privatangestelltenverbände 4. – Ergebnistabellen in: LNN 27(1919). Nr. 25 bis 27 vom 27. bis 29. Januar.

137 Siehe u. a. N. N.: Die Stadtverordneten-Wahlen in Leipzig. In: LNN 27(1919). Nr. 25 vom 27. Januar; N. N.: Bürgertum und Sozialdemokratie im neuen Stadtverordnetenkollegium. Ebenda. Nr. 34 vom 5. Februar.

138 N. N.: Die Bilanz eines Jahres. In: LNN 27(1919). Nr. 331 vom 12. Dezember.

Es kam anders. Die DDP versank mehr und mehr in der Bedeutungslosigkeit, und die LNN kümmerten sich nur noch um die Partei, wenn es vor Wahlen oder Abstimmungen in Landtag und Stadtparlament darum ging, eine »bürgerliche Einheitsfront« zu schaffen.¹³⁹ Die Zeitung wandte sich mehr und mehr den beiden großen Rechtsparteien zu. An den Deutschnationalen störte die Redaktion allerdings deren Bekenntnis zu Partikularismus und Monarchie. Vom Kaisertum hatte sich das Blatt bereits kurz nach der Novemberrevolution losgesagt, außerdem blockierte das fehlende (formale) Ja der DNVP zur Weimarer Verfassung lange Zeit deren Eintritt in die Regierung und damit – immer mit den Augen der LNN-Redakteure gesehen – eine Stärkung des bürgerlichen Einflusses. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen kämpften die »Neuesten Nachrichten«, wie von einem Blatt des Leipziger Bürgertums eigentlich nicht anders zu erwarten, zudem für einen Einheitsstaat – das Gerangel zwischen den Hauptstädten Dresden und Berlin brachte für Leipzig (in der Nordwestecke Sachsens, direkt an der preußischen Grenze gelegen) nur wirtschaftliche Nachteile (Stichworte Eisenbahn, Flugplatz).¹⁴⁰ Die DNVP war für die LNN dennoch ein Hoffnungsträger, solange die Partei nicht das (LNN-) Gebot des »bürgerlichen Burgfriedens« verletzte und dabei möglicherweise sogar die Deutsche Volkspartei angriff.¹⁴¹

Dieser Partei standen die LNN seit Anfang der 20er Jahre besonders nahe. Zwar gab das Blatt auch vor dem Wechsel in der Chefredaktion im Sommer 1922 »wohlwollende Hinweise« beispiels-

139 Zur Haltung der LNN zu den Deutschnationalen siehe u. a. N. N.: Zulassung des Volksbegehrens in Sachsen. In: LNN 30(1922). Nr. 132 vom 14. Mai; N. N.: Für oder gegen das Bürgertum? Ebenda. Nr. 273 vom 3. Oktober; N. N.: Querköpfe und Quacksalber. Ebenda. Nr. 284 vom 14. Oktober; N. N.: Von Dortmund bis Köln. In: LNN 34(1926). Nr. 275 vom 5. Oktober; N. N.: 13 Listen zur Landtagswahl. In: LNN 38(1930). Nr. 169 vom 18. Juni.

140 Siehe u. a. N. N.: Opposition einst und jetzt. In: LNN 27(1919). Nr. 328 vom 9. Dezember; N. N.: Die »große Rechte«. In: LNN 29(1921). Nr. 247 vom 7. September.

141 Siehe u. a. N. N.: Burgfrieden – wie sie ihn auffassen. In: LNN 34(1926). Nr. 282 vom 12. Oktober; Hs. (Paul Harms): Enttäuschung und Erwartung. In: LNN 38(1930). Nr. 1 vom 1. Januar.

weise zum Koalitionsverhalten¹⁴², aber erst der neue Hauptschriftleiter Richard Breiting¹⁴³ machte die LNN zum Kampfblatt der sächsischen Volkspartei. Das Blatt (Breiting?) hoffte, daß die DVP die gleiche Rolle spielen würde wie einst die Nationalliberalen zu Bismarcks Zeiten, die »Partei der Wiederaufrichtung des Reiches« sein würde.¹⁴⁴

Im Juli 1922 begrüßten die LNN das Bekenntnis der DVP zur Weimarer Verfassung. Nun sei es möglich, eine »Arbeitsgemeinschaft« all derer zu schaffen, die »guten Willens sind«. ¹⁴⁵ Zu diesen gehörten die sächsischen Sozialdemokraten für die LNN allerdings nicht. Mit der Frage »Für oder gegen das Bürgertum?« eröffnete das Blatt im Herbst 1922 den Landtagswahlkampf¹⁴⁶ und zog diese Abgrenzungspolitik dann durch.¹⁴⁷ Bürgerliche Sammlung im Freistaat hieß die Parole im kommenden Jahrzehnt, die, wie noch zu zeigen sein wird, die Verteufelung der sächsischen Arbeiterparteien einschloß.¹⁴⁸ LNN und DVP lagen damit auf der gleichen Linie. In

142 Siehe u. a. N. N.: Wer soll regieren? In: LNN 29(1921). Nr. 146 vom 29. Mai; N. N.: Die deutsche Volkspartei. Ebenda. Nr. 334 vom 4. Dezember.

143 Dem Impressum zufolge war der alte Hauptschriftleiter Ferdinand Grautoff am 27. Mai 1922 beurlaubt worden. Breitings Name erschien zwar erst 10 Wochen danach (am 4. August) an erster Stelle, aber es ist anzunehmen, daß er sofort nach der Kündigung Grautoffs die Leitung des Blattes übernommen hatte. Aus der »Neuen Leipziger Zeitung«, die den LNN-Verleger Edgar Herfurth wegen der Kündigung des »alten Journalisten« Grautoff mehrmals scharf angriff, war jedenfalls zu entnehmen, daß über die Nachfolge auf dem LNN-Chefsessel schon lange vorher zugunsten Breitings entschieden worden war. NLZ-Chefredakteur Marguth berichtete hier über ein Gespräch mit Breiting vom April 1922, wo dieser ihm gesagt habe, daß Grautoff gehen müsse, seine – Breitings – Position aber unangefochten sei, denn diese stehe und falle mit Geheimrat Herfurth selbst. Siehe: Fritzchen hatte wieder einmal gelogen. In: NLZ 2(1922). Nr. 228 vom 19. August.

144 N. N.: Von Dortmund bis Köln. In: LNN 34(1926). Nr. 275 vom 5. Oktober.

145 N. N.: Staatswohl und Parteiinteresse. In: LNN 30(1922). Nr. 189 vom 11. Juli.

146 N. N.: Für oder gegen das Bürgertum? In: LNN 30(1922). Nr. 273 vom 3. Oktober.

147 Siehe u. a. N. N.: Quacksalber und Querköpfe. In: LNN 30(1922). Nr. 284 vom 14. Oktober; N. N.: Sie schreiben sich die Finger wund. Ebenda. Nr. 297 vom 27. Oktober.

148 Siehe S. 167ff., 228ff.

den Landtags-Wahlkämpfen stritten die LNN an der Seite der Partei für einen Bürgerblock und gegen »Sowjet-Sachsen«. ¹⁴⁹ Die bürgerlichen Regierungen, von Volksparteilern geleitet, wurden unterstützt, im Blatt kam die Parteiprominenz zu Wort. ¹⁵⁰ Brachen Abgeordnete aus der Einheitsfront aus, fanden sie sich in den LNN am Pranger. ¹⁵¹ Um die bürgerliche Mehrheit zu sichern, war das Blatt schon 1926 für eine Verständigung mit der NSDAP. ¹⁵²

Richard Breiting soll sich im Frühjahr 1931 vor Hitler damit gebrüstet haben, daß er und die LNN den Rechtskurs in Sachsen durchgesetzt hätten. ¹⁵³ Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, ist (eingedenk dessen, daß nur die Zeitung selbst untersucht

-
- 149 Siehe außer den bereits genannten Beiträgen zur Wahl 1922 u. a. N. N.: Bürgerliche Wahlhelfer des Zeignerkommunismus. In: LNN 34(1926). Nr. 296 vom 26. Oktober; N. N.: Die Wahlpflicht ruft. Ebenda. Nr. 301 vom 31. Oktober; N. N.: 13 Listen zur Landtagswahl. In: LNN 38(1930). Nr. 169 vom 18. Juni.
- 150 Nur wenige Beispiele aus den letzten Tagen vor den Landtagswahlen am 31. Oktober 1926: Hans Wunderlich: Volksgemeinschaft. In: LNN 34(1926). Nr. 298 vom 28. Oktober; Gustav Stresemann: Die Sachsenwahlen. Ebenda. Nr. 299 vom 29. Oktober; Volksbildungsminister Dr. Kaiser: Zum 31. Oktober 1926. Ebenda. Nr. 300 vom 30. Oktober; Otto Thiel: Privatangestellte und Landtagswahl. Ebenda. Nr. 301 vom 31. Oktober.
- 151 Siehe u. a. N. N.: Panne. In: LNN 34(1926). Nr. 325 vom 24. November; N. N.: Bedauerliches Verhalten bei der Wahl des Landtagspräsidenten. Ebenda. Nr. 329 vom 28. November; N. N.: Blühers Abschied. In: LNN 38(1930). Nr. 325 vom 21. November.
- 152 Nachricht in: LNN 34(1926). Nr. 330 vom 29. November. – Nach den Wahlen vom 31. Oktober 1926 standen sich im Landtag 45 Arbeitervertreter (SPD 31, KPD 14) und 45 bürgerliche Abgeordnete (DNVP 14, DVP 12, Wirtschaftspartei 10, DDP 5, Aufwertungspartei 4) gegenüber. Zünglein an der Waage waren 4 Altsozialisten (eine rechte Abspaltung der SPD) und 2 Nationalsozialisten. Die LNN hatten sich zunächst für eine Koalition der Bürgerlichen mit den Altsozialisten stark gemacht, als aber letztere bei den Verhandlungen klarstellten, daß sie eine solche Regierung keineswegs in jedem Fall stützen würden, schlugen die LNN vor, sich mit den NSDAP-Abgeordneten zu verständigen, ohne ihnen aber gleich einen Ministersessel anzubieten. Siehe: Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen. In: LNN 34(1926). Nr. 302 vom 1. November; N. N.: Mögliches und Unmögliches. Ebenda. Nr. 303 vom 2. November; N. N.: Vater Marxens politische Kinder. Ebenda. Nr. 312 vom 11. November.
- 153 Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968. S. 39.

werden konnte) nicht mehr nachzuvollziehen, wer hier die treibende Kraft war. Die LNN waren allerdings die mit Abstand größte Zeitung im Freistaat. Und wenn eine These wie die vom Kampf des sächsischen Bürgerblocks gegen den »Zeignerkommunismus« mit einer Auflage von fast 200.000 Exemplaren im Land verbreitet wird, ist dies sicher ein nicht zu unterschätzender politischer Faktor.

Die Ehe von LNN und DVP hielt zwar bis zum Ende der Weimarer Republik (nach den Novemberwahlen 1932 bescheinigte das Blatt der Partei immerhin, sich »tapfer gehalten« zu haben¹⁵⁴), aber ab 1930 – der Stern der Volkspartei begann zu sinken, der der Nationalsozialisten erschien wie ein Komet – rief die Redaktion verstärkt nach einer bürgerlichen Einheitspartei: »Was täte dem Bürgertum mehr not als Sammlung in einer Zeit, wo längst nicht mehr der Konservatismus den Liberalismus oder der Liberalismus den Konservatismus bedroht, sondern wo der Internationalismus drauf und dran ist, dem Deutschtum den Garaus zu machen?«¹⁵⁵ Das Blatt gab Rechtspolitikern Platz, die sich ebenfalls um Sammlung bemühten.¹⁵⁶ Das Treffen der »nationalen Opposition« in Bad Harzburg (Oktober 1931) verfolgten die LNN allerdings mit Skepsis.¹⁵⁷ Hier fehlte die Volkspartei – diese aber sollte nach den Vorstellungen der Redaktion den Kern der künftigen Bürgerpartei bilden.¹⁵⁸ Als die angestrebte Einigung von Wirtschafts- und Volkspartei, De-

154 N. N.: Nach der Schlacht. In: LNN 40(1932). Nr. 312 vom 7. November.

155 Hs. (Paul Harms): Volkskonservativ. In: LNN 38(1930). Nr. 30 vom 30. Januar. Siehe auch Hs. (Paul Harms): Enttäuschung und Erwartung. Ebenda. Nr. 1 vom 1. Januar; N. N.: Ein Sieg, aber erst recht eine Aufgabe. Ebenda. Nr. 105 vom 15. April; N. N.: In drei Wochen. Ebenda. Nr. 152 vom 1. Juni.

156 Siehe u. a. Otto Hoetzsch: Was will die Konservative Volkspartei? In: LNN 38(1930). Nr. 209 vom 28. Juli; Dr. Rademacher: Zu neuen Ufern. Ebenda. Nr. 212 vom 31. Juli; Dr. M. G.: Noch einen Schritt weiter, Herr Veltmann! Ebenda. Nr. 208 vom 27. Juli.

157 N. N.: Die Front von Harzburg. In: LNN 39(1931). Nr. 285 vom 12. Oktober. (»Ob der Versuch zum Ziele führt, kann erst die weitere Entwicklung lehren. [...] Die große konstruktive Staatsidee, die zu einer völligen Regeneration unseres gesamten politischen Lebens in Deutschland führen soll, vermissen wir einstweilen.«)

158 Siehe u. a. N. N.: Verwirrung der Begriffe. In: LNN 38(1930). Nr. 231 vom 19. August; N. N.: Klar zum Gefecht. Ebenda. Nr. 237 vom 25. August.

mokraten und Deutschnationalen auch vor den Juliwahlen 1932 nicht zustande gekommen war¹⁵⁹, forderten die LNN (fast schon verzweifelnd), wenigstens bei den Kommunalwahlen im Herbst geschlossen vorzugehen: »Los von der Politik! Schafft das überparteiliche Gemeindeparlament der Berufsstände, wenn nicht anderswo, so wenigstens in Leipzig!«¹⁶⁰ Schon anderthalb Jahre zuvor hatte ein deutschnationaler Stadtverordneter in der Zeitung angeregt, den Grundstein für den Zusammenschluß der Rechtsparteien in Leipzig zu legen.¹⁶¹

Leipziger Bürgerbund

Die Stadt schien in der Tat ein geeignetes Pflaster für die angestrebte Sammlung zu sein. Hier war es (den LNN?) gelungen, eine Einheitsfront gegen die Arbeiterparteien zu schaffen, in der große Teile des Leipziger Bürgertums ihre Vertretung sahen. Bei jeder Kommunalwahl in der Weimarer Zeit stellte der Leipziger Bürgerbund, dem DVP, DNVP und verschiedene wirtschaftliche Interessenverbände (Hausbesitzer, Arbeitgeber, Innungsausschuß) angehörten, eine überparteiliche Liste auf. Von 1922 bis 1932 war diese »Wirtschaftspolitische Gemeinschaft« mit Abstand stärkste nichtmarxistische Gruppe im Stadtparlament, 1924 bis 1926 und 1930 bis 1932 (dann als »Vereinigte Bürgerfraktion«) sogar stärkste Kraft überhaupt.¹⁶²

159 Siehe u. a. N. N.: Sammlung der nationalen Kräfte. In: LNN 40(1932). Nr. 178 vom 26. Juni.

160 N. N.: Dort Politik – hier Verwaltung. Kommunalpolitische Betrachtungen im Reichstagswahlkampf. In: LNN 40(1932). Nr. 206 vom 24. Juli.

161 Georg Hartmann Schmidt: Die bürgerliche Einheitsfront im Stadtverordnetensaal. In: LNN 38(1930). Nr. 308 vom 4. November.

162 Sitzverteilung im Leipziger Stadtparlament. *Wahlen vom 26.01.1919*: USP 33, MSP 6, DDP 17, Wirtschaftlicher Bürgerwahlausschuß 7, DNVP 5, Privatangestelltenverbände 4;

Wahlen vom 13.11.1921: USP 25, SPD 5, KPD 6, Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 30, DDP 6;

Wahlen vom 13.01.1924: SPD 19, KPD 14, USP 2, Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 24, DDP 7, Völkisch-soziale Liste 7;

Wahlen vom 14.11.1926: SPD 26, KPD 15, ASPD 1, Wirtschaftspolitische

Ähnlich wie in der Landespolitik kann der Historiker heute nicht mehr messen, wie groß der Anteil der »Leipziger Neuesten Nachrichten« an dieser Entwicklung war. Welche Politiker und Honoratioren gingen in der Redaktion ein und aus, in welchen Kreisen verkehrten die leitenden Redakteure, der Verleger? Nur die wenigsten Beiträge zu kommunalen Fragen wurden namentlich gezeichnet, noch seltener gab der Schreiber eine Informationsquelle an. Wer regte hier wen an? Waren die LNN nur das Band, das die Bürgerfraktion einte, war die Zeitung Organ bestimmter Kreise, denen an einer Einheitsliste gelegen war, oder möglicherweise sogar selbst *Spiritus rector*?

Vieles spricht dafür, daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« die Seele des Unternehmens »Bürgerliste« waren. Das Blatt stand seit den Revolutionstagen für eine Politik der bürgerlichen Sammlung gegen die »Gefahr von links«. ¹⁶³ Schon Ende November 1918 hatten die LNN das Leipziger Bürgertum aufgefordert, geschlossen aufzutreten, ansonsten werde es im Stadtparlament durch die zu erwartende rote Mehrheit an die Wand gedrückt. ¹⁶⁴ Was das bedeuten würde, malte die Redaktion kurz vor der Wahl aus: Die Sozialdemokratie unterscheide nur »Reiche« und »arbeitende Klassen«. Käme sie an die Macht, würden Handel und Gewerbe vergeblich nach »Licht, Luft und Nahrung« heischen. Außerdem sei Leipzigs Rolle als Weltstadt in Gefahr, »draußen« warte man nur darauf, die Messe zu erben. ¹⁶⁵

Bereits 1919 trat ein »Wirtschaftlicher Bürgerwahlausschuß« in Leipzig an, daneben stellten aber DNVP und Privatangestelltenverbände eigene Listen auf. Die meisten der ehemaligen Nationalliberalen und Fortschrittler wiederum arbeiteten in der DDP mit, die

Fraktion 18, Aufwertungspartei 6, Wirtschaftspartei 5, DDP 3, NSDAP 1;
Wahlen vom 17.11.1929: SPD 27, KPD 9, KPD-O 1, Vereinigte Bürgerfraktion 28, Volksrechtspartei 4, DDP 3, NSDAP 3;
Wahlen vom 13.11.1932: SPD 24, KPD 17, NSDAP 18, Nationale Bürgerliste 11, Volksrechtspartei 3, Staatspartei 1, Christlich-soziale Volksfront 1.

163 Siehe S. 122f.

164 N. N.: Ausblicke auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen. In: LNN 26(1918). Nr. 332 vom 30. November.

165 N. N.: Um Leipzigs Zukunft. In: LNN 27(1919). Nr. 22 vom 24. Januar.

bei den Wahlen zur Nationalversammlung mit Abstand stärkste bürgerliche Kraft geworden war und deshalb eine Woche später als aussichtsreichste Gegnerin der Sozialdemokraten in die Kommunalwahlen ging. Zwar hatten die LNN den Demokraten die Schuld an der Zersplitterung des Leipziger Bürgertums gegeben und indirekt Wahlkampf gegen sie geführt (gegen den Verleger der »Leipziger Zeitung«, Gottlob Krauß),¹⁶⁶ sich offen gegen die Partei zu stellen, wagte das Blatt (um keine Leser zu verprellen?) aber nicht, empfahl vielmehr nur, »bürgerlich« zu wählen.¹⁶⁷

In allen folgenden kommunalen Wahlkämpfen bis zum Ende der Weimarer Republik traten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« an der Seite des Bürgerbundes an. Mehr noch, lange vor dem jeweiligen Wahltermin begann die Zeitung, für eine Einheitsliste des Bürgertums zu arbeiten, versuchte, die einzelnen Parteien und Gruppen, deren Absichten sich naturgemäß unterschieden und die folglich nicht ohne weiteres bereit waren, ihre Eigenständigkeit aufzugeben, unter dem Dach »gemeinsame Klasseninteressen« zu vereinen. So berichtete das Blatt schon im Januar 1921 (die Wahlen waren dann im November!) von dem »Gerücht«, daß eine bürgerliche Einheitsliste geplant sei, und stand sofort hinter dieser Idee.¹⁶⁸ Als die Demokraten dann (wie später auch bei allen anderen Wahlen) aus der Front ausscheren und eigene Kandidaten aufstellten, sprachen die LNN von einer »kurzsichtigen Politik«.¹⁶⁹ Für die Einheitsliste wurden dabei stets die gleichen Gründe ins Feld geführt wie schon 1919: Gegen die Herrschaft der Linken, gegen Regiebetriebe und hohe Steuern, kurz: gegen alles, was der (Leipziger) Pri-

166 Siehe S. 156.

167 N. N.: Am Tage nach der Wahl. In: LNN 27(1919). Nr. 19 vom 21. Januar; N. N.: Am Sonntag Stadtverordnetenwahlen. Ebenda. Nr. 20 vom 22. Januar; N. N.: Wahrscheinlichkeitsberechnung für den Ausfall der Stadtverordnetenwahl. Ebenda. Nr. 21 vom 23. Januar; N. N.: Um Leipzigs Zukunft. Ebenda. Nr. 22 vom 24. Januar.

168 N. N.: Vorbereitungen zu den nächsten Stadtverordnetenwahlen. Eine gemeinsame Front der Bürgerlichen? In: LNN 29(1921). Nr. 10 vom 11. Januar.

169 N. N.: Stadtverordnetenwahl und bürgerliche Parteien. In: LNN 29(1921). Nr. 256 vom 16. September. – Siehe auch N. N.: Stadtverordnetenwahl und Demokratische Partei. Ebenda. Nr. 270 vom 30. September.

vatwirtschaft das Leben schwer machen konnte. Die Klassenpolitik der Arbeiterparteien beantworteten »Leipziger Neueste Nachrichten« und Leipziger Bürgerbund mit einer Klassenpolitik des Bürgertums.¹⁷⁰

Das Blatt beschränkte sich dabei keineswegs auf die Wahlkämpfe. Die von den LNN unterstützte Fraktion war zwar ab Anfang 1922 die stärkste bürgerliche Gruppe im Stadtparlament, neben den Demokraten stellten aber auch andere Parteien und Verbindungen Abgeordnete. Diese vor wichtigen Abstimmungen (Vorsteherwahlen, Haushaltpläne, Kommunalisierungsvorhaben, Besetzung städtischer Ämter) auf die »gemeinsamen bürgerlichen Ziele« einzuschwören, außerdem die einzelnen Gruppen der »Wirtschaftspolitischen Gemeinschaft« bei der Stange zu halten, bei ungünstigen Abstimmungsergebnissen (Linksmehrheit) den Rat an sein Einspruchsrecht zu erinnern – das bestimmte die kommunalpolitische Berichterstattung der LNN.¹⁷¹ Welche Ausmaße diese Klassenpolitik annahm, zeigt der Streit um die Leipziger Volkshochschule. LNN und Bürgerfraktion lehnten mehrfach Gelder für die Einrichtung mit der Begründung ab, daß hier vor allem Arbeiter auf der Schulbank sitzen würden, folglich auf Kosten der Steuerzahler, also der Bürger, sozialdemokratischer Nachwuchs herangezogen werde.¹⁷²

Die Argumentation der »Leipziger Neuesten Nachrichten« wurde dabei häufig von den Rednern der Bürgerfraktion im Stadtparlament wiederholt, umgekehrt kamen Stadtverordnete im Blatt zu

170 Siehe u. a. N. N.: Die Bedeutung der kommenden Stadtverordnetenwahl. In: LNN 29(1921). Nr. 292 vom 22. Oktober; N. N.: Stadtverordnetenwahl. In: LNN 32(1924). Nr. 6 vom 6. Januar; N. N.: Heute muß jeder wählen. In: LNN 34(1926). Nr. 315 vom 14. November; N. N.: Was erwartet das Bürgertum von dem neuen Stadtparlament? In: LNN 38(1930). Nr. 1 vom 1. Januar; N. N.: Warum Stadtverordnete wählen? In: LNN 40(1932). Nr. 314 vom 9. November.

171 Siehe S. 238ff.

172 Siehe u. a. N. N.: Die Universität und die Leipziger Volkshochschule. In: LNN 30(1922). Nr. 102 vom 12. April; N. N.: Nochmals die Leipziger Volkshochschule. Ebenda. Nr. 100 vom 10. April; (Emil Wasser): Die Volkshochschule auf dem toten Punkt (Stadtverordneten-Bericht). Ebenda. Nr. 103 vom 13. April; N. N.: Politische Randbemerkungen. Was die Stadt säet.... In: LNN 39(1931). Nr. 298 vom 25. Oktober.

Wort, ihre »kleinen Anfragen« wurden veröffentlicht. Friedrich Kubitzy, 2. Bürgermeister und einer der Führer des Bürgerbundes, benutzte im September 1932 auf einer Ortsgruppenversammlung die gleichen Formulierungen wie die LNN, als er verlangte, bei den Wahlen im November mit einer bürgerlichen Einheitsliste anzutreten, »Köpfe, nicht Parteien« ins Stadtparlament zu schicken. Bürgerbundsvorsitzender Johannes Wunderlich¹⁷³ forderte hier, eine »Deutsche Bürgerpartei« zu gründen, dem Reichstag eine zweite (ständische) Kammer anzugliedern und das Wahlalter heraufzusetzen. All das hatte der Leser in den Wochen und Monaten zuvor auch in den Leitartikeln der LNN gefunden.¹⁷⁴

Arbeiterparteien

Steffen Reichert hat behauptet, daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« von Anfang an jede Koalition der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie abgelehnt hätten.¹⁷⁵ Für Stadtparlament und sächsischen Landtag trifft dies – allerdings mit Einschränkungen – zu, für das Reich nicht. Bis Ende der 20er Jahre forderten die LNN »im Interesse des Wiederaufbaus und der staatlichen Ordnung«¹⁷⁶ (im Klartext: wegen des außenpolitischen Eindrucks und

173 Der Jurist Johannes Wunderlich (5.6.1876–?) vertrat die Leipziger DVP bis 1930 im Reichstag. 1930 wurde Wunderlich – seit 1928 Landgerichtsdirektor in Leipzig – an das Reichsgericht berufen. – Siehe M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von Martin Schumacher. Düsseldorf 1991. S. 629.

174 Zur Versammlung der Ortsgruppe Schleußig des Bürgerbundes siehe N. N.: Bürgerbund und Stadtverordnetenwahlen. Das Bürgertum soll sich wieder zusammenfinden. In: LNN 40(1932). Nr. 265 vom 21. September. Zur LNN-Argumentation siehe u. a. N. N.: Dort Politik – hier Verwaltung. Ebenda. Nr. 206 vom 24. Juli; N. N.: Und die Stadtverordnetenwahl? Ebenda. Nr. 215 vom 2. August; Hs. (Paul Harms): Nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten. Ebenda. Nr. 225 vom 12. August.

175 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 92.

176 N. N.: Der Pyrrhussieg Zeigners. In: LNN 31(1923). Nr. 191 vom 15. Juli.

um des sozialen Friedens willen) eine Regierungsbeteiligung der gemäßigten Sozialdemokraten. Bereits im November 1918 hatte das Blatt seine künftige Linie beschrieben: »Im Kampf gegen den Bolschewismus sind die Sozialdemokratie und das Bürgertum notwendige Bundesgenossen.« Gemeinsam müßten beide »die Liquidierung des Krieges bis in den Friedensschluß hinein durchführen. Dann werden sich unsere Wege wieder trennen, und im Kampf der Geister [...] wollen wir uns über die innere Einrichtung des neuen deutschen Hauses auseinandersetzen.«¹⁷⁷ Anfang 1930 hielt die Redaktion die Zeit für diese Entscheidungsschlacht offenbar für gekommen. Der Krieg schien »liquidiert« (Dawes- und Young-Plan hatten das Reparationsproblem so gut wie gelöst, der Abzug der Franzosen aus dem Rheinland war nur noch eine Frage von Wochen), der Mohr (SPD) hatte seine Schuldigkeit getan. Das Ziel der Sozialdemokraten sei das gleiche wie das der Kommunisten, hieß es nun in den LNN. Beide wollten »den deutschen Staat unterkriegen«, die einen mit Hilfe der Sowjets, die anderen mit Hilfe des französischen und des englischen Sozialismus.¹⁷⁸

Ein Jahrzehnt zuvor hatte das Blatt die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten ausdrücklich begrüßt: Es dürfe »kein Zweifel daran aufkommen, wie ernst es uns mit der Neuordnung ist. Zur Zeit ist ein sozialdemokratischer Reichspräsident, mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, wahrscheinlich nützlicher als jeder andere.«¹⁷⁹ Die Außenpolitik führte das Blatt auch in den folgenden Jahren als Hauptgrund für eine große Koalition an.¹⁸⁰ Dazu kamen die Erfahrungen der Bismarck-Zeit und der Novemberrevolution. Immer wieder schrieb die Redaktion, daß erst das Sozialistengesetz, also der

177 N. N.: Sozialismus und Bolschewismus. In: LNN 26(1918). Nr. 317 vom 15. November.

178 N. N.: Die Stipendiaten Moskaus. In: LNN 38(1930). Nr. 40 vom 9. Februar.

179 N. N.: Die Verfassung von Weimar. In: LNN 27(1919). Nr. 41 vom 12. Februar.

180 Siehe u. a. N. N.: Wahlausfall und Regierungsbildung. In: LNN 29(1921). Nr. 52 vom 22. Februar; N. N.: Die Deutsche Volkspartei. Ebenda. Nr. 334 vom 4. Dezember; N. N.: Durch Einigkeit und Recht zur Freiheit. In: LNN 31(1923). Nr. 13 vom 14. Januar; N. N.: Das Kabinett des fortgesetzten Widerstandes. Ebenda. Nr. 222 vom 15. August; N. N.: Burgfrieden – wie sie ihn auffassen. In: LNN 34(1926). Nr. 282 vom 12. Oktober.

Polizeiknüppel, die SPD zur Massenpartei gemacht habe¹⁸¹, und daß das Kaiserreich Wilhelms vor allem deshalb zugrunde gegangen sei, weil die Arbeiter nicht an der Leitung des Staates beteiligt waren. Gegen die Sozialdemokratie zu regieren, sei deshalb nicht möglich.¹⁸² Das grundsätzliche Ja zur großen Koalition bedeutete aber noch lange nicht, daß die SPD in den LNN freundlich behandelt wurde. Die Sozialdemokraten waren nach LNN-Lesart schuld an Versailles – und damit schuld an Deutschlands Absturz in die Zweitrangigkeit und an allen inneren Problemen.¹⁸³ Immer wieder geisterte der Ausspruch des USP-Politikers Crispian durch die Leitartikel, der im Januar 1922 auf einem Parteitag gesagt hatte, er kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt, sein Vaterland sei die Internationale.¹⁸⁴

Die Regel »keine Regierung gegen die Arbeiterschaft« galt für die LNN zwar auch noch Anfang der 30er Jahre, die Redaktion paßte aber ihre Argumentation der neuen »Linie« an. Die Sozialdemokratie sei einfach nicht in der Lage, »die Aufgaben der nächsten Zeit« zu lösen¹⁸⁵, schrieb das Blatt im Sommer 1930, und außerdem sollte man »reinlich unterscheiden zwischen deutscher Arbeiterschaft und deutscher Sozialdemokratie. [...] Darüber hinaus [besteht] immer noch ein Unterschied zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und sozialdemokratischer Bonzokratie«¹⁸⁶. Was hier schon anklang, steigerte sich 1931 zu nacktem Klassenhaß: Hinweggefegt würden sie werden, die »Jämmerlinge von der SPD«¹⁸⁷, jetzt sei das große Ziel, die »Niederringung des Marxismus«, greif-

181 Siehe u. a. N. N.: Um die Reichswehr. In: LNN 31(1923). Nr. 290 vom 23. Oktober.

182 Siehe u. a. Hs. (Paul Harms): Palastrevolution in der politischen Kinderstube. In: LNN 31(1923). Nr. 272 vom 4. Oktober.; N. N.: Um die Reichswehr. Ebenda. Nr. 290 vom 23. Oktober.

183 Siehe u. a. N. N.: Heute gilt es! In: LNN 29(1921). Nr. 313 vom 13. November.

184 Siehe u. a. N. N.: Das unmögliche Vertrauensvotum. In: LNN 30(1922). Nr. 47 vom 16. Februar; N. N.: Eine Feststellung. In: LNN 39(1931). Nr. 234 vom 22. August; N. N.: Crispian und – Schiller. Ebenda. Nr. 239 vom 27. August.

185 N. N.: Keine bürgerliche Sammlung. In: LNN 38(1930). Nr. 221 vom 9. August.

186 N. N.: Verwirrung der Begriffe. In: LNN 38(1930). Nr. 231 vom 19. August.

187 N. N.: Sie haben Sorgen... In: LNN 39(1931). Nr. 171 vom 20. Juni.

bar nah.¹⁸⁸ Die Angriffe der LNN richteten sich dabei besonders gegen die von Otto Braun (SPD) geführte Preußenregierung. Preußen sei eine einzige sozialdemokratische Futterkrippe, hier herrsche der »Diktator Braun«. Als dieser im Juni 1931 eine Wochenschrift des Stahlhelms verbot, sprach das Blatt von »faschistischen Methoden«.¹⁸⁹

In Sachsen und in Leipzig selbst, wo die Außenpolitik keine und Fragen des sozialen Friedens nur eine geringe Rolle spielten, hatten die LNN einer Zusammenarbeit von Anfang an nur dann das Wort geredet, wenn keine bürgerliche Mehrheit zustande kommen konnte. Aber auch hier änderten sich im Laufe der Jahre die Vorzeichen. Hatte das Blatt 1919 angesichts einer »roten Mehrheit« im Rathaus davon gesprochen, daß das Bürgertum »ein gut Stück Weges mit einer zu praktischer Arbeit entschlossenen Sozialdemokratie zusammengehen« könne,¹⁹⁰ fehlte ein solches Verständigungsangebot Ende 1926, als SPD und KPD zusammen 41 der 75 Stadtverordneten stellten. Die LNN hofften nun auf die Feindschaft der beiden Linksparteien, die ohnehin knappen Mittel und das Einspruchsrecht des Rates. Das alles würde schon dafür sorgen, »daß die Bäume der Radikalen nicht in den Himmel wachsen.«¹⁹¹

Vom sächsischen Landtag hatten die LNN 1919 den »Geist echter Demokratie« eingefordert¹⁹² und in der Folgezeit immer wieder geklagt, daß ein Parlament, in dem mit knapper Mehrheit regiert werde, »blutleer« sei, die Linksregierung vielmehr von einer Koalition der Mehrheitssozialdemokraten bis zur DVP abgelöst wer-

188 N. N.: Immer wieder: Brüning und Hitler. In: LNN 39(1931). Nr. 307 vom 3. November.

189 Siehe u. a. N. N.: Futterkrippenwirtschaft. In: LNN 39(1931). Nr. 15 vom 15. Januar; N. N.: Verbot des Schimpfens oder Verbot der Kritik? Ebenda. Nr. 170 vom 19. Juni; N. N.: Diktator Braun. Ebenda. Nr. 219 vom 7. August.

190 N. N.: Bürgertum und Sozialdemokratie im neuen Stadtverordnetenkollegium. In: LNN 27(1919). Nr. 34 vom 5. Februar. – Siehe auch N. N.: Tagung des Stadtparlaments. Ebenda. Nr. 35 vom 6. Februar.

191 N. N.: Das kommunale Leipzig am Jahresende. In: LNN 34(1926). Nr. 361 vom 31. Dezember. – Siehe auch Hs. (Paul Harms): Abderiten. In: LNN 35(1927). Nr. 63 vom 4. März.

192 N. N.: Die rote Volkskammer in Sachsen. In: LNN 27(1919). Nr. 33 vom 4. Februar.

den müsse.¹⁹³ Um der Volkspartei irgenwie Einfluß zu verschaffen, war die Redaktion sogar bereit, eine Minderheitsregierung von MSP und DDP zu unterstützen, die nur mit den Stimmen der DVP in den Sattel gehoben werden konnte.¹⁹⁴ All diese Pläne scheiterten jedoch. Ministerpräsident Erich Zeigner¹⁹⁵ holte 1923 KPD-Minister in die Regierung, nachdem er schon vorher im Landtag auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen war. Der Kampf der LNN gegen das »System Zeigner« wird in einem anderen Abschnitt dieser Arbeit noch eingehend beleuchtet.¹⁹⁶

Die Stimmenverhältnisse im Landtag ließen auch nach dem Sturz der Arbeiterregierung kein reines Bürgerblock-Kabinett zu. Das Ziel »Mehrheit« bestimmte die Haltung der LNN zu möglichen Koalitionen. 1924 durchaus noch dafür, mit der SPD zusam-

193 Siehe u. a. N. N.: Eine neue Niederlage der sächsischen Regierung. In: LNN 29(1921). Nr. 97 vom 9. April.

194 N. N.: Die Regierungskrisis in Sachsen. Auf dem Weg zur »Kleinen Koalition«. In: LNN 31(1923). Nr. 34 vom 4. Februar.

195 Erich Zeigner (17.2.1886–5.4.1949) hatte zunächst Rechtswissenschaft studiert und war dann in den sächsischen Justizdienst eingetreten. Er arbeitete als Staatsanwalt, dann als Richter. Im August 1921 wurde Zeigner, seit 1919 SPD-Mitglied, sächsischer Justizminister. Durch seine großzügige Begnadigungspraxis und seine Personalpolitik – er berief zahlreiche Republikaner – zog sich Zeigner bald den Zorn der Rechten zu. Am 21. März 1923 wurde Erich Zeigner sächsischer Ministerpräsident – mit den Stimmen von SPD und KPD. Nach der Wahl kam es zu mehreren Konflikten mit der Reichsregierung: Im Gegensatz zu dieser verbot Zeigner die proletarischen Hundertschaften nicht, außerdem kritisierte er mehrfach die unentschlossene Haltung der Regierung zu den faschistischen Umtrieben in Bayern sowie die Außenpolitik des Reiches. Als im Oktober die stille Koalition von SPD und KPD zu einer offenen wurde – zwei KPD-Minister traten in die Landesregierung ein –, war der äußere Anlaß für eine Reichsexekutive gegen Sachsen gegeben. Zeigner wurde gewaltsam seines Amtes erhoben und kurz darauf wegen Bestechung im Amt zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er zwei absitzen mußte. Danach war er unter anderem Lehrer an der Schule des Arbeitersportbundes in Leipzig und schrieb außerdem für mehrere SPD-Blätter. Die Nationalsozialisten verhafteten Zeigner nach 1933 mehrmals. Im Juli 1945 wurde Erich Zeigner Oberbürgermeister von Leipzig und blieb dies bis zu seinem Tod im April 1949. – Siehe Wolfgang Benz, Hermann Graml: Biografisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988. S. 376f.

196 Siehe S. 228ff.

menzuzugehen¹⁹⁷, warf das Blatt die »Halbkommunisten« 1926 in einen Topf mit der KPD. Dagegen wurden die vier Altsozialisten im Landtag (Mitglieder einer rechten SPD-Abspaltung), deren Stimmen den bürgerlichen Parteien zur Mehrheit fehlten, umgarnt.¹⁹⁸

Waren die LNN auch lange Zeit bereit, einer Beteiligung der rechten Sozialdemokraten an der Macht zuzustimmen, wurden alle Gruppierungen links von der MSP von Anfang an verteufelt. Hießen die Reizwörter zunächst »Spartakus« und USP¹⁹⁹, war es dann die »Hexenküche« KPD²⁰⁰, von der die »bolschewistische Gefahr« ausging.²⁰¹ Schon durch ihre Wortwahl machte die Redaktion Kommunisten zu Untermenschen. Als 1926 in Preußen ein KPD-Landtagsabgeordneter wegen einer Parlamentsrede auf offener Straße verprügelt wurde, klatschten die LNN Beifall und walzten den Vorfall genüßlich aus (»Sie ließen ihn die Hundedeitsche kosten.«).²⁰² 1930 sprach das Blatt dann von einer Pest, die am Volkskörper zehre und auszurotten sei,²⁰³ und verlangte 1931 folgerichtig ein Verbot der KPD.²⁰⁴ Nach den Juliwahlen 1932 schrieben die LNN: »Sieht

197 N. N.: Vor dem Versuch mit der großen Koalition. In: LNN 32(1924). Nr. 5 vom 5. Januar; N. N.: Wählerarbeit gegen die große Koalition. Ebenda. Nr. 26 vom 26. Januar.

198 Hs. (Paul Harms): Kommunisten und Halbkommunisten. In: LNN 34(1926). Nr. 284 vom 14. Oktober; N. N.: Erinnert Euch! Ebenda. Nr. 294 vom 24. Oktober; N. N.: Mögliches und Unmögliches. Ebenda. Nr. 303 vom 2. November.

199 Siehe u. a. N. N.: Der Machtkampf geht weiter. In: LNN 27(1919). Nr. 6 vom 7. Januar; N. N.: Das Ende. Ebenda. Nr. 16 vom 17. Januar; N. N.: Hakenkreuz und Sowjetstern. In: LNN 29(1921). Nr. 30 vom 31. Januar.

200 N. N.: Aus der kommunistischen Hexenküche. In: LNN 29(1921). Nr. 176 vom 28. Juni.

201 Siehe N. N.: Neobolschewismus. In: LNN 30(1922). Nr. 39 vom 8. Februar.

202 N. N.: Ein preußischer kommunistischer Landtagsabgeordneter verprügelt. In: LNN 34(1926). Nr. 285 vom 15. Oktober. – Siehe auch N. N.: Politischer Proletkult. Ebenda. Nr. 286 vom 16. Oktober.

203 N. N.: »Antifa« in Form. In: LNN 38(1930). Nr. 299 vom 26. Oktober. – Siehe auch N. N.: Die Kommunisten rüsten zum Bürgerkrieg. Ebenda. Nr. 280 vom 7. Oktober; N. N.: Der Hochverrat der KPD. Ebenda. Nr. 283 vom 10. Oktober.

204 N. N.: Greift die Reichsregierung endlich ein? Kommunisten hetzen in Preußen weiter. In: LNN 39(1931). Nr. 225 vom 13. August.

man von den kommunistischen Stimmen einmal *ganz* ab, so hat der Reichstag, der dann übrigbleibt, eine klare Rechtsmehrheit.«²⁰⁵ Hitler setzte diesen Gedankengang im März 1933 in die Tat um. Er schaltete die KPD-Abgeordneten aus und sicherte der NSDAP dadurch die absolute Mehrheit.²⁰⁶

NSDAP

Richard Breiting sei kein unbedingter Hitler-Anhänger gewesen, sondern ein sehr bedingter, schrieb Golo Mann im Vorwort zum Protokoll der Gespräche, die der LNN-Hauptschriftleiter im Frühsommer 1931 mit dem NSDAP-Chef geführt haben soll. Hitler habe den »soliden deutschen Bürger« Breiting angezogen, zugleich aber auch abgestoßen: angezogen durch Aufbauwillen und Nationalismus, durch seinen Haß auf Kommunisten und Versailler Vertrag, abgestoßen dagegen mit seiner Radikalität.²⁰⁷ Edouard Calic zufolge hat Adolf Hitler »den ganzen Umfang seiner Absichten und Pläne [...], die Tricks und Mittel, um die Macht zu erlangen [...], vor Breiting wie ein Panaroma entrollt.«²⁰⁸ Nach dem ersten Gespräch habe der Journalist in seinem Freundeskreis davor gewarnt, Hitler, der sich als deutscher Mussolini fühle, zu unterschätzen²⁰⁹, nach dem zweiten soll er zu seiner Frau gesagt haben: »Wenn Hitler an die Macht kommt, dann bringt er uns alle um.«²¹⁰

Torsten Kleditzsch und Steffen Reichert haben festgestellt, daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« den Nationalsozialisten den

205 N. N.: Das Ergebnis. In: LNN 40(1932). Nr. 215 vom 2. August.

206 Die NSDAP hatte am 5. März 1933 288 Mandate gewonnen und war mit Abstand stärkste Partei geworden, zu den berühmten »51 Prozent« reichte es jedoch nicht. Durch die Ausschaltung der 81 KPD-Abgeordneten sank die Zahl der Reichstagsmitglieder von 635 auf 554, Hitler war die absolute Mehrheit sicher. Siehe Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968. S. 162ff.

207 Ebenda. S. 6f.

208 Ebenda. S. 185.

209 Ebenda. S. 54.

210 Ebenda. S. 119.

Weg freigeschrieben haben.²¹¹ Dem ist ebenso zuzustimmen wie der (vermutlich ohne genaue Untersuchung der LNN zustande gekommenen) Einschätzung Golo Manns. Das Blatt lehnte den Alleinvertretungsanspruch der NSDAP genauso ab wie deren Wirtschaftsprogramm und die damit verbundene soziale Demagogie, ließ sich auch nicht zu antisemitischen Hetztiraden hinreißen, aber all das »Unausgegorene« in der faschistischen Bewegung würde sich, so hoffte die Redaktion, klären lassen, mußte sich einfach klären lassen, um die »nationalen Kräfte«, die Hitler wachgerüttelt hatte, und die scharfe Frontstellung der NSDAP gegen die Arbeiterparteien nutzen zu können für die Ziele, die die LNN schon seit der Novemberrevolution anstrebten: Niederringung des Marxismus und Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht. Wenn das Blatt auch versuchte, die NSDAP »zu erziehen«, ihr das »Wolkenkuckucksheim Drittes Reich« auszureden, sie zur Mitarbeit in der Regierung zu überreden und die Partei zuweilen scharf kritisierte, immer überwog die Sympathie gegenüber der faschistischen Bewegung.

Dabei wußte Chefredakteur Breiting nicht erst seit den Gesprächen mit Hitler, wohin die Reise gehen würde. Anfang der 20er Jahre hatten sich die LNN mehrfach mit dem Faschismus und dem Aufstieg Hitlers bis hin zum Putschversuch im Münchener Bürgerbräukeller auseinandergesetzt. Dabei waren die Leitartikler nicht nur zu den Wurzeln des Problems vorgedrungen, sondern hatten eine Diktatur vorhergesagt, wenn die »faschistische Gefahr« nicht entschlossen bekämpft werden würde.

Als im Frühsommer 1919 italienische Kommunisten, getrieben von der Not der Zeit und enttäuschten Hoffnungen, Betriebe besetzten, seien die Faschisten »zum ersten Male als die Todfeinde des roten Terrors auf den Plan« getreten, hieß es in den LNN, als Mussolini an die Macht gekommen war. Bürgertum und Regierung hätten das Treiben der Schwarzhemden zunächst mit Wohlwollen

211 Torsten Kleditzsch: Die Leipziger Neuesten Nachrichten unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. a. a. O. S. 3f.; Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 111.

betrachtet, erhofften sie sich doch Hilfe im Kampf zwischen Arbeit und Kapital. »Sie sind die Geister, die sie damals riefen, nicht mehr losgeworden.« Beispielloser Terror und Demagogie, dazu die Organisationskraft Mussolinis und die katastrophale Wirtschaftslage hätten den Faschismus groß werden lassen. Für die Zukunft sah das Blatt aber schwarz: »Bewegungen, deren Träger in den artverschiedensten Ständen und Klassen zu suchen sind, waren noch nie regierungsfähig.« Als Ausweg bleibe nur eine Diktatur, »deren Kosten Italien mit seinem außenpolitischen Ansehen wird zahlen müssen.«²¹²

1923 warnten die LNN wiederholt vor einem deutschen Faschismus. Die antikommunistischen Abwehrorganisationen sahen das Blatt als Reaktion auf die »Umsturzlust der äußersten Linken«, auf das »Unwesen« der proletarischen Hundertschaften. »Bekämpfung des staatsfeindlichen Kommunismus« hieß deshalb die Forderung der Redaktion. Um dies zu unterstreichen, wurde auf die Staatenlehre des Polybios²¹³ hingewiesen. Danach verlaufe die Entwicklung über die Monarchie zur Demokratie, »und nach deren Ausartung zum Cäsarismus, zur Diktatur nicht des Proletariats, sondern einer starken Einzelpersonlichkeit.«²¹⁴

Die NSDAP lehnten die LNN zu diesem Zeitpunkt als »reine Gegenbewegung« ab. Anfang 1921 hatte das Blatt von »trübseligen, kurzsichtigen Gesellen« gesprochen²¹⁵, zwei Jahre später wurde Erich Ludendorff²¹⁶ mehrmals aufgefordert, für »Ruhe im Glied«

212 N. N.: Faschismus. In: LNN 30(1922). Nr. 301 vom 31. Oktober.

213 Der griechische Geschichtsschreiber Polybios (um 200–120 vor Christi Geburt) war zunächst als Geisel nach Rom gekommen, dort dann aber schnell zum Militärberater aufgestiegen. Sein vierzigbändiges Hauptwerk beschäftigt sich mit dem Aufstieg Roms zur Weltmacht (264–144). Polybios hielt die römische Verfassung für die bestmögliche. Nicht nur mit seinem Denken, sondern auch durch seine Art, historische Vorgänge zu schildern (eine Mischung aus flüssiger Erzählung und eigenen Kommentaren), beeinflusste er die Geschichtsschreibung.

214 N. N.: Die Schrittmacher eines deutschen Faschismus. In: LNN 31(1923). Nr. 143 vom 27. Mai. – Siehe auch N. N.: Der Pyrrhussieg Zeigners. Ebenda. Nr. 191 vom 15. Juli; N. N.: Wer nährt den Rechts-Faschismus? Ebenda. Nr. 203 vom 27. Juli.

215 N. N.: Hakenkreuz und Sowjetstern. In: LNN 29(1921). Nr. 30 vom 31. Januar.

216 Erich Ludendorff (9.4.1865–20.12.1937) wurde von den LNN wegen seiner Rol-

zu sorgen und sich nicht als »Aushängeschild« mißbrauchen zu lassen.²¹⁷ Den Putschversuch vom 9. November 1923 verurteilten die LNN folgerichtig. Der bayrischen Regierung warf das Blatt Mitschuld am Geschehen und später dann »Rechtsauffassungen eigentümlicher Art vor«, warum sonst dürfe Ludendorff »unbehelligt spazierengehen«?²¹⁸ LNN-Leitartikler Paul Harms begründete das Phänomen Hitler mit dem Messiasglauben. Der Ausgang des Krieges, die »Vergewaltigung« Deutschlands durch seine Gegner hätten diesen genährt, aber auch die Art der Deutschen, mit ihrer Geschichte umzugehen. So würde das Reich vor allem als Werk Bismarcks angesehen, eines einzelnen Mannes also. »Unter Wilhelm II. kam die Vorstellung hinzu, daß Geldverdienen der eigentliche Zweck der Reichsgründung gewesen sei.« Ober- und Unterschicht hätten begonnen, um ihre Anteile am Verdienst zu kämpfen, und nach der Niederlage im Krieg sei dann nur noch die innere Zerfleischung geblieben. Millionen würden verzweifeln, wenn sie nicht den Glauben hätten, »daß das deutsche Volk ein unveräußerliches Anrecht auf einen »neuen Bismarck« habe, der es, ohne daß es selbst allzuviel dazu zu tun brauche, aus dem Elend zurück in die Herrlichkeit führen werde.«²¹⁹

Die LNN riefen – daran sei erinnert – bereits zu dieser Zeit nach »Persönlichkeiten«, nach »Führern«.²²⁰ Schon 1926 war das Blatt dann, seinen eigenen Analysen zum Trotz, bereit, mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten, um in Sachsen eine

le im Weltkrieg – ab 1916 mit Hindenburg Oberste Heeresleitung und 1914 Generalstabschef in Tannenberg – verehrt. Ludendorff arbeitete nach 1919 mit Hitler zusammen, war dann am Putsch vom 9. November 1923 beteiligt. Später gründete er den nationalsozialistisch ausgerichteten Tannenbergbund.

217 N. N.: Faschisten und Kommunisten. In: LNN 31(1923), Nr. 27 vom 28. Januar; N. N.: Regensburger Anzeiger – Ludendorff. Ebenda. Nr. 92 vom 5. April.

218 Hs. (Paul Harms): Bayrisches Helldunkel. In: LNN 31(1923), Nr. 310 vom 11. November. – Siehe auch N. N.: Die geplatze Seifenblase. Ebenda. Nr. 309 vom 10. November; Hs. (Paul Harms): Der bayrische Fehdehandschuh. Ebenda. Nr. 289 vom 21. Oktober.

219 Hs. (Paul Harms): Hitler. In: LNN 31(1923), Nr. 313 vom 14. November.

220 Siehe S. 151.

»nichtmarxistische Regierung« zu ermöglichen.²²¹ Anfang 1927 wurde verlangt, das Redeverbot für Hitler im Freistaat aufzuheben. Sollten Kommunisten gegen Auftritte des NSDAP-Chefs demonstrieren, dann müsse »die Polizei eben die Leute hart ansprechen, die die Freiheit des Wortes vergewaltigen wollen.«²²² Die KPD war nach LNN-Lesart an den Zusammenstößen mit Nationalsozialisten schuld²²³, eine Tendenz in der Berichterstattung, die sich in den 30er Jahren noch verstärkte. »In der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle ist es einwandfrei erwiesen, daß die Kommunisten die Urheber der groben Ausschreitungen gewesen sind«, hieß es im Juli 1932, als über eine neue Terrornotverordnung diskutiert wurde.²²⁴ Weit früher, nach den Kommunalwahlen Ende 1929, bei denen nur 4,2 Prozent der Leipziger Wähler für die NSDAP gestimmt hatten, wiederholten die LNN ihr Angebot zur Mitarbeit an die Nationalsozialisten. Wie an anderer Stelle noch gezeigt wird, errechnete die Redaktion unter Einschluß der drei NS-Stadtverordneten eine bürgerliche Mehrheit von 38:37 und forderte, eine »nichtmarxistische Kampffront« zu bilden.²²⁵

Andererseits hat Steffen Reichert festgestellt, daß die LNN bis zu den Reichstagswahlen im September 1930 die NSDAP abgelehnt hätten, weil die Partei dem Staatsgedanken nicht förderlich sei.²²⁶

221 N. N.: Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen. 47 Bürgerliche, 4 Altsozialisten, 45 Linksradikale. In: LNN 34(1926). Nr. 302 vom 1. November; N. N.: Heute muß jeder wählen! Ebenda. Nr. 315 vom 14. November; Nachricht. Ebenda. Nr. 330 vom 29. November.

222 N. N.: Warum örtliche Redeverbote gegen Hitler? In: LNN 35(1927). Nr. 21 vom 21. Januar.

223 Siehe u. a. N. N.: Planmäßiger Kommunisten-Überfall auf Nationalsozialisten. In: LNN 35(1927). Nr. 93 vom 3. April.

224 N. N.: Es geht um die Reichsautorität. In: LNN 40(1932). Nr. 197 vom 15. Juli.

225 N. N.: Was erwartet das Bürgertum von dem neuen Stadtparlament? In: LNN 38(1930). Nr. 1 vom 1. Januar. – Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen vom 29.11.1929 (Sitzverteilung): SPD 27, KPD 9, KPD-O 1, Vereinigte Bürgerfraktion 28, Volksrechtspartei 4, DDP 3, NSDAP 3 (Prozentzahlen im Tabellenanhang).

226 Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 97. – Zum Reichert-Zitat siehe N. N.: Sammlung der staatspolitischen Kräfte. In: LNN 38(1930). Nr. 213 vom 1. August.

Weitere Indizien scheinen zu bestätigen, daß sich die abweisende Haltung der LNN gegenüber der faschistischen Bewegung nicht geändert hatte. Anfang 1927, zur gleichen Zeit also, als die Zeitung die sächsischen Nationalsozialisten für koalitionsfähig hielt, wertete sie das Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen als »Niederlage des Bürgertums«, obwohl bürgerliche Parteien und NSDAP zusammen vier Sitze mehr hatten als die Linken. Die Hitlerbewegung sei jedoch »eine radikale Flügelpartei«, die nicht an der Regierung beteiligt werden könne. Wenig später warnten die LNN vor dem geplanten Konkordat. Wahrscheinlich werde Mussolini den Vatikan über kurz oder lang in Beschlag nehmen, und über den Weg Konkordat könnte dann faschistisches Gedankengut in deutsche Schulen gelangen.²²⁷

Im Unterschied zu Thüringen und im Unterschied auch zum Reich ging es den LNN jedoch in Sachsen 1926/27 nicht anders als in Leipzig 1929/30 um Macht und Einfluß für jene Gruppen, hinter denen das Blatt stand (oder: die hinter dem Blatt standen?), um Einfluß für Volkspartei und Bürgerbund, um eine nichtsozialistische Mehrheit. Deshalb sagte das Blatt hier Ja zur NSDAP, Ja vor allem zu deren antimarxistischer Tendenz. Den »Leipziger Neuesten Nachrichten« ist daher der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie aus machtpolitischem Kalkül mitgeholfen haben, die Hitler-Partei hoffähig, »wählbar« zu machen, ein Vorwurf, der um so schwerer wiegt, weil das Blatt wenige Jahre zuvor am Beispiel Italien selbst gezeigt hatte, wie das Bürgertum die zunächst willkommenen »Geister« nicht mehr hatte bändigen können.

»Bei der Jugend und dem Ungestüm der Partei muß sie zwangsläufig noch unausgegoren sein«, beschrieben die LNN die NSDAP vor der sächsischen Landtagswahl im Juni 1930. »Unantastbar ist ihre nationale Einstellung, zu Zweifeln gibt nur Anlaß

227 N. N.: Das Konkordat kommt. In: LNN 35(1927). Nr. 40 vom 9. Februar. – Bayern hatte schon 1924 mit dem Heiligen Stuhl einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen, der unter anderem die Freiheit der Religion und der theologischen Ausbildung sicherte und dem Religionsunterricht den Status als ordentliches Lehrfach gab. Preußen folgte 1929, und das Reichskonkordat kam am 20.7.1933.

ihre sozialistische Tendenz. [...] Sie lehnt es ab, eine bürgerliche Partei zu sein, steht aber mit dem Bürgertum in gemeinsamer Front gegen die Marxisten.«²²⁸

Dieses »einerseits, andererseits« bestimmte die Haltung der LNN zur Hitler-Partei in den folgenden knapp drei Jahren bis zur Machtergreifung. Schon die Wortwahl gibt Aufschluß, welche Seite für das Blatt entscheidend war. »Unantastbar«, weil mit den eigenen Zielen übereinstimmend, waren Nationalismus und Antikommunismus der NSDAP. »Jugend« und »Ungestüm« wünschten sich alle Parteien. Mit »unausgegoren« und »gibt zu Zweifeln Anlaß« ging das Blatt dagegen über all das in der Programmatik der NSDAP hinweg, was sich mit den Interessen gerade der Leipziger Bürger (Messestadt!) nicht vereinbaren ließ: antikapitalistische Tendenz und Autarkiestreben. Aber Zweifel kann beseitigt, Unausgegorenes geklärt werden. Die LNN versuchten nicht nur, die Partei zu »erziehen«, sie von ihrem Alleinvertretungsanspruch abzubringen und zur Mitarbeit in der Regierung zu bewegen, sondern gaben auch nationalsozialistischen Politikern Platz, ihre Ziele zu erläutern. Dies schloß ein, daß – dem Grundsatz *audiatur et altera pars* entsprechend – Andersdenkende im Blatt antworten konnten. Den Antisemitismus der NSDAP dagegen blendeten die LNN in ihrer Berichterstattung fast völlig aus.

Nach der Landtagswahl im Juni 1930, bei der SPD und KPD zusammen 45 und die »Nichtmarxisten« 51 Mandate gewonnen hatten, forderte das Blatt die NSDAP (14 Abgeordnete) auf, eine Mehrheit zu suchen: »Die Hörner muß sich jeder ablaufen, der von der Opposition zur Regierung übergeht.«²²⁹ Als dieser Wechsel dann daran zu scheitern drohte, daß die Partei nicht wie von ihr gewünscht den Innenminister stellen konnte, verlangten die LNN, NSDAP-Mitgliedern nicht länger den Beamtenstatus zu verweigern. Schließlich hätte die Polizei des Freistaats doch schon Dienstherrn gehabt, deren Ziel erklärtermaßen die Diktatur des Proletariats ge-

228 N. N.: 13 Listen zur Landtagswahl! Was wollen die Parteien? In: LNN 38(1930). Nr. 169 vom 18. Juni.

229 N. N.: Wie bildet man nun eine Regierung? In: LNN 38(1930). Nr. 175 vom 24. Juni.

wesen sei, mithin die Beseitigung der Verfassung.²³⁰ Eine solche Argumentation war kein Einzelfall. Wiesen Politiker und Journalisten auf die »Gefahr von rechts« hin, warf ihnen das Blatt vor, auf dem linken Auge blind zu sein.²³¹

Zeitgleich zu den Bemühungen um eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in Sachsen fand der LNN-Leser jedoch auch andere Töne im Blatt. Als die NS-Stadtverordneten in Leipzig Fürsorgeanträge der SPD annahmen, war die Zeitung verstimmt: »Damit haben die Nationalsozialisten bedauerlicherweise bewiesen, daß das Bürgertum bei der Vertretung seiner Interessen nicht auf sie rechnen kann.«²³² Im Reichstagswahlkampf, der die LNN an der Seite der DVP sah, fiel dann das von Reichert aufgegriffene Wort von der Partei, die »dem Staatsgedanken nicht förderlich« sei.²³³

Nach dem 14. September 1930 – in Leipzig hatte fast jeder siebente Wähler für die Hitlerpartei gestimmt²³⁴ – begannen die »Leipziger Neuesten Nachrichten«, für eine Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung zu werben²³⁵, eine Tendenz, die sich noch verstärkte, nachdem Hitler Ende September vor dem Reichsgericht geschworen hatte, die Macht nur auf legalem Wege anzustreben. Nun forderten die LNN ganz offen ein »Umdenken«: Die NSDAP

230 N. N.: Doppeltes Maß. In: LNN 38(1930). Nr. 198 vom 17. Juli; N. N.: Was wird nun in Sachsen? Ebenda. – NSDAP-Mitgliedschaft und Beamtenstatus (Hüter des Staates!) galten zu diesem Zeitpunkt als unvereinbar. Nachdem Wilhelm Frick in Thüringen Innenminister geworden war, hatte das Reich dem Land die Zuschüsse für die Polizei gesperrt.

231 Siehe u. a. N. N.: Stimmungsmache des Herrn Fleißner. In: LNN 38(1930). Nr. 231 vom 19. August; N. N.: Wirth macht »Wahlpropaganda«. Eine Denkschrift des Reichsinnenministeriums gegen die NSDAP. Ebenda. Nr. 249 vom 6. September; N. N.: Klarheit, die Forderung des Tages. Ebenda. Nr. 280 vom 15. Oktober; N. N.: Die »Leipziger Volkszeitung« macht Greuelpropaganda. Ebenda. Nr. 297 vom 24. Oktober; N. N.: Ein unzulänglicher Polizeipräsident. Ebenda. Nr. 352 vom 18. Dezember.

232 N. N.: Realpolitik im Rathaus. Ein Nachwort zu den Leipziger Haushaltplanberatungen. In: LNN 38(1930). Nr. 192 vom 11. Juli.

233 N. N.: Sammlung der staatspolitischen Kräfte. In: LNN 38(1930). Nr. 213 vom 1. August.

234 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

235 Siehe N. N.: Umwertung aller Werte. In: LNN 38(1930). Nr. 259 vom 16. September; N. N.: Wie soll regiert werden? Ebenda. Nr. 260 vom 17. September.

sei nicht mehr Staatsfeind Nummer eins, »die strebenden Energien herangewachsener Jugend« dürften nicht mehr länger brach liegen.²³⁶ Daß Hitler vor Gericht versprochen hatte, nach der Macht-ergreifung »Köpfe rollen« zu lassen, taten die LNN als »innerpolitische Revolutionsgymnastik« ab, die »für den Gang des Parteigeschäfts unentbehrlich« sei: »Sozialdemokratische Minister ziehen die Wendung vom ›An-die-Laterne-Hängen‹ vor.«²³⁷ Wenig später lobte der Chef der NSDAP-Reichstagsfraktion, Wilhelm Frick²³⁸, auf einer Parteiversammlung die LNN für ihre Kommentare zum Prozeß.²³⁹

In seinem Neujahrs-Leitartikel verband Paul Harms alle Wünsche und Hoffnungen für 1931 mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten: »Das ist eine Massenbildung, die für unsere Zukunft schlechthin bestimmend werden muß«. Das »Dritte Reich« werde aber ein Mythos bleiben, Tatsache sei immer noch der Staat Bismarcks, den es nun aus dem Dreck zu ziehen gelte – eine Aufgabe, bei der die NSDAP nicht abseits stehen könne.²⁴⁰ Kurz zuvor hatte Harms von der Partei verlangt, den Regierenden keine Vorwände für den »Gummiknüppel« zu liefern, vielmehr an ihre »nationale Aufgabe« zu denken.²⁴¹

Die Serie politischer Morde aber nahm kein Ende. Im Februar 1931 zog die NSDAP obendrein aus dem Reichstag aus. Die Deutsche Volkspartei rückte von Hitler ab, und auch die »Leipziger Neuesten Nachrichten« gingen auf Distanz. Als in Hamburg ein KPD-Abgeordneter im Nachtbus erschlagen wurde, sprach das Blatt

236 N. N.: »Nur auf legalen Wegen...« Ebenda. Nr. 269 vom 26. September.

237 N. N.: Zwischen zwei Reichstagen. Ebenda. Nr. 271 vom 28. September.

238 Wilhelm Frick (12.3.1877–16.10.1946) war der erste NSDAP-Mann, der einer Landesregierung angehörte (Innenminister in Thüringen). Von 1933 bis 1943 war Frick Reichsminister des Innern, leitete dann in den letzten beiden Kriegsjahren das Protektorat Böhmen/Mähren. Frick wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet.

239 N. N.: Hitler spricht in Weimar. NSDAP und Regierungsbildung. In: LNN 38(1930). Nr. 286 vom 13. Oktober.

240 Hs. (Paul Harms): Die Wegscheide. In: LNN 39(1931). Nr. 1 vom 1. Januar.

241 Hs. (Paul Harms): Der Gummiknüppel des Erziehers. In: LNN 38(1930). Nr. 329 vom 25. November.

von einem »Meuchelmord«, der durch nichts zu entschuldigen sei. Zwar folgte gleich ein Seitenhieb nach links (die Kommunisten hätten »unvergleichlich mehr Blut auf dem Gewissen«, und die Demokraten sollten bloß nicht so laut schreien, schließlich seien sie mitschuldig an den Zuständen, weil sie die Todesstrafe ablehnten), dann aber griff das Blatt Hitler an. Sein Versprechen vom »Köpfe-
rollen« hätte Verwirrung in unreifen Hirnen angerichtet. Durch das dauernde Gerede von der Machtergreifung sei die Autorität des Staates ebenso untergraben worden wie durch das Verlassen des Parlaments: »Wo die Führer einer Bewegung mit [...] geltendem Recht so unsinnig oder leichtfertig umspringen – ist es da nicht sehr natürlich, wenn die Geführten jede Achtung vor dem Gesetz verlieren?«²⁴²

In der Folgezeit predigte das Blatt der NSDAP immer wieder, endlich »Realpolitik« zu treiben. Das hieß für die LNN: Mitarbeit in einer Regierungskoalition (beispielsweise mit dem Zentrum) und damit Verzicht auf Ausschließlichkeitsanspruch und »Drittes Reich«, Bildung eines »Gegengewichts zum Marxismus«, aber ohne Gewalt gegen Andersdenkende.²⁴³ Die Redaktion versicherte, hinter dem »loyalen Hitler« zu stehen²⁴⁴, und forderte von den Regierenden, seiner Partei alle demokratischen Rechte zu gewähren. Wurden Veranstaltungen oder Zeitungen der NSDAP verboten, protestierte das Blatt.²⁴⁵

242 N. N.: Verantwortung. In: LNN 39(1931). Nr. 78 vom 19. März. – Siehe auch N. N.: Unterwelt. Ebenda. Nr. 76 vom 17. März; Arthur Eisfelder: Der Weg zur Vernunft! Ebenda. Nr. 81 vom 22. März; N. N.: Die DVP Thüringens bricht endgültig mit den Nationalsozialisten. Ebenda. Nr. 85 vom 26. März.

243 Hs. (Paul Harms): Bewegung ist alles. In: LNN 39(1931). Nr. 95/96 vom 5./6. April.

244 N. N.: Hitler setzt sich in seiner Partei durch. In: LNN 39(1931). Nr. 94 vom 4. April; N. N.: Die Nationalsozialisten fordern den Rücktritt Hindenburgs. Ebenda. Nr. 119 vom 29. April; N. N.: Bemerkungen zum Tage. Ebenda. Nr. 138 vom 18. Mai; N. N.: Nationalsozialismus und Kirche. Ebenda. Nr. 178 vom 27. Juni; N. N.: Zentrum und NSDAP. Ebenda. Nr. 231 vom 19. August; Hs. (Paul Harms): Breitscheids Ultimatum. Ebenda. Nr. 321 vom 17. November; N. N.: Gefahr des Kurzschlusses. Ebenda. Nr. 343 vom 9. Dezember; N. N.: Ein 2. Wahlgang erforderlich. In: LNN 40(1932). Nr. 74 vom 14. März.

245 Siehe u. a. N. N.: Aus dem roten Obrigkeitsstaat. In: LNN 39(1931). Nr. 84

Zugleich wurde die Zeitung Diskussionsplattform über die Stellung des Bürgertums zum Nationalsozialismus.²⁴⁶ Die LNN-Redakteure gaben dabei auch entschiedenen Hitlergegnern wie dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Karl Rothe²⁴⁷ das Wort²⁴⁸, half Rothe dann sogar, seinen LNN-Artikel auf einer NS-Parteiversammlung zu verteidigen.²⁴⁹

Obwohl es im Präsidentschafts-Wahlkampf im Frühjahr 1932 um das politische Schicksal Paul von Hindenburgs ging – für die LNN schon 1919 der »verehrungswürdigste Name, der uns Deutschgesinnten aus dem Zusammenbruch des alten Reiches geblieben ist«²⁵⁰ und seit seiner Wahl ins höchste Staatsamt 1925 der »einzige

vom 25. März; N. N.: Aus dem schwarz-roten Obrigkeitsstaat. Ebenda. Nr. 161 vom 10. Juni; N. N.: Nationalsozialistisches Sportfest verboten. Ebenda. Nr. 172 vom 21. Juni; N. N.: Hörsing hetzt und schürt. Ebenda. Nr. 333 vom 1. Dezember; N. N.: Hitler darf nicht im Rundfunk sprechen. In: LNN 40(1932). Nr. 90 vom 30. März; N. N.: SA und SS im ganzen Reich verboten. Mußte das sein? Ebenda. Nr. 105 vom 14. April.

- 246 Siehe u. a. Walther Rademacher: Nationalsozialistische Wirtschaftsprobleme. In: LNN 39(1931). Nr. 98 vom 8. April; Miaskowski: Besseres Wissen! Ebenda. Nr. 269 vom 26. September; Alfred Hoffmann: Besseres Sehen! Ebenda. Nr. 281 vom 8. Oktober; J. Kubach: Nationalsozialismus und Gewerkschaften. Ebenda. Nr. 363 vom 29. Dezember; Gustav Melzer: Verneintes oder Vereintes Bürgertum. In: LNN 40(1932). Nr. 168 vom 16. Juni.
- 247 Karl Rothe (1865–1953) wurde am 7. November 1917 auf Lebenszeit zum Leipziger Oberbürgermeister gewählt. Zuvor hatte er sich als Vorsteher des Stadtparlaments einen Namen gemacht. 1919 bis 1921 und 1927 bis 1929 stand Rothe eine linke Mehrheit im Stadtverordnetensaal gegenüber. Mehrfach lehnten die Abgeordneten sein Gehalt ab, was zwar ohne praktische Bedeutung war, aber Rothe dazu brachte, über seinen Rücktritt nachzudenken. Er blieb aber bis Anfang 1930 im Amt. Danach trat er öffentlich gegen den Rechtskurs in Deutschland und die NSDAP auf, kandidierte schließlich bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 für die Staatspartei. – Siehe Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 74ff.; Karl Rothe: So war der Krieg! Ein freimütiges Bekenntnis zum Remarque-Film. In: NLZ 10(1930). Nr. 24 vom 24. Januar; Karl Rothe: Besseres Wissen! In: LNN 39(1931). Nr. 279 vom 6. Oktober.
- 248 Karl Rothe: Besseres Wissen! In: LNN 39(1931). Nr. 279 vom 6. Oktober. – Siehe auch Felix Goldmann: Besseres Wissen! Ebenda. Nr. 282 vom 9. Oktober.
- 249 N. N.: Oberbürgermeister Rothe stellt sich in einer nationalsozialistischen Parteiversammlung. In: LNN 39(1931). Nr. 290 vom 17. Oktober.
- 250 N. N.: Opposition einst und jetzt. In: LNN 27(1919). Nr. 328 vom 9. Dezember.

Halt«²⁵¹ –, entschuldigte sich die Zeitung für ihre Absage an den Herausforderer Hitler. Zunächst hatte das Blatt die »nationale Opposition« aufgefordert, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und die Kräfte lieber für den »Kampf um Preußen«²⁵² zu sparen.²⁵³ Als Hitler dann doch antrat, wiesen die LNN darauf hin, daß die NSDAP noch immer drohe, alle anderen Kräfte auszuschalten, wenn sie erst an der Macht sei. Ein solcher Versuch aber würde innere Kämpfe auslösen, die mindestens die Partei, möglicherweise sogar das Reich zerstören könnten. Unter der Präsidentschaft Hindenburgs dagegen hätte Hitler Gelegenheit, den Übergang zu »aufbauender Mitarbeit« zu schaffen. Er gehöre schließlich zu den Männern, die niemand missen wolle, habe er allein doch die Partei geschaffen, auf der »der beste Teil unserer Zukunftsaussichten beruht«²⁵⁴. Das Schwesternblatt der »Leipziger Neuesten Nachrichten«, die im gleichen Verlag erscheinende »Leipziger Abendpost«, soll im Wahlkampf dagegen direkt für Hitler eingetreten sein.²⁵⁵

In den anderen Wahlkämpfen des Jahres 1932 standen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« nur einmal (bei der Landtagswahl in Preußen im April)²⁵⁶ in einer Front mit der NSDAP. Vor allen anderen Abstimmungen warnte das Blatt zwar – mehr oder weniger versteckt – vor einem Sieg Hitlers, wies aber im gleichen Atemzug stets auf die gemeinsamen Ziele von Bürgertum und NSDAP hin und trat dafür ein, die Partei endlich an der Macht zu

251 Siehe u. a. N. N.: Dem 83jährigen Reichspräsidenten. In: LNN 38(1930). Nr. 275 vom 2. Oktober.

252 Für die LNN war die Landtagswahl in Preußen am 24. April 1932 eine Abstimmung gegen die Regierung Braun und damit gegen das »System von Weimar« (Beteiligung der SPD an der Macht) überhaupt.

253 N. N.: Zusammenschluß im Daseinskampf. In: LNN 40(1932). Nr. 47 vom 16. Februar; N. N.: Die deutsche Zwietracht. Ebenda. Nr. 56 vom 25. Februar.

254 N. N.: Kandidaten. In: LNN 40(1932). Nr. 68 vom 8. März.

255 Richard Lehmann: Schafft neue Arbeitsstellen! Der Leser und seine Zeitung. In: NLZ 11(1931). Nr. 75 vom 15. März. – Zur »Leipziger Abendpost« siehe S. 106ff.

256 N. N.: Gegen Schwarz-Rot. In: LNN 40(1932). Nr. 111 vom 20. April; N. N.: Macht den rechten Flügel stark! Ebenda. Nr. 115 vom 24. April; N. N.: Preußen: Braun – Severing geschlagen. Ebenda. Nr. 116 vom 25. April.

beteiligen. Nur wenn bürgerliche Rechte und Nationalsozialisten gemeinsam regieren würden, könnten wirtschaftliche »Experimente« verhindert werden.²⁵⁷

Hitler jedoch schlug mehrfach Ministerposten aus, und bei den Reichstagswahlen im November verlor seine Partei zwei Millionen Stimmen. LNN-Leitartikler Paul Harms setzte nun alle Hoffnungen auf Gregor Straßer, der sich im Gegensatz zum Parteiführer kompromißbereit gab.²⁵⁸ Als Straßer den Machtkampf mit Hitler verloren hatte, beklagte Harms den »dogmenstarrten Gewissenszwang« in der NSDAP. Eine solche Partei könne nie und nimmer die Aufgabe der Führerauslese lösen. Wenn Hitler jetzt nicht den Weg zur Mitarbeit finde, »steigt riesengroß die Gefahr auf, daß die stärkste Partei der deutschen Rechten eines Tages zerbricht. Und das müßte jeder auf das Tiefste beklagen«.²⁵⁹

Auch am 29. Januar 1933, einen Tag, bevor Hitler Reichskanzler wurde, konnte sich Paul Harms nicht zu einer klaren Absage an Hitler entschließen, obwohl er dunkle Vorahnungen hatte. Kanzler Schleicher sei »zugunsten – man weiß nicht, welcher Mächte – verdrängt« worden. »Wenn die Unrast jetzt selbst die Stelle ergriffen hat, die uns bisher als Vorbild überlegener Ruhe galt (Hindenburg – M. M.), dann fällt mit besonderer Schwere in die Seele jedes einzelnen die Frage: Was soll nun werden? [...] Denn die Gefahr schwebt über uns – machen wir uns in dem Punkt nur nichts vor! –, daß die Regierungskrise sich zu einer Staatskrise auswächst.«²⁶⁰

257 Siehe u. a. N. N.: Sammlung der nationalen Kräfte. In: LNN 40(1932). Nr. 178 vom 26. Juni; N. N.: Das Vaterland über die Partei. Ebenda. Nr. 211 vom 29. Juli; N. N.: Die Bedeutung des 6. November. Ebenda. Nr. 308 vom 3. November; N. N.: Der Volksentscheid in Sachsen. Ebenda. Nr. 107 vom 16. April.

258 Hs. (Paul Harms): Straßers Weg. In: LNN 40(1932). Nr. 347 vom 12. Dezember.

259 Hs. (Paul Harms): Der Weg zur Mitarbeit. In: LNN 40(1932). Nr. 355 vom 20. Dezember.

260 Hs. (Paul Harms): Krise ohne Sinn. In: LNN 41(1933). Nr. 29 vom 29. Januar.

Führer der Öffentlichkeit oder Geführter?

Wer immer über die Weimarer Republik und besonders über deren letzte Jahre redet, wird fragen, wie es *dazu* kommen konnte, ob es dazu kommen *mußte*, eine Frage, die auch darauf abzielt, was der Einzelne, was bestimmte gesellschaftliche Kräfte hätten tun können, um dem Lauf der Geschichte eine andere Richtung zu geben. Auf den ersten Blick scheint es einfach, über die »Leipziger Neuesten Nachrichten« zu urteilen, die Zeitung zu *verurteilen*. Ihre führenden Köpfe kannten die Ziele Hitlers, hatten zudem am Beispiel Italien gesehen, daß die Drohungen der Faschisten keineswegs Sprechblasen waren. Dennoch forderte das Blatt, daß die bürgerlichen Parteien mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten, sah bis zuletzt in der NSDAP eher den Verbündeten im Ringen gegen die Arbeiterparteien und um den Wiederaufstieg Deutschlands als den Feind von Demokratie und freier Wirtschaft. Und: Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« waren nicht *irgendwer*, weder Partei- noch antisemitisches Radaublatt, sondern »*seriös*«, Statussymbol der »besseren Kreise« und erster Werbeträger einer ganzen Region, eine Zeitung mit Riesenauflage und großem Einfluß. Ein Wort von dort..., ja, was hätte es bewirken können?

Leitartikler Paul Harms hat 1927, lange vor dem Aufstieg Hitlers, beklagt, daß der führende Zeitungsmann nicht aus dem Rahmen ausbrechen könne, den die öffentliche Meinung ihm stecke: »Er, der nahen fühlt, was Tausenden und Abertausenden seiner Leser noch verborgen ist und ihre Ruhe nicht stört, darf es nicht aussprechen, [...] weil das Massendenken nicht folgen könnte, weil wirkungslos verpuffen oder, schlimmer als das, irreführen würde, was er sagen könnte«²⁶¹. Abgesehen davon, daß die LNN in der NSDAP ihre beiden wichtigsten Ziele verkörpert sahen: Konnte die Redaktion überhaupt gegen die Nationalsozialisten Stellung beziehen?

Jeder zweite Leipziger, der sich in einer Zeitung informierte, tat dies in den »Leipziger Neuesten Nachrichten«. Ähnlich gespalten war das Wahlverhalten in der Stadt. Rund die Hälfte der Bevölkerung stimmte für die Arbeiterparteien (SPD, KPD), der Rest

261 Paul Harms: Die Zeitung von heute. Leipzig 1927. S. 50f., 118.

»nichtmarxistisch«.²⁶² Daraus soll nun keineswegs geschlußfolgert werden, daß kein SPD-Wähler die LNN las (das Blatt dürfte allein wegen der »Inseratenplantage« für viele sein Geld wert gewesen sein), aber eingedenk der scharfen Frontstellung der Zeitung gegen die Arbeiterparteien ist zumindest anzunehmen, daß deren Stimmvolk im Leserkreis in der Minderheit blieb. Von den »nichtmarxistischen« Leipziger Wählern wiederum, demzufolge Hauptzielgruppe der LNN, stimmte im Juni 1930 (Landtag) jeder Fünfte für die NSDAP, drei Monate später (Reichstag) fast jeder Dritte, und im Juli 1932 (wieder Reichstag) waren es dann sogar zwei von drei.²⁶³

Wilhelm Carle, der in der Weimarer Zeit die politischen Aussagen von Zeitungen mit der Weltanschauung ihrer Leser verglichen hatte, stellte fest, daß nicht nur Parteien, Verleger und Journalisten den Inhalt der Blätter bestimmen, sondern auch die Rücksicht auf die Abonnenten: »Die Tagespresse, auch die politische, bringt nur dort eine eindeutige [...] Haltung zum Ausdruck, wo eine homogene Leserschicht dies gestattet«²⁶⁴. Hans Natonek hat sogar von einer Diktatur des Lesers gesprochen: »Über jedem Redaktionstisch schwebt der Geist des Zeitungslesers [...]. Wehe [...], wenn der Redakteur, anstatt der schnurrenden Bestie Publikum schmeichlerisch das Fell zu kraulen, sie mit unangenehmen Wahrheiten irritiert!«²⁶⁵

Wenn zunächst (1930) ein Drittel, 1932 dann sogar zwei Drittel der Hauptzielgruppe NSDAP wählten, konnte da, die Frage sei wiederholt, eine Zeitung wie die LNN, die auf Anzeigen und damit eine große Auflage angewiesen war, offen gegen die Partei Stellung beziehen? Schon das Eintreten des Blattes für Hindenburg im Präsidentschaftswahlkampf, das keineswegs mit einer endgültigen Absage an Hitler verbunden war, soll dem Verlag waschkörbeweise Abbestellungen beschert haben.²⁶⁶ Im zweiten Wahlgang hatten fast

262 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

263 Ebenda.

264 Wilhelm Carle: Weltanschauung und Presse. Leipzig 1931. S. 181.

265 Hans Natonek: Zeitung und Zeitschrift. In: Die Schaubühne 12(1916). Bd. 2. S. 403.

266 N. N.: Nochmals: Leitartikel in den LNN. In: LTZ 3(1934). Nr. 114 vom 25. April.

140.000 Leipziger für Hitler und damit gegen die LNN-Empfehlung gestimmt.²⁶⁷ Konnte das Unternehmen LNN auf diese Kundschaft verzichten?

Diese Überlegungen sollen keineswegs Redakteure und Verleger von ihrer Verantwortung entlasten. Chefredakteur Breiting war stolz auf den Rechtskurs des Blattes, Leitartikler Harms und Verleger Herfurth hatten nicht den Anspruch, die Leute zu erziehen, sondern waren durchaus bereit, ihre Zeitung dem Leserwillen anzupassen, sahen das Blatt als »Denkorgan der Masse«. Abgesehen davon, daß schon deshalb nicht unbedingt zu erwarten war, daß die LNN antifaschistische Positionen beziehen würden, wenn eine Partei wie die NSDAP in der Wählergunst steigt, bleibt die Frage: Kann ein Pressesystem, das auf wirtschaftlichen Erfolg angewiesen ist, überhaupt den Anspruch erfüllen, »Führer« der Öffentlichkeit zu sein, oder wird es nicht vielmehr immer eher zum »Geführten«?²⁶⁸

267 Den LNN zufolge lag die genaue Zahl bei 138.439 (1. Wahlgang: 110.834). Siehe Ergebnisse in Leipzig und im Freistaat Sachsen. In: LNN 40(1932). Nr. 102 vom 11. April.

268 Daß dieses Problem so alt ist wie das moderne Pressewesen selbst, zeigt ein Blick zu Karl Bücher. Bücher schrieb, daß der Verleger geneigt sei, dem Gewinnstreben alle Rücksichten unterzuordnen. Wie leicht könne deshalb die Presse »zum Ansteckungsherde werden für Geistesepidemien, die ganze soziale Schichten ergreifen und verderben!« (Die Grundlagen des Zeitungswesens. In: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926. S. 56). Bücher sah die »Wurzel des Übels« darin, daß der redaktionelle Teil bloßes Mittel zu dem einen Zweck sei, Anzeigenraum zu verkaufen (Zur Frage der Preßreform. Ebenda. S. 404f.). Folgerichtig schlug er vor, der politischen Presse die Inserate zu entziehen (Ebenda. S. 420). Der Preis würde dann zwar steigen und die Bezieherzahl folglich zurückgehen, aber das wäre kein Schaden angesichts der »Zeitverwüstung durch unfruchtbare Zeitungslektüre« (Ebenda. S. 424f.). Daß auch eine solche, scheinbar unabhängige Redaktion auf ihrem Produkt sitzenbleiben könnte, scheint Bücher nicht für möglich gehalten zu haben.

Nach 1933

Nach der Machtergreifung unterstützten die LNN das »Kabinett der nationalen Konzentration«, ohne dabei in Euphorie zu verfallen.²⁶⁹ Paul Harms schrieb 1934, daß es in Deutschland schon immer eine nationale Presse gegeben habe, die sich jetzt keinen Zwang antun müsse, um mitzugehen.²⁷⁰ Einige Indizien sprechen jedoch dafür, daß das Blatt nicht völlig gleichgeschaltet wurde. So berichtete die Leipziger Polizei 1934 von »leichten Schwankungen« in der Berichterstattung. An der »politischen Zuverlässigkeit« der LNN sei allerdings nicht zu zweifeln.²⁷¹ Das antisemitische Parteiblatt »Der Stürmer« hetzte 1936, die LNN würden Anzeigen von Juden drucken.²⁷² Und Anfang der 40er Jahre fragten die Leipziger Stadtväter zweimal bei der Parteileitung in Dresden nach, ob sie LNN-Verleger Edgar Herfurth zu Jubiläen gratulieren dürften (75. Geburtstag 1940, 50 Jahre LNN 1942), schließlich habe das Blatt ja »alle möglichen Torheiten« hinter sich.²⁷³ 1942 empfahl die Partei dem Oberbürgermeister »Passivität«, da sich in der Zeitung wenig geändert habe.²⁷⁴ Um hier allerdings ein Urteil treffen zu können, wäre es notwendig, Zeitung und überlieferte Akten zu untersuchen.

269 Siehe u. a. N. N.: Das Kabinett der Harzburger Front. In: LNN 41(1933). Nr. 31 vom 31. Januar; N. N.: Gegen die schwarz-rote Mehrheit. Ebenda. Nr. 34 vom 3. Februar; N. N.: Hoffen und Handeln. Ebenda. Nr. 36 vom 5. Februar; Torsten Kleditzsch: Die LNN unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. a. a. O. S. 37ff.; Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik. a. a. O. S. 97.

270 Die Presse im neuen Staat. In: LNN 42(1934). Nr. 112 vom 22. April.

271 Schreiben des Leipziger Polizeipräsidiums an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934. In: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Polizeipräsidium Leipzig. P Nr. 47. Bl. 19.

272 N. N.: Judeninserte – Versteckte Massenschande. In: Der Stürmer 14(1936)33.

273 Schreiben von Oberbürgermeister Freyburg an Gauleiter Mutschmann vom 15.10.1940 und vom 3.8.1942. In: Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 88. Bl. 175, 184.

274 Schreiben an Oberbürgermeister Freyburg vom 10.8.1942. Ebenda. Bl. 185.

4.2 »Neue Leipziger Zeitung«: Republikaner aus Überzeugung

Die »Neue Leipziger Zeitung« (NLZ) hat in fast allen Fragen eine andere Position eingenommen als die »Leipziger Neuesten Nachrichten« (LNN). Einig waren sich beide Blätter lediglich überall da, wo es um Leipzigs Rolle im Konzert der deutschen Großstädte ging. NLZ wie LNN warben für die Leipziger Messe, was einschloß, die Bemühungen anderer Städte auf diesem Gebiet (Frankfurt am Main, Breslau, Berlin) zu kritisieren sowie bei Reich und Land um größtmögliche Hilfe für Leipzig zu bitten.²⁷⁵ Ein Kapitel für sich war dabei das Thema Verkehr. Leipzig drohte hier, auf vielen Gebieten den Anschluß zu verlieren. Das Schienennetz war zwischen den Reichsbahndirektionen Halle und Dresden aufgeteilt, der Luftverkehr lief mehr und mehr über Schkeuditz und nicht über den Leipziger Flugplatz Mockau, und der Kanalbau, der Leipzig zur Hafenstadt machen sollte, wurde wegen fehlender Mittel immer wieder verschoben. Eine Reichsbahndirektion Leipzig, Ausbau Mockaus zum Großflughafen, Geld für den Kanal – hier waren sich bürgerliche Presse und Rat der Stadt einig.²⁷⁶

Beide Zeitungen unterstützten auch die Idee der Stadtväter, Leipzig zum Verwaltungszentrum zu machen. Wie die LNN forderte die NLZ eine Reichsreform, bei der die Bundesstaaten beseitigt werden – wenn nicht schon überall, dann wenigstens in Mitteldeutschland. Durch die Vereinigung von Sachsen, Thüringen, Anhalt und vielleicht auch Braunschweig sollte Leipzig nicht nur aus der sächsischen Nordwestecke befreit werden, sondern zugleich aus

275 Siehe u. a. N. N.: Kirchturmpolitik! Preußens Kampf gegen eine Bevorzugung der Leipziger Messe. In: NLZ 2(1922). Nr. 11 vom 11. Januar; Georg Marguth: Der blinde Hödur. Ein Frankfurter Pfeil gegen die Leipziger Messe. Ebenda. Nr. 55 vom 24. Februar; N. N.: Maßpartikularismus. In: LNN 30(1922). Nr. 14 vom 14. Januar.

276 Siehe u. a. N. N.: Von Halle-Leipzig nach Leipzig-Halle. In: NLZ 7(1927). Nr. 139 vom 21. Mai; Otto Pleitz: Für Mitteldeutschland – nichts. In: NLZ 10(1930). Nr. 136 vom 16. Mai; N. N.: Weltflughafen oder Lokalbahnhof. In: LNN 31(1923). Nr. 75 vom 17. März; N. N.: Ausbau des Leipziger Flughafens. In: LNN 35(1927). Nr. 45 vom 14. Februar.

dem Schatten der »Residenz« Dresden treten und selbst zur Landeshauptstadt aufsteigen.²⁷⁷

»Neue Leipziger« und Weimar

Ansonsten aber standen »Neue Leipziger Zeitung« und »Leipziger Neueste Nachrichten« in verschiedenen Lagern. Während die »Neuesten Nachrichten« den Parlamentarismus Weimarer Prägung ablehnten, bekannte sich die »Neue Leipziger Zeitung« zur Verfassung: »Zuallererst muß gesagt werden, daß wir überzeugte und entschiedene Republikaner sind, die sich mit aller Kraft für die gegenwärtige Staatsform einsetzen. [...] Wir sind ferner sozial eingestellt [...]. Auf sozialem Gebiet aber ist – im Gegensatz zur Staatsform – nur ein Kompromiß möglich.« Ziel müsse sein, die Besitzenden stärker zu verpflichten und dadurch den unteren Schichten das Leben zu erleichtern.²⁷⁸

277 Siehe u. a. Richard Lehmann: Fragt endlich das Volk! Die Vorschläge der Länderkonferenz zur Reichsreform stehen zur Debatte. In: NLZ 10(1930). Nr. 176 vom 25. Juni; Richard Lehmann: Ländergrenzen fesseln Mitteldeutschland. Anschluß an Preußen. In: NLZ 11(1931). Nr. 172 vom 21. Juni; Ernst Scheiding: Dresden wehrt sich gegen Mitteldeutschland. Ebenda. Nr. 178 vom 27. Juni; Raimund Köhler: Mitteldeutschland. Ebenda. Nr. 182 vom 1. Juli; N. N.: Opposition einst und jetzt. In: LNN 27(1919). Nr. 328 vom 9. Dezember; N. N.: Reform im Staats- und Gemeindeleben. In: LNN 35(1927). Nr. 16 vom 16. Januar; N. N.: Brauchen wir Minister? Ebenda. Nr. 46 vom 15. Februar; N. N.: Wann kommt die Reichsreform? In: LNN 39(1931). Nr. 69 vom 10. März. – 1928 warben die Leipziger Stadtväter in einer Denkschrift für ein Land »Mitteldeutschland«. Mit Hilfe wirtschaftlicher Daten belegten sie dabei die herausragende Stellung Leipzigs in diesem Gebilde und erhoben damit indirekt Anspruch auf den Verwaltungssitz. Dies führte dazu, daß weniger über den Inhalt der Schrift als über die Hauptstadtfrage diskutiert wurde, wobei sich die anderen betroffenen Großstädte (Dresden, Halle, Magdeburg, Erfurt, Braunschweig) natürlich übergangen fühlten. Deshalb ist es verständlich, daß nur die Leipziger Blätter hinter der Idee »Mitteldeutschland« standen. Siehe Leipzig und Mitteldeutschland. Eine Denkschrift für Rat und Stadtverordnete. Hrsg. von Walter Leiske. Leipzig 1928; Mitteldeutschland. Presse-Spiegel der Leipziger Denkschrift. In: Schriftenreihe des Rats-Verkehrsamtes Leipzig. Nr. 14. Leipzig 1929.

278 G. M. (Georg Marguth): Der neue Landtag verteilt die Steuerlasten. Darum

Demokratisch und sozial sollte sie nach Meinung der »Neuen Leipziger Zeitung« sein, diese Republik. Demokratisch – das hieß für das Blatt: alle Gewalt dem Volke, eine dem gewählten Parlament verantwortliche Regierung, Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten nur dann, wenn der Staat sich in Notwehr befindet.²⁷⁹ Den eigentlichen Sinn von Weimar aber sah die Redaktion in der gerechten Verteilung der Lasten. Das Ideal der NLZ war deshalb weder eine bürgerliche noch eine proletarische Regierung, sondern die große Koalition aller verfassungstreuen Parteien.²⁸⁰

Der Kampf zwischen Republik und Monarchie, zwischen Demokraten und Diktaturanhängern war dabei für die NLZ mit der Novemberrevolution keineswegs entschieden. Immer wieder beklagte das Blatt die »lasche Haltung« der Republikaner²⁸¹, wies auf die Gefahren hin, die von Schwerindustrie und Großgrundbesitz für »Reich und Volk« ausgehen würden,²⁸² und forderte, gegen die Verfassungsfeinde von rechts rücksichtslos vorzugehen.²⁸³ Die Redakti-

wählt die Parteien des sozialen Ausgleichs. In: NLZ 6(1926). Nr. 301 vom 31. Oktober.

279 Siehe u. a. Iz. (Hans Lorenz): Totgeburt. In: NLZ 6(1926). Nr. 290 vom 20. Oktober; G. M. (Georg Marguth): Die Reichstagsmitte trägt die Verantwortung. In: NLZ 11(1931). Nr. 39 vom 8. Februar.

280 N. N.: Eine unerfreuliche Entwicklung. In: NLZ 3(1923). Nr. 336 vom 5. Dezember.

281 Siehe u. a. N. N.: Der Innenkurs. In: NLZ 4(1924). Nr. 22 vom 22. Januar; Richard Lehmann: Unser Reich komme. In: NLZ 6(1926). Nr. 356 vom 25. Dezember; R. L. (Richard Lehmann): Links und rechts. In: NLZ 10(1930). Nr. 66 vom 7. März; K. P. (Konrad Pentinger): Wo bleibt der Werbeleiter für das Deutsche Reich? In: NLZ(1932). Nr. 32 vom 1. Februar.

282 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Hände weg! In: NLZ 3(1923). Nr. 146 vom 29. Mai; H. W. (Hans Wolf): Das neue Reich. In: NLZ 4(1924). Nr. 19 vom 19. Januar; Mz. (Josef März): Falsche Front. In: NLZ 10(1930). Nr. 239 vom 27. August; Richard Lehmann: Das Direktorium. Alte Bekannte in neuem Gewande. In: NLZ 11(1931). Nr. 164 vom 13. Juni; Hermann Martin: Die dritte Front. Generale und Großagrарarier auf der politischen Heerstraße. Ebenda. Nr. 199 vom 17. Juli.

283 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Nach einem Jahre. In: NLZ 3(1923). Nr. 172 vom 24. Juni; H. W. (Hans Wolf): Schützt die Republik! Ebenda. Nr. 198 vom 20. Juli; Mz. (Josef März): Die Lücke. Reichsgewalt muß stärker werden. In: NLZ 11(1931). Nr. 78 vom 19. März.

on (der Verlag?) sah die Zeitung dabei als eine Art »republikanisches Gewissen«, das über die Einhaltung der Verfassung zu wachen hatte.

Im Oktober 1926 druckte die NLZ einen Gesetzentwurf zu Artikel 48, in dem von einem »militärischen Ausnahmezustand« die Rede war. Es sei völlig egal, schrieb die Redaktion, daß der Entwurf möglicherweise nur ein Versuchsballon sei. Die Veröffentlichung hätte ihren Zweck schon erfüllt, wenn das Gesetz dann dem Grundgedanken der Verfassung entspreche. »Wir erinnern nur an den Schulgesetzentwurf [...], der den Bestimmungen des Artikels 146 einen Sinn beilegte, der gerade das Gegenteil dessen war, was die Autoren der Weimarer Verfassung sagen wollten – und sagten! Wir nehmen heute noch das Verdienst für uns in Anspruch, durch die vorzeitige Enthüllung [...] die Einbringung im Reichstag unmöglich gemacht zu haben.«²⁸⁴

Immer wieder veröffentlichte das Blatt Listen mit Generalen und Beamten der Kaiserzeit, potentiellen Monarchieanhängern also, die auf Kosten des Staates – der Republik wohlgermerkt – in Saus und Braus leben konnten. Die Zeitung forderte, die Pensionsansprüche endlich aufzuheben²⁸⁵, und war folgerichtig auch gegen die Fürstenabfindung: »Millionen müssen aufgebracht werden, um die Fürstenhäuser in den Stand zu setzen, zu leben und – worüber kein Zweifel besteht – gegen die freie deutsche Republik zu arbeiten. [...] Weshalb?«²⁸⁶ Die gleiche Frage stellte die NLZ angesichts geheimer und offener Aufrüstungsbestrebungen.²⁸⁷

284 Iz. (Hans Lorenz): Totgeburt. In: NLZ 6(1926). Nr. 290 vom 20. Oktober. – Siehe auch E. K. (Erich Kästner): Herr Külz sucht wieder eine Mehrheit. Ebenda. Nr. 338 vom 7. Dezember.

285 Siehe u. a. N. N.: Die Pensionäre der Republik. In: NLZ 6(1926). Nr. 339 vom 8. Dezember; Max Hartock: Der deutsche Renten-Adel. In: NLZ 7(1927). Nr. 178 vom 29. Juni; N. N.: Nutznießer der Republik. Großpensionäre – Doppelverdiener – Feinde des Staates. In: NLZ 11(1931). Nr. 170 vom 19. Juni.

286 R. L. (Richard Lehmann): Weshalb? In: NLZ 6(1926). Nr. 284 vom 14. Oktober.

287 Siehe u. a. E. J. Gumbel: Schwarze Reichswehr, Arbeitskommandos und Zeitfreiwillige. In: NLZ 6(1926). Nr. 306 vom 5. November; N. N.: Der Reichshaushaltsplan 1927. In: NLZ 7(1927). Nr. 10 vom 11. Januar; R. L. (Richard

Geist und Buchstabe der Weimarer Verfassung wurden keineswegs nur in der »großen Politik« verletzt. Im Oktober 1922, während des Rathenau-Mord-Prozesses, schilderte die »Neue Leipziger Zeitung«, wie die Lehrer eines Berliner Gymnasiums republikanisch gesinnte Schüler schikaniert hatten.²⁸⁸ »Ist es da verwunderlich, wenn unreife Knaben [...] einen der kultiviertesten Männer Deutschlands kaltblütig zur Strecke bringen? Ist es ferner verwunderlich, wenn das Gift der Volksverhetzung, der Untergrabung der Staatsautorität immer weiter um sich greift?«²⁸⁹ Als Leipziger Lehrer sich über diese Form der Berichterstattung beschwerten – es sei der Eindruck entstanden, an allen würden Gymnasien reaktionäre Zustände herrschen –, verteidigte die Redaktion ihr Recht auf Kritik am Einzelfall.²⁹⁰

Meinungsfreiheit, Freiheit der Kunst, Unabhängigkeit der Justiz – das waren für die »Neue Leipziger« keine abstrakten Begriffe, sondern Rechte, die es gegen jeden Übergriff zu verteidigen galt. Vielleicht beschreibt ein einziges Beispiel das Blatt besser als lange Abhandlungen: Die Reichswehr hatte 1927 einen Journalisten aus Meißen wegen Beleidigung verklagt, weil er in einer Kinderzeitung gesagt hatte, daß Soldaten Menschen seien, die berufsmäßig zu Mördern werden. Der Richter, der es zunächst abgelehnt hatte, überhaupt ein Verfahren zu eröffnen, gab in der Berufung dem politischen Druck nach und verurteilte den Redakteur zu einer Geldstrafe. Die »Neue Leipziger Zeitung« kommentierte diesen Fall

Lehmann): Ein alter Trick. In: NLZ 10(1930). Nr. 134 vom 14. Mai; Aliquis: Ein ungeheurer Irrtum ist aufzuklären! Schlafen die Parteien der Linken? In: NLZ 11(1931). Nr. 207 vom 26. Juli.

288 Heinrich Gutmann: Organisation G. In: NLZ 2(1922). Nr. 280 vom 10. Oktober. – Der Direktor des betreffenden Gymnasiums verklagte Gutmann wegen Beleidigung. Während das Schöffengericht den Autor freisprach, wurde er im Berufungsverfahren zu einer Geldstrafe von 2.000 Mark verurteilt. Siehe N. N.: Organisation G. Ein bedeutsamer Freispruch vor dem Leipziger Schöffengericht. In: NLZ 3(1923). Nr. 254 vom 14. September; N. N.: Das Friedenauer Gymnasium und die Republik. Das Urteil im Prozeß gegen die »NLZ«. In: NLZ 4(1924). Nr. 69 vom 9. März.

289 P. G.: Schule und Politik. In: NLZ 3(1923). Nr. 254 vom 14. September.

290 N. N.: Die Leipziger Gymnasien und die »Organisation G«. Ebenda. Nr. 265 vom 25. September.

nicht irgendwo, sondern im Leitartikel: »In dem kleinen [...] Beleidigungsprozeß haben wir all die trüben, unsäglich trüben Elemente beisammen, die uns das wahre und echte, das geistige und großmütige Deutschland verdunkeln und uns das Herz beben machen: Wir sehen eine Rechtsbeugung und eine Verbeugung vor rechts, wir sehen eine bedenkliche Verletzung der in der Verfassung garantierten Meinungsfreiheit und wir sehen, wie sich ein eherner Ring aus Justiz und Militär schützend vor den Kriegsgeist stellt. [...] Berufung ist eingelegt. Das Recht ist dem Zivilgeist, dem holden Gut der Meinungsfreiheit, der christlichen Gesinnung einen Freispruch schuldig.«²⁹¹

Die NLZ protestierte auch, wenn Theaterstücke und Filme aus politischen Gründen nicht gespielt werden durften (was in den letzten Weimarer Jahren immer häufiger geschah).²⁹² Theater sei selbst ein Stück Öffentlichkeit, das niemand unterdrücken könne, schrieb Hans Natonek, als Leipziger Bürgerbund und »Leipziger Neueste Nachrichten« im Frühjahr 1930 forderten, die gerade uraufgeführte Brecht-Weill-Oper »Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny« abzusetzen²⁹³: »Uns interessiert hier und jetzt nicht mehr Mahagonny. Der Zufall einer krakelenden Opposition kann morgen ebensogut ein wertvolles Wagnis der Schauspielbühne treffen.«²⁹⁴ Neun Monate später, der Remarque-Film »Im Westen nichts Neues« war gerade verboten worden, verschob das Deutsche Theater in Berlin seine

291 H. N. (Hans Natonek): Geßler contra Kinderzeitung. In: NLZ 7(1927). Nr. 164 vom 16. Juni.

292 Siehe u. a. Hans Natonek: Im Namen des Volkes. In: NLZ 10(1930). Nr. 51 vom 20. Februar; hn. (Hans Natonek): Remarque-Film verboten. Ebenda. Nr. 346 vom 12. Dezember; hn. (Hans Natonek): Warum die Münchner Polizei Döblins »Ehe« verbot. Ebenda. Nr. 351 vom 17. Dezember; Hans Natonek: Das deutsche Schweigen. In: NLZ 11(1931). Nr. 121 vom 2. Mai; N. N.: Der Film »Kuhle Wampe« verboten. In: NLZ 12(1932). Nr. 93 vom 2. April.

293 Die LNN nannten die Oper »das Frechste [...], was ein Kommunistenhirn (Brecht – M. M.) bisher eronnen hat« (Dr. A. (Adolf Aber): Skandal in der Oper. In: LNN 38(1930). Nr. 69 vom 10. März). Siehe auch N. N.: Der Mahagonny-Skandal. Ebenda. Nr. 72 vom 13. März.

294 Hans Natonek: Die Absetzung oder Mahagonny und die Folgen. In: NLZ 10(1930). Nr. 72 vom 13. März. – Siehe auch Hans Natonek: Der Kampf um Mahagonny beginnt. Ebenda. Nr. 71 vom 12. März.

Mahagonny-Aufführung auf unbestimmte Zeit. Hans Natonek wertete dies in der »Neuen Leipziger Zeitung« als einen »Akt kultureller Selbstentmannung«. Wenn selbst eine künstlerische Autorität wie Max Reinhardt²⁹⁵ zurückweiche, was bleibe dann den Intendanten in der Provinz? »Noch nie hat eine Kampfzeit eine so knie- und rückgratweiche Generation von Männern gefunden, die durch ihren Beruf dazu bestellt sind, Verteidiger der geistigen Freiheit zu sein.«²⁹⁶

»Seine« »Neue Leipziger« wollte Natonek von diesem Vorwurf mit Sicherheit ausgenommen wissen. Wie weiter unten noch gezeigt wird, stand das Blatt im Kampf gegen Hitler und die NSDAP, gegen jede Gewaltherrschaft von rechts in vorderster Front.

Damit kein falsches Bild von der NLZ entsteht, sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß die Zeitung zunächst als unpolitisches Heimatblatt gegründet worden war.²⁹⁷ Bei der Vereinigung von »Leipziger Allgemeiner Zeitung« und »Leipziger Zeitung« zur NLZ am 20. September 1921 hatte der Ullstein-Verlag angekündigt, daß das neue Blatt jeden Parteienstreit meiden werde: »Parteien trennen, Menschtum eint – das ist der Wahlspruch der »Neuen Leipziger.«²⁹⁸ Die NLZ forderte zwar die »Sammlung aller schaffenden Klassen und Schichten«²⁹⁹, hielt sich aber bis zur Übernahme durch den Prager Mercy-Verlag (Ende 1922) aus den Parteikämpfen heraus. Vor Wahlen wurden die Leser beispielsweise lediglich über Kandidaten, Ablauf und Ergebnisse unterrichtet, auf eine Empfehlung verzichtete die Redaktion jedoch.³⁰⁰ Die Leitarti-

295 Der österreichische Regisseur und Schauspieler Max Reinhardt (9.9.1873 –30.10.1943) leitete das Deutsche Theater (ab 1905) und das Große Schauspielhaus (ab 1919) in Berlin. An Reinhardts Häusern arbeiteten die bedeutendsten deutschen Schauspieler.

296 Nek. (Hans Natonek): »Wird es ein Ärgernis geben?« Die Parolen der Angst. In: NLZ 10(1930), Nr. 354 vom 20. Dezember.

297 Siehe S. 128f. – In einer Anzeige bezeichnete der Verlag die »Neue Leipziger Zeitung« selbst als »Heimatblatt«: NLZ 2(1922), Nr. 92 vom 2. April.

298 N. N.: Die »Neue Leipziger« und – die Kleine. Des Rätsels Lösung. In: LAll 71(1921), Nr. 260 vom 19. September.

299 N. N.: Politik der Einsicht. In: NLZ 1(1921), Nr. 263 vom 23. September.

300 Siehe u. a. N. N.: Auf zur Wahl. Wahlzeit 9 bis 6 Uhr. In: NLZ 1(1921), Nr. 373 vom 13. November; N. N.: Landtagsneuwahlen in Sachsen? Antrag auf Volks-

kel beschränkten sich in dieser Zeit meist auf bloße Information oder widmeten sich unpolitischen Themen. Lediglich einmal, nach dem Mord an Walther Rathenau, zeigte die NLZ Flagge: »Alarm – das ist die Stimmung, die durch alle Volkskreise und alle deutschen Länder geht.« Deutsch-völkische und monarchistische Geheimbünde hätten sich »Mord und Staatsumwälzung zum Ziele gesetzt«, deshalb gelte es, entschlossen gegen die »Wühler von rechts« vorzugehen.³⁰¹

Was in der Zeit, als die NLZ Ullstein gehörte, eine Ausnahme blieb, wurde ab 1923 zur Regel. Der Mercy-Verlag baute die Zeitung zu einem demokratischen Kampfblatt aus, die NLZ aber, auch das sei wiederholt, wurde bis Anfang der 30er Jahre von unpolitischen Themen und der Sportberichterstattung geprägt. Daß das »demokratische Kampfblatt« sich in der zweiten Hälfte der 20er Jahre allerdings keineswegs immer kämpferisch gab, beispielsweise auf Auseinandersetzungen mit den »Leipziger Neuesten Nachrichten« weitgehend verzichtete und auf Druck des Konkurrenzblattes sogar den zu »radikalen« Redakteur Erich Kästner kaltstellte, wird an anderer Stelle noch gezeigt.³⁰² Erst nach dem Eintritt Hermann Ullsteins in den Verlag (möglicherweise aber auch wegen des NSDAP-Aufstiegs) bestimmte der Kampf um Demokratie und Republik die Titelseiten der »Neuen Leipziger Zeitung«.

Um die Republik zu verteidigen, war die Redaktion dabei bereit, eine »Diktatur der Vernunft« zu unterstützen: »Es kann sich in der Geschichte, dem Schauspiel aller Möglichkeiten, der Fall ergeben, daß die schlechte Sache die Mehrheit und die gute die Minderheit hat«, schrieb das Blatt im November 1931 angesichts der NSDAP-Wahlerfolge. Die »Vernünftigen« dürften dann nicht zögern, Formalrechte aufzuheben, um ihre Ideen zu schützen. »Wenn ein Volk den Typus Knüppelkunze zum Führer wählen würde, so

begehren. In: NLZ 2(1922). Nr. 106 vom 16. April; N. N.: Volksbegehren – Volksentscheid. Die technische Durchführung. Ebenda. Nr. 155 vom 7. Juni; N. N.: Wähle sanft. Ebenda. Nr. 305 vom 4. November; A. V. (Arno Voigt): Ein Brief. Ebenda. Nr. 306 vom 5. November.

301 Georg Marguth: Alarm. In: NLZ 2(1922). Nr. 175 vom 27. Juni.

302 Siehe S. 260ff.

wird man das Dogma der Volkssouveränität nicht so weit treiben, sich dieser Wahl zu unterwerfen. Das wäre ja nicht mehr Demokratie, sondern abergläubische Anerkennung eines Gottesurteils.«³⁰³

Dieses Demokratieverständnis ist keineswegs nur mit dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Hitlers zu erklären. Obwohl die »Neue Leipziger Zeitung« den Parlamentarismus stets verteidigte, stand das Blatt dem Urteil der Massen von Anfang an skeptisch gegenüber. Schon in den frühen 20er Jahren klagte die Redaktion häufig über das fehlende politische Verständnis der Wähler und deren Urteilslosigkeit.³⁰⁴ Hans Natonek schrieb Ende 1926, daß er sich weder dem Bürgertum noch dem Proletariat zugehörig fühle. Diejenigen, die zwischen den Klassen stünden, seien aber die »besseren Menschen«, denn sie würden nicht wie die anderen ideenlosen Wirtschaftsinteressen nachjagen.³⁰⁵ Natonek beschränkte sich in seinen Rezensionen nicht darauf, Unterhaltungskunst zu verreißen, sondern griff auch die Leute an, die sich dabei amüsieren konnten. Die Theatergemeinde habe sich vorzüglich unterhalten, kommentierte er 1930 eine Leipziger Aufführung. »Was soll man da tun? Sich unter völliger Selbstentäußerung auf den Standpunkt des Publikums stellen? Doch das sage ich gleich: Der Schauspielhausstamm ist parterre.«³⁰⁶ An anderer Stelle schrieb Natonek, die Bestsellerautorin Hedwig Courths-Mahler schreibe für das »ewig unbegabte, geistig mittellose Kind«³⁰⁷.

Die Menschen kauften aber nicht nur Courths-Mahler-Romane, immer mehr stimmten gegen die Republik von Weimar. Auf die Verluste der Demokratischen Partei bei den sächsischen Landtags-

303 Thomas Tann: Im äußersten Fall: Diktatur der Vernunft. In: NLZ 11(1931). Nr. 322 vom 18. November. – Siehe auch N. N.: Das kommt davon, Herr Brüning! Seien sie Arzt, nicht Gesundheitsbeter! Ebenda. Nr. 331 vom 27. November.

304 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Nürnberg. In: NLZ 2(1922). Nr. 264 vom 24. September; G. M. (Georg Marguth): Der Fluch der Urteilslosigkeit. In: NLZ 4(1924). Nr. 68 vom 8. März.

305 H. N. (Hans Natonek): Zwischen den Klassen. In: NLZ 6(1926). Nr. 340 vom 14. Dezember.

306 H. N. (Hans Natonek): Was spät kommt, kommt doch! In: NLZ 10(1930). Nr. 19 vom 19. Januar.

307 Hedwig Courths-Mahler zum 60. In: NLZ 7(1927). Nr. 48 vom 18. Februar.

wahlen im Herbst 1926 reagierte Chefredakteur Georg Marguth mit der Bemerkung, daß der Rückgang der bürgerlichen Intelligenzpartei dem »Niveau innerpolitischer Betätigung kein rühmendes Zeugnis« ausstellen würde.³⁰⁸ Vier Jahre später, vor den Landtagswahlen 1930, schrieb das Blatt, daß die Mehrzahl der Volksgenossen mit Blindheit geschlagen sei und den altgermanischen Stammeshader wild in die Halme schießen lasse.³⁰⁹ Der Wahlsonntag werde »auch über Intelligenz und Begriffsvermögen des sächsischen Staatsbürgers aufklären«.³¹⁰ Als kurz darauf der Reichstag aufgelöst wurde, also Neuwahlen ins Haus standen, traute die »Neue Leipziger Zeitung« dem Volk überhaupt nicht mehr: Die Abstimmung werde über den Weiterbestand der Demokratie entscheiden. Überlegene Staatskunst hätte verhindern müssen, diesen Brocken auf das Volk abzuwälzen, »auf ein Volk, von dem immer noch breite Schichten in den »nationalen« Phrasen und Ideologien aus der Zeit wilhelminischer Vormundschaft befangen sind«³¹¹. In der Folgezeit beklagte die Zeitung zwar immer wieder, daß offenbar niemand auf ihre Ratschläge hören wolle, ließ sich aber in ihrem Kampf für Demokratie und Parlamentarismus nicht beirren.³¹² Noch am 5. März 1933, dem Tag der Reichstagswahlen, hoffte das Blatt auf Vernunft und Mut (!) der Wähler.³¹³

DDP oder SPD?

Die »Neue Leipziger Zeitung« hat sich stets dagegen gewehrt, in eine Parteischublade gesteckt zu werden. Nachdem die »Leipziger

308 m. (Georg Marguth): Wir und die anderen. In: NLZ 6(1926). Nr. 305 vom 4. November.

309 G. M. (Georg Marguth): Kapuzinerpredigt. In: NLZ 10(1930). Nr. 173 vom 22. Juni.

310 N. N.: Anschauungsunterricht. In: NLZ 10(1930). Nr. 172 vom 21. Juni.

311 G. M. (Georg Marguth): Krisenwahl. In: NLZ 10(1930). Nr. 201 vom 20. Juli.

312 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Nicht kapitulieren! In: NLZ 10(1930). Nr. 258 vom 15. September.

313 Richard Lehmann: Wir werden siegen! Für Einigkeit und Recht und Freiheit! In: NLZ 13(1933). Nr. 64 vom 5. März.

Neuesten Nachrichten« das Blatt vor den sächsischen Landtagswahlen 1926 als »linksdemokratisch« eingestuft hatten, schrieb Chefredakteur Georg Marguth: »Gebe es eine Partei, die sich entschieden sozial und republikanisch nennen würde, so möchten wir eine solche parteimäßige Bezeichnung für uns gelten lassen. Unter den gegebenen Umständen aber können wir uns nur freihalten von jedem parteipolitischen Einfluß«. ³¹⁴ Vier Jahre später, im August 1930 – die Demokratische Partei hatte sich gerade mit dem Jungdeutschen Orden zur Staatspartei zusammengeschlossen –, bekräftigte Marguth, daß sein Blatt nie eine Partei um der Partei willen unterstützen werde, sondern daß es der Redaktion immer um politische Inhalte gehe. ³¹⁵

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« standen mit ihrer Einschätzung allerdings nicht allein. Der »Dresdner Anzeiger« stellte die »Neue Leipziger Zeitung« ebenfalls als »linksdemokratisch« hin ³¹⁶, und in Dieter Fricke's Lexikon zur Parteiengeschichte heißt es, die NLZ sei eine von 180 »DDP-nahen« Zeitungen gewesen. ³¹⁷ In Zeitungskatalogen dagegen, deren Angaben nicht auf Untersuchungen der Blätter selbst, sondern auf Befragungen der Verlage beruhten, wurde die »Neue Leipziger Zeitung« als »republikanisch« geführt. ³¹⁸

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, einer Zeitung ein Etikett aufzudrücken, ihr mit einem einzigen Attribut gerecht zu werden. Die »Neue Leipziger Zeitung« war sowohl »linksdemokratisch« als auch »DDP-nah« als auch »republikanisch«. Während das Konkurrenzblatt »Leipziger Neueste Nachricht-

314 G. M. (Georg Marguth): Der neue Landtag verteilt die Steuerlasten. Darum wählt die Parteien des sozialen Ausgleichs! In: NLZ 6(1926). Nr. 301 vom 31. Oktober.

315 Renaissance!! In: NLZ 10(1930). Nr. 215 vom 3. August.

316 G. M. (Georg Marguth): Um Dr. Külz. In: NLZ 7(1927). Nr. 47 vom 17. Februar.

317 Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 1. Leipzig 1983. S. 576.

318 Albacharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Berlin 1929. Bd. 1. S. 101; Handbuch der deutschen Tagespresse. Berlin 1932. S. 324.

ten« der Klassenpolitik der Arbeiterparteien eine Klassenpolitik des Bürgertums entgegensetzte, versuchte die »Neue Leipziger Zeitung«, den Graben zwischen beiden Lagern zuzuschütten: »Auf diesem Gedanken der Zweiteilung in Oben und Unten, in Privilegierte und Hörige, in Erst- und Zweitklassige bauten sich Reichstage und Regierungen auf, wurden Gesetze beschlossen und Urteile gefällt«, schrieb der Politikchef und spätere Chefredakteur Richard Lehmann³¹⁹ 1930. »Zehn Jahre tobt nun dieser Klassenkampf in der

319 Das Leben von Richard Lehmann (?–6.6.1940) gleicht einer Fieberkurve. 1914 zog er als Freiwilliger in den Weltkrieg, zeichnete sich aus und wurde schon ein Jahr später zum Leutnant befördert. Nach dem Ende des Kaiserreiches wurde er zum überzeugten Republikaner. Als Redakteur der »Neuen Leipziger« (1921 zunächst Schlußdienst, dann Politikchef) wandte er sich gegen Aufrüstung und neue Kriegshetze, kämpfte für Demokratie und Republik und gegen die Gefahr des Nationalsozialismus. Hermann Ullstein, ab 1930 Chef im NLZ-Verlag, schrieb in seinen Erinnerungen, daß niemand so feurig und variantenreich gegen Hitler angeschrieben habe wie Lehmann, daß niemand besser gewußt habe, wie er den Mann auf der Straße ansprechen müsse. Als Hermann Ullsteins Plan, seinen Leitartikler zum Chefredakteur der »Berliner Morgenpost« und das Blatt zu einer antifaschistischen Kampfzeitung zu machen, am Widerstand der Verlagsführung in Berlin scheiterte, beförderte er Richard Lehmann im August 1931 zum Hauptschriftleiter der »Neuen Leipziger Zeitung«. Die Leipziger Polizei schrieb 1934 in einem Bericht, Lehmann habe in vorderster Front gegen die NSDAP gestanden: »Er übertraf in seinen Leitartikeln bisweilen noch das, was marxistische Zeitungen zu bieten vermochten.« Doch nach dem 30. Januar 1933 verlor Richard Lehmann keineswegs seinen Posten. Er arrangierte sich mit den neuen Machthabern, blieb NLZ-Hauptschriftleiter und wurde 1936 sogar zum Geschäftsführer des Verlages bestellt. Der Jude Hans Natonek, der in der NLZ Anfang der 30er Jahre Lehmanns Stellvertreter war, 1933 aber emigrieren mußte, hat in einem autobiographischen Roman seinen Chef verewigt, ohne ihn beim Namen zu nennen. Dessen Eltern hätten nach 1918 gewollt, daß er in der neuen Zeit eine Rolle spiele, und ihn deshalb auf eine Linkslaufbahn gebracht (Lehmann stammte aus dörflichen Verhältnissen). Lehmann, Kriegsverlierer von 1918, habe Anfang der 30er Jahre mit aller Macht für die Republik gekämpft, weil er eine zweite Niederlage um jeden Preis vermeiden wollte. Die Rettung sei 1933 dann in Gestalt des neuen Leipziger Polizeipräsidenten gekommen, den er aus der Frontzeit gekannt habe. Zum ersten Treffen habe er die alte Uniform mitgenommen, und die Gefahr, von den Faschisten aus dem Amt gedrängt zu werden, sei beseitigt gewesen. Dies erklärt auch die wohlwollende Beurteilung Lehmanns durch die Leipziger Polizei 1934, die mitentscheidend für seine Wei-

deutschen Republik. Alle Anfänge, diese Kluft zu schließen, scheiterten bisher. [...] Stresemanns Politik war darauf abgestellt. [...] Hindenburg, der sich in gleichen Gedankengängen bewegt, wird durch sein hohes Alter behindert. Der geeignete Boden für eine Sammlung der Deutschen, die praktische Mitarbeit an diesem Verständigungsgedanken leisten wollen, ist die große Koalition.«³²⁰

Anders als für die »Leipziger Neuesten Nachrichten«, die die Parteien danach bewerteten, in welchem der beiden Lager sie standen, waren für die »Neue Leipziger Zeitung« die Haltung zur Verfassung und die Bereitschaft, mit der anderen Seite zusammenzuarbeiten, die Maßstäbe. Eine soziale Republik, ein demokratisches Deutschland, in dem die Lasten gerecht verteilt werden – diese Ziele waren nach Meinung des Blattes nur zu erreichen, wenn eine Koalition der verfassungstreuen Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei regierte. Kommunisten und Nationalsozialisten lehnte die Zeitung als »Auswüchse des politischen Lebens« ab.³²¹ Ebenso war die Zeitung bis zum Ende der Weimarer Republik dagegen, die Deutschnationalen – für die Redaktion eine »verfassungsfeindliche Rechtsgruppe«, die Partei der »feudalen Her-

terbeschäftigung gewesen sein dürfte. Der gleiche Richard Lehmann, der in der Weimarer Republik pazifistische Positionen vertreten hatte, ging 1939 wie zu Kaisers Zeiten als Freiwilliger in den Krieg, machte den Polen-Feldzug mit und fiel schließlich im Juni 1940 als Hauptmann einer Pressekompanie in Frankreich. – Siehe Hans Natonek: *Straße des Verrats*. Hrsg. von Wolfgang Schütte. Berlin 1982. S. 137ff.; *Erinnerungen an Richard Lehmann, gefallen am 6. Juni 1940* (Ausätze). Hrsg. von Gerhard Heyde, Erhard Göpel und Hanna Häberlein. Leipzig 1941; Hermann Ullstein: *The rise and fall of the house of Ullstein*. London o. J. S. 180ff.; *Schreiben des Leipziger Polizeipräsidenten an das Geheime Staatspolizeiamt Dresden vom 30.10.1934*. S. 26. In: *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Polizeipräsidium Leipzig*. P Nr. 647. Bl. 43.

320 R. L. (Richard Lehmann): Ein stiller Gedanke. In: NLZ 10(1930). Nr. 108 vom 18. April.

321 R. L. (Richard Lehmann): Schutz den Schutzleuten. In: NLZ 7(1927). Nr. 92 vom 3. April – Zur NSDAP siehe auch S. 215ff., zur KPD H. W. (Hans Wolf): Das neue Reich. In: NLZ 4(1924). Nr. 19 vom 19. Januar; R. L. (Richard Lehmann): Steuerentscheid. In: NLZ 6(1926). Nr. 292 vom 22. Oktober; N. N.: Fremdenführer durch die deutschen Parteien. In: NLZ 12(1932). Nr. 259 vom 15. September.

ren« – an der Macht zu beteiligen.³²² Nur einmal, im August 1931, rief das Blatt angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Straßenterror nach einem »nationalen Kabinett«. Die Losung »von Hugenberg bis Breitscheid« verband der Leitartikler aber mit der Forderung, nicht nur die Löhne abzubauen, sondern auch »die Herren von der anderen Seite zur Kasse zu bitten«, die Förderung der ostelbischen Landwirtschaft einzuschränken, die Industriekartelle zu lockern: »Die psychologische Voraussetzung für ein Opfer, das die Massen bringen sollen, ist ein Opfer der Schichten, die wirtschaftlich oben stehen.«³²³

Die Partei des sozialen Ausgleichs aber, gewissermaßen der Puffer zwischen rechts und links, und deshalb *die Weimarer Partei schlechthin*, war für die »Neue Leipziger Zeitung« die Demokratische Partei (DDP): Ihr Daseinszweck sei es, »die Brücke zu bilden zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum«, und wenn diese Verbindung auch noch so schmal werde, so dürfe sie doch nicht abgebrochen werden.³²⁴

Das Blatt berichtete ausführlich über die Entwicklung der DDP sowie die Veranstaltungen der Leipziger Ortsgruppe und war zugleich die Plattform, von der aus die demokratischen Abgeordneten der Stadt (Reichstag, Landtag, Stadtparlament) ihre Ideen verbreiten konnten.³²⁵ Die NLZ vertrat jedoch nicht nur Positionen der DDP nach außen, sondern versuchte, personelle und politische Entscheidungen verschiedener Parteigremien zu beeinflussen. Die For-

322 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Wir fordern Neuwahlen! In: NLZ 3(1923). Nr. 331 vom 30. November; G. M. (Georg Marguth): Entweder Koalition der Mitte oder Landtags-Auflösung. In: NLZ 6(1926). Nr. 359 vom 29. Dezember; N. N.: Hugenberg hat's schon immer gesagt. In: NLZ 11(1931). Nr. 199 vom 18. Juli; N. N.: Wie soll man wählen? In: NLZ 12(1932). Nr. 286 vom 12. Oktober.

323 Aliquis: Alle Mann an Bord! Von Hugenberg bis Breitscheid? In: NLZ 11(1931). Nr. 240 vom 28. August.

324 N. N.: Zur Frage der sächsischen Regierungsbildung. In: NLZ 7(1927). Nr. 138 vom 20. Mai.

325 Ständige NLZ-Autoren waren u. a. Reinhart Herz und Edith Mendelssohn-Bartholdy (Stadtverordnete), Bernhard Claus (Landtag), Walter Goetz, Richard Pudor (Reichstag) und ab Ende 1932 dann Gerhard Kessler (Reichstagskandidat am 5. März 1933).

derungen des Blattes – keine Beteiligung an sogenannten Bürgerblockregierungen, ja zu sozialem Ausgleich, nein zu Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, junge Leute an die Spitze – verhalten zwar in der Regel ungehört, die »Neue Leipziger« kündigte der Partei aber trotzdem nicht die Freundschaft. Sobald eine Entscheidung gefallen war, stellte die Zeitung ihre Kritik ein.

Nachdem 1926 in Sachsen alle Versuche gescheitert waren, eine große Koalition von SPD bis DVP zu bilden, verlangte die »Neue Leipziger Zeitung« von der demokratischen Fraktion, auf gar keinen Fall für eine Regierung zu stimmen, der Deutschnationale angehören: »Dies wäre Verrat an Demokratie und Republik und außerdem parteipolitisches Harakiri.«³²⁶

Die Rechtspresse wiederum warf der DDP vor, mit solcher Starrheit jede Koalition zu blockieren, und die Fraktion beeilte sich zu erklären, daß sie sehr wohl mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten wolle, ja sogar eine Minderheitsregierung der Rechten tolerieren werde. Die »Neue Leipziger Zeitung« rief daraufhin nach einer »klaren demokratischen Linie«: »Die Erklärung der [...] Fraktion berührt uns überaus peinlich. [...] Für uns gibt es nur die eine Demokratie, die unter allen Umständen strikt verbietet, einer Koalition der Rechten ans Ruder zu verhelfen.«³²⁷

Die Verhandlungen zogen sich hin, und die NLZ blieb bei ihrer Linie, verlangte mehrfach von der DDP, mit den Sozialdemokraten über eine große Koalition zu sprechen und nicht Steigbügelhalter für einen deutschnationalen Minister zu werden.³²⁸ Die Fraktion entschied letzten Endes anders, und die »Neue Leipziger Zeitung« – zollte Beifall! Ein »gesunder politischer Instinkt« hätte die Demokraten geleitet, befand das Blatt nun. Schließlich sei es hundertmal

326 G. M. (Georg Marguth): Entweder Koalition der Mitte oder Landtagsauflösung. In: NLZ 6(1926). Nr. 359 vom 29. Dezember.

327 N. N.: Die demokratische Landtagsfraktion erklärt. In: NLZ 7(1927). Nr. 8 vom 9. Januar.

328 G. M. (Georg Marguth): Wie lange noch? In: NLZ 7(1927). Nr. 133 vom 15. Mai; N. N.: Zur Frage der sächsischen Regierungsbildung. Ebenda. Nr. 138 vom 20. Mai; N. N.: Regierungsumbildung im Halbdunkel. Ebenda. Nr. 148 vom 30. Mai.

besser, selbst in der Regierung zu sitzen und Einfluß zu haben, als alle Ressorts den Gegnern der Republik zu überlassen.³²⁹

Das hier dokumentierte Beispiel war keineswegs ein Einzelfall. Im Sommer 1930 verfolgte die »Neue Leipziger Zeitung« den Zusammenschluß von Demokratischer Partei und Jungdeutschem Orden zur Staatspartei mit Skepsis, kritisierte die Parteiführung, weil sie die Mitglieder in der Provinz vor vollendete Tatsachen gestellt hatte.³³⁰ Trotzdem unterstützte das Blatt die neue Partei im folgenden Wahlkampf.³³¹ Ähnlich verlief die Vorbereitung der beiden Reichstagswahlen zwei Jahre später. Die NLZ verlangte jeweils von der Staatspartei, sich mit der SPD zu verbinden, damit die Stimmen nicht verloren gehen (allein konnte die Partei im Wahlkreis keinen Kandidaten durchbringen), und junge Leute zu nominieren. Die Ortsgruppe entschied beide Male, allein und mit »bewährten Kräften« in den Wahlkampf zu gehen, und wurde trotzdem von der NLZ unterstützt.³³²

Hilfe im Wahlkampf hieß aber nicht, daß die »Neue Leipziger Zeitung« ausdrücklich für Demokratische oder Staatspartei warb. Das Blatt berichtete zwar ausführlich über Versammlungen der Partei und veröffentlichte kurz vor der Abstimmung Leitartikel aus der

329 S. (Ernst Scheiding): Die Notregierung in Sachsen. In: NLZ 7(1927). Nr. 180 vom 2. Juli.

330 Siehe u. a. N. N.: Die Staatspartei konstituiert sich. In: NLZ 10(1930). Nr. 210 vom 29. Juli; R. L. (Richard Lehmann): Neue Politik. Ebenda. Nr. 211 vom 30. Juli; G. M. (Georg Marguth): Renaissance! Ebenda. Nr. 215 vom 3. August.

331 Siehe u. a. N. N.: Die Kandidaten der Staatspartei. In: NLZ 10(1930). Nr. 226 vom 14. August; Mz. (Josef März): Ein gangbarer Weg. Ebenda; N. N.: Das Wahlprogramm der Staatspartei. Ebenda. Nr. 230 vom 18. August; Mz. (Josef März): Gewachsener Unsinn. Ebenda. Nr. 237 vom 25. August; N. N.: Die Parteien im Wahlkampf. Ebenda. Nr. 242 vom 30. August; R. L. (Richard Lehmann): Vertrauen statt Verzweiflung. Ebenda. Nr. 256 vom 13. September.

332 Siehe u. a. N. N.: Junge Kräfte an die Front! Neue Kandidaten für die Staatspartei. In: NLZ 12(1932). Nr. 176 vom 24. Juni; Bernhard Claus: Braucht die Staatspartei eine Listenverbindung? Ebenda. Nr. 206 vom 24. Juli; Richard Pudor: Autokratie oder Weltwirtschaft. Ebenda. Nr. 207 vom 25. Juli; Walter Goetz: Staatspartei oder Zentrum? Ebenda. Nr. 212 vom 30. Juli; N. N.: Ein notwendiger Anschluß. Wahlbündnis zwischen Staatspartei und Sozialdemokratie. Ebenda. Nr. 276 vom 2. Oktober; N. N.: Zurück zum Parlament. Eindrucksvolle Wahlkundgebung der Staatspartei. Ebenda. Nr. 302 vom 28. Oktober.

Feder ihrer Spitzenkandidaten, die Redaktion aber empfahl lediglich, »schwarz-rot-gold« anzukreuzen und für die »Parteien des sozialen Ausgleichs« zu stimmen.³³³

Diese Zurückhaltung wie die Tatsache, daß Verlag und Redaktion ihre Nähe zur DDP stets leugneten, erklären sich aus der Geschichte sowohl der Zeitung als auch der Partei. Die DDP, 1919 in Leipzig noch mit Abstand stärkste bürgerliche Kraft, erhielt in der Stadt schon 1922 weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen und sah sich ab Mitte der 20er Jahre endgültig in die Rolle einer Minderheit gedrängt.³³⁴ Die »Neue Leipziger Zeitung« wiederum war 1921 mit dem Ziel gegründet worden, dem Auflagenriesen »Leipziger Neueste Nachrichten« den Rang abzulaufen. Ihre Vorgänger »Leipziger Zeitung« (1921 in der NLZ aufgegangen) und »Leipziger Tageblatt« (1926) hatten sich der DDP verschrieben und waren beide wirtschaftlich gescheitert.³³⁵

War es für eine Zeitung wie die »Neue Leipziger« – mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren – bei aller politischer Übereinstimmung möglich, sich ohne Wenn und Aber an eine Partei zu binden, die in Leipzig 1922 weniger als 30.000, 1930 nur noch 15.000 und 1932 nicht einmal mehr 10.000 Wählerstimmen auf sich vereinte?³³⁶ Es bliebe zwar einzuwenden, daß eine publizistische Macht wie die NLZ der DDP neue Freunde hätte gewinnen können, dem aber stehen sowohl der reichsweite Trend – Versinken der Partei in der

333 Siehe u. a. N. N.: Zertrümmert den Bürgerblock. In: NLZ 4(1924). Nr. 324 vom 7. Dezember; G. M. (Georg Marguth): Der neue Landtag verteilt die Steuerlasten. In: NLZ 6(1926). Nr. 301 vom 31. Oktober; R. L. (Richard Lehmann): Die nächsten Dinge. In: NLZ 10(1930). Nr. 252 vom 9. September; N. N.: Sorgt für Ruhe und Arbeit! Wählt eine republikanische Partei. In: NLZ 12(1932). Nr. 211 vom 29. Juli; N. N.: Papen greift an. Republikaner wehrt Euch! Ebenda. Nr. 303 vom 29. Oktober.

334 Die DDP, die 1919 noch 17 von 72 Stadtverordneten gestellt hatte, war zwischen 1927 und 1932 nur noch mit drei Abgeordneten (von nun insgesamt 75) im Leipziger Parlament vertreten (Sitzverteilung: S. 161f). Bei der Präsidentschaftswahl 1925 hatten sich sieben Prozent der Leipziger Wähler für den demokratischen Kandidaten entschieden, bei der Landtagswahl ein Jahr später stimmten fünf Prozent für die DDP (Wahlergebnisse im Tabellenanhang).

335 Siehe S. 61ff. (LZ), 74ff. (LT).

336 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

Bedeutungslosigkeit – als auch das Schicksal von »Leipziger Zeitung« und »Leipziger Tageblatt« entgegen.

Diese Spekulationen deuten das Dilemma an, in dem sich die »Neue Leipziger Zeitung« (nur sie?) Anfang der 30er Jahre befand. Die – wie noch zu zeigen sein wird – konsequent antifaschistische Zeitung wußte nicht, welche Partei sie unterstützen sollte. Das Zentrum hatte im protestantischen Leipzig keine Basis,³³⁷ die zur Staatspartei umgegründete DDP war nur noch eine Splitterpartei, und die Deutsche Volkspartei suchte nach dem Tod von Gustav Stresemann (1929) Unterschlupf im Lager der Rechten, lehnte nun jede Zusammenarbeit mit der SPD ab und war folglich für die »Neue Leipziger« kein Partner mehr.³³⁸ Vor der Novemberwahl 1932 beklagte das Blatt, daß »die Weltanschauung der Freiheit der Person« parteipolitisch nicht mehr vertreten sei, warnte aber zugleich davor, in Hast und Eile neue Verbindungen zu zimmern, denn nur große Parteien hätten die Chance, Einfluß zu gewinnen. »Das nicht konfessionell gebundene, freigesinnte Bürgertum, das seinen Parteiausdruck in einem nichtkatholischen Zentrum finden müßte, wird in diesem Wahlkampf [...] fremden Anschluß suchen müssen.«³³⁹ Eine »große Partei« wählen, doch welche? Der Leser der »Neuen Leipziger Zeitung« fand Argumente für das Zentrum (die Partei vertrete zwar die katholische Weltanschauung und wolle die Schule der Kirche unterwerfen, aber es sei zu bedenken, daß die kulturellen Dinge zur Zeit nicht auf der Tagesordnung stünden)³⁴⁰, für die SPD, auch für die »kleine« Staatspartei, eine konkrete Empfehlung aber gab das Blatt nicht.³⁴¹

337 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

338 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Wahlanstrich der Parteien. In: NLZ 10(1930). Nr. 207 vom 26. Juli; Mz. (Josef März): Ohne Kompaß. In: NLZ 11(1931). Nr. 104 vom 14. April; N. N.: Abfall von Stresemann. Die Volkspartei für den Preußen-Volksentscheid. Ebenda. Nr. 213 vom 1. August; Mz. (Josef März): Politischer Selbstmord. Ebenda. Nr. 286 vom 13. Oktober.

339 N. N.: Fremdenführer durch die deutschen Parteien. In: NLZ 12(1932). Nr. 260 vom 16. September.

340 N. N.: Fremdenführer durch die deutschen Parteien. In: NLZ 12(1932). Nr. 259 vom 15. September.

341 Siehe u. a. N. N.: Wie soll man wählen. In: NLZ 12(1932). Nr. 286 vom 12. Ok-

Je mehr der Stimmenanteil der Demokratischen und später der Staatspartei sank, desto stärker wurden die Sympathien der »Neuen Leipziger Zeitung« für die SPD. Obwohl das Blatt DDP, Zentrum und Volkspartei von Anfang an aufgefordert hatte, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten (egal ob im Reichstag oder im Stadtparlament), beklagte die Redaktion 1922 noch, daß die Sozialisten bei der zahlenmäßigen Schwäche der bürgerlichen Republikaner als eigentliche Repräsentanten der neuen Staatsform erscheinen würden, weshalb es, angesichts mancher Fälle von »proletarischer Unduldsamkeit«, gerade für die gebildete Jugend nicht leicht sei, sich zur Weimarer Verfassung zu bekennen.³⁴² Mehrfach kritisierte die »Neue Leipziger Zeitung« in dieser Zeit – Anfang der 20er Jahre – auch die »Linkstendenzen« (sprich: die Neigung zu einer reinen Arbeiterregierung) in der sächsischen Sozialdemokratie³⁴³ und sagte folgerichtig Erich Zeigner, der ein SPD-Minderheitskabinett führte, im April 1923 den Kampf an.³⁴⁴ Gerade der Streit um diese Regierung aber wurde zum Wendepunkt für das Verhältnis der NLZ

tober; Hans Liesegang: Grüß Gott, Frau Bullermann, wen wählen Sie denn diesmal? Allerhand Wahlgespräche. Ebenda. Nr. 304/305, 307 und 310 vom 30./31. Oktober, 2. und 5. November.

342 N. N.: Die Jugend von heute. In: NLZ 2(1922). Nr. 142 vom 24. Mai.

343 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Drei Warnungen. In: NLZ 2(1922). Nr. 185 vom 5. Juli; E. W. (Ehm Welk): Der Sinn des 5. November. Ebenda. Nr. 301 vom 31. Oktober; E. W. (Ehm Welk): Vergebliches Ringen. Ebenda. Nr. 308 vom 7. November; H. W. (Hans Wolf): Eine unerfreuliche Entwicklung. Die Linksbewegung in der sächsischen V. S. P. D. In: NLZ 3(1923). Nr. 336 vom 5. Dezember. – Der Artikel »Drei Warnungen« brachte dem NLZ-Chefredakteur Georg Marguth eine Beleidigungsklage des sächsischen Innenministers Richard Lipinski (USP) ein. Marguth hatte kritisiert, daß Lipinski bei Arbeiterunruhen in Zwickau mit den Aktionsausschüssen verhandelt hatte. Der Minister hätte auf diese Weise die Gegner der Rechtsordnung anerkannt, wäre demzufolge nicht als Staatsmann, sondern als kurzsichtiger Parteifunktionär aufgetreten, womit eigentlich alle Voraussetzungen erfüllt wären, ihn vor den Staatsgerichtshof zu bringen. Das Leipziger Schöffengericht sprach Marguth frei mit der Begründung, daß scharfe Kritik im Interesse der Allgemeinheit erlaubt sei. Siehe N. N.: Darf ein Minister kritisiert werden? Ein Leitartikel der »N. L. Z.« vor Gericht. In: NLZ 2(1922). Nr. 311 vom 11. November.

344 G. M. (Georg Marguth): Der neue Auftakt zur alten Szene. In: NLZ 3(1923). Nr. 100 vom 12. April.

zur SPD. Als die Redaktion Anfang 1924 bekannte, daß die Sozialdemokraten die besten Verteidiger der Republik seien³⁴⁵, schrieb sie dies auch mit Blick auf den Herbst 1923, der das Blatt – wie an anderer Stelle gezeigt wird – an der Seite Zeigners sah.³⁴⁶

Das Blatt billigte den Sozialdemokraten später zu, 1919 das Reich gerettet zu haben³⁴⁷, lobte die Partei für ihre »staatsbejahende Mitarbeit« und dafür, den »Marxismus« beiseite gestellt zu haben³⁴⁸, und hielt außerdem den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun für den republikanischen Führer schlechthin³⁴⁹. Trotzdem sagte die »Neue Leipziger Zeitung« ihren Lesern nur zwischen den Zeilen, daß sie SPD wählen müßten, wenn sie denn eine soziale und demokratische Republik haben wollten.

Im Herbst 1926 brachte Richard Lehmann den Sinn der Sachsen-Wahlen auf einen knappen Nenner: »Wer zahlt die Steuern und zu welchem Zwecke dienen sie?« Die Rechtsparteien würden sich gänzlich von Standesinteressen leiten lassen, eine politische Mitte gebe es nicht mehr, blieben also nur die »sogenannten Linksparteien«: »Auch sie vertreten bestimmte Standesinteressen (dafür sind sie Parteien), auch sie stellen sich als bestimmte Gruppenbildungen dar mit recht eindeutigen Forderungen. Trotzdem halten sie sich in dem Rahmen, den der demokratische Gedanke vorschreibt. Gerechte Verteilung der Lasten! Das ist die wahre Parole«. Nötig seien dazu soziales Gefühl und demokratischer Geist.³⁵⁰

345 N. N.: Der Innenkurs. In: NLZ 4(1924). Nr. 22 vom 22. Januar.

346 Siehe S. 228ff.

347 G. M. (Georg Marguth): Kapuzinerpredigt. In: NLZ 10(1930). Nr. 173 vom 22. Juni.

348 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Renaissance!! In: NLZ 10(1930). Nr. 215 vom 3. August.

349 N. N.: Deutschlands Verpflichtung zum Einheitsstaat. Republikanische Führerparolen. In: NLZ 6(1926). Nr. 356 vom 25. Dezember; N. N.: Ein staatsmännischer Gegenzug der Sozialdemokratie. Otto Braun fordert Artikel 48. In: NLZ 10(1930). Nr. 333 vom 29. November; N. N.: Ein deutscher Staatsmann. In: NLZ 12(1932). Nr. 28 vom 28. Januar.

350 R. L. (Richard Lehmann): Steuerentscheid! In: NLZ 6(1926). Nr. 292 vom 22. Oktober.

Auch Chefredakteur Georg Marguth nannte vier Jahre später (vor den Reichstagswahlen im September 1930) das Kind nicht beim Namen: »Wer Einsicht besitzt, wer politischen Instinkt hat und frei von Illusionen ist, der wird die Parteien der Mitte und der gemäßigten Linken wählen, die, man mag sie zum Teil auch noch so schmähen, an dem bisherigen Wiederaufbau des Staates verdienstvollen Anteil haben.«³⁵¹

In der Folgezeit verteidigte die »Neue Leipziger Zeitung« die SPD immer wieder gegen Angriffe von rechts.³⁵² Anfang Oktober 1932 hieß es sogar, wenn auch in Anführungszeichen (Zitat eines nicht genannten Ministers), die Sozialdemokratie sei »die staatserehaltende Partei in höchster Potenz«. Man habe sie zu Unrecht schlecht gemacht, zu Unrecht verleumdet, bei der SPD und dem Zentrum seien »die wahren nationalen Kräfte versammelt«³⁵³. Aber obwohl das Zentrum in Leipzig wie gesagt keine Rolle spielen konnte, obwohl die Redaktion im Vorfeld der Reichstagswahl gefordert hatte, nur »große Parteien« zu wählen, und außerdem mußte, daß die Staatspartei nur um ihr Überleben und nicht mehr um Macht und Einfluß kämpfte³⁵⁴, und ihr deshalb ein Bündnis mit der SPD nahelegte, lautete die Schlagzeile am 6. November nicht »Wählt SPD!« sondern »Wählt Linke oder Mitte! Wählt nur verfassungstreue Parteien!«³⁵⁵

351 Seid aktiv und besonnen! In: NLZ 10(1930). Nr. 257 vom 14. September.

352 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Es geht auch ohne Radikalismus. In: NLZ 11(1931). Nr. 152 vom 1. Juni; N. N.: Die politische Linie der SPD. Ebenda. Nr. 154 vom 3. Juni; N. N.: Die Parteibuchbeamten. In: NLZ 12(1932). Nr. 206 vom 24. Juli.

353 N. N.: Wie soll man wählen? In: NLZ 12(1932). Nr. 286 vom 12. Oktober.

354 Siehe u. a. N. N.: Fremdenführer durch die deutschen Parteien. In: NLZ 12(1932). Nr. 259 und 260 vom 15. und 16. September; N. N.: Wie soll man wählen? Ebenda. Nr. 286 vom 12. Oktober.

355 NLZ 12(1932). Nr. 311 vom 6. November.

Kommunalpolitik

Die gleiche Losung – verfassungstreue Mitte-Links-Parteien – fand der Leser der »Neue Leipziger Zeitung« vor den Stadtverordnetenwahlen eine Woche später.³⁵⁶ Auch in den Jahren davor hatte sich die Haltung des Blattes zur »großen Politik« in der kommunalpolitischen Berichterstattung widergespiegelt. Während die »Leipziger Neuesten Nachrichten« das Bürgertum zur Sammlung gegen die Arbeiterparteien aufriefen und jedes noch so kleine Problem mit der Frage »Wir oder sie?« verknüpften, warb die »Neue Leipziger Zeitung« für die Zusammenarbeit nicht nur aller Stadtverordneten, sondern auch von Parlament und Rat.³⁵⁷ Die Klassenpolitik des Leipziger Bürgerbundes lehnte das Blatt ab, verlangte vielmehr von den Demokraten, sich vom »Mischmasch, von einer Parteiverbindung a priori«³⁵⁸ fernzuhalten, ihre Eigenständigkeit nicht aufzugeben.³⁵⁹

Die »Neue Leipziger Zeitung« unterstützte in Wahlkämpfen zwar die DDP (in der schon beschriebenen Art) und veröffentlichte außerdem häufig Beiträge von demokratischen Stadtverordneten³⁶⁰, im Grunde aber war die Redaktion dagegen, den Parteienstreit auf das Rathaus auszudehnen. »Machtkämpfe innerhalb des Gemeindeparlaments auszufechten, das liegt weder im Interesse der Kommunen noch des Stadtparlaments«, schrieb Lokalredakteur Emil Dörfel

356 N. N.: Aufmarsch zur Stadtverordnetenwahl. Macht Front gegen die radikalen Flügel! In: NLZ 12(1932). Nr. 314 vom 9. November; N. N.: Bürger sichert Eure Mitarbeit! Wählt nur fortschrittliche Stadtverordnete. Ebenda. Nr. 318 vom 13. November.

357 Siehe u. a. E. D. (Emil Dörfel): Der Leipziger Haushaltplan. In: NLZ 7(1927). Nr. 171 vom 22. Juni; E. D. (Emil Dörfel): Etat der Not. In: NLZ 10(1930). Nr. 143 vom 23. Mai.

358 R. L. (Richard Lehmann): Volk und Politik. In: NLZ 4(1924). Nr. 15 vom 15. Januar.

359 Siehe auch N. N.: Fraktionsdisziplin. In: NLZ 6(1926). Nr. 264 vom 24. September; N. N.: Wählt die Vernunft. Ebenda. Nr. 296 vom 26. Oktober; E. D. (Emil Dörfel): Weihnachten beim Bürgerblock. In: NLZ 10(1930). Nr. 357 vom 23. Dezember.

360 Siehe S. 201.

1927. Ziel könne es nicht sein, die gleichen Fragen wie im Landtag oder im Reichstag zu diskutieren, vielmehr komme es darauf an, »für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die Gemeindeinteressen zu wirken«³⁶¹.

Die »Neue Leipziger Zeitung« übersetzte »Gemeindeinteressen« dabei nicht wie die »Leipziger Neuesten Nachrichten« mit »Interessen der Privatwirtschaft«. Als Anfang 1927 in Leipzig über eine Bebauung des Augustusplatzes diskutiert wurde, hielt das Blatt den Plänen des Rates einen eigenen Wertekatalog entgegen: 17.000 Wohnungssuchende in der Stadt, 38.000 Arbeitslose, der erschreckende Bauzustand der Schulen, dazu die Beteuerungen des Rates, kein Geld für Straßenbeleuchtung und Bäder zu haben, aber den Augustusplatz »verschandeln« wollen! »Wohnungsfürsorge, Schulgesundheitspflege, Sozialpolitik, drei wichtige, wenn nicht die wichtigsten Punkte im kommunalen Aufgabenkreis, müssen mehr als bisher berücksichtigt werden. Warum wir dies noch einmal sagen? Weil in Leipzig noch immer Kräfte am Werk sind, die mit einer Handbewegung unbequeme sozialpolitische Probleme als »unwichtig« beiseite schieben.«³⁶²

Die Redaktion beließ es nicht bei allgemeiner Kritik, sondern setzte sich immer wieder für die sozial Schwachen ein³⁶³, brachte dabei auch Einzelfälle ins Blatt wie das Schicksal von neun Leipziger Weltkriegskrüppeln, die die Stadt Mitte 1923 nicht mehr versorgen wollte.³⁶⁴ »Wir sind gewiß keine Gegner des Rates«, schrieb das

361 E. D. (Emil Dörfel): Die Zuschläge zur Gewerbe- und Grundsteuer. In: NLZ 7(1927). Nr. 166 vom 17. Juni. – Siehe auch Emil Dörfel: Politik in den Reichstag – Kommunalpolitik ins Rathaus! In: NLZ 12(1932). Nr. 292 vom 18. Oktober.

362 -ö- (Emil Dörfel): Die Ausgestaltung des Augustusplatzes. In: NLZ 7(1927). Nr. 59 vom 1. März.

363 Siehe u. a. E. D.-I. (Emil Dörfel): Kommunale Silvester-Gedanken. Wenig Erfreuliches in erster Zeit. In: NLZ 2(1922). Nr. 358 vom 31. Dezember; E. D. (Emil Dörfel): Säuglinge in Not! In: NLZ 2(1922). Nr. 338 vom 9. Dezember; Arthur Lehmann: Stadt und Albertzweigverein. In: NLZ 6(1926). Nr. 276 vom 6. Oktober; N. N.: Jedem Haushalt eine Wohnung! Leipzigs Wohnungs- und Siedlungspolitik. Ebenda. Nr. 310 vom 9. November; N. N.: Leipzig braucht Kleinstwohnungen. In: NLZ 11(1931). Nr. 179 vom 28. Juni; ed. (Emil Dörfel): 650 Straßenbahner entlassen. Ebenda. Nr. 255 vom 12. September.

364 Heinrich Gutmann: Die letzten Neun! Die Tragödie der Leipziger Kriegssiechen.

Blatt, als die Stadtväter verstimmt reagierten. »Aber wenn wir zwischen seiner Gunst und dem Schutze der Kriegssiechen zu wählen haben, dann weist uns die journalistische Pflicht unseren Platz bei den Kriegssiechen zu.«³⁶⁵

NSDAP

»Es gab in der Zeitung Konservative und Demokraten, Liberale und Sozialisten, Reichsbannerleute und Kommunisten, und alle waren sich einig in ihrem Kampf gegen die Nazis«, erinnerte sich Hans Natonek, stellvertretender Chefredakteur der »Neuen Leipziger Zeitung«, ein Jude, der 1933 emigrieren mußte, in einem autobiographischen Roman. »Hier war eine Einheitsfront gebildet, die draußen fehlte.«³⁶⁶ Natonek schrieb jedoch auch von anonymen Drohbriefen gegen die Redaktion, von Vertretern der Mittelparteien und Wirtschaftsverbände, die die Zeitung 1932 aufgefordert hätten, sich zurückzuhalten, schließlich sei es durchaus möglich, daß sie eine Koalition mit Hitler eingehen müßten, und von einem Chefredakteur, der daraufhin ein paar Pflöcke zurückgesteckt, dessen bürgerliches Denken es verboten habe, sich für einen gemeinsamen Kampf mit den Arbeiterparteien einzusetzen, und der nach dem 5. März 1933 gesagt haben soll: »Wir müssen mit den Wölfen heulen, oder zumindest alles unterlassen, was die Wölfe reizen könnte.«³⁶⁷

Ein NLZ-Volontär hat zwar nach der Lektüre dieses Romans gesagt, daß hier vieles verdichtet und mancher der beschriebenen Redakteure eine Kunstfigur sei³⁶⁸, aber all das, was Natonek über

In: NLZ 3(1923). Nr. 162 vom 14. Juni; N. N.: »Die letzten Neun!« Ebenda. Nr. 163 vom 15. Juni.

365 N. N.: Der Dank des Vaterlandes. Das Schicksal der Leipziger Kriegs-Siechen. In: NLZ 3(1923). Nr. 164 vom 16. Juni.

366 Hans Natonek: Straße des Verrats. Hrsg. von Wolfgang Schütte. Berlin 1982. S. 137.

367 Ebenda. S. 168.

368 Ebenda. S. 366. – Der Herausgeber des Natonek-Romans, Wolfgang Schütte, hat Herbert Günther, ab 1932 NLZ-Volontär und später Sportredakteur des Blattes, befragt.

das Verhältnis der »Neuen Leipziger Zeitung« zu Hitler geschrieben hat, ist im Blatt wiederzufinden.

»Ich klage die deutsche Presse an, nicht auf der Höhe gewesen zu sein, als die Signale der Gefahr am Horizont auftauchten«, hat Hermann Ullstein in seinen Lebenserinnerungen geschrieben.³⁶⁹ Nach den Wahlen 1930, die der NSDAP den ersten großen Sieg bescherten, habe er, Hermann Ullstein, versucht, über 20 Verlage im ganzen Reich zu bewegen, gemeinsam gegen Hitler vorzugehen. Zunächst seien alle von der Idee begeistert gewesen, aber schließlich hätte die Angst gesiegt, Leser zu verlieren. Ein Verleger aus Hannover habe gesagt, die Hälfte seiner Abonnenten wähle NSDAP, da sei nichts mehr zu machen.³⁷⁰

Sein eigenes Blatt, die »Neue Leipziger Zeitung«, nahm Hermann Ullstein von der Kritik aus. Schon vor der Wahl 1930 habe die Redaktion mutig gegen Hitler gekämpft. Chefredakteur Richard Lehmann und er, Hermann Ullstein, hätten in ihren Leitartikeln die Massen aufgeklärt. Niemandem sei es dabei so gut wie Lehmann gelungen, eine Sprache zu sprechen, die der Mann auf der Straße verstand, und es hätte Anzeichen gegeben, daß die Leute sich überzeugen ließen. Doch der Versuch, Richard Lehmann zum Chefredakteur der »Berliner Morgenpost« zu machen und auch die »Berliner Illustrierte Zeitung« zu politisieren, sei daran gescheitert, daß der Vorstand der Ullstein AG Auflagenverluste befürchtet habe.³⁷¹

Hermann Ullstein hat am Beispiel der sogenannten »Boxheimer Dokumente« den Unterschied zwischen »Neuer Leipziger Zeitung« und anderen Blättern beschrieben. Im November 1931 waren in Hessen NSDAP-Papiere gefunden worden, die alle Legalitätsbekundungen Hitlers ad absurdum führten. Die »Neue Leipziger Zeitung« forderte den Oberreichsanwalt daraufhin mehrmals auf, ein Hochverrats-Verfahren zu eröffnen und Hitlers Verstrickung in den Fall zu untersuchen.³⁷² Als sich hier bis zum April 1932 nichts tat,

369 The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 173.

370 Ebenda. S. 176f.

371 Ebenda. S. 196.

372 Siehe u. a. N. N.: Die hessischen Putsch-Dokumente sind echt – aber der Ober-

verlangte das Blatt den Rücktritt des Oberreichsanwalts.³⁷³ Die »Neue Leipziger Zeitung« habe den Rest der Presse gefragt, was sie zu den Hochverratsvorbereitungen der NSDAP zu sagen hätte, schrieb Hermann Ullstein. »Die meisten Zeitungen blieben stumm. Sie fürchteten schon, eine zu harte Linie gegen Hitler zu fahren. Die Angst lähmte ihren Verstand.«³⁷⁴

Die »Neue Leipziger Zeitung« hatte die Regierenden schon in den frühen 20er Jahren wiederholt aufgefordert, gegenüber den Faschisten keinerlei Nachsicht zu üben. »Wer einen neuen Staat baut, muß auch entschlossen sein, diejenigen Kräfte zu beseitigen, die sein Werk stören«, schrieb Richard Lehmann im Juni 1923, ein Jahr nach dem Mord an Walther Rathenau, mit Blick auf die antisemitische Hetze von NSDAP-Blättern in Bayern.³⁷⁵ Machte die »Neue Leipziger Zeitung« in den 20er Jahren zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten keinen Unterschied – für Lehmann waren die »Radikalisten von rechts und links« die »Mühlsteine«, die das Land zu »zerreiben« drohten³⁷⁶ –, sah das Blatt ab 1930 in der Hitler-Bewegung die eigentliche Bedrohung der Republik (im Gegensatz zu den LNN, die immer wieder auf die »Gefahr von links« hinwiesen und die antimarxistische Stoßrichtung der NSDAP hervorhoben³⁷⁷). Es sei ein Trugschluß, wenn jemand den Nationalsozialismus als Verbündeten im Kampf gegen die Arbeiterparteien ansehe und zugleich glaube, ihn in Schranken halten, also gewisser-

reichsanwalt zögert noch mit der Hochverratsanklage. In: NLZ 11(1931). Nr. 331 vom 27. November; Richard Lehmann: Ist das deutsch? Köpfe-Rollen, Erschießen, Enteignen! Ebenda. Nr. 333 vom 29. November; N. N.: Der Oberreichsanwalt muß nachgeben. Ebenda. Nr. 334 vom 30. November.

373 N. N.: Deutschland oder Herr Werner? Eine Frage, die keine Frage sein sollte. In: NLZ 12(1932). Nr. 112 vom 21. April.

374 The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 182.

375 R. L. (Richard Lehmann): Nach einem Jahre. In: NLZ 3(1923). Nr. 172 vom 24. Juni. – Siehe auch R. L. (Richard Lehmann): Die bayrische Nationaille. Ebenda. Nr. 27 vom 28. Januar.

376 R. L. (Richard Lehmann): Mühlsteine. In: NLZ 3(1923). Nr. 88 vom 30. März. Siehe auch R. L. (Richard Lehmann): Schutz den Schutzleuten. In: NLZ 7(1927). Nr. 92 vom 3. April.

377 Siehe S. 171ff.

maßen verbürgerlichen zu können, mahnte die »Neue Leipziger« im Juni 1930. »Wer dem Nazi aus der Hand frißt, stirbt daran.«³⁷⁸

Weder der Wahlerfolg der NSDAP am 14. September 1930 noch der Legalitätseid Hitlers vor dem Reichsgericht kurz darauf änderten diese Haltung: »Er will ›legal‹ die Macht ergreifen, dann aber illegal regieren«, schrieb Richard Lehmann am Tag nach Hitlers Prozeßrede. Das Reichsgericht sei lediglich dazu benutzt worden, um die NSDAP vom Vorwurf der Umsturzpartei reinzuwaschen, und da die Rechtschaffenheit der Nazis nun gerichtsnotorisch sei, werde der Ruf lauter werden, sie in die Regierung einzubeziehen.³⁷⁹

Die »Neue Leipziger Zeitung« lehnte es bis Ende April 1932 ab, die NSDAP an der Macht zu beteiligen.³⁸⁰ Das Blatt warnte davor, auf die »Komödie vom schwörenden Diktator« reinzufallen³⁸¹, und versuchte, seine Leser aufzuklären über das, was sie von einer nationalsozialistischen Regierung zu erwarten hätten (vor allem am Beispiel Thüringens, wo die NSDAP mit Wilhelm Frick den Innenminister stellte).³⁸² Zugleich forderte die Zeitung von Re-

378 G. M. (Georg Marguth): Kapuzinerpredigt. In: NLZ 10(1930). Nr. 173 vom 22. Juni. – Neujahr 1931 wiederholte Marguth, daß es auf kommunistische Utopien – im Gegensatz zu nationalsozialistischen – »zur Stunde« nicht ankomme: Jahreswende – Schicksalswende. In: NLZ 11(1931). Nr. 1 vom 1. Januar. – In den LNN hat Paul Harms am gleichen Tag die NSDAP als einzigen Hoffnungsträger für die Zukunft des Landes hingestellt (Siehe S. 179).

379 R. L. (Richard Lehmann): Der Schwur. In: NLZ 10(1930). Nr. 269 vom 26. September.

380 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Krisenwahl. In: NLZ 10(1930). Nr. 201 vom 20. Juli; R. L. (Richard Lehmann): Nicht kapitulieren! Ebenda. Nr. 258 vom 15. September; S. (Ernst Scheiding): Sparen am rechten Orte. In: NLZ 11(1931). Nr. 32 vom 1. Februar; Mz. (Josef März): Politischer Selbstmord. Ebenda. Nr. 286 vom 13. Oktober.

381 Siehe u. a. N. N.: Hitler schwört wieder. Im Notfall »weiß er nichts«. In: NLZ 11(1931). Nr. 129 vom 9. Mai; Hermann Martin: Legalität mit Hintertür. In: NLZ 12(1932). Nr. 89 vom 29. März.

382 Siehe u. a. N. N.: Frick gegen die »Negerkultur«. In: NLZ 10(1930). Nr. 104 vom 14. April; S. (Ernst Scheiding): Politik mit Zaunlatten? Ebenda. Nr. 169 vom 18. Juni; N. N.: Anschauungsunterricht. Ebenda. Nr. 172 vom 21. Juni; N. N.: Sechs Monate Frick. Ebenda. Nr. 203 vom 22. Juli; N. N.: Dunkles aus einem nationalsozialistischen Theater. In: NLZ 11(1931). Nr. 13 vom 13. Januar; N. N.:

publikanern und Reichsregierung Entschlossenheit und prangerte immer wieder Parteien, Interessenverbände und Organisationen an, die heimlich oder offen mit Hitler zusammenarbeiteten oder ihn unterstützten.³⁸³

So deckte die Redaktion im November 1931 auf, daß der NSDAP für einen Sonderzug zu einem Parteitreffen in Braunschweig nur ein Siebentel des normalen Fahrpreises berechnet worden war. Die Reichsbahndirektion Oldenburg hatte dabei zu einem Trick gegriffen: Der NS-Gauleiter war als Einzelbesteller anerkannt worden, was laut Tarif nur möglich gewesen wäre, wenn er die Fahrt aus eigener Tasche bezahlt hätte. Außerdem waren eigens für den besagten Transport alle zweiachsigen Wagen aus dem Oldenburger Direktionsgebiet zusammengeholt worden, was den Preis zusätzlich gedrückt und die Bahn damit doppelt geschädigt hatte. Die »Neue Leipziger Zeitung« brachte einen offenen Brief an den Reichsverkehrsminister: »Räumen Sie auf, Herr Minister!«³⁸⁴ Der dementierte zwar mehrmals, die Redaktion aber hakte nach, rechnete vor, wieviel Reichsbanner und katholische Pilgergesellschaften für ähnliche Transporte bezahlt hatten, und vermutete, daß Oldenburg nur die Spitze eines Eisberges sei, durch einen Zufall ans Licht gekommen. Auch die Erklärung des Ministers, daß er keine Macht habe, in die Reichsbahnbücher zu schauen, konterte das Blatt: »Nun, wir haben noch viel weniger Machtmittel. Aber auf unserer Seite ist der gute Wille [...]!«³⁸⁵ Diese Beharrlichkeit zeigte Wirkung. Die Reichs-

Unterm Hakenkreuz. Ebenda. Nr. 42 vom 11. Februar; N. N.: Zurück zum Hauswebstuhl? Wie die Nationalsozialisten die Wirtschaftskrise beseitigen wollen. Ebenda. Nr. 107 vom 17. April.

383 Siehe u. a. N. N.: Eingreifen, Herr Reichsinnenminister! Kesseltreiben gegen Republikaner in Thüringen. In: NLZ 10(1930). Nr. 319 vom 15. November; N. N.: Faschismus und Unternehmertum. Ebenda. Nr. 294 vom 21. Oktober; O. H. (Otto Haendle): Mussolini mit und ohne Mythos. Ebenda. Nr. 349 vom 15. Dezember; Mz. (Josef März): Das Kaninchen und die Schlange. In: NLZ 11(1931). Nr. 47 vom 16. Februar; N. N.: Das Reich muß eingreifen! Groener verfügt über ausreichende Machtmittel gegen Klagges. In: NLZ 12(1932). Nr. 84 vom 24. März.

384 N. N.: Offener Brief an Herrn Treviranus. In: NLZ 11(1931). Nr. 316 vom 12. November.

385 N. N.: Winkelzüge und Entgleisungen bei der Reichsbahn. Endgültig demaskierte

bahn gewährte der KPD bald eine ähnliche Ermäßigung und versprach einheitliche Tarifbestimmungen.³⁸⁶

Die Ablehnung des Nationalsozialismus durch die »Neue Leipziger Zeitung« (für das Blatt war die Hitlerbewegung eine »Seuche«, die moderne »Pestilenz«³⁸⁷) gipfelte im November 1931, die NSDAP war in Hessen gerade mit Abstand stärkste Partei geworden, in der schon beschriebenen Forderung nach einer »Diktatur der Vernunft«, nach einem Verzicht auf demokratische Grundrechte, der Herrschaft der »klugen Minderheit«, falls denn eine irreführte Mehrheit per Stimmzettel den Nationalsozialisten zum Sieg verhelfen würde.³⁸⁸

Wer so scharfe Geschütze aufgefahren hat, von dem erwartet man eigentlich nicht, daß er die Gefahr verniedlicht. Genau das aber tat die »Neue Leipziger Zeitung«. Immer wieder sagte das Blatt das Ende der faschistischen Bewegung im allgemeinen und Hitlers im besonderen voraus.

Während die »Leipziger Neuesten Nachrichten« 1922 mit Blick auf Italien vor einem deutschen Faschismus warnten, verneinte die »Neue Leipziger« eine solche Möglichkeit. Zum einen werde der »Phrasendrescher« Mussolini ohnehin bald abwirtschaften, zum anderen habe eine solche Bewegung nur in einem Land groß werden können, das zu den Kriegsgewinnern gehöre. Ein Siegerland sei ein besserer Nährboden für nationale Exzesse als ein besiegtes, und außerdem habe in Italien die Regierung nicht scharf genug zugepackt, was in Deutschland schon deshalb nicht passieren könne, weil hier niemand Ordnung und kulturelle Sendung, das letzte, was aus dem

Irreführung. In: NLZ 11(1931). Nr. 336 vom 2. Dezember. – Siehe auch N. N.: Die Reichsbahn unterstützt doch die Nationalsozialisten. Ebenda. Nr. 333 vom 29. November.

386 N. N.: Anfangserfolge unserer Reichsbahn-Kritik. In: NLZ 12(1932). Nr. 51 vom 20. Februar.

387 G. M. (Georg Marguth): Seid aktiv und besonnen! In: NLZ 10(1930). Nr. 257 vom 14. September.

388 Siehe S. 195f. – Am 15. November 1931 hatten sich in Hessen fast 38 Prozent der Wähler für die NSDAP entschieden. Die Hitlerpartei bekam damit fast doppelt soviele Stimmen wie die SPD (21,8%). Siehe Die Wahlen in Hessen seit 1927. In: NLZ 11(1931). Nr. 320 vom 16. November.

Krieg gerettet worden sei, »Maulhelden zur Vergeudung« hinwerfen werde.³⁸⁹

Im Frühjahr 1923 sprach das Blatt vom »sinkenden Stern Hitlers«³⁹⁰, bezeichnete den Putschversuch in München im November des gleichen Jahres zunächst als »tödlich lächerliche Parodie«³⁹¹ und im Rückblick dann als Todesstoß für Hitler: »Der Novemberputsch hat den Glauben an diesen Agitator ein für allemal zerstört.«³⁹² 1927, zu einem Zeitpunkt, da die »Leipziger Neuesten Nachrichten« sich für eine indirekte Beteiligung der NSDAP an der Landesregierung und gegen ein Redeverbot für Hitler in Sachsen aussprachen, maß Richard Lehmann in der »Neuen Leipziger Zeitung« dem Nationalsozialismus keinerlei Bedeutung mehr bei. Die Partei sei ohnehin in glatter Auflösung begriffen, weshalb es sinnlos wäre, noch über ein Verbot zu streiten.³⁹³

Auch Anfang der 30er Jahre sah die Zeitung – den Wahlerfolgen der NSDAP und den eigenen Prophezeiungen zum Trotz – mehrfach das Ende der Partei kommen. Hauptargument dafür war »die erbärmliche Hohlheit dieser ganzen aufgeblasenen Bewegung«³⁹⁴, der »politisch-geistige Dilettantismus der Hitler, Frick, Goebbels«³⁹⁵, also die Hoffnung auf die Vernunft der Wähler. Das ganze Ideengebäude sei so unsagbar flach, daß die Hitlerei einfach in sich zusammensacken müsse, schrieb das Blatt im Februar 1931. Als die NSDAP kurz darauf bei Kommunalwahlen in Braunschweig

389 R. Ka.: Faschisten in Rom und anderwärts. In: NLZ 2(1922). Nr. 302 vom 1. November.

390 H. W. (Hans Wolf): Der sinkende Stern Hitlers. In: NLZ 3(1923). Nr. 123 vom 5. Mai. – Die NLZ berichtete hier, daß die »Münchener Neuesten Nachrichten«, »Hitlers Sprachrohr«, am 1. Mai plötzlich von ihm abgeschwenkt seien.

391 G. M. (Georg Marguth): Ludendorff gefangen, Hitler entkommen. In: NLZ 3(1923). Nr. 311 vom 10. November.

392 Hans Wolf: Die Widersacher der Republik. In: NLZ 4(1924). Nr. 1 vom 1. Januar.

393 R. L. (Richard Lehmann): Politisch bedeutungslos. In: NLZ 7(1927). Nr. 125 vom 7. Mai.

394 R. L. (Richard Lehmann): Die erste Niederlage der Nationalsozialisten in Braunschweig. In: NLZ 11(1931). Nr. 62 vom 3. März.

395 G. M. (Georg Marguth): Kapuzinerpredigt. In: NLZ 10(1930). Nr. 173 vom 22. Juni.

in einigen Dörfern Stimmen verlor, sprach Richard Lehmann von »Stillstand« und »baldigem Rückgang«. Der Zauber des Erfolges sei gewichen. »Aus 107 Abgeordneten (im Reichstag – M. M.) sollten 200 werden, und dann ›die Köpfe rollen‹. Die Geschichte wird ein bißchen anders verlaufen.«³⁹⁶ Wenige Monate später, im November 1931, verlangte die »Neue Leipziger Zeitung« eine »Diktatur der Vernunft« – und sagte Hitler dennoch vor den zahlreichen Landtagswahlen im Frühjahr 1932 erhebliche Verluste voraus.³⁹⁷ Obwohl sich diese Prognose nicht erfüllte, beschwor Richard Lehmann vor den Reichstagswahlen Ende Juli 1932 geradezu den Sieg der »republikanischen Front«: »Das Volk ist wirklich erwacht, erwacht von dem Spuk, der ihm drohte und der jetzt durch kluges Nachdenken [...] zu weichen beginnt.«³⁹⁸ Nach der Abstimmung, fast 14 Millionen Deutsche hatten NSDAP gewählt³⁹⁹, schrieb Lehmann, Hitlers Reserven seien endgültig erschöpft: »Die Diktatur kommt nie!«⁴⁰⁰

Diese Liste der Illusionen ließe sich fortsetzen von den »Nachrufen« auf die NSDAP vor und nach den Novemberwahlen 1932⁴⁰¹

396 R. L. (Richard Lehmann): Die erste Niederlage der Nationalsozialisten in Braunschweig. In: NLZ 11(1931). Nr. 62 vom 3. März. – Siehe auch R. L. (Richard Lehmann): Flucht vor sich selbst. Ebenda. Nr. 80 vom 21. März; G. M. (Georg Marguth): Schindluderei. Ebenda. Nr. 91 vom 1. April.

397 Mz. (Josef März): Hitler vor neuen Mißerfolgen. In: NLZ 12(1932). Nr. 78 vom 18. März; Werner Christiansen: Auf dem absteigenden Ast. Seit Ende 1930 überall Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen. Ebenda. Nr. 86 vom 26. März.

398 Richard Lehmann: Die Macht hat der Wähler. In: NLZ 12(1932). Nr. 209 vom 27. Juli.

399 Stimmen für die NSDAP bei Reichstagswahlen (ab 1930), *14.9.1930*: 6,4 Millionen (18,2%), *31.7.1932*: 13,77 Millionen (37,1%), *6.11.1932*: 11,73 Millionen (32,8%), *5.3.1933*: 17,27 Millionen (43,6%). Siehe Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968. S. 162f.

400 Richard Lehmann: Wir haben gewählt – nehmt die Parteien beim Wort. In: NLZ 12(1932). Nr. 214 vom 1. August.

401 Siehe u. a. N. N.: Abrücken von Hitler. In: NLZ 12(1932). Nr. 266 vom 22. September; N. N.: Wie soll man wählen? Ebenda. Nr. 286 vom 12. Oktober; Richard Lehmann: Kein Erfolg, nur eine neue Chance für Papen. Ebenda. Nr. 312 vom 7. November; Richard Lehmann: Rückgang des braunen Fiebers. Ebenda. Nr. 313 vom 8. November; Richard Lehmann: Wenn die Stadtväter nur wollten, dann hätten sie eine Mehrheit. Ebenda. Nr. 319 vom 14. November; N. N.: Straßer gegen Hitler. Ebenda. Nr. 345 vom 10. Dezember.

über Richard Lehmanns Neujahrsprognose (»1933 wird es anders, friedlicher und ehrlicher in unserem Lande [...] zugehen [...]. Wer sich eine Meinung gebildet hat, darf sie offen aussprechen, ohne Gefahr zu laufen, niedergeschlagen zu werden.«⁴⁰²) bis hin zu den Beiträgen in den ersten Tagen nach der Machtergreifung: »Hitler hat überhaupt kein Rezept in der Tasche, wonach man der Landwirtschaft mit autarkischen Mitteln helfen und zugleich der industriellen Arbeiterschaft Verdienst und Arbeit schaffen kann. So etwas gibt es nicht. Und an dieser Unmöglichkeit wird diese Regierung scheitern«.⁴⁰³

Der Widerspruch zwischen den ständigen Warnungen vor dem Faschismus auf der einen Seite und den optimistischen Vorhersagen auf der anderen ist aber nur ein scheinbarer. Vor den Reichstagswahlen im September 1930 hatte Richard Lehmann davon gesprochen, daß nur »Dumme und Angsthasen« auf Hitlers »Kasper-Theater« hereinfallen würden.⁴⁰⁴ »Seit Wochen hat die Mehrheit der bürgerlichen Redner und Blätter keine andere Beschäftigung gehabt, als von einem Sieg der Rechtsradikalen zu orakeln«, schrieb Lehmann dann nach der Abstimmung. »Jetzt ist er prompt eingetreten.«⁴⁰⁵ Den »Angsthasen« (und möglicherweise auch sich selbst?) Mut zu machen, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, die NSDAP sei eine unaufhaltsame Lawine – dies dürfte die Redaktion geleitet haben, immer wieder (und besonders vor Wahlen) das Ende Hitlers vorherzusagen.

402 Richard Lehmann: Dank für gute Kameradschaft. Das gesunde Urteil hat sich im vergangenen Jahre durchgesetzt. In: NLZ 12(1932). Nr. 366 vom 31. Dezember.

403 Richard Lehmann: Eine Rede, aber kein Programm. In: NLZ 13(1933). Nr. 33 vom 2. Februar. – Siehe auch Richard Lehmann: Hitlers Anhang ist sein gefährlichster Gegner. Ebenda. Nr. 31 vom 31. Januar; Richard Lehmann: System Hugenberg. Ebenda. Nr. 36 vom 5. Februar.

404 R. L. (Richard Lehmann): Vertrauen statt Verzweiflung. In: NLZ 10(1930). Nr. 256 vom 13. September.

405 R. L. (Richard Lehmann): Nicht kapitulieren! In: NLZ 10(1930). Nr. 258 vom 15. September.

Nach den preußischen Landtagswahlen im April 1932⁴⁰⁶ schien allerdings auch die »Neue Leipziger Zeitung« aufzugeben. »Die Nationalsozialisten müssen eine Regierung bilden« überschrieb Richard Lehmann seinen Leitartikel. Es habe gar keinen Zweck, mit sachlichen Gründen an die Wähler heranzugehen, es höre ja doch niemand zu, vor allem die Jugend nicht. Der Aufstieg Hitlers zeige, daß die demokratischen Ideale überholt seien: »Millionen junger Leute wollen strammstehen, wollen marschieren, sich kommandieren lassen und gehorchen.«⁴⁰⁷ In den nächsten Wochen bat die »Neue Leipziger Zeitung«, mit Hitler Geduld zu haben, schließlich sei der Wandel vom Rebellen zum Staatsmann die schwierigste Aufgabe, die Politik und Geschichte zu vergeben hätten.⁴⁰⁸ Als NSDAP-Abgeordnete Mitte Mai in der Reichstagskantine einen Besucher verprügelten, sprach das Blatt zwar von einem »Skandal« und von »Landsknechten«, die sich nicht zum Regieren eignen würden, machte aber zugleich einen Unterschied zwischen dem Lager der Schläger (Göring) und »verantwortungsbewußten nationalsozialistischen Führern« (Hitler).⁴⁰⁹ Wie sehr die Haltung der »Neuen Leipziger Zeitung« in dieser Zeit schwankte, sollen zwei Beispiele aus der letzten Mai-Woche 1932 zeigen. Nachdem die NSDAP im preußischen Landtag eine Rauferei mit KPD-Abgeordneten angezettelt hatte, sprach das Blatt ihr jede Koalitionsfähigkeit ab: »Einer solchen Partei die Staatsmacht zu überlassen, kann niemand verantworten, dem die Zukunft von Staat und Volk am Herzen liegt.«⁴¹⁰

406 Bei der Preußenwahl am 24. April 1932 hatten 36,3 Prozent der Wähler für die NSDAP gestimmt. Die Hitlerpartei steigerte damit ihre Abgeordnetenzahl von 9 auf 162 und war nun mit Abstand stärkste Kraft im preußischen Landtag. Siehe Das amtliche Ergebnis der Preußen-Wahl. In: NLZ 12(1932). Nr. 117 vom 26. April.

407 Richard Lehmann: Die nächste Aufgabe in Preußen: Die Nationalsozialisten müssen eine Regierung bilden. In: NLZ 12(1932). Nr. 117 vom 26. April.

408 Richard Lehmann: Strassers verführerische Worte. In: NLZ 12(1932). Nr. 133 vom 12. Mai. – Siehe auch Mz. (Josef März): Die Nationalsozialisten koalitionsbereit? Ebenda. Nr. 132 vom 11. Mai; N. N.: Politik des Abwartens. Ebenda. Nr. 146 vom 25. Mai.

409 N. N.: Bürger wehrt euch! In: NLZ 12(1932). Nr. 134 vom 13. Mai.

410 Hans Lorenz: Zwischen Macht und Ohnmacht. Die Nationalsozialisten beweisen erneut ihre Regierungsunfähigkeit. In: NLZ 12(1932). Nr. 147 vom 26. Mai.

Nur fünf Tage später, nach dem Rücktritt von Reichskanzler Brüning, forderte Richard Lehmann ein Kabinett Hitler. Dem NSDAP-Chef müsse endlich Gelegenheit gegeben werden, seine Versprechen zu erfüllen, Deutschland könne es sich nicht leisten, auf Weisheiten zu verzichten, die das Volk retten könnten. Und sollte Hitler scheitern oder gar Unheil anrichten wollen, würden Neuwahlen schon für die nötige Korrektur sorgen.⁴¹¹

Reichskanzler wurde jedoch nicht Hitler, sondern Franz von Papen. Es folgte die Auflösung des Reichstags, und die »Neue Leipziger Zeitung« führte den folgenden Wahlkampf nicht nur gegen das »Kabinett des Adels«,⁴¹² sondern in erster Linie gegen die NSDAP. Dabei entwickelte die Redaktion die Idee einer »Diktatur der Vernunft« (im November 1931 erstmals im Blatt) weiter, warb nun für eine »kommissarische Diktatur« mit dem alten Kanzler Brüning an der Spitze. Der Zentrumspolitiker habe das Vertrauen der Arbeiterschaft und der Katholiken, und außerdem sei er ein überzeugter Anhänger der Weimarer Verfassung. Sollte Brüning nach den Wahlen keine Mehrheit haben, müßte er eben mit Hilfe des Reichspräsidenten regieren.⁴¹³

War dieser Vorschlag ernst gemeint oder ist er lediglich als Wahlkampfgetöse zu verstehen? Die Frage ist nicht nur deshalb berechtigt, weil es die »Neue Leipziger Zeitung« nach den Preußenwahlen zunächst aufgegeben hatte, sich gegen jede Beteiligung der NSDAP an der Macht zu sperren. Nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli, die Nationalsozialisten waren stärkste Partei geworden, wiederholte das Blatt seine Forderung, Hitler »haftbar« zu machen, und schloß eine Koalition von NSDAP und Zentrum nicht mehr aus.⁴¹⁴ Im folgenden Herbstwahlkampf dagegen warnte die »Neue

411 Richard Lehmann: Hitler an die Front! In: NLZ 12(1932). Nr. 152 vom 31. Mai.

412 N. N.: Klub, Kasino und Amtsstube. In: NLZ 12(1932). Nr. 155 vom 3. Juni.

413 Hermann Martin: Die Dritte Front. Generale und Großagrarier auf der politischen Heerstraße. In: NLZ 12(1932). Nr. 199 vom 17. Juli. – Zum Wahlkampf gegen die NSDAP siehe auch Richard Lehmann: Die Reichseinheit in Gefahr! Ebenda. Nr. 174 vom 22. Juni; Friedrich Apitzsch: Uniform-Taumel. Weg mit den Abzeichen! Ebenda. Nr. 181 vom 29. Juni; Richard Lehmann: Die Macht hat der Wähler. Ebenda. Nr. 209 vom 27. Juli.

414 Siehe u. a. Richard Lehmann: Wir haben gewählt – nehmt die Parteien beim

Leipziger Zeitung« erneut vor Hitler. Unter einer nationalsozialistischen Regierung würde niemand in Deutschland mehr etwas zu lachen, niemand auch nur einen Rest von Freiheit haben.⁴¹⁵ Die NSDAP wurde am 6. November wieder stärkste Partei (trotz eines Verlustes von zwei Millionen Stimmen), und die »Neue Leipziger Zeitung« verlangte, daß Hitler sich einordnen möge.⁴¹⁶ Die Bemühungen des NSDAP-Chefs um eine Regierungsbildung sah Richard Lehmann gelassen: »Ein paar Nationalsozialisten sollen die Ministersessel einnehmen, die früher von den ›System-Parteien‹ besetzt waren. Das ist von dem Traum des ›Dritten Reiches‹ übriggeblieben!«⁴¹⁷

Hatte Lehmann seine eigenen Prognosen vergessen? War es das, was Hans Natonek mit »ein paar Pflöcke zurückstecken« umschrieben hat? Oder resignierte die Redaktion angesichts der Abstimmungsergebnisse? Schon 1922, nach dem Mord an Walther Rathenau, hatte die NLZ »Alarm!« gerufen, dann zehn Jahre gegen die »Reaktion von rechts« angeschrieben, und nun gewann die NSDAP deutlich mehr Mandate als die Sozialdemokratie. An die »Vernunft« des Wählers hatte das Blatt eigentlich nie geglaubt, nur die aber schien das »braune Fieber« noch bannen zu können. Sollte es da verwundern, wenn Zweifel umgingen in der Redaktion? Vielleicht stand man ja doch auf der »falschen« Seite, hatte die Zeichen der Zeit nicht erkannt?

Wie nach dem 24. April (Preußen) und dem 31. Juli (Reichstag) fand die »Neue Leipziger Zeitung« auch nach dem 6. November 1932 (Reichstag) ihre antifaschistische Sprache wieder, als klar war, daß die NSDAP nicht in die Regierung eintreten würde. »Deutschland, erwache!« forderte der Leipziger Nationalökonom Gerhard Kessler am 28. November in der NLZ. Jahrelang seien Mil-

Wort. In: NLZ 12(1932). Nr. 214 vom 1. August; N. N.: Fremdenführer durch die deutschen Parteien. Ebenda. Nr. 259 vom 15. September.

415 N. N.: Wie soll man wählen? In: NLZ 12(1932). Nr. 286 vom 12. Oktober.

416 Siehe u. a. Richard Lehmann: Kein Erfolg, nur eine neue Chance für Papen. In: NLZ 12(1932). Nr. 312 vom 7. November; Richard Lehmann: Verrat! Verrat! Aber es ist nur Unfähigkeit. Ebenda. Nr. 328 vom 23. November.

417 Richard Lehmann: Die Zähmung beginnt. In: NLZ 12(1932). Nr. 325 vom 20. November.

lionen dem Rattenfängerlied nachgelaufen, nun aber werde es Zeit, die Phrasendrescher zu verscheuchen.⁴¹⁸ Nationalsozialistische Studenten besetzten daraufhin am nächsten Tag den Hörsaal, in dem Kessler eine Vorlesung halten wollte, und ein Professorenkollege bedauerte öffentlich, einen Mann wie Kessler an der Universität zu wissen.⁴¹⁹ Das hinderte diesen nicht, von nun an jeden Montag im Leitartikel der »Neuen Leipziger Zeitung« an das Bürgertum zu appellieren, alle Lethargie abzuschütteln und gegen Hitler aufzutreten.⁴²⁰

Wie Kessler fordert auch Richard Lehmann, eine starke bürgerliche Mittelpartei zu gründen, um der NSDAP bei den nächsten Wahlen Paroli bieten zu können.⁴²¹ Eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten schloß die »Neue Leipziger Zeitung« – in der »großen« wie in der »kleinen« Politik – nun wieder aus. Die »Nationale Bürgerliste«, die Fraktion des Leipziger Bürgerbundes, wurde im Januar 1933 scharf kritisiert, als sie im Stadtparlament für einen NSDAP-Vorsteher stimmte (der aber nicht die Mehrheit bekam).⁴²²

418 Gerhard Kessler: Deutschland, erwache! In: NLZ 12(1932). Nr. 333 vom 28. November.

419 N. N.: Studenten lärmten in der Universität Leipzig. In: NLZ 12(1932). Nr. 335 vom 30. November. – Siehe auch N. N.: Schutz dem freien Wort. Ebenda. Nr. 336 vom 1. Dezember; N. N.: Die Ruhe in der Universität Leipzig wieder hergestellt. Ebenda. Nr. 337 vom 2. Dezember.

420 Siehe u. a. Gerhard Kessler: Deutschtum und Freiheit. In: NLZ 12(1932). Nr. 340 vom 5. Dezember; Gerhard Kessler: Aufruf an das geistige Deutschland: Hinein in die politische Front. Ebenda. Nr. 347 vom 12. Dezember; Gerhard Kessler: Männer gegen den Radikalismus. In: NLZ 13(1933). Nr. 23 vom 23. Januar. – Möglicherweise hat Kessler auch vorher schon für die NLZ gearbeitet, denn Hermann Ullstein berichtete in seinen Lebenserinnerungen von einem »Professor der Leipziger Universität«, der regelmäßig »kämpferische Artikel gegen Hitler« geschrieben habe (The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J. S. 176f.). Offiziell (mit Namenszeichnung) trat Kessler jedoch an besagtem 28. November zum ersten Mal als Autor in Erscheinung.

421 Siehe u. a. Richard Lehmann: Die törichten Jungfrauen. Die alten Parteien warten vergebens. In: NLZ 13(1933). Nr. 8 vom 8. Januar; Richard Lehmann: Kein Grund zum Größenwahn. Ebenda. Nr. 16 vom 16. Januar; Richard Lehmann: Asphalt-Politik. Ebenda. Nr. 22 vom 22. Januar.

422 E. D. (Emil Dörfel): Tumult im Leipziger Rathaus. Es ist ein eigen Ding um die Vernunft... In: NLZ 13(1933). Nr. 5 vom 5. Januar.

Vor und nach den Wahlen in Lippe-Detmold warnte die »Neue Leipziger« davor, das Ergebnis auf das Reich hochzurechnen und daraus die Berechtigung abzuleiten, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen.⁴²³

Am 27. Januar 1933 rief Richard Lehmann Reichskanzler Schleicher auf, die Pläne, ein Kabinett aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu bilden, zu durchkreuzen: »Wenn sich einmal ein Kanzler finden würde, der [...] an die Kraft des Volkes appelliert, [...] dann sollte den Ministerstürzern, den Anzettlern von Komplotten und politischen Brandstiftern das Handwerk für immer gelegt werden. Ist Schleicher der Mann, den Marsch anzutreten und die Volksfront zum Kampfe aufzurufen? Der Augenblick schreibt es vor.«⁴²⁴ In den nächsten beiden Tagen erinnerte die »Neue Leipziger Zeitung« den Reichspräsidenten an seinen Eid auf die Verfassung und forderte, Schluß zu machen mit dem System des autoritären »Geheimkabinetts«, endlich wieder eine Regierung zu bilden, die dem Parlament verantwortlich ist.⁴²⁵

Nach dem 30. Januar 1933

Die »Neue Leipziger Zeitung« hat nicht sofort aufgegeben, als Hitler Reichskanzler wurde. Bis zu den Reichstagswahlen am 5. März

423 R. L. (Richard Lehmann): Politik mit Kaffeesatz. In: NLZ 13(1933). Nr. 12 vom 12. Januar; Richard Lehmann: Ohne Reichstag geht es nicht. Ebenda. Nr. 15 vom 15. Januar; R. L. (Richard Lehmann): Kein Grund zum Größenwahn. Ebenda. Nr. 16 vom 16. Januar. – Um die 100.000 Wählerstimmen in Lippe-Detmold war vor den Landtagswahlen am 15. Januar 1933 eine regelrechte Schlacht entbrannt. Die NSDAP wollte beweisen, daß sie ihren Abwärtstrend stoppen konnte (die Partei hatte bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 über zwei Millionen Stimmen weniger erhalten als am 31. Juli), und schickte ihre erste Garnitur in den Wahlkampf. Die anderen Parteien zogen daraufhin nach. Die NSDAP gewann dann ebenso wie die SPD ein paar tausend Stimmen hinzu.

424 Richard Lehmann: Schleichers große Stunde. In: NLZ 13(1933). Nr. 27 vom 27. Januar.

425 N. N.: Papen soll Kanzler werden. Nur der Großgrundbesitz freut sich. In: NLZ 13(1933). Nr. 28 vom 28. Januar; Richard Lehmann: Das Volk muß kontrollieren! Ebenda. Nr. 29 vom 29. Januar.

1933 rief das Blatt seine Leser auf, sich gegen die drohende Diktatur zu wehren, und hoffte auf einen Sieg der Republikaner. Geschah dies in den ersten Februartagen noch ganz offen,⁴²⁶ wurde die Redaktion danach verständlicherweise – der »Vorwärts« war bereits verboten worden, anderen Blättern drohte durch die Notverordnungen das gleiche Schicksal – vorsichtiger. Die »Neue Leipziger Zeitung« verzichtete darauf, einzelne Maßnahmen der neuen Machthaber anzugreifen (nicht einmal die Absetzung des Leipziger Polizeipräsidenten Heinrich Fleißner (SPD), den das Blatt sonst stets gegen alle Angriffe von rechts in Schutz genommen hatte⁴²⁷), sondern beließ es bei allgemeiner Kritik, verwies dabei immer wieder auf den Wahltag und forderte die Republikaner auf, bis dahin Disziplin zu wahren und nicht den Mut zu verlieren.⁴²⁸ Gerhard Kessler, Spitzenkandidat der Staatspartei in Leipzig, kam nach wie vor in der NLZ zu Wort, das Blatt berichtete außerdem über Wahlkundgebungen von Staatspartei und SPD.⁴²⁹

Am 5. März 1933 rief die »Neue Leipziger Zeitung« in großen Lettern: »Wählt die Parteien der republikanischen Volksfront!«, und Richard Lehmann schrieb über seinen Leitartikel »Wir werden siegen! Für Einigkeit und Recht und Freiheit!«⁴³⁰

426 Siehe u. a. N. N.: Bürger, Bauern und Arbeiter, wahrt eure Freiheit und Rechte! Sollen Großagrarien herrschen? In: NLZ 13(1933). Nr. 33 vom 2. Februar; N. N.: Schläft der deutsche Bürger immer noch? Ebenda. Nr. 34 vom 3. Februar.

427 N. N.: Heinrich Fleißner beurlaubt. In: NLZ 13(1933). Nr. 61 vom 2. März. – Zum Verhältnis von NLZ und Fleißner siehe auch S. 248ff.

428 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Der Reichskanzler als Parteiredner. In: NLZ 13(1933). Nr. 42 vom 11. Februar; Richard Lehmann: Hört auf Wagner! Jeder Deutsche hat ein Recht auf Freiheit. Ebenda. Nr. 43 vom 12. Februar; Mz. (Josef März): »14 Jahre Marxismus«. Nur ein Schlagwort – keine historische Wahrheit. Ebenda; Richard Lehmann: Republikaner – Haltet Kameradschaft! Ebenda. Nr. 57 vom 26. Februar; Richard Lehmann: Disziplin wahren! Ebenda. Nr. 60 vom 1. März.

429 Siehe u. a. Gerhard Kessler: Sinn und Ziel der Wahl. In: NLZ 13(1933). Nr. 144 vom 13. Februar; Gerhard Kessler: Worte und Taten, Nr. 58 vom 27. Februar; N. N.: Freiheit! Freiheit! Große Wahlkundgebung der Sozialdemokratie. Ebenda. Nr. 56 vom 26. Februar; N. N.: Recht geht vor Macht. Ebenda. Nr. 62 vom 3. März.

430 NLZ 13(1933). Nr. 64 vom 5. März.

Der gleiche Richard Lehmann bot Hitler einen Tag später die Hand: »Der Wahlkampf war hart; nun heißt es Frieden schließen. Wenn die Reichsregierung zu ihrer Sicherung gegen Friedensstörer und Brandstifter vorgeht, dann ist es ihr Recht, und jede Partei – auch die der Opposition – wird sie dabei tatkräftig unterstützen. Alles muß mit zu dem schweren Werk herangezogen werden, was staatserhaltend, patriotisch und schaffend ist.«⁴³¹ Lehmann blieb Hauptschriftleiter der »Neuen Leipziger Zeitung«, erlebte, wie sein Stellvertreter, der Jude Hans Natonek, am 1. April 1933 die Redaktion verlassen mußte, und sein Chef, der Jude Hermann Ullstein, enteignet wurde. Lehmann machte 1939 als Freiwilliger den Polenfeldzug mit und fiel 1940 als Hauptmann einer Pressekompanie in Frankreich.⁴³²

4.3 Zwei Beispiele: Zeigner und Goerdeler

Das Bild der beiden großen bürgerlichen Blätter Leipzigs in der Weimarer Republik konnte bisher lediglich in groben Zügen gezeichnet werden. Auf 20 oder 30 Seiten mehr als ein Jahrzehnt täglicher Zeitungsarbeit vollständig widerspiegeln und möglichst noch beurteilen zu wollen, ist unmöglich. Die geballte Form der Darstellung mag diejenigen befriedigen, die auf einen schnellen Überblick aus sind, auf Nuancen jedoch und Details, auf die kleinen Episoden am Rande, die Geschichte doch erst spannend machen, muß der Autor oft allein schon wegen der großen Zeitspanne verzichten, die er zu erfassen hat – ein Nachteil, den selbst Beispielzitate nur bedingt wettmachen können, da die *nicht* ausgewählten Stellen dem Leser verborgen bleiben.

431 Richard Lehmann: Hitlers nächste Aufgaben. In: NLZ 13(1933). Nr. 65 vom 6. März. – Siehe auch Richard Lehmann: Richtlinien sind notwendig. Die Opposition zur Mitarbeit bereit. Ebenda. Nr. 67 vom 8. März.

432 Siehe Hans Natonek: Straße des Verrats. Hrsg. von Wolfgang Schütte. Berlin 1982. S. 137ff.; Erinnerungen an Richard Lehmann, gefallen am 6. Juni 1940 (Aufsätze). Hrsg. von Gerhard Heyde, Erhard Göpel und Hanna Häberlein. Leipzig 1941.

Dieses Dilemma kann auch mit den folgenden beiden Abschnitten nicht gelöst werden. Wenn dort die Berichterstattung zu zwei auch zeitlich eng eingegrenzten Problembereichen verglichen wird, kann dies lediglich dem Ziel dienen, die bisherige Skizze der Leipziger bürgerlichen Presselandschaft in den 20er und frühen 30er Jahren um wenige, etwas feinere Pinselstriche zu ergänzen.

Die Auswahl der Themen ist dabei ebenso diskussionswürdig wie die damit verbundene Festlegung der Beispielzeiträume. Im Verlag der »Neuen Leipziger Zeitung« änderten sich zwischen 1921 und 1933 zweimal Besitzverhältnisse und Presseverständnis, die »Leipziger Neuesten Nachrichten« wiederum bezogen Anfang der 20er Jahre bei weitem nicht so scharf Stellung gegen die Arbeiterparteien wie ein Jahrzehnt später. Der Weg vom Einzelfall zur Verallgemeinerung ist also ohnehin versperrt, aber hier soll der Pfad ja wie gesagt in umgekehrter Richtung beschritten, das Beispiel lediglich als Illustration verstanden werden.

Bisher wurde herausgearbeitet, daß sich beide Blätter vor allem in ihrer Stellung zur Weimarer Republik unterschieden haben. Während die »Leipziger Neuesten Nachrichten« von einem Existenzkampf zwischen Arbeitern und Bürgerlichen ausgingen, für den Weimar nur den – durchaus veränderbaren – Rahmen abgab, und sich in diesem Ringen als Interessenvertreter des Bürgertums sahen, war die »Neue Leipziger Zeitung« nicht nur konsequent republikanisch eingestellt, sondern verfocht auch das Ideal der sozialen Aussöhnung. Dieser Unterschied prägte nicht nur die Berichterstattung beider Blätter über Parteien und Reichspolitik, sondern wirkte sich bis in den Lokalteil aus.

Um dies zu zeigen, scheinen die Bildung einer Arbeiterregierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner in Sachsen (1923) und die Neuwahl des Leipziger Oberbürgermeisters im Jahre 1930 geeignete Beispiele zu sein. Beide Male ging es – wenn auch im Kleinen – um Macht und unterschiedliche Politikansätze. Dresden und erst recht natürlich Leipzig befanden sich zudem im Einflußbereich von LNN und NLZ: Wo sonst, wenn nicht hier, sollen beide Blätter gehört worden sein, wo sonst ließe sich nachvollziehen, welche Ziele Verleger und Redaktionen verfolgten, welchen Einfluß sie hatten?

Leipziger bürgerliche Presse und die Regierung Zeigner

Bei den Wahlen am 5. November 1922 scheiterte der Versuch der sächsischen Rechtsparteien, die »rote Mehrheit« im Landtag zu brechen. SPD und KPD gewannen jeweils noch ein Mandat hinzu, so daß sich im Parlament nun 51 Arbeiterverehrer und 45 Bürgerliche gegenüberstanden.⁴³³ Die sächsische SPD entschied sich gegen eine mögliche Koalition mit der DDP und bildete eine – auf Unterstützung der KPD angewiesene – Minderheitsregierung. Am 21. März 1923 wurde der bisherige Justizminister Erich Zeigner⁴³⁴ Ministerpräsident.

LNN und NLZ lehnten die neue Regierung zunächst gleichermaßen ab. »Merkt's Euch, Ihr Männer und Frauen des verkümmerten Mittelstandes, merkt's Euch, Ihr Beamten und Angestellten«, schrieben die »Neuesten Nachrichten« am Tag nach Zeigners Wahl, »von dieser Regierung in Sachsen habt Ihr nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.« Zeigner sei schon als Justizminister mit seiner Begnadigungspraxis den Wünschen der Kommunisten gefolgt, als Regierungschef aber habe er sich nun endgültig Moskau unterworfen und damit einen für Demokratie und Republik gefährlichen Weg beschritten. Besonders stieß sich das Blatt an dem Plan der neuen Regierung, proletarische Abwehrorganisationen gegen den Faschismus zu bilden: »Das ist der Klassenkampf auf dem Gipfel, das ist der Anfang der Diktatur des Proletariats, das ist offenkundige Verletzung der Reichsverfassung.« Die LNN, die sonst durchaus für Verfassungsänderungen zu haben waren und keineswegs in der ersten Reihe der Republikverteidiger standen, riefen das Reich bereits an diesem ersten Amtstag des Kabinetts Zeigner auf, mit »schärfster Aufmerksamkeit« zu verfolgen, wie sich die Dinge in Sachsen entwickeln würden.⁴³⁵

433 Sitzverteilung im Landtag nach dem 5.11.1922 (in Klammern die Ergebnisse der Landtagswahl 1920): SPD 41 (40), KPD 10 (9), DNVP 19 (20), DVP 18 (18), DDP 8 (8), Zentrum 0 (1) – Siehe Das vorläufige amtliche Wahlergebnis in Sachsen. In: LNN 30(1922), Nr. 308 vom 7. November sowie die Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

434 Zu Zeigner siehe S. 169.

435 N. N.: Der Kotau vor Moskau. In: LNN 31(1923), Nr. 80 vom 22. März.

Die »Neue Leipziger Zeitung« lieferte wenig später fast eine Kopie dieses LNN-Artikels. Wie das Konkurrenzblatt sprach NLZ-Chefredakteur Georg Marguth von einem »Kotau« Zeigners vor den »Linksradikalen«, von »Klassenherrschaft« und fehlender Verfassungsdisziplin. Das deutsche Volk müsse sich »mit aller Entschiedenheit gegen solche Ungehörigkeiten und Torheiten einer Einzelregierung auflehnen« (Zeigner hielt nicht nur an den proletarischen Hundertschaften fest, sondern hatte inzwischen auch die deutsche Haltung im Ruhrkonflikt scharf kritisiert).⁴³⁶

Der Gleichklang beider Blätter mag zunächst verwundern. LNN und NLZ standen nicht nur in verschiedenen politischen Lagern, sondern kämpften seit fast einem Jahr in aller Öffentlichkeit um den Leipziger Pressemarkt. Wie weiter unten ausführlich gezeigt wird, sparten die Konkurrenten dabei nicht mit Schlägen unter die Gürtellinie, so daß ein Gerichtstermin dem anderen folgte.⁴³⁷

Allerdings hatte die »Neue Leipziger Zeitung« schon im Herbstwahlkampf 1922 in einer Front mit den »Leipziger Neuesten Nachrichten« gestanden. Während die LNN die sächsischen SPD-Minister als »Klassenfanatiker« beschimpften und ihnen »üble Futterkrippenwirtschaft« sowie »Angst vor dem Gerichtstag« vorwarfen und zudem Justizminister Zeigner wegen seiner Bemühungen um Begnadigungen und sozialen Strafvollzug (»also zugunsten der Herren Verbrecher«) direkt angriffen⁴³⁸, schrieb Ehm Welk⁴³⁹,

436 G. M. (Georg Marguth): Der neue Auftakt zur alten Szene. In: NLZ 3(1923). Nr. 100 vom 12. April.

437 Siehe S. 252ff.

438 N. N.: Sie schreiben sich die Finger wund. In: LNN 30(1922). Nr. 297 vom 27. Oktober. – Die LNN hatten im Juni 1921 Zeigners Berufung zum sächsischen Justizminister zunächst begrüßt und ihm »verständnisvolle Mitarbeit« angeboten. Das Blatt berief sich dabei auf Zeigners umfassende Bildung, die es als ausgeschlossen erscheinen lasse, daß er sich »als Fanatiker des Parteiprogramms« betätigen werde. Schon bald aber schlug dieses Wohlwollen in offene Feindschaft um. Die LNN griffen den Minister nun ständig wegen seiner Personalpolitik und der Amnestie-Praxis an und schreckten dabei auch nicht vor Unterstellungen zurück (das Blatt warf Zeigner beispielsweise vor, einen Verwandten bei der Beförderung bevorzugt zu haben). Mehrfach wurde der Minister zum Rücktritt aufgefordert. Siehe u. a. N. N.: Über die Persönlichkeit des neuen sächsischen Justizministers Dr. Zeigner. In: LNN 29(1921). Nr. 172 vom

der für kurze Zeit die Dresdner NLZ-Redaktion leitete, daß man nicht umhin komme, dem Feldgeschrei: Hie Bürgerliche! Hie Sozialisten! eine Berechtigung zuzugestehen. Welk sprach von einer »verderblichen Klassenregierung«, die kraft einer knappen Mehrheit die bürgerliche Hälfte des sächsischen Volkes systematisch zurückgedrängt habe, sei es in der Verwaltung, in der Kirchen- und Schulpolitik oder in der Rechtspflege. Abhilfe könne nur eine große Koalition schaffen, die wiederum sei aber nur möglich, wenn die sozialistische Mehrheit im Landtag beseitigt werde.⁴⁴⁰

Daß die »Neue Leipziger Zeitung« das düstere Zukunftsbild, das Welk dann nach dem sozialistischen Wahlsieg gezeichnet hatte⁴⁴¹, beim Amtsantritt Zeigners nicht korrigierte, ist schon mit der

24. Juni; N. N.: Justizminister Zeigner und der Fall Lotze. Ebenda. Nr. 234 vom 25. August; N. N.: Herr Dr. Zeigner maßregelt! In: LNN 30(1922). Nr. 54 vom 23. Februar; N. N.: Dr. Zeigner maßregelt! Ebenda. Nr. 55 vom 24. Februar; N. N.: Dr. Zeigner maßregelt. Ebenda. Nr. 56 vom 25. Februar; N. N.: Sächsisches, Allzusächsisches. Ebenda. Nr. 97 vom 7. April; N. N.: Die Personalpolitik der sächsischen Justiz. Ebenda. Nr. 112 vom 23. April.

439 Ehm Welk (29.8.1884–19.12.1966), aufgewachsen in einem sozialdemokratisch orientierten Elternhaus auf dem Lande, war zunächst Volontär in Stettin, trat dort für streikende Seeleute ein und wurde aus der Redaktion hinausgeworfen. Lange blieb Welk in der Folgezeit nie an einem Ort, nur drei Stationen seiner Journalisten-Laufbahn seien genannt: Bremerhaven (jüngster Chefredakteur in Deutschland), Dresden (NLZ) und zuletzt Berlin (Chefredakteur der »Grünen Post«). Nach einem aufmüpfigen Leitartikel gegen Goebbels kam Welk 1934 in das KZ Oranienburg, wurde jedoch nach dem Einspruch ausländischer Kollegen wieder freigelassen. 1937 wurde ihm das Schreiben unpolitischer Bücher erlaubt, nun entstanden die berühmten Kummerow-Romane. Welk starb 1966 in Bad Doberan. – Siehe Hans-Jürgen Geerds: Nachwort. In: Ehm Welk. Die Heiden von Kummerow. Leipzig 1984. S. 350ff.

440 E. W. (Ehm Welk): Der Sinn des 5. November. In: NLZ 2(1922). Nr. 301 vom 31. Oktober.

441 Welk hatte von einem »vergeblichen Kampf« gegen die sozialistische Mehrheit gesprochen und vorausgesagt, daß die SPD versuchen werde, mit Duldung der KPD allein zu regieren. Personalpolitik und Rechtspflege würden daher in Zukunft noch stärker nach »sozialistischen Gesichtspunkten« betrieben werden. Welk befürchtete außerdem, daß die zu erwartende neue Gemeindeordnung die Verwaltungen der Parteiwirtschaft ausliefern werde, und sah folglich »graue Wolken« am Himmel, die zwar einen roten Schleier hätten, der aber sei nicht das ersuchte Morgenrot, sondern die Bannerfarbe einer dem Machtstreben verfallene-

Enttäuschung darüber zu erklären, daß die SPD alle Koalitionsangebote der Demokraten, denen das Blatt ja besonders nahe stand, ausgeschlagen hatte.⁴⁴²

Die Einigkeit von LNN und NLZ währte jedoch nicht lange. Anfang November 1923 – wenige Tage nach dem erzwungenen Rücktritt Zeigners – warfen die »Neuesten Nachrichten« der »Leipziger Demokratenpresse« vor, nicht »pflichtgemäß« über den »von der Regierung geduldeten Kommunisten-Terror« berichtet zu haben und dadurch am »Chaos in Sachsen« mitschuldig zu sein.⁴⁴³ An anderer Stelle wurden »Neue Leipziger« und »Leipziger Tageblatt«⁴⁴⁴ als »Helfershelfer der Kommunisten« verunglimpft. NLZ-Chefredakteur Georg Marguth wiederum sprach von einer »gewissen Presse« – Marguth meinte zweifellos die LNN –, die unter dem Stichwort »Sowjet-Sachsen« ein regelrechtes Kesseltreiben gegen die Regierung Zeigner entfesselt habe. Einzelne Ausschreitungen seien maßlos aufgebauscht worden – mit dem Ziel, das Reich zum Eingreifen zu bewegen. Das Ausland würde inzwischen glauben, daß es im Freistaat schlimmer zugehe als in Rußland, und an sächsische Betriebe keine Aufträge mehr vergeben.⁴⁴⁵

Hatte Marguth recht? Welchen Anteil hatten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« daran, daß das Reich Truppen in Marsch setzte und Zeigner seines Amtes enthob?

nen Klassenpartei (Vergebliches Ringen. In: NLZ 2(1922). Nr. 308 vom 7. November).

442 Ein Landesparteitag der SPD hatte am 4. März 1923 mit 93 gegen 32 Stimmen eine Koalition mit der DDP, die rechnerisch möglich gewesen wäre (49 vom 96 Sitzen), abgelehnt und stattdessen beschlossen, mit der KPD über die Bildung einer Arbeiterregierung zu verhandeln. Siehe Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945. Berlin 1982. S. 114.

443 N. N.: Michel Unbeschwert. In: LNN 31(1923). Nr. 303 vom 4. November.

444 Das LT konnte wegen des schlechten Archivierungszustandes nicht untersucht werden.

445 G. M. (Georg Marguth): Helfershelfer der Kommunisten? – Nein! Helfershelfer des Volkes? Ja! In: NLZ 3(1923). Nr. 296 vom 26. Oktober. – Siehe auch R. L. (Richard Lehmann): Müller und Meier. Ebenda. Nr. 288 vom 18. Oktober; N. N.: Das Reich gegen Sachsen. Ebenda. Nr. 291 vom 21. Oktober; N. N.: »Die Lage in Sachsen«. Ebenda. Nr. 297 vom 27. Oktober.

Das Blatt hatte dem Ministerpräsidenten schon an dessen erstem Amtstag »schärfste Opposition« »versprochen« – und es hielt diese Zusage. Die LNN beleidigten Zeigner (er verbreite einen dumpfen Geruch von Aktenstaub und Weltfremdheit) und sprachen ihm jede Fähigkeit für seinen Posten ab (Regierungschef sei er nur durch Zufall geworden)⁴⁴⁶, obwohl das Blatt dem Juristen zwei Jahre zuvor – bei seiner Berufung zum Justizminister – noch eine »umfassende Bildung« (!) attestiert hatte.⁴⁴⁷ Ständig wurde Zeigner aufgefordert, zurückzutreten. Da der Regierungschef dem nicht nachkam, mahnten die LNN zugleich immer wieder das Reich, endlich einzugreifen. Stets wurden die gleichen Gründe angeführt: Sachsen werde von Moskau aus regiert, und die sächsischen Bürger hätten unter der Fuchtel der Kommunisten zu leiden, außerdem würden die Amnestien und der Aufbau proletarischer Hundertschaften gegen die Verfassung verstoßen.⁴⁴⁸ Als Anfang Oktober alles darauf hindeutete, daß Zeigner KPD-Minister in seine Regierung holen und damit die stille Koalition durch eine offene ersetzen würde, griffen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« ein Schlagwort aus einer Jenaer KPD-Zeitung zum Ziel der Hundertschaften heraus (»außerparlamentarische Befestigung der Kampfposition der Arbeiterschaft«) und folgerten: »Das ist des Pudels Kern. Das ist nichts anderes als der Sturz der Verfassung, Beseitigung der Ordnung, Chaos. Das ist Sowjet-Sachsen in Reinkultur.«⁴⁴⁹

Je mehr die LNN gegen die Zeigner-Regierung hetzten und je lauter sie nach der Reichswehr riefen, desto stärker verteidigte die

446 N. N.: Ein vergifteter Pfeil. In: LNN 31(1923). Nr. 170 vom 24. Juni.

447 N. N.: Über die Persönlichkeit des neuen sächsischen Justizministers Dr. Zeigner. In: LNN 29(1921). Nr. 172 vom 24. Juni.

448 Siehe u. a. N. N.: Die Maske herunter! In: LNN 31(1923). Nr. 168 vom 22. Juni; N. N.: Sächsische Amnestien. Ebenda. Nr. 180 vom 4. Juli; N. N.: Der Pyrrhus-sieg Zeigners. Ebenda. Nr. 191 vom 15. Juli; N. N.: Zeigners »Dolchstoß«. Ebenda. Nr. 245 vom 7. September; N. N.: Militärdiktatur und Rechtssicherheit. Ebenda. Nr. 268 vom 30. September; N. N.: Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung? Ebenda. Nr. 270 vom 2. Oktober; N. N.: Hochspannung in Sachsen. Ebenda. Nr. 284 vom 16. Oktober; N. N.: Sowjet-Sachsen gegen das Reich. Ebenda. Nr. 286 vom 18. Oktober.

449 N. N.: Sowjet-Sachsen. In: LNN 31(1923). Nr. 276 vom 8. Oktober.

»Neue Leipziger Zeitung« das sächsische Kabinett. Am 20. Juli 1923 – wenige Tage, nachdem Hermann Ehrhardt⁴⁵⁰ die Flucht aus einem Leipziger Gefängnis geglückt war – stellte das Blatt fest, daß die Republik schon monatelang vogelfrei sei. Statt sich um die deutschvölkische Hetze zu kümmern, schaue die Reichsregierung nur nach Sachsen und Thüringen⁴⁵¹, obwohl die Verfassung dort keineswegs mehr gefährdet sei als in Bayern. Eine Aufforderung Zeigners an das Kabinett Cuno, den passiven Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung aufzugeben und gegen die Verfassungsfeinde im Inland vorzugehen, tat das Blatt zu diesem Zeitpunkt noch als »Episode« ab, so etwas würde schon nicht wieder vorkommen⁴⁵² (die »Neuesten Nachrichten« hatten Zeigner nach besagter Rede vorgeworfen, er säe Zwietracht und überschreite seine Befugnisse⁴⁵³).

Als Zeigner drei Wochen später erneut auf die Verschwörerbande in Bayern hinwies, veröffentlichte die »Neue Leipziger Zeitung« seine Erklärung dreispaltig auf Seite eins und dankte dem Ministerpräsidenten zugleich für den Vorstoß. Die Zustände im Reich müßten eine »republikanisch so zuverlässige Regierung« wie die sächsische einfach auf den Plan rufen, und es sei Zeit gewesen, daß endlich einmal »eine maßgebende Instanz das Wort findet«⁴⁵⁴.

Anders als die »Leipziger Neuesten Nachrichten«, die in Zeigners Kabinett die Keimzelle für eine »Diktatur des Proletariats« sahen und es deshalb zum Reichsfeind Nummer eins stempelten, betonte die »Neue Leipziger Zeitung« immer wieder die unbedingte Verfassungstreue der sächsischen Regierung. Die Berufung von

450 Hermann Ehrhardt (29.11.1881–27.9.1971) hatte 1919 das Freikorps »Brigade Ehrhardt« gegründet, das zunächst gegen aufständische Arbeiter eingesetzt wurde und 1920 maßgeblich am Kapp-Putsch beteiligt war.

451 Auch im Thüringer Landtag bestand eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit. Hier wurde am 16. Oktober 1923 unter Ministerpräsident August Fröhlich eine Arbeiterregierung gebildet (zwei KPD-Minister), die bis zum 12. November im Amt blieb.

452 H. W. (Hans Wolf): Schützt die Republik! In: NLZ 3(1923). Nr. 198 vom 20. Juli.

453 N. N.: Ein vergifteter Pfeil. In: LNN 31(1923). Nr. 170 vom 24. Juni.

454 G. M. (Georg Marguth): Zeigner nochmals gegen Cuno. In: NLZ 3(1923). Nr. 217 vom 8. August.

KPD-Ministern habe sich in parlamentarischen Formen bewegt, und den bürgerlichen Parteien bleibe zunächst nichts anderes übrig, als die Übermacht der Arbeiterparteien anzuerkennen.⁴⁵⁵

Ausnahmезustand, Verbot der proletarischen Hundertschaften, Besetzung der Ministerien – all das wurde in der »Neuen Leipziger Zeitung« scharf kritisiert. »Falsche Marschbefehle« überschrieb Georg Marguth einen Kommentar. Die Reichswehr gehe gegen die sächsischen Republikaner vor, in Bayern aber könnten sich die Verfassungsfeinde ungestört austoben.⁴⁵⁶ Immer wieder widerlegte das Blatt Meldungen und Gerüchte über die »Zustände« in Sachsen (»Ist die Frage erlaubt, wieso uns sächsischen Staatsbürgern von solch chaotischer Anarchie nichts bekannt ist«⁴⁵⁷) und versuchte zugleich, Licht in die Zusammenhänge zu bringen. Das Kapital hole zum Schlag gegen die arbeitende Bevölkerung aus, schrieb Richard Lehmann. Die wenigen Errungenschaften, die den Besitzlosen aus der Revolution geblieben seien, sollten nun beseitigt werden, deshalb müsse das »rote Sachsen«, ein Land, in dem die große Masse der Bevölkerung wahrhaft republikanisch gesinnt sei, niedergeknüppelt werden. Das bloße Vorhandensein von proletarischen Hundertschaften und einer sozialistisch-kommunistischen Regierung reiche dafür offenbar als Vorwand aus. Zugleich sprach Lehmann von einem »journalistischen Kesseltreiben« gegen den Freistaat und fragte fast schon verzweifelt: »Gibt es denn keine Stelle, die Sachsen gegen diese Hetze in Schutz nimmt?«⁴⁵⁸ Nach dem Sturz Zeigners stellte die NLZ folgerichtig fest, daß in Arbeiterkreisen »durchge-

455 Zz.: Die bürgerlichen Parteien und die rote Koalition. In: NLZ 3(1923). Nr. 283 vom 13. Oktober. – Siehe auch R. L. (Richard Lehmann): Der rote Bund. Ebenda. Nr. 279 vom 9. Oktober.

456 m. (Georg Marguth): Falsche Marschbefehle. In: NLZ 3(1923). Nr. 293 vom 23. Oktober.

457 m. (Georg Marguth): Das Reich gegen Sachsen. In: NLZ 3(1923). Nr. 291 vom 21. Oktober. – Siehe auch N. N.: »Die Lage in Sachsen«. Ebenda. Nr. 297 vom 27. Oktober.

458 R. L. (Richard Lehmann): Müller und Meier. In: NLZ 3(1923). Nr. 288 vom 18. Oktober. – Siehe auch G. M. (Georg Marguth): Proletarische Hundertschaften. Ebenda. Nr. 286 vom 16. Oktober; R. L. (Richard Lehmann): Stahlhelm oder Bürgerhut? Ebenda. Nr. 289 vom 19. Oktober; N. N.: Wandlungen. Ebenda. Nr. 290 vom 20. Oktober.

hend Niedergeschlagenheit« herrsche, und wies zugleich auf die Schwachstelle im System von Weimar hin: »[Es hat] sich erwiesen, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung in geradezu peinlichem Grade auslegungsfähig ist«. ⁴⁵⁹

Die Ära Zeigner hatte ein juristisches Nachspiel. Weil er von Begnadigten kleine Geschenke angenommen hatte, wurde der Ministerpräsident zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

»Strafverfahren gegen Dr. Zeigner wegen Bestechlichkeit«, stand am 18. November 1923 in großen Buchstaben auf Seite eins der »Leipziger Neuesten Nachrichten«. Darunter folgten umfangreiche Beweise. Die Redaktion betonte, daß ihr das Material schon länger vorliege, man aber gezögert habe, um der SPD einen »Selbstreinigungsprozess« zu ermöglichen. Zugleich drohte das Blatt mit weiteren Einzelheiten. ⁴⁶⁰ Zwei Tage später wurde zwar eine Genererklärung Zeigners veröffentlicht, die LNN blieben aber bei ihrer Darstellung und berauschten sich zugleich an der Vorstellung, den Ex-Regierungschef schon bald in Untersuchungshaft zu sehen. ⁴⁶¹ Hatte sich das Blatt hier schon über den Wechsel des zuständigen Staatsanwalts mokiert, vermutete es am nächsten Tag »Verdunkelungsgefahr« und forderte die zuständigen Stellen zum Handeln auf. ⁴⁶²

Anfang Dezember 1923 veröffentlichten die LNN einen Vertrag, in dem die Landtagsfraktionen von KPD und SPD vereinbart hatten, den Etat zur »Bekämpfung besonderer Unruhen« nur gegen Angriffe von rechts einzusetzen. Die Akte sei, schrieb die Redaktion, bei der Durchsuchung der KPD-Büros in Dresden gefunden worden. ⁴⁶³ Diese Enthüllung führte letztlich zum Sturz des Zeigner-Nachfolgers Alfred Fellisch (SPD).

459 G. M. (Georg Marguth): Zeigner gewaltsam abgesetzt. In: NLZ 3(1923). Nr. 300 vom 30. Oktober.

460 N. N.: Die Entlarvung Dr. Zeigners. In: LNN 31(1923). Nr. 317 vom 18. November.

461 N. N.: Der Zeigner-Skandal. In: LNN 31(1923). Nr. 319 vom 20. November.

462 N. N.: Der Zeigner-Skandal. Ebenda. Nr. 320 vom 21. November.

463 N. N.: Hinter den Kulissen der sächsischen Regierung. Aus den Geheimakten des Innenministers Liebmann. Ebenda. Nr. 333 vom 4. Dezember.

Auch wenn sich die LNN-Redakteure nach dem Fellisch-Rücktritt auf die Schulter klopfen (»unsere Veröffentlichungen waren es schließlich«)⁴⁶⁴, bleibt die Frage, woher sie die genannten Dokumente – das Beweismaterial gegen Zeigner und den KPD-SPD-Vertrag – hatten. Die Vermutung liegt nahe, daß »Leipziger Neueste Nachrichten« und Deutsche Volkspartei hier Hand in Hand gearbeitet haben. Wer sonst konnte über solche Interna verfügen, wenn nicht der vom Reich eingesetzte Zivilkommissar? Der wiederum war DVP-Mitglied. Zeitung und Partei hatten seit 1922 in der Landespolitik ein gemeinsames Ziel verfolgt: Sturz des jeweiligen sozialistischen Minderheitskabinetts. Solange die Sozialdemokraten in Sachsen alleine regierten, blieb der Volkspartei nur die undankbare Rolle der Opposition. Dagegen konnte sie schon bei einer »kleinen Koalition« von SPD und DDP einen gewissen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausüben. Der Dezember 1923 brachte der Partei so einen Sieg in doppelter Hinsicht: Die Zeit der SPD-Minderheitsregierungen wurde beendet, und zugleich wurden die wichtigsten Vertreter dieser Politik (Zeigner und sein Innenminister Hermann Liebmann) politisch kaltgestellt. Daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« dazu beigetragen hatten, die geistige Atmosphäre für diesen Wandel zu schaffen, wird niemand leugnen können. Wie eng die Zeitung mit der Volkspartei zusammenarbeitete, mögen zwei Beispiele verdeutlichen. Als die DVP-Landtagsfraktion Ende November 1923 einen Zeigner-Untersuchungsausschuß beantragte, benutzte sie die gleichen Argumente, die in den Tagen zuvor in den LNN gestanden hatten⁴⁶⁵, und als das Blatt die Abmachung zum Unruhe-Etat veröffentlichte, reagierte die DVP sofort mit Interpellationen in Land- und Reichstag.⁴⁶⁶

Daß sich die Zeiten geändert hatten, wird auch der Leser der »Neuen Leipziger Zeitung« gespürt haben. Als die ersten Meldungen über das Strafverfahren gegen Erich Zeigner aufkamen, verzich-

464 N. N.: Abgewirtschaftet. Ebenda. Nr. 344 vom 15. Dezember.

465 N. N.: Sitzung des Landtags. In: LNN 31(1923). Nr. 327 vom 28. November.

466 Siehe u. a. N. N.: Reichstag und sächsische Regierung. In: LNN 31(1923). Nr. 335 vom 6. Dezember; N. N.: Das Kabinett Fellisch gefährdet. Ebenda. Nr. 337 vom 8. Dezember.

tete das Blatt noch auf ein Urteil, mahnte, erst den Ex-Ministerpräsidenten selbst zu hören, um dann allerdings – wenn auch im Konjunktiv – fortzufahren: »Sollte er diese Gerüchte [...] nicht zu entkräften vermögen, so wäre [...] die Legende um den ehemaligen ›roten König von Sachsen‹ gründlich zerstört.«⁴⁶⁷ Zwei Tage später versicherte die Redaktion bereits, daß ihr die Person Zeigner schon immer gleichgültig gewesen sei, »und zwar auch zu einer Zeit, als wir gegen die Reichsexekutive in Sachsen mit aller Entschiedenheit [...] Stellung nahmen.«⁴⁶⁸ Von dieser Entschiedenheit war Neujahr 1924 – nur neun Wochen nach dem erzwungenen Rücktritt Zeigners – nichts mehr zu spüren. Das Vorgehen des Reiches sei eine »bedauerliche Überstürzung« gewesen, im übrigen sei es aber heute zwecklos, darüber zu streiten, ob dabei die Verfassung verletzt wurde. Zeigner habe sein Amt gewiß mit guten Absichten übernommen und sich immerhin an die Schranken der Verfassung gehalten, die Kommunisten hätten dagegen disziplinos gegen die Militärbehörden losgepoltert. Diese Zeilen über die »republikanisch zuverlässige« Regierung Zeigner (NLZ vom Spätsommer 1923) fanden sich im Jahresrückblick unter der Überschrift »Die Widersacher der Republik«⁴⁶⁹.

Hatte sich die »Neue Leipziger Zeitung« hier dem Druck der »Leipziger Neuesten Nachrichten« gebeugt? Seit sich die Prager Firma Mercy im Mai 1922 am NLZ-Verlag beteiligt hatte, trompetete das Konkurrenzblatt in die Öffentlichkeit, daß die »Neue Leipziger« in »Entente-Sold« stehe und mithin »undeutsch« sei. Konnte es sich die »Neue Leipziger Zeitung«, die ja mit dem Ziel gegründet worden war, die »Leipziger Neuesten Nachrichten« zu überflügeln, also eine große Auflage (sprich: Akzeptanz in der Bevölkerung) anstrebte, da überhaupt leisten, Vorwände für weitere Attacken zu liefern? Den »Kommunistenfreund« (LNN) Zeigner hatte das Blatt im Spätsommer und Herbst 1923, als es um den Bestand der Repu-

467 N. N.: Zur Mandatsniederlegung Dr. Zeigners. In: NLZ 3(1923). Nr. 319 vom 18. November.

468 N. N.: Der Fall Zeigner. In: NLZ 3(1923). Nr. 321 vom 20. November.

469 Hans Wolf: Rückschau auf das Jahr 1923. Die Widersacher der Republik. In: NLZ 4(1924). Nr. 1 vom 1. Januar.

blik ging (erst da wohlgermerkt), unterstützt, dabei auch den Vorwurf in Kauf genommen, »Helfershelfer« der KPD zu sein. Statt nun auch den »Verbrecher« (LNN) Zeigner zu decken, machte die Redaktion einen Rückzieher. Las man im Geiste schon die entsprechenden LNN-Schlagzeilen? Dank der Goldmark-Einführung hatte die NLZ im Dezember Tausende neue Bezieher gewonnen.⁴⁷⁰ Sollte man diese – nun, da der Kampf um Sachsen entschieden war – gleich wieder verprellen?

Zwei Bemerkungen zum Kapitel »Erich Zeigner und die Leipziger bürgerliche Presse« seien noch gestattet. Den Landtagswahlkampf 1926 führten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« unter dem Banner »Nie wieder Sowjet-Sachsen!«. Als die »Neue Leipziger Zeitung« diese Parole als »unsinniges Geschwätz« bezeichnete, sprachen die LNN von »bürgerlichen Wahlhelfern für den Zeignerkommunismus«⁴⁷¹.

Im Juli 1945 wurde Erich Zeigner Oberbürgermeister von Leipzig. Der LNN-Verlag beantragte bei dem einst Verteufelten eine Lizenz für eine antifaschistisch-demokratische Zeitung. Zeigner hat abgelehnt.⁴⁷²

Oberbürgermeisterwahl 1930

Neujahr 1930 kündigte der Leipziger Oberbürgermeister Karl Rothe seinen Rücktritt an. Den gerade gewählten Abgeordneten fiel damit die Aufgabe zu, ein neues Stadtoberhaupt zu küren. Angesichts des Kräfteverhältnisses im Parlament war der Ausgang der Abstimmung völlig offen. SPD und KPD hatten bei den Kommunalwahlen am 17. November 1929 ihre Mehrheit verloren. 37 Arbeitervertretern

470 Am 8. Dezember 1923 sprach der Verlag in einer Anzeige von »mehr als tausend« neuen Beziehern in den ersten Dezembertagen. Am 13. Januar 1924 hieß es dann, die NLZ habe im letzten Monat 11.125 neue Abonnenten gewonnen. Siehe NLZ 3(1923). Nr. 339 vom 8. Dezember, NLZ 4(1924). Nr. 13 vom 13. Januar.

471 N. N.: Bürgerliche Wahlhelfer für den Zeignerkommunismus. In: LNN 34(1926). Nr. 296 vom 26. Oktober.

472 Siehe Ein Briefwechsel. In: PDS-Archiv Leipzig. Signatur II/2/14.

(SPD 27, KPD 9, KPD-Opposition 1) saßen nun 28 Abgeordnete der Vereinigten Bürgerfraktion, jeweils drei Demokraten und Nationalsozialisten sowie vier Volksrechtler gegenüber.

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« werteten dieses Wahlergebnis als Absage an den »bisherigen marxistisch-kommunistischen Kurs« und forderten die drei kleineren Gruppen im Stadtparlament auf, mit der Vereinigten Bürgerfraktion eine »Kampffront« zu bilden. »Die bürgerliche Mehrheit ist schwach, eine Stimme bildet das Zünglein an der Waage.« Alle kleinlichen Parteiwünsche müßten deshalb zurückgestellt werden, um »gegen die Raffgier der öffentlichen Hand, gegen Regiewirtschaft und Regiemißwirtschaft« vorgehen zu können. Schließlich habe die Mehrheit der Wähler gegen neue Steuern und gegen »Experimente« wie die kommunale Totenbestattung gestimmt. Außerdem gelte es, die Städtische Baugesellschaft (»den Totengräber des selbständigen Handwerks«) abzuschaffen sowie Stadtwerke und Straßenbahn in gemischtwirtschaftliche Betriebe umzuwandeln.⁴⁷³

Egal ob es um Personalentscheidungen oder soziale Anträge, um mißliebige Theaterstücke oder die Verkürzung der Redezeit im Stadtparlament ging, die »Leipziger Neuesten Nachrichten« schworen in der Folgezeit auf die Formel 38:37 und lehnten jede Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien strikt ab.⁴⁷⁴ Was in Reich und Ländern zuweilen möglich scheine, sei in einer Stadt wie Leipzig unerträglich. »Gemeindepolitik ist reine Wirtschaftspolitik. Hier stehen die Interessen der sozialdemokratisch-kommunistischen Stadtverordneten im schroffsten Gegensatz zu denen der Anhänger der Privatwirtschaft.«⁴⁷⁵ Das Bürgertum werde schon deshalb zusammenhalten, weil es um gemeinsame Ziele kämpfe: freie Bahn der Privatwirtschaft, Abwehr von allem, was die Jugend zu marxisti-

473 N. N.: Was erwartet das Bürgertum vom neuen Stadtparlament? In: LNN 38(1930). Nr. 1 vom 1. Januar.

474 Siehe u. a. N. N.: Steigende Fürsorgelasten. In: LNN 38(1930). Nr. 17 vom 17. Januar; N. N.: Wenn eine Stimme fehlt! Ebenda. Nr. 37 vom 6. Februar; N. N.: Die Stadtverordnetenwahlen gültig. Ebenda. Nr. 38 vom 7. Februar; Hans Matthias: Der Rat hat das Wort! Ebenda. Nr. 54 vom 23. Februar; N. N.: Sozialistische Stimmungsmache. Ebenda. Nr. 65 vom 6. März.

475 N. N.: Kommunalpolitische Utopien. Ebenda. Nr. 57 vom 26. Februar.

schem Parteinachwuchs erziehen könnte, Kampf gegen die Herabwürdigung der Kunststätten zu Propagandabüros.⁴⁷⁶ Als sich vor den Wahlen zum Leipziger Bezirkstag im Februar 1930 einige Demokraten bei der Listenaufstellung benachteiligt fühlten und ankündigten, sich zu enthalten, sprachen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« folgerichtig von einem »Verbrechen am Bürgertum«⁴⁷⁷.

Die »Neue Leipziger Zeitung« lehnte die 38:37-Kampflinie der LNN ebenso ab⁴⁷⁸ wie das Projekt »Vereinigte Bürgerfraktion«. Unter diesem Dach würden derart verschiedene Ansichten aufeinandertreffen, daß es unmöglich sei, die Splittergruppen auf Dauer zusammenzuhalten. Das Blatt lobte den Beschluß der DDP, sich nicht an die »Wahlmathematiker des Bürgerbundes« zu binden: »Bei künftigen Abstimmungen werden die Demokraten mit ihren drei Stimmen das Zünglein an der Waage bilden. Dann können sie bestimmen, und das wird ihrer zielbewußten Gemeindegarbeit weit nützlicher sein als ein Beugen unter das deutschnationale Kommando«. Die DDP könnte so den Grundstein legen für eine »Wahlgemeinschaft der Mitte«, die auch von einigen Vertretern der Bürgerliste herbeigesehnt und deshalb früher oder später doch kommen werde.⁴⁷⁹

38:37 – diese Rechnung sollte nach dem Willen des Leipziger Bürgerbundes auch bei der anstehenden Neuwahl des Oberbürgermeisters aufgehen. Meßamtsdirektor Raimund Köhler⁴⁸⁰, Chef der

476 N. N.: Das Gebot der Stunde – fest bleiben! Ebenda. Nr. 70 vom 12. März.

477 N. N.: Bezirkstagswahlen. Ebenda. Nr. 39 vom 8. Februar.

478 Siehe u. a. N. N.: Keine rote Mehrheit in Leipzig, aber auch keine bürgerliche Mehrheit! In: NLZ 9(1929). Nr. 322 vom 18. November; Verlag und Redaktion der Neuen Leipziger Zeitung: In eigener Sache. Ebenda; N. N.: Gegen einseitige Parteiherrschaft. Ebenda. Nr. 323 vom 19. November; N. N.: Was haben wir von den Nationalsozialisten zu erwarten. Ebenda. Nr. 327 vom 23. November.

479 Emil Dörfel: Die ersten Handlungen des neuen Stadtparlaments. In: NLZ 10(1930). Nr. 1 vom 1. Januar. – Siehe auch N. N.: Die Spaltung der deutschnationalen Stadtverordnetenengruppe. Ebenda. Nr. 22 vom 22. Januar; E. D. (Emil Dörfel): Große Koalition im Leipziger Rathaus? Ebenda. Nr. 50 vom 19. Februar.

480 Der Vater von Raimund Köhler (13.2.1878–?) war Professor an der Fürstenschule St. Afra in Meißen. Dort bestand Köhler junior seine Reife-

Vereinigten Bürgerfraktion und Motor jener »Politik der einen Stimme Mehrheit«, hoffte, die Nachfolge von Karl Rothe antreten zu können.

Die »Neue Leipziger Zeitung« hatte Köhler schon am 5. Januar als aussichtsreichen Bewerber gehandelt. Chefredakteur Georg Marguth lobte den Meßamtsdirektor zwar in den höchsten Tönen (hervorragend befähigte Persönlichkeit, ungewöhnliche Verwaltungs- und Organisationsgabe, weit über Leipzig hinausgehender Ruf), um ihn aber zugleich aufzufordern, weiter für die Messe zu arbeiten: »An die Spitze des Meßamtes gehört der tüchtigste Mann.« Der neue Oberbürgermeister müsse außerdem nicht nur ein Herz für die Unternehmer haben, sondern auch auf die Sorgen der kleinen Leute eingehen. »In dieser Hinsicht kennen wir Herrn Dr. Köhler nicht, oder wir sahen ihn als Stadtverordneten in Opposition zu sozialen Anträgen.« Überhaupt sollten es die Abgeordneten vermeiden, den neuen Mann in den eigenen Reihen zu suchen. Der heftige Wahlkampf habe bürgerliche Gruppen und Sozialdemokratie, die doch in der Gemeinde aufeinander angewiesen seien, entfremdet. Gerade wenn ein parteipolitisch scharf umrissener Kopf wie Köhler kandidiere, sei deshalb die Gefahr groß, daß der Oberbürgermeister nur nach »klassenkämpferischen Gesichtspunkten« gewählt werde, was ein ungleich größerer Schwabenstreich wäre als jenes »famose Rechenkunststück«, bei dem mit Hilfe der Nationalsozialisten eine bürgerliche Mehrheit herauskommen solle. Idealer Nachfolger Ro-

prüfung, begab sich zunächst auf die höhere Postlaufbahn (Inspektor im Reichspostamt) und studierte dann Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Genf, Heidelberg (1907: Dr. phil.) und Leipzig (1911: Dr. jur.). 1913 wurde Raimund Köhler Syndikus beim Zentralverband der Deutschen Industrie, leitete ab 1916 dann die Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Messe und wurde mit der Gründung des Meßamtes 1917 dessen erster Direktor. Diese Funktion behielt er bis 1933. Raimund Köhler wurde 1924 ins Stadtparlament gewählt. Er vertrat hier die Interessen der Privatwirtschaft, war gegen Kommunalbetriebe und für Sozialabbau. Anfang der 30er Jahre leitete er die Vereinigte Bürgerfraktion. Außerdem war Köhler Aufsichtsratsmitglied der MIRAG. – Siehe Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 1. Berlin 1931. S. 979f.

thes sei vielmehr dessen rechte Hand, der zweite Bürgermeister Hofmann, ein Intimkenner der Leipziger Verwaltung.⁴⁸¹

Hofmann trat wenig später aus gesundheitlichen Gründen zurück⁴⁸², und die »Neue Leipziger Zeitung« forderte die bürgerlichen Parteien auf, einen Kandidaten der »Mitte« zu suchen. »Wo ist der Gewinn der bürgerlichen Nazi-Mehrheit, wo sind die Segnungen der sogenannten Bürgerfront?« Die Bevölkerung wünsche es nicht, daß die Vetternwirtschaft bis auf das Stadtoberhaupt ausgedehnt werde. Tüchtig müsse der neue Mann sein, überparteilich und sozial. »Dann wird die Zustimmung der Sozialdemokratie zu erlangen sein, und damit gewinnt die bürgerliche Mitte (die DDP! – M. M.) die Schlüsselstellung, in der *sie* und nicht die Bürgerblock-Kamarilla das Gesetz des Handelns bestimmt.«⁴⁸³

NLZ-Chefredakteur Marguth warnte den Bürgerbund zugleich vor einem »Theater-Coup in letzter Minute«. Nur »vollkommene Ignoranten« würden die sogenannte bürgerliche Mehrheit noch bejubeln (ein Seitenhieb in Richtung LNN!), allen anderen aber dümmere langsam, wie erbarmungswürdig die Parteikonstellation sei. Deshalb wachse der Verdacht, daß ein »kleiner, einflußreicher Klüngel« die Wahl des Oberbürgermeisters hinauszögere, damit in der Parlamentssitzung selbst – »quasi zwischen Fisch und Fleisch des Festbanketts« – ein neuer Kandidat, der sich im Hintergrund schon bereithalte, als »deus ex machina, als Banquos Geist« erscheinen könne. Namen nannte Marguth nicht: »Die Eingeweihten kennen sie.«⁴⁸⁴

Der Leser der »Leipziger Neuesten Nachrichten« gehörte nicht dazu. Er erfuhr erst wenige Tage vor der Abstimmung im Parlament, daß Raimund Köhler lange Zeit der aussichtsreichste Bewerber um den Chefessel im Rathaus war. »Naheliegende Gründe«

481 G. M. (Georg Marguth): Oberbürgermeister – wer? In: NLZ 10(1930). Nr. 5 vom 5. Januar.

482 Siehe N. N.: Rücktritt des zweiten Bürgermeisters von Leipzig. In: NLZ 10(1930). Nr. 22 vom 22. Januar.

483 G. M. (Georg Marguth): Leipziger Orakel. In: NLZ 10(1930). Nr. 68 vom 9. März.

484 G. M. (Georg Marguth): Maulwürfe in Leipzig. In: NLZ 10(1930). Nr. 54 vom 23. Februar.

hätten verhindert, vorher darüber zu schreiben.⁴⁸⁵ Was waren das für Gründe? Hatte die »Presse des Bürgerblocks« (Georg Marguth)⁴⁸⁶ darauf verzichtet, Köhler zu unterstützen?

Vieles spricht dafür, daß »Leipziger Neueste Nachrichten« und Führung des Leipziger Bürgerbundes ihr Vorgehen abgestimmt hatten und gemeinsam versuchten, einen »Oberbürgermeister Köhler« hoffähig zu machen.

Die LNN und Raimund Köhler waren sich nicht nur in der Frage 38:37 einig. Das Thema Regiewirtschaft – von der Redaktion zu *dem* kommunalen Schlüsselproblem schlechthin erklärt – erörterte Köhler selbst im Blatt⁴⁸⁷, und vor der Abstimmung über die Internationale Pelzausstellung in Leipzig brachten die LNN genau jene Argumentation, die der Chef der Bürgerfraktion dann im Parlament vortrug.⁴⁸⁸

In der Oberbürgermeister-Frage verzichteten die »Neuesten Nachrichten« zunächst darauf, Namen zu nennen (auch der NLZ-Vorschlag Hofmann wurde nicht erwähnt). Anfang Februar schrieb das Blatt, daß naturgemäß in erster Linie jener Kandidat in Frage komme, auf den sich die Bürgerfraktion einigte, auch wenn die bürgerliche Mehrheit – leider – immer noch in zu viele Parteirichtungen gespalten sei.⁴⁸⁹

Zuvor hatte die Redaktion eine Diskussion über das Gehalt des künftigen Oberbürgermeisters begonnen. Der Posten sei in Leipzig nicht sehr hoch (mit rund 35.000 Mark im Jahr) dotiert, weshalb es kaum überragende Kommunalpolitiker in die Stadt ziehen werde,

485 N. N.: Zur Oberbürgermeisterwahl am 2. April. In: LNN 38(1930). Nr. 86 vom 27. März.

486 G. M. (Georg Marguth): Maulwürfe in Leipzig. In: NLZ 10(1930). Nr. 54 vom 23. Februar.

487 Raimund Köhler: Kommunalpolitik am Scheideweg. In: LNN 38(1930). Nr. 27 vom 27. Januar. – Siehe auch N. N.: Was erwartet das Bürgertum vom neuen Stadtparlament? Ebenda. Nr. 1 vom 1. Januar.

488 Siehe N. N.: Die »IPA« vor der Entscheidung. In: LNN 38(1930). Nr. 12 vom 12. Januar; N. N.: Bürgerschaft für die »IPA« vertagt. Ebenda. Nr. 16 vom 16. Januar.

489 N. N.: Die Wahl des neuen Leipziger Oberbürgermeisters. In: LNN 38(1930). Nr. 33 vom 2. Februar. – Siehe auch N. N.: Bevorstehender Rücktritt des Leipziger Oberbürgermeisters. Ebenda. Nr. 3 vom 3. Januar.

hieß es am 16. Januar.⁴⁹⁰ Sechs Tage später berichtete das Blatt von Bewerbern, die wohl zuviel Zeit für Schreibübungen hätten, und wiederholte die Klage über die geringen Gehälter in Leipzig: »Bei aller gebotenen Sparsamkeit in der Verwaltung erscheint es uns dringend notwendig, in der Besoldungsfrage eine gewisse Großzügigkeit zu zeigen, um sich den Mann zu sichern, der der beste Nachfolger unseres bisherigen Oberbürgermeisters ist.«⁴⁹¹

Wann sonst hatten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« für »Großzügigkeit« plädiert, wenn es darum ging, Steuergelder auszugeben? Drosseln der Fürsorge-Kosten, Verkleinern der Verwaltung, Senken der Abgaben – wie vertrugen sich diese Forderungen⁴⁹² mit einem großen Oberbürgermeistergehalt?

Nachdem in Leipzig wochenlang über mögliche Bewerber gerätselt worden war⁴⁹³, veröffentlichten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« am 11. März Kurzbiographien von sechs Kandidaten, ohne Kommentar⁴⁹⁴ und gegen den erklärten Willen des Wahlausschusses, der Stillschweigen vereinbart hatte. Das Stadtparlament beschloß daraufhin, der Zeitung den Amtsblattstatus zu entziehen. Raimund Köhler wiederum wies vor den Abgeordneten Angriffe der »Leipziger Volkszeitung« zurück, die behauptet hatte, ein Mitglied der Bürgerfraktion hätte den »Neuesten Nachrichten« die Kandidaten gegen Bezahlung verraten.⁴⁹⁵

Abgesehen davon, daß die Stadtverordneten dem Rat in der Amtsblattfrage nichts vorschreiben durften und ihr Beschluß keine

490 N. N.: Zur Oberbürgermeister-Wahl in Leipzig. Ebenda. Nr. 16 vom 16. Januar.

491 N. N.: Zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig. Ebenda. Nr. 22 vom 22. Januar.

492 Siehe u. a. N. N.: Was erwartet das Bürgertum vom neuen Stadtparlament? In: LNN 38(1930). Nr. 1 vom 1. Januar; N. N.: Steigende Fürsorgelasten. Ebenda. Nr. 17 vom 17. Januar; N. N.: Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern. Ebenda. Nr. 44 vom 13. Februar; N. N.: Die Mehrausgaben des Fürsorgeamtes. Ebenda. Nr. 54 vom 23. Februar.

493 Siehe u. a. G. M. (Georg Marguth): Leipziger Orakel. In: NLZ 10(1930). Nr. 68 vom 9. März.

494 N. N.: Die Kandidaten für den Oberbürgermeister-Posten. In: LNN 38(1930). Nr. 70 vom 11. März.

495 Siehe N. N.: Die Mieterhöhungen in städtischen Häusern abgelehnt. In: LNN 38(1930). Nr. 72 vom 13. März; E. Wasser: Die Fusion Stadtbank und Giro-Zentrale genehmigt. Ebenda. Nr. 86 vom 27. März.

Folgen hatte, bleibt die Frage, warum die »Leipziger Neuesten Nachrichten« den Wahlausschuß brüskierten. Das Blatt verteidigte sich damit, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe, informiert zu werden, und die Kandidaten ohnehin allen »kommunalpolitischen Kreisen« seit Wochen bekannt gewesen seien, eine Indiskretion also gar nicht vorliegen könne.⁴⁹⁶ Die sechs Bewerber aber bestätigten die bisherige LNN-Argumentation: Männer aus der zweiten Reihe, Amtsinhaber in Kleinstädten, keine »überragenden Kommunalpolitiker« also, keiner vom Format eines Raimund Köhler. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Biographien erschien eine Zuschrift des Leipziger Bürgerbundes im Blatt: »Der beste Verwaltungsfachmann ist für Leipzig gerade gut genug.«⁴⁹⁷

Raimund Köhler erklärte am 27. März – sechs Tage vor der entscheidenden Abstimmung – in den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, daß er nicht für den Posten des Oberbürgermeisters kandidieren werde, weil ihn eine bürgerliche Gruppe ablehne. Beworben hätte er sich bisher nicht, er sei aber von »einflußreichen Leipziger Kreisen« als geeignet erachtet worden. Zugleich verwahrte sich Köhler gegen Berichte der beiden Leipziger Arbeiterblätter über sein hohes Gehalt als Meßamtsdirektor. Sowohl die Zahlen seien aus der Luft gegriffen (die »Sächsische Arbeiterzeitung« hatte Köhlers Jahreslohn auf 80.000 Mark beziffert) als auch die Behauptung, er habe gefordert, als Oberbürgermeister nicht weniger zu verdienen als bisher.⁴⁹⁸ Der »Theatercoup« war geplatzt, bevor der Vorhang sich gehoben hatte.

Vereinigte Bürgerfraktion und »Leipziger Neueste Nachrichten« hoben nun den 2. Bürgermeister von Königsberg, Carl Friedrich Goerdeler⁴⁹⁹, auf den Schild. Schon am Rücktrittstag Köhlers hatten

496 N. N.: Eine überflüssige Aufregung. Ebenda. Nr. 73 vom 14. März.

497 N. N.: Zur Frage der Oberbürgermeisterwahl. In: LNN 38(1930). Nr. 72 vom 13. März.

498 N. N.: Zur Oberbürgermeisterwahl am 2. April. Ebenda. Nr. 86 vom 27. März.

499 Carl Friedrich Goerdeler (31.7.1884–2.2.1945) war seit 1920 2. Bürgermeister der ostpreußischen Stadt. Goerdeler, Sproß einer Beamtenfamilie, hatte in Tübingen und Königsberg Rechtswissenschaften studiert und war 1911 in den Kommunaldienst eingetreten. Wolfgang Benz und Hermann Graml haben ihn als »konservativ, national und ohne Sympathie für den Parlamentarismus Weimarer

die LNN darauf hingewiesen, daß die SPD ihrerseits versuche, einen Kandidaten zu finden, der der bürgerlichen Linken genehm sei. Angesichts dieses »Spiels hinter den Kulissen« drängte das Blatt erneut auf ein gemeinsames Vorgehen des Bürgertums.⁵⁰⁰ Am 2. April nannten die »Neuesten Nachrichten« dann Namen und Adresse. Es bestehe die Gefahr, daß die DDP nicht für Goerdeler stimme. »Die nichtmarxistischen Kreise unserer Stadt erwarten, daß die Bestrebungen, die Demokraten zu einem Ausbrechen aus der geschlossenen bürgerlichen Front zu veranlassen, vergeblich sein werden.«⁵⁰¹

Dieser Appell verhallte ungehört. Die DDP stimmte mit der SPD für den Stettiner Bürgermeister Pick, und trotzdem gewann Carl Friedrich Goerdeler die Wahl – letztlich dank der Kommunisten, die ungültige Stimmzettel abgegeben hatten.⁵⁰² Über diese Schützenhilfe gingen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« hinweg. Dafür entwickelten sie am Tag nach der Wahl ausführlich das Programm des neuen Mannes, das bis auf das I-Tüpfelchen mit den Zielen des Blattes übereinstimmte. Goerdeler sei unbedingter Anhänger der Privatwirtschaft und kein Freund des städtischen Wohnungsbaus. Die Regiebetriebe wolle er deshalb auf den unbedingt

Prägung« beschrieben. 1930 wurde Goerdeler Oberbürgermeister von Leipzig, im Dezember 1931 und dann noch einmal im Januar 1934 (bis Juli 1935) Reichspriskommissar. Vor dem 30. Januar 1933 war er mehrmals als Reichskanzler und Minister (Finanzen oder Wirtschaft) im Gespräch. Am 1. April 1937 trat Goerdeler als Oberbürgermeister zurück – aus Protest gegen die Entfernung des Mendelssohn-Denkmal in Leipzig. Nach Kriegsbeginn wurde er zum Kopf des bürgerlichen Widerstandes gegen Hitler, nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 festgenommen (Goerdeler war als Kanzler vorgesehen) und in Berlin-Plötzensee hingerichtet. – Siehe Wolfgang Benz, Hermann Graml: Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988. S. 107f.

500 N. N.: Zur Oberbürgermeisterwahl am 2. April. In: LNN 38(1930). Nr. 86 vom 27. März.

501 N. N.: Einige Bemerkungen in letzter Stunde. Ebenda. Nr. 92 vom 2. April.

502 Der entscheidende Wahlgang endete 34:30 für Carl Goerdeler. SPD und DDP hatten zusammen genau 30 Sitze. Da Bürgerfraktion, Volksrechtspartei und NSDAP über 35 Mandate verfügten, kam eine der 11 ungültigen Stimmen aus ihren Reihen. Siehe N. N.: Der Verlauf der Wahl. In: LNN 38(1930). Nr. 93 vom 3. April.

notwendigen Umfang zurückführen. Er fordere außerdem die Pflichtarbeit für Fürsorgeempfänger und sei dagegen, das Berechtigungswesen in den Schulen zu überspannen. Auch die von Goerdeler geplante Verwaltungsreform glich jenen Vorschlägen, die die LNN wenige Wochen zuvor veröffentlicht hatten.⁵⁰³

Die »Neue Leipziger Zeitung« stand dem neuen Oberbürgermeister – wie die DDP – zunächst ablehnend gegenüber. Goerdelers Angriff auf die Freistellen im Schulwesen nahm Hans Natonek zum Anlaß, ihn dem Lager der »besitzbürgerlichen Reaktion« zuzuordnen. Überhaupt lasse diese Äußerung nichts Gutes erwarten.⁵⁰⁴ Diese dunklen Vorahnungen verschwanden jedoch nach dem Amtsantritt Goerdelers. Der neue Mann habe sich dazu bekannt, jeden nach seiner Fassung selig werden zu lassen, schrieb Georg Marguth. Dieser Appell an die »sattsam bekannten Kesselheizer im Stadtverordnetenkollegium« müsse einen starken Widerhall bei der Einwohnerschaft finden, »die sich durch das verhetzende, dumme und unfruchtbare Treiben eines großbürgerlichen Klassenkämpfertums im tiefsten angewidert fühlt.« Die Antrittsrede habe zugleich deutlich gemacht, daß sich Goerdeler nicht jenem »ungekrönten König«, jenem »Holstein⁵⁰⁵ en miniature« unterordnen werde, der nicht davon ablassen könne, seinem politischen Ehrgeiz »eine Messe zu opfern«⁵⁰⁶. Carl Friedrich Goerdeler wurde in der Folgezeit nicht nur von den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, die seine Rotstiftpolitik lobten⁵⁰⁷, unterstützt, sondern auch von der »Neuen Leipziger

503 N. N.: Leipzigs neuer Oberbürgermeister. In: LNN 38(1930). Nr. 93 vom 3. April. – Siehe N. N.: Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern. Ebenda. Nr. 44 vom 13. Februar.

504 H. N. (Hans Natonek): Kulturbolschewismus gefällig? In: NLZ 10(1930). Nr. 95 vom 5. April.

505 Friedrich August von Holstein (24.4.1837–8.5.1909), enger Mitarbeiter Bismarcks, galt lange als »graue Eminenz« der deutschen Außenpolitik.

506 G. M. (Georg Marguth): Der neue Mann. In: NLZ 10(1930). Nr. 145 vom 25. Mai.

507 Siehe u. a. Dr. St. (Johannes Stuhlmacher): Kommunalpolitische Ostern. In: LNN 39(1931). Nr. 95/96 vom 5./6. April; N. N.: Um die Sanierung der Stadt. Ebenda. Nr. 125 vom 5. Mai; Carl Friedrich Goerdeler: Brauchen wir Erwerbslosensiedlungen? Ebenda. Nr. 340 vom 6. Dezember.

Zeitung«. Für Goerdelers Sparkurs äußerte das Blatt zumindest Verständnis, sah darüber hinaus aber in dem Oberbürgermeister das »gute Beispiel eines praktischen Kommunalpolitikers«, dem jede sachliche Mitarbeit recht sei.⁵⁰⁸

Ein Nachspiel: Kampf um den Polizeipräsidenten

Die gescheiterte Kandidatur Raimund Köhlers hatte ein Nachspiel. Als der Reichstag Ende März 1930 einen Zuschuß von 400.000 Mark für die Auslandswerbung der Leipziger Messe ablehnte, vermuteten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« »Fernwirkungen vom Leipziger Stadtparlament«. Die Sozialdemokraten hätten gegen den Zuschuß gestimmt, weil sie sich an Köhler rächen wollten.⁵⁰⁹ Die Arbeiterzeitungen antworteten darauf mit neuen Angaben zum Gehalt des Meßamtsdirektors, Zahlen, die von den LNN prompt dementiert wurden (selbst die niedrigsten seien weit zu hoch gegriffen). Das Blatt beklagte zwar die »persönliche Gehässigkeit«, die nur Gift in die politische Atmosphäre bringe, griff aber zugleich einzelne SPD-Stadtverordnete an (zwei seien nur durch ihr Parteibuch im Beruf vorwärts gekommen, ein anderer hätte sich selbst öffentliche Aufträge zugeschanzt).⁵¹⁰

Diese Attacken waren nur ein Vorgeschmack auf das, was nach Ostern folgen sollte. Bei einer Demonstration der KPD auf dem Leipziger Augustusplatz waren zwei Polizisten ums Leben gekommen. Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« riefen »Skandal!« und warfen der Polizei »völliges Versagen« vor. Wenn Beamte »wie wilde Tiere niedergeschlagen« würden, sei jede Rücksicht fehl am Platze. »Wir haben diesen kommunistischen Klamauk bis zum Halse heraus satt!« Der Schuldige war schnell ausgemacht: Leipzigs Poli-

508 N. N.: Späte Erkenntnis. Der staatliche Messebeitrag in Gefahr. In: NLZ 11(1931). Nr. 44 vom 13. Februar. – Siehe auch Emil Dörfel: Grau in grau. Leipzigs Etat heute vor den Stadtverordneten. Ebenda. Nr. 119 vom 29. April; N. N.: Leipzigs neuer Haushalt. Ebenda. Nr. 219 vom 7. August.

509 N. N.: Der Reichsmessezuschuß. In: LNN 38(1930). Nr. 91 vom 1. April.

510 N. N.: Mehr Sachlichkeit. Ebenda. Nr. 109 vom 19. April.

zeipräsident Heinrich Fleißner, Sozialdemokrat und Stadtverordneter.⁵¹¹ Dieser wurde in den folgenden Tagen zur Zielscheibe einer pausenlosen Hetze. Die LNN forderten Fleißners Rücktritt, warfen ihm »Leisetreterei«, »Flucht vor der Verantwortung« und »Unfähigkeit« vor.⁵¹² Vereinigte Bürgerfraktion und Leipziger Bürgerbund richteten entsprechende Anfragen an den Rat⁵¹³ und den sächsischen Innenminister⁵¹⁴, die »Neuesten Nachrichten« brachten zustimmende Leserbriefe⁵¹⁵. Die Nationalsozialisten wiederholten die LNN-Argumentation gegen das »System Fleißner« erst auf einer Kundgebung und dann vor den Stadtverordneten.⁵¹⁶ Während Raimund Köhler in seiner Parlamentsrede mit dem Blatt auf einer Linie lag, stand die Vereinigte Bürgerfraktion offenbar nicht geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden: »Dr. Köhler hat im wesentlichen den berechtigten Ansprüchen des Leipziger Bürgertums Rechnung getragen. Nur wäre ihm zu wünschen gewesen, daß seine Ausführungen noch einen stärkeren Widerhall in seiner Fraktion gefunden hätten.«⁵¹⁷

Die »Neue Leipziger Zeitung« hatte sich aus der Diskussion über das Gehalt des Meßamtsdirektors herausgehalten. Die »poli-

511 N. N.: Ein Skandal. Ebenda. Nr. 112 vom 22. April.

512 Siehe u. a. N. N.: Die Lehren von Leipzig. In: LNN 38(1930). Nr. 113 vom 23. April; N. N.: Was Herr Fleißner nicht weiß. Ebenda. Nr. 114 vom 24. April; N. N.: Noch eine Lehre von Leipzig. Ebenda; N. N.: Flucht vor der Verantwortung. Ebenda. Nr. 115 vom 25. April; N. N.: Gegen die Verschleierungsversuche. Ebenda. Nr. 116 vom 26. April; N. N.: Das Gutachten des Rates bestätigt die Berichte der LNN. Ebenda. Nr. 117 vom 27. April; N. N.: Die Leipziger Polizei ein Instrument der Sozialdemokratie? Ebenda. Nr. 118 vom 28. April; N. N.: Eine Erklärung des Polizeioberst Franz. Ebenda. Nr. 119 vom 29. April; N. N.: Seit 1923... Ebenda. Nr. 126 vom 6. Mai; N. N.: Einige Fragen an den Polizeipräsidenten. Ebenda. Nr. 127 vom 7. Mai.

513 N. N.: Tritt Leipzigs Polizeipräsident zurück? In: LNN 38(1930). Nr. 113 vom 23. April.

514 N. N.: Der Leipziger Bürgerbund an den sächsischen Innenminister. Ebenda. Nr. 114 vom 24. April.

515 Siehe u. a. N. N.: Wie lange noch? Ebenda. Nr. 114 vom 24. April.

516 N. N.: Massenkundgebung der Nationalsozialisten in Leipzig. In: LNN 38(1930). Nr. 117 vom 27. April; N. N.: Entscheidung erst über acht Tage. Ebenda. Nr. 121 vom 1. Mai.

517 Ebenda.

tisch diktierte Hetze« gegen den Polizeipräsidenten⁵¹⁸ beantwortete das Blatt aber mit persönlichen Angriffen. Richard Lehmann schrieb am Dienstag nach Ostern, daß sich die Beamten richtig verhalten hätten. »Sie taten ihre Pflicht; tote Kameraden fielen für diese Pflicht. Wird es jemand wagen, an der Bahre dieser Toten zu hetzen?«⁵¹⁹ In der nächsten Ausgabe folgte eine Erklärung Fleißners mit dem Zusatz, daß hundertprozentige Sicherheit nie möglich sei.⁵²⁰ Außerdem habe nicht der Behördenvorstand über die Einzelheiten zu entscheiden, sondern die entsprechend ausgebildeten Polizeioffiziere.⁵²¹

Fünf Tage, nachdem Lehmann die Beamten gelobt hatte, gab das Blatt plötzlich dem diensthabenden Oberst die Schuld an den Ostervorgängen. Der Einsatzleiter habe schon bei der Frühjahrsmesse versagt und sei außerdem in seiner früheren Dienststelle wegen Unfähigkeit versetzt worden.⁵²² Der Oberst klagte daraufhin in einem Brief, den beide Zeitungen veröffentlichten, über den Bruch des Dienstgeheimnisses. Die Details könne nur kennen, wer seine Personalakte gesehen habe, dies aber sei lediglich beim Behördenchef möglich.⁵²³ Die »Neue Leipziger Zeitung« dementierte jedoch, daß Fleißner selbst ihre Quelle gewesen sei.⁵²⁴

Zugleich griff das Blatt den Vorsitzenden des Leipziger Bürgerbundes, Johannes Wunderlich, und die »Leipziger Neuesten Nachrichten« an. Wunderlich, der jetzt gegen Fleißner vorgehe, habe es im März 1920, als er eine Zeitfreiwilligentruppe befehligte, durchaus vermieden, sich zur Republik zu bekennen. Heute lasse er die

518 N. N.: Polizeioberst Franz beurlaubt. In: NLZ 10(1930). Nr. 119 vom 29. April.

519 R. L. (Richard Lehmann): Der Tschako. Ebenda. Nr. 112 vom 22. April.

520 G. M. (Georg Marguth): Die Kesselheizer. In: NLZ 10(1930). Nr. 113 vom 23. April.

521 N. N.: Interview mit Fleißner. Er denkt nicht an Rücktritt. In: NLZ 10(1930). Nr. 114 vom 24. April. – Siehe auch N. N.: Vertrauensvotum für Fleißner. Ebenda. Nr. 116 vom 26. April; N. N.: Vertrauenskundgebung für Polizeipräsident Fleißner. Ebenda. Nr. 117 vom 27. April; N. N.: Der Kampf um Fleißner. Ebenda. Nr. 118 vom 28. April.

522 N. N.: Vertrauenskundgebung für Polizeipräsident Fleißner. In: NLZ 10(1930). Nr. 117 vom 27. April.

523 NLZ 10(1930). Nr. 119 vom 29. April; LNN 38(1930). Nr. 119 vom 29. April.

524 N. N.: Polizeioberst Franz beurlaubt. In: NLZ 10(1930). Nr. 119 vom 29. April.

staatsfeindlichen Nationalsozialisten als kommunalpolitische Hilfstuppe des Bürgerblocks zu. »Herr Dr. Wunderlich ist zum Richter des höchsten deutschen Gerichtshofes ernannt worden. Neulich brachten wir eine Zuschrift, in der Bedenken gegen diese Ernennung ausgesprochen wurden, weil die höchsten Richterämter nicht mit Politikern oder politisierenden Richtern, sondern mit Juristen besetzt werden sollten [...]. Der Einsender hat leider zu recht«. ⁵²⁵ Daneben veröffentlichte die »Neue Leipziger Zeitung« Drohbrieft an Fleißner, um zu zeigen, »wieweit die politische Verhetzung in unserem Volke vorgedrungen ist«. ⁵²⁶

Als die »Leipziger Neuesten Nachrichten« die Angriffe gegen Wunderlich als »Erbärmlichkeit« zurückwiesen und die »Neue Leipziger Zeitung« auf eine Stufe stellten mit dem »Pöbel, der in den Revolutionstagen den heimkehrenden Frontoffizieren die Achselstücke abriß« und den »Liberalen, die das Heldentum des Krieges begehren«, ⁵²⁷ rechnete NLZ-Chefredakteur Georg Marguth mit dem »rechtsradikalen Blatte« ab. »Wir haben vor dem Kriege keine wilde, alldeutsche Welteroberungspolitik getrieben und auch nicht in den Novembertagen 1918, als die Waage des politischen Geschehens noch heftige Schwankungen machte, die berühmte Schaukelpolitik.« Die »Neue Leipziger Zeitung« habe weder jene Stimmung erzeugt, die den Bürgerzwist ins Verhängnisvolle steigerte, noch würde sie es wagen, an der Bahre zweier Beamter parteipolitische Winkelzüge zu machen. Kritik von »jener Seite« sei folglich ein für allemal abzulehnen. ⁵²⁸

Acht Tage später stellte die »Neue Leipziger Zeitung« fest, daß die ganze Hetzkanonade ausgegangen sei wie das Hornberger Schießen. »Die Vereinigte Bürgerfraktion kann sich dafür bei ihren schlechtberatenen Einpeitschern bedanken.« ⁵²⁹

525 G. M. (Georg Marguth): Natürlich auch der »Bürgerbund«. In: NLZ 10(1930). Nr. 114 vom 24. April.

526 N. N.: Hochsaison für Schmierfinken. Ebenda. Nr. 114 vom 24. April.

527 N. N.: Man schämt sich nicht... In: LNN 38(1930). Nr. 119 vom 29. April.

528 G. M. (Georg Marguth): Die Pharisäer. In: NLZ 10(1930). Nr. 120 vom 30. April.

529 N. N.: Ergebnislose Fleißner-Debatte. Ebenda. Nr. 128 vom 8. Mai.

Raimund Köhler trat im Februar 1931 als Fraktionsvorsitzender zurück. Er erklärte in den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, daß es sich als Trugschluß erwiesen habe, die bürgerlichen Gruppen im Parlament zusammenhalten zu können. Mit der einen Stimme Mehrheit sei nichts zu erreichen gewesen. Außerdem würden die ständigen Erörterungen über die Höhe seiner Bezüge dem Ruf der Messe schaden.⁵³⁰

4.4 Die Ausnahme: Zeitungskrieg um Marktanteile

Die Beispiele Zeigner, Köhler und Fleißner täuschen etwas vor, was es so auf dem bürgerlichen Pressemarkt Leipzigs in der Weimarer Zeit nicht gab. Daß »Leipziger Neueste Nachrichten« und »Neue Leipziger Zeitung« sich mit dem jeweiligen Konkurrenten auseinandersetzten, diesen gar beim Namen nannten, war eine Seltenheit. Der Zusammenprall, der angesichts der unterschiedlichen Politikauffassungen beider Blätter doch nahezu zwangsläufig schien, blieb aus. Man ignorierte den anderen, oder anders formuliert, man richtete sich nebeneinander ein.

Wer ist der bessere Deutsche?

Ausschließlich wirtschaftliche Gründe waren es, die die »Leipziger Neuesten Nachrichten« Anfang der 20er Jahre zweimal von dieser Regel abweichen ließen. Es folgte jeweils eine Art »Zeitungskrieg«: Beide Verlage bewarfen sich in aller Öffentlichkeit mit Dreck, beleidigten und verklagten einander. Vordergründig ging es um Moral und Politik und die Frage, wer der bessere Deutsche sei, dahinter aber tobte der Kampf um Abonnenten und Inserate. Vor Gericht haben beide Seiten dies auch zugegeben. Als der Leipziger Rat die

530 N. N.: Der Wechsel im Vorsitz der Vereinigten Bürgerfraktion. Eine Erklärung Dr. Köhlers. In: LNN 39(1931). Nr. 43 vom 12. Februar. – Siehe auch N. N.: Der klägliche Zusammenbruch einer durchsichtigen Hetze. Ebenda. Nr. 25 vom 25. Januar.

»Neuesten Nachrichten« im Juni 1922 zu seinem Amtsblatt machte, brachte die »Neue Leipziger Zeitung« eine Notiz aus der sozialdemokratischen »Leipziger Volkszeitung«, in der es hieß, daß die »Neuesten Nachrichten« offen der Gegenrevolution dienten, und nun städtische Gelder an die »monarchistische Verschwörerpresse« gehen würden.⁵³¹ LNN-Verleger Edgar Herfurth verklagte nicht etwa den Autor des Artikels, sondern den verantwortlichen Redakteur der – »Neuen Leipziger Zeitung«. Im Prozeß begründete ein Anwalt dies damit, daß die »Weltanschauung« von »Volkszeitung« und »Neuesten Nachrichten« verschieden sei, eine Beleidigung von dieser Seite folglich nicht vorliegen könne. Der Redakteur wiederum wies darauf hin, daß er nur die Interessen seines Blattes vertreten habe, schließlich hätte sich die »Neue Leipziger Zeitung« ebenfalls um die Rats-Anzeigen beworben.⁵³²

Die öffentlichen Auseinandersetzungen begannen jeweils, nachdem sich die Eigentumsverhältnisse im Verlag der »Neuen Leipziger Zeitung« geändert hatten. Im Mai 1922 übernahm der Prager Mercy-Verlag Minderheitsanteile und löste zum Jahreswechsel dann den bisherigen Besitzer Ullstein ganz ab. Beide Male weigerte sich der Verlag kurz darauf, die fälligen Preiserhöhungen (Inflation!) mit den »Neuesten Nachrichten« abzustimmen. Die seit November 1921 üblichen »gemeinsamen Erklärungen« der Leipziger Tageszeitungen am Monatsende entfielen.⁵³³

531 N. N.: Städtische Mittel für die Leipziger monarchistische Verschwörerpresse. In: NLZ 2(1922). Nr. 178 vom 30. Juni. – Siehe auch N. N.: Eine eigenartige Sache. Ebenda. Nr. 183 vom 5. Juli; N. N.: Die L. N. N. als städtisches Publikationsorgan. Ebenda. Nr. 185 vom 7. Juli.

532 N. N.: »Wie Hoflakaien mit Majestät...« In: NLZ 3(1923). Nr. 241 vom 1. September.

533 Bei fortschreitender Geldentwertung kam keine Zeitung um Preiserhöhungen herum. Deshalb war es üblich, daß sich die Verleger einer Stadt – obwohl sonst Konkurrenten – hier abstimmten. Da das Verbandsorgan »Zeitungs-Verlag« regelmäßig die Verhandlungsergebnisse aller größeren Orte veröffentlichte, läßt sich mit einiger Sicherheit feststellen, daß das Vorgehen der »Neuen Leipziger Zeitung« eine Ausnahme war. »Gemeinsame Erklärungen« veröffentlichten NLZ und LNN für die Monate November 1921 bis Mai 1922 und Oktober 1922 bis Januar 1923. – Siehe LNN 29(1921). Nr. 327 vom 27. November und Nr. 360 vom 31. Dezember; LNN 30(1922). Nr. 31 vom 31. Januar; Nr. 59 vom 28. Fe-

Die »Leipziger Neuesten Nachrichten«, die ihren Lesern zuvor nicht einmal mitgeteilt hatten, daß es seit September 1921 eine »Neue Leipziger Zeitung« gab, warnten im Mai 1922 vor dem unheilvollen Einfluß, den ausländisches Kapital auf die Pressefreiheit haben würde.⁵³⁴ Ein Volk ohne Zeitung habe auch keine Meinung mehr, deshalb sei es kein Wunder, wenn fremdes Geld die Hand nach dem Organ der deutschen Öffentlichkeit ausstrecke. Die LNN forderten die Regierung auf, den Verkauf von Verlagsanteilen an Ausländer zu verbieten, und warfen dem Mercy-Verlag vor, »Versöhnung mit den Tschechen« zu predigen, was nichts anderes bedeute als »Unterwerfung«. Zugleich griff die Zeitung den Ullstein-Verlag an: Die »Völkerversöhner« hätten in Leipzig Millionen ausgegeben, um auf dem Wege der Schleuderkonkurrenz Blättern das Wasser abzugraben, »die erst einmal deutsch, und dann nochmals deutsch und dann immer noch nichts anderes sein wollen.« Da dies nicht gelungen sei, hoffe man nun auf die tschechischen Valuta.⁵³⁵

Die Konkurrenz in Zeiten ständiger Mark-Entwertung im Besitz der stabilen Krone zu wissen – das war der Grund für die Angriffe. In der Folgezeit zweifelten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« immer wieder am Deutschtum des Mercy-Verlages. Dessen Blätter würden zwar in deutscher Sprache erscheinen, aber tschechoslowakische Politik treiben. Diese mit den Interessen des Reiches unter einen Hut zu bringen, sei schon deshalb nicht möglich, weil sich die Tschechoslowakei der Entente verpflichtet habe.⁵³⁶ Die Angriffe gipfelten in dem Vorwurf, daß das »Prager Tageblatt« nur von »deutschem Treibholz« gelesen werde.⁵³⁷

bruar; Nr. 89 vom 30. März; Nr. 117 vom 28. April; Nr. 270 vom 30. September; Nr. 301 vom 31. Oktober; Nr. 329 vom 30. November und Nr. 358 vom 31. Dezember.

534 N. N.: Verhandlungen wegen Verkaufs der Leipziger Ullstein-Blätter an ausländische Kapitalisten. In: LNN 30(1922). Nr. 135 vom 17. Mai.

535 N. N.: Versöhnungspolitik und Versöhnungspolitik. In: LNN 30(1922). Nr. 141 vom 23. Mai. – Siehe auch N. N.: Der Zusammenbruch der öffentlichen Meinung. Ebenda. Nr. 166 vom 18. Juni; N. N.: Die Neue Leipziger Zeitung... Ebenda. Nr. 180 vom 2. Juli. – Für 100 tschechische Kronen bekam man laut LNN Ende Mai 1922 540, Anfang Juli dann bereits 600 Mark.

536 N. N.: Tschecho-Slowakisches Kapital in den Leipziger Ullstein-Zeitungen. In:

Führende Männer



Edgar Herfurth,
LNN-Verleger



Hermann Ullstein,
NLZ-Aufsichtsratschef



Paul Harms,
Leitartikler der LNN



Georg Marguth,
Chefredakteur der NLZ



Peter Reinhold,
Verleger von LT und LZ



Richard Lehmann,
Leitartikler der NLZ

Die »Neue Leipziger Zeitung« ließ sich auf einen Streit um die nationale Zuverlässigkeit ein. Mercy sei »ein seit Generationen bestehendes, *urdeutsches* Zeitungsunternehmen«. ⁵³⁸ Außerdem beweise die Verbindung nach Prag, daß man nicht nur mit »Trompetengeschmetter« für die Auslandsdeutschen eintrete, sondern in »Wort und *Tat* eine *wahrhaft deutsche* Politik« treibe. ⁵³⁹ Gewissermaßen als Beweis startete das Blatt in großer Aufmachung (auf Seite eins) eine Sammlung für den Oberschlesischen Hilfsbund. ⁵⁴⁰ Den »Leipziger Neuesten Nachrichten« wiederum warf die NLZ vor, nationale Phrasen zu verbreiten, um die Auflage hoch zu halten und Geld zu verdienen. ⁵⁴¹ Während sich das Herfurth-Organ sonst um jeden Auslandsdeutschen sorgen würde, mache es plötzlich aus Deutsch-Böhmen tschechische Kapitalisten. »Die L. N. N. stellen ihre Geschäftspolitik über Gesinnung und Grundsätzlichkeit.« ⁵⁴² Das sei überhaupt das ganze Geheimnis des Blattes: »Einmal so und einmal so, gerade wie es [...] am nützlichsten erscheint.« ⁵⁴³

Der aus Prag gekommene Richard Katz vollzog in einer Artikelserie die Wandlungen der Konkurrentin nach, ohne die LNN ausdrücklich zu erwähnen: »Jene meinen wir, die im Kriege fett und dreist wurden, die mit der einen Hand die schwarz-weiß-rote Fahne schwenkten und mit der anderen ihre Kasse füllten.« Beim Umsturz hätten diese »Bankerotteure« zitternd beiseite gestanden (»ja-wohl, die Gesellen, die sich mit schlotternden Knien den Arbeiter-

LNN 30(1922). Nr. 178 vom 30. Juni. – Siehe auch N. N.: Die Leipziger Ullstein-Blätter und wir. Ebenda. Nr. 186 vom 8. Juli; N. N.: Das Auslandskapital in der Leipziger Ullsteinpresse. Ebenda. Nr. 189 vom 11. Juli; N. N.: Das tschechische Kapital in der Leipziger Ullsteinpresse. Ebenda. Nr. 191 vom 13. Juli.

537 N. N.: Das Bündnis Ullstein–Mercy. In: LNN 30(1922). Nr. 193 vom 15. Juli.

538 N. N.: Die Mitschuldigen. Die Ablenkungsversuche der Leipziger Neuesten Nachrichten. In: NLZ 2(1922). Nr. 179 vom 1. Juli.

539 N. N.: Der Zweck heiligt die Mittel. Ebenda. Nr. 187 vom 9. Juli. – Siehe auch N. N.: Schmähhlicher Rückzug der L. N. N. Ebenda. Nr. 190 vom 12. Juli.

540 N. N.: Oberschlesischer Hilfsbund. In: NLZ 2(1922). Nr. 194 vom 16. Juli.

541 R. K. (Richard Katz): Bankerotteure. Ebenda. Nr. 206 vom 28. Juli.

542 N. N.: Der Zweck heiligt die Mittel. Ebenda. Nr. 187 vom 9. Juli.

543 N. N.: Der Kunstgriff. In: NLZ 2(1922). Nr. 178 vom 30. Juni. – Siehe auch N. N.: Die Hin- und Herfurth-Presse. Ebenda. Nr. 201 vom 23. Juli.

und Soldatenräten zur Verfügung stellten«)⁵⁴⁴, jetzt aber würden sie schon wieder bestimmen, wer »zuverlässig deutsch« sei, und sich an die Macht schleichen.⁵⁴⁵ Aus den schüchternen Demokraten vom November seien wieder Völkische geworden.⁵⁴⁶ »Wir alle sehen, und sehen es besonders genau in Leipzig, wie verzweifelte Menschen tropfenweise Gift eingespritzt bekommen.«⁵⁴⁷ Das deutsche Volk müsse diese »Patent-Deutschen« hinwegblasen.⁵⁴⁸

Es blieb nicht bei allgemeiner Polemik. Im August 1922 wurden beide Blätter persönlich. Ferdinand Grautoff, lange Jahre Chefredakteur der »Leipziger Neuesten Nachrichten« und im Mai 1922 beurlaubt, hatte sich für seinen Rausschmiß revanchiert und in der Wochenschrift »Der Drache« aus dem Nähkästchen geplaudert. Grund für die Entlassung sei eine Denkschrift gewesen, in der er, Grautoff, den Verleger Edgar Herfurth auf die niedrigen Gehälter aufmerksam gemacht habe. Selbst die leitenden Redakteure würden nur auskommen, weil sie ein Vermögen hätten. Grautoff sprach von »Not- und Hungerjahren im Hause Herfurth« und davon, daß der Verleger geantwortet habe, es sei ihm egal, woher seine Leute das Geld zum Leben nehmen. Die »Neue Leipziger Zeitung« druckte den Beitrag zunächst nach und gab dem Ex-Chefredakteur dann eine ganze Seite Platz, seine Angriffe zu wiederholen.⁵⁴⁹

Grautoffs Nachfolger Richard Breiting berichtete daraufhin in den »Leipziger Neuesten Nachrichten«, daß sein Kollege Georg Marguth von der »Neuen Leipziger Zeitung« im Mai ebenfalls dar-

544 R. K. (Richard Katz): »Eisernes Kreuz – Eiserne Stirne – Eiserne Kasse«. In: NLZ 2(1922). Nr. 222 vom 13. August.

544 R. K. (Richard Katz): Bankerotteure. Ebenda. Nr. 206 vom 28. Juli.

546 R. K. (Richard Katz): »Eisernes Kreuz – Eiserne Stirne – Eiserne Kasse«. Ebenda. Nr. 222 vom 13. August.

547 R. K. (Richard Katz): Desperados. Ebenda. Nr. 215 vom 6. August.

548 R. K. (Richard Katz): Patent-Deutsche. In: NLZ 2(1922). Nr. 229 vom 20. August. – Siehe auch R. K. (Richard Katz): Tschechoslowaken. Ebenda. Nr. 243 vom 3. September.

549 N. N.: Von den »Leipziger Neuesten Nachrichten«. In: NLZ 2(1922). Nr. 220 vom 11. August; N. N.: Die Hin- und Herfurthpresse – berichtigt. Ebenda. Nr. 226 vom 17. August. – Siehe auch N. N.: Berichtigung gegen »Berichtigung«. Ebenda. Nr. 228 vom 19. August; N. N.: Hin- und Herfurth. Ebenda. Nr. 232 vom 23. August.

auf aus gewesen sei, die Leitung der LNN zu übernehmen. Marguth habe dabei die »veränderten Verhältnisse bei Ullstein« angeführt.⁵⁵⁰ Mit der gleichen Begründung hätten sich auch »andere Herren, die bei den hiesigen Ullstein-Blättern wichtige Posten bekleiden«, erworben.⁵⁵¹ NLZ-Chefredakteur Marguth bestritt nicht, mit LNN-Verleger Herfurth verhandelt zu haben, gab aber an, von Breiting selbst zu den Gesprächen gedrängt worden zu sein.⁵⁵²

Ende August 1922 einigten sich beide Verlage, die Bezugspreise gemeinsam zu erhöhen, und die öffentlichen Angriffe hatten vorerst ein Ende.⁵⁵³

Preiskampf Nummer zwei

Fünf Monate später, Ende Januar 1923, kündigte die »Neue Leipziger Zeitung« das Abkommen. Die Redaktion begründete dies mit ihrer »persönlichen Sauberkeit«: »Trotzdem wir telephonisch, brieflich und durch Mittelsmänner bearbeitet wurden, uns mit Herfurth an einen Tisch zu setzen, sind wir bei unserer Ablehnung geblieben.«⁵⁵⁴ Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« reagierten auf die zweite Runde im Preiskampf wie auf die erste. Sie leiteten erneut eine öffentliche Auseinandersetzung ein. Beide Blätter wiederholten ihre Vorwürfe von 1922: Abhängigkeit vom Auslandskapital auf der einen Seite⁵⁵⁵, Geschäft über alles auf der anderen.⁵⁵⁶ Neu war

550 N. N.: »Pfu! Deibel!« In: LNN 30(1922). Nr. 226 vom 18. August.

551 Verlag der LNN: Erklärung. In: LNN 30(1922). Nr. 231 vom 23. August. – Siehe auch N. N.: Nochmals der Fall Marguth. Ebenda. Nr. 235 vom 26. August.

552 N. N.: »Fritzchen hatte wieder einmal gelogen«. In: NLZ 2(1922). Nr. 228 vom 19. August.

553 Ein LNN-Monatsabo kostete ab 1. September 1922 150 Mark, das der NLZ 130 Mark. Siehe LNN 30(1922). Nr. 240 vom 31. August; NLZ 2(1922). Nr. 241 vom 1. September.

554 N. N.: An den Pranger! In: NLZ 3(1923). Nr. 33 vom 3. Februar.

555 Siehe u. a. N. N.: Das Leipziger Tageblatt. In: LNN 31(1923). Nr. 33 vom 3. Februar; N. N.: Das ausländische Kapital im »Leipziger Tageblatt« und in der »Neuen Leipziger Zeitung«. Ebenda. Nr. 63 vom 5. März; N. N.: An den Pranger! Ebenda. Nr. 91 vom 4. April; N. N.: Fremdstaatliches Kapital im Leipziger Tageblatt und in der Neuen Leipziger Zeitung. Ebenda. Nr. 231 vom 24. August;

lediglich, daß Herfurth versuchte, den Verlegerverband für sich einzuspannen. Der Kreisverein Mitteldeutschland mißbilligte ausdrücklich ausländische Verlagsbeteiligungen⁵⁵⁷, und im Verbandsorgan »Der Zeitungsverlag« erschienen großformatige Anzeigen der »Neuesten Nachrichten«.⁵⁵⁸ Die Redaktion der Wochenschrift räumte zwar der »Neuen Leipziger Zeitung« Platz für Antworten ein⁵⁵⁹, schrieb aber kurz darauf beiläufig, daß das »Prager Tageblatt« der Ruhrabwehr in den Rücken falle, was aber nicht verwunderlich sei, da die Firma Mercy schon vor 1918 nicht gerade einen deutschen Ruf genossen habe.⁵⁶⁰ Edgar Herfurth gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Angst vor der Konkurrenz?

Ende November 1923 stellten LNN und NLZ ihre Abopreise auf Goldmark um. Neue Beilagen wurden eingeführt⁵⁶¹, beide Blätter meldeten rasch steigende Bezieherzahlen.⁵⁶² Die Durststrecke Infla-

N. N.: Die »Neue Leipziger Zeitung« wegen Beleidigung der »Leipziger Neuesten Nachrichten« verurteilt. Ebenda. Nr. 239 vom 1. September; N. N.: Ein Fehlversuch. Ebenda. Nr. 240 vom 2. September.

- 556 Siehe u. a. N. N.: An den Pranger! In: NLZ 3(1923). Nr. 33 vom 3. Februar; N. N.: Sie können nicht genug bekommen. Ebenda. Nr. 36 vom 6. Februar; N. N.: Unlauterer Wettbewerb. Ebenda. Nr. 39 vom 9. Februar; N. N.: Die wahren Dolchstößler. Ebenda. Nr. 64 vom 6. März; N. N.: Faule Ausreden. Ebenda. Nr. 93 vom 3. April; G. Scheuffler: Die Generalanzeiger-Presse. Ebenda. Nr. 96 vom 8. April; N. N.: Lügen haben kurze Beine. Ebenda. Nr. 190 vom 12. Juli; N. N.: Die »Millionen«-Auflage der »Leipziger Weltmesse«. Ebenda. Nr. 234 vom 25. August; N. N.: »Wie Hoflakaien mit Majestät...« Ebenda. Nr. 241 vom 1. September; N. N.: »Generalanzeiger-Presse«. Ebenda. Nr. 242 vom 2. September.
- 557 Verein Deutscher Zeitungsverleger, Kreisverein Mitteldeutschland: Erklärung. In: LNN 31(1923). Nr. 34 vom 4. Februar.
- 558 Siehe Anzeigen in: ZV 24(1923)21, 23.
- 559 Siehe Anzeigen in: ZV 24(1923)22, 24.
- 560 Nachricht in: ZV 24(1923)28.
- 561 Siehe S. 136f.
- 562 Siehe u. a. Anzeigen in: NLZ 3(1923). Nr. 350 vom 19. Dezember; NLZ 4(1924). Nr. 13 vom 13. Januar; LNN 31(1923). Nr. 338 vom 9. Dezember;

tion war überwunden, und die gegenseitigen Angriffe verschwanden aus den Zeitungen.

Daß die »Leipziger Neuesten Nachrichten« sich zurückhielten, mag verständlich erscheinen. Die Krone war nun keine Bedrohung mehr, und außerdem predigte das Blatt eine Bürgerblockpolitik, war also auf Burgfrieden bedacht. Das Schweigen der »Neuen Leipziger Zeitung« verwundert dagegen. Die Redaktion verstand sich als Hüterin von Demokratie und Verfassung, die keineswegs republikfreundlichen »Neuesten Nachrichten« aber, deren Haltung sich seit 1922/23 nicht geändert hatte, verschonte sie nun mit ihrer Kritik. Warum scheute die »Neue Leipziger« die öffentliche Auseinandersetzung? Hatte sie Angst, Leser zu verprellen? Den Kampfstil der Konkurrenz hatte man kennengelernt. Wer wollte schon ständig als »schlechter Deutscher« dastehen, zumal in wirtschaftlich relativ guten Zeiten, die beiden Blättern genug Raum zum Leben – sprich: Anzeigen und Abonnenten – ließ?

Die Entlassung Kästners

Daß diese Überlegungen keineswegs leere Vermutungen sind, zeigen die Begleitumstände der Entlassung Erich Kästners⁵⁶³. Alfred Klein zufolge hat NLZ-Chef Georg Marguth Anfang 1927 seinem

LNN 32(1924). Nr. 8 vom 8. Januar.

563 Erich Kästner (23.2.1899–29.7.1974), geboren in Dresden, kam 1919 nach Leipzig, um hier Germanistik und Geschichte zu studieren. Zusätzlich belegte er am Institut für Zeitungskunde das Fach Feuilleton, begann außerdem, regelmäßig für Leipziger Tageszeitungen zu schreiben. Im Februar 1923 stellte ihn das »Leipziger Tageblatt« als Redakteur ein, spätestens mit dem Ende des LT 1926 wechselte Kästner dann zur »Neuen Leipziger Zeitung«, redigierte hier Nachrichten, schrieb im Feuilleton (Kritiken) wie im Politikteil (vor allem über Bildungsfragen). Gewissermaßen »zwischen durch«, im Frühjahr und Sommer 1925, promovierte er zum Doktor der Philosophie. Mitte 1927 schickte ihn die »Neue Leipziger« mit einer monatlichen Pauschale von 200 Mark (nicht einmal die Hälfte seines bisherigen Gehalts) als Theaterberichterstatter nach Berlin. Hier machte sich Kästner dann selbständig, eröffnete eine Art Feuilletonkorrespondenz und belieferte Zeitungen im ganzen Reich. Alfred Klein zufolge hatte Kästner dabei für »seine« »Neuen Leipziger« immer einige Originalbeiträge übrig.

Redakteur Kästner vorgeworfen, er sei zu radikal und vergifte deshalb alle. Schon zuvor hätte Kästner Ärger wegen politischer Beiträge gehabt. Als die »Leipziger Neuesten Nachrichten« im März 1927 in einem Liebesgedicht Kästners eine Beethoven-Beleidigung sahen, Pfui Teufel riefen und fragten, ob das die neue proletarische Kultur sei⁵⁶⁴, habe die Direktion der »Neuen Leipziger Zeitung« dem Druck von rechts nachgegeben und Kästner wenig später als freien Mitarbeiter nach Berlin abgeschoben.⁵⁶⁵

In den Wochen vor dem LNN-Angriff hatte Erich Kästner in Leitartikeln und Aufsätzen gegen die »Bataillone der Reaktion«⁵⁶⁶ angeschrieben. Anlaß war die Neujahrsrede des Leipziger Oberbürgermeisters Karl Rothe, der den Volksschullehrern vorgeworfen hatte, nicht in der Lage zu sein, Deutschlands Jugend auszubilden.⁵⁶⁷ Während die »Leipziger Neuesten Nachrichten« Rothe unterstützten⁵⁶⁸, sah Kästner hinter dem Feldzug gegen die Volksschule Methode: »Sind etwa ähnliche Bedenken [...] auch gegen Gymnasien

Kästners Schriften wurden von den Nazis verboten. Er blieb in Deutschland, durfte aber nur im Ausland publizieren. Nach dem Krieg lebte er in der BRD, war von 1952 bis 1962 Präsident des dortigen PEN-Zentrums. Kästner starb 1974 in München. – Siehe Alfred Klein: Nachwort. In: Erich Kästner. Gemischte Gefühle. Literarische Publizistik aus der »Neuen Leipziger Zeitung« 1923–1933 (2 Bände). Berlin und Weimar 1989. Bd. 2. S. 349ff.

- 564 N. N.: Tempelschänder. In: LNN 34(1926). Nr. 79 vom 20. März. – Das Gedicht Kästners war – illustriert von Erich Ohser – in der »Plauener Volkszeitung« erschienen.
- 565 Alfred Klein: Nachwort. In: Erich Kästner. Gemischte Gefühle. Literarische Publizistik aus der »Neuen Leipziger Zeitung« 1923–1933 (2 Bände). Berlin und Weimar 1989. Bd. 2. S. 361ff.
- 566 E. K. (Erich Kästner): Rechtschreibung und Politik. In: NLZ 7(1927). Nr. 50 vom 20. Februar.
- 567 Siehe N. N.: Vorsteherwahl im Stadtparlament. In: NLZ 7(1927). Nr. 5 vom 6. Januar; N. N.: Das Präsidium des Leipziger Stadtparlaments. In: LNN 35(1927). Nr. 6 vom 6. Januar.
- 568 Siehe u. a. Emil Wasser: Noch eine Schuldebatte vor den Stadtverordneten. In: LNN 35(1927). Nr. 13 vom 13. Januar; N. N.: Der Kampf des Lehrervereins gegen den Oberbürgermeister. Ebenda. Nr. 14 vom 14. Januar; N. N.: Eine Vertrauenskundgebung des Leipziger Bürgerbundes für den Oberbürgermeister. Ebenda. Nr. 15 vom 15. Januar; N. N.: Schulaufsicht und Lehrerschaft. Ebenda. Nr. 23 vom 23. Januar.

und Universitäten geltend gemacht worden? Nein!«⁵⁶⁹ Die Schule sei dabei nur ein Vorwand, hier versuchten die sogenannten »bürgerlichen Kreise«, eine Bresche zu schlagen in Richtung Hohenzollerlerna Kultur. »Die Reaktion marschiert. [...] Geht es in diesem rückläufigen Tempo weiter, so wird die Zeit wieder näher kommen, da es lebensgefährlich war, die Existenz eines persönlichen Gottes in Frage zu stellen, die Kugelgestalt der Erde zu verteidigen und Krankheiten, die als tödlich galten, zu heilen.«⁵⁷⁰ Als kurz darauf eine Broschüre erschien, in der die Rechtschreibschwächen ehemaliger Volksschüler ausführlich belegt wurden, startete Kästner in der »Neuen Leipziger Zeitung« eine Umfrage unter den Lehrern aller Bildungsstufen. »Es gilt, den wahren Sachverhalt zu zeigen. Es gilt, die Parteilichkeit der Behörden zu erweisen und die allgemeine Unzulänglichkeit der Kriegsgeneration darzulegen. Wenn hierbei über Mängel an Gymnasien und Universitäten öffentlich gesprochen werden muß, so werden diese Kreise ersucht, sich bei denen zu bedanken, die die Anwürfe gegen die Volksschule richteten.« Das Ergebnis der Umfrage werde geeignet sein, den »Verführern der Volksmeinung« zu sagen: »Euer Spiel ist durchschaut.«⁵⁷¹

Ähnlich kommentierte Kästner Ende Februar die eingehenden Antworten⁵⁷², danach aber erschienen von ihm keine politischen Beiträge mehr. Auch die Diskussion um die Volksschule verstummte. Alfred Klein hat vermutet, »des Pudels Kern« bei Kästners Entlassung sei die Überlegung gewesen, daß der Redakteur für den Verlag auf Dauer zu teuer werden würde.⁵⁷³ Möglich, daß dies eine Rolle gespielt hat, stärker aber dürfte die Artikelserie über die Volksschu-

569 E. K. (Erich Kästner): Die Stabilisierung der Jugend. In: NLZ 7(1927). Nr. 14 vom 15. Januar. – Siehe auch E. K. (Erich Kästner): Schule, Rat und Schulrat. Ebenda. Nr. 14 vom 14. Januar.

570 E. K. (Erich Kästner): Die Jugend als Vorwand. Ebenda. Nr. 35 vom 5. Februar.

571 E. K. (Erich Kästner): Rechtschreibung und Politik. Ebenda. Nr. 50 vom 20. Februar.

572 E. K. (Erich Kästner): Dringende Antworten auf drei nötige Fragen. Ebenda. Nr. 57 vom 27. Februar.

573 Alfred Klein: Nachwort. In: Erich Kästner. Gemischte Gefühle. Literarische Publizistik aus der »Neuen Leipziger Zeitung« 1923–1933 (2 Bände). Berlin und Weimar 1989. Bd. 2. S. 363.

le zu Buche geschlagen haben. Kästner hatte nicht nur das Rathaus verstimmt (die »Neue Leipziger Zeitung« hoffte in der gesamten Weimarer Zeit, die LNN als Amtsblatt abzulösen oder doch wenigstens bezahlte Anzeigenaufträge von der Stadt zu erhalten⁵⁷⁴ und den sozialdemokratisch orientierten Lehrerverein unterstützt, sondern auch die »Leipziger Neuesten Nachrichten« angegriffen. Als die Gegenseite nachzog, reagierte der Verlag der »Neuen Leipziger Zeitung« sofort. Wollte man weiteren Attacken vorbeugen? Hatte man sich gar mit dem Konkurrenten abgesprochen, um einen mißliebigen Redakteur kaltzustellen?

574 Siehe S. 135f., 294.

V. KOMMUNIKATIONSRAUM LEIPZIG

1. Kampf um den Leser Chancen einer Neugründung

»Ein Ansturm auf ein alteingeführtes Blatt, das wirtschaftlich gesund ist und sich publizistisch und geschäftlich auf der Höhe hält, ist regelmäßig vergeblich, auch wenn er von den stärksten Kräften unternommen wird«, schrieb Otto Groth 1928. Nach und nach verwachse eine Zeitung mit dem lokalen Leben, das Publikum gewöhne sich an sie, und außerdem sei die Treue von Abonnenten größer als die anderer »Kunden«. Wer diese Stellung erschüttern wolle, brauche einen langen Atem und viel Geld.¹

War also der Versuch »Neue Leipziger Zeitung« von vornherein zum Scheitern verurteilt? Als das Blatt 1921 gegründet wurde, standen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« kurz vor ihrem 30. Geburtstag und waren seit mindestens 15 Jahren unangefochten die Nummer eins in der Stadt. Konnte da ein Jahrzehnt überhaupt für eine Wachablösung reichen? Otto Groth hat weiter festgestellt, daß sich Familien- und Kleinanzeigen günstig auf den Abonnentenstand auswirken.² Wie aber sollte der Kreislauf viele Annoncen – viele Leser – viele Annoncen, wie das Monopol der »Neuesten Nachrichten« gebrochen werden? Anders gefragt: Wer würde die Verlobung von Fräulein Tochter ausgerechnet in einer Zeitung bekanntgeben, in der niemand eine solche Mitteilung sucht?

Bedenkt man außerdem, daß die Neugründung nicht von irgendwem betrieben wurde, sondern von einem der größten Zeitungsbetriebe des Landes, und daß der Ullstein-Nachfolger Mercy den deutschen Verlegern zumindest während der Inflation überlegen war, stellt sich die Ausgangsfrage noch schärfer: Gab es überhaupt eine Chance gegen Herfurths LNN? Kann eine Zeitung ein Publikum erobern, das schon vergeben ist?

1 Otto Groth: Die Zeitung. Bd. I. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 302f.

2 Ebenda. S. 302.

Otto Groth hat zwei Hintertüren offengelassen. Die »Neue« werde sich immer dann durchsetzen, wenn der Konkurrent schwere Fehler macht, oder aber bei durchgreifenden politischen, wirtschaftlichen und – damit verbunden – psychischen Veränderungen im Leserkreis.³

Zumindest bis Ende der 20er Jahre gelang es der »Neuen Leipziger Zeitung« nicht, nur annähernd so viele Anzeigen zu bekommen wie die »Neuesten Nachrichten«. Entsprach also die Haltung des Herfurth-Blattes – Distanz zur Republik von Weimar, »bürgerliche« Kastenpolitik als Antwort auf die Klassenpolitik der Arbeiterparteien – dem Sozialbewußtsein seines Publikums und damit, zieht man die Auflagenzahlen heran, dem Denken einer Mehrheit in Leipzig?

Andererseits gibt es drei Indizien dafür, daß die Vormachtstellung der LNN Anfang der 30er Jahre zu bröckeln begann. Der Annoncenvorsprung verringerte sich, Hermann Ullstein sprach von ersten Erfolgen des nun betont antifaschistischen Kurses der »Neuen Leipziger Zeitung«, und die Gerüchteküche meldete gar, daß die Auflage der »Neuesten Nachrichten« in Leipzig übertroffen worden sei.⁴ Hatten die LNN Fehler gemacht, hatte sich im Kommunikationsraum etwas verändert?

Und weiter: Als die »Leipziger Neuesten Nachrichten« 1892 erstmals erschienen, gab es »Leipziger Tageblatt«, »Leipziger Allgemeine Zeitung« und »Leipziger Abendzeitung/Leipziger Zeitung« bereits, wenn auch teilweise unter anderen Namen. Der Neugründung gelang es jedoch nicht nur, die »alteingeführten« Blätter zu übertrumpfen, sondern sie brachte deren Verleger zum Aufgeben – nichts anderes bedeutete der Verkauf der drei Zeitungen an Ullstein im Jahre 1921. Hatten die Leipziger in diesen Blättern nicht mehr das gefunden, was sie von einer Zeitung erwarteten?

Die Veränderungen der bürgerlichen Presselandschaft Leipzigs in der Weimarer Zeit sind nicht allein mit Fehlern von Verlegern oder Redakteuren und auch nicht ausschließlich mit dem Sozialbewußtsein in der Stadt zu erklären. Daß die Leipziger ab Mitte der

3 Ebenda.

4 Siehe S. 135f.

20er Jahre nur noch zwischen zwei bürgerlichen Morgenzeitungen wählen konnten, »verdanken« sie dem Zusammenspiel verschiedener Kommunikationsraumfaktoren mit dem Faktor (Verleger-)Persönlichkeit. Aus der Kenntnis dieser Entwicklung Ratschläge für Zeitungsneugründungen ableiten zu wollen, verbietet sich jedoch schon deshalb, weil der Gang der Dinge letztlich auch vom Zufall, von einer unvorhersehbaren »Ballung« der Ereignisse bestimmt wurde.

2. Das »Geheimnis« der »Leipziger Neuesten Nachrichten«: Den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden

2.1 Sozialbewußtsein in Leipzig

Oberbürgermeister Karl Rothe versprach den gerade gewählten Stadtverordneten Anfang Januar 1927, in der Kommunalpolitik eine »mittlere Linie« zu suchen. Etwas anderes käme gar nicht in Frage, denn schließlich sei Leipzig in zwei ungefähr gleich große Lager geteilt.⁵ Die Resultate der Berufszählung vom 16. 6. 1925 bestätigen Rothés Beobachtung ebenso wie die Wahlergebnisse in der Stadt.

Stadt der zwei Lager

Daß sich aus der Berufsstatistik allein die soziale Schichtung nicht ermitteln läßt, wurde bereits in der Einleitung begründet. Schwierigkeiten bereitet selbst die Berechnung des Arbeiteranteils. Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« bezifferten diesen auf 40,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, ließen dabei aber unbeachtet, daß es nicht nur in den Wirtschaftsgruppen A, B und C (Landwirtschaft; Industrie und Handwerk; Handel und Verkehr) »Arbeiter« gab, sondern

5 Das Rothe-Rathaus. Hrsg. von der Bezirksleitung Westsachsen der KPD. Leipzig 1929. S. 3f.

ebenso mindestens in der Wirtschaftsgruppe F (Häusliche Dienste), aber auch in Verwaltung und Gesundheitswesen.⁶ Franz Walter wiederum und daraufhin auch Dieter Rink und Robert Grahl stellten fest, daß in der Weimarer Republik in Leipzig »nur noch 48 Prozent der Erwerbstätigen zur Arbeiterschaft« gezählt hätten, haben aber weder Berechnungs- noch Vergleichsgrundlagen angegeben.⁷ Bei der Berufszählung jedenfalls wurden 46,9 Prozent aller Erwerbstätigen der Berufsstellung c (Arbeiter, Handwerker, Hilfskräfte, Dienstpersonal) zugeordnet.⁸ Läßt man die »Berufslosen« (vor allem Pensionäre) heraus, waren es 53,3 Prozent. Selbst diese Zahlen sind aber in Frage zu stellen, da sich beispielsweise Verwaltungshilfskräfte durchaus als Angestellte fühlen konnten, in der Statistik aber als Arbeiter auftauchten.⁹

Ähnliches gilt für die folgenden Angaben, die trotzdem ein grobes Bild der Schichtung geben. 32,5 Prozent der Leipziger Erwerbstätigen (ohne Berufslose) erschienen in der Statistik unter b (technische und kaufmännische Angestellte oder Beamte, Werkmeister, Fach- und Büropersonal), und 14,2 Prozent unter a (Eigentümer, Pächter, Betriebsleiter).¹⁰

Die Wahlergebnisse spiegeln diese Teilung wider. Etwa die Hälfte der Stimmen ging an die Arbeiterparteien, der Rest verteilte sich auf das bürgerliche Spektrum. 1922 bis 1924 führte dies im Stadtparlament sogar zu einem Patt, jede Seite schickte 36 Vertreter ins Rathaus. Der Vorsteher mußte jeweils per Los bestimmt werden. Die neue sächsische Gemeindeordnung verlangte dann – nicht zuletzt wegen der Leipziger Erfahrungen – eine ungerade Zahl von Abgeordneten.¹¹

6 N. N.: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung Leipzigs. In: LNN 30(1922). Nr. 105 vom 15. April.

7 Franz Walter: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie? In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 2/1991. S. 229; Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993. S. 65.

8 Siehe Tabelle im Tabellenanhang: S. 296.

9 Siehe hierzu auch Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1967 (Nachdruck von Stuttgart 1932).

10 Siehe Tabelle im Tabellenanhang: S. 296.

11 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

Zwei Gemeinsamkeiten des Bürgertums: Nein zum Marxismus und zu Weimar

In der Literatur wird immer wieder betont, daß es *das* Bürgertum in der Weimarer Zeit nicht gegeben hat, alter Mittelstand (selbständige Händler und Handwerker) und neuer Mittelstand (Angestellte und Beamte; letztere werden hin und wieder auch extra aufgeführt) vielmehr unterschiedliche Interessen hatten und deshalb gesondert zu behandeln sind.¹² Zwei Gemeinsamkeiten aber gab es: die tiefe Abneigung gegen den Marxismus, gegen die Arbeiterbewegung überhaupt, und die Ablehnung des Staates von Weimar. Die Niederlage von 1918 sei für die Mittel- und Oberklassen eine traumatische Erfahrung gewesen, schrieb Norbert Elias. Viele, vielleicht die große Mehrheit, hätten gefühlt, daß man mit dieser Demütigung nicht leben könne. Deshalb seien als Träger der Republik von vornherein nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft sowie das liberale Bürgertum (und hier vor allem die Juden) in Frage gekommen.¹³

Sowohl Selbständige als auch Angestellte sahen in der Arbeiterschaft den Hauptgegner im Kampf der Wirtschaftsinteressen, im Kampf ums Überleben. Jürgen Kocka hat festgestellt, daß der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten in Deutschland weit tiefer ausgeprägt war als in anderen Industriestaaten. Angestellte hatten eine »saubere« Arbeit und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auch bessere Aufstiegschancen, waren weisungsberechtigt und – auch das gilt lediglich für die ersten Jahre der Industrialisierung – kaum kündbar, bekamen – im Gegensatz zu Arbeitern – mit steigendem Alter mehr Geld. All das erklärt den sozial bedeutsamen

12 Siehe Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Göttingen 1981. S. 87; Jürgen Kocka: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Göttingen 1977. S. 17; Rainer Maria Lepsius: Extremer Nationalismus. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966; Karl Thalheim: Das soziale Schicksal der Mittelschichten. Leipzig 1932. S. 3, 6f.; Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1967 (Nachdruck von Stuttgart 1932); Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992. S. 29ff.

13 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Michael Schröter. Frankfurt am Main 1989. S. 14f.

Unterschied zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern, Kocka hat hier von einer »Kragenlinie« gesprochen.¹⁴ Die deutschen Angestellten fühlten sich als Beamte, nicht zufällig gründeten sie 1881 den *Pri-va-t-Beamten-Verein*.¹⁵ Schon nach dem Gründerkrach, spätestens aber mit Beginn des 20. Jahrhunderts entsprach dieses Selbstverständnis jedoch nicht mehr der Realität. Untere und mittlere Angestellte waren nun sehr wohl ersetzbar, die Schere zwischen Lohn und Gehalt wurde immer kleiner. Dies führte zu einer Beschwörung der »Kragenlinie«, zu einer sozialen Bewegung, die 1911 die Angestelltenversicherung erkämpfte. Die Sonderstellung des »neuen Mittelstandes« – obwohl objektiv gar nicht mehr vorhanden – war nun rechtlich fixiert, das Gesetz privilegierte die Angestellten gegenüber den Arbeitern. 1924 wurde die Regelung auf niedrigere Büroarbeiter ausgeweitet.¹⁶ Kocka zufolge galt in Weimar als Angestellter, wer als solcher versichert war. Einigendes Band seien das Bewußtsein und der Wunsch gewesen, nicht zu denen zu gehören, für die sich Beruf weitgehend in Klassenlage aufzulösen schien und deren wirtschaftliche Lage von proletarischer Unsicherheit gekennzeichnet war.¹⁷

Peter Lösche und Franz Walter, die die Entwicklung der »Kragenlinie« ähnlich beschrieben haben, machten die kaufmännischen Angestellten als Hauptträger dieser Abgrenzungs-Politik aus. Während sich die Mehrheit der technischen Angestellten während des Krieges in Richtung freigewerkschaftlich-sozialistisches Spektrum orientiert habe und dann dort geblieben sei, hätten die Handlungsgehilfen ihre ständischen Verhaltens- und Lebenseinstellungen nicht geändert. Das Gros der kaufmännischen Angestellten sei vor allem deshalb *national* gewesen, um sich vom *internationalen* Proletariat abzuheben.¹⁸ Ähnlich haben Lösche und Walter die Lage der Beamten gesehen. Wie die Handlungsgehilfen hätten auch sie ständische

14 Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Göttingen 1982. S. 7ff.

15 Ebenda. S. 76.

16 1911 lag die Versicherungspflicht-Grenze bei 5.000 Mark Jahresverdienst: Ebenda. S. 135.

17 Ebenda. S. 136ff.

18 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992. S. 11ff.

Denkmuster mitgebracht. Opportunistische Linksorientierung kurz nach der Revolution sei tiefer Feindschaft zur Sozialdemokratie gewichen, verstärkt noch durch den Personalabbau im öffentlichen Dienst 1923/24 (Die SPD galt als »Systempartei« schlechthin!¹⁹).²⁰

Wäre zwischen Arbeitern und Angestellten immerhin noch eine gewisse Arbeitnehmerverbundenheit denkbar gewesen, so waren die Interessen des alten Mittelstandes auch objektiv völlig andere. Ohnehin durch die Industrialisierung gefährdet, mußte ihnen jede sozialpolitische Forderung als existenzbedrohend erscheinen. Das Mißtrauen gegenüber der Sozialdemokratie wurde durch die Sozialisierungsversuche 1918/19 noch verstärkt. Die Inflation tat dann ein übriges, um die Furcht vor dem Verlust des Eigentums in der gesamten Weimarer Zeit wachzuhalten.²¹ Die Sehnsucht nach der guten alten Zeit hat Norbert Elias auch darauf zurückgeführt, daß es offizielle Politik des letzten Kaisers gewesen sei, Handel und Gewerbe zu fördern.²²

Rainer Lepsius hat den Nationalismus des alten Mittelstandes in der Weimarer Zeit mit überkommenen Moralvorstellungen begründet. In der vorindustriellen Gesellschaft hätten Handwerker und Kaufleute aus der Fähigkeit des Lesens und Schreibens den Anspruch abgeleitet, als lokale Kulturträger zu gelten, und sich als Verwalter der Normen gefühlt. Zu diesem Selbstbild habe – gewissermaßen als Gegenleistung für den Beitrag zum Wohl der Ordnung – das Recht auf nationale Geltung sowie auf eine »Mittellage« gehört, wobei letztere nicht einfach mit »Durchschnitt« zu übersetzen, sondern als »goldene Mitte« zu verstehen sei. Da sich der alte Mittelstand immer auf die Nation bezogen habe, sei ihm jeder Angriff auf die eigene Existenz als Bedrohung der Gesellschaft überhaupt erschienen.²³ Ziel sei es deshalb nicht gewesen, sich im Klas-

19 Siehe u. a. N. N.: Die Jugend von heute. In: NLZ 2(1922). Nr. 142 vom 24. Mai.

20 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992. S. 36f.

21 Siehe u. a. Peter Lösche, Franz Walter, Die SPD. Darmstadt 1992. S. 54f.; Karl Thalheim: Das soziale Schicksal der Mittelschichten. Leipzig 1932. S. 11.

22 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Michael Schröter. Frankfurt am Main 1989. S. 107.

23 Rainer Maria Lepsius: Extremer Nationalismus. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz

senkampf zu behaupten, vielmehr habe man die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen als Folge politischer Verhetzung bagatellisiert. Von dort sei es dann nicht mehr weit zu Verschwörertheorien (Marxismus, Judentum) gewesen.²⁴

Leipzig im Niedergang

Leipzig war zuallererst Handelsstadt. Obwohl seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Metallindustrie (1925: 48.673 Beschäftigte),²⁵ Textil- und Bekleidungsgerber (1925: 38.861),²⁶ Papier- und Druckindustrie (1925: 33.873) sowie – bedingt durch den verstärkten Braunkohleabbau – mehr und mehr auch die chemische Industrie (1925: 4.960) das Produktionsprofil der Stadt bestimmten,²⁷ beruhte Leipzigs Bedeutung auf dem Handel.²⁸ Jeder dritte Erwerbstätige (ohne Berufslose) wurde 1925 in der Wirtschaftsabteilung C (Handel und Verkehr) erfaßt²⁹, fast jeder fünfte Einwohner der Stadt lebte direkt vom Handel³⁰. Jede zweite Firma war ein Handelsbe-

1966. S. 13ff.

24 Ebenda. S. 11.

25 Beschäftigtenzahlen am 16. Juni 1925. Eisen- und Metallgewinnung: 5.668, Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren: 11.309, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau: 31.696. Siehe Hauptergebnisse der Betriebszählung in Leipzig. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. S. 96f.

26 Beschäftigtenzahlen am 16. Juni 1925. Textilindustrie: 14.671, Bekleidungsgerber: 24.190. Ebenda. S. 98ff.

27 Ebenda. S. 96ff.

28 Siehe u. a. Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993. S. 17; Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 14, 84.

29 Von 358.477 Erwerbstätigen in den Wirtschaftsgruppen A–F erschienen 115.463 unter C (32,2%). – Siehe Die Hauptergebnisse der Berufszählung in Leipzig am 16. Juni 1925 nach Berufsabteilungen und Berufsgruppen. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. S. 22ff.; Johannes Müller: Über den Einfluß der sozialen Struktur der sächsischen Großstädte Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen auf ihren Haushalt. Dresden 1930. S. 25.

30 Die Zählung vom 16. Juni 1925 erfaßte im Bereich »Handelsgewerbe« 128.532 Berufszugehörige, also Erwerbstätige plus Angehörige. Bei 679.159 Einwohnern liegt der Anteil damit bei 18,9%. Siehe Die Hauptergebnisse der Berufszählung

trieb, in der Stadt gab es in diesem Bereich 23.383 Unternehmen³¹, zwei Jahre nach der Inflation wohlgermerkt, die gerade die kleinen Selbständigen besonders getroffen hatte (Verlust des Vermögens, geringe Kaufkraft).³² Zahlen allein sagen aber nicht alles. Leipzig war *die* deutsche Messestadt, was nicht nur für das Selbstbewußtsein der Einwohner wichtig war, sondern auch für ihren Geldbeutel. Viele hatten in den Ausstellungswochen einen Nebenverdienst. Aber nicht nur die Messe prägte den Ruf Leipzigs. Im 19. Jahrhundert galt die Stadt als führend im Welt-Buchhandel und zugleich als Zentrum der internationalen Rauchwarenmärkte.³³

Diese Blütezeit war jedoch in der Weimarer Republik bereits Geschichte. »Das Leipzig von 1880 und das von 1920 sind nicht miteinander zu vergleichen«, schrieb Julius Heiland. »Das letztere läßt das erstere nicht mehr wiedererkennen.«³⁴ Der Stadt drohte, wie die »Leipziger Neuesten Nachrichten« Mitte der 20er Jahre feststellten, »das Schicksal, zur Provinz herabzusinken«.³⁵ Vor dem Weltkrieg hatte Leipzig nie dagewesene »goldene« Jahre erlebt. Die Einwohnerzahl hatte sich zwischen 1885 und 1910 – bedingt auch durch eine großzügige Eingemeindungspolitik – mehr als verdreifacht.³⁶ Als die Herbstmesse 1892 wegen einer Choleraepidemie aus-

in Leipzig am 16. Juni 1925 nach Berufsabteilungen und Berufsgruppen. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. S. 22ff.

- 31 Gewerbe in Leipzig überhaupt: 49.255. Ebenda.
- 32 In einem Band zur Geschichte Leipzigs heißt es, daß die Stadt während der Inflation zu den teuersten Orten in Deutschland zählte. Hier seien die Preise selbst dann gestiegen, wenn der Dollar sank oder stagnierte. Im Strudel der Inflation seien viele Klein- und Mittelbetriebe versunken. Siehe Autorenkollektiv: Leipzig. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1978. S. 70.
- 33 Siehe u. a. Leipzigs Genius. Genügsamkeit und Zähigkeit, Fleiß und Unternehmerlust. In: 800 Jahre Leipzig. Stadt der Zukunft. LNN–MR 20(1965) Sonderausgabe.
- 34 Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 79.
- 35 N. N.: Warum ist Leipzig keine Weltstadt geworden? In: LNN 34(1926). Nr. 324 vom 23. November.
- 36 Entwicklung der Einwohnerzahl. 1885: 170.000, 1890: 357.000, 1910: 613.940. Siehe Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 7ff. – Allein zwischen 1889 und 1892 wurden 17 Vororte eingemeindet, bei einer zweiten »Welle« (1909/10) kamen noch einmal sieben dazu. Siehe Friedrich Oertel: Das Problem Groß-Leipzig und die Eingemeindungsfrage in Leipzig. Leipzig 1920.

fiel und andere Städte Ansprüche stellten, reagierte Leipzig, schuf die Mustermesse und sicherte so die Zukunft der Ausstellungen. Überall in der Stadt wurde nun gebaut: Reichsgericht, Städtisches Kaufhaus, Neues Rathaus, Handelshof, Stadthaus, Leihhaus und Stadtbad, dazu fast 20.000 Wohnungen allein zwischen 1910 und Weltkriegsbeginn. Das Jahr 1913 schließlich wurde nicht nur wegen der Einweihung von Hauptbahnhof und Deutscher Bücherei zum Jubeljahr: Internationale Bauausstellung, im Juni Luftschiffhafen-Fest, im Juli Deutsches Turnfest und am 18. Oktober schließlich die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals, für Julius Heiland »der glanzvollste Tag in der Geschichte Leipzigs« überhaupt.³⁷

1914, im Jahr der Bugra, der großen Buchausstellung, geplant als »Emporium des Buchhandels für die ganze Erde« (Heiland)³⁸, riß der Faden. Der Welthandel brach zusammen, und auch der Neubau der Technischen Messe nach dem Krieg und die steigenden Ausstellerzahlen Mitte der 20er Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das Leipziger Parodestück nie von diesem Schlag erholte. Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler klagte 1932 über den »Marsch« der Industriestaaten in die Autarkie. Leipzig, die Stadt, »über die mannigfache Fäden des Welthandels liefen und laufen«, sei mit dem Gewebe wirtschaftlicher Tatsachen und Entwicklungen vollkommen verflochten. Deshalb habe sie die Stagnation des internationalen Austauschs nach dem Krieg weit empfindlicher getroffen als reine Industrie- und auch als die südwestdeutschen Großstädte, die stärker vom Binnenhandel lebten.³⁹

Dazu kam, daß der Brühl nach der Oktoberrevolution zeitweise seinen Hauptlieferanten verlor. Vor dem Krieg gingen vier Fünftel der russischen Pelzausfuhr über Leipzig, diese Quelle war es in erster Linie, der die Stadt ihren Ruf in der Rauchwarenbranche zu verdanken hatte. Es dauerte immerhin fünf Jahre, bis die Sowjetunion erstmals auf der Leipziger Messe ausstellte, eine Zeit, die die Konkurrenz in London und anderswo nutzte. Daß diese Entwick-

37 Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 54.

38 Ebenda.

39 Carl Friedrich Goerdeler: Unsere Aufgabe 1932. In: LNN 40(1932). Nr. 111 vom 20. April.

lung an den Leipzigern nicht spurlos vorbeiging, läßt sich vielleicht daran ermessen, daß am 20. April 1922 30.000 Menschen vor dem Reichsgericht den Rapallo-Vertrag feierten.⁴⁰

Auch das dritte Leipziger Flaggschiff, der Buchhandel, verlor an Fahrt. Zum einen litt das Druckgewerbe in der Nachkriegszeit und dann wieder während der Weltwirtschaftskrise unter erheblichen Absatzproblemen, auf »entbehrliche« Waren wurde in den Jahren der Not zuerst verzichtet.⁴¹ Zum anderen schickten sich Berlin und München an, Leipzig zu überholen. In Berlin erschienen Mitte der 20er Jahre sechsmal soviele Zeitschriften wie in Leipzig, die großen Buchdruckerverbände siedelten in die Hauptstadt über, der Börsenverein des Buchhandels eröffnete dort eine Außenstelle. Der Anteil der Händler, die in Leipzig keinen Kommissionär hatten (vor dem Krieg die absolute Ausnahme), lag 1926 schon bei 12 Prozent.⁴²

Der Verlust von internationalen Führungspositionen⁴³ ließ die unglückliche geographische Lage der Stadt und ihre politische Bedeutungslosigkeit stärker ins Bewußtsein rücken. »In eine Ecke seines Landes eingeklemmt«, schrieben die LNN 1926, müsse der Leipziger ständig erleben, daß sich in unmittelbarer Nachbarschaft die preußischen Interessen durchsetzten, während er von seiner Hauptstadt schon deshalb nicht unterstützt werde, weil man Leipzig in Dresden nicht besonders grün sei.⁴⁴ Beispiele lassen sich allein aus dem Bereich Verkehr genügend anführen: Der Flughafen wurde in Schkeuditz und nicht in Mockau gebaut, Leipzig, obwohl Verkehrsknotenpunkt ersten Ranges, bekam keine Reichsbahndirektion, den Hauptbahnhof »teilten« sich vielmehr eine sächsische

40 Autorenkollektiv: Leipzig. Geschichte der Stadt. Berlin 1978. S. 68.

41 N. N.: Die Buch- und Druckstadt. In: LNN 38(1930). Nr. 80 vom 21. März; N. N.: Mitteldeutsche Wirtschaftszentren. Der Einfluß des Krisenjahres 1931. In: LNN 39(1931). Nr. 359/361 vom 25./27. Dezember.

42 N. N.: Warum ist Leipzig keine Weltstadt geworden? In: LNN 34(1926). Nr. 324 vom 23. November.

43 Siehe hierzu auch Leipzigs Genius. Genügsamkeit und Zähigkeit, Fleiß und Unternehmerlust. In: 800 Jahre Leipzig. Stadt der Zukunft. LNN-MR 20(1965). Sonderausgabe.

44 Ebenda.

(Dresden) und eine preußische Behörde (Halle), und eine Direktverbindung in das praktisch vor der Haustür gelegene Industriegebiet Merseburg gab es Ende der 20er Jahre immer noch nicht. Deshalb verwundert es nicht, daß sich das Rathaus um eine Verwaltungsreform bemühte, ein Land »Mitteldeutschland« mit der Hauptstadt Leipzig vorschlug.⁴⁵

Das sozialdemokratische Milieu

Der Niedergang der Stadt mußte die im Bürgertum (kleine Selbständige, kaufmännische Angestellte!) ohnehin vorhandene Tendenz, die Republik abzulehnen und in der Arbeiterbewegung den Hauptgegner zu sehen, noch verstärken. Die »marxistische Gefahr« war für den Leipziger Gewerbetreibenden zudem nichts Abstraktes. In der Sozialdemokratie der Stadt dominierte die unabhängige Richtung, die USP/MSP-Mehrheit im Stadtparlament beschloß 1919, unter anderem Fleischereien und Schornsteinfeger-Firmen zu sozialisieren, Lebensmittelgeschäfte wurden in der Nachkriegszeit bei Arbeiterunruhen geplündert.

Wenn Oberbürgermeister Rothe von zwei »Lagern« in Leipzig sprach, hatte dies noch aus anderen Gründen seine Berechtigung. Peter Lösche und Franz Walter haben das Dilemma der Weimarer Republik darin gesehen, daß die Sozialmilieus einander mißtrauten, sich gegeneinander abriegelten und schließlich bekämpften. Während Beamte und Angestellte sich ständischem Dünkel hingeeben und Kleinbesitzer spezifische Interessen verfolgt hätten, habe die Sozialdemokratie angesichts sozialpolitischer Rückschläge Mitte der 20er Jahre ihre »bewährte« Agitation verstärkt und sich in die »Wagenburg des proletarisch-sozialistischen Milieus« zurückgezogen. Von einer Annäherung beider Seiten könne deshalb keine Rede sein.⁴⁶

45 Siehe u. a. Leipzig und Mitteldeutschland. Denkschrift für Rat und Stadtverordnete. Hrsg. von Walter Leiske. Leipzig 1928; Mitteldeutschland. Presse-Spiegel der Leipziger Denkschrift. In: Schriftenreihe des Rats-Verkehrsamtes Leipzig. Nr. 14. 1929.

46 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992. S. 27ff.

Zwar hat Helmut Klages den Beginn der Milieu-Auflösung bereits ins ausgehende 19. Jahrhundert datiert⁴⁷, in Leipzig aber gab es bis zum Ende der Weimarer Republik ein Netz von sozialdemokratisch orientierten Freizeit-, Kultur- und Sportvereinen, das in Deutschland seinesgleichen suchte. In der Stadt stand das größte Volkshaus der deutschen Arbeiterbewegung, der Arbeiter-Turn- und Sportbund hatte in Leipzig seinen Sitz und eröffnete hier 1926 eine große Bundesschule mit Turnhallen, Schimmbecken und Übungsräumen. Arbeiter-Bildungs-Institut, Interessengemeinschaft für die Arbeiterkultur und Volkshochschule boten Vorträge, Lesungen, verbilligte Konzerte, Theater- und Kinoveranstaltungen an, außerdem gab es zahlreiche Chöre und Laienbühnen.⁴⁸ All das begründete Leipzigs Ruf als »sozialdemokratische Kulturhochburg«. Franz Walter hat festgestellt, daß die SPD nur überall da, wo sie Teil und Mittelpunkt eines komplex verknoteten Milieus war, wo sie sich nicht nur als Partei, sondern als »rote Gegenkirche« präsentierte, bis zum Ende der Weimarer Republik stabile Wahlergebnisse erreichen konnte.⁴⁹ In Leipzig war dies der Fall.⁵⁰ Julius Heiland, Beobachter vor Ort, klagte schon Anfang der 20er Jahre über die Abschottung der »Stände«. Jeder gehe gesondert seinen Interessen nach, die wirtschaftliche Gegnerschaft wirke sich hemmend auf das gesellige Leben in der Stadt aus.⁵¹

Ein starkes katholisches Milieu, das diese Lagerbildung hätte aufweichen können, fehlte in Leipzig ebenso wie ein ländliches Milieu.⁵² Nicht einmal drei Prozent der Einwohner bekannten sich bei

47 Helmut Klages, Gerhard Franz, Willi Herbert: Sozialpsychologie der Wohlfahrts-gesellschaft. Frankfurt am Main, New York 1987. S. 10.

48 Siehe u. a. Autorenkollektiv: Leipzig. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1978. S. 74ff.; Franz Walter: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemo-kratie? In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 2/1991. S. 229; Dieter Rink, Ro-bert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993. S. 63f.

49 Franz Walter, Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie? In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 2/1991. S. 218.

50 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

51 Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921. S. 95.

52 In der Statistik vom 16. Juni 1925 erscheinen in der Wirtschaftsabteilung A

der Volkszählung 1925 zur römisch-katholischen Kirche, selbst die Gruppe der Atheisten war da weit größer (fast 9 Prozent).⁵³ Eine katholische Subkultur, die verschiedene soziale Schichten hätte vereinen können im Kampf um die Anerkennung des Glaubens, konnte da nicht entstehen, das, was Rainer Lepsius als Überformung von Einzelinteressen durch Milieuinteressen beschrieben hat,⁵⁴ war in Leipzig nicht möglich. Bei den Protestanten waren religiöse und nationale Identifikation unmittelbar verbunden.⁵⁵

2.2 *In der Tendenz richtig*

Sicher war das Leipziger Bürgertum kein einheitlicher Block aus Republikgegnern und Marxistenhassern. In der Stadt lebten in der Weimarer Zeit mehr als 12.000 Juden⁵⁶, es gab rund 1.600 jüdische Geschäfte und Betriebe⁵⁷, der »Einheitsverband sozialistischer Unternehmer«⁵⁸ hatte in Leipzig seinen Sitz und hier auch eine der stärksten Ortsgruppen⁵⁹, und der Leipziger Lehrerverein war – wie

(Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei) nur 3.833 Berufszugehörige überhaupt. Siehe Die Hauptergebnisse der Berufszählung in Leipzig am 16. Juni 1925 nach Berufsabteilungen und Berufsgruppen. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. S. 22. – Die allgemeine »Landflucht« während des Krieges und der Inflation war im Leipziger Raum durch den – schollenvernichtenden – Kohleabbau noch verstärkt worden. Siehe u. a. N. N.: Arbeitsbeschaffung – Siedlung – Arbeitsdienst. In: LNN 40(1932). Nr. 124 vom 3. Mai.

- 53 Leipziger Bevölkerung am 16. Juni 1925 nach Religionsgruppen, evangelische Kirche: 575.193, römisch-katholische Kirche: 18.351, ohne: 59.377, Israeliten: 12.594. Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. Leipzig 1928. S. 19.
- 54 Rainer M. Lepsius: Extremer Nationalismus. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966. S. 31ff.
- 55 Ebenda. S. 37.
- 56 Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. Leipzig 1928. S. 19.
- 57 Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993. S. 22.
- 58 Ab 1926: Einheitsverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender und sonstiger freier Berufe.
- 59 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992. S. 53.

diese Organisation der Volksschullehrer in Sachsen überhaupt – SPD-nah⁶⁰. Aber dennoch, die Haltung der »Leipziger Neuesten Nachrichten« entsprach zumindest in der Tendenz dem Denken einer Mehrheit der Leipziger Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten. Otto Groth war der Meinung, daß der größte Teil der Abonnenten eine Zeitung »aus gleichen Anschauungen und Interessen heraus« wählt⁶¹, und Wilhelm Carle, der sich in der Weimarer Zeit mit dem Verhältnis von Weltanschauung und Presse beschäftigt hat, kam zu dem Schluß, daß selbst die politische Presse nur dort eine einheitliche Haltung zum Ausdruck bringen könne, wo eine homogene Leserschicht dies gestatte.⁶² Man mag den »Neuesten Nachrichten« Schwanken von Partei zu Partei oder Geschäftstüchtigkeit vorwerfen, das Blatt ließ weder an seinem Nationalismus einen Zweifel noch daran, daß es die Interessen des Bürgertums vertrat, Interessen, die vor allem in Abgrenzung zu den Zielen der Arbeiterbewegung definiert wurden.

Stolperstein NSDAP?

Hier liegt vielleicht auch der Schlüssel für mögliche – Verlagsangaben, die dies bestätigen, liegen nicht vor – Auflagenverluste zu Beginn der 30er Jahre. Die Nationalsozialisten paßten nicht in das Grabenbild der LNN. Das Blatt sah in der Partei einen Verbündeten des Bürgertums, es wäre aber verwunderlich, wenn der Leipziger Gewerbetreibende dem Autarkie-Streben Hitlers und dessen sozialer Argumentation vorbehaltlos zugestimmt hätte. Das einerseits (Ja zu Hitler), andererseits (aber erst, wenn er sich »einfügt«) des Blattes spiegelte wider, daß es die von den LNN beschworenen »gemeinsamen bürgerlichen Interessen« so nicht mehr gab, und dürfte sowohl unter Anhängern als auch Gegnern der Nationalsozialisten Leser gekostet haben. Sieht man mit Otto Groth das Abonnement als

60 Ebenda. S. 36, 39.

61 Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 95.

62 Wilhelm Carle: Weltanschauung und Presse. Leipzig 1931. S. 181.

»eine Art Vertrauensverhältnis«⁶³, dessen Kündigung einigen Ärgers bedarf und demzufolge eine gewisse Zeit dauert, steht zumindest die Frage, ob die »Leipziger Neuesten Nachrichten« bei einem anderen Verlauf der Geschichte auch 1940 noch das erste Blatt der Stadt gewesen wären.

Warum »Neueste Nachrichten« und nicht »Neue Leipziger«?

Natürlich wird nicht jeder Leser die LNN wegen deren politischer Haltung gekauft haben, mancher möglicherweise sogar trotz dieser Haltung. Im Organ des Verlegerverbandes wurde 1930 nach einer Befragung von 61 (!) Personen behauptet, daß beinahe die Hälfte aller Abonnenten überhaupt nicht sagen könnte, warum sie eine bestimmte Zeitung lesen.⁶⁴ Ein paar Seiten weiter standen allerdings sehr wohl Gründe für die Wahl eines Blattes. Die Menschen würden sich weniger für die Scheinwelt der Politik und das Schwelgen in unkontrollierbaren Sensationsmeldungen interessieren, sondern für das, was in ihrem Umfeld passiere: Hochzeit und Tod, sozialer Aufstieg und Berufserfolg.⁶⁵ Die »Inseratenplantage« der »Leipziger Neuesten Nachrichten« kam diesem Bedürfnis genauso entgegen wie der Lokalteil des Blattes. Der Leser fand in den LNN nicht nur weit mehr Anzeigen als bei der Konkurrenz (wieviel sagen gerade An- und Verkauf-Annoncen über Nachbarn und Bekannte!), sondern auch mehr »Personalien« und mehr Kommunalpolitik.

Die »Neue Leipziger Zeitung« kam aus der ungeliebten Preußenhauptstadt (später dann sogar aus Prag!) und war außerdem »modern«. Sie brachte viel Sport und Sensationen, Bilder und größere Überschriften, alles Dinge, an die die Stadt nicht gewöhnt war. Hans Reimann hat über die »Herzensträgheit und Konservativität«

63 Otto Groth: Die Zeitung. Bd 1. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 128f.

64 W. Moede: Zur praktischen Psychologie des Zeitungslesers. In: ZV 31(1930). Der Leser und seine Zeitung. Festaussgabe zur Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Bochum am 27. Mai 1930. S. 7.

65 K. Busse: Die Flucht aus dem Alltag. Zur Soziologie des Durchschnittslesers. Ebenda. S. 15.

der Leipziger ein Klagelied gesungen. Im Theater würden sie nicht klatschen, moderne Musik überhaupt ablehnen und ansonsten auf dem Standpunkt stehen: »Mai guhdes Essen – mai scheenes Bädde – geene Krankhaid – unn a bißjn Radjoh – da bin ich glicklich!«⁶⁶ Und da sollte sich eine – nicht nur dem Namen nach – neue Zeitung durchsetzen?

Dazu kommt, daß die Verkehrsverhältnisse in der Stadt keineswegs dazu angetan waren, ein Blatt zu fördern, das auch mit Blick auf den »schnellen« Leser gemacht wurde. Wer mit der Straßenbahn zur Arbeit wollte, mußte immer erst ins Zentrum, zudem waren die Tarife hoch. Da in der Stadt – anders als beispielsweise in Berlin – alles dicht beieinander liegt und es keine nennenswerten Steigungen gibt, wurde Leipzig zur Radfahrerstadt Nummer eins in Sachsen⁶⁷, und Hans Reimann meinte, die Fahrradhändler würden schon überlegen, der Außenbahn ein Denkmal zu errichten⁶⁸.

Die Wahlergebnisse der DDP zeigen außerdem, daß sich die Zahl der Republikanhänger – und das war die »Neue Leipziger« erklärtermaßen – im Leipziger Bürgertum in Grenzen hielt.⁶⁹ Die Zeitung fand denn auch mehr Leser in den sozialen Unterschichten als in der Oberklasse, das »Leipziger Tageblatt« dagegen, ebenfalls republikanisch, aber eine Elitezeitung ohne Zugang zur Arbeiterschaft, wurde Ende 1925 eingestellt.

Daß sich in der Stadt der *zwei* Lager letztlich *drei* große Zeitungen behaupten konnten, ja mehr noch, daß die »Neue Leipziger Zeitung«, die für keine der beiden Seiten Partei ergriff, sondern sich als Vermittlerin verstand, die Auflage des SPD-Organs »Leipziger Volkszeitung« (LVZ) deutlich übertraf, lag möglicherweise an der Linksorientierung der Leipziger Sozialdemokratie und ihres Blat-

66 Hans Reimann: Leipzig. Was nicht im Baedeker steht. München, Leipzig 1929. S. 177.

67 Diese Angabe beruht auf einer Statistik der Radsportverbände für das Jahr 1929. Siehe N. N.: Mit dem Rade rund um Leipzig. In: LNN 38(1930). Nr. 257 vom 14. September.

68 Hans Reimann: Leipzig. Was nicht im Baedeker steht. München, Leipzig 1929. S. 20.

69 Siehe Wahlergebnisse im Tabellenanhang.

tes. Die Partei hatte in der Stadt 25.000 Mitglieder.⁷⁰ Die Auflage der LVZ lag Jürgen Schlimper zufolge bei 45.000⁷¹ und war damit nicht viel größer, obwohl das Blatt auch außerhalb verbreitet wurde. Hat Klassenkampf-Rhetorik all die abgeschreckt, die der Partei zwar nahestanden, in den Vereinen mitmachten und SPD wählten, aber sonst mit der Politik wenig am Hut hatten? Ging Parteipolemik über Lesernähe?⁷² Andererseits: Zog nicht die klare Abgrenzungspolitik der »Leipziger Neuesten Nachrichten« zwangsläufig eine entsprechende Antwort der Gegenseite nach sich? Aufschluß kann hier erst eine Untersuchung der »Leipziger Volkszeitung« bringen, offensichtlich aber ist, daß es der LVZ nicht gelang, in das sozialdemokratisch geprägte Milieu vorzudringen. Diese Lücke nutzte die »Neue Leipziger Zeitung«.

Die vorstehenden Überlegungen können selbstverständlich nur *Tendenzen* aufzeigen. Es soll daraus keineswegs geschlußfolgert werden, daß jeder Ladenbesitzer, der Volkspartei wählte, die »Neuesten Nachrichten« im Hause hatte, und umgekehrt alle Juden und alle, die die SPD sympathisch fanden, aber nicht gleich eintreten wollten, die »Neue Leipziger« lasen. Jeder wird seinen persönlichen Grund gehabt haben (und sei es nur, daß er einen Redakteur kannte oder daß seine Frau auf die Romane stand), und mancher vielleicht auch gar keinen. Festzuhalten jedoch ist, daß die Strukturen des Kommunikationsraums Leipzig ein Blatt wie die »Leipziger Neuesten Nachrichten« begünstigten.

Die LNN hatten – und wenn es denn ein »Geheimnis« um den Erfolg dieser Zeitung gibt, dann ist es dies – den kleinsten gemeinsamen Nenner weiter Teile des Bürgertums gefunden. Das Blatt vertrat ohne Wenn und Aber eine Politik des nationalen Wiederaufstiegs, blieb zum Staat von Weimar auf Distanz und betonte immer

70 Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993. S. 64.

71 Vernachlässigt man die Leser außerhalb Leipzigs, kamen damit auf ein Parteimitglied 1,8 LVZ-Exemplare. Jürgen Schlimper sagte mir, daß dieses Verhältnis im Vergleich mit anderen SPD-Blättern jener Jahre ein relativ gutes gewesen sei.

72 Siehe auch Jürgen Schlimper: Thesen zur Entwicklung der LVZ vor 1945. Unveröffentlichtes Manuskript. Leipzig 25.10.1994.

wieder die »Kragenlinie« zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, ohne einen Zweifel daran zu lassen, auf welcher Seite es stand. Dies erklärt, warum es den LNN gelingen konnte, weit über Leipzig hinaus zum Statussymbol der sozialen Oberschichten zu werden.

3. Das Ende der kleinen bürgerlichen Blätter

3.1 *Der Leipziger Amtsblattstreit*

Die Verarmung der bürgerlichen Presselandschaft Leipzigs in den 20er Jahren war dennoch keineswegs programmiert. Natürlich – wenn schon ein Blatt wie die »Neue Leipziger Zeitung« mit einer Auflage von immerhin 100.000 Exemplaren Schwierigkeiten hatte, gegen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« zu bestehen, mußte dies erst recht für »Leipziger Tageblatt«, »Leipziger Allgemeine« und »Leipziger Zeitung« gelten. Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Krieg – Papierverknappung, Geldentwertung, Not der Bevölkerung und die dadurch ständig größer werdende Spanne zwischen Rohstoffpreisen und Einnahmen – ließ kleinen Verlegern kaum eine Chance. In Deutschland wurden in dieser Zeit mehr als 1.000 Blätter eingestellt. Ludwig Bernhard hat rückblickend drei Wege beschrieben, auf denen die Zeitungen durch die Inflation kommen konnten: ins Ausland verkaufen, Valutakredite aufnehmen oder aber Papiermarkkredite, um diese in wertbeständigen Rohstoffen anzulegen. Daß die großen Verlage viel leichter an diese Mittel herangekommen seien, habe die Konzentrationstendenz noch verstärkt.⁷³

Trotzdem gelang es in keiner anderen Stadt vom Range Leipzigs der führenden Zeitung, alle bürgerlichen Konkurrenten zum Aufgeben zu bringen. Außerdem verkauften Paul Kürsten und Peter

73 Ludwig Bernhard: Der »Hugenberg-Konzern«. Berlin 1928. S. 78f. – Siehe auch Otto Groth: Die Zeitung. Bd. 3. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 133; Franz Sielemann: Konzentrationsbewegungen im Zeitungsgewerbe. München 1927. S. 62f.

Reinhold ihre Verlage schon 1921 an Ullstein, zu einem Zeitpunkt also, da die größten Probleme erst noch kommen sollten.

Den entscheidenden Anstoß dazu gab die sächsische Volkskammer. Das Parlament beschloß 1920, das Amtsblatt-Wesen abzuschaffen, und wies die Gemeinde-Behörden an, Anzeigen nur noch dem Blatt mit der höchsten Auflage im Ort zu bezahlen. Dies war das Aus für die kleinen Leipziger Blätter. Daß der Leipziger Rat sich lange gegen den Volkskammer-Beschluß wehrte, verhalf dem »Leipziger Tageblatt« immerhin zu einem kurzen Leben nach dem Tod.

Der Wert der Bekanntmachungen

Der Streit um die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt ist aus heutiger Sicht zunächst nicht ganz nachzuvollziehen. Natürlich, es war in gewisser Weise ein Muß für die Zeitungen, die Rathaus-Nachrichten zu bringen, schließlich brauchten die Leute die entsprechenden Informationen. Die Amtsblätter erhielten diese vor der Novemberrevolution früher als die Konkurrenz und für deren Veröffentlichung auch noch Geld aus der Stadtkasse. Trotzdem – die Herausgeber der großen Zeitungen legten zunächst nicht unbedingt Wert auf den Amtsblatt-Titel. Zum einen verlangten die Städte für ihre Anzeigen hohe Preisnachlässe, in Leipzig waren zum Beispiel 50 Prozent üblich. Der Platz ließ sich besser nutzen, wenn es gelang, genug Annoncenkunden zu gewinnen. Diesem Ziel stand eine amtliche Stellung auch auf andere Weise im Wege. Nicht ohne Grund sahen die politisch Interessierten in den Amtsblättern keineswegs das Ideal einer unabhängigen Zeitung. Dies drückte natürlich Leserzahl und damit Verlagsgewinn. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß in den sechs größten sächsischen Städten vor dem Krieg Nicht-Amtsblätter den Pressemarkt beherrschten. Vorteile brachte der Amts-Status nur auf dem Lande und in Kleinstädten.⁷⁴

Während des Krieges änderte sich das. Die verschiedenen Behörden produzierten nun eine wahre Nachrichten-Flut. Nicht nur

74 Ernst Böhm: Die Neuregelung des Amtsblattwesens (4 Teile). In: Sächsische Staatszeitung 8(1921). Nr. 274ff. vom 25. bis 29. November.

die Zahl der Bekanntmachungen stieg, diese Mitteilungen bestimmten auch mehr und mehr den Lebensrhythmus der Bevölkerung (Nahrung, Brennstoffe!). Andere Anzeigen dagegen waren jetzt weit schwerer zu bekommen, zudem schränkten Papiermangel und Zensur die Möglichkeiten der Journalisten ein. Für die meisten Blätter wurde es zur Existenzfrage, die Amtsnachrichten zur gleichen Zeit wie die Konkurrenz zu drucken.

Ein Volkskammer-Beschluß

Den Einfluß der Behörden auf die Presse einzuschränken und parteipolitische Rücksichten bei der Wahl der Amtsblätter auszuschalten – diesem Ziel fühlte sich offenbar die sächsische Volkskammer nach der Novemberrevolution verpflichtet. Mitte 1920 wurde den Zeitungen untersagt, im Kopf die Bezeichnung »Amtsblatt« zu führen und mit diesem Titel zu werben.⁷⁵ Im Dezember ging dann an die Gemeinde-Behörden die Anweisung, Anzeigen nur noch einem Blatt zu bezahlen, allen anderen aber zur gleichen Zeit zuzustellen. Es liege dann im Ermessen der Verlage, diese unentgeltlich abzudrucken. Begründet wurde dies mit der gebotenen Sparsamkeit.⁷⁶ Welches Blatt für die Anzeigen kassieren durfte, war für die Staatskanzlei klar: das mit der jeweils höchsten Auflage am Ort (um größtmögliche Verbreitung zu gewährleisten), wenn es denn die Grenzen loyaler Opposition nicht verläßt.⁷⁷ Entsprechende Erkundigungen hatte man gleich nach dem Kapp-Putsch eingeholt: Der Leipziger Rat wurde um vertrauliche Berichte über die Haltung der Zeitungen gebeten, »soweit diese erkennbar gegen die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung [...] Stellung genommen haben«.⁷⁸

75 Die Staatskanzlei beruft sich in einem entsprechenden Schreiben an den Leipziger Rat auf die Verordnung Nr. 794 vom 28.7.1920. Siehe Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 69.

76 Sächsisches Gesetzblatt 1920. 30. Stück. Nr. 155. Verordnung über die amtlichen Bekanntmachungen vom 6.12.1920.

77 Siehe die entsprechenden Vorschläge der Staatskanzlei für die Leipziger Region. Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 96.

78 Beschluß der Kreishauptmannschaft Leipzig vom 1.4.1920. Amtsblätter betref-

Für Leipzig war der Fall damit eigentlich entschieden. Die Auflage der »Leipziger Neuesten Nachrichten« war so hoch wie die aller anderen Blätter der Stadt zusammen. Und während der Kapp-Tage hatte sich die Zeitung nach Auffassung der Regierenden nicht zu weit aus dem Fenster gelehnt. Oberbürgermeister Rothe schrieb in seinem Bericht, daß die Zeitung weder für noch gegen die Kapp'schen Ziele eingetreten sei, obwohl man nach ihrer sonstigen politischen Haltung hätte erwarten können, daß sie den Umsturz sofort begrüßen würde.⁷⁹

Dennoch: Das Leipziger Stadtoberhaupt weigerte sich, die Anweisung aus Dresden umzusetzen. Obwohl Ministerpräsident Buck (SPD) sogar persönlich versuchte, Rothe umzustimmen,⁸⁰ dauerte es fast zwei Jahre, bis sich die »Leipziger Neuesten Nachrichten« mit dem Amtsblatt-Titel schmücken konnten.

Amtsblattpolitik des Leipziger Rates

Vor der Novemberrevolution hatte der Leipziger Rat zwei Amtsblätter. Das »Leipziger Tageblatt« erhielt vor allem die Anzeigen, die für das Stadtgebiet bestimmt waren; die »Leipziger Allgemeine Zeitung« hingegen, die einen Großteil ihrer Leser in den Vororten fand, die Bekanntmachungen, die das Umland betrafen. Die Entwicklung des Leipziger Pressemarktes nach der Jahrhundertwende ließ diese Regelung zum Anachronismus werden. Die Leipziger lasen die »Neuesten Nachrichten« – die Mitteilungen des Rates aber standen in Zwerg-Blättern. Einfach zu wechseln, verbot sich aber in den Augen der Stadtväter. Schließlich verdankte das Herfurth-Blatt einen Teil seiner Popularität dem respektlosen Auftreten gegenüber den Behörden. Andererseits hatten die »Neuesten Nachrichten« In-

fend (vertraulich). Ebenda. Bl. 63.

79 Ebenda. Bl. 64.

80 Bei der Eröffnung der Landwirtschaftsausstellung am 16. Juni 1921 verhandelten die Ehrengäste Buck und Rothe über die Amtsblattfrage. Der SPD-Politiker verlangte erregt und eindringlich, daß Leipzig endlich den Volkskammer-Beschluß umsetzt. Siehe Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 110.

teresse an den Amtsnachrichten – weniger wegen der möglichen Einnahmen, als vielmehr aus Konkurrenzgründen. Das Blatt bot mehr Lesestoff und mehr Anzeigen als die anderen Zeitungen der Stadt zu gleichem oder geringerem Preis. Wer sollte noch Tageblatt oder Allgemeine lesen, wenn diese das Bekanntmachungs-Privileg verlieren würden?

Heiligabend 1910 einigte sich der Rat der Stadt mit Edgar Herfurth über die »Spielregeln« beim Abdruck von Amtsnachrichten in den »Neuesten Nachrichten«. ⁸¹ Das Abkommen spiegelte den Zwiespalt des Rates. Das Blatt sollte nur die Anzeigen erhalten, die »von allgemeinem Interesse« waren, wobei sich der Rat hier ausdrücklich vorbehielt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, und außerdem eine halbjährige Kündigungsfrist in den Vertrag einbaute. Die »Neuesten Nachrichten« gaben wie die Amtsblätter 50 Prozent Rabatt auf ihren Zeilenpreis, zuzüglich zehn Prozent Umsatzprovision am Jahresende – ein Zugeständnis, das der Verleger in den kommenden Jahren mehrmals rückgängig zu machen versuchte. ⁸² Wichtiger als die Rabatt-Frage war für Herfurth aber wohl, daß er von nun an auch die offiziellen Mitteilungen des Rates zur gleichen Zeit wie Tageblatt und Allgemeine erhielt. Daß der Vertrag eine ganze Weile geheim blieb, ist ein weiteres Indiz dafür, daß der Leipziger Rat keineswegs glücklich mit der neuen Situation war. Trotz Sonderrabatt und lediglich »inoffiziell« Amtsblatt-Status kassierten die »Neuesten Nachrichten« in den ersten zehn Monaten des Jahres 1911 bereits mehr Geld von der Stadt als die eigentlichen Amtsblätter. ⁸³

Beide Partner drohten im kommenden Jahrzehnt mehrmals mit der Scheidung. Herfurth verbat sich Anzeigen für die Seite eins ⁸⁴, kämpfte wie gesagt ständig um bessere finanzielle Bedingungen, die

81 Stadtarchiv Leipzig, Kapitel 74, Nr. 33, Bl. 42.

82 Siehe Schreiben an den Rat vom 19.2.1915, 27.4.1917, 9.6.1917, 27.7.1917, 19.12.1917. Ebenda, Bl. 90, 104, 108, 121f.

83 Rechnungsamt 24.11.1911. In: Stadtarchiv Leipzig, Kap. 74, Nr. 43, Bd. 1, Bl. 103. – Die »Neuesten Nachrichten« erhielten danach vom 1.1. bis 31.10.1911 für Bekanntmachungen 5.981 Mark, das Tageblatt 4.720, und die »Allgemeine« 5.740 (1910: LNN 2.759, LT 6.299, LAll 7.292).

84 Stadtarchiv Leipzig, Kap. 74, Nr. 33, Bl. 90.

Stadt ihrerseits warf dem Blatt häufig Unbotmäßigkeit vor, kündigte den Vertrag sogar zwischenzeitlich.⁸⁵ Dennoch, die Ehe hielt auch, als in der Stadt im November 1918 das Gerücht umlief, die »Neuesten Nachrichten« wären beim Arbeiter- und Soldatenrat vorstellig geworden und hätten angeboten, sich ganz in den Dienst der Revolution zu stellen. Die Stadtväter sprachen zwar von einer »unwürdigen Haltung«, Ratsmitgliedern wurde sogar für eine Weile untersagt, Aufsätze an die Redaktion zu geben, aber den Vertrag zu lösen, trauten sie sich nicht: Dies sei leider wegen der hohen Auflage der »Neuesten Nachrichten« nicht möglich.⁸⁶ Diese interne Feststellung hinderte den Rat nicht, nach außen mit Kündigung zu drohen und die Situation zu nutzen, um von Herfurth eine Loyalitätserklärung zu erlangen. Der Verlag verpflichtete sich, nichts zu veröffentlichen, was den Interessen der Stadt zuwiderlaufen könnte, und im Zweifelsfall stets die Ansicht der Behörde einzuholen.⁸⁷

Als mit der Bekanntmachungsverordnung der sächsischen Volkskammer alle Voraussetzungen gegeben waren, das Amtsblatt-Chaos in Leipzig zu beenden, weigerte sich der Rat, den »Neuesten Nachrichten« sein endgültiges Ja-Wort zu geben, und beharrte darauf, die Mitteilungen wie gehabt im Tageblatt zu veröffentlichen.

Aus für die »Leipziger Allgemeine Zeitung«

Die »Leipziger Allgemeine Zeitung«, zweites offizielles Amtsblatt des Rates, hatte sich mit ihrer Haltung in den Kapp-Tagen bereits selbst um alle Chancen gebracht. Das Blatt habe aus seiner Sympathie für die Verschwörer kein Hehl gemacht, schrieb Oberbürgermeister Rothe in dem bereits erwähnten Bericht. Erst als keine Aussicht auf Erfolg mehr bestanden habe, sei so etwas wie eine Verurteilung des Staatsstreichs zu erkennen gewesen.⁸⁸ Folgerichtig schlug die

85 Die Redaktion hatte 1915 einen Bericht über die Weihnachtsliebesgaben gekürzt. Ebenda. Bl.81ff.

86 Sitzung der I. Abteilung vom 15.11.1918. Ebenda. Bl. 140.

87 Ebenda. Bl. 148ff.

88 Stadtarchiv Leipzig. Kap. 74. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 64.

Staatskanzlei ein Jahr später vor, die »Allgemeine« nicht nur in Leipzig, sondern auch in der Kreishauptmannschaft – die meisten Gemeinden veröffentlichten ihre Bekanntmachungen seit zwei Generationen in dem Blatt – als Amtsorgan abzulösen.⁸⁹

Für die »Allgemeine« war dies ohne Zweifel der Todesstoß. Nicht nur, weil das Blatt ohnehin in finanziellen Schwierigkeiten war, Verleger Paul Kürsten zufolge seit dem Weltkrieg mit Verlust arbeitete⁹⁰ – die gesamte Philosophie der Zeitung beruhte auf dem amtlichen Status. Dieser Stellung beraubt, war das Blatt nicht mehr lebensfähig. Entsprechend lesen sich die Briefe Kürstens an den Oberbürgermeister. Ungerecht sei es, ihm mit einem Federstrich eine jährliche Einnahme von zwanzig- bis fünfundzwanzigtausend Mark zu entziehen, schließlich habe er dem Rat seit 1889 wirklich treu gedient. Warum nicht eine Regelung wie in Bremen, wo nur eine Zeitung Geld von der Stadt erhalte, und dieses dann unter allen Blättern aufteile? Und wenn schon nicht die »Allgemeine« alleine, dann vielleicht mit dem Tageblatt zusammen, wie bisher? Überhaupt habe Peter Reinhold (Besitzer des Tageblatts) die Absicht, sich in Franken einzukaufen, er – Kürsten – sei dagegen mit seinem Geschäft an Leipzig gebunden, was doch bei der Entscheidung bitte zu berücksichtigen sei. Fast schon tragisch wurde es dann, als Kürsten auf die Kündigungsfrist aufmerksam machte. Diese müsse es doch einfach geben, er könne den 30 Jahre alten Vertrag zwar nicht mehr finden, aber der Rat habe doch sicher eine Kopie?⁹¹

Die Stadt beschied den Verleger abschlägig, und dieser verkaufte sein Blatt an Ullstein. Die »Leipziger Volkszeitung« berichtete im April 1921, daß Kürsten deswegen aus der Leipziger DNVP ausgeschlossen worden sei. Außerdem hätten die Deutschnationalen ihm vorgeworfen, daß er mehreren Parteien angehört habe – »aus geschäftlichen Rücksichten«.⁹²

89 Ebenda. Bl. 96.

90 Siehe Schreiben an den Rat vom 16.6.1920. Ebenda. Nr. 21. Bl. 79.

91 Ebenda. Nr. 6. Bd. 2. Bl. 89.

92 Ebenda. Nr. 21. Bl. 83 (LVZ-Notiz vom 12. April 1921).

Wahrscheinlich wird bei Paul Kürstens Entschluß, sich von seinem Lebenswerk zu trennen, auch das Alter eine Rolle gespielt haben. Der Verleger war längst Rentner, die Ungunst der Zeiten aber verlangte den »ganzen Mann«, um ein kleines Blatt wie die »Allgemeine« über Wasser zu halten. Was lag da näher, als sich in die Arme eines Stärkeren zu begeben, nur ein paar Anteile zu behalten, um den Gang der Dinge zwar weiter verfolgen, sich dabei aber in den Sessel zurücklehnen zu können?

Rat kontra Volkskammer

Ihr Festhalten am »Leipziger Tageblatt« begründeten die Stadtväter Ende April 1921 mit dem Leserkreis der Zeitung. Diese werde besonders von Industrie- und Finanzkreisen, mithin von den wirklichen Interessenten (!) abonniert, denn schließlich schneide sie ihren Inhalt auf die Handelswelt zu. Außerdem seien die Druckkosten hier niedriger als in den »Neuesten Nachrichten«, und nicht zuletzt spreche für das Tageblatt, daß man nur gute Erfahrungen mit ihm gemacht habe, »während uns die ›Leipziger Neuesten Nachrichten‹ gerade in letzter Zeit durch [...] ihr Auftreten [...] Veranlassung gegeben haben, ein mit ihnen bestehendes Vertragsverhältnis zu kündigen«⁹³.

Was war geschehen? Gleich nach Bekanntwerden der Amtsblattverordnung hatte Edgar Herfurth dem Rat geschrieben, daß wohl nur seine »Neuesten Nachrichten« künftig als Amtsblatt in Frage kommen würden. Das Gros der Geschäftsinhaber und Handlungsgehilfen lese schließlich das Blatt, von der Gesamtauflage ganz zu schweigen. Deshalb habe das Amtsgericht schon beschlossen, das Handelsregister künftig hier zu veröffentlichen.⁹⁴ Als der Rat ablehnend reagierte und fortan überhaupt keine Bekanntmachungen mehr an die »Neuesten Nachrichten« gab, erinnerte Herfurth an

93 Schreiben des Rates an die Kreishauptmannschaft vom 30.4.1921. In: Stadtarchiv Leipzig, Kap. 74, Nr. 6, Bd. 2, Bl. 100.

94 Ebenda, Bl. 79.

den bestehenden Vertrag.⁹⁵ Die Stadtväter faßten dies offenbar als Drohung auf, jedenfalls schrieben sie der Staatskanzlei, die Aufklärung über das »Auftreten« des Blattes verlangte, die Stadt habe durch die Kündigung eine Klage umgangen und könnte nun unmöglich auf die »Neuesten Nachrichten« zugehen.⁹⁶

Dresden nahm auf derlei Befindlichkeiten keine Rücksicht und forderte das Leipziger Rathaus am 11. Juni 1921 ultimatив auf, sich mit Herfurth binnen dreier Wochen zu einigen.⁹⁷ Ministerpräsident Buck unterstrich dies wenige Tage später persönlich. Oberbürgermeister Rothe änderte daraufhin seine Taktik. Von nun an stand die Kostenfrage im Mittelpunkt seiner Argumentation. Das Tageblatt verlange 1,15 Mark pro Zeile, die »Neuesten Nachrichten« hingegen 4,64 Mark, trotz eines Rabattes von 25 Prozent.⁹⁸ Die Mehrausgaben seien nicht gerechtfertigt, zumal die anderen Leipziger Blätter die Amtsnachrichten aus dem Tageblatt ohnehin nachdrucken würden, das Ziel – weiteste Verbreitung – also auch erreicht werde, wenn alles beim Alten bliebe.⁹⁹ Bei der Kreishauptmannschaft protestierte die Stadt außerdem, daß die Auflage diesmal direkt aus Dresden kam und nicht wie üblich von der unmittelbaren Aufsichtsbehörde – so gebe es keine Chance, die Verfügung irgendwo anzufechten.¹⁰⁰

Der Termin 1. Juli verstrich, und als Dresden die vorgebrachten Bedenken erneut abgeschmettert hatte, ging der Rat einen Schritt weiter. Die Anordnung sei ein unzulässiger Eingriff in die Vermögensverhältnisse der Stadt, man werde die Mehrkosten einklagen, falls die Staatskanzlei bei ihrer Forderung bleibe. Außerdem beriefen sich die Stadtväter auf ein Versprechen aus Dresden, auf Herfurth einzuwirken, daß dieser die Bekanntmachungen zum Preis

95 Ebenda. Bl. 82.

96 Ebenda. Bl. 102.

97 Ebenda. Bl. 103ff.

98 Der Preisunterschied erklärt sich ganz einfach aus der Auflagenhöhe: Herfurth mußte die Bekanntmachungen 180.000 Mal drucken, die Tageblatt-Verleger nur 30.000 Mal.

99 Ebenda. Bl. 105f., 110.

100 Ebenda. Bl. 111.

des Tageblatts veröffentlicht.¹⁰¹ Intern wurde inzwischen erwogen, ein eigenes Blatt mit den anfallenden Mitteilungen herauszubringen.¹⁰² Der Rat wußte also, daß die Schlacht um das Tageblatt verloren war, höchstens noch Zeit gewonnen werden konnte. Die Fristen, die Dresden setzte, wurden kürzer, ein Preisfeilschen begann. Der Briefwechsel zwischen dem Rathaus und der Staatskanzlei läßt keinen Zweifel, daß die sächsische Regierung an den Verhandlungen mit Herfurth indirekt beteiligt war, Druck auf den Verleger ausübte, um das Abkommen endlich zustande zu bringen.¹⁰³ Auf der Ratssitzung am 16. September 1921 sagte der Oberbürgermeister, daß mit einer Zwangsanweisung aus Dresden zu rechnen sei. Der Rat beschloß daraufhin, sich mit einem Zeilenpreis von zwei Mark zufrieden zu geben und den Vertrag mit dem Tageblatt zum 1. Oktober zu lösen.¹⁰⁴

Wie in jedem ordentlichen Theaterstück gab es jedoch auch hier ein Nachspiel – ein rechtliches natürlich. Das Tageblatt berief sich auf die Kündigungsfrist und beharrte darauf, die Bekanntmachungen bis zum 30. Juni 1922 zu bekommen. Der Rat schloß sich diesem Standpunkt an.¹⁰⁵ Auch die Regierung mußte sich nun noch einmal mit dem Thema befassen und ordnete an, zum 1. Juli 1922 einen neuen Vertrag mit Herfurth abzuschließen. Am 24. November 1921, dem Tag der Unterzeichnung, wagte das Tageblatt einen letzten Vorstoß. Die Zeitung bot einen Zeilenpreis von 95 Pfennigen – wenn sie denn Amtsblatt bliebe.¹⁰⁶ Die »Neuesten Nachrichten« verlangten inzwischen – inflationsbedingt – 2,35 Mark. Das Angebot des Tageblatts brachte jedoch nichts mehr ein. Aber immerhin: Mit Hilfe der Stadtväter konnte die Zeitung ihr »Ende« als Amtsblatt des Leipziger Rates, das eigentlich mit der Volkskammerverordnung vom Dezember 1920 gekommen war, anderthalb Jahre überleben.

101 Ebenda. Bl. 126.

102 Ratssitzung am 3.8.1921. Ebenda. Bl. 128.

103 Ebenda. Bl. 129ff.

104 Ratssitzung am 16.9.1921. Ebenda. Bl. 134.

105 Ratssitzung am 23.9.1921. Ebenda. Bl. 140.

106 Ebenda. Bl. 149.

3.2 Was wäre, wenn...?

Wie wäre die Entwicklung ohne den Amtsblatt-Beschluß der Volkammer, wie ohne die »Liebe« des Rates zum Tageblatt verlaufen? Peter Reinhold verkaufte seinen Verlag im Frühjahr 1921. »Leipziger Tageblatt« und »Leipziger Zeitung« erreichten zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr das Anzeigenaufkommen von 1913.¹⁰⁷ Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürften noch größer geworden sein, als am 31. März 1921 die Papierzwangswirtschaft aufgehoben wurde (Das »Gesetz zur Linderung der Notlage der Presse« kam erst über ein Jahr später,¹⁰⁸ da aber hatte sich schon der Reinhold-Nachfolger Ullstein teilweise aus Leipzig zurückgezogen.). Peter Reinhold, in Dresden nicht irgenwer, dürfte gewußt haben, daß der Rat für das Tageblatt bestenfalls einen Aufschub erreichen konnte.

Wie aber sollte sein Verlag – auch eingedenk der sinkenden Bedeutung der Demokratischen Partei, zu der sich LT und LZ bekannten – ohne die Bekanntmachungen gegen die »Leipziger Neuesten Nachrichten« bestehen? Amtsblatt konnte nur eine Zeitung mit großer Auflage werden, eine großzügige Neugründung mußte her. Dazu aber dürften dem Abgeordneten und Minister Reinhold Zeit (Tageblatt-Mitstreiter Robert Nietzsche war Anfang 1921 gestorben¹⁰⁹), wahrscheinlich aber auch Geld und Lust (befriedigte er doch seinen Ehrgeiz bereits in der Politik) gefehlt haben. Der Weg zu Ullstein war da nicht weit. Der Dammert-Verlag, der »Leipziger Tageblatt« und »Leipziger Zeitung« mit Nachrichten aus der Hauptstadt versorgt hatte, war 1920 von Alfred Hugenbergs Telegrafien-Union gekauft worden. Auf der Suche nach einer neuen Agentur¹¹⁰ mußte Reinhold auf den Berliner Konzern treffen, der sich gerade

107 Siehe Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. a. a. O. S. 18.

108 Franz Sielemann: Konzentrationsbewegungen im Zeitungsgewerbe. Münster 1927. S. 62f.

109 Nachricht in: ZV 22(1921)9.

110 Otto Groth schrieb, daß niemand ernsthaft bestreiten könne, daß die Telegrafien-Union ihre Aufgabe im Dienst an den Rechtsparteien sehe: Die Zeitung. Bd. 3. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928. S. 605.

bemühte, einen Nachrichtendienst für die demokratischen Blätter aufzubauen.

Ullstein vereinigte »Leipziger Zeitung« und »Leipziger Allgemeine« am 20. September 1921, vier Tage nachdem der Rat beschlossen hatte, den Vertrag mit dem Tageblatt zu lösen, und nur die Kündigungsfrist dessen Amtsblatt-Status wenigstens bis Mitte 1922 sicherte. Rettete das die Traditionszeitung vorläufig vor dem Aus? Abwegig ist das nicht, denn warum sonst hatte Ullstein ein halbes Jahr mit der »Neuen Leipziger Zeitung« gewartet? Als die Gnadenfrist des Rates ablief, war die Situation im Verlag eine ganz andere, mit Hilfe der Mercy-Kronen war man konkurrenzfähig.

Nur zwei Fragen seien noch gestellt, um zu zeigen, daß bestimmte Kommunikationsraumstrukturen die Entstehung einer bestimmten Presselandschaft zwar begünstigen können, aber diese keineswegs zwangsläufig nach sich ziehen. Wäre die »Leipziger Zeitung«, eine demokratische Bürgerzeitung mit einem Chefredakteur an der Spitze, der stets das Wort sozial betonte, auch in der Versenkung verschwunden, wenn Verleger Gottlob Krauß nicht schon 1919 gestorben wäre? Und: Welchen Kurs hätte die »Neue Leipziger Zeitung« Anfang der 30er Jahre ohne Hermann Ullstein eingeschlagen? Hätte Richard Lehmann, ein Mann, der zweimal freiwillig in den Krieg zog und in der Zwischenzeit Pazifismus predigte¹¹¹, auch unter einem anderen Chef feurige Artikel gegen Hitler geschrieben?

Daß der jüngste der fünf Ullstein-Brüder überhaupt nach Leipzig kam, hing sicher sowohl mit seinem Wunsch, etwas gegen die faschistische Gefahr zu tun, als auch mit der Geschichte der »Neuen Leipziger Zeitung« zusammen, den entscheidenden Anstoß aber dürfte ihm gegeben haben, daß Bruder Franz den Machtkampf gegen die nachrückende Generation verlor, nun die Jüngerer (und dazu politisch Desinteressierten) im Familienbetrieb das Sagen hatten, und er, Hermann, endgültig auf das Abstellgleis geriet.¹¹²

111 Siehe u. a. R. L. (Richard Lehmann): Gefallen – Vermiss. In: NLZ 9(1929). Nr. 328 vom 24. November.

112 Zum 1. Januar 1921 wurde der Ullstein-Verlag in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Franz Ullstein wurde Aufsichtsratschef und war alleinzeichnungsbe-rechtigt. Kurt Koszyk hat geschrieben, daß diese Konstruktion verhängnisvoll

Der Ausgang dieses Streits im Hause Ullstein wiederum war vorher völlig offen.

gewesen sei, da es im Vorstand bald Meinungsverschiedenheiten über die Verluste der »Vossischen Zeitung« gegeben habe (Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972. S. 252). Franz Ullstein hielt zum Chefredakteur der »Voß«, Georg Bernhard, und bestärkte diesen in seinem Kurs. Der Konflikt im Hause Ullstein führte 1929/30 zu einer »Spionage-Affäre«, in der es vordergründig um den Vorwurf ging, daß Franzens Zukünftige für den französischen Geheimdienst gearbeitet haben sollte. Bernd Söseemann zufolge standen jedoch Einfluß und Entscheidungsbefugnisse im Verlag selbst zur Debatte (Im Spiegel der Voß: Der Kampf um die Republik. In: Hundert Jahre Ullstein. Bd. 1. Frankfurt am Main, Berlin 1977. S. 217ff.). Georg Bernhard mußte den Verlag verlassen, die Leitung der Ullstein-Zeitungen übernahm der Sohn von Louis Ullstein, Heinz, für Koszyk »ein im Grunde unpolitischer Mensch« (Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972. S. 252), und Hermann Ullstein scheiterte mit seinem Vorstoß, »Morgenpost« und »Berliner Illustrierte« entschieden antifaschistisch auszurichten (siehe S. 87f., 212).

VI. ANHANG

1. Tabellen

Erwerbstätige in Leipzig (1925)¹

	a ²	b ³	c ⁴	Summe	%
A Landwirtschaft	293	228	1.913	2.434	0,7
B Industrie	20.117	31.458	138.755	190.330	53,1
C Handel/Verkehr	24.881	63.091	27.491	115.463	32,2
D Verwaltung [...] ⁵	3.199	17.769	1.690	22.658	6,3
E Gesundheitswesen	2.370	3.670	3.886	9.926	2,8
F Häusliche Dienste	21	353	17.292 ⁶	17.666	4,9
A–F	50.881	116.569	191.027	358.477	
Anteil an A–F in %	14,2	32,5	53,3		

Quelle: Die Hauptergebnisse der Berufszählung in Leipzig am 16. Juni 1925. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig, Bd. 6. 1919–1926. Leipzig 1928. S. 22ff. – Sowie eigene Berechnungen.

- 1 In dieser Aufstellung ist die Wirtschaftsabteilung G (Ohne Beruf und Berufsangabe) nicht enthalten. Am 16. Juni 1925 wurden in Leipzig in dieser Abteilung 48.985 Personen erfaßt.
- 2 Eigentümer und Miteigentümer, Pächter, Erbpächter, leitende und höhere Beamte, Betriebsleiter, Offiziere, Geistliche und höhere Kirchenbeamte, Hochschul-lehrer, Rechtsanwälte, Künstler
- 3 Wirtschafts- und technische Beamte, kaufmännische Angestellte, Büropersonal, Verwaltungs-, Aufsichts- und Kanzleipersonal, künstlerisches Personal
- 4 Arbeiter, Gesinde, Handwerker und Hilfsberufe, Dienst- und Hilfspersonal
- 5 Verwaltung, Heerwesen, Kirche, freie Berufe
- 6 11.978 Hausangestellte, die im Haushalt ihres Arbeitgebers lebten und deshalb in der Statistik ohne Berufsstellung geführt wurden, sind hier der Stellung »c« zu-geordnet worden.

Stadtparlament¹⁰

	SPD	USP	KPD	BL ¹¹	DNVP	DDP	WP	VRP	NS	A
26.01.1919	8,5	46,4		9,6	6,5	22,8				5,5 ¹²
13.11.1921	7,8	33,8	9,1	39,5		8,7				
13.01.1924	25,9	2,2	19,7	33,2		9,1				9,0 ¹³
14.11.1926	34,0	1,0	18,8	24,8		5,3	4,8	7,1	0,9	1,6 ¹⁴
17.11.1929	35,0	0,2	12,6	36,3		4,7		5,1	4,2	1,4 ¹⁵
13.11.1932	31,7		23,0	13,3		1,9 ¹⁶		3,8	24,0	1,3 ¹⁷

Reichspräsident

29. März 1925:	Braun	42,7	26. April 1925:	Hindenburg	46,5
	Jarres	38,1		Marx	41,8
	Thälmann	10,3		Thälmann	11,6
	Hellpach	7,0			
	Marx	1,1			
	Ludendorff	0,6			
	Held	0,2			
13. März 1932:	Hindenburg	57,0	10. April 1932:	Hindenburg	55,6
	Hitler	23,0		Hitler	29,3
	Thälmann	16,9		Thälmann	15,1
	Düsterberg	2,6			
	Winter	0,5			

10 Erfasst wurden nur Parteien und Gruppen, die Abgeordnete stellten. Deshalb fällt das Zentrum aus dieser Übersicht heraus. Dafür erscheinen in der Spalte »A« (andere) die Gruppen, die nur einmal im Parlament vertreten waren.

11 Die »Bürgerliste« (BL), eine Vereinigung von DVP, DNVP und Interessen-Verbänden, trat unter verschiedenen Namen an: (1919: Wirtschaftlicher Bürgerlicher Wahlausschuß, 1921–1926: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste, 1929: Vereinigte Bürgerliste, 1932: Nationale Bürgerliste).

12 Privat-Angestellten-Verbände

13 Völkisch-soziale Liste

14 Alte Sozialdemokratische Partei Sachsen

15 KPD-Opposition

16 Deutsche Staatspartei

17 Christlich-soziale Volksfront

Lokalteil der Leipziger Neuesten Nachrichten 1924

	Mo (8.9.)		Di (15.4.)		Mi (24.12.)		Do (6.3.)		Fr (18.4.)		Sa (12.4.)		So (20.7.)		Gesamt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Politik	0	0	1	88	2	118	0	0	2	206	1	78	0	0	6	490
Kommunalpolitik	1	118	2	206	0	0	1	54	10	823	2	147	15	1480	37	2828
Personalien	2	59	13	118	2	20	2	20	5	108	6	235	6	157	36	717
Polizeibericht/Gericht	1	39	6	294	10	372	3	191	3	127	3	137	3	88	29	1248
Vereinsleben	5	176	8	274	10	363	6	88	7	186	5	270	8	176	49	1533
Kultur- und Geistesleben	8	510	11	294	10	372	7	563	9	235	6	138	12	578	63	2690
Sport	4	451	5	225	2	59	4	206	15	637	7	255	8	745	45	2578
Unpolitisches	7	333	10	387	13	725	11	436	9	676	7	480	22	823	79	3860
Geschichte	0	0	1	73	1	29	0	0	0	0	0	0	1	353	3	455
Wirtschaft	5	274	5	245	5	294	5	451	4	225	1	98	8	216	33	1803
Umland	0	0	2	59	0	0	2	74	1	78	0	0	0	0	5	211
Summe Lokalteil	33	1960	64	2263	55	2352	41	2083	65	3301	38	1838	83	4616	379	18413
Text insgesamt		7100		10400		12650		13060		16550		8750		18130		86640
Veranstaltungsanzeigen		1510		4290		1215		6065		4765		2235		3350		23430
Bekanntmachungen		0		60		560		480		160		235		500		1995
Kleinanzeigen		855		5235		2380		5700		6135		3485		10950		34740
Familienanzeigen		410		1550		1490		980		1715		980		2145		9270
Geschäfte/Firmen		805		3225		2080		7880		5420		3020		9290		31720
Summe Lokalanzeigen		3580		14360		7725		21105		18195		9955		26235		101155
Anzeigen insgesamt		3920		16100		13900		22300		23200		13400		32520		125340

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Leipziger Neuesten Nachrichten 1927

	Mo (14.3)		Di (25.10)		Mi (26.1)		Do (21.4)		Fr (27.5)		Sa (24.9)		So (21.8)		Gesamt		
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	
Politik	1	315	1	120	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	435
Kommunalpolitik	0	0	3	120	3	450	0	0	0	0	1	88	2	362	9	1020	
Personalien	3	76	5	50	2	35	4	78	5	108	1	10	5	181	25	538	
Polizeibericht/Gericht	4	135	8	387	5	120	12	545	8	270	15	540	11	717	62	2714	
Vereinsleben	15	276	18	405	12	345	19	333	15	410	11	290	40	920	130	2979	
Kultur- und Geistesleben	5	301	18	760	13	644	11	458	5	450	7	280	19	1220	78	4113	
Sport	24	3650	8	630	10	585	4	406	15	1235	15	804	20	1775	96	9085	
Unpolitisches	9	680	11	510	9	880	14	678	5	175	9	684	19	1284	76	4891	
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Wirtschaft	1	20	4	105	5	260	3	75	1	10	5	430	6	680	25	1580	
Umland	0	0	1	30	1	15	2	55	2	45	2	60	3	60	11	265	
Summe Lokaltex	62	5453	77	3117	60	3334	69	2628	56	2703	66	3186	125	7199	575	27620	
Text insgesamt	11800	16900	16200	15000	11960	16350	26140										
Veranstaltungsanzeigen	1100		1100		2080	1100			2030					6450		18210	
Bekanntmachungen	0		750		600	200			80					880		2710	
Kleinanzeigen	1010		4510		4590	3580			2630					18075		35845	
Familienanzeigen	150		200		160	450			100					650		1970	
Geschäfte/Firmen	1100		3100		2650	2100			8560					23400		42785	
Summe Lokalanzeigen	3360		9660		10080	7430			13400					49455		101470	
Anzeigen insgesamt	3560		13900		14650	11400			12210					50480		113850	

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Leipziger Neuesten Nachrichten 1930

	Mo (24.2.)		Di (3.6.)		Mi (16.4.)		Do (6.2.)		Fr (16.5.)		Sa (11.10.)		So (9.2.)		Gesamt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Politik	0	0	1	39	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	39
Kommunalpolitik	4	333	4	334	3	402	5	1578	2	333	1	353	14	1686	33	5039
Personalien	4	196	3	88	3	39	1	10	2	39	4	39	6	98	23	509
Polizeibericht/Gericht	3	108	15	470	6	372	10	265	4	147	2	69	13	647	53	2078
Vereinsleben	5	108	10	235	14	255	17	366	19	284	29	510	20	656	114	2414
Kultur- und Geistesleben	8	412	14	421	5	225	17	637	19	559	10	412	29	1294	102	3960
Sport	30	3675	18	1392	9	578	10	578	15	784	15	1735	18	1558	115	10300
Unpolitisches	6	333	9	353	16	500	6	284	10	323	15	735	43	1264	105	3792
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wirtschaft	0	0	6	176	4	265	4	363	7	265	6	353	7	382	34	1804
Umland	0	0	5	88	6	147	4	118	2	88	1	49	4	98	22	588
Summe Lokaltex	60	5185	85	3596	66	2783	74	4199	80	2822	83	4255	154	7683	602	30523
Text insgesamt		12200		15800		16200		16100		18300		16200		23840		118640
Veranstaltungsanzeigen		1245		3735		3340		2785		3430		2550		6045		23130
Bekanntmachungen		0		470		440		530		175		380		735		2730
Kleinanzeigen		785		2660		3790		4300		2980		1865		21725		38105
Familienanzeigen		588		765		860		1030		860		940		1215		6258
Geschäfte/Firmen		2030		4185		7780		5360		6215		3500		15040		41110
Summe Lokalanzeigen		4648		11815		16210		14005		13660		9235		44760		114333
Anzeigen insgesamt		5320		14860		19050		16850		16850		10400		55340		138670

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Leipziger Neuesten Nachrichten 1931

	Mo (26.1.)		Di (6.1.)		Mi (29.4.)		Do (8.10.)		Fr (10.4.)		Sa (25.7.)		So (8.11.)		Gesamt		
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	
Politik	0	0	0	0	0	0	3	804	0	0	0	0	0	0	0	3	804
Kommunalpolitik	2	167	2	382	4	353	1	98	6	461	2	382	1	88	7	1931	
Personalien	1	10	3	49	6	245	6	225	2	20	5	88	1	157	24	794	
Polizeibericht/Gericht	7	137	7	196	5	1040	3	108	9	392	10	647	11	451	52	2971	
Vereinsleben	1	10	18	461	11	127	11	382	15	294	7	206	0	0	0	63	1480
Kultur- und Geistesleben	8	696	14	549	10	588	11	666	8	382	13	343	12	784	76	4008	
Sport	19	3116	8	706	21	2068	11	872	15	1176	9	666	11	1196	94	9800	
Unpolitisches	3	137	10	294	4	196	8	225	5	392	14	784	5	1147	49	3175	
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Wirtschaft	2	157	6	255	9	627	4	78	7	392	4	294	3	215	35	2018	
Umland	0	0	0	0	2	78	0	0	4	500	0	0	0	0	0	6	578
Summe Lokaltex	43	4430	68	2892	72	5322	58	3458	71	4009	64	3410	44	4038	420	27559	
Text insgesamt	10500		10310		14200		13930		15530		13310		23210		100790		
Veranstaltungsanzeigen	2095		1145		2100		1410		1950		1315		490		10505		
Bekanntmachungen	0		380		560		470		440		440		500		2790		
Kleinanzeigen	760		2855		3380		3175		2855		1025		4210		18260		
Familienanzeigen	560		1020		1030		645		860		880		1145		6140		
Geschäfte/Firmen	540		2255		3530		3085		3440		1100		4225		18175		
Summe Lokalanzeigen	3955		7655		10600		8785		9545		4760		10570		55870		
Anzeigen insgesamt	4670		8960		11610		9800		10460		5880		17690		69070		

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Neuen Leipziger Zeitung 1924

	Mo (8.9)		Di (15.4)		Mi (24.12)		Do (6.3)		Fr (18.4)		Sa (12.4)		So (20.7)		Gesamt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Politik	1	268	1	77	0	0	0	0	2	115	0	0	0	0	0	460
Kommunalpolitik	0	0	1	260	1	544	0	0	5	130	1	77	8	881	16	1892
Personalien	1	8	5	84	0	0	1	8	2	31	2	22	0	0	11	153
Polizeibericht/Gerecht	3	80	7	398	14	475	6	490	8	506	17	536	8	153	63	2638
Vereinsleben	9	123	17	191	7	100	10	107	10	192	11	123	1	15	65	851
Kultur- und Geistesleben	5	230	9	329	9	276	14	597	9	322	8	314	7	398	61	2466
Sport	24	2252	15	705	6	253	7	1164	11	812	10	383	5	659	78	6228
Unpolitisches	4	54	12	850	9	545	10	383	19	935	16	751	14	2690	84	6208
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wirtschaft	0	0	4	375	4	207	3	636	2	84	6	590	1	23	20	1915
Umland	5	110	2	26	1	25	0	0	2	126	1	46	0	0	11	333
Summe Lokaltex	52	3125	73	3295	51	2425	51	3385	70	3253	72	2842	44	4819	413	23144
Text insgesamt		8700		10700		12770		14700		16600		9930		15470		88870
Veranstaltungsanzeigen		795		3035		920		3200		3510		3150		2330		16140
Bekanntmachungen		0		0		400		260		200		305		330		1495
Kleinanzeigen		1165		2185		550		1270		2350		1440		3485		12445
Familiananzeigen		125		490		170		445		190		100		990		2510
Geschäfte/Firmen		0		1265		2245		990		3340		910		3540		12290
Summe Lokalanzeigen		2085		6975		4285		6165		9590		5105		10675		44880
Anzeigen insgesamt		2460		7180		5100		7655		10200		7940		11340		51875

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Neuen Leipziger Zeitung 1927

	Mo (14.3)		Di (25.10)		Mi (26.1)		Do (21.4)		Fr (27.5)		Sa (24.9)		So (21.8)		Gesamt		
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	
Politik	1	521	1	536	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1057
Kommunalpolitik	0	0	2	100	4	804	0	0	0	0	0	0	1	107	0	0	1011
Personalien	0	0	0	0	1	23	2	46	0	0	0	1	8	0	0	4	77
Polizeibericht/Gericht	4	153	10	437	5	100	14	590	9	245	14	506	15	682	71	2713	
Vereinsleben	11	146	17	283	10	214	17	192	13	230	10	146	29	406	107	1617	
Kultur- und Geistesleben	5	291	22	1065	11	414	11	682	4	161	7	245	21	1026	81	3884	
Sport	31	3900	16	858	15	996	7	659	27	1685	25	797	33	1586	154	10481	
Unpolitisches	9	651	10	521	11	1103	10	421	3	84	9	674	21	1080	73	4534	
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Wirtschaft	1	345	6	444	5	207	4	720	0	0	0	6	360	6	2178	29	4254
Umland	0	0	4	130	3	176	2	23	2	54	4	92	1	15	16	490	
Summe Lokaltex	62	6007	88	4374	65	4037	67	3333	58	2459	77	2935	126	6973	543	30118	
Text insgesamt	12620		15540		15540		13870		11000		15190		23170		106930		
Veranstaltungsanzeigen	1135		980		2300		1255		2190		1180		3035		12075		
Bekanntmachungen	0		690		660		270		0		125		795		2540		
Kleinanzeigen	630		1380		1365		1160		745		580		4205		10065		
Familienanzeigen	130		140		125		370		40		190		430		1425		
Geschäfte/Firmen	710		1485		1955		1300		5655		875		7095		19075		
Summe Lokalanzeigen	2605		4675		6405		4355		8630		2950		15560		45180		
Anzeigen insgesamt	3015		6800		6800		6540		11340		4915		19280		58390		

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Neuen Leipziger Zeitung 1930

	Mo (24.2.)		Di (3.6.)		Mi (16.4.)		Do (6.2.)		Fr (16.5.)		Sa (11.10.)		So (9.2.)		Gesamt		
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	
Politik	0	0	0	0	0	0	1	100	1	398	0	0	0	0	0	0	498
Kommunalpolitik	0	0	2	383	0	0	1	1134	1	31	0	0	0	6	1005	70	2553
Personalien	1	15	3	31	4	38	0	0	0	0	1	8	2	15	77	107	
Polizeibericht/Gericht	11	398	9	620	10	797	10	391	6	513	9	567	10	467	65	3753	
Vereinsleben	4	54	8	115	18	322	9	107	25	444	12	138	44	674	720	1854	
Kultur- und Geistesleben	7	306	10	337	5	100	17	1088	7	161	11	552	20	843	77	3387	
Sport	32	4044	23	1494	16	1295	24	957	16	1003	13	1080	23	1938	147	11811	
Unpolitisches	2	77	8	283	12	306	2	84	8	230	11	743	23	2375	66	4098	
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Wirtschaft	1	153	4	92	4	245	4	337	4	176	4	222	3	283	27	1508	
Umland	0	0	1	31	6	222	1	23	6	115	6	169	9	153	29	713	
Summe Lokaltex	58	5047	68	3386	75	3325	69	4221	74	3071	67	3479	140	7753	557	30282	
Text insgesamt	11670		14930		14850		15500		17470		14970		25250		114640		
Veranstaltungsanzeigen	1135		2055		1610		1440		2790		1900		3960		14890		
Bekanntmachungen	155		630		550		535		290		490		750		3400		
Kleinanzeigen	385		1410		1450		1055		1325		830		4125		10580		
Familienanzeigen	305		320		350		215		475		500		1025		3190		
Geschäfte/Firmen	385		3140		9270		4780		6180		3235		13540		40530		
Summe Lokalanzeigen	2365		7555		13230		8025		11060		6955		23400		72590		
Anzeigen insgesamt	3970		9640		14175		9070		13800		7370		28350		86375		

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

Lokalteil der Neuen Leipziger Zeitung 1931

	Mo (26.1.)		Di (6.1.)		Mi (29.4.)		Do (8.10.)		Fr (10.4.)		Sa (25.7.)		So (8.11.)		Gesamt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Politik	0	0	0	0	0	0	4	1792	0	0	0	0	0	0	4	1792
Kommunalpolitik	0	0	0	0	4	636	1	8	2	758	1	46	1	54	9	1502
Personalien	3	46	2	15	4	77	3	46	3	31	2	61	7	314	24	590
Polizeibericht/Gericht	3	92	7	237	10	544	12	291	11	567	13	1065	19	530	75	3326
Vereinsleben	2	153	10	92	18	383	18	245	25	383	0	0	26	352	99	1608
Kultur- und Geistesleben	6	415	13	597	11	559	8	352	10	215	8	529	28	1065	84	3732
Sport	24	2505	7	651	10	506	9	398	6	605	13	522	23	2405	92	7592
Unpolitisches	5	613	7	299	8	329	6	383	2	54	11	1226	16	1647	55	4551
Geschichte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wirtschaft	0	0	3	100	8	873	5	330	3	552	3	222	11	375	33	2452
Umland	0	0	0	0	2	61	2	38	4	214	3	62	3	53	14	428
Summe Lokaltv	43	3824	49	1991	75	3968	68	3883	66	3379	54	3733	134	6795	489	27573
Text insgesamt	10050		12040		14360		14800		16630		13620		21370		102870	
Veranstaltungsanzeigen	1150		1625		1975		1195		1885		1135		3270		12235	
Bekanntmachungen	0		55		735		275		520		460		490		2535	
Kleinanzeigen	735		915		1500		995		1210		550		5045		10950	
Familienanzeigen	275		335		850		383		505		580		430		3358	
Geschäfte/Firmen	305		370		4435		3530		2680		975		13250		25545	
Summe Lokalanzeigen	2465		3300		9495		6378		6800		3700		22485		54623	
Anzeigen insgesamt	3400		3600		10206		7550		7940		4250		27780		64726	

A: Anzahl der Beiträge, B: Fläche in cm²

2. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellen

Stadtarchiv Leipzig

- | | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Nachlaß Walter Schöne. A 2. | Kapitel 74. Nr. 43 (2 Bände). |
| Nachlaß Walter Schöne. C 53. | Kapitel 74. Nr. 44. |
| Kapitel 74. Nr. 6 (2 Bände). | Kapitel 74. Nr. 58. |
| Kapitel 74. Nr. 21. | Kapitel 74. Nr. 88. |
| Kapitel 74. Nr. 33 (2 Bände). | |

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig

Polizeipräsidium Leipzig

- | | |
|--------------|------------|
| P Nr. 625. | P Nr. 646. |
| P Nr. 626. | P Nr. 647. |
| P Nr. 626/1. | P Nr. 679. |
| P Nr. 628. | P Nr. 699. |
| P Nr. 636. | |

Amtsgericht Leipzig. Handelsregister

- | | |
|----------------------|---------------------|
| HR A 2468 (2 Bände). | HR A 27181. |
| HR A 8234. | HR B 70. Band 1. |
| HR A 16308. | HR B 786 (3 Bände). |
| HR A 19877. | |

PDS-Archiv Leipzig

- Signatur II/2/14.

Periodika

- Die Deutsche Presse (1917–1933)
 Der Drache (1919–1925)
 Leipziger Abendpost (Einzelnummern)
 Leipziger Abendzeitung (1918)
 Leipziger Allgemeine Zeitung (1918–1921)
 Leipziger Neueste Nachrichten (1918–1933)
 Leipziger Tageblatt (1918–1925)
 Leipziger Tageszeitung (Einzelnummern)
 Leipziger Volkszeitung (Einzelnummern)
 Leipziger Zeitung (1919–1921)
 Neue Leipziger Zeitung (1921–1933)
 Ullstein-Berichte (1926–1933)
 Ullstein-Dienst (1920–1927)
 Der Zeitungsverlag (1919–1933)

Darstellende Literatur

- Werner Abelshäuser, Anselm Faust, Dietmar Petzina (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte 1914–1945. München 1985.
 Adolf Aber: Meine Leipziger Zeit trägt immer noch Früchte. In: LNN–MR 20(1965)12.
 Academicus: Eine Erhebung über den Journalistenberuf. In: Deutscher Hochschulführer. Leipzig 1924. S. 200ff.
 Albacharys Marktzahlen für Reklameverbraucher. Berlin 1929.
 Allgemeiner Verwaltungsbericht des Rates der Stadt Leipzig für die Kriegsjahre 1914–1918. Leipzig 1921.
 Wolfgang Benz, Hermann Graml: Biografisches Lexikon der Weimarer Republik. München 1988.
 Ludwig Bernhard: Der »Hugenberg-Konzern«. Berlin 1928.
 Richard Bessel (Hrsg.): Social Change and Political Development in Weimar Germany. London et al 1981.
 Hansjörg Bessler: Aussagenanalyse. Bielefeld 1970.
 Max Bestler: Das Absinken der parteipolitischen Führungsfähigkeit deutscher Tageszeitungen in den Jahren 1919 bis 1932. o. O. 1941.
 Peter Beyer, Regina Gröteke: Leipziger Zeitungen und Zeitschriften in Bibliotheken, Archiven und Museen der DDR 1660–1933. In: Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig 14(1976)1, 2.
 Bezirksleitung Westsachsen der KPD (Hrsg.): Das Rothe-Rathaus. Leipzig 1929.
 Briefwechsel zwischen Staatssekretär a. D. Hintze (als dem Vorsitzenden des »Ver-

- eins für das Deutschtum im Ausland«) und Herrn Dr. Franz Ullstein. Berlin 1926.
- Wilhelm Bruchmüller: Aus der Geschichte der Leipziger Zeitung. In: LZ 349(1909). Jubiläumsbeilage.
- Karl Bücher: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926.
- Hans Buchner: Die Zeitung als Kulturmacht. München 1931.
- Otto Busch, Gerald D. Feldman (Hrsg.): Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924. Berlin 1978.
- Hugo Buschmann: Die deutsche Lokalpresse. Bielefeld 1922.
- Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931. Frankfurt am Main 1968.
- Wilhelm Carle: Weltanschauung und Presse. Leipzig 1931.
- Erich Conrad: Die Entwicklung des kommunalen Teils der größeren Leipziger Tageszeitungen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diss. Uni Leipzig. Philosophische Fakultät. Berlin 1935.
- Hans Contzen: Die Stellung des Redakteurs in Wirtschaft und Gesellschaft. Münster 1926.
- V. Cramer: Zeitungverleger und kommunales Presseamt. In: Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen Köln. Vorträge und Abhandlungen. Heft 5. Bonn, Köln 1931.
- Karl Czok: Geschichte Sachsens. Weimar 1989.
- Hermann Degener: Unsere Zeitgenossen. Wer ist's? VIII. Ausgabe. Leipzig 1922.
- Hermann Degener: Degeners Wer ist's? 10. Ausgabe. Berlin 1935.
- Die deutsche Provinz. Erstes generelles Marktmaterial der Ring-Gruppierung führender Provinzverlage. Lübeck 1928.
- Die deutsche Provinz. Zweites generelles Marktmaterial der Ring-Gruppierung führender Provinzverlage. Lübeck 1928.
- Karl-Ludwig Ditges: Das Rechnungswesen in Zeitungs-Verlagsunternehmen. Saarbrücken 1928.
- Ilse Hanna Doernberg: Das Leipziger Handwerk im 20. Jahrhundert. Leipzig 1931.
- Hans Drexler: Ein Leben für die deutsche Presse. Geheimrat Dr. Edgar Herfurth und seine Zeitung. In: LNN–MR 20(1965)12.
- Wolfgang Duchkowsch: Mediengeschichte vor neuen Einsichten. In: Manfred Bobrowsky, Wolfgang Duchkowsch, Hannes Haas (Hrsg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Wien 1987. S. 23ff.
- 100 Jahre Leipziger Volkszeitung. LVZ-Sonderbeilage vom 1. Oktober 1994.
- Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Hrsg. von Michael Schröder. Frankfurt am Main 1989.
- Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas. Berlin 1990.
- Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer. Berlin 1988.
- Thomas Enke: Zur Entstehung und Entwicklung nichtproletarischer Massenzeitungen in Berlin (1850 bis 1898). Diss. A. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1990.

- Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 1. Dezember 1910. Leipzig 1914.
- Karl Esser: Der Zeitungsverleger. Stuttgart 1930.
- Erich Everth: Das Studium der Zeitungskunde an der Universität Leipzig. In: Leipziger Hochschulhefte. Nr. 11. 1928.
- Franz Franzmeyer: Presse-Dissertationen an deutschen Hochschulen 1885–1938. Leipzig 1940.
- Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789–1945). Bd 1. Leipzig 1983.
- Jürgen Friedrichs: Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek 1973.
- Georg Fritzsche: Feuilleton und Kulturpolitik. Politische Führung durch das Feuilleton unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1933. Diss. Radebeul 1938.
- Fünfzig Jahre Ullstein. Berlin 1927.
- Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1967 (Nachdruck von Stuttgart 1932).
- Theodor Geiger: Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt. Kopenhagen 1951.
- Hans-Jürgen Geerds: Nachwort. In: Ehm Welk. Die Heiden von Kummerow. Leipzig 1984. S. 350ff.
- Georgi: Bericht über die Aufnahme der Vorstadtdörfer in den Stadtbezirk Leipzig. Leipzig 1886.
- Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945. Berlin 1982.
- Ernst Glauser: Fazit. Ein Querschnitt durch die deutsche Publizistik. Hamburg 1929.
- Otto Groth: Die Zeitung (4 Bände). Mannheim, Berlin, Leipzig 1928–1930.
- Arno Günther: Staatsbürgerliche Erziehung. In: Cornelia. Veröffentlichungen des Allgemeinen Deutschen Elternbundes für Schulreform 50(1914)1.
- Handbuch der deutschen Tagespresse. Berlin 1932.
- Paul Harms: Das Ich und der Staat. Leipzig 1926.
- Paul Harms: Die Zeitung von heute. Leipzig 1927.
- Julius Heiland: Leipzig als Großstadt. Leipzig 1921.
- Julius Heiland: 40 Jahre Journalismus in Leipzig (3 Teile). In: Leipziger Vorschau 8(1931). Nr. 10–12.
- Hans Heinke: Die Heimatblätter der deutschen Tageszeitungen. Linz 1931.
- Herbert Helbig: Die Vertrauten 1680–1980. Eine Vereinigung Leipziger Kaufleute. Stuttgart 1980.
- Wolfgang Hellwig: Unternehmensformen der deutschen Tagespresse. G. m. b. H. und A. G. In: Das Wesen der Zeitung. Wissenschaftliche Arbeiten aus allen Gebieten der Zeitungskunde. Hrsg. von Erich Everth. Bd. I. Heft 4. Leipzig 1929.
- Ansprache von Geheimrat Dr. h. c. Edgar Herfurth am 11. November 1932 in der Handels-Hochschule Leipzig bei seiner Ehrenpromotion. Leipzig 1933.
- Gerhard Heyde, Erhard Göpel, Hanna Häberlein (Hrsg.): Erinnerung an Richard Leh-

- mann. Gefallen am 6. Juni 1940 (Aufsätze). Leipzig 1941.
- Manfred Hientzsch: Die konterrevolutionäre Rolle der Zeitung Leipziger Neueste Nachrichten während der Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Maschinschrift. Leipzig 1971.
- Johannes Hofmann: Die älteste in Leipzig gedruckte Zeitung. Leipzig 1925.
- Hundert Jahre Ullstein 1877–1977 (4 Bände). Frankfurt am Main, Berlin 1977.
- Ottfried Jarren: Kommunikationsraumanalyse – Ein Beitrag zur empirischen Kommunikationsforschung? In: Manfred Bobrowsky, Wolfgang Langenbacher (Hrsg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987. S. 560ff.
- Erich Kästner: Gemischte Gefühle. Literarische Publizistik aus der »Neuen Leipziger Zeitung« 1923–1933 (2 Bände). Hrsg. von Alfred Klein. Zürich 1989.
- Alexander Kaul: Kommunalpolitik und Presse. Diss. Salzwedel 1933.
- Thomas Kittan: Grundlegende Entwicklungstendenzen der nichtproletarischen deutschen Presse zwischen 1830 und 1848/49 – untersucht an der Leipziger Presse. Diss. A. KMU. Sektion Journalistik. Leipzig 1989.
- Helmut Klages, Gerhard Franz, Willi Herbert: Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt am Main, New York 1987.
- Helmut Klages: Wertorientierungen im Wandel. Frankfurt am Main, New York 1984.
- Torsten Kleditzsch: Der Eigenanspruch der LNN bezüglich ihres Platzes in der gesellschaftlichen Kommunikation und seine Umsetzung in der Realität. Referat zur Diplomarbeit. Uni Leipzig, FB KMW 1992.
- Torsten Kleditzsch: Die LNN unmittelbar vor der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. DA. FB KMW. Uni Leipzig 1992.
- Karl Klimesch (Hrsg.): Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Augsburg 1953.
- Jürgen Kocka: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Göttingen 1977.
- Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Göttingen 1981.
- Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Frankfurt am Main 1988.
- Jürgen Kocka: Sozialgeschichte. Göttingen 1986.
- Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972.
- Kurt Koszyk: Kommunikationsgeschichte als Sozialgeschichte. In: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30. Opladen 1989. S. 46ff.
- Kurt Koszyk: Probleme einer Sozialgeschichte der öffentlichen Kommunikation. In: Manfred Bobrowsky, Wolfgang Duchkowitsch, Hannes Haas (Hrsg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Wien 1987. S. 29ff.
- Siegfried Kracauer: The Challenge of Qualitative Content Analysis. In: Public Opinion Quarterly. Bd. 16. 1952. S. 631ff.
- Hans Leo Krämer: Soziale Schichtung. Frankfurt am Main, Berlin, München 1983.
- Ernst Kroker: Die Gesellschaft Harmonie in Leipzig 1776 bis 1926. Leipzig 1926.
- Reinhold Kulbe: Der Anzeigenteil der Berliner Tageszeitungen – Ein Spiegelbild der

- Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges. Diss. Frankfurt an der Oder 1920.
- Kürschners Deutscher Literatur-Kalender. Nekrolog 1936–1970. Berlin, New York 1973.
- Johannes Landgraf: Das Zeitungswesen in der Kreishauptmannschaft Leipzig ausschließlich der Stadt Leipzig, einschließlich der Städte am Oberlauf der Pleiße (Werdau und Crimmitschau). Diss. Werdau 1936.
- Lebens- und Arbeitsbedingungen der Journalisten. In: Internationales Arbeitsamt. Studien und Berichte. Reihe L. Nr. 2. Genf 1928.
- Leipzig. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1978.
- Leipziger Neueste Nachrichten und Handelszeitung. Blick in den Betrieb einer modernen Tageszeitung. Leipzig o. J. (um 1912).
- Leipzigs Genius. In: 800 Jahre Leipzig. LNN–MR 20(1965) Sonderausgabe.
- Walter Leiske (Hrsg.): Leipzig und Mitteldeutschland. Leipzig 1928.
- Rainer Lepsius: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966.
- Winfried B. Lerg: Die Anfänge der Zeitung für alle. In: Winfried B. Lerg, Michael Schmolke: Massenpresse und Volkszeitung. Münsteraner Marginalien zur Publizistik. Heft 10. Assen 1968.
- Werner Liebau: Kommunalpolitik und Presse. Sonderdruck aus: Behördenjahrbuch Deutscher Kommunal-Kalender 1929. Berlin-Friedenau o. J.
- Udo Lindner: Das Inseratewesen in der bürgerlichen Presse 1914–1933, untersucht am »Chemnitzer Tageblatt«, den »Chemnitzer Neuesten Nachrichten« und der »Allgemeinen Zeitung«. Diplomarbeit. Uni Leipzig. FB KMW 1991.
- Kornelia Lobmeier: Die sozialökonomische Lage und das politische Verhalten der »alten« Mittelschichten in der Kreishauptmannschaft Chemnitz 1927 bis 1935. Diss. A. KMU Leipzig. Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft 1989.
- Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Darmstadt 1992.
- Peter Christian Ludz: Soziologie und Sozialgeschichte. In: Soziologie und Sozialgeschichte. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 16. Opladen 1973. S. 9ff.
- Ursula Maier-Rabler: Raumbezogene Kommunikationsforschung als Grundlage kommunikationspolitischen Handelns. In: Manfred Bobrowsky, Wolfgang Langenbacher (Hrsg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987. S. 590ff.
- Philipp Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim, Basel 1983.
- Michael Meyen: Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Tageszeitungen Leipzigs 1917–1925. Diplomarbeit. Uni Leipzig. FB KMW 1992.
- Michael Meyen: Methoden zur Erforschung der sozialen und territorialen Zusammensetzung des Leserkreises von Tageszeitungen im 20. Jahrhundert. In: Forschen – Lehren – Weiterbilden für Medienberufe in Europa. Bd. 2. Leipzig 1993. S. 279ff.
- Ernst Meunier, Hans Jessen: Das deutsche Feuilleton. In: Zeitung und Zeit. Bd. 2.

- Berlin 1931.
- Mitteldeutschland. Presse-Spiegel der Leipziger Denkschrift. In: Schriftenreihe des Rats-Verkehrsamtes Leipzig. Nr. 14. Leipzig 1929.
- Andreas Müller: Die nichtproletarische Zeitungspresse Leipzigs beim Übergang zum Imperialismus bis zum Jahre 1914. Diss. A. KMU. Sektion Journalistik. Leipzig 1987.
- Johannes Müller: Über den Einfluß der sozialen Struktur der sächsischen Großstädte Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen auf ihren Haushalt. Dresden 1930.
- Hans Georg Müller-Heim: Leipzig und die Leipziger. Leipzig 1906.
- Hans Natonek: Straße des Verrats. Hrsg. Von Wolfgang Schütte. Berlin 1982.
- Hans Natonek: Zeitung und Zeitschrift. In: Die Schaubühne 12(1916). Bd. 2. S. 403. Neue Deutsche Biographie. Bd. 6. Berlin 1964.
- Neue Deutsche Biographie. Bd. 8. Berlin 1969.
- Rolf Oebser-Röder: Vom Zeitungsschreiber zum Schriftleiter. In: Wesen und Wirkungen der Publizistik. Bd. 7. Leipzig 1936.
- Friedrich Oertel: Das Problem Groß-Leipzig und die Eingemeindungsfrage in Leipzig. Leipzig 1920.
- Österreichisches Biografisches Lexikon 1815–1950. 28. Lieferung. Wien 1974.
- Wilhelm Plogstedt: Aus den deutschen Zeitungspalästen. Berlin-Wilmersdorf 1932.
- Ires Pollatschek: Die Berliner Morgenpost in den Jahren 1919 bis 1922. Diplomarbeit. KMU. Sektion Journalistik. Leipzig 1991.
- Henk Prakke (Hrsg.): Kommunikation der Gesellschaft. Einführung in die funktionale Publizistik. Münster 1968.
- Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden von 1914 bis 1918/19. Leipzig 1990.
- Die proletarische deutsche Presse. Chronologischer Leitfaden von 1919 bis 1933. Leipzig 1990.
- Robert Prutz: Geschichte des deutschen Journalismus. Leipzig 1845.
- Steffen Reichert: Politische Differenzierungsprozesse in den Leipziger nichtproletarischen Tageszeitungen während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik (1918 bis 1933). Diplomarbeit. KMU. Sektion Journalistik. Leipzig 1989.
- Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild (2 Bände). Berlin 1931.
- Hans Reimann: Mein blaues Wunder. München 1959.
- Hans Reimann: Leipzig. Was nicht im Baedeker steht. München, Leipzig 1929.
- Manfred Rietschel: Der Familienbesitz in der deutschen politischen Tagespresse. In: Das Wesen der Zeitung. Hrsg. von Erich Everth. Bd. 1. Heft 1. Leipzig 1928.
- Dieter Rink, Robert Grahl: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992. Leipzig 1993.
- Heinrich Risse: Das Nachrichtenbedürfnis in einer Provinzgroßstadt und seine Befrie-

- digung durch die Tagespresse. In: Jahrbuch der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg 1920/21. II. Teil. S. 113ff.
- Gerhard Röllig: Wirtschaftsgeographie Sachsens. Leipzig 1928.
- Franz Ronneberger: Kommunikationspolitik. Bd. 2. Mainz 1980.
- Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Berlin 1983.
- Jürgen Schlimper: Thesen zur Entwicklung der LVZ vor 1945. Unveröffentlichtes Manuskript. Leipzig 25. Oktober 1994.
- Roland Schmidt: Geschichte der Leipziger Zeitung 1854–1918. Diss. Dresden 1934.
- Walter Schöne: Drei Jahrhunderte Leipziger Presse. In: Zeitungswissenschaft 11(1936)11.
- Walter Schöne: Die Zeitung und ihre Wissenschaft. Leipzig 1928.
- Susanne Schötz: Städtische Mittelschichten in Leipzig während der bürgerlichen Umwälzung (1830–1870). Diss. A. KMU. Sektion Geschichte 1985.
- Martin Schumacher (Hrsg.): M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Düsseldorf 1991.
- Franz Sielemann: Konzentrationsbewegungen im Zeitungsgewerbe. Diss. Münster 1927.
- Alphons Silbermann, Udo M. Krüger: Soziologie der Massenkommunikation. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973.
- Hans Simon: Wie entsteht eine Zeitung? Leipzig 1922.
- Jörg Simon: Konservative Presse und sozialer Wandel. Diplomarbeit. Uni Leipzig. FB KMW 1992.
- Frank Stader: An den Wurzeln der imperialistischen Massenpresse (2 Teile). In: TuP 16(1988)1, 2.
- Frank Stader: Zur sozialen Determination der Arbeiterpresse im 19. Jahrhundert. Teil 1 in: TuP 17(1989)5; Teil 2 in: Diskurs 1(1990)1.
- Statistisches Jahrbuch der Reichsmessestadt Leipzig. Bd. 8. 1929/1937. Leipzig 1938.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 5. 1915–1918. Leipzig 1921.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 6. 1919–1926. Leipzig 1928.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig. Bd. 7. 1919/29. Leipzig 1931.
- Toralf Staud: Hintertür zum Nazi-Geld. In: Neues Deutschland 47(1992). Nr. 247 vom 22. Oktober.
- Thomas Steingen: Auffassungen von Prof. Dr. Erich Everth zur gesellschaftlichen Rolle der Presse. Diplomarbeit. Uni Leipzig. Studienprogramm Journalistik 1991.
- Hermann Stratz: Das Konzentrationsproblem der deutschen Presse. Sückingen 1928.
- Herbert A. Strauss, Werner Röder: Biografisches Handbuch zur deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1. München, New York, London, Paris 1980.
- Herbert A. Strauss, Werner Röder: International Biographical Dictionary of Central European Emigrees 1933–1945. The Arts, Sciences and Literature. Volume II (2 parts). Munich, New York, London, Paris 1983.
- Rolf Strüder: Der ökonomische Konzentrationsprozeß im deutschen Zeitungswesen unter besonderer Berücksichtigung der Provinzpresse. Diss. Neuwied 1933.
- Heinz-Werner Stuiber: Kommunikationsräume der lokal informierenden Tagespresse.

Nürnberg 1975.

Rolf Sülzer: Sozialgeschichte als Aspekt der Medientheorie. In: Jörg Aufermann: Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Bd. 1. Frankfurt am Main 1973

Karl Thalheim: Das soziale Schicksal der Mittelschichten. Leipzig 1932.

Hermann Ullstein: The rise and fall of the house of Ullstein. London o. J.
Der Verlag Ullstein zum Weltrekamekongreß. Berlin 1929.

Verlag Edgar Herfurth & Co.: Leipziger Abendpost. Maschinenschriftliche Ankündigung. Leipzig 1921.

Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936. Leipzig 1937.

Arno Voigt: Die Leipziger Neuesten Nachrichten. In: Der Drache 1(1920)36.

Arno Voigt: Die Leipziger Neuesten Nachrichten. In: Weltbühne 18(1922)35. S. 227.

Urbain de Volder: Soziologie der Zeitung. Stuttgart 1959.

Franz Walter: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie? In: Politische Vierteljahresschrift. 1991. Heft 2. S. 207ff.

Jürgen Wilke: Quantitative Methoden in der Kommunikationsgeschichte. In: Manfred Bobrowsky, Wolfgang Langenbacher (Hrsg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987. S. 49ff.

Uwe Winkler: Grundlegende Entwicklungstendenzen der Leipziger Zeitungspressen zwischen 1850 und Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts. Diss. A. KMU. Sektion Journalistik. Leipzig 1991.

Fritz Wirth: Die Wirtschaftsteile deutscher Tageszeitungen. In: Ergänzungsbände zur Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. Bd. 10. Leipzig 1927.

Reinhard Wittmann: Geschichte des deutschen Buchhandels. München 1991.

Hans-Wolfgang Wolter: Generalanzeiger – Das pragmatische Prinzip. Bochum 1981.

Albert Wybranietz: Das Zeitungswesen im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der heute noch bestehenden Zeitungen. In: Die deutsche Zeitung. Sonderausgabe des »Zeitungsverlags« zur Eröffnung der »Pressa«. Köln 1928.

Zur Methodik der Inhaltsanalyse journalistischer Produkte. Abschlußbericht der Forschungsgruppe Inhaltsanalyse zum Zentralen Forschungsthema 771 – 01/a. KMU Leipzig. Sektion Journalistik 1977.

3. Abkürzungsverzeichnis

A	Abendblatt
ASP	Alte Sozialdemokratische Partei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Diss. A	Dissertation A
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Presse
DVP	Deutsche Volkspartei
FB KMW	Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaft
FP	Freie Presse
KMU	Karl-Marx-Universität
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	KPD-Opposition
LAB	Leipziger Abendzeitung
LAI	Leipziger Allgemeine Zeitung
LNN	Leipziger Neueste Nachrichten
LT	Leipziger Tageblatt
LTZ	Leipziger Tageszeitung
LVZ	Leipziger Volkszeitung
LZ	Leipziger Zeitung
M	Morgenblatt
MR	Mitteldeutsche Rundschau
MSP	Mehrheitssozialisten (SPD 1917 bis 1922)
NLZ	Neue Leipziger Zeitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
S	Sonntagsblatt
SAZ	Sächsische Arbeiterzeitung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TuP	Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus
USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
ZV	Zeitungsverlag

4. Personenverzeichnis

- Abendroth, Bruno 71
 Apitz, Bruno 81
- Baden, Max von 51
 Becker, Luise Gabriele 103 111
 Beethoven, Ludwig 261
 Benies, Max 100
 Bernhard, Georg 295
 Bernhard, Ludwig 283
 Bessler, Hansjörg 35ff. 41
 Bestler, Max 103
 Bismarck, Otto von 105 148 152 158
 166 174 179 247
 Börner, Rainer 59 107
 Borth, Karl 82
 Brauer, Adalbert 118
 Braun, Otto 168 182 207
 Brecht, Bertolt 149 193
 Breiting, Richard 119 122 153 158f.
 171f. 186 257
 Breitscheid, Rudolf 201
 Brüning, Heinrich 221
 Bücher, Karl 78 103 121 136 186
 Buck, Johann Wilhelm 286 291
 Bünger, Wilhelm 119
- Calic, Edouard 120 171
 Carle, Wilhelm 185 279
 Claus, Bernhard 201
 Courths-Mahler, Hedwig 196
 Crispian, Arthur 167
 Cuno, Wilhelm 233
- Dörfel, Emil 59 209
 Drexler, Hans 118
- Ebert, Friedrich 55 166
 Efferoth, Hugo 68 71
 Ehrhardt, Hermann 223
 Elias, Norbert 32 269
 Enke, Thomas 12
- Erzberger, Matthias 55 60
 Esser, Karl 26f.
 Everth, Erich 78 84
- Fellisch, Alfred 235
 Fichte, Johann Gottlieb 152
 Fleißner, Heinrich 121 225 249 252
 Frankfurter, Richard 91f. 95 101
 Frege, Christian Ferdinand 103
 Freyburg 103
 Frick, Wilhelm 179 214 217
 Fricke, Dieter 198
 Friedrich der Große 152
 Friedrichs, Jürgen 13 35 41 45
 Fröhlich, August 233
 Fuchs, Egon 100
- Geiger, Theodor 33ff.
 Gerlach, Hans Walther 84f.
 Girardet, Wilhelm 61
 Goebbels, Joseph 217 230
 Goerdeler, Carl Friedrich 119 226
 245ff. 274
 Goethe, Johann Wolfgang 152
 Goetz, Walter 201
 Göring, Hermann 220
 Gothein, Georg 156
 Grahl, Robert 31 268
 Grautoff, Ferdinand 158f. 257
 Groth, Otto 14 42f. 113 265 279f.
 293
 Günther, Arno 121f.
 Günther, Herbert 211
 Gutmann, Heinrich 192
- Harms, Paul 13f. 23 141 174 179
 183ff. 214
 Heiland, Julius 74f. 98 105 273f. 277
 Heim, Karl 71
 Herfurth, Alice 103
 Herfurth, Christian 110

- Herfurth, Edgar 73 103ff. 114 117
 124 148 158f. 186f. 253ff. 290ff.
- Herfurth, Else 111
- Herfurth, Klaus Edgar 111
- Herfurth, Paul Emil 104 110
- Herfurth, Paul Heinz 104 110
- Herfurth, Rolf Edgar 111
- Herfurth, Sabine 111
- Herricht, Günther 53
- Herz, Reinhart 201
- Hindenburg, Paul 122 140 150 174
 181ff. 185 200
- Hitler, Adolf 25 65 87f. 119 122f.
 134 140 159 171ff. 194 199
 211ff. 224 246 279 294
- Hofmann 241f.
- Holstein, Friedrich August 247
- Hornesser 153
- Huber, Franz 66f. 69ff.
- Huck, August 61
- Huck, Wolfgang 61f. 87
- Hugenberg, Alfred 121 201 293
- Jacobsohn, Siegfried 81
- Jahn, Kurt 91f. 101
- Junck, Johannes 75f. 79
- Jarren, Ottfried 17
- Kästner, Erich 81 195 260ff.
- Katz, Richard 91f. 256
- Kessler, Gerhard 201 222 225
- Kittan, Thomas 12 21f.
- Klages, Helmut 277
- Kleditzsch, Torsten 24 110 115 171
- Klein, Alfred 260 262
- Kocka, Jürgen 269f.
- Köhler, Raimund 240ff. 248f. 252
- Koszyk, Kurt 11ff. 118 295
- Kracauer, Siegfried 36 38
- Krämer, Hans Leo 32f.
- Krauß, Gottlob 62 66f. 70 156 163
 294
- Kubitz, Friedrich 165
- Kuhn, Karl 121f. 147
- Külz, Wilhelm 156
- Kürsten, Paul 53f. 58 75 86 91 96
 99 107 121 283 289f.
- Kutsch, Arnulf 9
- Lantzsch, Otto 59
- Lasswell, Harold 36
- Lehmann, Richard 199f. 207 212
 218ff. 226 234 250ff. 294
- Lepsius, Rainer 271 278
- Liebmann, Hermann 236
- Liman, Paul 13
- Lindemann, Adolf 56ff. 106
- Lipinski, Richard 121 206
- Lösche, Peter 270f. 276
- Ludendorff, Erich 174
- Luther, Hans 65
- Luther, Martin 152
- Maier-Rabler, Ursula 12
- Mamroth, Richard 70ff.
- Mann, Golo 171f.
- Marguth, Georg 58 61 158 197f.
 206f. 214 231 234ff. 241f. 247
 257f. 260
- Marx, Wilhelm 65
- Mayring, Philipp 36ff. 41
- Mendelssohn, Edith 201
- Mercy, Elisabeth 100
- Mercy, Heinrich 90
- Mercy, Mathilde 100
- Mercy, Wilhelm 90 100
- Mohr, Henriette 55 100
- Müller, Andreas 12 21 26 47 50f.
 62f. 75f. 105 118
- Mussolini, Benito 171ff. 216
- Natonek, Hans 81f. 185 193f. 199
 211 222 226 247
- Naumann, Friedrich 66 71
- Nikisch, Arthur 140
- Nitzschke, Robert 69 76 156 293
- Noelle-Neumann, Elisabeth 13
- Nostiz, Franz Anton 100

- Oberfohren, Ernst 119
 Ohser, Erich 261

 Papen, Franz 221
 Pappi, Franz Urban 33
 Petersen, Carl Wilhelm 156
 Pick 246
 Polybios 173
 Prakke, Henk 15f. 20f. 26 28
 Prutz, Robert 11
 Pudor, Richard 201

 Quidde, Ludwig 156

 Rathenau, Walther 192 195 213 222
 Reichert, Steffen 9 59 76 118 123
 165 171 175
 Reimann, Hans 60 280f.
 Reimers, Karl-Friedrich 9
 Reinhardt, Max 194
 Reinhold, Peter 65 70 75ff. 81ff. 86
 90 100 283f. 293
 Remarque, Erich Maria 193
 Reusche, Guido 103
 Rink, Dieter 31 268
 Ronneberger, Franz 16ff. 22 27ff. 34
 39 42f.
 Roth, Joseph 81
 Rothe, Karl 181 238 241 261 267
 276 286 288 291

 Schleicher, Kurt 183 224
 Schlimper, Jürgen 10 25 282
 Schmeling, Max 140
 Schmidt, Roland 47
 Schober, Ernst 82
 Schücking, Walter 156
 Schütte, Wolfgang 211

 Sielemann, Franz 90
 Sösemann, Bernd 295
 Stader, Frank 34
 Steingen, Thomas 78
 Straßer, Gregor 183
 Stresemann, Gustav 120 200 205
 Stuiber, Heinz-Werner 16
 Stülzer, Rolf 16

 Ullstein, Franz 88 294
 Ullstein, Heinz 294
 Ullstein, Hermann 87f. 93f. 96 99f.
 130 141ff. 199 212f. 226 266
 293f.
 Ullstein, Leopold 87
 Ullstein, Louis 294
 Uslar-Gleichen, Annemarie 111

 Voigt, Arno 117 119 122
 Voigt, Lene 81
 Volder, Urbain de 14

 Walter, Franz 268 270f. 276f.
 Wasser, Emil 72 84f. 108 141
 Weill, Kurt 149 193
 Welk, Ehm 229f.
 Wilhelm II. 53 121 146f. 167 174
 Winkler, Uwe 12 21
 Witte, Julius 71 77f. 84
 Wolter, Hans-Wolfgang 15f.
 Wunderlich, Johannes 165 250f.
 Wundt, Wilhelm 153
 Wybraniets, Albert 104 118

 Zeigner, Erich 160 169 207 226ff.
 252
 Zöphel, Karl Georg 79f. 155

5. Ortsverzeichnis

- Bad Doberan 230
 Bad Harzburg 160
 Balestrand 53
 Bergen 53
 Berlin 11ff. 53 65 70 74 78 81
 87ff. 93 95 97 99 108 118 124
 138 157 188f. 192ff. 230 241
 257 260f. 275 280 299
 Bonn 13
 Braunschweig 188f. 215 217
 Bremen 289
 Bremerhaven 230
 Breslau 188
 Buenos Aires 91

 Capri 65
 Chemnitz 121

 Danzig 89
 Dessau 115
 Dittmarsdorf 119
 Dortmund 118
 Dresden 31 108 114f. 148 157
 187ff. 227 230 235 260 275f.
 291ff.
 Duisburg 70

 Elberfeld 13
 Erfurt 114 189
 Essen 61

 Frankfurt am Main 11 61 64 188
 Freiburg 65

 Genf 65 241
 Gießen 58
 Grimma 121

 Haag 79
 Halle 24 89 97f. 114f. 188f. 276
 Hamburg 11 179

 Hannover 212
 Heidelberg 61 241

 Jena 148 232
 Jülich 33

 Karlsruhe 66
 Kattowitz 116
 Köln 11
 Königsberg 245

 London 78 274

 Magdeburg 24 114f. 189
 Mannheim 13
 Marburg 13 58
 Marktredwitz 104
 Meißen 192 240
 Merseburg 276
 Mockau 188 275
 Montevideo 91
 Moskau 228 232
 München 11 58 61 148 172 217
 261 275

 Nürnberg 179

 Oldenburg 215
 Oranienburg 230
 Oschatz 115

 Paris 91 116
 Plauen 121
 Prag 81f. 89f. 92ff. 97 100 116
 129 194 247 253 256 280

 Rom 65 173

 Salzburg 13
 Schkeuditz 188 275
 Stettin 230 246

322 Anhang

Stuttgart 26

Tannenberg 174

Tilsit 13

Torgau 115

Tübingen 121 245

Warschau 78 116

Weimar 108

Wien 13 78 81 148

Zwickau 58 206

6. Sachverzeichnis

- »Die Aktion« 81
 »Allgemeine Zeitung« (Halle) 97
 »Anzeiger für das Bergwesen« 61
 Arbeiter- und Soldatenrat
 Leipzig 68 120ff. 137 147 154
 256f. 288
 Arbeiter-Bildungs-Institut 277
 Arbeiter-Turn- und Sportbund 169 277
 »Augsburger Neueste Nachrichten« 66

 »Berliner Allgemeine Zeitung« 87
 »Berliner Illustrierte Zeitung« 87 94
 212
 »Berliner Morgenpost« 86f. 118f. 199
 212
 »Berliner Tageblatt« 154 156
 »Breslauer Nachrichten« 61
 »BZ am Mittag« 95

 »Casseler Tageblatt« 70
 »Chemnitzer Neueste Nachrichten« 61
 Christlich-demokratische Volks-
 partei 155 162

 »Dame« 87
 Dammert-Verlag 70 293
 »Danziger Zeitung« 94 295
 »Deutsche Allgemeine Zeitung« 58 78
 Deutsche Demokratische Partei 54
 58f. 62 64ff. 69 71f. 76ff. 84 87
 91f. 95f. 98 106 117 120ff. 129
 151 154ff. 159ff. 169 175 180ff.
 196ff. 201ff. 228 231 239f. 242
 246 251f. 293
 »Die Deutsche Presse« 14 23 31 58
 72 121
 Deutsche Staatspartei 129 162 181
 198 203 205f. 208 225
 Deutsche Volkspartei 14 54 77 117
 119ff. 129 150 153f. 157f. 165
 168f. 176 178f. 200 202 205f.
 228 236
 Deutscher Verlag 101
 Deutschnationale Volkspartei 51
 53ff. 57ff. 97 104 106f. 117
 150 155ff. 159ff. 200 202 224
 228 240 289
 »Der Drache« 60 257
 »Dresdner Anzeiger« 198
 »Dresdner Journal« 47
 »Dresdner Neueste Nachrichten« 61
 »Düsseldorfer Nachrichten« 61

 Fortschrittliche Volkspartei 66 154
 162
 »Frankfurter Zeitung« 64 66 80
 »Freie Presse« (Leipzig) 24 86 89
 »Freisinnige Bürgerzeitung« 74

 »Generalanzeiger« (Dortmund) 118
 »Generalanzeiger für Elberfeld« 61
 »Generalanzeiger für Hamburg« 61
 »Grüne Post« 92 230

 »Hallische Nachrichten« 62
 Handels-Hochschule Leipzig 103
 Hans-Böckler-Stiftung 9

 Institut für Zeitungskunde 78 103
 121 260

 »Journal« (Paris) 116
 Jungdeutscher Orden 198 203

 Karl-Marx-Universität Leipzig 9
 »Kasseler Neueste Nachrichten« 62
 KPD 23 25 56 58 159 161f.
 166ff. 175 177 179f. 184 200
 211 213f. 216 220 228 230ff.
 246 248
 KPD-Opposition 162 175 239

- »Leipziger Abendblatt« 49 97f.
 »Leipziger Abendpost« 49 58f. 72
 106ff. 182
 »Leipziger Allgemeine Zeitung« 30 44
 47ff. 69 75 81 85f. 88f. 92
 105ff. 115 117 121 138 147 194
 266 283 286ff.
 Leipziger Bürgerschaft 52f. 62 70
 Leipziger Bürgerbund 161ff. 176 193
 209 223 240 243 245 250
 »Leipziger Generalanzeiger« 47 61 74
 105
 »Leipziger Gerichtszeitung« 74
 Leipziger Lehrerverein 67 278
 »Leipziger Nachrichten« 103
 »Leipziger Neueste Nachrichten« 11
 13f. 22ff. 30f. 43ff. 49 59 72ff.
 79f. 88 95f. 101 103ff. 111 113ff.
 130 134ff. 193 195 197ff. 204
 209f. 214 216f. 227ff. 235ff.
 242ff. 263 265ff. 273 279ff.
 286ff.
 »Leipziger Tageblatt« 11 30 42 44
 47ff. 54 58 60 65 69 72ff. 94
 97ff. 105 108 121 138 155 204f.
 231 260 266 283 286ff.
 »Leipziger Tageszeitung« 25f. 101
 Leipziger Verlagsdruckerei 58 85ff.
 90ff. 99 108 114 117 136 143
 199
 »Leipziger Volkszeitung« 23 25 89
 103 115 119f. 136 244 253 281f.
 289
 »Leipziger Zeitung« 47 49 64
 »Leipziger Zeitung (Abendzeitung)« 30
 44 47ff. 58 60ff. 77f. 81ff. 88f.
 106 108 117 138 156 163 194
 204f. 266 283 293f.
 »Magdeburger Zeitung« 78
 »Mercyscher Anzeiger« 90
 »Mitteldeutscher Kurier« 97f.
 MSP 23f. 68 86 149 156 161
 168ff. 276
 »Münchner Neueste Nachrichten« 217
 »Münchner Zeitung« 61f.
 »National-Zeitung« (Basel) 82
 Nationale Bürgerliste 164 223
 Nationalliberale Partei 13 65 75f.
 104 121 154 158 162
 »Neue Leipziger Tageszeitung« 49
 101
 »Neue Leipziger Zeitung« 22ff. 30f.
 42ff. 48f. 58f. 61f. 74 77 81
 87ff. 94 96ff. 106 108 113ff.
 128ff. 141ff. 158 188ff. 233ff.
 247ff. 265f. 280ff. 294
 »Neue Vogtländische Zeitung« 121
 »Neue Züricher Zeitung« 82
 »Niederrheinische Nachrichten« 70
 NSDAP 23 25 65 73 101 103 109
 119 122f. 130 134 159f. 162
 169ff. 194f. 199f. 211ff. 239 241
 246 249 251 279
 Oberschlesischer Hilfsbund 256
 Partei für Volksrecht 159 162 175
 239 246
 »Pegauer Zeitung« 121
 »Plauer Volkszeitung« 261
 »Prager Presse« 82
 »Prager Tageblatt« 82 90 92f. 95
 254 259
 Privat-Beamten Verein 270
 Rat der Stadt Leipzig 30 50f. 56f.
 62f. 69 73 113f. 122 136 164
 187f. 209ff. 249 252f. 263 276
 284ff.
 Reichskonservative Partei 78
 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 211
 215
 »Rheinisch-Westfälische Zeitung« 78
 »Die Rote Fahne« 156
 »Der Rote Kurier« 23

- »Saale-Zeitung« 97
 »Sächsische Arbeiterzeitung« 23 25
 245
 »Sächsische Staatszeitung« 47
 Spartakus-Gruppe 156 170
 SPD 23f. 37f. 57 63 67ff. 86 115
 122ff. 129 136 146 148f. 151 156
 158f. 161f. 164ff. 175 177ff. 182
 184f. 197 200 202ff. 216 222
 224f. 228ff. 241f. 246 248f. 269
 271 276f. 279 281f. 286
 »Stachelschwein« 60
 Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 168
 »Stettiner Abendpost« 62
 »Der Stürmer« 187
 »Stuttgarter Neues Tageblatt« 58

 »Tagesanzeiger Zürich« 61
 Tannenbergbund 174
 Telegraphen-Union 78 293
 Textilberufsgenossenschaft 104

 »Uhu« 87
 Ullstein AG 22f. 44 58 86ff. 101
 106 128 130 138 194f. 212 253f.
 258 265 284 289 293f.
 USP 23 57 68 86 149 156 161 167
 170 206 276

 Vera Verlagsanstalt GmbH 101 109ff.
- Verein Deutscher Zeitungsverleger 62
 90 259 280
 Vereinigte Bürgerfraktion 161ff. 175
 239ff. 249 251f.
 Verlag Dr. Reinhold & Co. 65 70 75
 77 81 84 293
 Verlag Edgar Herfurth & Co. 46 58
 72 103ff. 113 117 136 238 252
 258
 Verlag Heinrich Mercy Sohn 90f.
 93ff. 100 129 194f. 237 253f.
 256 259 265 294
 Verlag Phönix 109
 Verlag Wolfgang Huck 61 70
 Völkisch-soziale Liste 161
 »Der Völkische Beobachter« 142
 »Vorwärts« 225
 »Vossische Zeitung« 86f. 89 295

 »Die Weltbühne« 81
 »Westfälischer Anzeiger« 58
 »Wirtschaftlicher Bürgerwahlaus-
 schuß« 156 161ff.
 Wirtschaftspartei 37 159f. 162

 »Der Zeitungsverlag« 31 58 109 253
 259 280
 Deutsche Zentrumspartei 129 180
 205f. 208 221 228

